



Jg.10 Nr.175 21.4.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2.-

Arbeiterkampf

Inhalt: z. Gsch.
d. Arbeiterbew.

SZD-3308

Gegen Aufrüstung und Krieg! Aufruf zum 1. Mai

Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitungen bestimmen das Bild vorm diesjährigen 1. Mai. Der Kampf gegen Aufrüstung und Krieg wird am 1. Mai bei vielen Demonstrationen und Veranstaltungen eines der zentralen Themen sein.

Die USA bereiten einen Überfall auf den Iran vor und haben zu diesem Zweck im Persischen Golf die größte Flottenkonzentration seit 1945 zusammengezogen. Wenn Präsident Carter den Marschbefehl gibt, wird er von der Rettung der Geiseln in der Teheraner Botschaft sprechen. Daß das Leben der Geiseln durch einen Überfall auf den Iran zu retten ist, ist mehr als zweifelhaft. Sicher ist aber, daß die Rettung der Geiseln nicht der entscheidende Grund für die Kriegsvorbereitungen der USA ist. Es geht, was kaum ein NATO-Politiker verschweigt, ums Erdöl: Die Erdöl-Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sollen fest in der Hand der westlichen Konzerne bleiben. Der Schah und sein Folter-Regime sollten die Herrschaft des Imperialismus in diesem Teil der Welt sichern. Deshalb war die iranische Armee von der NATO zu einer der stärksten Truppen der Welt hochgerüstet worden. Der Sturz des Schah hat dieses System imperialistischer Herrschaft über den Nahen und Mittleren Osten erschüttert. Von den Regierungen des Westens wird mit Grund gefürchtet, daß der religiös motivierte Anti-Imperialismus der „Islamischen Revolution“ vom Iran aus auf andere arabische Staaten übergreifen könnte. Bei den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran geht es darum, die „Islamische Revolution“ entscheidend zu treffen und in Teheran wieder einen zuverlässigen Filialleiter der Öl-Konzerne vom Schlage des Schah einzusetzen. Zu diesem Zweck scheint Präsident Carter bereits entschlossen, ein Massaker unter der iranischen Bevölkerung anzurichten. Aber auch für die Soldaten der US-Armee würde ein Überfall auf den Iran alles andere als ein Spaziergang werden.

Die Regierungen Westeuropas, allen voran die Bundesregierung, stehen „in Treue“ hinter dem Kriegskurs Carters. Es mag für die Kapitalisten in der Bundesrepublik angesichts ihrer Position als größter Handelspartner des Iran zwar schmerzhaft sein — aber wenn Carter den Boykott befiehlt, ist die BRD mit von der Partie. Die ganz wilden Scharfmacher um den CDU-Kanzlerkandidaten Strauß werden am liebsten gleich die Bundeswehr in den Persischen Golf schicken — aber dafür scheint die Zeit denn doch noch nicht reif. Immerhin besteht aber zwischen CDU/CSU und SPD Übereinstimmung, daß sich die Bundeswehr auf künftige militärische Aufgaben in der Türkei vorbereiten soll, „um die USA zu entlasten“.

Auf den „Krieg ums Erdöl“ ist die Bevölkerung der Bundesrepublik seit der „Energie-Krise“ von 1973 systematisch vorbereitet worden. In der Bevölkerung soll die Überzeugung produziert werden, daß „wir“ Anspruch auf ständige Zufuhr von billigem Erdöl haben und daß „wir“ andernfalls volles Recht haben, „uns“ das Erdöl mit militärischer Gewalt zu holen und zu sichern. Jeder Versuch der Erdöl-Staaten, sich aus der totalen Abhängigkeit vom Imperialismus zu befreien, gab Stoff für neue Kriegshetze gegen die „erpresserischen Wüstenscheichs“.

Zwischen den Großmächten geht es wieder einmal, wie 1914 und 1939, um die Neuverteilung der Welt, um die Eroberung von Rohstoff-Gezeiten und Energie-Reserven. Bei diesem Ringen sehen die Politiker des Westens in der Sowjetunion einen gefährlichen Rivalen. Die Kriegsvorbereitungen gegen die Dritte Welt sind daher begleitet von einer Rückkehr zum „Kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion. Scharfster Ausdruck dieser Spannungspolitik ist die Boykott-Kampagne gegen die Olympischen Spiele in Moskau: Wenn die sowjetische Intervention in Afghanistan ein Grund zum Boykott der Olympischen Spiele ist, hätte man mit weit mehr Recht die USA 1972 von der Olympiade ausschließen müssen — auf dem Höhepunkt ihres Kriegs gegen Vietnam. Der Boykott der Olympiade in Moskau, den Carter sämtlichen Sportlern des „Freien Westens“ aufzuzwingen versucht, soll ein unübersehbares Signal für die psychologische Kriegsvorbereitung auch gegen die Sowjetunion sein.

Der 3. Weltkrieg, der hier vorbereitet wird, würde beim heutigen Stand der Waffentechnik, vor allem der Atomwaffen, Hunderte Millionen von Menschen das Leben kosten. Ein Gebiet wie Mitteleuropa, das an der Grenze zwischen den Militärblöcken liegt und mit Atomwaffen vollgestopft ist, würde in einem solchen Krieg mit größter Wahrscheinlichkeit völlig ausgelöscht werden.

Es ist an der Zeit, gegen die Pläne neuer Kriege aufzustehen und starke Anti-Kriegs-Bewegungen in allen Ländern zu organisieren. Wir rufen auf, am 1. Mai zu demonstrieren

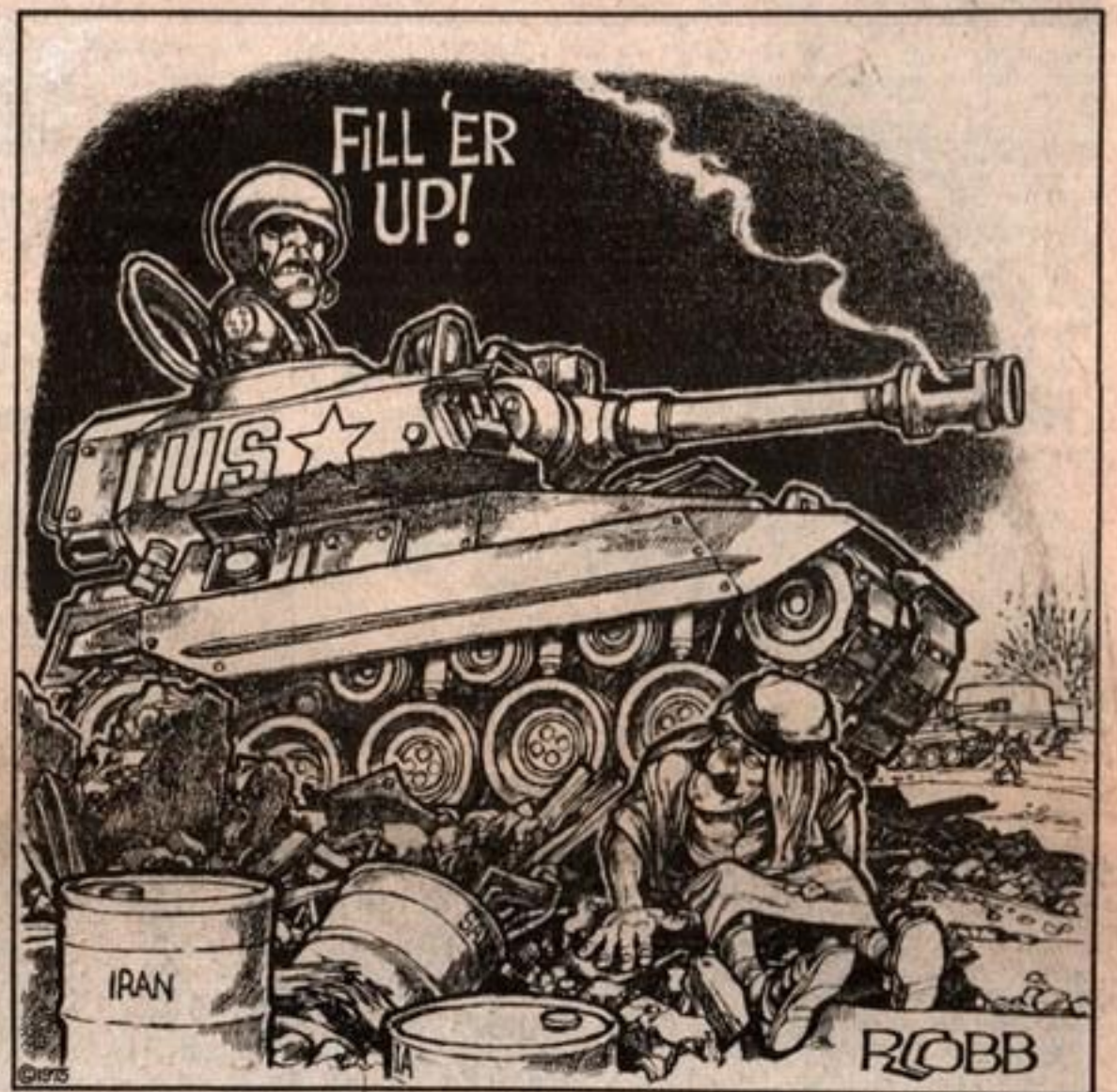
- Gegen die weitere Aufrüstung, für reale Abrüstung!
- Für die rascheste Entfernung sämtlicher Atomwaffen vom Boden der BRD!
- Für den Austritt der BRD aus dem NATO-Kriegspakt!
- Für Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt — gegen imperialistische Raubkriege!
- Gegen jeden Versuch, in irgendeiner Form Bundeswehr-Truppen gegen Länder der Dritten Welt einzusetzen!

Carters Kriegspläne gegen Iran bedrohen Weltfrieden

Im Rahmen der systematisch angeheizten Kriegshetze gegen den Iran verschärfte US-Präsident Carter am 17.4.80 die politischen und wirtschaftlichen Sanktionen und drohte erneut unverhüllt mit militärischen Aktionen. Folgende Sanktionen verkündete Carter auf der Pressekonferenz:

- Der Geldtransfer von den USA in den Iran wird verboten (ausgenommen sind Nachrichtenmedien);
- alle Importe aus Iran werden untersagt (Erdöl führen die USA schon seit November, dem Beginn der Geiselnahme, nicht mehr ein);
- US-Bürger dürfen nicht mehr in den Iran reisen;
- die rund 8 Mrd. Guthaben des Iran auf amerikanischen Banken — seit November „eingefroren“, d.h. praktisch beschlagnahmt — sollen für eine Entschädigung der Familien der amerikanischen Geiseln verwendet werden (nach deren von den US-Kriegstreibern schon längst einkalkulierten Tod?);
- militärisches Gerät, das von Iran in den USA bestellt worden war, wird konfisziert und anderweitig verkauft. Auch die zunächst abgestrittene Einstellung von Nahrungs- und Arzneimittellieferungen, auf die das iranische Volk bitter angewiesen ist, ist wieder im Gespräch, ebenso die Abkoppelung Irans vom Weltkommunikationssystem.

Carter betonte: „Sollte diese zukünftige Reihe von Sanktionen, die ich ihnen heute beschrieben habe, sowie die konzentrierte Aktion unserer Alliierten nicht erfolgreich sein, dann sehe ich irgendeine Art militärischer Aktion als den einzig mir zur Verfügung stehenden Schritt an, was natürlich unter diesen Umständen das gute Recht der Vereinigten Staaten wäre“



Volltanken!

Volltanken!

(„Frankfurter Rundschau“ [FR], 19.4.80).

Wiederholt sprach Carter in dieser Rede von militärischen Aktionen — und genau zu deren Vorbereitung dienen auch die jetzt angekündigten weiteren wirtschaftlichen und politischen Sanktionen, die ohnehin nur propagandistischen Wert haben —

man habe es eben mit „friedlichen Mitteln“ vergebens versucht —, da sie total wirkungslos sind. Beispielsweise ist der nichtmilitärische Import aus den USA im letzten Jahr auf ein Hundertstel des Volumens 1978/79 (damals 2,2 Mrd. Dollar) gesunken („Neue Zürcher Zeitung“ [NZZ], 11.4.80).

Fortsetzung auf Seite 3

Auf zur Platzbesetzung nach Gorleben!

Auf der Grundlage der im Landkreis Lüchow-Dannenberg gefällten Entscheidungen beschlossen am 12. April die ca. 100 Teilnehmer der „Trebel-Konferenz“ nahezu einstimmig den Marschplan zur Verhinderung der Tiefbohrstelle 1004:

1. Spätestens am 3./4. Mai wird die Tiefbohrstelle 1004 mit allen zur Verfügung stehenden Kräften auf unbestimmte Dauer besetzt.
2. Falls die Betreiber vorzeitig mit der Asphaltierung der Zufahrtswege beginnen, wird durch unmittelbare regionale Mobilisierung (sowie Auslösung einer bundesweiten Alarmskette) die Besetzung vorgezogen, um der Errichtung einer Festung auf 1004 zuvorkommen.
3. Um während der Großaktion alle Entscheidungen demokratisch fällen zu können, entsenden die teilnehmenden Bezugs- und Kleingruppen ihre Vertreter in einen Sprecherrat.
4. Im Falle einer gewalttätigen Räumung wird die Mobilisierung zu einer Großdemonstration, verbunden mit einem erneuten Besetzungsversuch, erwogen.

Der Vorschlag für diese Großaktion kam aus dem Landkreis Lüchow-

Dannenberg und ist dort inzwischen bei allen relevanten Widerstandsgruppen verankert.

Nach einer Reihe von Rückschlägen (Errichtung von 2 Tiefbohrstellen, Zustimmung der Kommunalpolitiker zum Zwischenlager) und einer unerträglichen Steigerung der Notstandsmaßnahmen (Kriminalisierung, Polizei- und BGS-Verstärkung, Hetzkampagnen) soll mit dieser Aktion die Initiative zurückgewonnen und die politische Kraft zurückgeholt werden, die schon einmal Politiker dazu gezwungen hat, zu sagen: „Eine WAA ist gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchsetzbar.“ Da neben der Unterstützung aus der Anti-AKW-Bewegung die traditionellen Bündnispartner mit der BI Lüchow-Dannenberg (BBU, Jusos, Judos, Grünen usw.) in dieser Situation ebenfalls die Aktion unterstützen und keinesfalls dagegen arbeiten werden, besteht die Möglichkeit, mit allen Teilen der Anti-AKW-Bewegung eine offensive Großaktion durchzuführen und damit an die Tradition von Wyhl, Brokdorf und Grohnde anzuknüpfen. Wie während des erfolgreichen Hannover-Trecks lautet auch hier der wendländische Schlachtruf: Wat mutt, dat mutt!

AUS DEM INHALT:

Imperialistischer Aufmarsch im Indischen Ozean	4
Friedensinitiativen und geplante Aktionen	5
Der Kampf der Sinti	6-7
In der Diskussion:	
Die Linken und die Grünen	8-9
Die Grünen nach dem Saarbrückener Parteitag	10-11
Anti-Strauß-Aktivitäten	11-13
Mannesmann-Betriebsrat zurückgetreten	19
Bundesjugendkonferenz der IG Druck	23
14.-17. Juni:	
Antifaschistischer Kampf und Rock gegen Rechts in Frankfurt	24
Antifaschistischer Bundeskongreß 25ff	25ff
Kampf gegen „Graue Wölfe“	28
Hamburger Polizeiskandal	29
Hochsicherheits-Modelltrakt Moabit	30
Der Kreuzzug gegen die soziale Indikation	32
DKP und DFI zum 8. März '80	35
„Beugehaft“ für vergewaltigte Frau	37
Drogenberatungsstelle Giessen vor Schließung	43
El Salvador:	
Reaktion plant „Endlösung“	49
Raus aus der Krise der Linken! — Aber wohin?	58-59

Nazis mit Schimpf und Schande aus Hildesheim gejagt

Mit Schimpf und Schande wurde am Samstag, 19.4.80, die NPD von ca. 2.000 Antifaschisten aus Hildesheim gejagt. Schon am Freitag waren ca. 600 Menschen dem Aufruf des DGB zu einer Kundgebung gefolgt; am Samstag Vormittag demonstrierten dann 1.500 Antifaschisten in der seit Jahren größten Demonstration durch Hildesheim. Nach Besetzung des Marktplatzes durch die Antifaschisten wuchs die Menge auf ca. 2.000 Personen an, die die ersten Nazis mit ohrenbetäubendem Geschrei empfangen und zum Abzug zwangen.

Der verspätet eintreffende Lautsprecherwagen - er hatte am Vortag in Hannover, wo 500 gegen eine NPD-Kundgebung protestierten, plötzlich keine Luft mehr - wurde gar nicht mehr eingesetzt, sondern unter empörter Begleitung von einigen hundert Antifaschisten zur Autobahn gejagt. Insgesamt ein toller Erfolg der Hildesheimer Antifaschisten,

der umso größer ist, als es in letzter Minute gelang, alle an den Aktionen beteiligten Gruppen zu gemeinsamen Absprachen zu bewegen.

Zu diesen Aktionen und zu der Gegendemonstration hatten sowohl die „Bürgerinitiative gegen Neofaschismus“ (DKP, VVN, Alternativzeitung - HiZ, Antifaschistischer Arbeitskreis, Sozialdemokraten, unorganisierte Linke) als auch das „Antifaschistische Aktionsbündnis Hildesheim“ (KBW, Volksfront, Anarchos, Spontis) aufgerufen. Erfreulicherweise war festzustellen, daß sich die DKP, VVN-Kräfte gegenüber den Linken kompromißbereit zeigten und entgegen anderen Erfahrungen dafür eintraten, am Kundgebungsplatz der Nazis zu demonstrieren.

Das zu Beginn bestehende gemeinsame Bündnis aller antifaschistischen Kräfte zerbrach, da das „Antifaschistische Aktionsbündnis“ auf eine

Aufklärungsarbeit über die NPD verzichtete und nicht bereit war, das Bündnis zu verbreitern. Dies wurde auch deutlich, als das „Antifaschistische Aktionsbündnis“ einige Tage vor der Gegendemonstration es ablehnte (!), eine paritätisch besetzte Demonstration für die direkte Gegendemonstration zu bilden. Dieser Vorschlag war vom „Antifaschistischen Arbeitskreis“ beiden Bündnissen unterbreitet worden. Durch eine äußerst breite Mobilisierungsaktion (die BI gegen Neofaschismus verteilte einen DIN A 3 starken Aufruf in einer Auflage von 20.000 an alle Hildesheimer Haushalte) und durch spontane Aktivitäten insbesondere an den Schulen ist es gelungen, eine solch bemerkenswerte Gegendemonstration auf die Beine zu stellen.

Ein Hildesheimer Genosse



4000 Ausländer folgten am 19.1.80 einem Aufruf des Internationalen Kindergeld-Komitees nach Bonn und protestierten damit gegen eine Kindergeld-Regelung, die ab dem 1.1.80 in Kraft getreten ist, und bewirkt, daß Ausländer, die aus Nicht-EG Ländern kommen ein viel geringeres Kindergeld bekommen als die Westdeutschen.

„Gleiches Kindergeld für Ausländer und Deutsche“ war die zentrale Forderung, auf die sich ein breites Bündnis von Ausländerorganisationen einigen konnte. Lediglich die FIDEF (der revisionistischen türkischen TKP nahe) zog kurzfristig ihre Beteiligung zurück, da sie nicht am Anfang des Demozuges laufen durften.



4000 Ausländer folgten am 19.1.80 einem Aufruf des Internationalen Kindergeld-Komitees nach Bonn und protestierten damit gegen eine Kindergeld-Regelung, die ab dem 1.1.80 in Kraft getreten ist, und bewirkt, daß Ausländer, die aus Nicht-EG Ländern kommen ein viel geringeres Kindergeld bekommen als die Westdeutschen.

„Gleiches Kindergeld für Ausländer und Deutsche“ war die zentrale Forderung, auf die sich ein breites Bündnis von Ausländerorganisationen einigen konnte. Lediglich die FIDEF (der revisionistischen türkischen TKP nahe) zog kurzfristig ihre Beteiligung zurück, da sie nicht am Anfang des Demozuges laufen durften.

Tunesien: 15 Todesurteile im Prozeß gegen die Aufständischen von Gafsa

Im März fand der Prozeß gegen 60 Angeklagte statt, die bis auf sieben Beteiligte nach dem Aufstand in Gafsa festgenommen worden waren - diese sieben, die noch gesucht werden wurden in Abwesenheit verurteilt. Für den Aufstand hatte sich die bisher unbekannte Gruppe „Bewaffneter tunesischer Widerstand“ verantwortlich erklärt (vgl. AK 171). In Gafsa herrscht bis heute Ausgangsverbot, die Stadt ist nach wie vor von Militär besetzt. Am 27. März wurden dann wegen eines „gewaltsamen Umsturzversuches“ 15 Angeklagte zum Tode verurteilt! 20 Angeklagte wurden freigesprochen, der Rest zu z.T. lebenslanger Haft verurteilt. Trotz zahlreicher Proteste wurde die Berufung abgelehnt. Als letzte Möglichkeit bliebe den zum Tode Verurteilten ein Gnadenlaß.

Die verhängten - und inzwischen

China:

Glückwünsche für den Henker

In Tunesien wurden am 17. April 13 Männer hingerichtet, die bei einer bewaffneten Revolte in Gafsa, Ende Januar, gefangen genommen worden waren. Das tunesische Regime, das sich bei der Niederschlagung der Revolte von der französischen Armee unterstützt ließ, lastet dem Nachbarland Libyen an, es habe die Kämpfe in Gafsa „angestiftet“.

Die Pekinger Regierung übernahm diese Version und erklärte sich mit dem tunesischen Regime solidarisch: Hua Guo-feng selbst sprach am 21.

März seine „Unterstützung Tunesiens gegen äußere Einmischung und Aggression“ aus. „Das tunesische Volk“ habe unter Führung des Diktators Burgiba einen „Sieg im Kampf gegen fremde Einmischung“ errungen, zu dem Hua herzlich „gratuliert“ (zitiert nach „Peking Rundschau“, 1.4. 1980).

Hier bestätigt sich wieder einmal die Richtungkeit des alten Spruchs: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert“.

stand“ gehören.

„Liberalisierung“ soll Regierungskrise abmildern

Mit den harten Urteilen in diesem Prozeß und einer „Liberalisierung“ auf der anderen Seite scheint das tunesische Regime die Opposition spalten zu wollen. Am 20. März wurden acht von 14 inhaftierten Gewerkschaftsführern „bedingt“ freigelassen, sicher auch in Hinblick auf die Bergarbeiterstadt Gafsa, in der die Anhängerschaft der alten Gewerkschaftsführung, die 1978 nach dem niedergeschlagenen Generalstreik abgesetzt und inhaftiert wurde, besonders groß ist. Desweiteren wurde das Politbüro der Einheitspartei „Neo Destour“ überraschend von Staatspräsident Bouguiba veranlaßt, den Ausschluß von fünf ehemaligen Ministern und eines Ex-Parteichefs rückgängig zu machen und ihnen den Wiedereintritt in die Partei zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an liberale Oppositionelle wie Hassib Ben Ammar, den Herausgeber der Oppositionszeitung „Demokratie“ und Ahmed Mestiri, Generalsekretär der illegalen „Sozialdemokratischen Partei“. Es wird für möglich gehalten, daß diese Kräfte „nach symbolischem Widerstand zum „Bouguibismus“ zurückkehren und in wenigen Wochen selbst in die Regierung aufgenommen werden“ („FR“, 17.3.80). Beide Politiker erklären jedenfalls ihre Bereitschaft zu einem „fruchtbaren Dialog“.

Nahost-Kommission

Iraner-Prozeß: Freispruch in allen Punkten

8 persische Studenten standen in Hamburg mehrere Monate vor Gericht. Einige von ihnen haben bis zu 3 Monaten in Untersuchungshaft verbracht. Sie waren beschuldigt worden, einen von ihnen enttarnten SAVAK-Agenten, Youssef Beyk, verprügelt und ihm Stereo- und Tonbandgeräte geklaut zu haben. Am 25. Verhandlungstag war es soweit: Der Hauptbelastungszeuge der Anklage, Y. Beyk, kippte um, er wollte seine Aussagen nicht mehr aufrechterhalten, Freispruch für alle Angeklagten!

Die Aussagen des Y. Beyk, oder: Wie die Anklage zusammenbrach

Zunächst hatte Y. Beyk im wesentlichen seine schon vorher bei der Polizei gemachten, mehrfach geänderten und ergänzten Aussagen wiederholt. Allen Fragen nach seiner SAVAK-Tätigkeit war Beyk bemüht mit allerlei Ausreden, Aussageverweigerungen und Lügen aus dem Weg zu gehen. Schützenhilfe bekam er dabei vom Gericht und Staatsanwalt, die ihm, was seine SAVAK-Mitgliedschaft betrifft, ein „Auskunftsverweigerungsrecht“ zugestanden. Dies alles änderte aber nichts daran, daß im Verlauf der Verhandlung neue Tatsachen ans Tageslicht gebracht werden konnten, so z.B.:

- Y. Beyks Schnüffeltätigkeit in der iranischen Studentenorganisation CIS war enthüllt worden. Anders als er selbst behauptete, hatte er persönlichen Kontakt zu Mitgliedern dieser Organisation.

- Der Polizist, der ihn zuerst vernommen hatte, gab an, Beyk habe ihm gegenüber seine Arbeit für den SAVAK gestanden. Deshalb auch nur habe er sich verfolgt gefühlt.

- Rechtsanwalt Jacobi verlas zwei Schreiben der iranischen Botschaft. Danach ergibt sich aus den Unterlagen der iranischen Dokumentationssammlung, daß Y. Beyk Agent des SAVAK mit der Codenummer 13501 und einem monatlichen Sold von 560,- DM war.

Mit den Widersprüchen konfrontiert, erklärte Y. Beyk plötzlich, er könne heute nicht mehr aussagen, daß die Stereogeräte von den Ange-

klagten geraubt worden seien. Daß er SAVAK-Agent gewesen war, daran wollte er sich nicht mehr erinnern. Jetzt war auch für den Staatsanwalt klar, daß der Zeuge in „wesentlichen Abschnitten“ des Tatgeschehens „wissentlich die Unwahrheit gesagt“ hätte und beantragte Freispruch für alle Angeklagten. Der Lügner schlich sich aus dem Raum, unter Polizeischutz.

Die Angeklagten mußten freigesprochen werden, das ist ein Erfolg! Ebenso die Entlarvung Y. Beyks als Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes. Die weiterreichende Frage der Zusammenarbeit von SAVAK und bundesdeutschen Stellen jedoch konnte nicht aufgeklärt werden. Denn der Abbruch des Prozesses erfolgte just an dem Punkt, an dem - nachdem der Zeuge der Anklage unbrauchbar geworden ist - umgekehrt die Möglichkeit bestanden hätte, gerichtliche Feststellungen über die Zusammenarbeit von SAVAK und bundesdeutschem Geheimdienst zu treffen. Dazu sagte Rechtsanwalt Jacobi in seinem Schlußwort: „Der Plan der Staatsschutzbehörden war, die SAVAK-Tätigkeit in der BRD zu verdecken. Der Plan ist gelungen. Die SAVAK-Tätigkeit bleibt im Dunkeln. Deshalb können wir nicht froh sein. Wir wissen nicht, ob Weisungen von höheren Stellen für die Einstellung erteilt worden sind. Der Freispruch ist keine Legitimation für den Rechtsstaat. Legitim wäre nur die staatsanwaltschaftliche Ermittlung gegen die Arbeit des SAVAK in der BRD.“

IKAH

Freiheit für Werner Schlegel

Am 30.4.80 erfolgt ein Anhörungsverfahren im Fall Werner Schlegel. Werner wurde bereits im Juli des letzten Jahres der Antrag auf Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Haft abgelehnt. Nun hat Werner Antrag auf Erlaß der Reststrafe gestellt. Hierzu soll am 30.4. nach Anhörung entschieden werden. Wir veröffentlichen die Resolution, die hierzu auf dem antifaschistischen Bundeskongreß zu Ostern verabschiedet wurde.

Um den Herren des Morgen-

widrig isoliert bzw. den Maßnahmen der besonderen Haftlingsüberwachung unterworfen. Die Haftbedingungen haben Werners Gesundheit total zerrüttet, er wiegt heute weniger als 50 kg. W. Schlegel hat im Knastr zu schreiben begonnen und ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren (AGAV). Bereits im Juli vergangenen Jahres wurde trotz eindeutiger Befürwortung durch die Anstaltsleitung und des Anstaltspsychologen die Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Haftstrafe nach Intervention der

Freiheit für Werner Schlegel

Am 30.4.80 erfolgt ein Anhörungsverfahren im Fall Werner Schlegel. Werner wurde bereits im Juli des letzten Jahres der Antrag auf Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Haft abgelehnt. Nun hat Werner Antrag auf Erlaß der Reststrafe gestellt. Hierzu soll am 30.4. nach Anhörung entschieden werden. Wir veröffentlichen die Resolution, die hierzu auf dem antifaschistischen Bundeskongreß zu Ostern verabschiedet wurde.

Um den Herren des Morgen-grausens ein breites Interesse der Öffentlichkeit an ihren „Liberalisierungstendenzen“ klar zu machen, bitten wir die Leser, die folgende Resolution zu unterschreiben und an folgende Adresse zu senden an RA Kunisch, Kaufingerstr. 25, 8000 München 2.

Resolution vom antifaschistischen Bundeskongreß

Am 30. April entscheidet die Strafvollzugskammer beim Landgericht Köln über den Reststrafenlaß für Werner Schlegel. Werner ist seit 1975 inhaftiert und verbüßt eine sechsjährige Haftstrafe. Während seiner Haft war er jahrelang rechts-

widrig isoliert bzw. den Maßnahmen der besonderen Haftlingsüberwachung unterworfen. Die Haftbedingungen haben Werners Gesundheit total zerrüttet, er wiegt heute weniger als 50 kg. W. Schlegel hat im Knastr zu schreiben begonnen und ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren (AGAV). Bereits im Juli vergangenen Jahres wurde trotz eindeutiger Befürwortung durch die Anstaltsleitung und des Anstaltspsychologen die Entlassung nach Verbüßung von 2/3 der Haftstrafe nach Intervention der Herren des Morgen-grausens abgelehnt. Trotz starker Repression steht Werner auch heute zu seiner politischen Identität, kämpft mit seinen Texten gegen jede Form der Repression, Überwachung und Unterdrückung. Obwohl seit etwa zwei Monaten Werners Haftbedingungen gelockert wurden, ist zu befürchten, daß das Reststrafengesuch erneut abgelehnt wird und damit Werners Gesundheit irreparabler Schaden zugefügt wird.

Die Teilnehmer des antifaschistischen Bundeskongresses fordern deshalb: Reststrafenlaß für Werner Schlegel - sofortige Haftentlassung!

Buntbuch-Verlag

Urteil im „Anti-Terror-Prozeß“ gegen die PRP

Lissabon, 13.4. (afp/taz) Am vergangenen Mittwoch hat ein Lissaboner Gericht zwei der wichtigsten Führungsmitglieder der „Revolutionären Partei des Proletariats“ (PRP) zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die PRP hatte bereits unter Salazar und später unter Caetano zum Teil spektakuläre Aktionen gegen den Faschismus unternommen.

Nach dem Putsch vom 25. April 1974 war sie recht bald wieder in den bewaffneten Untergrund gegangen, weil sie den revolutionären Prozeß auf legalem Wege nicht mehr zu fördern können glaubte. Am Mittwoch wurde nach einem über zweijährigen Prozeß Isabel do Carmo zu 11 Jahren, Carlo

Antunes zu 15 Jahren Haft verurteilt. Beide wurden für schuldig befunden, mehrere Bombenattentate und Banküberfälle geleitet zu haben. Bei einer der Aktionen war ein Polizist getötet worden. Eine dritte Angeklagte, Fernanda Fraguas, erhielt 10 1/2 Jahre Gefängnis. Drei flüchtige PRP-Mitglieder wurden in Abwesenheit zu Haftstrafen zwischen 8 und 11 Jahren verurteilt. Dem Prozeß hatten mehrere ausländische Anwälte und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen beigewohnt, die den portugiesischen Behörden vorwarfen, mit erzwungenen Geständnissen gearbeitet zu haben.

Aus der „TAZ“ vom 14.4.1980

Carters Kriegspläne gegen Iran...

Fortsetzung von Seite 1

Seit dem Aufstand im Februar 1979 hat sich Iran bemüht, besonders im letzten halben Jahr, die unter dem Schah-Regime bestandene einseitige und vollständige Abhängigkeit von den US-Imperialisten zu durchbrechen. Führt man sich darüber hinaus vor Augen, daß es nicht einmal einen besonderen Anlaß für die seit einigen Wochen gefährlich gesteigerte Kriegshetze seitens der USA gibt, kann an der ernsthaften Absicht der US-Imperialisten, einen Krieg im Nahen Osten anzuzetteln, kaum noch Zweifel bestehen. Im übrigen sind die Drohungen der USA, in der Golfregion und im Iran militärisch einzugreifen, nicht neu und wurden von den USA immer als ihr legitimes „Recht“, ihre „vitalen Interessen“ zu wahren, bezeichnet.

Provozierte Eskalation

Am 25.3. forderte Carter die iranische Regierung ultimativ auf, die amerikanischen Geiseln der Kontrolle der iranischen Regierung zu unterstellen. Nur einen Tag vorher, am 24.3., war der Schah von Panama kommend in Ägypten eingetroffen, wenige Stunden bevor das Auslieferungsbegehren der iranischen Regierung der Regierung von Panama übergeben werden sollte. Der Stabschef des Weißen Hauses, Hamilton Jordan, war in dieser Frage wiederholt nach Panama gereist und hatte, nachdem Mexiko den Schah nach seinem Aufenthalt in den USA nicht wieder aufnehmen wollte, dem Schah die Einreise nach Panama vermittelt (NZZ, 4./5.80 und FR, 26.3.80).

Es besteht also keinerlei Zweifel, daß die USA die „Flucht“ des Schahs (wie schön, daß er wenigstens ein bißchen rumgeschubst wird) nach Ägypten, dem übrigens einzigen Land, das ihn noch aufnehmen bereit war, inszenierte.

Kriegsgefahr

Kriegsgefahr

Kriegsdrohungen der USA gegen die Länder der Golfregion sind durchaus nicht Neues, allerdings haben sich die Widersprüche in der gesamten Region in den letzten Jahren so zugespitzt, daß eine ernste Kriegsgefahr besteht.

In den letzten Jahren konnten die USA ihren Einfluß im Nahen Osten erheblich verstärken. Ein deutliches Zeichen waren die ägyptisch-israelischen Verträge von Camp-David vom September 78, die den Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel vorbereiteten. In den Geheimabkommen zu den Camp David-Abkommen wurde deutlich, daß diese Verträge Israel den Rücken frei machen sollten, um endgültige Schläge gegen die „radikalen Elemente“ in der PLO zu führen und Syrien aus dem Libanon zu vertreiben, um so wieder einen Israel freundlich gesonnenen Staat aufzubauen. Ägypten sollte als Ordnungsmacht für Konflikte in arabischen Staaten aufgebaut werden, in den Staaten der „Standfestigkeit und Konfrontation“ (Libyen, Syrien, Südjemen, Algerien und damals noch Irak) sollten — immer unter tatkräftiger Hilfe der US-Imperialisten — Konflikte geschürt werden, die ihre ablehnende Haltung nach und nach aufweichen sollten (vgl. „3. Welt-Magazin“, Sondernummer und „Afrique Asie“, 2.10.78). Auf die „gemäßigten“ Staaten wie Saudi-Arabien, sollte Druck ausgeübt werden, damit sie sich zumindest nicht gegen die Verträge stellten.

Zu diesem Zeitpunkt war ein Sturz des faschistischen Schah-Regimes noch nicht unbedingt abzusehen (Regierungszeit Sharif Emanis). Mit dem Sturz des Schah-Regimes änderte sich die Situation. Iran, vorher feste Bastion des US-Imperialismus, war diesem auf zunächst unbestimmte Zeit entrissen. Noch im Februar 79 schlossen (zeitgleich mit einer Rundreise des amerikanischen Kriegsministers Brown durch die Golf-Staaten) Irak — bisher wortradikalster aber in Taten am meisten zögerndes Mitglied der Front der „Staaten der Standfestigkeit und Konfrontation“ — und das reaktionäre Saudi-Arabien, bisher Verbündeter des Schah-Regimes, ein Sicherheitsabkommen.

Anlaß eines Grenzkrieges zwischen Nordjemen und der Demokratischen Volksrepublik Südjemen und angesichts der Entwicklung im Iran entfachten die US-Imperialisten massive Kriegshetze. Brown äußerte auf seiner Rundreise durch die Golfstaaten: „Die Sicherung des Ölflusses aus dem Nahen Osten ist ganz klar ein Teil unserer lebenswichtigen Interessen... Wir werden für den Schutz dieser Interessen jede geeignete Aktion unternehmen, einschließlich

des Einsatzes militärischer Gewalt“ („Le Monde“, 27.2.79).

In der Zwischenzeit sind die US-Imperialisten in der Vorbereitung einer militärischen Aktion weiter vorangekommen (siehe hierzu den nachfolgenden Artikel in diesem AK!).

Die Botschaftsbesetzung in Teheran — provoziert durch die Einreise des Schahs in die USA — schuf für die US-Imperialisten den Anlaß zur verschärften Kriegshetze gegen den Iran. Zweifel daran, daß sie bereit seien, ihren Einfluß in diesem Gebiet notfalls mit militärischer Gewalt zu sichern, hatten die US-Imperialisten sowieso nie gelassen.

Auf einem Geheimtreffen hoher amerikanischer Regierungs- und Militärspitzen in Camp David (19. bis 26.11.79) faßte Carter das Ergebnis der Gespräche folgendermaßen zusammen: „Erstens den Beschluß, Khomeiny loszuwerden, gleich ob die Geiseln befreit werden oder nicht. Eine Reihe Länder, die man konsultiert hat, haben sich bereit erklärt, den USA Luft- und Seebasen zur Verfügung zu stellen. Darunter sind Saudi-Arabien, Ägypten, Kuwait, Bahrain, Oman, Israel, Tunesien, Marokko, Nordjemen und Pakistan (doch eine stattliche Zahl! Die Sowjetunion kann da sicher nicht mithalten.) Andere werden uns unterstützen, falls sie nicht (aus Gründen der großen Politik) direkt einbezogen werden. In dem außergewöhnlichen Fall, daß alle Geiseln befreit werden, wird unsere Aktion gegen Khomeiny andere Formen annehmen. Aber es ist entscheidend, daß dieses Regime nicht länger als noch sechs Monate hält, denn trotz der offiziellen Dementies von Khomeiny haben wir gute Gründe anzunehmen, daß die Ereignisse im Iran und in Saudi-Arabien (gemeint ist die Besetzung der Großen Moschee in Mekka, an der sich die Bevölkerung beteiligte und die zeigte, daß der Thron des saudischen Königshauses durchaus auf wackligen Füßen steht) eng verbunden sind, sogar wenn sie...“

Thron des saudischen Königshauses durchaus auf wackligen Füßen steht) eng verbunden sind, sogar wenn sie nicht miteinander koordiniert sein sollten“ („Afrique-Asie“, 10.12.79, zit. nach „Neue“, 3.1.80).

Die knapp einmonatige Frist, die Carter der iranischen Regierung vor einigen Tagen eingeräumt hat würde mit der sechsmonatigen „Galgensfrist“ für Khomeiny, wie sie in Camp David angekündigt wurde, haargenau übereinstimmen. Und diese Übereinstimmung ist sicher nicht zufällig, war doch die Frist, die Carter sich damals gesetzt hat, nicht von irgendwelchen möglichen und/oder vermeintlichen Verrücktheiten und Unberechenbarkeiten Khomeinys abhängig, sondern von den Erfordernissen der militärischen Planung und Vorbereitung.

Im Großen und Ganzen haben die USA — trotz Iran — von der Entwicklung im Nahen Osten profitiert und ihren Einfluß erheblich stärken können. Das zeigt nicht nur die stattliche Liste der Unterstützerstaaten, die Carter in Camp David für den Fall einer militärischen Konfrontation aufzählen konnte, es zeigt sich auch daran, daß die „Staaten der Standhaftigkeit und Konfrontation“ (Libyen, Ägypten, Südjemen und Syrien, die PLO nimmt an den Sitzungen teil) auf ihrer jüngsten Sitzung in Tripolis (anlaßlich der Besuche von Begin und Sadat in den USA) ihre praktische Handlungsunfähigkeit erneut unter Beweis gestellt haben.

Syrien, als militärisch stärkster Staat unter ihnen, ist darüber hinaus in der letzten Zeit erheblich geschwächt worden. Innenpolitisch steht das Assad-Regime unter den Angriffen der reaktionären Moslembrüder, bewaffnete Auseinandersetzungen binden immer wieder große Teile des noch loyalen Militärs sowie unter der wachsenden Kritik einer demokratischen Opposition. Grundlage dafür ist die brutale Unterdrückung jeder Opposition und wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, u.a. durch enorm hohe Militärausgaben (70% des Haushalts) und das Ausbleiben saudischer Unterstützung, die reichlich floß, als Assad Anfang der 70er die Politik der Öffnung nach dem Westen betrieb (diese Tatsache ist auch deshalb wichtig, weil Saudi-Arabien sich nach außen als Gegner der Sadat'schen Kapitulationspolitik und „Freund“ der Ablehnungsstaaten profiliert).

Die Schwächung Syriens und der Sturz des Schah-Regimes haben offen die Ambitionen des irakischen Baath-Regimes gezeigt. Der Irak hatte sich vor allem verbal zu Zeiten des Bürgerkrieges als Kritiker des syrischen Vorgehens (Abschlachten der Palästinenser und linken fortschrittlichen Kräfte) und als wahrer Unterstützer der palästinensischen Sache

profiliert (angekündigte materielle Hilfe kam allerdings fast nie bei den palästinensischen Kämpfern an). Die gesamte Radikalität des irakischen Baath-Regimes äußert sich nun unverhüllt in machtpolitischen Ansprüchen. Nach dem Bruch der syrisch-irakischen Vereinigungsbestrebungen im letzten Sommer und sehr deutlich nach dem stillen, aber doch blutigen Putsch Saddams Hussein versucht das irakische Regime die Rolle des alten Konkurrenten, des gestürzten Schah-Regimes zu übernehmen. An blutiger innerer Unterdrückung hat das Hussein-Regime schon etliche Kostproben geliefert, in Zusammenhang mit den Grenzkonflikten und den Polemiken gegen Iran — die durchaus auf Gegenseitigkeit beruhen — hat Hussein den Unterdrückungsapparat ausgebaut und die „stalinistische Ära“ für die Baath-Partei ausgerufen: „Wir sind in unserer stalinistischen Ära. Wir müssen mit eiserner Faust die geringste Abweichung und den geringsten Rückfall bekämpfen — beginnend mit den Baathisten“ („The Guardian“, 11.4.80).

Der mit Iran eingeleitete Konflikt — über zehntausend Schiiten angeblich iranischer Abstammung wurden ausgewiesen, bewaffnete Auseinandersetzungen entlang der Grenze, Aufkündigung des 1975 mit dem Schah geschlossenen Abkommens und damit der darin festgelegten Grenzziehung am Schatt al-Arab, die Forderung der Herausgabe der drei Inseln vor der Straße von Hormuz (1971 vom Schah-Regime besetzt) — dient den Interessen der US-Imperialisten genauso wie den machtpolitischen Interessen des Baath-Regimes.

Es gibt zwar Widerstand in allen reaktionären Staaten des Nahen Osten (beispielsweise hat die PFLO in Oman ihre bewaffneten Aktionen wieder aufgenommen), dieser ist derzeit jedoch sehr geschwächt. Und es wird einer langen Entwicklung bedürfen, bis der Iran — trotz des verbal vorgetragenen Antiamerikalismus — „einer längeren“ Entwicklung bedürfen, bis der Iran — trotz des verbal vorgetragenen Antiamerikalismus — eine Stütze für diesen Kampf sein könnte. Nicht mal die PLO, die es ja an Sympathiekundgebungen für Khomeiny nicht fehlen läßt, wird militärisch unterstützt. Die linken und demokratischen Kräfte im Iran müssen selbst ums Überleben kämpfen. Die Zeit für einen Schlag der US-Imperialisten ist günstig.

In dieser gesamten Situation im Nahen Osten sind die militärischen Drohungen der USA gegen den Iran Ausdruck einer sehr konkreten Kriegsgefahr. In diesem Licht sollten auch die Solidaritätsforderungen der USA gegenüber ihren westlichen Verbündeten gesehen werden.

In einem Fernseh-Interview mit vier europäischen Fernsehstationen verlangte Carter am 13.4. die „volle und aggressive Unterstützung unserer Alliierten“. Von ihnen würde zweierlei erwartet:

- Durchführung der Sanktionen, die der UN-Sicherheitsrat im Januar beschließen sollte (am Veto der Sowjetunion gescheitert),
- diplomatische Aktionen, falls die Wirtschaftssanktionen erfolglos blieben.

„Wir haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren... Wir haben wirtschaftliche, diplomatische wie auch militärische Optionen. Wenn die Alliierten sich uns in dieser Hinsicht anschließen, daß wir den diplomatischen und wirtschaftlichen Druck wirksam machen und die Iraner veranlassen, die Geiseln freizugeben, dann können wir von der Notwendigkeit zusätzlicher strenger Aktionen absehen. Wir ziehen unkräftige Aktionen vor, aber wir behalten uns das Recht vor, jeden Schritt zu unternehmen, der notwendig ist...“ (FR, 14.4.80). Diese Äußerungen, die den Eindruck erwecken sollen, als liege es in den Händen der westlichen Verbündeten, ob es zu einem militärischen Konflikt kommt (der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski soll sogar unumwunden geäußert haben, die Europäer hätten es in den Händen, ob ein Dritter Weltkrieg ausbräche — FR, 11.4.), versuchen nur die „Solidarität“ der Alliierten zu erpressen. D.h., die übrigen imperialistischen Staaten sollen aus „Solidarität“ die von vorneherein als unwirksam eingeschätzten Maßnahmen (vgl. Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt) unterstützen, von deren Wirksamkeit eine mögliche militärische Aktion abhängt.

Offensichtlich kommt es den USA mit diesen Erpressungen nur auf eine Billigung ihres gesamten Vorgehens durch ihre Alliierten an, auch eines von ihnen angezettelten Krieges. Für diesen Fall haben die übrigen NATO-Partner auch schon ganz entscheidende Aufgaben für Nachschub und Transportwege, die unter dem Stich-

wort „Arbeitsteilung“ gehandelt werden. Noch wollen die USA die Truppen stellen (vgl. FR, 16.4.80). Im übrigen schätzen selbst bürgerliche Kommentatoren ein, daß das Vorgehen der US-Regierung in der Geiselfrage die Entscheidung des zukünftigen Parlamentes schon jetzt in Richtung „harte Linie“ beeinflusst. Inzwischen hat sich gezeigt, daß eine verhandlungsbereite Haltung z.B. die des Staatspräsidenten Bani Sadr keine Mehrheit findet.

Bani Sadr — ohne Macht

Bani Sadr hatte gleich nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Januar gegen die verschiedenen Machtzentren im Staat gewettert und hatte dabei besonders die Botschaftsbesetzer mit dem Vorwurf angegriffen, sie würden einen Staat im Staat bilden und wie Kinder handeln. In diesem Zusammenhang — und angesichts der Tatsache, daß er trotz seiner 76 % Wählerstimmen über keinerlei reale Macht verfügt, sondern in seiner Politik jeweils abhängig ist von der Zustimmung Khomeinys — hatte Bani Sadr auch gefordert, die Geiseln aus den Händen der Botschaftsbesetzer unter die Kontrolle des Staates zu bringen.

Auf das Ultimatum Carters antwortete Bani Sadr in einer Rede auf der Kundgebung zum Jahrestag der Islamischen Republik am 1.4.80, die Geiseln würden erst dann dem Revolutionsrat (der bis zum Zusammentreten des Parlamentes zumindest mitregiert) überstellt, wenn Washington versichere, sich künftig jeglicher „feindlicher Aktion, Propaganda und Provokation“ gegen den Iran zu enthalten. In der Rede Khomeinys, die von seinem Sohn Ahmed vorgelesen wurde, wurde auf diesen Punkt überhaupt nicht eingegangen, sondern darauf beharrt, daß die Lösung der Geiselfrage in den Händen des Volkes und des neugewählten Parlamentes liege, das in etwa zwei Monaten Geiseltage in den Händen des Volkes und des neugewählten Parlamentes zusammentreten würde (NZZ, 3.4.80).

Am 6.4. entschied der Revolutionsrat, dessen Vorsitz Bani Sadr kurz nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten von Khomeiny übertragen wurde, gegen die kompromißbereite Haltung Bani Sadrs, der schon unmittelbar nach seiner Wahl in einem Interview mit „Le Monde“ (12.2.80) von der Möglichkeit einer kurzfristigen Freilassung der Geiseln gesprochen hatte. Noch unmittelbar vor der Sitzung hatte Bani Sadr in einem weiteren Interview mit „Le Monde“ (6./7.4.80) erklärt, daß er „vom ersten Tag an“ die Geiselnahme aus „moralischen, humanitären und politischen Gründen“ verurteilt habe. „Den Imperialismus bekämpft man, indem man die Fesseln der Abhängigkeit zu den USA bricht, nicht, indem man Geiseln nimmt“. Er habe den Geiselnehmern erklärt, daß die „Übergabe der gefangenen Diplomaten in die Obhut der Regierung“ keinerlei praktische Konsequenz habe. „Aber meine Sorge ist, daß wir im amerikanischen Volk nicht den kriegerischen Geist wiederbeleben dürfen, der während des Vietnamkrieges herrschte und daß wir nicht den interventionistischen und faschistischen Flügel des US-Staatsapparates begünstigen dürfen, der Carter dazu drängt, Gewalt anzuwenden... Ein Kurswechsel zugunsten einer militärischen Intervention durch die Vereinigten Staaten würde für das iranische Volk und die gesamte Menschheit eine Katastrophe darstellen. Ich möchte dafür nicht die Verantwortung übernehmen“ (zit. nach „taz“, 8.4.80).

Bani Sadr ist für diese Standpunkte auf Kundgebungen angegriffen worden. Offensichtlich trifft die angeblich härtere „antiamerikanische“ Linie seiner Widersacher, die sich gegen jeden Kompromiß aussprechen und Bani Sadr gern als objektiven Handlanger der US-Imperialisten angreifen, auf mehr Rückhalt in der Bevölkerung. In der Geiselfrage nehmen sowohl die reaktionäre „Islamische Republik Partei“ (Vorsitzender ist Ayatollah Beheshti, vor Bani Sadr auch Vorsitzender des Revolutionsrates) als auch die revisionistische Tudeh-Partei und mit gewissen Einschränkungen auch die fortschrittliche religiöse Organisation der Volksmodjahedin ähnliche Standpunkte ein (über Standpunkte anderer Organisationen liegt uns derzeit wenig vor.).

Die Zeitung der „Islamischen Republik Partei“ (in der sich der reaktionäre Klerus sammelt), „Jomhour-i Islami“, veröffentlichte am 8.4. einen langen, offensichtlich von den Spitzen des Klerus gebilligten Artikel, in dem Bani Sadr ziemlich scharf angegriffen wird. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft

durch die islamischen Studenten und die Geiselnahme seien unerlässlich für den vielseitigen Kampf des iranischen Volkes. Es sei den Besetzern zu verdanken, daß die Liberalen (damit sind immer die Vertreter der Bourgeoisie, wie z.B. Bazargan und jetzt wohl auch Bani Sadr, gemeint) demaskiert worden seien. Die innere Politik, die Errichtung eines revolutionären Systems, könne nicht von der Außenpolitik, dem Kampf gegen den Imperialismus, getrennt werden (LM, 10.4.80).

Mit diesen Standpunkten gelingt es den finsternen islamischen Reaktionen immer noch, sich der Bevölkerung als wahre Antiamerikanisten zu verkaufen. Sicher ist unbestritten, daß die Botschaftsbesetzung und die Drohungen der USA bei der breiten Bevölkerung ein sehr viel größeres Bewußtsein über die tatsächliche jahrzehntelange Ausbeutung durch die USA, die vielschichtigen Abhängigkeiten von den imperialistischen Staaten, ihrer Verbrechen während des Schah-Regimes und des ungebrochen aggressiven Charakters der US-Imperialisten geschaffen hat. Von einem antiamerikanistischen Bewußtsein kann man allerdings kaum sprechen, weil der Haß gegen die US-Imperialisten von den reaktionären Machthabern nach wie vor vollständig ausgenutzt werden kann, um im Innern den Unterdrückungsapparat auszubauen, von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen und den Forderungen nach konkreten Verbesserungen auf diesem Gebiet abzulenken, um den Abbau demokratischer Kräfte voranzutreiben und den Krieg und die reaktionäre Propaganda gegen die nationalen Minderheiten zu verstärken. Für die linken und demokratischen Kräfte gibt es in dieser Situation kaum Einflußmöglichkeiten.

Deutliches Indiz hierfür — allerdings auch für das Existieren von Unzufriedenheit mit den schweren ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Problemen — ist eine Stellungnahme zur Zufriedenheit mit den schweren ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Problemen — ist eine Stellungnahme des Revolutionsrates vom 8.4., in der erklärt wird, daß jeder Ausdruck des Skeptizismus und jeder Zweifel gegenüber dem Funktionieren des Staatsapparates ein konterrevolutionärer Akt sei (LM, 10.4.80).

Diese Politik wird trotz der Differenzen in der Geiselfrage von Bani Sadr voll unterstützt. Sie ist — nachdem er sich dort nicht durchsetzen konnte — sogar zu seinem alleinigen Thema geworden. Am 8.4. verurteilte er im iranischen Fernsehen, die Geiselfrage einfach ignorierend, Streiks und Desorganisation, die die Produktion stilllegen würden. Insbesondere rief er zu einer Entwaffnung der politischen Gruppen auf, was sich besonders gegen die Kurden richtete: „Wir müssen uns von diesen Gruppen befreien, die hinter dem Rücken der Armee konspirieren, während diese sich der Verteidigung der Grenzen des Landes widmen“ (LM, 10.4.80). Für die iranische Regierung sind die Konflikte mit der irakischen Regierung also durchaus willkommenen Anlaß, um gegen die Kämpfe und Forderungen der nationalen Minderheiten im Iran vorzugehen. In Khuzistan (Erdölprovinz, arabische Bevölkerung) wurde gegen die Araber schon in der Vergangenheit besonders scharf vorgegangen, erst kürzlich wurden fast 30 Araber wieder wegen des Vorwurfs der angeblichen Sabotage der Erdöl-installationen verhaftet. Sie müssen mit der Todesstrafe rechnen.

In Kurdistan herrscht praktisch wieder Krieg. In seiner Ansprache zum 1. Jahrestag der Islamischen Republik hatte Bani Sadr erklärt, das „Problem Kurdistan“ sei gelöst. Es müßten nur noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die in der Existenz der bewaffneten Gruppen bestünden. Die Waffen müßten abgeliefert werden, und man werde bis zu diesem Zeitpunkt energische Maßnahmen treffen, um den Konflikt endgültig zu bereinigen. Der Armee sei befohlen worden, entschlossen vorzugehen und die Kurdengebiete von den bewaffneten Gruppen zu säubern (NZZ, 6./7.4.80). Einige Tage vor dieser Rede war Bani Sadr von der Demokratischen Partei Kurdistans, der Komalah (Zusammenschluß revolutionärer Gruppen) und Ayatollah Ezzedin Hussein aufgefordert worden, den seit Tagen tobenden „Bruderkrieg“ einzustellen. Zu dem Zeitpunkt hatte es schon mindestens 100 Tote gegeben (LM, 30./31.3. und NZZ, 1.4.80). Nach Meldungen der türkischen Zeitung „Hurriyet“ kamen bei den Kämpfen, in denen Panzer und Luftwaffe eingesetzt werden, inzwischen 500 Menschen ums Leben („TG“, 17.4.80).

Nahost-Kommission

Imperialistischer Aufmarsch im Indischen Ozean

„Wenn es zu einem Krieg kommen sollte, dann kann man wegen der Bedeutung des Öls wohl annehmen, daß er im Indischen Ozean, der größten Erdölquelle, aufflammen wird“ („Europäische Wehrkunde“, 12/79).

„Ein Versuch jeder fremden Macht, Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird (von uns) als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet, und ein solcher Angriff wird mit allen notwendigen Mitteln zurückgewiesen, einschließlich militärischer Macht“ (US-Präsident Carter nach „FAZ“, 25.1.80).

„Einheiten der Bundesmarine werden wahrscheinlich mit amerikanischen Kriegsschiffen im Indischen Ozean gemeinsame Manöver veranstalten“ („FAZ“, 8.4.80).

Drei Zitate, drei Schlaglichter auf den gegenwärtigen Kristallisationspunkt imperialistischer Kriegsvorbereitungen, den Indischen Ozean mit seiner vielzitierten Golfregion. „Afghanistan“ und „Gefahr für unser Öl“ heißen die wirkungsvollen Schreckensvisionen, die in der ganzen westlichen Presse in grellen Farben gemalt werden, um eine neue Phase imperialistischer Aggressionspolitik vor den Völkern zu legitimieren. Nach dem Sturz der verbrecherischen Pahlavi-Dynastie im Iran ist das Vertrauen der Imperialisten in ihre neokolonialen Subzentren sichtlich geschmolzen – vor allem am Golf. Die Opposition hat sich in Saudi-Arabien kürzlich so deutlich wie noch nie präsentiert (Moscheebesetzung), aus Oman kommen neue Meldungen über Einsätze der PFLO, die Anti-Schah/Anti-Sadat-Demonstrationen in Ägypten waren erneut eindrucksvoll. Bereits mit den Interventionen in Zaire 1977 und 1978 hat sich angedeutet, daß sich die Marionetten des Imperialismus aus eigener Kraft weniger denn je gegen größere Volksaufstände behaupten können. Die „Nach-Iran“-Politik des Imperialismus trägt dem voll Rechnung: es wird wieder verstärkt auf die klassische Kanonenboot- und Interventionspolitik zurückgegriffen, gekoppelt mit einer geradezu atemberaubenden Steigerung der Rüstungsausgaben und Militarisierung ganzer Erdregionen (Stützpunkte, Flottenpräsenz, Luftüberwachung, Stationierung von Bodentruppen etc.). Die finanziellen und militärischen Lasten dieser abenteuerlichen Politik werden je nach politischer Lage verschieden unter den imperialistischen Mächten aufgeteilt (vgl. AK 170, S. 1). Mit dieser „Arbeitsteilung“ wird die Ausdehnung der NATO auf den Indischen Ozean praktisch realisiert, ohne daß derzeit spektakulär Vertragstexte geändert werden müßten. Die Bedrohung ist nicht nur für alle anti-amerikanischen (Iran!) und anti-imperialistischen Bewegungen der Region akut. Die Sowjetunion hat u.E. kaum Chancen, in diesem Wettlauf mithalten zu können. Die folgende Analyse versucht, Stand und Entwicklungsrichtung des imperialistischen Aufmarsches im Indischen Ozean zu skizzieren. Hier leben in 40 Anrainerstaaten ca. 1 Milliarde Menschen.

US-Rüstungsspirale

US-Rüstungsspirale

Die Hauptlast der militärischen Kontrolle des Indischen Ozeans fällt auch weiterhin den USA zu, die dafür an anderer Stelle (Nordatlantik, Mittelmeer) von ihren „NATO-Partnern“ (darunter auch die BRD) entlastet werden sollen. Ein Kernstück der zukünftigen Ausstattung der Weltpolizisten USA wird die berüchtigte „Eingreiftruppe“ („Rapid Deployment Force“) von 110.000 Mann mit 10.000 km Aktionsradius sein. Es ist vorgesehen, erhebliche Teile von Munition und Ausrüstung dieser Armee im Indischen Ozean zu lagern, die Stützpunkte in Somalia, Kenia, Oman werden gegenwärtig mit einem Kostenaufwand von 80-100 Millionen Dollar für diesen Zweck ausgebaut (US-Staatssekretär Komer nach „Int. Herald Tribune“, 4.4.80). Um die Beweglichkeit der Eingreiftruppe zu garantieren, haben die USA ein enorm kostspieliges langfristiges Rüstungsprogramm aufgestellt (mit jährlich nominellen Steigerungsraten von 13 % - 14 %!!): In den nächsten 5 Jahren werden statt 67 nun 95 Kriegsschiffe gebaut, am Ende des Jahrzehnts werden die USA dann über 550 Einheiten verfügen. Entwickelt werden nicht nur neue Transportschiffe, sondern auch Großflugzeuge der Serie CX. Die Luftwaffe wird um 1700 Maschinen in den nächsten 5 Jahren erweitert, die neu entwickelten Bomber können das Doppelte an Raketen und Bomben tragen wie die B-52 Maschinen. In den nächsten fünf Jahren werden die USA insgesamt 1000 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgeben!

Nato-Flottenpräsenz im Indischen Ozean

Gegenwärtig kreuzen 31 Kriegsschiffe der USA im Indischen Ozean, darunter drei (!) Flugzeugträger. Unter ihnen die „Nimitz“, das größte Kriegsschiff der Welt mit 90 Kampfflugzeugen und 6300 Mann Besatzung. Das ist mit Abstand das größte Flottenaufgebot der USA im Indischen Ozean seit dem 2. Weltkrieg. Zur Zeit befinden sich 24.000 US-Matrosen im Indischen Ozean, unter ihnen eine Speziallandeereinheit von 1800 „Ledernacken“, die bereits in Vietnam als Kämpfer zu trauriger Berühmtheit gelangt sind. Allein für das laufende Jahr hat die US-Regierung 140 Millionen Dollar für die Versorgung der Flugzeugträger im Indischen Ozean veranschlagt. Für die Verpflegung der Marinesoldaten wur-

den eigens zivile Transportschiffe gechartert. Diese massive Aufgebot stellt eine unmittelbare Gefahr für den Iran dar, die Vermutung seiner Seehäfen wurde bereits angedroht. Wenn die Sowjetunion ihrerseits gegenwärtig mit 27 Schiffseinheiten präsent ist, darf das nicht täuschen. Da sie ohne Flugzeugträger operieren und ohne deren Luftunterstützung auskommen müssen, sind sie den USA klar unterlegen (vgl. unten). Bislang standen die im Indischen Ozean agierenden US-Kriegsschiffe unter dem Kommando der 7. Pazifikflotte, die regelmäßig (3-4 mal jährlich) „Task Force“ („Eingreif“-Einheiten) in den Indischen Ozean schickte. Nun scheint es nur noch eine Sache der Zeit zu sein, bis die schon lange geplante 5. Flotte für den Indischen Ozean aufgestellt wird und eine hochgerüstete Dauerpräsenz gewährleistet („FR“, 4.1.80).

Die Anwesenheit des US-Imperialismus im Indischen Ozean datiert aus den sechziger Jahren (1964 fuhren die ersten US-Atom-U-Boote in den Indischen Ozean ein) – als die Engländer sich im Zuge der Entkolonialisierung aus diesem Gebiet zurückzogen. Über 100 Jahre lang galt der Indische Ozean als britisches „Binnenmeer“. Mit ihren Besitzungen in Afrika und Australien beherrschten die Engländer nicht nur die West- und Ostküste dieses Ozeans, sie kontrollierten mit dem Suezkanal, den Scheitelpunkten am Persischen Golf, dem indischen Subkontinent und Singapur auch seine nördlichen Begrenzungen. Zu Beginn der sechziger Jahre übernahmen die US-Imperialisten gemäß ihrer neuen Rolle nach dem 2. Weltkrieg nahezu alle einstigen Stützpunkte der Engländer, soweit das möglich war.

Unterstützt werden die US-Kriegsschiffe von der französischen Flotte, die allein (in Normalzeiten) so stark ist wie die sowjetischen Einheiten (14 Einheiten mit 1200 Mann Besatzung) (nach „Europ. Wehrkunde“, 11/79). Unlängst wurde die französische Flotte im Indischen Ozean durch je einen Kreuzer und Fregatte, 4 U-Boote und einen U-Boot-Jäger verstärkt („Welt“, 31.1.80). England schickte seinerseits drei Fregatten, einen Hubschrauberträger und zwei Versorgungsschiffe in den Indischen Ozean.

Da wollte auch die westdeutsche Bundesmarine nicht zurückstehen: Mit zwei Raketenzerstörern und zwei Versorgungsschiffen werden erstmals westdeutsche Kriegsschiffe außerhalb des NATO-Bereichs im Indischen

Ozean Stärke demonstrieren und vermutlich an zentralen Manövern mit den USA, Frankreich teilnehmen („SZ“, 29.1. und „FAZ“, 8.4.). Das ist zwar ein klarer Bruch des Grundgesetzes (Verteidigungsauftrag), aber macht nur deutlich, wie die Herrschenden in „Krisenzeiten“ mit ihren Gesetzen umspringen.

Imperialistische Stützpunkte

a) Golfregion

Sowohl Israel als auch Ägypten haben den US-Imperialisten im Januar d.J. Stützpunkte angeboten. Anbieten würden sie El Arish am Gazastreifen, das von den Israelis dieser Monate geräumte Refidim (Sinai) und die beiden hochmodernen Flugplätze Etiam und Etzion (Sinai), die bis 1981 von den Israelis benutzt werden. Da die Sinai-Stützpunkte nach dem Abkommen von Camp David nicht von den ägyptischen Streitkräften benutzt werden dürfen, würde eine US-amerikanische Übernahme „allen Seiten“ sicher genehm sein. Bis 1985 kann Ägypten mit rd. vier Milliarden Dollar Militärhilfe rechnen. Ägypten werde zu „Carter's Feuerwehr“, die gegebenenfalls in Libyen, im Sudan, im Jemen und am Golf bis Oman eingreifen kann, kommentiert die „Welt“ (25.1.). Bereits gegen den Volksaufstand in Zaire wurden seinerzeit ägyptische Soldaten eingesetzt, der Einsatzkreis ist also noch wesentlich größer gezogen. Gegenwärtig sind ägyptische Truppen im Oman gegen die PFLO im Einsatz („Die Neue“, 3.4.).

Im Oman können die US-Imperialisten auf Thamarit, Masirah und Sib (Flughafen) zurückgreifen und die Häfen von Matrah (in der Nähe von Muskat) und Salalah benutzen. In Bahrain im Persischen Golf, dem ehemaligen Hauptquartier der US „Middle East Force“ dürfen die wichtigen Kommunikationsinstallationen von den US-Truppen benutzt werden. Laut „UZ“ sollen Anfang März 1000 US-Soldaten auf Bahrain eingetroffen sein (5.3.). Saudi-Arabien unterhält Marinestützpunkte im Westen des Landes, eine 3. Marinebasis ist im Entstehen. Es soll außerdem in eigener Regie Luftstützpunkte aufbauen, die dann in „Krisenzeiten“ von den USA benutzt werden sollen (in Saudi-Arabien leben 32.000 US-amerikanische Berater) („SZ“, 14.2.).

Die gesamten Operationen in diesem Gebiet werden zusätzlich durch zwei in Ägypten stationierte AWACS-Großflugzeuge überwacht, die Flugzeuge aus 300 km Entfernung entdecken können (Frühwarnsystem). Am nordöstlichen Eingang des Golf von Oman versuchen die USA einen Stützpunkt in Pakistan zu erhalten. Mit diesen Kapazitäten ist den USA eine weitgehende militärische Kontrolle der Golfregion und der Ölfelder möglich.

b) Ostafrika

Darüberhinaus verfügen die USA jetzt über strategisch günstige Stützpunkte in Somalia: Berbera (Golf von Aden), Mogadischu und Chisimaio. Somalia gehörte zu den wenigen arabischen Ländern, die ihre diplomatischen Beziehungen zu Ägypten nach dem Pakt mit Israel aufrechterhalten haben und befürwortet nach Barres Worten („IHT“, 29.3.) die französische Präsenz im benachbarten Dschibouti (4000 französische Soldaten und Marinestützpunkt). Vermutlich erhofft sich Somalia imperialistischen Beistand in seinem Konflikt mit Äthiopien in der Ogaden-Frage. 1977 mußten die sowjetischen Berater wegen der einseitigen Unterstützung Äthopiens bei der Verfolgung der aufständischen Westsomalis, die im Ogaden beheimatet sind, Somalia verlassen. Vermutlich wegen des schwebenden militärischen Konflikts zwischen Somalia und Äthiopien drangen bis jetzt keine Zahlen über den

Umfang der Militärhilfe für Somalia an die Öffentlichkeit.

Im traditionell pro-imperialistischen Kenia stieß das Begehren der USA nach Stützpunkten auf keinen Widerstand. Schon in der Vergangenheit konnten US-Kriegsschiffe den Hafen Mombasa anlaufen. Nunmehr können sie zusätzlich den Flugplatz bei Nairobi ausbauen und nutzen. Lobte Carter, Kenia sei „ein Fels, ein Anker und eine Festung der Stabilität“ („NZ“, 22.2.) und verdoppelte die Wirtschaftshilfe. Die BRD springt für zwei Jahre mit 180 Millionen DM zur Seite! („FAZ“, 24.3.).

c) Südliches Afrika

Im südlichen Afrika überwacht die Beobachtungsstation Silvermines (RSA), die mit einer NATO-Kodifizierung arbeitet, den Südatlantik und südlichen Indischen Ozean. Erst 1975 hatten die Engländer das Abkommen mit der RSA über den Betrieb von Silvermines formell gekündigt, sozusagen „die Uniform ausgezogen“. Stark ist der französische Imperialismus in dieser Region vertreten. Widerrechtlich wird die zwischen Madagaskar und Mosambik gelegene Komoreninsel Mayotte besetzt gehalten und militärisch weiter ausgebaut. 1978 initiierten die französischen Imperialisten einen Rechtsputsch auf den Komoren, die die inzwischen imperialistischen einen Rechtsputsch auf den Komoren, die die ihnen genehme Regierung an die Macht brachte und sie nicht mehr mit Rückgabeforderungen konfrontiert. Auf Mayotte sind ca. 450 Soldaten stationiert und überwachen die „Straße von Mosambik“. Der wichtigste französische Vorposten in dieser Region ist die Insel Reunion, östlich von Madagaskar im Indischen Ozean gelegen und mit ca. 2500 Soldaten besetzt. Tief im südlichen Indischen Ozean, in Arktisnähe, liegen die Kerguelen-Inseln und die Insel Crozet, beide französisch und im Bereich der südlichen Flottenoperationen liegend. Bei einer Zuspitzung der Lage im südlichen Afrika ist der Imperialismus sofort interventionsfähig.

d) Zentraler Indischer Ozean

Der mit Abstand wichtigste Stützpunkt des Imperialismus im Indischen Ozean ist das Atoll Diego Garcia. Diego Garcia liegt inmitten des Chagos-Archipels fast genau in der Mitte des Indischen Ozeans, etwa gleich weit - zwischen 1600 und 2000 km - von Afrika, Südasiens und Südostasiens entfernt. 1966 wurde zwischen den USA und England ein Nutzungsabkommen mit 50 Jahren Laufzeit unterzeichnet. Als Mauritius 1968 unabhängig wurde, geschah dies nur unter der Bedingung, daß Diego Garcia in englischem Besitz bliebe. Für 4 Millionen engl. Pfund trat die neokolonialistische Regierung im 1500 km entfernten Mauritius ihre Insel an die Engländer ab. Zwei Jahre später wurden die über 1400 Einwohner von der Insel nach Mauritius vertrieben und fristen dort in den Slums ein elendes Leben. Für diese Zwangsumsiedlung und für die Erlaubnis zur Errichtung einer Nachrichtenstation kassierte England seinerzeit von den USA 14 Mill. US-Dollar!...

Nach und nach wurde Diego Garcia zum „unversenkbarsten Flugzeugträger“ der USA ausgebaut. Diego Garcia ist das Herzstück des amerikanischen Netzes von Militärbasen und Kommunikationszentren, die das Pentagon über den gesamten Indischen Ozean gelegt hat, mit dem der gesamte Schiffsverkehr der Region überwacht und mit dem die mit Offensivraketen (SLBM) ausgerüsteten Atom-U-Boote geleitet werden. Damit gerät der gesamte europäische Teil der Sowjetunion - insbesondere die Rüstungs- und Industrieanlagen im Süden - in die Reichweite amerikanischer Feuerstellungen. Im Rahmen eines mehrjährigen Ausbauprogramms für 225 Mill. US-Dollar sind

auf der kleinen Insel (115 qkm) Startbahnen für die strategischen Fernbomber B 52 und B 1, ein Hafen (mit Reparaturdocks) für ein Dutzend Kriegsschiffe einschließlich eines Flugzeugträgers und drei Funk- und Satellitenstationen fertiggestellt worden. Riesige Öltanks speichern 70.000 Tonnen Öl. Bei ihren Überwachungsflügen im südöstlichen Indischen Ozean benutzt die australische Luftwaffe Diego Garcia ebenfalls („NZ“, 16.1.80). Die Rückgabe von Diego Garcia an die ursprünglichen Eigentümer ist eine zentrale Forderung der fortschrittlichen Staaten und Bewegungen in der Region.

Satelliten-Verbindungsstationen unterhalten die US-Imperialisten ferner auf den Seychellen (Insel Mahe) zwischen Diego Garcia und Kenia und auf Mauritius, östlich von Madagaskar (sie wird von der NASA betrieben). Südlich von der Südspitze Indiens liegt gegenwärtig verlassen der englische Stützpunkt Gan auf den Malediven, der sich in „Krisenzeiten“ sicher reaktivieren lassen würde.

e) Die Ausdehnung des ANZUS-Paktes

Der ANZUS-Pakt wurde 1952 von den USA, Australien und Neuseeland gebildet und bezieht sich auf den südostasiatischen pazifischen Raum. Doch seit geraumer Zeit wird die Präsenz Australiens im Indischen Ozean in Australien diskutiert und dieser Tage verstärkt realisiert. Während sich die Labour-Regierung unter Whitlam (1972-75) verbal für eine Demilitarisierung des Indischen Ozeans einsetzte, macht die konservative Fraser-Regierung keinen Hehl aus ihrer aggressiven, bis ins Detail mit den USA abgestimmten Außenpolitik in der Region. Auf der jüngsten Reise des BRD-Kriegsministers Apel nach Südostasien wurde von Fraser gar gefordert, Bundesmarine im Indischen Ozean ständig zu stationieren.

Bereits 1976 wurde der einzige Marinehafen in Westaustralien, Cockburn Sound bei Perth den USA und England zur logistischen Unterstützung ihrer Flotten angeboten. Der Ausbau wurde beschleunigt, zumal Fraser ihn im strategischen Zusammenhang mit dem von ihm unterstützten Ausbau von Diego Garcia betrachtete. Heute beherbergt der Stützpunkt ständig vier Zerstörer und drei U-Boote. Die USA unterhalten in Australien drei gemeinsame militärische Einrichtungen, die als Bestandteile weltweiter Kommunikationssysteme über den Indischen Ozean hinaus global strategische Bedeutung haben. Die North West Cape Naval Communication Station in Westaustralien verfügt über einen „Very Low Frequency“ (VLF)-Sender für die Kommunikation mit amerikanischen und australischen Marineeinheiten im Indischen Ozean und westlichen Pazifik. Diese Frequenzen, die auch zur Steuerung von Polaris/Poseidon U-Booten benutzt werden, sind unter Wasser vom Gegner kaum zu stören. North West Cape gehört zu den wichtigsten VLF-Stationen innerhalb des weltweiten militärischen Kommunikationssystems der USA. Zu den Aufgaben des North West Cape gehört ebenfalls die militärische Satellitenkommunikation. Bis Ende 1980 soll der Ausbau von Einrichtungen abgeschlossen werden, die den Betrieb der dritten und modernsten Phase des „Defence Satellite Communication System“ ermöglichen.

Zu den Aufgaben der Joint Defence Space Research Facility Pine Gap bei Alice Springs in Zentralaustralien gehören neben der militärisch orientierten Weltraumforschung Steuerungsfunktionen für Satelliten und verschiedene andere Aspekte der Satellitenkommunikation wie die Registrierung von Nuklearsprengun-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 4

gen und von Signalen des Frühwarnsystems. Dieser Stützpunkt gilt als nahezu unersetzlich für die strategische Bereitschaft der US-Streitkräfte im Pazifik und im Indischen Ozean.

Die dritte gemeinsam betriebene Verteidigungseinrichtung ist ein Bestandteil des Komplexes in Woomera, Südastralien, die Joint Defence Space Communication Station Nurrungar. Hier werden Frühwarninformationen empfangen und nachrichtliche Daten übermittelt, die aus der Satellitenbeobachtung gewonnen werden.

Neu ist die Installation eines Omega-Senders in Australien (Victoria), der ein weltweites Kommunikationssystem von acht Sendern vervollständigt. Omega dient international, auch für den zivilen Bereich, als Navigationshilfe. Es ist umstritten, ob Omega für die Fixierung der Position von strategischen U-Booten im Indischen Ozean verwendet werden kann (nach F. Verellen: „Der Indische Ozean in der australischen Verteidigungspolitik“, 1979).

Die auf der Höhe von Java gelegenen Kokos und Christmas-Inseln werden von der US-Luftwaffe zur Zwischenlandung bei Flügen von Guam nach Diego Garcia benutzt. Nicht nur, daß Australien Stützpunkte für den Aufmarsch im Indischen Ozean zur Verfügung stellt, auf einer Konferenz Ende Februar 80 kamen die USA, Australien und Neuseeland überein, gemeinsam ihre Präsenz im Indischen Ozean zu verstärken. Australien hat inzwischen seinen Flugzeugträger Melbourne dort stationiert und Neuseeland verspricht, nach seinen Möglichkeiten See- und Luftunterstützung zu geben. Außerdem wird erwogen, Teile der australischen Armee mit der geplanten US-amerikanischen Eingreiftruppe zusammenzulegen („SZ“, 29.2.80). Außerdem hat Australien die Aufklärungsarbeit im östlichen Indischen Ozean übernommen und bezutzt dabei regelmäßig Diego Garcia (NZZ, 31.1.). Die weitere Aufrüstung von Australien und Neuseeland wird voraussichtlich mit westdeutschen Mitteln erfolgen (Apel-Besuch).

Abschließend sei noch auf die wichtige Funktion des US-Stützpunktes auf Singapur hingewiesen, auf dem auch australische Luftwaffe stationiert ist. Die US-Regierung bestätigte, daß Singapur als Zwischenlandstation für die Orion P-3 verwendet würde, die regelmäßig zwischen dem amerikanischen Clark Air Base in den Philippinen und Diego Garcia operieren.

Legende der „gefährdeten Ölrouten“

Die „Gefährdung der Ölrouten“ ist ständig zu beschwören, gehört zum kleinen ABC der imperialistischen

Die „Gefährdung der Ölrouten“ ist ständig zu beschwören, gehört zum kleinen ABC der imperialistischen Rechtsprelle und gewinnt geradezu groteske Züge, wenn man Carters angebliche Vermutung des Persischen Golfs bzw. der iranischen Häfen damit konfrontiert.

Abgesehen davon, daß es sich hier um Projektionen der eigenen Wünsche auf den politischen Gegner handelt, sind diese Hetzparolen zusätzlich absurd, wenn man sich das Kräfte u n gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den USA im Indischen Ozean vergegenwärtigt.

Erst seit Ende der sechziger Jahre führt ein sowjetisches Seegeschwader ständig im Indischen Ozean und 1975 wurde das Meer erstmals in ein Manöver mit einbezogen. Die sowjetische Anwesenheit ist historisch eine Antwort auf die traditionelle britisch/amerikanische Dominanz in der Region (siehe vorn). Die Ölroute selber ist durch ein Stützpunktsystem gesichert, daß sich von Bahrain über Oman an Dschibouti vorbei entlang der ostafrikanischen Küste zieht (Berbera, Mombasa), die Straße von Mosambik kontrolliert (Mayotte) und am Kap der Guten Hoffnung (Silvermines) endet (um Mißverständnisse zu vermeiden, es geht hier nur um die Widerlegung imperialistischer Logik, nicht um die reale Funktion der Stützpunkte zur generellen Herrschaftsstabilisierung gegen „Subversion“ und „Kommunismus“). Hinzu kommt, daß die Sowjetunion gewisse Rückschlüsse in der Region hat hinnehmen müssen (Ägypten, Sudan, Indonesien, Nordjemen, Somalia und aktuell Irak), sie besitzt keinen einzigen Stützpunkt an der ostafrikanischen Küste, allenfalls Ankerrechte in Asmara (Rotes Meer), Aden und Insel Sokotra (vor Somalia liegend, zu Aden gehörend) und Maputo (Mosambik hat sich in der Verfassung verpflichtet, keiner ausländischen Macht Stützpunkte einzuräumen). Die Ankerrechte in Mauritius sind zweifelhaft, nachdem die Insel jüngst auf westlichen Druck das Fischereibündnis mit der Sowjetunion gekündigt hat (AFP, 15.1.80).

Was die Qualität und Quantität der sowjetischen Flotte betrifft, kommt eine aktuelle Studie zu dem Schluß: „Derzeit hat die Sowjetunion den vereinigten Seestreitkräften der USA, Großbritannien und Frankreich im Indischen Ozean nicht annähernd (!) etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Nicht zuletzt, da es ihren dortigen Einheiten an ausreichender Luftunterstützung fehlt.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Washingtons strategische Stellung im Indischen Ozean ist heute stärker als noch vor wenigen Jahren unterstellt werden konnte. Aus sowjetischer Perspektive nimmt sie sich als eine Einkreisung aus, die von den Alenuten und Japan, über Inselasien, Neuseeland, Australien nach Diego Garcia und bis in den Mittleren und Nahen Osten reicht.“ („Der Indische Ozean in der Weltpolitik“, Helmut Heinzlmeir, 1979). Eine US-amerikanische Analyse bilanziert: „Ihre (der Sowjetunion) Flotteneinheiten stellen – entgegen vielfach kolportierter Meinung – keine Gefährdung der Erdölrouen des Westens dar. Dafür sind die stationierten Verbände zu schwach. Das behauptet mittlerweile nicht einmal mehr die US-Marine“ (J.Fuller, „Dateline Diego Garcia“).

Die UN-Resolution Nr. 2831 von 1971 sieht die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean vor:

– der Indische Ozean solle innerhalb noch zu bestimmender Grenzen und für alle Zeiten als Friedenszone anerkannt werden,

– die großen Mächte sollten zusammen mit den Küstenstaaten über

Maßnahmen zur Beseitigung von Militärbasen etc. beraten, – die Anrainerstaaten sollten ohne Militärbündnisse ein Sicherheitssystem für den Indik-Raum erarbeiten.

Wie zu erwarten, hielten sich die Großmächte, allen voran die USA, nicht an diesen Vorschlag. Anfang der siebziger Jahre versuchte die Sowjetunion, mit den USA über Rüstungsbegrenzungen im Indischen Ozean ins Gespräch zu kommen. Mit wenig Erfolg: „Washingtons Stellung in dieser Region war zu stark, als daß es dazu bereit gewesen wäre.“ Für Washington hatten globalstrategische Überlegungen Vorrang. Innerhalb derer hatte es hier eine Region, in der es in der Vorderhand war“ (Heinzlmeir, s.o.). Eine Friedenspolitik in der Region ist außerdem durch die Vielzahl von neokolonialistischen Staaten beeinträchtigt, deren Kollaboration mit dem Imperialismus gleichsam Existenzbedingung ist. Dort, wo sich die Völker aus den imperialistischen Fesseln befreien konnten, hat die Idee einer „Zone des Friedens“ (zumindest was Stützpunkte betrifft), eine Chance: Mosambik lehnt nach § 24 seiner Verfassung jeden ausländischen Stützpunkt ab, Madagaskar duldet keine fremde Kriegsmarine in seinen Gewässern und Häfen, ebenso wenig wie Tansania. Nach dem Linksputsch unterstützt auch die Regierung der Seychellen den Rausschmiß imperialistischer Einheiten aus der Region, muß aber noch die Verträge bezüglich der Satellitenstation auf Mahe auslaufen lassen. In einem Interview mit der algerischen Presse äußerte der Außenminister der Seychellen zur gegenwärtigen Konzentration imperialistischer Marineeinheiten im Indischen Ozean:

„Sie sprechen von einer Bedrohung der großen Seerouten, die für den Öltransport benutzt werden. Wir würden gerne wissen, woher diese Bedrohung kommen soll. Was uns betrifft, nämlich die Länder am Indischen Ozean, so bedrohen wir niemanden. Daher sind wir überzeugt, daß es sich hier lediglich um Ausflüchte handelt. Gleichzeitig benutzen die Vereinigten Staaten, was den Indischen Ozean angeht, den Iran, Afghanistan usw. als Entschuldigung für die Verstärkung ihrer Präsenz in der Region. ... Daher ist die Situation, die sich ergeben hat, für uns und für alle Länder, die den Indischen Ozean umgeben, sehr beunruhigend“ (Radio Algier nach Monitor-Dienst v. 25.1.80).

Afrika-Kommission

Hamburg:

Hamburg: Das Kofaz und die Friedenswochen

Wie schon im letzten AK berichtet, will die „Initiative Beendet das Wettrennen“ parallel zu den Friedenswochen selbst am 8.5. eine Veranstaltung durchführen, bzw. zum 10.5. nach Hannover mobilisieren. Ein Angebot der beauftragten Vertreter des Friedensbündnisses – zwei Sprecher der Zivilistenleistenden – doch zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen und ggf. von der Initiative einen Vertreter für das Podium zu benennen, wurde rundherum abgelehnt. Den Mitgliedern der SO, die dieses Angebot überbrachten, wurde erst einmal gesagt, man müsse ihr „ehrlisches Engagement als Antimilitaristen in Frage stellen“. Begründung? Sie seien ja nicht in der Initiative dabei. Außerdem sei das Podium „antikommunistisch“, erklärte die DFG-Vertreterin (meinte sie etwa Gremlitz?). Nicht einmal das Angebot, gegenseitig auf den Flugblättern die Aktivitäten beider Bündnisse anzukündigen, fand die Zustimmung der Initiative – man wollte unter seinesgleichen bleiben.

Nach dieser Absage war es dann nur noch eine Frage der Zeit, wann die Hamburger DFG/VK aus dem Bündnis der Hamburger Friedenswochen abspringen würde, an dem sie sich anfangs beteiligt hatte. Auf einmal entdeckte die DFG/VK einen Alleingang der SO, die in die Friedenswochen die Podiumsveranstaltung eingebaut habe, die „alternativ“ zu ihrer Planung stünde. Nun hatte sich aber dummerweise der DFG/VK-Vertreter in den Bündnisverhandlungen ganz aktiv für die „richtige“ Plattform für eine solche Podiumsveranstaltung in die Bresche geworfen. Jetzt wollte die DFG/VK nur noch etwas von einer Zivilistenveranstaltung gewußt haben – mal sehen, ob sie sich daran nun beteiligt.

IST DER DRITTE WELT-KRIEG NOCH ZU VERHINDERN ?

... sollte man den Ölpressen das Handwerk legen, mögliche Reaktionen Moskau nicht außer acht lassen, müßte es das Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen“ (H. Tross, inzwischen Pressesprecher der bayerischen Staatskanzlei).

... Aufbau einer militärischen Präsenz der NATO am Persischen Golf“, fordert Dregger. Er hat „keine prinzipiellen Einwände gegen ein militärisches Engagement der Bundesrepublik am Persischen Golf“.

... einen Schritt in die richtige Richtung“ hält Entwicklungsexperte Todenhöfer (CDU) den Aufbau einer Eingreiftruppe für die 3. Welt. Und SPD-Kanzler Schmidt erklärt, daß „der Wettlauf um Öl und Erdgas zum alleinigen Grund für einen Krieg werden“ kann. Und das alles 35 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges! Frauen sollen in die Bundeswehr, der Rüstungsetat wird mit und ohne „Nachrüstung“ erhöht, Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung weiter beschnitten.

Wenn Krieg in Worten möglich ist, wird er es auch bald in Taten sein. So hat es immer angefangen.

So ist dann wieder oft von „unseren“ Interessen am Persischen Golf die Rede... „Der freie Westen kann es sich nicht bieten lassen, daß der Ölhaub zugedreht wird... Wir müssen denen unmißverständlich klar machen, wo die Grenzen sind, wenn nötig, auch militärisch... Zum Glück ist Präsident Carter noch rechtzeitig aus den idealistischen Höhen der Entspannungspolitik auf den Boden der harten Tatsachen zurückgekehrt...“ (aus Disko 35)

Die veranstaltenden Gruppen – mit unterschiedlichen Ansätzen und Zielvorstellungen – arbeiten in der Friedenswoche zusammen an folgenden Fragen:

- Was zeichnet die gegenwärtige weltpolitische Lage aus im Vergleich zur Situation vor fünf oder 25 Jahren?
- Wovon geht die Kriegsgefahr aus? Welchen Anteil hat die BRD an der Kriegsgefahr?
- Woran ist die Entspannungspolitik gescheitert? Wo muß die heutige Arbeit konkret ansetzen?

8. Mai, 18.30 Uhr Audi Max Podiumsdiskussion: Ist der Dritte Weltkrieg noch zu verhindern?

Mit H. Gremlitz (Konkret), Hesslein (NDR), J.P. Vigier (Frankreich, aus dem Generalstab der Resistance), E.M. Banach Eppe (DFG/VK Westberlin), A. Hausleiter (Die Grünen) und Ortwin Löwa als Diskussionsleiter

Veranstalter: ESG

FRIEDENSWOCHEN IN HAMBURG VOM 2.5. BIS 19.5. !

- 2.5. bis 14.5. Ausstellung „Nie wieder Krieg“ ab 9.00 Uhr in der Werkstatt 3. Veranstalter: SöDZDL und Friepo
- 5.5. Wohin steuert der Zivildienst? 19.00 Uhr, Martin Luther King Haus, Diskussion mit Pastor Finckh (Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerung, P. Paterna (SPD-MdB), G. Weber (FDP) und wahrscheinlich einem CDU Vertreter. Veranstalter: SöDZDL und Jungdemokraten
- 5.5. Frauen für den Frieden, 19.00 Uhr, Fabrik, Diskussion, Kieler Frauentheater, Aachener Frauenkabelet. Veranstalter: Frauenaktionseinheit.
- 7.5. Film: „Die Brücke“, 19.00 Uhr, Werkstatt 3
- 8.5. Podiumsdiskussion: Ist der Dritte Weltkrieg noch zu verhindern? 18.30 Uhr, Audimax (s. Ankündigung auf der Vorderseite)
- 9.5. Frauen und Militär, Film und Diskussion, 19.00 Uhr, Werkstatt 3. Veranstalter: Graswurzelrevolution, Frauen und Militär an der HfBK
- 10.5. und 11.5. Soldatentheater aus Offenbach. 19.00 Uhr, Martin Luther King Haus
- 13.5. „Atomabewaffnung“ Vortrag, Film und Diskussion, 19.30 Uhr, Werkstatt 3
- 15.5. bis 19.5. Friedenswerkstatt (nach Anmeldung tel. 390 95 73) Werkstatt 3
- 19.5. Film „Nuclear Gang“ 19.00 Uhr, Martin Luther King Haus. Veranstalter: BUJ
- 13.5. „Atomabewaffnung“ Vortrag, Film und Diskussion, 19.30 Uhr, Werkstatt 3
- 15.5. bis 19.5. Friedenswerkstatt (nach Anmeldung tel. 390 95 73) Werkstatt 3
- 19.5. Film „Nuclear Gang“ 19.00 Uhr, Martin Luther King Haus. Veranstalter: BUJ

Die Werkstatt 3 befindet sich in Hamburg 50, Nernstweg 32 - 34, das Martin Luther King Haus in Hamburg 13, Grindelallee 9, das Audimax in Hamburg 13, Von Melle Park und die Fabrik in Hamburg 50, Bernerstraße.

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Friepo, Evangelische Studentengemeinde, Evangelische Jugend, Jungdemokraten, Werkstatt 3, GIM, KB, SSB, ASa der HfBK, Die Grünen Hamburg, Bunte Liste Eimsbüttel Fraktion, Gruppe Z und Z Frauen, Frauen Aktionseinheit



Dies ist eine vorläufige Auflage, der Aufruf kann noch bis zum 25.4.80 unterschrieben werden. Kontakt über die ESG

Friedenswerkstatt 80 in Hamburg (15. - 18. Mai)

Im Anschluß an die (in diesem AK vorgestellten) Friedenswochen findet in Hamburg vom 15. bis 18. Mai eine „Friedenswerkstatt 80“ statt, die u.a. von folgenden Gruppen getragen wird: ESG, Kinderhilfe Chile, KGW, Nicaragua-Komitee, Jugendpfarramt, Terre des Homes, Strobo, Aktionszentrum 3. Welt, GA.

Beginnen wird die „Friedenswerkstatt“ am Donnerstag, dem 15. Mai, mit einer Einführungsveranstaltung, die der „Findung“ der Teilnehmer dienen soll. Geplant sind kleinere AG's zu verschiedenen Themen aus der Arbeit der veranstaltenden Gruppen. Am Abend folgt dann eine Veranstaltung zu Nicaragua (Film über die Alphabetisierungskampagne nach der Revolution).

Die Arbeitsgruppen ziehen sich bis Sonntag hin und haben u.a. folgende Themen: Nicaragua/ Probleme der „3. Welt“ (Tourismuswerbung/kulturelle Vergewaltigung/ Rassismus/ „Was trägt mein Verhalten in der BRD zur Unterentwicklung bei“ (??) / „Macht der Boykotte“ (Strobo) / Rassismus in der Sprache und Umgang mit Ausländern, Rassismus in Kinderbüchern (Kihl-Chile) / Berichte von den letzten drei Antimilitaristischen Märschen (KGW) / Verweigerung der Zivildienstüberwachung / Totalverweigerung (GA).

Wer Kontakt zur „Friedenswerkstatt 80“ sucht, findet ihn über die „Werkstatt 3“, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel.: 39 21 39.



Gemeinsame Kampagne gegen Kriegsgefahr?

Anlässlich der Wahlen zum Europaparlament (1979) bildete sich eine Koordinierung verschiedener westeuropäischer revolutionärer Organisationen (Frankreich: OCT, Komitee gegen das deutsch-amerikanische Europa, Cedetim; Italien: DP; Belgien: Pour; Irland: Sinn Féin; England: Big Flame, SWP; Spanien: MC, PTE; Luxemburg: SOAK; Dänemark: VS; BRD: KB). Einige dieser Gruppen stellten in ihren Ländern Listen auf. Die DP konnte z.B. mit einem Vertreter ins Europaparlament einziehen. Verschiedene internationale Treffen fanden im vergangenen Jahr statt, u.a. zur Krise der Linken, auf denen Berichte und Erfahrungen aus den jeweiligen Ländern ausgetauscht wurden. Nachdem die Koordinierung etwas eingeschlafen war, ist jetzt aufgrund der angespannten internationalen Situation ein neuer Anlauf unternommen worden.

Am 22./23. März fand in Paris auf Initiative der OCT ein Treffen zum Thema Kriegsgefahr statt, um gemeinsame Aktivitäten zu beraten.

Mit unterschiedlichen Nuancen waren sich alle Anwesenden (OCT, MC, DP, Jean-Pierre Vigier, SOAK, Big Flame, Gruppe „Tumultes“, eine Abspaltung der OCT; KB) einig darüber, daß nach wie vor der US-Imperialismus der Hauptkriegstreiber in der Welt sei, und daß die Gefahr einer globalen Konfrontation nicht erst seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan bestehe. Unterschiedlich wurde allerdings die Aktualität dieser Gefahr bewertet. Insbesondere Big Flame warnte vor einer „Hysterie“, zum Teil diene die Kriegspropaganda auch dazu, rechte Kandidaten (in den USA, Frankreich und der BRD) durchzubekommen. Außerdem betonte Big Flame, man müsse sich auch mehr als bisher mit der USA-Linken beschäftigen, und wies auf verschiedene massenhafte Bewegungen hin, die sich dort in der letzten Zeit manifestiert haben (Anti-AKW-Bewegung, Bewegung gegen den Wehrdienst).

Bewegung, Bewegung gegen den Wehrdienst).

Auf scharfe Kritik stieß die Unterstützung der OCT für einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau. Damit falle man auf die Kalte-Kriegs-Dynamik herein. In Frankreich existiert dazu ein Komitee („COBOM“), das u.a. von folgenden Organisationen und Einzelpersonen unterstützt wird: OCT, „Gueule-Ouverte“ - Combat non violent (Gewaltfreie), „Histoires d'elles“ (Frauenzeitschrift), „Front Rouge“ (ML), Rebelle (ML), Quotidien du Peuple (ML), Deleuze, Guattari, Jean-Pierre Faye (Jury-Mitglied beim Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der BRD), Charles Bettelheim, Sine' (Karikaturist).

Es wurden verschiedene Vorschläge erörtert:

- Beteiligung an der jährlichen Larzac-Demonstration im August dieses Jahres;
- Organisation von Veranstaltungen in verschiedenen Ländern auf internationaler Basis;
- Durchführung eines internationalen Sommerseminars zum Thema Antimilitarismus.

Gemeinsame Grundlage hierfür soll sein: gegen die NATO, gegen die Stationierung von Cruise-Missiles und Pershing II-Raketen, gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie, für tatsächliche Abrüstung und Blockfreiheit.

Anfang Mai soll in England ein weiteres Treffen zu dieser Problematik stattfinden, wo die verschiedenen Vorschläge weiter diskutiert werden sollen. Zu diesem Treffen sollten nach Möglichkeit weitere Organisationen eingeladen werden, die bislang nicht im Rahmen der Europa-Koordinierung zusammengearbeitet haben. Minimaler Konsenspunkt der einzuladenden Organisationen sollte dabei die „Blockfreiheit“ sein, d.h. weder pro-albanische, noch pro-chinesische noch pro-sowjetische Positionen.

Frankreich-Kommission

Der Hungerstreik der Sinti brachte einen ersten Erfolg

Vinzenz Rose, Träger des Bundesverdienstkreuzes, ehemaliger KZ-Häftling, mußte sich im letzten Jahr einer ärztlichen Untersuchung wegen einer Wiedergutmachungs-sache unterziehen. Der Arzt las ihm aus einer Akte vor: „Die Familie Rose zog durchs Reichsgebiet und ernährte sich von Einbrüchen und Diebstählen“. Bis zu diesem Zeitpunkt war Vinzenz Rose, ein Sinti, der sich nicht mehr Zigeuner nennen lassen will wegen der Vorurteile, die dieses Wort weckte, davon ausgegangen, daß seine „Akte“, die in der NS-Zeit angelegt worden war, spätestens seit 1970 vernichtet worden sei. Daß derartige Akten immer noch bei Polizeidienststellen, Wiedergutmachungsstellen etc. vorliegen, bezeugen viele Sinti.

In Bayern wurde bereits 1899 eine Polizeidienststelle für Zigeuner gegründet. Die Kartei wurde 1938 dem Reichssicherheitshauptamt überstellt, Himmlers perfektionierte Kartei lieferte während der Nazizeit die Grundlage für die Ermordung von über 500.000 Zigeunern. Nach dem Krieg wurde die Polizeidienststelle fast unverändert übernommen. Bis 1951 arbeitete die Münchner „Zigeunerpolizei“ unter altem Namen in alter Tradition weiter. Die Umbenennung in „Landfahrerzentrale“ war ein formaler Akt, auch weiterhin wurden von allen Sinti Akten angelegt. Ab 1953 wurden selbst von Kleinkindern Fingerabdrücke genommen, die im ständig vorzuweisenden Landfahrerbuch enthalten sein mußten. Ganze Sippen wurden als „chronisch verlogen, weitgehend kriminell, asozial und arbeitsscheu“ aktenkundig. Bei Polizeikontrollen wurden Sinti wie Verbrecher behandelt. Schwangere Frauen wurden beleidigt und mißhandelt, Campingplätze sind für „Landfahrer“ verboten. Ein vermeintlicher Autodieb, der Sinti Karl Metzbach, wurde mit dem sogenannten „finalen Rettungsschuß“ getötet (siehe AK 155, S.32).

Lange Zeit scheuten sich die Sinti, die täglichen Diskriminierungen und die Verfolgungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Ihren

ten sich bei dieser Aktion nicht auf materielle Wiedergutmachung, obwohl 90 % der Überlebenden bis heute noch keine finanzielle Wiedergutmachung erhalten haben (schließlich sind sie damals aus „kriminalpräventiven Maßnahmen“ eingesperrt worden und nicht aus rassistischen Gründen). Sie wollen eine moralische Wiedergutmachung; so verlangen sie u.a. vom bayerischen Innenminister Gerold Tandler, sich öffentlich von den Machenschaften der „Landfahrerzentrale“ zu distanzieren. Außerdem verlangen sie vollständige Vernichtung der Akten.

Im Verlauf des Hungerstreiks brach ein Sinti, der früher im KZ gewesen war, zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden (dort wurde er auf eigenen Wunsch wieder entlassen und ging zu den Streikenden zurück). Zwei andere, Rudko K. und Tornado R. hatten von vornherein zeitlich begrenzt an dem Hungerstreik teilgenommen. Beide hatten sich bei der Kundgebung im letzten Jahr in Bergen Belsen zum „Duo Z“ zusammengefunden. Sie waren in der Woche nach Ostern herumgereist, um die Öffentlichkeit auf die Aktion aufmerksam zu machen und um Solidarität zu werben.

In Hamburg gelang es ihnen, mit Unterstützung von Henning Venske, Wolf Biermann, Gert Hauke, dem Kinderhaus in der Heinrichstraße und vielen anderen Freunden am 10.4. eine Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern innerhalb kürzester Zeit auf die Beine zu stellen. Während der Demonstration sang das „Duo Z“ das altbekannte Lied vom „lustigen Zigeunerleben“ in einer schrecklichen Abwandlung auf das „lustige Zigeunerleben“ in den Konzentrationslagern. In einer Rede auf der Abschluskundgebung machte Henning Venske sehr eindringlich deutlich, daß die Verfolgung der Sinti gerade durch staatliche Stellen bis heute betrieben wird, Wolf Biermann sang sein Lied von Dachau, das er für die Hungerstreikenden geschrieben hat.

Eine spontane Demonstration

In einer ersten Presseerklärung gibt der Verband deutscher Sinti folgende Ziele an:

Für die Aufhebung der Diskriminierung der Sinti hält der Verband der deutschen Sinti die folgenden ersten Schritte für unerlässlich:

1. Nicht nur bei bayerischen Behörden sind auf den verschiedenen zentralen und lokalen Ebenen gemeinsame Arbeitsgruppen zwischen Beamten und Sinti notwendig, um eine gegenseitige Verständigung zu finden und Vorurteile und Ungerechtigkeiten in Verordnungen und in der Verwaltungspraxis abzubauen.
2. Wie die enge politische Konfrontation mit lokalen Behörden und Polizeibeamten in Dachau gezeigt hat, können direkte Gespräche und Kontakte beiderseitige Vorurteile abbauen. Umso mehr muß es darüber hinaus als notwendig gelten, alle Beamten in Fürsorge-, Polizei- und anderen Behörden im Verständnis für die Mentalität der Sinti zu schulen.
3. Ebenso müssen Vertreter der Sinti für diese Arbeit der gegenseitigen Verständigung geschult werden.
4. Da der NS-Holocaust zur weitgehenden Zerstörung der vielfältigen und seit Jahrhunderten mündlich überlieferten Sinti-Kultur den Ausschlag gab und da die Diskriminierung und tief verwurzelten Vorurteile der Nachkriegsjahre die Sinti immer wieder zur Verleugnung ihrer Identität verurteilten und die überlieferten Reste ihrer Kultur und Lebensgewohnheiten in der modernen, gleichmachenden Industriegesellschaft absterben und vergessen lassen, ist nach fester Überzeugung des Verbandes deutscher Sinti ein großes, öffentlich eingerichtetes Kulturzentrum jetzt unverzichtbar und von internationaler Bedeutung. In diesem Kulturzentrum sollen besonders begabte junge Sinti
 - a) in ihrer musischen und künstlerischen Neigung gefördert werden und
 - b) in Hinblick auf die in Medien und öffentlichen Institutionen notwendige vermehrte Pflege der Sinti-Kultur als Journalisten, Autoren, Lehrer, Pädagogen, Rechtsberater usw. ausgebildet werden.
 - c) und geschult werden, um künftig die Anliegen ihres Volkes im politischen Alltag besser vertreten und den Dialog mit Behörden der verschiedenen Ebenen direkter führen zu können.
 - d) in diesem Kulturzentrum soll ein eigenes Dokumentationscenter der weiteren Erforschung der geschichtlichen Entwicklung des vergessenen NS-Holocaust und der kulturellen Werte der Sinti, der Erhaltung ihrer Sprache und sprachlichen Überlieferung und der nationalen und internationalen Verständigung dienen.
 - e) dieses Kulturzentrum muß unter Beteiligung internationaler Experten und von Vertretern des Verbandes deutscher Sinti aufgebaut und geführt werden. Ihre umfangreiche Unterstützung haben bereits zugesagt: der international bekannte Pädagoge und Menschenrechtler Prof. Richard Hauser, Direktor des Centers „Off human rights“ in London, und Yehudi Menuin. Der Verband deutscher Sinti möchte als geeigneten Standort für dieses große Kulturzentrum, das vom Land Bayern mit Bundesmitteln errichtet werden soll, die Stadt Dachau vorschlagen. Damit Dachau nicht immer nur die negative Vergangenheit angelastet, sondern eine positive Zukunft vorangestellt werden kann. Der Verband deutscher Sinti würde es begrüßen, wenn es zur Durchsetzung dieser Schritte nicht nur mit der uneingeschränkten Hilfe der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ rechnen kann, sondern auch den Zuspruch von Kirchen, Parteien und Landesbehörden fände. Entsprechende Schreiben wurden bereits an das bayerische Innenministerium gerichtet.“



500 Menschen demonstrierten am 10.4. durch die Hamburger Innenstadt

Kindern empfahlen sie, sich nicht als „Zigeuner“ zu erkennen zu geben...

Am Karfreitag dieses Jahres war ihre Geduld endgültig zu Ende. 14 Sinti, darunter drei ehemalige KZ-Häftlinge, begannen im KZ Dachau einen unbefristeten Hungerstreik, der erst am 11. April zu Ende ging. Allein die Androhung einer solchen Aktion hatte die bayerischen Behörden in Aufregung versetzt: „Ein KZ ist schließlich keine Hyde-Park-Corner (Ecke für Protestler in einem Londoner Park, Anm.d.Verf.). Es dient reinen Gedächtnisfeiern und ist zur Geldtendmachung von aktuellen politischen Forderungen nicht geeignet“. So begründete das bayerische Finanzministerium, Hausherr über das KZ Dachau, das Verbot eines Gedenkgottesdienstes und den anschließenden Hungerstreik. Die Sinti ließen sich trotzdem nicht beirren. Sie begannen ihren Hungerstreik und ließen sich im KZ abends einschließen.

Die Forderungen der Sinti richteten

ebenfalls in München statt. Rund 200 Münchner demonstrierten am 12. April gegen die Diskriminierung der Sinti. Entstanden war diese Aktion über eine Lehrerin, die einen Teil ihrer Schüler aus den Osterferien zurücktelefoniert hatte, nachdem sie im Fernsehen Berichte über den Hungerstreik gesehen hatte.

Nach siebentägigem Hungerstreik, der einen Teil der Streikenden an den Rand des körperlichen Zusammenbruchs gebracht hatte, gab das bayerische Innenministerium zumindest teilweise den Forderungen der Sinti nach. Die drei Landtagsparteien und das Innenministerium gaben eine Erklärung ab, in der es u.a. hieß: „Es ist nicht zu verkennen, daß der notwendige Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber den Sinti nicht erreicht worden ist.“ Die Tätigkeit der Landfahrerzentrale wurde zwar als rechtmäßig bezeichnet, das Innenministerium räumte aber immerhin ein, daß trotz der Auflösung der Landfahrerzentrale die Diskriminierung weiter bestehe.

Außerdem wurde in einer Einzelklärung des Innenministeriums versprochen, daß es sich im Einzelfall um alle konkreten Beschwerden und Fälle von Aktenmißbrauch kümmern werde. Nach diesem ersten Erfolg beendeten die Hungerstreikenden ihre Aktion.

Die Sinti wollen ihren schweren Kampf, der ihnen bislang viel Anteilnahme brachte und der von der Öffentlichkeit sehr beachtet wurde, verstärkt fortsetzen. Der Verband deutscher Sinti will sich in der nächsten Zeit u.a. mit dem Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes auf das Memorandum der Sinti beschäftigen (siehe AK 166, S. 35), in dem kollektive Wiedergutmachung für die NS-Verbrechen an ihrem Volk gefordert wird. Staatssekretär Schüler hatte in seiner Antwort erklärt, er habe bei einer Überprüfung der Wiedergutmachungsanträge der Zigeuner keine Diskriminierung feststellen können. Ein weiteres Problem der Sinti ist die Staatsangehörigkeit. Viele von ihnen haben einen „Frem-

denpaß“. Auch hier wollen sie den Kampf aufnehmen und u.a. ihre Einbürgerung verlangen. Sie brauchen und freuen sich über unsere Unterstützung. Moralisch, finanziell und überall....
Eine Genossin

Schlaflied für Tanepen

In Dachau, in Dachau, in Dachau
- schweig still, mein Tanepen, schweig -
Da sitzen Elf von die Unsern
Und machen ein' Hungerstreik.

In Dachau die toten Zigeuner
Die liegen im Massengrab
Und quälen sich mit die Gedanken
An uns, die noch leben, ab.

Die Toten können nicht schlafen
Tief unter der Erd geht Geschrei
- das kommt, weil die Mörder hier oben
So lustig leben und frei.

Und wir sind übrig geblieben
Von damals bloß ein Rest.
Sie hassen uns noch immer
Und schlimmer wie die Pest.

Das muß jetzt anders werden
Mit meine Geduld is vorbei!
Wir haben genug geschwiegen
- jetzt machen wir ein Geschrei.

Wir wollen keine goldenen Berge
- das is nicht worum wir schrein.
Wir wollen auch keine Almosen
- wir wollen ja bloß Menschen sein.

Ja, wenn wir uns endlich wehren
Und bleiben nicht kreuzbrav
Dann kommen unsere Toten
In Dachau endlich in Schlaf.

In Dachau, in Dachau, in Dachau
- schweig still, mein Tanepen, schweig -
Da sitzen Elf von die Unsern
Und machen ein' Hungerstreik.

Wolf Biermann
7. April 1980

(tanepen = Kindchen)

Henning Venske

Hungerstreik der Sinti im KZ Dachau

„Jeder Angehörige dieses Herrenvolkes, der 58 Jahre oder älter ist und nicht nachweisen kann, daß er sich aktiv am Widerstand gegen den Hitlerfaschismus beteiligt hat, sollte dazu verurteilt werden, einmal im Jahr einen langsamen Rundgang durch ein ehemaliges KZ zu unternehmen und einen Aufsatz darüber zu schreiben – andernfalls ihm das Recht auf Bezug einer Rente oder Pension aberkannt wird“ ... denke ich ... da biegen sie um die Ecke: zwei PKW, schneidig gefahren, darinnen die im schwarzen Lederdress, die mit dem blonden Kurzhaar und dem Schäferhund im Blick. Neofaschisten. Wollen wohl kontrollieren, ob das dreckige Zigeunerpack noch da ist. Es ist.

Wir stehen vor der Schandmauer des KZ Dachau – um 6 Uhr früh, bei Passionswetter, am Karfreitag 1980.

Die jungen Herren hauen wieder ab. Eigentlich schade – mir war nach Prügelei zumute ... Dort durch's Haupttor wurden die Rom, die Sinti, die Lallere damals ins Lager getrieben. Nach 150 Metern Wegs lagen die ersten beiden Totgeschlagenen auf der Lagerstraße. Merkwürdig: Die Nazis ließen sie nicht raus aus diesem Vernichtungsareal – die Bayerische Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen will sie heute nicht hineinlassen. Da ist ein frisch einbetonierter Pfahl – pfiffige Behördenmaßnahme, damit die „Landfahrer“ nicht ihre Wohnwagen auf's Gelände fahren. Warum soll es ihnen im KZ Dachau auch besser ergehen als auf jedem x-beliebigen Campingplatz ...?

„Eine Gleichsetzung von KZ Dachau und Stadt Dachau wäre wirklich ungerecht“ lese ich gerade in einem Prospekt, als der ortsansässige Polizeichef erscheint. Allein und in friedlicher Absicht. Er ermahnt die Opfer, die Würde des Ortes zu achten. Er tut das in vollem Ernst: dumm geboren, nichts dazu gelernt und noch was vergessen – ein deutsches Aufpasserschicksal.

Die Überlebenden sind hier, um mit einem Hungerstreik für ihre Rechte zu streiten. „Schluß!“ – fordern sie – „mit unserer Diskriminierung.“ „Mein Gott, Zigeuner, die sich wehren? Ja, dürfen die denn das?“, mag da wohl so mancher anständige Deutsche denken, wenn er überhaupt etwas denkt – und sein Denken nicht an eine Horde schwachsinniger Professoren delegiert, zum Beispiel solch ein Herr ...

Die Überlebenden sind hier, um mit einem Hungerstreik für ihre Rechte zu streiten. „Schluß!“ – fordern sie – „mit unserer Diskriminierung.“ „Mein Gott, Zigeuner, die sich wehren? Ja, dürfen die denn das?“, mag da wohl so mancher anständige Deutsche denken, wenn er überhaupt etwas denkt – und sein Denken nicht an eine Horde schwachsinniger Professoren delegiert, zum Beispiel solche, die sich in Baden-Württemberg zur Herausgabe eines Schulbuchs mit dem Titel „Schwarz auf Weiß“ zusammengerottet haben. Aus diesem Lesebuch können Kinder des 7. Schuljahres lernen, was Untermenschen sind: In der Geschichte „Die Zigeuner und das Wiesel“ verhört Werner Bergengrün blitzblanken Rassismus. Ein deutscher Dichter darf das ...

Über die Gründe des Hungerstreiks ist in den Medien berichtet worden. Daß es nicht in erster Linie um finanzielle Wiedergutmachung (pro KZ-Haft-Tag DM 5,- Entschädigung minus 10% Rechtsanwaltsgebühren ...) geht, sondern um die endgültige Vernichtung alter Gestapo-Akten, ums Heimatrecht und um moralische Wiedergutmachung: das sollte allen, die guten Willens sind, klar geworden sein. Aber die Gefahr ist groß, daß es sich um einen modischen Boom handelt: „Diese Ostern sind wir mal nett zu Zigeunern ...“ Es wird sich schnell herausstellen, ob durch die Information der Öffent-

lichkeit die Situation der Sinti wirklich verbessert wurde.

Etwas dieser Aktion im KZ Dachau Vergleichbares haben die Angehörigen des fahrenden Volkes noch nie getan. Immer waren sie – bei größtmöglicher Wahrung ihres Volksgutes – bemüht, so unauffällig und friedlich wie möglich durch's Land zu ziehen. Ihre Musik war fast immer die Musik des Gastlandes. Gedankt wurde es ihnen nicht. Im Gegenteil:

Da steht der alte Mann, der hier drei Wochen lang mit Meerwasser zwangs-„ernährt“ wurde.

Da steht der Artist und zeigt seine schrecklichen Narben. Er führt seinen Zeigefinger über die Schädelfraktur, die er verheimlichte – aus Angst, abgespritzt zu werden.

Da stehen sie, denen hier Frauen, Kinder, Eltern ermordet wurden. Der alte Straßenbauarbeiter sagt: „In den Baracken war der Fußboden so sauber, wie in kaum einem deutschen Haushalt der Eßtisch.“ Ein kläglich Versuch, von damals zu erzählen – im Schluchzen erstickt. Es ist, wie gesagt, Karfreitag. Im Raum nebenan sitzen sechs Herren in Zivil um einen Tisch. Vor ihnen liegen Funksprechgeräte. Offensichtlich hat Dachau einen Krisenstab gebildet: Die gewiß doch christlichen Polizisten enttarnen sich als solche, indem sie beginnen, Skat zu kloppen. So wachen sie befehlsgemäß darüber, daß die Opfer die Würde des Ortes achten. Sie sind ja nur Polizisten und können nicht wissen, daß nach aller gerichtlichen Erfahrung Zigeuner keine Gewalt- und Sittlichkeitsverbrechen begehen. Auch Prostitution ist ihnen fremd. Insofern scheinen zumindest Zigeunerfrauen stark unterzivilisiert. Aber immerhin sind da die Eigentumsdelikte! Mundraub, Warenhausdiebstahl, lange Finger! Diese ekelhafte Kleinkriminalität, nicht wahr?

Ins Gästebuch der evangelischen Kirche hat ein Anonymus hineingeschmiert: „Gegen den Hungerstreik! Wer nicht arbeitet, hat auch kein Recht auf Gleichberechtigung!“ Nun ja – die Großen der Wirtschaftskriminalität sind in diesem unseren Lande eben beliebter. Und die wohlbekannte, dunkeläugige Schlagersängerin verschweigt ihre Sinti-Abstammung um ihren Hitparadenplatz nicht zu gefährden ... Aber mein Freund Rudko, der hat nur einen Fremdenpaß. Er darf damit gar nicht selbständig

schmiert: „Gegen den Hungerstreik! Wer nicht arbeitet, hat auch kein Recht auf Gleichberechtigung!“ Nun ja – die Großen der Wirtschaftskriminalität sind in diesem unseren Lande eben beliebter. Und die wohlbekannte, dunkeläugige Schlagersängerin verschweigt ihre Sinti-Abstammung um ihren Hitparadenplatz nicht zu gefährden ... Aber mein Freund Rudko, der hat nur einen Fremdenpaß. Er darf damit gar nicht selbständig arbeiten. Tut er's doch, geht's ihm schlecht: zahlt er Steuern, fällt auf, daß er arbeitet – wird er bestraft. Zählt er keine Steuern, fragt man ihn, wovon er seine Familie ernährt. Sagt er „mit Arbeit“ – wird er bestraft. Egal was er tut – er wird bestraft. Er überlebt trotzdem, seit mehr als 20 Jahren, aber er will endlich einen deutschen Paß (Auch, um mal ohne langwierige Visaformalitäten über die Landesgrenzen in Urlaub fahren zu können!). Den deutschen Paß gibt's natürlich nur, wenn er nachweist, daß er einer geregelten Arbeit nachgeht. Aber wenn er arbeitet ... usw. Herr Tandler jedoch, bayerischer Innenminister und Jung-Emu, aufgefordert, sich von der andauernden Diskriminierung der Sinti zu distanzieren, sagt (laut Bildzeitung vom 5.4.80): „Unmöglich, das war geltendes Recht“.

Wer denkt da nicht an Kamerad Filbingers erleuchteten Spruch: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein!“



Demonstration und Hungerstreik der Sinti im KZ Dachau

Ich überlege, ob das, was den Juden geschah, auch rechtens war ... Dann wäre die finanzielle Wiedergutmachung also eine Art Pro-Forma-Entschuldigung? Von Adenauer bis Schmidt hat noch keine Bundesregierung auch nur ein Wort der Entschuldigung für den Holocaust an Sinti, Rom und Lallere abgegeben. Und so gilt für die Erfinder des bundesrepublikanischen Campingagentourismus – auch wenn sie einen deutschen Paß haben – wohl nach wie vor die Landfahrerordnung, aber nicht das Grundgesetz: Ihre Gespanne finden vorzugsweise neben Müllkippen ihren Stellplatz. Wahrscheinlich, um die Würde des Ortes zu achten.

Deswegen sind sie nach Dachau gekommen. Und sie bestaunen, was es da zu sehen gibt: Ein saniertes KZ. Das, was in den 60er Jahren ein Aufanglager für Ostausiedler war, mit Imbißbuden und Wochenendremmi-demmi – ist heute ein erschreckend steriler Ausflugsort. Eine karge Foto-

ausstellung, die Öfen in Reih und Glied, der Todeszaun – und die polizeilich verordnete Würde:

Vor dem Prügelbock, auf dem Menschen halb oder ganz totgeschlagen wurden, sagt ein deutscher Mann verschmitzt zu seiner deutschen Frau: „Das würde dir auch mal ganz gut tun!“

Drei schwarze Amerikaner tänzeln zu lauter Discomusik aus dem Kassettenspeicher über das Gelände.

Ein Herr läßt sich von seiner Frau fotografieren: er steht im Krematorium und mimt den Heizer.

Die Kinder der Ratata-Fernseh-Generation werden hier durchgeschleust wie durch einen Rappelkiste-Nachmittag. Sie haben den Weißen Hai und andere Zombies gesehen, im KZ Dachau gruseln sie sich nur maßvoll. Sie beschriften die Häftlingsbetten mit Namen und Adressen, mit Pornographischem, Antisemitischem, mit Hakenkreuzen und Sprüchen wie: Jesus liebt Deutschland.

Das KZ Dachau verzeichnet steigende Besucherzahlen. Die statistische Kurve im Büro beweist es.

„Was wir lernen von Euch, das ist die Gemeinheit!“ – sagt ein 16-jähriger Sinto – „Ihr habt Luxus, wo wir gar nicht daran denken wollen. Ihr habt Luxus in allem, Ihr wollt Luxuswohnungen haben, Ihr habt Autos in Luxus, Uhren, Ihr wollt alles viel besser. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen das, was uns zusteht. Wir wollen uns gar nichts von Euch abschauen, wir wollen unsere eigenen Sachen haben. Die Deutschen machen Sachen, was wir gar nicht machen wollen. Die machen Morde, Verbrechen, die wollen Betrügereien machen. Die wollen alles machen, woran wir gar nicht denken. Wir wollen bloß leben, und wollen unsere Ruhe haben vor den Deutschen.“

Der Junge weiß, wovon er redet. In seinem Volk gibt es kein „Sie“, es gibt nur „Du“. Und Klassenunterschiede wird er in seinem Volk nicht erleben. Auch nicht zwischen Erwachsenen und Kindern. Und niemals wird er auf den Gedanken kommen, seine Eltern in ein Altersheim zu schicken. Er hat Würde.

Bruder, weich ein Preis!
Bruder, Dein Name ist auf der Speisekarte.
Mit deinem Namen machen sie deutsche Kultur.

Opern, Operetten und Theater spielen sie mit Deinem Namen.
Kaiser, Könige und Staatsmänner lieben Deine Musik.

Aber Dich und Deine Lebensart wollen sie nicht anerkennen.

Das ist ein Gedicht von Lolotz Birkenfelder. Der Hungerstreik für die Anerkennung hat begonnen.

Die Sinti glauben fest an ihren Erfolg. Sie glauben an das Durchsetzungsvermögen der Menschlichkeit.

Daß die diskriminierenden Akten längst mehrfach kopiert in diversen Computern gespeichert sind und nie mehr mit absoluter Sicherheit gelöscht werden können – man mag gar nicht mit ihnen darüber reden. Daß es sinnlos ist, vielleicht sogar schädlich, einem sicher gutwillig herbeigeeilten CSU-Landtagsabgeordneten ein Foto vor die Nase zu halten, das Sinti zusammen mit Willy Brandt zeigt, nur, um diesem Gehilfen von Franz Josef Strauß klarzumachen, daß Zigeuner respektierliche Leute sind: man kann es ihnen kaum erklären.

Daß bei zunehmender Einschränkung der sog. bürgerlichen Freiheiten ihre Freiheit wohl keine Chance auf Ausdehnung hat – man mag es ihnen nicht sagen. Aus Scham. Und weil sie so lebenswürdig sind ...

**Haltet die Mülltonnenplätze rein,
werft Müll und Asche nicht daneben,
sondern stets in die Tonne hinein,
Ihr wollt doch nicht wie Zigeuner leben.**



Diskussionsbeiträge zu:

Die Linke nach dem Saarbrückener Parteitag

Im AK 172 hatten wir im Anschluß an den Saarbrücker Parteitag der Grünen „für den KB und andere linke Kräfte“ die Frage aufgeworfen, „ob sie jetzt durch eine Mitarbeit in der Grünen Partei und Stärkung des linken Flügels gegen die Revanchegelüste der Rechten und gegen allzu große ‚Kompromiß‘-Freudigkeit einiger Linker dem Vorankommen der alternativen Wahlbewegung besser dienen können.“ Allein das Aufwerfen dieser Frage hat innerhalb des KB und im Spektrum der bunten und alternativen Listen zu heftigen Kontroversen geführt. Inzwischen haben wir auch eine Reihe von schriftlichen Beiträgen erhalten, von denen wir in dieser Ausgabe einen repräsentativen Schnitt veröffentlichen. Gegenwärtig ist eine Vereinheitlichung in dieser Frage noch nicht absehbar, weshalb die unterschiedlichen Ansichten weiter in schriftlicher Form zur Diskussion gestellt werden sollten.

AK-Redaktion

Leserbrief aus Frankfurt (GLH)

Vorbemerkung: Es ist nicht gut, daß die Diskussion um und über die „Grüne“-Partei immer wieder soviel Zeit und Kraft verlangt, es gäbe etliches anderes, was unsere ganze Konzentration erfordern müßte. Und doch ist es unumgänglich, sich immer dann mit den Vorgängen um und in der „Grünen“-Partei kritisch auseinanderzusetzen, wenn in deren Entwicklung neue Höhe- oder Wendepunkte zu verzeichnen sind – was zur Zeit noch reichlich oft der Fall ist.

1. Glaubt man der Berichterstattung nach dem Saarbrücker Programmkongreß von „taz“ bis „FAZ“, so haben nach ihrem Debakel auf dem Satzungs- und Gründungsparteitag in Karlsruhe die linken „Grünen“ auf dem Parteitag in Saarbrücken einen ebenso unerwarteten wie triumphalen Erfolg über die „wertkonservative“, rechtsökologische Gruppierung um Herbert Gruhl und Baldur Springmann errungen. Die Frage an die bislang mehr oder weniger große Distanz zur „Grünen“-Partei haltenden Teile der linken, bunt-alternativen Bewegung steht damit im Raum und wird auch sicherlich bald lautstark erhoben werden: Wann macht ihr nun auf der Basis eines doch in etlichen Teilen recht fortschrittlichen Programms mit bei den „Grünen“, wann verstärkt ihr die Reihen der fortschrittlichen Kräfte in ihr? Die Frage ist aus Sicht und Interesse der linken „Grünen“ verständlich, sie sollte aber mit neuerlicher Ablehnung beantwortet werden:

fortschrittlichen Kräfte in ihr? Die Frage ist aus Sicht und Interesse der linken „Grünen“ verständlich, sie sollte aber mit neuerlicher Ablehnung beantwortet werden:

Noch immer herrscht gerade bei den linken „Grünen“ erschreckendes Unverständnis und Unkenntnis der grundsätzlichen Geschäftsbedingungen der doch nicht zuletzt mit ihrer Hilfe gegründeten „Grünen“-Partei. Diese ist von vornherein der organisatorische Zusammenschluß äußerst heterogener weltanschaulicher Elemente mit ganz verschiedenen Entwicklungsgeschichten und sozialen wie ideellen Verwurzelungen gewesen. Deshalb ist die „Grüne“-Partei bei Strafe des Zusammenbruchs dazu verurteilt, immer wieder eine kunstvolle Balance der verschiedenen Strömungen zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Es erscheint mir sinnvoll, ganz grob drei Hauptströmungen in der „Grünen“-Partei zu unterscheiden, die Übergänge sind durchaus fließend:

a) diejenigen, die aus ethischen, idealistischen, religiösen, ökologisch-weltanschaulichen oder schlicht diffus reaktionären Gründen ihren Weg in die „Grüne“-Partei gefunden haben. Dafür stehen die Namen Gruhl, Springmann, Heidt, aber auch Beuys und Amery; b) diejenigen, die ich als enttäuschte Sozialdemokraten charakterisieren würde, in der „heroischen“ Phase der sozialliberalen Koalition begeistert dabei, nun an den Realitäten und Helmut Schmidt verzweifelt. Diese Strömung stellt bereits einen nicht geringen, wenn nicht den mehrheitlichen Anteil der „Grünen“-Partei, dazu sind auch etliche der ehemaligen Mitglieder der AUD zu zählen (z.B. Hasenclever) sowie auch etliche derjenigen, die nicht eingeschriebenes Mitglied der SPD waren wie z.B. das jetzige Mitglied des Bundesvorstandes, Norbert Mann. Petra Kelly, Olaf Dinné und viele andere repräsentieren diese Strömung. Es erscheint mir nicht uninteressant, daß der Großteil der enttäuschten Sozialdemokraten sozial der werktätigen Intelligenz zuzurechnen ist, von ihrem dem gewerkschaftlichem Milieu zuzurechnenden Mitgliederanteil ist hingegen in Richtung „Grüne“-Partei der SPD noch kein nennenswerter Verlust entstanden; c) diejenigen, die mit den verschiedensten Motiven, Erwartungen und Absichten aus dem linken La-

ger jenseits der SPD nunmehr in die „Grüne“-Partei eingetreten sind. Das ist natürlich alles andere als eine auch nur annähernd einheitliche Strömung. Sie reicht von Leuten, die auf der Suche nach einer historisch völlig neuen Formationsqualität sind (wie Bahro, Hoss, auch der verstorbene Rudi Dutschke und andere), über von der politischen Folgenlosigkeit des Sozialistischen Büros frustrierte SB'ler bis zu teils versprengten, teils neue Handlungsperspektiven witternde Mitglieder, besser Ex-Mitglieder von sogenannten „K-Gruppen“. Was den Linken bei den „Grünen“ indessen doch gemeinsam sein dürfte, ist die offene oder versteckte Resignation vor der Aufgabe der Rekonstruktion der ideologischen, politischen und organisatorischen Grundlagen einer eigenständigen sozialistisch-kommunistischen Linken unter den gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik.

Zwischen und innerhalb dieser Strömungen a, b und c fand und findet der für die „Grüne“-Partei so besonders kennzeichnende Kompromißfindungsprozeß statt, der diese Partei stets aufs Neue erst wieder konstituiert. — Saarbrücken hat deutlich gemacht, wie schwer es ist — der Quadratur des Kreises gleichend —, so widersprüchliche Strömungen auf einen selbst nur kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen. Es hat aber darüber hinaus noch bewiesen, daß Mehrheiten das grundsätzliche Problem der „Grünen“-Partei keineswegs

einen selbst nur kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen. Es hat aber darüber hinaus noch bewiesen, daß Mehrheiten das grundsätzliche Problem der „Grünen“-Partei keineswegs lösen können, das Mehrheitsprinzip der inneren Struktur der Partei nicht angemessen ist, was einmal mehr die Fragwürdigkeit dieser Partei aufzeigt. Denn Strömung a ist allemal schwächer als die etwas verwandten Strömungen b und c – das weiß man nun – doch b will a durchaus nicht verschrecken, weil nur mit c man sich wenig Durchbruch bei den Wählern verspricht und dazu den gewieften Profis von c ziemlich hilflos ausgeliefert wäre. A möchte auf c eigentlich ganz gern verzichten, ist dazu aber zu schwach und muß darüber hinaus Konflikte mit b befürchten. C ist in seiner Haltung gegenüber gespalten, doch wohl einig darin, daß man auf a zumindest jetzt noch nicht verzichten kann. A weiß das und nutzt das aus, indem es in Teilen oder auch insgesamt mit Spaltung oder Austritt droht, fühlt es sich mal wieder allzusehr an die Seite gedrückt. Vielen in c und auch in b juckt immer mal wieder das alte linke Teufelchen, vielleicht auch das schlechte Gewissen gegenüber den außerhalb der „Grünen“-Partei gebliebenen Linken/Bunten/Alternativen bzw. der skeptischen Arbeiter/Gewerkschaftsbewegung und lassen sich, wie auch in Saarbrücken geschehen, schon mal dazu verleiten, einen drauf zu machen, was aber helles Entsetzen bei denen in c und b hervorruft, die begriffen haben, daß die ganze „Grüne“-Partei als „grüne“ nur dann einen Sinn und Daseinsberechtigung behält, wenn a, b und c sich mit Kompromissen arrangieren. Wenn Willi Hoss sagt, er sei doch nicht in die „Grüne“-Partei gegangen, um mit Ex-KB, nun Z-Fraktions-Ideologen Reents, eine neue sozialistische Partei zu gründen, so zeigt das nicht nur, wie pessimistisch Hoss der sozialistischen Sache gegenübersteht, sondern drückt er damit insofern etwas ganz Folgerichtiges aus, als in der Tat die „Grüne“-Partei weder offen noch versteckt die nicht existierende Partei links von der SPD ersetzen kann. Daß das nach kurzem Siegesrausch auch der b/c-Mehrheit noch in Saarbrücken bewußt wurde, zeigen die abschließenden Vorstandswahlen, wo völlig unlogischerweise nachden vorangegangenen Abstimmungen es keinem Linken gelang, in das Dreiergremium zu kommen. Mit

gewöhnlicher politischer Logik wird man indessen den Prozessen innerhalb der „Grünen“-Partei nicht bekommen, denn logisch war vielmehr, daß die Balance mit Ach und Krach dann doch noch gerettet wurde, gleiches gilt auch für die Abtreibungsfrage. Es mag zwar ein Vorteil der Parteiform sein, daß die so unterschiedlichen Strömungen unter größerem Kompromißdruck stehen, soll die Partei nicht in die Luft gehen, doch ist der Preis dafür, in permanenten Mauseheilen demokratisch gefaßte Entschlüsse zu korrigieren. Dabei werden sich mit Sicherheit privilegierte informelle Gruppen und Personen herausbilden, wo aber liegt dann noch der Unterschied zu den etablierten Parteien? Und was mir noch bedenklicher scheint: Der dauernde Kompromißzwang wird heute noch relativ intakte politische Identitäten innerhalb der „Grünen“-Partei immer weiter zu einer Friede/Freude/Eierkuchenmentalität deformieren, die Ökologie-SPD läßt grüßen!

Darüber, daß Kompromisse zwischen den Strömungen, durchaus zwischen allen Strömungen, nötig sind, um zum Beispiel im Kampf gegen die Einheit zu erreichen —, daß Kompromisse zu einer Reihe von Fragen zwischen allen Strömungen möglich sind, — darüber braucht nicht gestritten werden, nur Abgrenzungsfetischisten könnten das bestreiten. Es kommt aber sehr wohl auf die Form an, wie solche Kompromisse geschlossen und praktisch umgesetzt werden. Und hier scheint mir das in der Vorgründungsphase der „Grünen“-Partei von Mehrheiten aller Strömungen a, b und c abgelehnte Modell eines Bündnisses sich voneinander abgrenzender politischer und weltanschaulicher Identitäten unter einem formalen Dach, also die konsequente Anwendung des Prinzips von „Einheit und Vielfalt“, dem Parteeinheitsbrei auf jeden Fall vorzuziehen. Es gibt ja nicht nur Fragen, zu denen alle Strömungen eine gemeinsame Antwort finden können, eben in Form eines Kompromisses, es gibt noch weit mehr Fragen, in denen sie keine gemeinsame Antwort finden können — es sei denn, wie in der „Grün-wort finden können, eben in Form eines Kompromisses, es gibt noch weit mehr Fragen, in denen sie keine gemeinsame Antwort finden können — es sei denn, wie in der „Grünen“-Partei der Fall, durch faule Kompromisse.

2. Ich halte es für verhängnisvoll für die „Grüne“-Partei wie für die Sache der Linken in der BRD gleichermaßen (wobei mir an letzterer zugebenemäßig ungleich mehr liegt), daß aus recht unterschiedlichen Motiven und mit nicht weniger unterschiedlichen Absichten ehemalige Mitglieder oder Fraktionen von Organisationen der radikalen Linken die „Grüne“-Partei als neues, Perspektive versprechendes Manövriertfeld ansehen und Probleme in die „Grüne“-Partei hineinbringen, die in dieser, geschweige denn von dieser gar nicht gelöst werden können. Und zwar deshalb, weil sie eben nicht im Rahmen einer weltanschaulich und deshalb auch logischerweise programmatisch diffusen „Grünen“-Partei „gelöst“ werden können, sondern nur in dem nun endlich mit aller Ernsthaftigkeit, Toleranz und theoretisch-praktischer Anstrengung zu beginnenden Diskussions- und Neuformationsprozeß innerhalb des ebenso breiten wie heillos zersplitterten, zerstrittenen Lagers der westdeutschen Linken. Wie anders soll die Linke sich denn aus dem Sumpf ziehen, als sich selbst beim Schopfe packend? Wer meint, sich dieser gewiß nicht gerade erfolgsverheißenden Arbeit durch linke Fraktionsarbeit in der „Grünen“-Partei entziehen zu können oder zu müssen, tut damit nicht nur dem notwendigen Neuklarungs- und Umformierungsprozeß innerhalb der Linken keinen Gefallen, sondern verdrängt auch vollständig, daß letztlich nur eine starke, sozial besonders in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verwurzelte, selbständige Linke die Entwicklung der „Grünen“-Partei positiv wird beeinflussen, ja mitbestimmen können. Bis zum bitteren Beweis des Gegenteils bin und bleibe ich der etwas dogmatischen Auffassung, daß nur die radikal-marxistische Linke potentiell fähig ist, es nur dieser potentiell möglich ist, die „Ökologische Frage“ radikal aufzugreifen und theoretisch wie praktisch auch zu beantworten. Daraus resultiert keineswegs ein Alleinvertretungsanspruch, sondern im Gegenteil die

Pflicht und Notwendigkeit, mit allen Strömungen und Gruppen, die sich mehr oder weniger ausschließlich auf die „Ökologische Frage“ konzentrieren, einen völlig gleichberechtigten, solidarischen Kampfszusammenhang zu suchen. Der aber hat mit dem Gemeuschel à la „Grüne“-Partei so wenig zu tun, wie die politische Vergangenheit von Herbert Gruhl mit der von Willi Hoss.

3. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß vieles, was in Saarbrücken (einstweilen) programmatisch festgeschrieben wurde, aus dem linken Lager stammt. Ebenso wenig Zweifel sollte es aber darüber geben, daß insgesamt alles andere als eine in sich logische Programmkonzeption dort entwickelt wurde. Die Interviewäußerungen des SB-Sekretärs und Mitglied des Arbeitsausschusses des SB, Horst-Dieter Zahn, im AK 172 (vor Saarbrücken gemacht!) geben sehr genau den Kern des Programmproblems zu erkennen: „Wenn in den langwierigen und schwierigen Prozeduren, unter denen sich das Programm einer solchen Wahlvereinigung herausbildet, linke Inhalte untergebracht werden können, dann besteht doch trotzdem die große Gefahr, daß sich, wie es der alte Arbeitsausschuß einmal genannt hat, „programmatische Konglomerats-Konzerte“ bilden. Das heißt, Inhalte werden nebeneinander gestellt, die in der gesellschaftlichen Realität nicht nebeneinander stehen. Dadurch werden die realen Probleme oftmals eher verdeckt. Ob man jetzt die 35-Stunden-Woche oder den §218 noch in das grüne Programm hineinbekommt, damit ist noch keine Vereinigung von Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung geleistet, und damit sind in der wirklichen Praxis noch nicht Standpunkte der Frauenbewegung zusammengebracht mit dem, was sich von Seiten der Grünen entwickelt.“

Um ein Beispiel aus dem „programmatischen Konglomerats-Konzern“ der „Grünen“-Partei zu geben: Seit Saarbrücken will eine Mehrheit die Entflechtung der Großkonzerne samt Selbstverwaltung dezentraler Betriebe dann durch die Arbeiter und Angestellten. Das ist geben: Seit Saarbrücken will eine Mehrheit die Entflechtung der Großkonzerne samt Selbstverwaltung dezentraler Betriebe dann durch die Arbeiter und Angestellten. Das ist ganz schön und gut — nur wird die Eigentums- und damit die alles entscheidende gesellschaftliche Nachfrage hold umgangen! Von solchen Ungereimtheiten hat am Ende keiner was — die Linken nicht, denn damit tun sie um über ein Jahrhundert dümmer als sie sind; die Rechten nicht, denen trotz des in ihren Reihen durchaus verbreiteten romantischen Antikapitalismus das ganze zu sehr nach „linksradikal“ klingt, vermuten sie doch (nicht ganz zu Unrecht hoffentlich), daß die Linken nur aus taktischen Gründen die Eigentumsfrage noch nicht aufs Trapez bringen; schließlich nutzt das auch den enttäuschten Sozialdemokraten nichts, die nun einzig vieles aus dem eisernen Bestand linksreformistischen Gedankengutes offener und idealistischer als in der staatstragenden Mutter SPD mitformulieren dürfen, was sie zwar befriedigen mag, an den harten gesellschaftlichen Realitäten aber rein gar nichts ändert. Es ist doch überhaupt keine Bosheit und auch keine Verschwörung gegenüber der „Grünen“-Partei, wenn die bürgerliche Presse unisono über den „Utopismus“ in Saarbrücken höhnt und zertet — das hat man/frau sich mit solchen faulen Programmzeilen schließlich selbst eingebrockt. (Hoffentlich unnötig, vorsorglich anzumerken, daß die bürgerliche Presse auch getobt hätte, wenn programmatisch „konsequenter“ verfahren worden wäre — aber das ist ein anderes Problem.)

4. Was folgt daraus? Ganz radikal gesagt: Der ganze, noch längst nicht ausgestandene Kampf und Streit um das Programm der „Grünen“-Partei wäre nicht nötig, wenn sich gerade die Linken in der „Grünen“-Partei über den komplizierten Charakter dieser Partei klar wären. Der Sinn und die gemeinsame Grundlage der „Grünen“-Partei liegt im Kampf gegen die Umweltzerstörung, für die Umweltbewahrung und -verbesserung, im Kampf gegen das Atomprogramm, gegen die totale Herrschaft einer sich selbstständigen Technokratie im Dienste des Großkapitals – kein Wunder, daß in diesen Bereichen es in Saarbrücken dem Vernehmen nach auch keinerlei gravierende Auseinandersetzungen gab. Alles darüber hinaus wird bei der Heterogenität der

„Grünen“-Partei entweder zur inneren Zeitbombe oder zum bloßen Papiertriumph der jeweiligen sich durchsetzenden Fraktion, zumeist aber fauler Kompromiß werden müssen. Wer so viele Köpfe unter einen Hut zu pressen sucht, der darf sich nicht wundern, daß dauernd der eine oder andere, ab und zu auch alle Köpfe im Regen stehen. An diesem Mißstand ändern wird sich bei Ausbleiben von Wundern nichts, ihn zu ertragen und aus ihm die richtigen Konsequenzen zu ziehen ist auch Sache derer, die ihre Hüte an der Garderobe reichlich leichtsinnig oder allzu hintersinnig abgegeben haben. Es würde aber lediglich die Verwirrung steigern, wenn, wie es nun auch schon

der KB im letzten Arbeiterkampf öffentlich vor sich hingrübelte, die bislang begründet außerhalb der „Grünen“-Partei verbliebenen Linken/Bunten/Alternativen die unauflöslichen Probleme und Widersprüche der „Grünen“-Partei durch, nebenbei reichlich opportunistischen, Eintritt kurz nach Zwölf verschärfen würden. Wir sollten stattdessen einerseits weiter an der Festigung, Verbreiterung und dem Zusammenhang der bunt/alternativen/linken Wahlbewegung arbeiten, andererseits mit allergrößtem Nachdruck den anstehenden Diskussions- und Neuformierungsprozeß der westdeutschen Linken betreiben, soweit wir uns als Sozialisten/Kommunisten verstehen. Wer sich damit noch nicht ausgelastet betrachtet, mag auch noch in die „Grüne“-Partei einsteigen – das ist gewiß kein Verrat und mag in bestimmten Fällen gute Gründe haben. Doch daß die „Grüne“-Partei der politische Ort sei, in dem zu arbeiten für einen fortschrittlichen Menschen geduldige Pflicht sein sollte – diesen Mythos der neudeutschen idealistischen Philosophen und Politiker um Bahro und Co. sollten wir uns selbstbewußt nicht zu eigen machen.

8.4.80 Wolfgang (Diskussionsbeitrag in der GLH Frankfurt)



Leserbrief aus Göttingen (BLI)

Vorbemerkung:
„Die Neugründung der grünen Partei bedeutet nicht, daß sich eine eigenständige bunte/alternative Arbeit erübrigt ... Vorrang außerparlamentarischer Aktionen ...“ (Erklärung von Münster, vom KB mitgetragen).
„Für den KB und andere linke Kräfte, die bisher im Wesentlichen außerhalb der grünen Partei geblieben sind, wird nach dem Saarbrückener Parteitag erneut zu überdenken sein, ob sie jetzt durch eine Mitarbeit in der grünen Partei ... der alternativen Wahlbewegung besser dienen können“ (AK 174).

Zunächst mit verblüfftem Unverständnis, nach nochmaliger Lektüre mit buntem Zorn habe ich den Artikel zum Programmkongreß in Saarbrücken gelesen. Ich verzichte bewußt darauf, ausführlich aus dem letzten Satz des AK zu zitieren: die Mehrheit des KB hat zu Beginn der Auseinandersetzung um die Frage „Eintritt oder Nichteintritt“ in die grüne Partei eindeutig Position bezogen und nicht zur „Mitarbeit in der Grünen Partei und Stärkung des linken Flügels“ (AK 174) aufgerufen.

(Zur Erinnerung: Dies war ein wesentlicher Kritikpunkt an den Genossen der ZL-Fraktion.) Vielmehr wurde vehement die Notwendigkeit einer linken, autonomen Politik der Bunten/Alternativen betont. Grundlage dieser Politik waren (und sind) die Essentials der Frankfurter Plattform:

- Keine Leugnung des Klassenkampfes
- Unterstützung der Forderungen der Frauenbewegung sowie der Schwulen- und Lesbenbewegung
- Recht auf Widerstand ohne Einschränkung
- Keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse
- Kampf gegen alle Formen politischer Unterdrückung
- Vorrang außerparlamentarischer Aktionen

Diese bisher auch vom KB vertretene Politik erfährt nun — nach den „Erfolgen der Linken“ bzw. der „Niederlage für Gruhl und Co“ (AK 174) offensichtlich eine ten- denzielle Wende.

1. Liest man/frau Euren Artikel, entsteht der Eindruck, die Linken innerhalb der grünen Partei hätten in Saarbrücken einen überwältigenden Erfolg errungen. Die Tatsache, daß die „Erpressungsmanöver der Rechten doch Wirkungen (auf die Linken — der Verf.) zeigten“ (AK 174) wird eher am Rande behandelt. Gerade jedoch die Reaktion der Linken auf die Spaltungsdrohung von Gruhl, Springmann, Dinné etc. war keineswegs von selbstbewußtem Erfolg getragen: die Konzeptionen an den rechten Flügel (keine ersatzlose Streichung des § 218; Rückverweisung der Beschlüsse zu den §§ 174 und 176 an die Basis, um die angeblich nicht stattzufundene Diskussion darum nachzuholen; „Präzisierung“ des ökonomischen und ökologischen Programms) sind Ausdruck des antagonistischen Charakters der Widerstände innerhalb der „Grünen“. Grün (z.B. Gruhl, Hasenclever) und Rot (z.B. die „Z“-Genossen) gehen nicht gut zusammen — wie auch Gruhls Nichtkandidatur für den Vorstand zeigt. Seine Reaktion auf das vorgeblich so linke Programm ist allerdings unnötig überzogen gewesen: eine der entscheidendsten Machtpositionen der Partei, der Vorstand (innerhalb zur Disziplinierung, außerhalb zur Darstellung in der Öffentlichkeit), ist von den rechten Kräften besetzt worden. Diese Taktik kennen wir z.B. aus GLU-Zeiten noch gut: das Programm bestimmen die Linken inhaltlich, die Machtpositionen haben die Rechten inne!

2. „Mitarbeit“? Die Argumente, die Ihr anführt, um eine verstärkte „Mitarbeit“ zu propagieren, sind wohlbekannt — die „Z“-Genossen haben sie ja oft genug wiederholt:

- Hineingehen in die grüne Partei, da sie gegenwärtig der massenpolitische Ansatz in der BRD sei;
- Aufbau einer linken Fraktion — inzwischen wohl besser: eines linken Flügels — unter taktischer Einbeziehung des sog. „Mittelbaus“, und zwar als Manövriermaterial, nicht um eine inhaltlich linke Auseinandersetzung zu führen;
- Isolierung der extrem reaktionären Kräfte;
- unter Umständen bewußtes Einkulieren der Spaltung.

Doch was bleibt wohl von dieser Partei nach einer (absehbaren) Spaltung übrig (absehbar dann, wenn die Linken wenigstens etwas aufrechten Gang praktizieren)? Von einer Partei, in der die Linken sich

- entweder beschämend opportunistisch verhalten (z.B. Teile der ehemaligen KPD)
- oder marxistische Grundprinzipien aufgeben (z.B. Bahro, Hoss, H.Brandt)
- oder bloße kurzfristige Machtpolitik betreiben (z.B. die „Z“-Genossen)

wird sehr, sehr wenig übrigbleiben, was der fortschrittlichen Bewegung in der BRD von politisch qualitativem Nutzen sein wird. Ich fürchte, der Schaden durch die Mitarbeit wird um ein beträchtliches größer sein: Desillusionierung, die in Resignation umschlägt (besonders bei den APO-Altlinken) bzw. Rechtsentwicklung breiter Sektoren der „Grünen“ (vgl. auch Überlegungen von Hasenclever und anderen, evtl. doch SPD — bei „Verzicht“ auf das Atomprogramm — zu wählen ...) — „Mitarbeit“?

3. Eine derartige Entwicklung zeichnet sich auch und gerade aufgrund des Schwerpunktes der politischen Arbeit der „Grünen“ ab:

- Satzungs-, Programm-, Wahlkampfpolitik — eben die Politik eines bürgerlichen Wahlvereins, dessen ausschließliche Orientierung das Parlament ist. Der linke Flügel schürte geradezu die weitverbreitete Illusion in das parlamentarische System, weil er nicht die notwendige inhaltliche Überzeugungsarbeit und Auseinandersetzung um die linken Positionen führt (auch dann, wenn wir unter bestimmten Bedingungen an Wahlen teilnehmen), sondern Machtpolitik um Forderungen gegen den „Mittelbau“ hebt (vielleicht den Finger gegen das Großkapital oder für die 35-Stunden-Woche, aber dies bedeutet noch nicht das aktive (außerparlamentarische) Tragen dieser Forderungen — Papier ist geduldig ...)

Die Anti-AKW-Bewegung hat bewiesen, daß allein durch das Aufstellen von Forderungen an die Herrschenden, Inanspruchnahme der bürgerlichen Justiz etc. kein AKW verhindert worden ist (Albrecht hatte schon die richtige Einschätzung: Gerichte haben dort Urteile gegen AKWs gefällt, wo der „Mob“ auf die Straße gegangen ist ...). Abgesehen davon: das Engagement der Linken für Satzung, Programm etc. absorbiert gänzlich deren Kräfte, außerparlamentari-

sche Aktionen werden sträflich vernachlässigt bzw. haben überhaupt keine Konjunktur mehr: etliche Linke erliegen der vermeintlichen Faszination, sich endlich in die große Politik (sprich Bundestag) einmischen zu können. Kurz: durch Programme werden niemals soziale und politische Veränderungen, seien sie individueller Natur (etwa im Bewußtsein einzelner) oder seien sie gesamtgesellschaftlicher Natur (etwa Kampf gegen das Atomprogramm), bewirkt. „Mitarbeit“?

4. Eure Aufforderung, „erneut die Mitarbeit zu überdenken“, erscheint mir angesichts der realen Verhältnisse innerhalb der Linken in der BRD zu abstrakt. Nahezu jede linke Organisation, Gruppe etc. befindet sich in einer Krise, aus der sie nur herauskommen kann, wenn sie zunächst sich selbst stabilisiert und neu formiert und aus ihrer Krise nicht die „Krise des Marxismus“ macht. Aus dieser Krise kommen wir nicht heraus, indem wir die grüne Partei an die erste Stelle der politischen Tagesordnung setzen (was selbstverständlich nicht die Ignorierung bzw. Ablehnung jeglicher punktueller Zusammenarbeit heißen darf). Konkret: Wir müssen die linken Arbeitszusammenhänge stärken (z.B. keine diffuse Auflösung linker Organisationen; Ausbau Bunter/Alternativer Liste, primär kommunal, dann national — was bei einer „Mitarbeit“ in der grünen Partei zwangsläufig kraftemäßig nicht gewährleistet wäre); die Bereitschaft zu solidarischer Diskussions- und Umgangsweise innerhalb der Linken weiterentwickeln (Stichwort „Keimform“); keine Abgrenzungshysterie (vgl. Auflösungsparität der KPD) — den langen Atem bewahren und die sozialistische Perspektive nicht aus den Augen verlieren.

5. Denn: Nicht die vernebelnde „Gattungsfrage“ sondern „Sozialismus oder Barbarei“ ist mehr denn je bittere Wahrheit.

Mit solidarischen, kunterbunten Grüßen

Andreas, Mitglied im Arbeitsausschuß der Bunte-Liste-Initiative Göttingen

Leserbrief aus Westberlin (Grünzone im KB)

Präambel: „Es liegt nahe, daß sich in einer derartigen Situation (gemeint ist der Ablösungsprozeß vieler Wähler von den etablierten Parteien, d.V.) verschiedene Versuche ereignen, das Loch innerhalb des bürgerlichen Parteien-Spektrums zu füllen — sei es durch eine vorwiegend ökologische Partei, sei es durch eine linke sozialdemokratische Partei (USPD u.ä.).“

Falsch und verhängnisvoll wäre es, solche Versuche nur unter dem Aspekt von Manövern der Bourgeoisie zu sehen und dementsprechend zu bekämpfen. Die Illusion, als könnten sich die Massen mit einem plötzlichen, jähen Bruch unvermittelt von der SPD weg zu den Kommunisten bewegen, gehört zu den Kinderkrankheiten der westdeutschen Linken. In der Realität hat sie keinen Platz. Vielmehr wird sich dieser Bruch auf der Massenebene zunächst über Zwischenstationen vollziehen, wozu eine neue sozialdemokratische Partei, „grüne“ und „bunte“ Listen oder neue zukünftige Formen gehören könnten.



Das politische Überleben der Kommunisten wird in dieser Situation (die zugleich durch zunehmende politische Repression gekennzeichnet sein wird) davon abhängen, sich den neuen Aufgaben gewachsen zu zeigen und eine wirkungsvolle Bündnispolitik zu betreiben“ (aus „Demokratischer Kampf und Bündnispolitik“, UW 25, S. 20/21).

Im letzten AK-Leitartikel wird der Saarbrücker Parteitag wesentlich als Sieg der Linken gewertet, der es nahelegt, jetzt in den Grünen mitzuarbeiten. Das stellt einen eindeutigen Taktikwechsel gegenüber den „Grünen“ dar, den wir ausdrücklich begrüßen, weil wir die KB-Wahlpolitik nach den Bremer Wahlen von Sektierertum geprägt sehen. Wenn der KB jedoch seine Glaubwürdigkeit in der Wahlbewegung (und teilweise vor seinen Mitgliedern) zurückzulegen will, so muß der KB, insbesondere das LG, eine differenzierte Selbstkritik leisten. An welchen Punkten das geschehen sollte, dazu wollen wir, Gen. aus der „Grünzone“ im KB-Westberlin, einige Hinweise geben:

1. Zur Eintrittsbewegung in die „Grünen“:

Einseitig wurde in den letzten AKs der Eintritt in die „Sonstige Politische Vereinigung, die Grünen“ als Opportunismus bzw. Rechtsentwicklung der Linken abgewertet. Daran ist zwar soviel richtig, daß das ökologische Gedankengut („Es geht um die Rettung der Gattung Menschen“, „Die Orientierung auf die Arbeiterbewegung muß zurückstehen, die hat sowieso versagt“) auf dem Vormarsch war (und ist). Auch die Kritik der (reformistischen) Linken an den Erpressungsmethoden der Gruhl und Co. fiel einigermaßen laut aus. (An der Frage des autonomen Delegationsrechts für den Karlsruher Gründungsparteitag oder an der Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse z.B.) Trotzdem hat der KB einer wichtigen Grundlage für die Eintrittsbewegung nicht Rechnung getragen. Bei den Bremer Wahlen haben sich die „Grünen“ ganz klar gegen die „Alternativen“ (5:1:4) durchgesetzt. Damit war für viele Linke klar, daß sie in die „Grünen“ eintreten müßten, um zu erreichen, daß die „Grünen“ mit einem fortschrittlichen Programm in den Bundestagswahlkampf eintreten. Denn nun würden nur noch die „Grünen“ auf Bundesebene gegen die etablierten Parteien kandidieren. Mit dem Wahlerfolg in Bremen hatten es die „Grünen“ nicht mehr nötig, sich auf Verhandlungen um „gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Grünen und Buntten“ einzulassen. Nach Bremen würden es die Buntten nicht mehr wagen, gegen die Grünen zu kandidieren, falls sich die Grünen nicht auf diese gleichberechtigte Zusammenarbeit einlassen und keine wichtigen programmatischen Zugeständnisse in Richtung der buntten „Essentials“ machen. Vor Bremen kommt wir noch damit drohen, die „Grünen“ bräuchten uns unbedingt, um die 5%-Klausel zu überspringen. Dieses Argument wurde uns aus der Hand geschlagen. Bei einer nochmaligen Konkurrenz kandidatur zwischen Grünen und Buntten würde die Wahlbewegung noch eindeutiger für die Grünen votieren, weil die Grünen argumentieren können, nur sie würden die 5%-Klausel überspringen (was ja auch stimmt). Und das ist für die parlamentarisch orientierte Wahlbewegung nun mal das Entscheidende. Inwieweit die Buntten/Alternativen ein fortschrittlicheres Programm haben, spielt da nur die zweite Geige. Ein weiterer Grund für die „Sogwirkung der Grünen“ liegt darin, daß sie ja nicht nur die „Alternativen“ eindeutig geschlagen haben, sondern auch noch zusätzlich die 5%-Klausel bei einer Landtagswahl übersprungen haben. Das hat die Loslösung noch breiterer Wählerschichten von den etablierten Parteien beschleunigt, natürlich zugunsten der „Grünen“. Damit war klar, daß nach Bremen die entscheidende politisch-ideologische Auseinandersetzung der bundesdeutschen Wahlbewegung über und vor allem in den „Grünen“ stattfinden wird. Trotzdem schwamm der KB „gegen den Strom“, gegen die „Sogwirkung in die Grünen“: „Es wird nicht unerheblich von uns abhängen, ob der Ausverkauf linker Positionen, der Abkehr vom Marxismus und der Aufgabe revolutionärer Ziele der Linken relevanter Widerstand entgegenzusetzen werden kann, oder ob die Linke den grünen Sog mit einem mehrjährigen Rückschlag bezahlen muß. Nach Lage der Dinge werden wir eine solche Politik aus einer Minderheitsposition heraus machen müssen, werden wir wieder einmal gegen den Hauptstrom der Linken schwimmen müssen, was dem KB übrigens nicht zum ersten Mal passiert und

uns in der Vergangenheit jeweils im Großen und Ganzen gut bekommen ist“ (UW 32, S.5).

Daran ist soviel richtig: Das Auftreten der Wahlbewegung bedeutet nicht nur den Ablösungsprozeß von den bürgerlichen Parteien, sondern sie bringt auch eine Stärkung revisionistischer Strömungen in der Linken mit sich. Das muß auch so sein, denn jede neu auftretende, also spontane Massenbewegung ist natürlich trotz ihrer progressiven Seiten weiterhin mit bürgerlicher Ideologie behaftet. Bei der Wahlbewegung ist es natürlich ihre Orientierung auf den Parlamentarismus, damit verbunden ihr Vertrauen auf eine Politik der „Gewaltfreiheit“, weil die Möglichkeiten des legalen parlamentarischen Weges überschätzt werden. Weil sich die Wahlbewegung hauptsächlich an Umweltschutzfragen kristallisiert hat, ist es nicht verwunderlich, daß sich in der linken Szene der Angriff auf den Marxismus von der Warte eines „neuen ökologischen Verständnisses“ (ökologischer Humanismus) aus entwickelt. Also müssen wir gegen den Strom schwimmen, aber wie?

Anstatt den ökologischen Fehdehandschuh von Bahros neuen Theorien aufzunehmen und zu versuchen, Bahros Gedanken im „Offenen Brief an die Linken“ tiefgreifend zu widerlegen, erstreckt sich die Antwort des KB eigentlich nur darauf, daß sich die Linke nicht einfach in die „Grünen“ auflösen dürfe, ja nicht einmal eintreten sollte. Diese flache Antwort erweckt denn auch in der Linken nur den Eindruck, als wolle der KB mit überlebter marxistischer Orthodoxie die Seelen der letzten linken Mohikaner retten.

Anstatt sich auf den programmatischen Kleinkrieg in den „Grünen“ einzulassen und in langwierigen Auseinandersetzungen die Stichhaltigkeit marxistischer Argumente zu beweisen, schwimmt der KB gegen den Strom, indem er die buntten „Essentials“ zur Vorbedingung für eine Mitarbeit in den „Grünen“ macht. Nicht mehr das Kräfteverhältnis in der Wahlbewegung, in den „Grünen“ ist für das bündnispolitische Kalkül des KB entscheidend, sondern seine subjektivistisch festgelegten Eintrittsessentialen. Diese Politik der sauberen Weste ging völlig an der Bewegung vorbei und brachte den KB höchstens in die Nähe anarchistischer und sozialistischer Sektierer, die mit ihren Wahlboykottparolen

„... wir sind anders“, sondern seine subjektivistisch festgelegten Eintrittsessentialen. Diese Politik der sauberen Weste ging völlig an der Bewegung vorbei und brachte den KB höchstens in die Nähe anarchistischer und sozialistischer Sektierer, die mit ihren Wahlboykottparolen und sozialistischen Programmankündigungen sauber bleiben wollten. So richtig das „Gegen den Strom schwimmen“ des KB in der Auseinandersetzung Brokdorf/Itzehoe und im „Deutschen Herbst“ auch war, so falsch und witzlos war seine Politik gegen die Eintrittsbewegung in die „Grünen“. Wenn wir auf Massenebene gegen den Strom schwimmen wollen, so muß auch die Basis dafür erkennbar sein (wie es in den Anti-AKW-Initiativen in der Frage Brokdorf/Itzehoe absehbar war). Sonst können wir jeden sektiererischen Amoklauf als „Schwimmen gegen den Strom“ verkaufen (wie es uns der KBW seit Jahren vormacht). Daß eine Basis für die KB-Politik der letzten Zeit gefehlt hat, haben schon die Bremer Wahlen bewiesen. Trotz aller un-demokratischen Machenschaften und Erpressungsmanöver der Grünen Liste Bremen hat die Wahlbewegung die Grünen gewählt und nicht die Alternative Liste. Damit hat uns die Wahlbewegung dazu verdonnert, „trotz alledem“ in den Grünen zu arbeiten.

2. Die „grünen Jusos“: Besonders schlimm war eure Diffamierung, wir Linken in den Grünen würden da Juso-Funktion übernehmen („Feigenblatt für die rechten Ökologen“). Erst mal ist selbst schon das Europa-Wahlprogramm der Grünen in wesentlichen Punkten links von der SPD gewesen, z.B. in der Frage Atom-Stop, einseitige Abrüstung der BRD (das ist bis heute nicht einmal in der AL-Westberlin durchgesetzt), Aufhebung der Berufsverbote. Zum anderen sind die „Grünen“ natürlich noch lange nicht eine solche fest formierte Partei wie die SPD, wo nie Atomstop und einseitige Abrüstung z.B. durchgesetzt werden können. Die „Grünen“ sind vom Organisationsaufbau und von der Programmatik noch relativ offen. Warum hat wohl der Gedanke der „Basisdemokratie“ so eine zentrale Bedeutung bei den „Grünen“? Daß sich die Basis der Partei nicht so einfach von irgendwelchen Führern einschüchtern läßt, ist ja nun auch in Saarbrücken bewiesen worden. Dort hat sich die Basis nicht nur gegen Gruhl und Co. durchsetzen können, sondern teilweise auch gegen reformistische Führer a la Willi Hoss und Heinz Brandt. Spätestens hier müßt ihr zugeben, daß die linkssektiereri-

sche Politik des KB Gruhl und Co. eher genützt als geschadet hat, weil der KB (glücklicherweise vergeblich) versucht hat, das linke Spektrum aus den „Grünen“ herauszuhalten. Jetzt, wo die linken „Grünen“ ohne (bzw. gegen) den KB in den „Grünen“ an Boden gewonnen haben, fühlt sich der KB wieder bemüht, in den „Grünen“ mitzuarbeiten. Das heißt: Die Leute, die ihr immer einsichtig als „prinzipienlose Opportunisten“ abgetan habt, haben jetzt für euch die Kastanien aus dem Feuer geholt, um deren willen ihr nun bei den „Grünen“ mitarbeiten könnt und wollt.

3. Linke Moral und Identität

Im Rechenschaftsbericht des LG (UW 32, S. 8) war argumentiert worden, wir dürften nicht in die „Grünen“ eintreten, weil wir damit „antikommunistische Klischees“ bei der Frauenbewegung und der Anti-AKW-Bewegung bestätigen würden. Die Frauenbewegung würde uns vorwerfen, wir hätten ein taktisches Verhältnis zur Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218. Die Anti-AKW-Bewegung würde uns übelnehmen, wir würden bei den „gewaltfreien“ Grünen mitmischen, wo es doch darauf ankommt, die Militanz der AKW-Gegner zu verteidigen. Mal abgesehen davon, in wie weit der KB tatsächlich wegen „Taktierens und Lavierens“ in den „Grünen“ angegriffen worden wäre, halten wir ein solches Argument für völlig unlenkisch. Entweder ist es im Sinne kommunistischer Bündnispolitik richtig, bei den „Grünen“ mitzuwirken, mit aller Taktik, Lavieren und Kompromissen, oder nicht. (Das ist eine Frage, die wir erstmal allein als KB zu entscheiden haben.) Wenn ja, dann können wir uns nicht von den moralischen Bedenken irgendwelcher Strömungen abhängig machen. Zum Beispiel zeugt es von hochentwickelter linker Identität, wenn unsere anarchistischen Genossen den bürgerlichen Parlamentarismus konsequent ablehnen. Trotzdem wäre es idiotisch, wenn wir aus Rücksicht auf unsere anarchistischen Bündnispartner von der Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten im Sinne kommunistischer Politik abgehen würden. Vielmehr wäre es umgekehrt unsere Aufgabe, unsere kommunistische Taktik gegenüber solchen Haltungen zu erklären, anstatt vor ihnen zu kapitulieren.

Im übrigen: Was wird denn nun Parlamenten im Sinne kommunistischer Politik abgehen würden. Vielmehr wäre es umgekehrt unsere Aufgabe, unsere kommunistische Taktik gegenüber solchen Haltungen zu erklären, anstatt vor ihnen zu kapitulieren.

Im übrigen: Was wird denn nun die Frauenbewegung und die Anti-AKW-Bewegung vom KB halten, wenn er nun doch laut darüber nachdenkt, in den „Grünen“ mitzuarbeiten, obwohl die „Grünen“ immer noch auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit beharren und die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in Saarbrücken abgelehnt wurde?

4. § 218

Zu unserer Verwunderung steht im letzten AK, „der Kompromiß in der Abtreibungsphase sei ein Sieg der Linken: „Mit Erfolgen der Linken endete der Saarbrücker Programmarteitag der Grünen am 22./23. März. In allen strittigen Programmpunkten setzten sich (bei kleinen Zugeständnissen) im wesentlichen fortschrittliche Vorstellungen durch. So in den Komplexen Frauen (§ 218), Minderheiten“ (u.a. Homosexualität und Pädophilie), Wirtschaft, Friedenskampf.“

Warum wird der Kompromiß zur Abtreibungsfrage als Erfolg der Linken gesehen, obwohl eine knappe Rechts-Mitte-Mehrheit gerade die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 abgelehnt hat, obwohl dieser Kompromiß von der grünen Programmkommission (bestehend aus neun Grünen und drei Buntten) schon seit dem Offenbacher Kongreß vertreten wird und damals vom KB dermaßen abgelehnt wurde, daß er seine Abstinenz aus der grünen Partei damit begründet hat. Durch eine solche Zick-Zack-Politik gewinnen wir weder in der Frauenbewegung noch sonstwo an Glaubwürdigkeit.

Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß unserem Brief eine gewisse Einseitigkeit anhaftet, weil er die positiven Seiten der KB-Wahlpolitik nicht würdigt und weil er keine Abgrenzung zu opportunistischen Strömungen in der Wahlbewegung vornimmt. Aber Sinn dieses Briefes ist es zuallererst, in der KB-internen Debatte Partei zu ergreifen.

Grünzone im KB/Westberlin, 10.4.80

PS: Die Entscheidung, in den „Grünen“ mitzuarbeiten, dürfte aber auf keinen Fall im Widerspruch zur nach wie vor anzustrebenden engeren Zusammenarbeit der Buntten und Alternativen — unabhängig von ihrer Haltung zu den Grünen — stehen.

Nach Saarbrücken

Mit dem demonstrativen Verzicht von Gruhl auf einen Vorstandsposten in Saarbrücken und dem Sturm von Springmann wurde über diese (in den Medien als die grünen Gallionsfiguren aufgetauchten Persönlichkeiten) die rechte Bayanische für Saarbrücken vorbereitet, bzw. der drohende Zerfall der grünen Partei in Splittergruppen überall in der Presse an die Wand gemalt. Austritte gab es nur in Einzelfällen, wie in Düsseldorf oder Würzburg, wo einige Rechte „ihren“ Kreisverband für aufgelöst erklärten. Ansonsten muß man von einer Sammlungsbewegung der Rechten sprechen. GAZ und GL-SH wollen sich trotz des von ihnen betriebenen Verbots der Doppelmitgliedschaft selbst natürlich nicht auflösen. Springmann, Otto und die Achberger bilden bundesweite Arbeitskreise. Nicht fehlen durfte es nach Saarbrücken auch an Auftritten „linker“ Prominenz, denen die Partei zu links geworden ist oder in die Hände linker Abstimmungsmaschinerie geraten sei. Proteste aus den Reihen linker Grüner hingegen gibt es kaum.

Im folgenden wollen wir einen (keineswegs vollständigen) Überblick geben.

Die Gurus melden sich zu Wort:

Willi Hoss, der schon in Saarbrücken aus Gründen der Solidarität mit Gruhl demonstrativ auf eine Kandidatur für den Vorstand verzichtet hatte, sagte in einem Gespräch mit der „FR“ das Scheitern der grünen Partei voraus, wenn nicht „die in Saarbrücken gemachten Fehler, ins Reine gebracht werden und Herbert Gruhl wieder voll integriert werde“ („FR“, 1.4.). Er selbst sei nicht bereit, „in einer linkssozialistischen Sekte zu arbeiten“, wie sich die grüne Partei nach Saarbrücken für Hoss offenbar darstellt.

Heinz Brandt unmittelbar nach dem Saarbrücker Parteitag zur „taz“: „Die grüne Partei in dem Sinne der Mehrheit, wie sie hier zustande gekommen ist, hat aufgehört, grüne Partei zu sein. Es ist denen, die hier die Mehrheit bilden, nicht ins Bewußtsein gekommen, daß sie in Saarbrücken sind, im Jahre 1980. Sie sind im Geist 1903 in London und freuen sich, die Bolschewiki geworden zu sein“ (25.3.).

Rudolf Bahro äußert sich zurückhaltender und verschlüsselter, aber in die gleiche Richtung. Über eine Veranstaltung mit Bahro in Stuttgart berichtet die „FR“ (1.4.): „An die Adresse der Linken bei den Grünen richtet Bahro die Warnung, es sei ein „ungeheurer Fehler“, innerhalb der Bewegung eine Art Klassenkampf austragen oder bestimmte Formeln „durchpausen“ zu wollen... Es sei noch viel zu wenig gewürdigt worden, welchen Weg beispielsweise Herbert Gruhl genommen habe, seit er den „Macht-Komplex“ verlassen habe, dem er als CDU-Bundestagsabgeordneter angehörte.“

Bahro soll sich nach Äußerungen von Hasenclever gegenüber der „FR“ bewußt nicht in diese „Zerreiße“ des Saarbrücker Parteitages eingemischt haben, sondern blieb lieber von vorneherein fern. Nun hoffen viele grüne Strategen auf Bahros „geplante Gründung einer neuen Linken“, auf die sozialistische Konferenz, um den linken Druck auf die Grünen abzuschwächen (lt. „Welt“, 25.3.80).

Wolfgang Harich wird in der „taz“ vom 24.3. zitiert: „Ich teile diese Kritik von Dr. Gruhl an diesem Programm, obwohl ich mich von ihm scharf unterscheidet... Und ich muß gleichzeitig sagen, daß das (Gruhl's Rückzug, Anm. AK) für die Zukunft der Partei ein furchtbarer Schlag ist... Und das meine ich nicht als Vorwurf gegen Herbert Gruhl...“

Die -nicht immer ganz- alternative Presse

Die grüne Darstellung von den straff organisierten bunten (roten?) Kadertruppen, die zu keinem Kompromiß bereit, in Saarbrücken alles niederstimmten, was sich ihnen in den Weg stellte, findet auch in den beiden linken Tageszeitungen „taz“ und „Neue“ Unterstützung. In dem Artikel „Abstimmungsmaschinerie und Machtpoker“ („taz“, 24.3.) heißt es: „Mit insgesamt über 600 Anträgen und Änderungsvorschlägen geriet eine Abstimmungsmaschinerie in Gang, die sich bestenfalls durch größere Konfusion, keinesfalls aber durch andere, alternative, basisdemokratische Entscheidungsfindungsprozesse von ähnlichen Veranstaltungen etwa der SPD unterschied. Diese

Maschinerie, einmal in Gang gesetzt, war nicht mehr zu bremsen.“

Ähnlich die „Neue“ (25.3.): „So lernen die Linken (Grünen): Sie hatten die Abstimmungsmaschinerie geübt“ ist der Artikel überschrieben, dessen Autor zu guter Letzt völlig die Kontrolle über sich verliert: „Von der mehrmals in Saal plakatierten Basisdemokratie war so gut wie nichts mehr spürbar. Die Bunt-Alternativen waren offenbar fest entschlossen, den Spieß umzudrehen und - mit umgekehrter politischer Zielsetzung - das gleiche Spiel wie in Karlsruhe zu spielen. Die linken Lehrlinge zeigten es diesmal ihren rechten Meistern.“ Der gefürchtete „taz“-Redakteur K. W. räumt in seinem Kommentar „Die niedergestimmten Positionen des Herbert Gruhl“ immerhin noch ein, daß dessen Positionen „die Grünen zur GAZ, zur Sekte gemacht“ hätten.

„Die Grünen sind nicht reif für den Bundestag“ ...

... mit dieser „selbstkritischen“ Variante - erstmals vorgetragen in einem Interview mit der „Morgenpost“ vom 28.3. - meint Baldur Springmann den günstigsten Dreh gefunden zu haben, mit dem er in der Öffentlichkeit gegen die Saarbrücker Beschlüsse, insbesondere das „beschlossene Wirtschaftsprogramm“ (Springmann), Front machen kann: „Ich persönlich halte es zu diesem Zeitpunkt für unverantwortlich, daß die Grünen zur Bundestagswahl antreten - weil wir noch nicht reif dafür sind.“ Ähnliche Töne läßt auch Gruhl ankommen. Ganz Basisdemokrat, warnte er gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ (25.3.) vor der Beschränkung auf parlamentarische Viel wichtiger ist es, das Bewußtsein der Menschen für ihre Umwelt zu schärfen. Dafür muß es nicht unbedingt eine Partei geben (auf einmal, AK). Denkbar ist auch, daß die GAZ als eine Art Bürgerinitiative weitermacht.“ Entsprechend diesen neuen „Einsichten“ über die Bedeutung von Basisaktivitäten hat Gruhl auch ein Angebot Fredersdorfs zurückgewiesen, in den Reihen der Bürgerpartei ein neues Wirkungsfeld zu übernehmen. Die Aussage seines alten Kampfgefährten Kaminski (GAZ-Gründungsmitglied, heute Bürgerpartei), daß zwischen Fredersdorf und Gruhl zu nächst vertraulich eine Fusion der beiden Parteien für dieses Frühjahr vereinbart worden war, konnte Gruhl allerdings nicht dementieren.

Gruhl jetzt für Doppelmitgliedschaft?

Entgegen den Festlegungen der Bundessatzung, bis zum 30.4. auch die grünen Gruppierungen in die Partei aufzulösen, ist Gruhl jetzt bestrebt, die GAZ als seine persönliche Hausmacht unbefristet weiterbestehen zu lassen. Das geht aus seinem GAZ-Landschreiben Nr. 10 (31.3.) hervor, aus dem hier einige Passagen zitiert werden sollen: „Am intensivist wurde (in Saarbrücken, Anm. AK) darüber gestritten, wie man werdendes Leben wieder loswerden könne und wie man anderen Mitmenschen die Kosten dafür (über die Krankenkassen) aufbürden könne. Es wurde erkannt, daß Frieden und Abrüstung in der Welt nur durch geduldige, andauernde Bemühungen erreicht werden können, nicht durch wortreiche Erklärungen und nicht durch eine einseitige Entblößung.“ Die in Saarbrücken verabschiedeten Formulierungen zur Abtreibung, zur Friedenspolitik und zur Wirtschaft „löste(n) eine Welle der Enttäuschung unter den Grünen, besonders unter den Mitgliedern der GAZ aus. Aus deren Sicht - wie auch aus meiner - sind die Bedingungen für eine Auflösung der GAZ zur Zeit nicht erfüllt. Ich muß mir selbst den Vorwurf machen, daß meine Verhandlungsbereitschaft zu weit gegangen ist... Sollte sich die große Mehrheit der Landesverbände in den nächsten Wochen für den Saarbrücker Programmkurs aussprechen, dann wird es wohl nicht zur Auflösung der GAZ, wozu ja eine 3/4-Mehrheit nötig ist, kommen.“ Eingeladen wird zum GAZ-Bundestag am 15.5. in Hannover, der über die (Nicht-) Auflösung der GAZ beschließen soll. Die abzusehende Weiterexistenz der GAZ bedeutet allerdings keineswegs, daß Gruhl sich künftig aus den Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen heraushalten wird. Als Ökologe und Realpolitiker hat er die beiden „Hauptgefahren“ für seine Strömung erkannt: „Von einigen links-theoreti-

schen Positionskämpfern droht die Gefahr, daß wir wieder in das Ghetto der Sektierer (vgl. die „linkssozialistische Sekte“, von der Hoss spricht, Anm. AK) eingekapselt werden, über die man nur lächelt. Aber auch der Perfektionismus der reinen Ökologie führt zu kleinen Splittergruppchen, die dann nicht einmal ein Mauerblümchendasein fristen.“

Springmann und Otto bilden Fraktionen

Der „Arbeitskreis Dritter Weg - Natürliche Wirtschaftsordnung“ (AK NWO) um Georg Otto „versteht sich im Sinne der Satzung als Fachgruppe, die die Erkenntnisse der Freiwirtschaftsschule für die Grünen aufbereiten will“ - konkret befaßt er sich mit der Verbreitung allerlei abstruser Geldtheorien. Darüber hinaus bewegt diesen Arbeitskreis vor allem „die bange Frage: Sind die Grünen wirklich Grüne?“. Über eine seiner wesentlichen Bastionen, den Kreisverband Hildesheim, betreibt er vor allem Abgrenzungen vom Kommunismus.

Springmanns Fraktion - mit Kontaktdressen in allen Bundesländern und in Westberlin - trägt den Namen „Arbeitsgemeinschaft ökologische Politik bei den Grünen“ und stellt, selbstverständlich im Namen der Basisdemokratie, so einiges in den Schattensystemen, die bisherige Geschichte an geheimbündlerischen und zentralistischen Organisationsmodellen hervorgebracht hat: die Mitgliedskriterien (ökologische Orientierung, Ablehnung „überlebter Strukturen kapitalistischer, kommunistischer und faschistischer Art“) können „inhaltlich nicht geändert werden, weil (sie) die wesentlichen Bedingungen (enthalten), unter denen die AG tätig wird.“ Sollte sich doch einmal ein „fremdes Element“ in die AG einschleichen wollen und bereits eingeschlichen haben, tritt die „Basisdemokratie“ in Kraft: „Die ... Beteiligten in den Kreisen entscheiden über Aufnahme und Ausschluss in basisdemokratischer Weise mit einfacher Mehrheit anlässlich von Kreisversammlungen, bei denen mindestens 50 % der Mitglieder anwesend sein müssen, in geheimer Abstimmung. Nichtaufnahme bzw. Ausschluss müssen demnach (?) nicht begründet werden.“

Der Achberger Kreis

Schon vor dem Saarbrücker Parteitag hatte sich Wilfried Heidt vom Achberger Kreis mit dem „Entwurf für ein grünes Grundlagensprogramm“ an die grünen Kreise gewandt, da „der sehr ausführliche und detaillierte Vorschlag der Programmkommission allein nicht geeignet ist, unsere Gesamtalternative der breiteren Öffentlichkeit bekannt und verständlich zu machen“. Mit dem Anspruch, „eine überschaubare Darstellung, die sich auf die grundsätzlichen Gesichtspunkte beschränkt“, geschrieben zu haben, hat Heidt ein Papier vorgelegt, bei dem die partnerschaftliche Ideologie des „dritten Weges“ aus jedem Absatz trieft. Da das klebige Programm von Saarbrücken im Wahlkampf wohl kaum in größerer Auflage unter die Leute zu bringen sein wird, ist die Idee mit dem gerafften Grundlagensprogramm zwar nicht neu (es wurde in Baden-Württemberg angewendet und auch für Saarbrücken versucht), trotzdem natürlich nicht dumm: Falls dieses oder ein ähnliches rechtslastiges Kurzprogramm auf dem nächsten Parteitag beschlossen werden sollte (und dafür sammeln die Achberger eifrig Unterschriften), wäre der Streit um eine offene Revision des „sozialistischen“ Saarbrücker Programms für die rechten Grünen so gut wie gegenstandslos.

Der Ausweg „Kurzprogramm“ erfreut sich übrigens auch in anderen Teilen der grünen Partei einiger Beliebtheit. Stellvertretend hierfür eine Resolution des Kreisverbandes Lüchow-Dannewitz, in der es heißt: „Um die Einheit der jungen Partei nicht zu sehr zu belasten, sollte auf dem kommenden Parteitag ein Kurzprogramm beschlossen werden, das für die öffentliche Darstellung völlig ausreicht und die weitere innerparteiliche Diskussion fördert.“

Zur Unterstützung ihrer Kampagne planen die Achberger für Mai einen „alternativen Parteitag“. Zwar sollen dort keine Beschlüsse gefaßt werden, sondern ganz auf Partnerschaftlichkeit und „Überwindung des alten Links-Rechts-Schemas“ gemacht werden - eine politische Demonstration gegen die Kampfab-

stimmungen von Saarbrücken wird es allemal werden.

Die Zeitschrift: „anders leben“

Seit Anfang des Jahres wird unter der Verantwortung von W. Knecht aus Köln (s. die Auseinandersetzung um seine „Schmeißfliegen“-Äußerung a la Stoiber in diesem AK) die Zeitschrift „anders leben“ herausgebracht. Die Zeitung hat eine Auflage von 10.000 Exemplaren. Es laufen Bemühungen, sie mit finanzieller Unterstützung der Grünen zu einer grünen Illustrierten auszubauen.

Beim rechten Fraktionstreffen in Saarbrücken gehörte sie zum Einladungskreis. Auch in dieser Zeitung wird munter in Stoibermanier gegen Linke geholt. Da darf sich dann Holger Ströhm als Verfolger von „KB-Schlägertruppen“, denen er offenbar gerade entkommen konnte, vorstellen; da sind Austritte aus den Grünen gleich „KB-Austritte“; da hat Henning Venske als Sprecher der Buntten („Demagogie aus Studio B“) eben zu viel mit „Krümelmonster“ spielen müssen etc.

Eine Zeitung, die ein rechtes Sturmblatt der Grünen werden möchte.

Auch die Grüne Liste Schleswig-Holstein bleibt bestehen

Die GLSH verabschiedete auf ihrer Landesversammlung am 13.4. eine Resolution, in der das Saarbrücker

Programm als in vieler Hinsicht im Widerspruch zur Zielsetzung der GLSH stehend bezeichnet wird, weil es nicht unter eindeutig „ökologischem Vorzeichen“ stehe. Zwar wurden zwei besonders überzogene Formulierungen aus dem vorgelegten Resolutionsentwurf nicht verabschiedet: „In der Bundespartei wird die Entwicklung von einer geschulten Gruppe unter geschickter Ausnutzung des sozialen Engagements vieler Mitglieder zentralistisch gesteuert“ und „Das Ergebnis ist ein Programm, welches insbesondere im Wirtschaftsteil die Grünen als eine Klassenkampfpartei und als eine solche ökologisch unverantwortliche Versprechungen mit einem grünen Mantel erscheinen läßt.“ Die Schlußfolgerung, die GLSH nicht aufzulösen und sich auf dem nächsten Bundesparteitag für eine „eindeutige ökologisch orientierte Programmaussage“ einzusetzen, wurde aber mit großer Mehrheit beschlossen.

Die Delegiertenversammlung des grünen Landesverbandes, die im Anschluß an die GLSH-Landesversammlung stattfand, begrüßte zwar mit 41 : 40 Stimmen das Saarbrücker Programm. Aber auch hier wurde deutlich, daß die Rechten in Schleswig-Holstein nach Saarbrücken den gewachsenen Einfluß der Linken in diesem Landesverband zurückdrängen wollen - Stichwort: die „Unterwanderung durch die Z-Fraktion“, der es zu begegnen gelte.

DKP nach Saarbrücken: Freundlichere Töne

Neue Töne gegenüber den Grünen sind nach Saarbrücken von der DKP zu vernehmen. Bisher ging alles nach dem Motto: Das sind Faschisten, CDU'ler und Maoisten, die vom Großkapital beauftragt sind, der einzig wahren fortschrittlichen Partei, der DKP, die Stimmen wegzunehmen! Nach Saarbrücken erschienen im DKP-Organ „UZ“ am 25.3. und 28.3. zwei teilweise wörtlich gleichlautende Kommentare. Argumentationslinie: Das in Saarbrücken beschlossene Programm sei zwar „widersprüchlich“, enthalte aber viel Positives. Besonders gelobt wurde die Forderung der Grünen nach einseitiger Abrüstung der BRD...

Freilich hebt die DKP auch wieder den warnenden Zeigefinger angesichts der Tendenz der Grünen, „ein breites außerparlamentarisches Bündnis auf die engen Pfade einer Partei“ zu führen. Die Grünen „schielen auf Parlamentssitze“, igit! Da schüttelt es doch glatt die alten Wahlboykottler von der DKP!

Ansonsten hat Saarbrücken, logo, die bekannte Haltung der DKP zu

den Grünen „vollauf beständig“. Denn - so behauptet jetzt wenigstens die „UZ“ - s c h o n i m m e r hat die DKP ja den Grünen eine engere Zusammenarbeit angeboten. Wer das anders in Erinnerung hat, ist ein Antikommunist! Außerdem habe Saarbrücken gezeigt, „daß das Einigende, (zwischen DKP und Grünen - Anm. AK) größer ist als das Trennende“. Und die Grünen können in der DKP „verlässliche Partner“ finden. Freilich: Eigentlich sollte man doch „trotz antikommunistischer Vorbehalte“ (die bekanntlich zwangsläufig jeder Nicht-DKP'ler hat) am besten DKP wählen - die nämlich nicht nach Parlamentsposten schielt, sondern „auf die außerparlamentarische Bewegung setzt“. Wenn die Radikalisierung der DKP so weitergeht, wird Herbert Mies demnächst in der „UZ“ wohl die seit Jahren vorliegenden Angebote der DKP zur Zusammenarbeit mit dem KB bekräftigen, zugleich aber aus seiner kämpferischen Solidarität mit der „RAF“ keinen Hehl machen.

Letzte Warnung an Werner Knecht

Diesmal hat er sich denn wohl doch zu weit vorgewagt: Werner Knecht vom „Grünen Monatsmagazin“, „anders leben“ aus Köln, antikommunistischer Einpeitscher auf grünen Versammlungen, ist in Bedrängnis geraten. Sofort nachdem die Bunte Liste Köln in einem Offenen Brief an die Kölner Grünen seine Ausfälle gegen die „K-Gruppen“ (Knecht in der Kölner Stadtrevue: „Schmeißfliegen der Bewegung“) dokumentiert hatte (vgl. AK 173, S.8), distanzierte sich auch der grüne Kreisverband: „W. Knechts Polemik erinnert sehr an den Stil von Franz-Josef Strauß und Co... Diese Art der Auseinandersetzung widerspricht jeglichen Grundsätzen der GRÜNEN. Sollte W. Knecht sich

auch in Zukunft öffentlich in dieser unmöglichen Form äußern, werden wir auf seine weitere Mitarbeit verzichten! ... Wir werden selbstverständlich unsere Zusammenarbeit mit der BUNTEN LISTE Köln durch solche polemischen Äußerungen nicht torpedieren lassen.“ In einem zusätzlich von den Kölner Grünen verabschiedeten Antrag heißt es: „Wir beantragen, W. Knecht in einem Brief die Stellungnahme bekanntzumachen und ihn darauf hinzuweisen, daß er keine Stellungnahmen im Namen des Kreisverbandes abgeben kann, sowie bei weiteren Äußerungen in der oben erwähnten Art mit seinem Ausschluss aus dem Kreisverband zu rechnen hat.“

Grüne zum §218: Kein Erfolg der Linken!

Im Kommentar zum Saarbrücker Parteitag der Grünen im AK 174 war zu lesen: Es hätten sich in den meisten Fragen im wesentlichen fortschrittliche Positionen durchgesetzt. Ausdrücklich genannt wurde in diesem Zusammenhang der § 218. Diese Einschätzung liegt allerdings bei näherem Hinschauen daneben und wird von uns selbstkritisch zurückgenommen. Tatsächlich wurde ein recht schlechter Kompromiß durchgesetzt, der z.B. kein Stück besser

ist als die in Baden-Württemberg von Hasenclever erpreßte Formulierung. Dieser schlechte Kompromiß kam zustande, weil erhebliche Teile der linken Grünen gegen die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 stimmten.

Ein kritischer Artikel der AG Frauen des KB zu diesem Punkt soll im AK 176 erscheinen.

AK-Redaktion

Würzburg: Rechte Grüne treten aus

Sieben von 45 Mitgliedern der Grünen sind aus Anlaß der Saarbrückener Parteitage aus dem Würzburger Kreisverband ausgetreten. Diese an sich recht harmlose Tatsache verstanden die Ausgetretenen aber — in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Presse — zur „Auflösung des Würzburger Kreisverbandes“ hochzuspielen, obwohl noch auf derselben Sitzung ein neuer, provisorischer Vorstand gewählt wurde.

Die eigentlich kleine Fraktion um Kallenbach/Förster u.a. hatte es in kurzer Zeit geschafft, die fortschrittlichen grünen Mitglieder aus dem Würzburger Kreisverband rauszuekeln oder zumindest von den Mitglieder-versammlungen fernzuhalten. Sie gaben daher einige Monate lang dort den Ton an und waren als „die Würzburger“ bayernweit berühmt-berüchtigt. Überall erschienen sie mit Hetzflugblättern gegen die angeblich „marxistische Unterwanderung“ der Grünen, Kallenbach unterzeichnete seine Briefe häufig mit dem Spruch „Ceterum censeo, AUD delendam esse“ (Im übrigen bin ich der Meinung, daß die AUD zerstört werden muß) und ähnliche Mätzchen. Auch

die Austrittsbegründung ist in einem solchen Stil verfaßt: Kallenbach sprach von „Manipulationen der Programmkommission“, die Grünen könne man jetzt nur noch als „marxistische Sammlungsbewegung“ bezeichnen. Es wurde beklagt, daß der Begriff „Berufsverbote“ ins Programm aufgenommen worden sei, obwohl jeder wisse, aus welcher Richtung diese Wortschöpfung komme (nach „SZ“, 3.4.).

Weiter heißt es in der „SZ“: „Die enttäuschten Würzburger Grünen wollen nicht resignieren, sondern in einer anderen Form den ökologischen Gedanken in der Öffentlichkeit vertreten“. Gruhl wird sie sicherlich nicht im Stich lassen.

Bayern: Kaub endlich weg vom Fenster?

Am gleichen Tag, an dem die Meldung vom Austritt der Würzburger erschien, überraschte die Presse den erfreuten Leser mit der — vorläufig vielleicht letzten — Presseerklärung des skandalumwitterten Geschäftsführers Reinhold Kaub (siehe AK 173/174). „Ich bin zu den Grünen ge-

gangen, um politisch tätig zu sein, aber nicht, um mich nur mit Organisation und Verwaltung zu beschäftigen“, erklärte Kaub der „Süddeutschen Zeitung“ am 3.4. Er wolle zwar die Grünen nicht verlassen (ob er das wohl erwogen hat?) aber er stelle sein Amt zur Verfügung.

Hintergrund war ein Beschluß des neugewählten Landesvorstands, nach dem Kaub das eigenmächtige Verfassen von Presseerklärungen in Zukunft untersagt ist. Wie wichtig dieser Beschluß war, bewies Kaub selbst noch einmal mit seiner letzten Erklärung: Statt die ganze Liste von Gründen aufzuzählen, die zu diesem Vorstandsbeschluß geführt hatte, nannte er nur einen Anlaß, wodurch er sich als Opfer einer völlig ungerechtfertigten Maßnahme darstellte. Daß Kaub das undemokratische und unabgesprochene Abgeben von Presseerklärungen mit „politischer Tätigkeit“ verwechselt, ist vielleicht seiner 17jährigen SPD-Vergangenheit zu verdanken, die Grünen kann er dafür aber nicht verantwortlich machen.

KB/Gruppe Nürnberg

Nachtrag zu den Kreistagswahlen in Nordwest-Niedersachsen

Kreistagswahlen in Niedersachsen — vor drei Jahren war dabei durch die WGA Hameln/Bad Pyrmont der Startschuß für die alternative Wahlbewegung gegeben worden. Diesmal ist dieses Ereignis kaum irgendwo bewußt registriert worden (auch im letzten AK wurde eine entsprechende Meldung vergessen). Allerdings waren auch am selben Tag Landtagswahlen in Baden-Württemberg; außerdem wurde nur in drei Kreisen nordwestlich von Oldenburg (Friesland, Ammerland und Wittmund) gewählt. Die Grünen erhielten jeweils zwischen 3,7

und 4,2% und — da es bei diesen Wahlen keine 5%-Klausel gibt — je zwei Kreistagsabgeordnete. Ebenfalls zwei Sitze erhielt im Kreistag Friesland eine uns leider nicht näher bekannte Unabhängige Wählergemeinschaft, die in einem Wahlkreis die Grünen mit 22,5 zu 1,3% klar distanzierte. Der KBW hatte es sich nicht nehmen lassen, wenigstens in einem Wahlkreis (Varel) — wohl seiner „Hochburg“ — anzutreten und 57 Stimmen einzufahren — in etwa 1/25 der dort für die Grünen abgegebenen Stimmen.

Lobby für den Schmetterling

KARLSRUHE, 13. April (dpa). Die Schaffung und Erhaltung von Naturschutzreservaten sowie ein Handels- und Sammelverbot für die vom Aussterben bedrohten Schmetterlingsarten haben Schmetterlingskundler am Wochenende in Karlsruhe gefordert. Auf dem zweiten Europäischen Kongreß für Lepidopterologie (Schmetterlingskunde) sprachen sich die rund 2.000 Experten aus zehn europäischen Ländern und den USA außerdem für die Erarbeitung und Vervollständigung „Roter Listen“ für die bedrohten Schmetterlinge aus.

Kartographierung der Lebensräume (FR, 14.4.80).

Das Jüngste...

Inzwischen wollen auch Mitglieder des Arbeiterbundes bei den Grünen einsteigen. Bisher hatte diese Gruppe sogar Anti-AKW-Proteste als „kleinbürgerlich“ abgetan, während derzeit die Grünen offenbar als Bündnisbereich für Anti-Strauß-Aktivitäten angesehen werden. Es bleibt zu hoffen, daß darüber auch öffentlich etwas zu hören sein wird.

Anti-Strauß-Aktivitäten in NRW

Strauß in Essen

Zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen (Wahlen am 11. Mai) fand sich Strauß wieder in Essen ein. Hatte er vor einem halben Jahr noch eine nachhaltige Abfuhr erlitten, so sah's diesmal anders aus.

Strauß sprach im Rahmen der CDU-Veranstaltung in der Gruga-Halle vor ausgewählten CDU-Fans aus dem ganzen Bundesland. In einem Schreiben der CDU wurden die Besucher dieser Veranstaltung gebeten, sich 2 Stunden vor Beginn in der Halle einzufinden, keine Taschen, Plastiktüten u.ä. mitzubringen, sich die Eintrittskarten nicht aus den Händen reißen zu lassen und viel Geduld mitzubringen, denn „es bestehen Hinweise, daß die gesamte Linke Deutschlands sich auf die Kundgebung am 13.4. konzentriert ... Das kann dazu führen, daß die Demonstranten die Eingänge der Halle blockieren.“ (Leider kam es nicht dazu!)

Der Essener SPD-Vorsitzende Katzor empfahl: „Die Ablehnung dieses Kanzlerkandidaten kann man besser als durch Fernbleiben gar nicht zum Ausdruck bringen“ („WAZ“, 10.4.).

Die anderen Strauß-Gegner waren gespalten: DKP und ihr Umfeld trafen sich in der Initiative „Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß“ und hatten bereits seit fast drei Monaten eine Demo angemeldet — natürlich nicht zum Ort des Geschehens, dafür zur selben Zeit!

Die Falken, die letztlich einen Großteil der Mobilisierung getragen hatten, zogen es vor, ihre Hauptkraft in die Staack-Initiative „Freiheit statt Strauß“ zu stecken und trugen somit ebenso zur Spaltung der Straußgegner

bei.

Zur Demonstration kamen schätzungsweise 1500 Leute, die bei strahlendem Sonnenschein einen Sonntags-spaziergang durch einen leeren Stadtteil machten. Später fanden sich die Meisten vor der Gruga-Halle ein. Dort bot sich ein zugleich friedliches und gewalttätiges Bild: Friedlich die Straußgegner, die nur zu Beginn der Straußrede (die nach draußen übertragen wurde) mit Pfiffen und Rufen reagierten. Gewalttätig der „Schutz“, mit dem sich Strauß umgab. Die Halle war auf ca. 100 m abgeriegelt, eine Reiterstaffel, zahlreiche Wasserwerfer, Kameras, Zivilbulen und eine unübersehbare Zahl von Mannschaften standen den ca. 500-1000 Demonstranten gegenüber.

Sein nächster Besuch in Essen ist von der CDU für den 26. September 1980 in der Gruga-Halle angekündigt.

Ein Genosse aus Essen

„Freiheit statt Strauß“-Veranstaltung

Zwei Tage vor dem Strauß-Auftritt in Essen veranstaltete die Staack-Initiative „Freiheit statt Strauß“ eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von SPD (Maria Jammes, MdL), FDP, Bundesvorstand der SJD „Die Falken“, DKP, „Gemeinsam gegen Rechts — Stoppt Strauß“, VVN und von den Grünen (Landtagskandidatin Christiane Schnappertz) und natürlich Staack.

Nur 200-300 Leute waren gekommen, was sicher ein Resultat der Spaltung der Essener Anti-Strauß-Bewegung ist. Nach einer halbstündigen Selbstdarstellung von Klaus Staack konzentrierte sich die Diskussion auf

Vorwürfe gegen die Grünen, die keine wählbare Alternative seien. Damit machte diese Initiative deutlich, daß es ihr gar nicht so sehr um einen gemeinsamen Kampf gegen Strauß geht, sondern mehr und in erster Linie um die Erhaltung einer SPD-Regierung. Die Grünen nutzten diese Angriffe, um ihr Programm etwas zu erläutern und der SPD ihre Schandtaten in punkto demokratische Rechte (Hochsicherheitstrakt, Berufsverbote) und Abweigerung der Arbeitskämpfe vorzuhalten. Sie bezeichneten in ihrer etwas undifferenzierten Art Strauß als Ehrenmitglied der SPD.

Im weiteren kamen vor allem Bekenntnisse zur Wahl der SPD, so daß man zeitweise den Eindruck bekam, daß das Ziel der Veranstaltung nicht der Kampf gegen Strauß sei, sondern die linken Kritiker zur Wahlurne zu bewegen.

Die Falken gaben dabei eine ziemlich jämmerliche Figur ab: sie gingen reihenweise ans Mikrofon, schimpften mal auf die SPD, mal auf Strauß, mal auf die Grünen, um dann am Schluß aber immer ihr Treuebekenntnis zur SPD zu leisten. Obwohl diese Position an der Falkenbasis durchaus umstritten ist, kam von keiner Seite Widerspruch.

Fragen der konkreten Anti-Strauß-Aktionen in Essen wurden leider nur am Rande angesprochen.

Eine Abfuhr in Aachen

Das Stadtbild der CDU-Hochburg Aachen wurde am 16. April von Straußfeinden bestimmt. 4000 Frauen und Männer beteiligten sich an der seit Jahren größten Demonstration. Laut hallten Parolen und Gesänge durch die Straßen. „Hätte Frau Strauß abgetrieben, wär uns viel erspart geblieben“. „Lieber eine warme Schwester, als eine kalte Kriegerin“ rief es aus dem Frauenblock. „Warme Brüder gegen kalte Krieger“ von den Homosexuellen. Sozialdemokraten, Liberale zogen zusammen mit Kernkraftgegnern und -innen, §218-Gegnerinnen, Lesben und Schwulen, Anarchisten, Sozialisten, Kommunisten ... gegen Strauß.

Nach der Abschlussskundgebung in der Stadtmitte riefen Leute aus dem Linken Anti-Strauß-Bündnis dazu auf, zum Tivoli zu gehen und Strauß zu empfangen (Jusos, Judos und Revis des Bündnisses „Aktiv gegen Rechts“ hatten sich aus dem breiten Aktionsbündnis zurückgezogen).

Dort sprach er zu sich selbst und einigen Pressevertretern. Sonst war von Strauß nicht viel zu verstehen. Ein gewaltiges Pfeifkonzert (Trillerpfeifen, Sprechchöre mit „Schmeiß Strauß aus'm Tivoli raus“, „Strauß raus“, „AUFHÖREN“ erzeugten einen Höllenlärm.

Die 20000 Zuschauer/innen — davon 2/3 Straußfeinde — bekamen höchstens einzelne Worte mit. Neben der Notwendigkeit der Kernenergie redete er scheinbar sehr lange über das „Deutsche Reich“, daß Deutschland größer sei als die BRD.

Die „akustische Terrorszene“ ließ F.J.S. mehrmals ausflippen. „Stoppt Strauß“ schwebte an

ANZEIGE



Strauß

NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
 Skandale und Affären pflastern seinen Weg
 Strauß und die Internationale des Terrors
 Strauß — ein Faschist?
 Die „Sonthofener Rede“
 Anti-DGB-Papier im Wortlaut
 u.v.a.m.

erschienen im J. reent Verlag
 2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
 in der 3. Auflage: 11.000

ISBN 3-88195-007-5
100 S.
 D 91
7,50



In Krefeld demonstrierten ca. 800 Antifaschisten gegen einen Strauß-Auftritt, der von 1000 Polizisten geschützt wurde.

Luftballons über dem Stadion, hing als Transparent vom Tribünendach. Als Strauß ging, flogen ihm ein paar Eier nach. Ernsthaft wurde er nicht getroffen. Trotzdem war es ein eindrucksvoller linker Bündnis gelungen, Strauß den Auftritt in der „CDU-Stadt“ Aachen gründlich zu vermiesen.

Uwe/Aachen

„Fest gegen Strauß“ in Münster

Am 22.3. feierten in Münster ca. 350 Antifaschist(inn)en ein „Fest gegen Strauß“. In einem gemeinsamen Flugblatt hatten GAL, Uni-Frauengruppe, „Komitee Stoppt Strauß“ („ML“-ler und Unorganisierte), Antifa-Gruppe, KB und KPD/ML-„Volksfront“ zu dieser Anti-Strauß-Aktivität aufgerufen. Das Fest ermutigte zu weiteren Schritten in der gemeinsamen Front antifaschistisch und demokratisch gesinnter Kräfte gegen Strauß.

„Rock gegen Strauß“ in Dortmund

Etwa 3-400 Menschen besuchten am Abend des 12.4. in Dortmund eine „Rock gegen Strauß“-Veranstaltung. Der Jugendclub Courage und das Komitee „Stoppt Strauß“ — Aktiv

gegen Rechts“ hatten eingeladen. Neben dem Rockprogramm stellten das Komitee tragende Gruppen (MSB, SDAJ, DFG-VK, aber auch die Frauenaktion Dortmund FAD, die Jungdemokraten u.a.) durch Infotische und Stelltafeln ihre bisherige Anti-Strauß-Arbeit dar. Besonders hervorzuheben ist eine Stellwand der FAD, die als einzige den Zusammenhang Frauen und Strauß-Kanzlerschaft darstellten und in die Diskussion brachten.

KB-Antifakommission/NRW

Achtung, Anti-Strauß-Fans

Strauß treibt sich in NRW rum und zwar am:

23.4., 14 Uhr in Siegen
 23.4., 17 Uhr in Lippstadt
 23.4., 20 Uhr in Münster
 7.5., 14 Uhr in Gummersbach
 7.5., 17 Uhr in Düsseldorf
 7.5., 20 Uhr in Gütersloh

Satire gegen Strauß

In der Hamburger „Fabrik“ fand nach „Freiheit statt Strauß“ am 15.4.80 die zweite Großveranstaltung zum Thema Strauß statt: „Aus Liebe zu Deutschland, Satire gegen Strauß“ (nach dem kürzlich erschienenen gleichnamigen Buch).

Einleitend wurde betont, daß dies eine „rein literarische Veranstaltung“ sei. Denn die vom Literaturzentrum organisierte Kulturveranstaltung wurde kurzfristig nicht mehr von der Kulturbehörde finanziert, nachdem die CDU angefragt hatte, ob der Senat eine Veranstaltung unterstütze, die die Diffamierung des Kanzlerkandidaten beabsichtige. So wurde die Veranstaltung nur von „Privatpersonen“, wie Kultursenator Tarnowski, Hermann Scheunemann (SPD), Wulf Damkowski (SPD) finanziert.

Man wies ironisch darauf hin, daß die Schriftsteller nicht im „Elfenbeinturm“ sitzen, wo „Erscheinungen der Zeitgeschichte“ sie nicht berühren. Es gehe heute lediglich um die „literarische“ Darstellung einer „Erscheinung der Zeitgeschichte“, und dies sei überhaupt keine politische Veranstaltung.

Wozu man eigentlich noch Strauß brauche, wo wir bereits jetzt die SPD-gemachten Anti-Terror-Gesetze haben sowie Hochsicherheitsstrakts, Kontaktsperregezet, Todesschuß usw., wurde gefragt. — Man braucht jemanden, der die Anwendung der Gesetze mißbraucht, war die Antwort.

Henning Venske ließ das Publikum wie bei der Sendung „Pro und Contra“ vor und nach seiner Lesung abstimmen, ob sein Text vom Ministerpräsidenten Bayerns stamme oder nicht. Er überraschte das Publikum damit, daß dies selbstverständlich nicht Strauß' Sprache sei, sondern ein Auszug aus „Hitlers Tischgesprächen“. Aber daß man Strauß diesen Text zutraue, zeige, mit wem wir es zu tun haben.

Die „Schmeißfliege“ Bernt Engel-

mann schilderte, was sich in der BRD zur Zeit der Seeblockade von Kuba 1962 tat. Da war es angesichts der Weltkrise geschmacklos, daß ein SPD-Abgeordneter nach der SS-Vergangenheit hoher Minister fragte, Strauß' Immunität wurde derzeit für zwei Tage wegen der Fibag-Affäre aufgehoben und sein Belastungszeuger der Ost-Spionage verdächtigt.

Der Schriftsteller Timm stellte satirisch die politischen Weltanschauun-

gen auf den Kopf, frei nach „Nationalsozialisten waren auch Sozialisten“. So stellte er fest, daß wir in der BRD den Sozialismus haben, weil alle Alt-Nazis noch in Amt und Würden sind.

Zwischen den Lesungen spielten Michael Naura und Wolfgang Schlüter. — Alles in allem eine duftende Veranstaltung, die hunderte von Menschen nicht besuchen konnten wegen Überfüllung der „Fabrik“.

WER WIRD
DEUTSCHER MEISTER?



In Hamburg jetzt doch gemeinsam gegen Strauß

Zum 9.4. hatten Mitglieder aus 12 Hamburger Anti-Strauß-Initiativen nach vorangegangenen Auseinandersetzungen mit der „Initiative gegen rechts - Stoppt Strauß“ (in der vor allem Jusos, Judos und SDAJ mitarbeiten) zu einem Beratungstreffen derjenigen eingeladen, die an einem regelmäßigen zentralen Hamburger Anti-Strauß-Treff Interesse haben, sich aber nicht zu ausführenden Organen der „Initiative“ machen lassen wollen. Zur allgemeinen Verblüffung erschien am 9.4. auch die „Initiative“, um einen Einigungsvorschlag für die zukünftige Zusammenarbeit zu machen.

Die Vertreter der 12 Initiativen hatten zuvor in einem Offenen Brief den Alleinvertretungsanspruch und die erklärte Nicht-Bereitschaft der „Initiative...“ zu gleichberechtigter Kooperation mit anderen Initiativen kritisiert. Am Schluß des Offenen Briefes hieß es: „die Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Strauß-Gegnerinnen/Gegner auf demokratischer Grundlage kann im Rahmen des von der „Initiative...“ einberufenen Koordinierungstreffens nach dem Treffen vom 4.3. nicht mehr erwartet werden. ... Wir sehen eine unserer vordringlichen Aufgaben vor allem darin, die Initiativenarbeit in den verschiedenen Hamburger Stadtteilen auszubauen und zu stärken. Die Initiativen, Gruppen, Personen, die sich nicht damit begnügen wollen/können, Zuarbeiter/innen und ausführende Organe der „Initiative...“ und der allein von ihr bestimmten Politik zu sein, sollten sich gemeinsam beraten, wie sie ihre Kräfte unabhängig von der „Initiative...“ entwickeln können, ob und wie zukünftig eine Zusammenarbeit mit der „Initiative...“ aussehen kann“.

Am 9.4. waren dann ca. 40-45 Menschen anwesend, die folgende Initiativen/Gruppen vertraten: BIs Langenhorn, Barmbek, Neustadt, Eppendorfer gegen Rechts, Harburg, Altonaer Stammtisch, eine Beobachterin des Kinderhauses Heinrichstraße, einige Eisenbahngewerkschafter, Mitarbeiter/innen des Anti-Strauß-Komitees München, Antifaschistische Aktion Eimsbüttel, Antifaschistische Aktion Bergedorf, SDAJ, GIM, verschiedene Vertreter/innen der Grünen, KB, „Schüler gegen Rechts“ war entschuldigt.

Außerdem war die „Initiative“ mit mehreren Vertretern anwesend. Sie legte einen neuen Arbeitsvorschlag für eine Zusammenarbeit zwischen ihr und den übrigen Anti-Strauß-Kräften

vor und bedauerte in einer Art Selbstkritik, daß ihr bisheriges Vorgehen zur Herausbildung eines zweiten Anti-Strauß-Zentrums in Hamburg geführt habe. Der neue Arbeitsvorschlag der „Initiative“ enthält die Einrichtung eines monatlich tagenden „Koordinierungstreffens der Anti-Strauß-Initiativen in Hamburg“. Das Treffen soll Aktionen koordinieren und vorbereiten, Info-Material herausgeben usw. Das Koordinierungstreffen wählt einen wöchentlich tagenden Arbeitsausschuß, der aber Entscheidungen nur im Auftrag des Koordinierungstreffens fassen kann. An diesem Koordinierungstreffen will die „Initiative“ gleichberechtigt mit den anderen Hamburger Anti-Strauß-Initiativen teilnehmen. Entscheidungen über Aktionen, Veranstaltungen usw. sollen vom Koordinierungstreffen nur bei Konsens aller Anwesenden getroffen werden können. Nach der früheren Politik der „Initiative“ ist dies ein bemerkenswerter Vorschlag.

Der Vorschlag der „Initiative“ wurde von den Anwesenden des Beratungstreffens einer Detailkritik unterzogen, die von der „Initiative“ akzeptiert wurde. Insbesondere wurde vereinbart, daß der mögliche Konsens bei Abstimmung anders als in dem „Initiativen“-Papier nicht durch alle zufällig Anwesenden erfolgen müsse, daß vielmehr jede Initiative/Gruppe eine Stimme haben müsse, um Majorisierungen kleinerer Initiativen zu vermeiden. Es wurde ein vorläufiger Arbeitsausschuß gebildet, in dem Vertreter/innen jeder Initiative mitarbeiten können und der als erste Aufgabe übernahm, den korrigierten „Initiativen“-Vorschlag herumschicken, damit auf Grundlage der Diskussion aller Initiativen/Gruppen beim nächsten Treffen über den zukünftigen Modus der Zusammenarbeit entschieden werden kann. Damit war auch beschlossen, das nächste Treffen zusammen mit der „Initiative“ durchzuführen.

Bei aller Bereitschaft, mit der „Initiative“ auf der Basis des neuen Vor-

schlags zusammenzuarbeiten, ist Skepsis gegenüber ihrem Vorgehen offenbar weiter leider angebracht: In dem inzwischen im Auftrag des Vorbereitungsausschusses herumschickten Diskussionspapier verschweigt die „Initiative“ ihre Selbstkritik und die Kritik an ihrem Vorschlag und tut so, als sei ihr Papier die Grundlage für die zukünftige Arbeit des Koordinierungstreffens. Tatsache ist, daß alle Initiativen aufgefordert sind, den Vorschlag gegebenenfalls kritisch zu ergänzen und zu verändern im Sinn einer möglichen gemeinsamen Arbeitsgrundlage, in der ja nicht nur die Zusammenarbeit der „Initiative“ mit allen übrigen Initiativen geregelt werden soll, sondern die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Initiativen miteinander. Die „Initiative“ versucht darüber hinaus den Eindruck zu erwecken, als sei diese „Grundlage“ bereits vereinheitlicht.

Die einstimmig von der Beratungsrunde vorgenommene Korrektur am „Initiativen“-Papier, daß nämlich alle Initiativen/Gruppen bei Abstimmungen gleichermaßen eine Stimme haben, wurde in dem verschickten Papier weggelassen.

Auch in der Auseinandersetzung um den ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt am 9.4. machte die „Initiative“ keinen guten Eindruck: Der „Altonaer Anti-Strauß-Stammtisch“ hatte vorgeschlagen, eine Resolution gegen die Disziplinierungsversuche des DGB gegenüber Strauß-Gegnerinnen/Gegnern zu verabschieden und damit in geeigneter Form öffentlich zu arbeiten. Die „Initiative“ versuchte, den Vorschlag auf einen Leserbrief an die „FR“ zu reduzieren. Man einigte sich schließlich darauf, einen korrigierten Text und die unterschiedlichen Vorstellungen zu seinem Einsatz den einzelnen Initiativen zur Abstimmung vorzulegen. Wenn das in Zukunft bei jeder möglichen gemeinsamen Aktion so läuft, wird das Koordinierungstreffen allerdings nur in geringem Maße handlungsfähig sein.

Jusos lehnen Aktionseinheit gegen Strauß grundsätzlich ab

Anläßlich der Bundestagswahlen führten Wolfgang Hahn - Vertreter der Juso-Hochschulgruppen im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) - und Uwe Knickrehm - Bundesvorsitzender des MSB Spartakus - ein angeregtes Streitgespräch unter der Fragestellung „Wie stoppen wir Strauß?“ (veröffentlicht in „rote blätter“

4/80). Im Vordergrund der Diskussion stand die gemeinsame Arbeit in Anti-Strauß-Initiativen. Besser gesagt, die nicht-gemeinsame Arbeit. Denn Wolfgang Hahn lehnte im Namen der Jungsozialisten eine Zusammenarbeit mit allen Kräften, die nicht auf die Wahl der SPD ori-

Fortsetzung nächste Seite

Künstler gegen Strauß

Workshop in der HfbK
Hamburg
25.4. — 27.4.1980

Programm - Ablauf des WORKSHOPS an der Hochschule für bildende Künste

Beginn Freitag 25.04.80 ca. ab 15 Uhr in der Aula:
Treffen und Vorstellung der einzelnen Künstler und sonst. Beteiligten anhand der ausgestellten Arbeiten oder kurzen Beiträgen.
Gemeinsame Planung des Wochenendes.
Erste Besprechung und Vorbereitung der Aktionen am Samstag vormittag.

um 19 UHR in der AULA : VERANSTALTUNG mit :

ARIE GORAL : "Warum man u.a. für H. Heine und gegen A. Paul Weber ist".

Bericht und Rechenschaft eines jüdischen Antifaschisten.

HAMBURGER SCHAUSPIELSTUDIO : "..... und niemand ist aufgewacht". Szenen, Lieder und Texte der 'Verbrannten Dichter'.

WOLFGANG SCHULZ : "Bericht und Lebenslauf des ersten Kammerjägers". Eine F.J.S. gewidmete Satire.

dazwischen : MUSIK des DUO - Z, alte und neue Lieder der Sinti ('Zigeuner')

Eintritt : 3,- DM

Sonntag ab 9 Uhr weitere Besprechung und Vorbereitung der Aktion(en) in der Innenstadt, u.a. für:
Aktion mit Manfred Spies (Düsseld.) "Alternative Nutzung der Großflächenwerbung" - Selbstgemachte Plakate im Einsatz politischer Werbung.

Sonntag ca. ab 15 Uhr Diskussion um Vorstellungen zur (Weiter)Arbeit an folgenden Themen (als Vorschlag):
+ Arbeit in Initiativen und das Verhältnis von Amateuren und Profis
+ Wie perfekt muß ein politisches Plakat sein? Wann schlägt eine schlechte formale Gestaltung in ihr Gegenteil um? (u.a. anhand der ausgestellten Arbeiten)
+ Wie begegnet man Strauß heute am wirksamsten? Beispiele anhand der Aufrufe des "Freundeskreis Würgegriff" und K. Jötter, mit Texten u.a.v. Dario Fo und J. Heartfield.
+ Wie können wir der juristischen Verfolgung von Anti-Strauß-Aktivitäten begegnen, welche Schutzmaßnahmen gibt es (Herausgeberkollektiv)?
+ Was können wir die juristischen Verfolgung von Anti-Strauß-Aktivitäten begegnen, welche Schutzmaßnahmen gibt es (Herausgeberkollektiv)?
+ Vorstellungen zur Weiterarbeit des "Freundeskreis Würgegriff" (Nachfolgetreffen in der Phase des Bundestags-Wahlkampfes, weitere gemeinsame Aktivitäten)

Sonntag ab 10 Uhr Fortsetzung der Diskussion nach einem Sekfrühstück an der HfbK (Mensa)
Erste kurze Auswertung des Workshops

WORKSHOP der GRAPHIKER / MALER :

BETEILIGTE : Friedel Deventer (Graphiker, Kassel), Maya (Graphikerin, Kassel), 'Künstler gegen Rechts' (Künstler-Initiative) c/o Ernst Volland (Westberlin), 'Künstler gegen Strauß' / FDGO (Künstler-Initiative) c/o Kurt Jötter und c/o Gert/Sabine Martens (alle Westberlin), 'Werkhaus' (Graphiker-Initiative, Hamburg), Manfred Spies (Graphiker, Düsseldorf), Ari Goral (Maler, Hamburg), Dieter Süverkrüp (Graphiker/Literat, Düsseldorf), Wolfgang Blaschka (Graphiker, München), Carlo Schellermann (Graphiker, Eggenfelden), Hans Branchart (Graphiker, Essen), 'Ratgeb' (Künstlergruppe, Westberlin), Gerhard Steidl / Klaus Staack (Verlag / Graphiker, Heidelberg)

WORKSHOP der THEATER-(GRUPPEN) / KABARETTISTEN :

BETEILIGTE : Hamburger Schauspielstudio (mit dem Stück "..... und niemand ist aufgewacht"), Wolfgang Schulz (Theater, Würzburg, mit der Grotteske: Bericht und Lebenslauf des ersten Kammerjägers (FJS)), Bremer Stadtquerulanten (Antifaschistisches Kabarett: Stoppt Strauß!), Blinkfüer (aktuelle Anti-Strauß-Revue mit Szenen, Liedern und Gedichten, Hamburg), Ratte & Schmeißfliege (aktuelles Anti-Strauß-Kabarett, Hamburg), Roter Wecker / Anachronistischer Zug - Freiheit und Democracy (Theater und Film zur Aufklärung des Brecht-Gedächtnis, München), Ulrich Birkner / Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (satirische Volkskunst, humoristische Revue, Hamburg)

Hereinspaziert

IN ALLE RAUME DER KUNSTHOCHSCHULE

MUSIK von :



ABI WALLENSTEIN & SESSIONGROUP (Blues-Rock, Hamburg) mit: Claudia (Git.), Henry (Mundh.), Matti (Drums), Joren (Bass)
ALCATRAZ (Jazz-Rock, Hamburg)
ACHIM & TROTZROCK (Rock, Hamburg)
KALTWETTERFRONT (New Wave/Punk, Hannover)
MINAS TIRITH (Blues-Rock/Latin-Rock, Schülerband, Hamburg)
AUSSERDEM :
ELBSPEELERS (Folk-Rock, Hamburg)
DUO-Z (Sinti-Lieder ("Zigeuner") Hamburg)
HAMBURGER STRASSENTHEATER

THEATER-KABARETT

BREMER STADTQUERULANTEN
BLINKFÜER (Hamburg)
ROTTER WECKER (München)
RATTE & SCHMEISSFLIEGE (Hamburg)
ULRICH BIRKNER (Humoristisches aus Hamburg)

Einlaß ab 18.30 Uhr,
EINTRITT 6,- DM nur an der Abendkasse
VERANSTALTER :
ASTA HFBK
zusammen mit :

DIVERSE STÄNDE VON INITIATIVEN zum gucken, kaufen, spielen, gewinnen

WAHREND DES GESAMTEN ABENDS : GRAPHIKER-COFFEE UND THEATER-COFFEE sowie AUSSTELLUNG VON ANTI-STRAUß-ARBEITEN

Fest Sa. 26.4. 19.00

LERCHENFELD 2, Hamburg 76, (U - Bahn MUNDSBURG)

V - S - P - D - H - R - K - C - O - A - S - A - H - B - K - L - E - R - C - H - E - N - F - E - L - D - 2 - H - A - M - B - U - R - G - T - E - L : 0 - 4 - 0 - 7 - 2 - 0 - 0 - 8 - 1

Fortsetzung von Seite 12

Jusos lehnen Aktionseinheit gegen Strauß grundsätzlich ab

entieren, ab. Die einzige praktische Möglichkeit, einen Kanzler Strauß zu verhindern, sei – so meint er jedenfalls – der sozialliberalen Koalition mehr Stimmen als der CDU/CSU zu verschaffen. Und deshalb beteiligen sich die Jungsozialisten nur an solchen Komitees, „die auch auf die praktische Verhinderung von Strauß orientieren, das heißt auf die Wahl der SPD. Deshalb keine gemeinsamen Anti-Strauß-Komitees! Dies gilt auch für die VDS.“ Für die VDS hat diese „praktische Orientierung“ der Jungsozialisten schon vor einigen Monaten Folgen gehabt; der Plan eines gemeinsamen „Anti-Strauß-Gesprächs“ aller studentischen Gruppen und Organisationen wurde mit Rücksicht auf die Einwände der Jusos wieder begraben. Es möge aber bitte niemand auf den Gedanken kommen, die Ablehnung einer Zusammenarbeit aller Demokraten wäre Ausdruck einer Berührung Angst gegenüber Kommunisten! Keinesfalls, aber die Jungsozialisten „sind nur dann glaubwürdig innerhalb der Partei, wenn ihre klare Orientierung in dieser Wahl auf die SPD unumstritten ist“.

Eine einheitliche Front gegen Strauß ist für die Jungsozialisten nicht wichtig, allerdings „wichtig ist, daß die Gewerkschaften dabei sind“. Die Gewerkschaften – das meint im offiziellen Juso-Jargon meist ausschließlich die Gewerkschaftsführung, welche nun allerdings beschlossen hat, ein Engagement gegen Strauß für gewerkschaftsschädigend zu erklären. Vielleicht sollten die Jusos sich angesichts dieser Tatsache besser überlegen, den Kampf gegen Strauß ganz einzustellen. Aber das ist wohl etwas übertrieben ...

Wir wollen den Gesprächspartner Hahns nicht vergessen, schließlich hat er sich mächtig für das Prinzip der Aktionseinheit ins Zeug geworfen. Redlich bemühte er sich, sein Gegenüber zu überzeugen, daß „die üblichen Grundsätze außerparlamentarischer Aktivitäten, nämlich Überparteilichkeit, auch hier möglich sein sollten“. Auf so eine Aussage haben wir schon lange gewartet, waren es doch Vertreter des MSB Spartakus, die ihnen nicht genehme Organisationen in einer Hamburger Anti-Strauß-Initiative eine gleichberechtigte Mitarbeit untersagten (vergl. AK 173). Insgesamt ist dem Knickreim die ganze Diskussion „zu parlamentarisch“; die Verhinderung einer Wahl dieses

untersagten (vergl. AK 173). Insgesamt ist dem Knickreim die ganze Diskussion „zu parlamentarisch“; die Verhinderung einer Wahl dieses Erzreaktionärs muß in erster Linie über außerparlamentarische Aktionen laufen. „In diesem Zusammenhang ist jeder Promillewert, jede Stimme mehr für die DKP eine Stimme für die außerparlamentarische Bewegung, ein Signal für die Stärkung der Linkskräfte.“ (Was'n Glück für die außerparlamentarische Bewegung, daß ihre Stärkung nicht allein auf die Kreuzchen für die DKP angewiesen ist.)

„Es ist doch ein Jammer“, beklagt Knickreim, „daß wir uns immer wieder durch diese parlamentarischen Erörterungen im gemeinsamen außerparlamentarischen Handeln die Hände binden lassen.“ Bisher war es zu meist seine Partei, die durch Praktizierung ihrer Unvereinbarkeitsbeschlüsse gemeinsames Handeln mit allen Strömungen der radikalen Linken unterbunden hat; jetzt ist die DKP selbst von der Ausgrenzungspolitik der Jusos betroffen. Aber das „Prinzip Hoffnung“ würde wohl überstrapaziert, wollte man nun eine konsequente Kritik an der Juso-Politik oder gar eine Hinwendung der DKP/des MSB zu anderen Linkskräften in der Anti-Strauß-Bewegung erwarten. Das Gespräch endet trotz allem mit einer Beschreibung Uwe Knickreims „der erreichten Fortschritte in der Zusammenarbeit“ von Juso-Hochschulgruppe und MSB. Selbst für die plumpesten Anbiederungsversuche ist er sich nicht zu schade: „Im übrigen glaube ich, daß unsere grundsätzlichen Differenzen in Wirklichkeit geringer sind, als sie mitunter hochgepusht werden, also zum Beispiel die Frage, wie es im Sozialismus aussehen wird.“ Erwartung dürfen wir wohl von MSB und DKP eine noch stärkere Distanzierung von der radikalen Linken, mit dem Ziel, sich den Jungsozialisten wieder als salonfähiger Bündnispartner zu präsentieren.

SSB/Hamburg

Erneutes Treffen Vetter/Strauß. Spricht Strauß am 1. Mai beim DGB?

„So muß es z.B. in Zukunft eine völlige Selbstverständlichkeit sein, daß auf allen DGB-Veranstaltungen neben Parteipolitikern der SPD aus Gründen der politischen Ausgewogenheit sowohl Parteipolitiker der CDU als auch der CSU auftreten. Der Generalsekretär der CSU wird daher zum 1. Mai von den Spitzenvertretern der DGB-Gewerkschaften verlangen, daß neben Bundeskanzler Schmidt auch Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf einer Großveranstaltung der DGB-Gewerkschaften zu Wort kommt“ (aus: CSU-Stoibers „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ vom Juni 1979).

Das Treffen des DGB-Vorsitzenden Vetter mit Strauß im September letzten Jahres hat erhebliche innergewerkschaftliche Proteste, vor allem in der IG Metall, der HBV und der IG Druck hervorgerufen. Das hat den DGB-Chef allerdings nicht gehindert, sich erneut mit dem bundesrepublikanischen Gewerkschaftsfeind Nummer Eins zu „Konsultationen“ an einen Tisch zu setzen. Am 21.4. treffen die beiden in Bonn zusammen. Das Datum – zehn Tage vor dem 1. Mai – ist eine zusätzliche Provokation und kein Gewerkschafter braucht sich zu wundern, wenn das von Stoiber Geforderte als Ergebnis das Treffens rauskommt, paßt dies doch durchaus ins Bild der Anpassung an den CSU-Kanzlerkandidaten durch die DGB-Führung.

Für jeden Gewerkschafter ist dies Treffen eine ungeheure Provokation: Noch vor kurzem nannte Strauß DGB-Mitglieder „Ratten und Schmeißfliegen“ (die Schriftsteller Engelmann u.a. sind Mitglieder der DJU in der IG Druck und Papier); Strauß führt einen juristischen Zensur-Krieg gegen die IG Metall und ihre Zeitung; und nach wie vor liegen die eingangs zitierten „Rohmaterialien“ auf dem Tisch, die detaillierten Angaben über Spaltung und Zerschlagung der Gewerkschaften sowie der Arbeiterbewegung enthalten. Die Kontakte des DGB mit Strauß müssen abgebrochen werden! Keine Treffen Vetter/Strauß!

CSU immer unverschämter

Dem Treffen mit Vetter ging am 24. März ein Treffen der bayrischen DGB-Führung mit der CSU voraus, das zweite in diesem Jahr. Auf diesem Treffen hatte Stoiber für die CSU gefordert, daß „bekannte Arbeitnehmervertreter und Gewerkschafter an der Spitze einer überparteilichen Einheitsgewerkschaft aus Arbeitnehmern aller politischen Richtungen nicht in Wahlaufufen oder Wählerinitiativen Partei ergreifen sollten“ (SZ, 27.3.). Immerhin lehnte der bayrische DGB höflich ab, da dies eine „unzulässige Beschneidung der Meinungsfreiheit“ sei. Kommen-

sollten“ (SZ, 27.3.). Immerhin lehnte der bayrische DGB höflich ab, da dies eine „unzulässige Beschneidung der Meinungsfreiheit“ sei. Kommen-

Proteste gegen Treffen Vetter/Strauß

„Sehr geehrter Kollege Vetter, nur mit unglaublichen Staunen haben wir die Nachricht aufnehmen können, Du habest angekündigt, Dich im April erneut mit F.J. Strauß treffen zu wollen.“

Selbstverständlich gehört es zu den Aufgaben des DGB-Vorsitzenden, Kontakt zu politischen Stellen zu halten.

Es ist aber offensichtlich, daß Strauß, der in allen entscheidenden Fragen auf Seiten der Gewerkschaftsfeinde steht, dieses Gespräch mit Dir im Wahljahr nur sucht, um die Mitglieder des DGB zu verunsichern und sein Image aufzubessern.

Obendrein hat dieser Mann gerade jetzt Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaftsbewegung als „Ratten und Schmeißfliegen“ beschimpft. Willst Du ernstlich zu ihm gehen, obwohl er nicht einmal bereit ist, diese ungeheuerliche Hetze zurückzunehmen??

Von der Bezirksversammlung Frankfurt der IG Druck und Papier verabschiedetes Schreiben an den DGB-Bundesvorstand.

Protest gegen DGB-Nordmark-Beschluß

„Die Antwort auf das, was Strauß repräsentiert und menschenverachtend vertritt, sollte doch sein, daß alle Gewerkschaftsmitglieder aktiv Initiativen gegen „Rechts“, gegen Strauß unterstützen, unabhängig davon, ob dort vielleicht dieser oder jene sogenannte „extreme Linke“ mitmacht.“

Wenn der Bezirksvorstand vor diesen Linken in den Initiativen warnt, dann muß er sich auch die Frage gefallen lassen, wer denn – seiner Meinung nach – links ist? Alles links von

tiert der „Bayernkurier“: „Die Kluft zwischen CSU und DGB wird sich denn auch nicht so einfach schließen lassen“ (S.4.).

Allerdings haben die bayerischen CSU-Führer Blut geleckt. Sie haben gemerkt, daß es ihnen gelungen ist, den DGB-Bossen immer mehr Zugeständnisse abzurufen. Den Beschluß des DGB-Nordmark (Gewerkschafter, die öffentlich als Strauß-Gegner auftreten, handelten gewerkschaftsschädigend“, siehe AK 174) sieht Stoiber „als ermutigende Tendenzende innerhalb des DGB, die das Klima für weitere Gespräche spürbar verbessere“ (FR, 28.3.). Doch das ist ihm natürlich zu wenig, jetzt sollen „auch die übrigen DGB-Landesverbände diesem Schritt folgen“ (Bayernkurier, S.4.).

Bayern CSU-Innenminister Tandler verlangte in einem Schreiben an den Vorsitzenden der IG Druck, Leonhard Mahlein, daß „sich die Gewerkschaften von der DKP abgrenzen, es sei unverständlich, daß diese gefährlichen Verfassungsfeinde“ im DGB geduldet werden (FR, 2.4.). Tandler antwortete auf einen offenen Brief Mahleins, in dem dieser degegen protestierte, daß die Initiative „Gemeinsam gegen rechts – stoppt Strauß jetzt“ sowie der Schriftsteller Bernd Engelmann im jüngsten bayerischen Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik „Kampagne gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten“ aufgeführt wurden. Tandler: dies müsse eindeutig als „Volksfrontaktion“ bewertet werden. Die IG Druck und Papier will dies nicht hinnehmen und hat juristische Schritte gegen das bayerische Innenministerium angekündigt.

CDU – „natürlicher Verbündeter“ der Gewerkschaften?

Neben den Treffen mit der CSU werden auch die Kontakte DGB/CDU intensiviert. Am 25.3. trafen sich DGB-Vorstandsmitglieder mit führenden CDU-Vertretern (u.a. Kurt Biedenkopf, CDU-Generalsekretär Geisler und Norbert Blüm). Auch diesen Teil einer „Gesprächskette kritisch-sachlichen Dialogs“ (Geisler) schlichtete die CDU öffentlich aus. Biedenkopf erklärte, daß „sich das Verhältnis der Gewerkschaften zur Union nachhaltig verbessert hat“. Die Gewerkschaften müßten erkennen, daß die SPD ein „total verbürokratisiertes Land“ anstrebe, in dem die Gewerkschaften als „Koalition freier Arbeitnehmer vor die Hunde gehen“ (FR, 28.3.). Daher verdränge die CDU die SPD als „historischen Verbündeten“ der Gewerkschaften und werde ihr „natürlicher Verbündeter“.

verdränge die CDU die SPD als „historischen Verbündeten“ der Gewerkschaften und werde ihr „natürlicher Verbündeter“.

Gewerkschafter gegen Strauß

ihm selbst? und eins ist sicher – und auch das haben wir von unseren älteren Kolleginnen und Kollegen gelernt – eine Spaltung unter uns „Linken“, mikroskopische Differenzierungen und Grabenkriege untereinander tragen nur zum Erfolg der Rechten, eines Kanzlerkandidaten Strauß bei.

Sylvia Behr, IGM-Bildungsreferentin; Ulla Ralfs, IGM-Bildungsreferentin; Margit Springhorn, Mitglied der IGM-Ortsverwaltung und Vorsitzende des Ortsfrauenausschusses

Detlev Henschke, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier

Auf die Frage, wie es heute zur bis vor kurzem noch kaum vorstellbaren Kanzlerkandidatur Strauß kommen konnte:

„Was hat eine solche Entwicklung möglich gemacht? Sollte F.J. Strauß politisch hoffähig geworden sein? Hat er sich selbst gewandelt? Verkörpert er inzwischen eine politische Alternative, die man als denkbare parlamentarische Wachablösung einzukalkulieren und auf die man sich einzurichten hat?“

Nicht Franz Josef Strauß hat sich gewandelt, die ökonomischen und politischen Verhältnisse haben sich geändert. F.J. Strauß verkörpert einen politischen Kurs, der nach dem Mehrheitswillen der Unionsparteien und ihrer politischen Freunde im Unternehmerlager eine in ihrem Interesse erfolgreiche Krisenbewältigung verspricht, als das gegenwärtige Krisenmanagement der sozialliberalen Koalition. Es ist ein Kurs der sozialen Demontage, der offenen Disziplinierung, ja Spaltung der Gewerkschaften, der verschärften Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten, des Stopps, ja par-

CDA suchen Kader für Arbeit im DGB

Vor kurzem haben die Sozialausschüsse der CDU, die „Christlich demokratische Arbeitnehmer-schaft“ (CDA), eine Wochenendtagung zum Thema „Gewerkschaft als Beruf“ abgehalten. Hintergrund ist die Suche nach CDU-Mitgliedern, die bereit sind, hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten. In der Einladung heißt es, dazu „brauchen wir viele ideal eingestellte junge Kollegen, die diese Absicht zum eigenen Anliegen machen, die bereit sind, auch über ihre eigene Zukunft als Hauptamtliche in den Gewerkschaften nachzudenken“ (FR, 25.3.). Die CDU will auf jeden Fall zunehmend Ämter in den DGB-Gewerkschaften übernehmen und pocht dabei auf den Parteienpluralismus. Schwer dürfte der CDU die Verwirklichung dieses Vorhabens nicht fallen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Stoiber-Papiers setzte bei sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ein echtes Liebeswerben um CDU-Gewerkschaftsfunktionäre ein. Statt Strauß, die CDU/CSU und ihre Absichten, die Gewerkschaften weiter nach rechts zu drängen, in die Schranken zu weisen, reagieren die staatsparteitreuen DGB-Führer mit weiterer Vergewaltigung des Begriffs Einheitsgewerkschaft als Ausdruck der in ihr vereinigten bürgerlichen Parteiströmungen: Erst vor kurzem wiederholte der SPD-Gewerkschaftsführer Günter Döding (in eingeweihten Kreisen als Vetter-Nachfolger im Gespräch) voll Stolz, daß es in seiner Gewerkschaft (Nahrung, Genuß, Gaststätten) keine Kommunisten in den Vorständen gebe und mit Bedauern, aber auch keine Christdemokraten: „Wir haben der CDA zum Beispiel seit drei Jahren angeboten, doch drei freigehaltene Planstellen zu besetzen. Es gibt keine Angebote, keine Bewerbungen von CDA-Mitgliedern“ (Gespräch mit der FR, 22.3.), obwohl, so Döding weiter, diese gar nicht aus der NGG kommen müßten – Hauptsache Parteienproporz, die Mitgliederinteressen spielen bei solchen Überlegungen keine Rolle.

CDU setzt sich auch im DGB-Grundsatzprogramm durch

Auf ihrer Bundestagung behandelte die CDA auch den vorliegenden Entwurf für ein DGB-Grundsatz-

Auf ihrer Bundestagung behandelte die CDA auch den vorliegenden Entwurf für ein DGB-Grundsatz-

tiellen Beseitigung sozialer Reformen...

Die Gewerkschaften sind eine Antwort schuldig. Ziel und Grundlage gewerkschaftlichen Handelns sind die Interessen der Mitglieder und der übrigen Arbeiter und Angestellten. Der politische Kurs von F.J. Strauß und des von ihm repräsentierten Flügels der Unionsparteien ist den Interessen der abhördig Beschäftigten in wesentlichen Fragen entgegengesetzt. Konkrete Aussagen über die Grundlagen und Ziele seiner Politik lassen sich mit Forderungen und Beschlüssen der Gewerkschaften schwerlich auf einen Nenner bringen. Hinzu kommen Angriffe auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit.

Aus diesem Grunde wäre eine Kanzlerschaft von F.J. Strauß aus gewerkschaftlicher Sicht mehr als eine normale parlamentarische Wachablösung. Die Gewerkschaften sind daher zum Widerstand aufgerufen. Auch die Einheitsgewerkschaft.

Einheitsgewerkschaft bedeutet nicht Neutralität, sondern parteipolitische Unabhängigkeit. Keineswegs kann dies darauf hinauslaufen, Gefahren für die Arbeitnehmer, Widersprüche zu gewerkschaftlichen Forderungen zu verschweigen. Da kann es auch keine Rücksichten auf christdemokratische Mitglieder geben. Die Gewerkschaften können ja ihren zentralen Forderungen nicht abschwören. Den antigewerkschaftlichen Kurs von F.J. Strauß tolerieren, grenzte im Lichte des DGB-Grundsatzprogramms und der gewerkschaftlichen Forderungen und Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik etc. an politische Selbstaufgabe.“

(Auszüge aus einem längeren interessanten Beitrag von Henschke in

programm. Im Großen und Ganzen war man mit dem Entwurf sehr zufrieden. Dieter Zemlin, stellvertretender CDA-Vorsitzender und gleichzeitig im Vorstand der Postgewerkschaft und Chefredakteur von deren Zeitung „Deutsche Post“ sah darin das Anerkennen, daß es „ohne unsere Mitarbeit keine Einheitsgewerkschaft gäbe ... Die Einheitsgewerkschaft ist viel zu wichtig für die Arbeitnehmer, als daß wir Christdemokraten sie allein den Sozialdemokraten überlassen können und wollen“ (FR, 31.3.).

Tatsächlich enthält die Präambel des Programm-Entwurfs eine wesentliche Änderung, die eindeutig ein Erfolg der CDU ist. So heißt es:

„Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar“. Dieser Passus ist insgesamt neuformuliert und stellt eine Anpassung an die Kampagne zur „kommunistischen Unterwanderung des DGB“ dar. Zum einen verfälscht er die Geschichte, wenn dort die reaktionären christlich-sozialen Gewerkschaften zu einer Hauptströmung der Gewerkschaftsbewegung erklärt werden. CDU-Zemlin ist denn auch zufrieden: „Damit würden „endlich“ die beiden Hauptrichtungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmererschaft beim Namen genannt“ (FR, 31.3.).

Zum anderen hat die Passage mit der „weltanschaulichen Ideologien“ neu und hat keinen anderen Sinn, als eine Abgrenzung gegenüber den Kommunisten aufzubauen und auch hier Geschichtsfälschung zu betreiben. DGB-Chef Vetter antwortet in der neuen Funktionärszeitung „Quelle“ (4/80) auf eine entsprechende Kritik der DKP-nahen Zeitschrift „Nachrichten“, daß diese „gleichzeitig die Definition der Einheitsgewerkschaft mit einer eigenständigen kommunistischen Tradition anreichern will (die es in der demokratischen Gewerkschaftsbewegung nie gegeben hat)“ – übrigens, eine ähnliche Kritik wie die „Nachrichten“ wird in der April-Ausgabe der „Holzarbeiterzeitung“ (Gewerkschaft Holz) geübt!

Unverkennbar hat der starke Druck von CSU/CDU auf die Gewerkschaften immer stärkere Auswirkungen und hinterläßt Spuren im DGB. Die fortschrittlichen Gewerkschafter müssen hier sehr wachsam sein.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Blätter für deutsche und internationale Politik“, 2/80).

Christian Götz, Chefredakteur des „ausblick“, Zeitung der HBV

„Das gesamte politische Weltbild von Franz Josef Strauß steht in diametralen Gegensatz zu politischen Grundpositionen der organisierten Arbeitnehmererschaft.“

Es gibt keine wesentliche gewerkschaftliche Forderung, die der CSU-Vorsitzende nicht bekämpft hat bzw. bekämpft. Dabei gehören Unterstellungen und Diffamierungen zum täglichen Handwerk. Mit den „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ hat die von ihm geführte Partei das bislang konsequenteste Konzept zur Zerstörung der Einheitsgewerkschaft vorgelegt.

Für den Fall, daß die Spaltung nicht gelingt, enthalten die „Rohmaterialien“ detaillierte Überlegungen, wie (dann zumindest) die Mitgliedschaft in den DGB-Gewerkschaften andauernd und umfassend verunsichert werden kann.

Diese schwerwiegenden Vorwürfe lassen sich Punkt für Punkt beweisen. Darüber hinaus hat die Strauß-Kandidatur das gesamte politische Spektrum der Bundesrepublik noch weiter nach rechts verschoben (dafür sind auch die heutige politische Struktur und Programmatik der Unionsparteien insgesamt symptomatisch!)

Der mit einem heftigen Druck gegen die eigenen „Freunde“ gestartete rücksichtslose Marsch des CSU-Vorsitzenden zur Macht bedroht die Interessen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften im Kern. Auch deshalb muß dieser Marsch möglichst bereits im Vorfeld gestoppt werden.“

(Auszug aus: „Strauß ohne Kreide“, rororo-aktuell).

Auf zur Platzbesetzung nach Gorleben!

Auf der Grundlage der im Landkreis LÜchow-Dannenberg gefällten Entscheidungen beschlossen am 12. April die ca. 100 Teilnehmer der „Trebel-Konferenz“ nahezu einstimmig den Marschplan zur Verhinderung der Tiefbohrstelle 1004:

- 1. Spätestens am 3./4. Mai wird die Tiefbohrstelle 1004 mit allen zur Verfügung stehenden Kräften auf unbestimmte Dauer besetzt.
- 2. Falls die Betreiber vorzeitig mit der Asphaltierung der Zufahrtswege beginnen, wird durch unmittelbare regionale Mobilisierung (sowie Auslösung einer bundesweiten Alarmskette) die Besetzung vorgezogen, um der Errichtung einer Festung auf 1004 zuvorkommen.
- 3. Um während der Großaktion alle Entscheidungen demokratisch fällen zu können, entsenden die teilnehmenden Bezugs- und Kleingruppen ihre Vertreter in einen Sprecherrat.
- 4. Im Falle einer gewalttätigen Räumung wird die Mobilisierung zu einer Großdemonstration, verbunden mit einem erneuten Besetzungsversuch, erwogen.

Der Vorschlag für diese Großaktion kam aus dem Landkreis LÜchow-Dannenberg und ist dort inzwischen bei allen relevanten Widerstandsgruppen verankert.

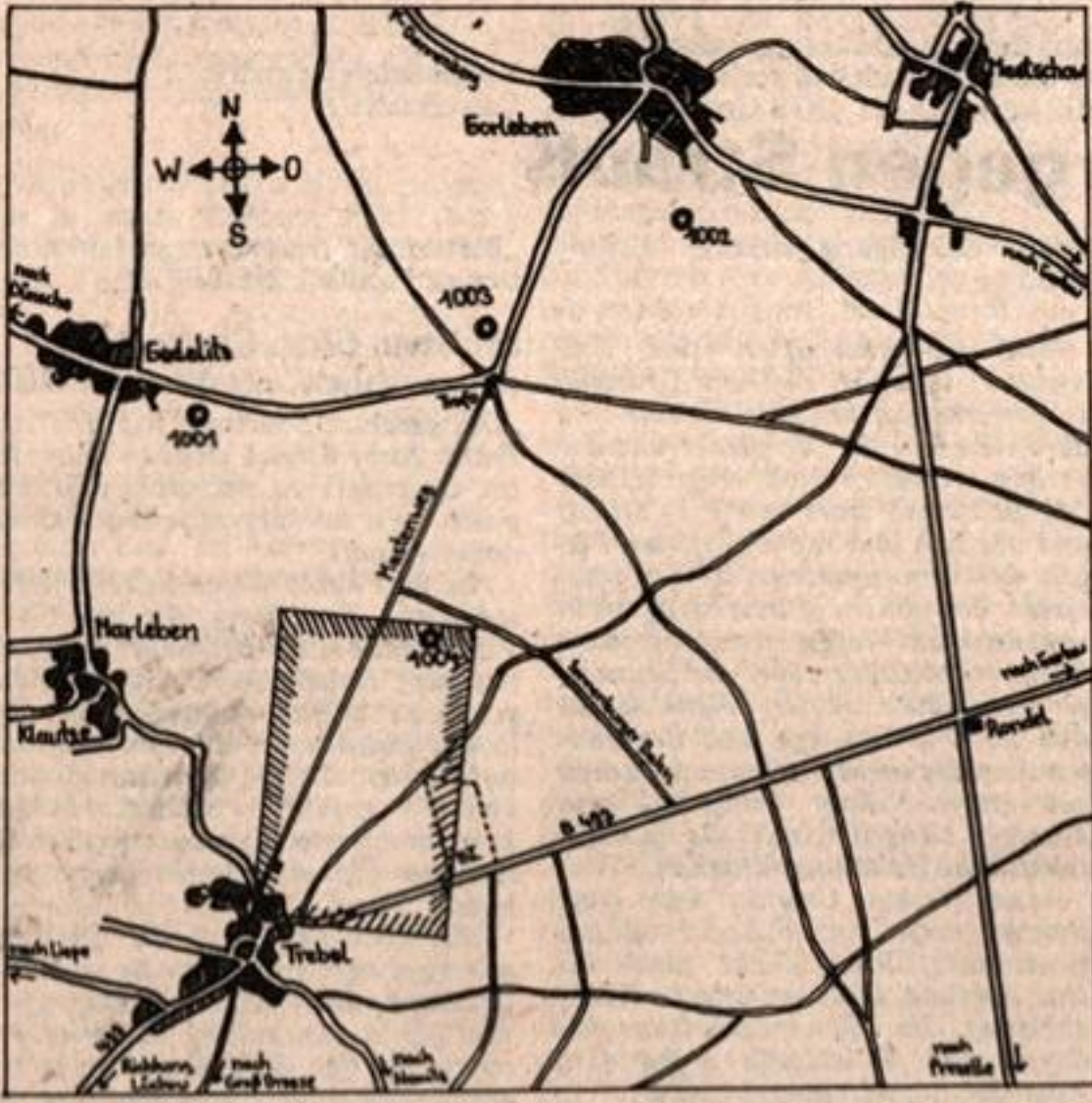
Nach einer Reihe von Rückschlägen (Errichtung von 2 Tiefbohrstellen, Zustimmung der Kommunalpolitiker zum Zwischenlager) und einer unerträglichen Steigerung der Notstandsmaßnahmen (Kriminalisierung, Polizei- und BGS-Verstärkung, Hetzkampagnen) soll mit dieser Aktion die Initiative zurückgewonnen und die politische Kraft zurückgeholt werden, die schon einmal Politiker dazu gezwungen hat, zu sagen: „Eine WAA ist gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchsetzbar.“ Da neben der Unterstützung aus der Anti-AKW-Bewegung die traditionellen Bündnispartner mit der BI LÜchow-Dannenberg (BBU, Jusos, Judos, Grünen usw.) in dieser Situation ebenfalls die Aktion unterstützen und keinesfalls dagegen arbeiten werden, besteht die Möglichkeit, mit allen Teilen der Anti-AKW-Bewegung eine offensive Großaktion durchzuführen und damit an die Tradition von Wyhl, Brokdorf und Grohnde anzuknüpfen. Wie während des erfolgreichen Hannover-Trecks lautet auch hier der wendländische Schlachtruf: Wat mutt, dat mutt!

Sprecherrat

„Es ist bei einer Platzbesetzung notwendig, daß Informationen möglichst schnell weitergegeben bzw. Entscheidungen in kurzer Zeit gefällt werden können.“

Sprecherrat

„Es ist bei einer Platzbesetzung notwendig, daß Informationen möglichst schnell weitergegeben, bzw. Entscheidungen in kurzer Zeit gefällt werden können. Dazu muß eine Art Sprecherrat gebildet werden, der sich täglich und wenn die Situation es erfordert auch häufiger trifft, um als Informationsträger zwischen den verschiedenen Gruppen zu fungieren. Dieser Sprecherrat sollte nicht verstanden werden als ein festes Gremium, das per Abstimmung sogenannte Mehrheitsentscheidungen fällt, die dann für alle Gruppen verbindlich sind. Vielmehr ist es notwendig, daß wir in einem solchen Sprecherrat zu Entscheidungen kommen, die von allen getragen werden. Alle Beteiligten müssen den ausdrücklichen Willen zur Einigung haben. Sollte es dennoch unlösbare Widersprüche geben, muß jede Gruppe für sich entscheiden, ob sie die Besetzung unter den gegebenen Bedingungen noch mittragen kann, oder ob sie ihre Beteiligung zurückzieht. Dies gilt natürlich auch für die LÜchow-Dannenger. Der sogenannte Sprecherrat muß nicht immer aus denselben Leuten bestehen. Jede Gruppe sollte möglichst unbürokratisch Leute bestimmen, die ihr Vertrauen besitzen und die natürlich auch wechseln können. Die Entscheidung, ob in bestimmten Situationen Plenen stattfinden sollten, hängt von der konkreten Situation und der Zahl der Anwesenden ab.“ (in Trebel verabschiedet)



Achtung! Im Wald herrscht erhöhte Brandgefahr, also Vorsicht mit Zigaretten und offenem Feuer. Achtet bitte auch auf die schon auf geforsteten Waldflächen, ebenso auf Wild- und Jagleinrichtungen (Wildtränke, Hochsitze, Liechbrunnen etc.).



Karte
1004 und weitere Umgebung
Maßstab: 1:25.000
● Tiefbohrstellen (unbudd und geplant)
□ BI-Pachtgelände mit Spielplatz
■ Bundes-, Kreis- und Nebenstraßen
■ Wald- und Feldwege
■ Vergrößerung des Ausschnitts

In Gorleben läßt die DWK ihre Puppen tanzen. In rascher Folge machte sich der Kreistag, der Samtgemeinderat Gartow und der Gemeinderat Gorleben für die Errichtung des Zwischenlagers stark. In Gorleben dauerte die Diskussion hierüber 20 Minuten, während anschließend 45 Minuten über einen neuen Sportplatz geredet wurde.

Die DWK gab inzwischen bekannt, daß bereits 1981 mit dem Bau begonnen werden soll und eine Bürgerbeteiligung während des Genehmigungsverfahrens abgelehnt wird.

Für das Zwischenlager und die ebenfalls geplante Landessammelstelle für schwach- und mittelaktiven Müll benötigt sie ein 12 Hektar großes Gelände. Mit Blick auf eine große WAA hat sie inzwischen allerdings einen „Erweiterungsantrag auf insgesamt 80 Hektar für weitere Atommüllleinrichtungen“ beim Landkreis LÜchow-Dannenberg gestellt („EJZ“, 11.4.80).

Mit der gleichen fieberhaften Eile wird durch die „Physikalisch-Technische Bundesanstalt“ (PTB) rund um die Uhr das Tiefbohrprogramm vorangetrieben.

Am 10. September 1979 rückten morgens um 4 Uhr Holzfäller im Schutze der Besatzungsgruppen an, um für die erste Bohrstelle 1003 4 Hektar Wald zu fällen. 250 Leute konnten, z.T. auf den Bäumen sitzend, für mehrere Stunden die Arbeiten behindern.

Im Januar 1980 ein ähnlicher Verlauf an Bohrstelle 1002: Nur diesmal waren die Zufahrtswege zur Bohrstelle mit Autos blockiert. Auch hier brauchten die Besatzungsgruppen einige Stunden, um an ihr Ziel zu kommen. An beiden Bohrstellen wurden riesige Festungen mit Schieß-

scharten, installierten Wasserwerfern, Beobachtungstürmen etc. errichtet. Mit der Besetzung von 1004 soll die Errichtung einer dritten Atomfestung rechtzeitig verhindert werden.

Zur Tiefbohrstelle 1004

Die Tiefbohrstelle 1004 liegt genau zwischen Gorleben und Gleditz. Sie befindet sich in DWK-Besitz und ist nur über einen unbefestigten Sandweg („Mastenweg“) zu erreichen. Gegen die Asphaltierung des Mastenweges, ohne die weder die Tiefbohrung noch die Atomfestung errichtet werden kann, hat sich bisher erfolgreich der Gemeinderat von Trebel zur Wehr gesetzt. Die in den letzten Wochen seitens der PTB forcierten Geheimverhandlungen mit dem Gemeinderat Trebel blieben erfolglos, da sich die PTB weigerte, auf die Bedingungen der Trebeler - Veröffentlichung der Bohrergebnisse, Hinzuziehung kritischer Wissenschaftler - einzugehen. Seitdem wird seitens der PTB das Oberbergamt bemüht mit dem Ziel, bezüglich des Mastenweges die Gemeinde Trebel zu enteignen.

Formaljuristisch gesehen dürfte mit den Asphaltierungsarbeiten vor dem 3./4. Mai auf keinen Fall begonnen werden, da zwischen dem (bisher noch nicht erfolgten) Enteignungsbeschuß des Oberbergamtes und dem Beginn der Arbeiten eine 14-Tage-Frist liegen muß.

Dennoch steht fest, daß im Fall einer vorzeitigen Asphaltierung dies sofort die Besetzung von 1004 durch die einheimische Bevölkerung zur Folge hätte, wobei „ein Zaun eigentlich kein Hindernis sein sollte“, wie in Trebel eine BI-Vertreterin ver-

sprach.

Derzeit ist von einem Zaun noch nichts zu sehen. Stattdessen wurde seit Ostern von einer „Platzgruppe 1004“ sowie einzelnen Besetzern der Platz gemächlich gemacht. Neben einem Kulturdenkmal mit Fahnenmast stehen bereits kleinere Hütten; Trampelpfade und Bepflanzungen wurden angelegt, sogar ein Volleyballfeld und Toiletten existieren schon. Die „Platzgruppe 1004“ (Kontakt: Hannelore - Tel.: 05848/562) lädt bis zum 3./4. Mai regelmäßig zu „Gestaltungswochenenden“ ein. Arbeitsmaterialien (Säge, Spaten, Beil, Bretter etc.), Zelte und Verpflegung sind mitzubringen.

Die Stimmung im Landkreis

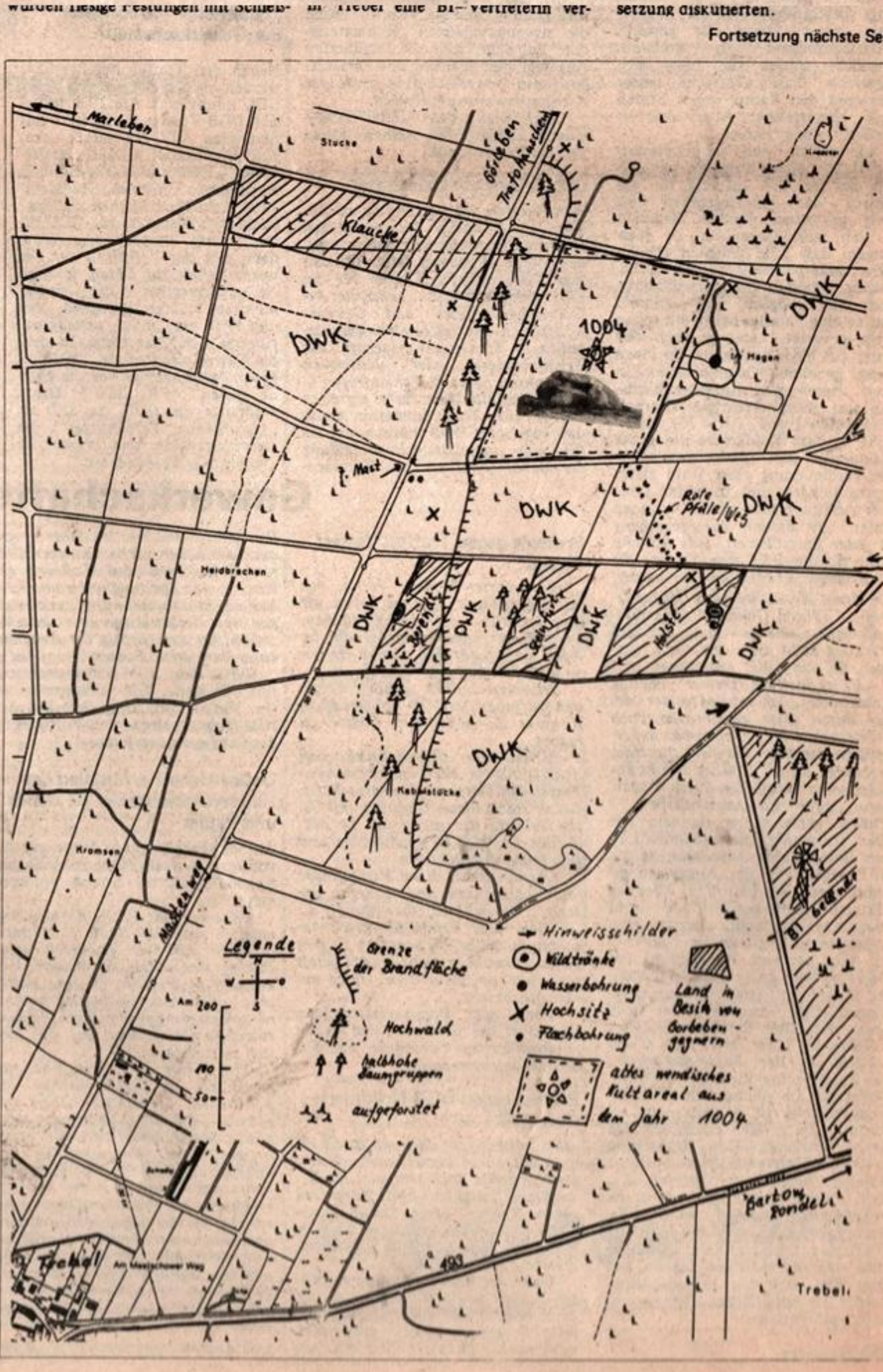
Die überfallartigen Beschlüsse zum Zwischenlager waren mit einem Amoklauf der bürgerlichen Politiker gegen alle AKW-Gegner im Landkreis, einschließlich der grünen „Psychoterroristen“ und der gemäßigten BI-Vertreter begleitet (s. AK 173/174). Der BI wurde inzwischen offiziell die „Gemeinnützigkeit“ aberkannt; den Grünen wird die Nutzung öffentlicher Räume zur Durchführung von Filmveranstaltungen verweigert usw.

All diese Maßnahmen führten dazu, den Widerstand im Landkreis zu radikalisieren und die Angst vor den „militanten Chaoten“ einzudämmen.

So war auch die Stimmung über alle Maßen gut, als am 16.3. bei über 200 Teilnehmern die Vertreter aller Widerstandsgruppen im Landkreis (etwa 50% gehörten zur „älteren Generation“) über die Bohrlochbesetzung diskutierten.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 14

So konzentrierten mehrere Landwirte bezüglich der „gefährlichen militärischen Auswärtigen“ mit dem Hinweis, daß nicht die Auswärtigen, sondern die zu erwartenden Atomkraftwerke das Problem seien. „Probleme gebe es in erster Linie mit den Auswärtigen, die tagtäglich in ihren grünen Uniformen im Wald herum-schleichen und die Bevölkerung einschüchtern wollen“ („taz“, 21.3.). Nach mehrstündiger Diskussion bekundeten ca. 90% der Anwesenden in einem Meinungsbild ihre Bereitschaft, an einer Besetzung aktiv teilzunehmen zu wollen.

Kein Wunder also, daß der erstmals während der Osteraktion der Gorleben-Frauen vorgetragene Besetzungsauftrag des „Untergrundamtes der Freien Republik Wendland“ (an das sich die DWK im Falle von Schadensersatzforderungen o.ä. zu halten hat) nicht nur von der BI, sondern ebenfalls von den „Gorleben-Frauen“ der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ und teilweise auch von den „Grünen“ mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wird.

Mit ihren großen Aktionen während der Ostertage (siehe Frauenseiten in diesem AK) haben die „Gorleben-Frauen“ ohnehin bewiesen, daß sie zum entschlossenen und tatkräftigsten Kern des Widerstandes gehören: so wurde von ihnen und 2000 weiteren Frauen in der Nacht zum Ostersonntag die Bohrinsel 1003 symbolisch gestürmt, der das Gelände umgebende Jägerzaun teilweise demoliert, die häßliche Festung mit Frauenzeichen und Farbputz verschönert und die über die Mauern hervorluchenden Besatzertrupps mit allen verfügbaren Materialien bombardiert. Dies flößte den Herren in der Festung Angst ein: sie fluteten

die rings um die Festung verlaufenden Gräben mit Wasser und richteten ihre fest installierten Wasserkanonen auf die Frauen. Bemerkenswert ist ebenfalls eine Initiative der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“, nahezu zeitgleich zur geplanten Besetzung (am 30.4./1.5.) eine internationale Bauernkundgebung zu veranstalten, zu der Landwirte aus Larzac, die Bundes-Landwirte aus Süddeutschland und weitere erwartet werden. Lediglich die „Grünen“ scheinen überwiegend die Besetzung ablehnen bzw. abwiegeln zu wollen. In einem Rundbrief der „Grünen Niedersachsen“ begründet J. Marquardt, 1. Vorsitzender der Grünen in Lüchow-Dannenberg, die ablehnende Haltung der Ortsgruppe Lüchow damit, daß eine Besetzung „das äußerste Mittel“ sei, „das man sich für entscheidende Vorhaben aufsparen sollte; außerdem sei es mittlerweile der dritte Bohrplatz, also eine Angelegenheit, die die Bevölkerung nicht mehr sonderlich interessiert.“ (...) Insgesamt war man der Meinung, daß „das Heranholen von Auswärtigen in der Bilanz für uns sich hier negativ auswirken werde.“ Diese Entscheidung sollte dann abgeändert werden, wenn die Besetzung streng unter Kontrolle gehalten und von vornherein auf drei oder vier Tage beschränkt wird. Da die BI das nicht akzeptierte, steht die Unterstützung der Grünen aus.

Bundesweite Resonanz

Bereits kurz nachdem die BI Lüchow-Dannenberg den Vorschlag einer Platzbesetzung zur Diskussion gestellt hatte, gingen bei ihr über 50 befürwortende Stellungnahmen aus dem ganzen Bundesgebiet ein, über 750 auswärtige AKW-Gegner erklärten ihre Bereitschaft, die Besetzung

auch praktisch zu unterstützen. Auf der letzten „Trebel-Konferenz“ zeigte sich, daß ebenfalls die in der BI beschlossenen „Grundsätze einer Platzbesetzung der Tiefbohrstelle 1004“ (siehe Kasten) bundesweit auf Unterstützung gestoßen sind und bereits in vielen Orten zur Grundlage der Mobilisierung gemacht wurden. Dies gilt für die BUU Hamburg (Delegiertenplenum), die „Gewaltfreie Aktion“ Hamburg, die Bunte Liste Bielefeld, WAA-Gruppe Lüneburg, Göttinger AK gegen Atomenergie, AKU Münster, BBA Bremen, die „Trainerkollektive für Gewaltfreie Aktion“ und andere.

Vollkommen „ausgeklint“ haben sich dagegen seit der vorletzten „Trebel-Konferenz“ die Hamburger „Autonomen“. Hier äußerte am 22.3. F. Störing die völlig unsinnige Befürchtung, die Gorleben-Aktion sei nichts weiter „als Auftakt einer Wahlkampagne der Grünen“. Aufgrund der „staatsfreundlichen Haltung der BI“ (dies wurde festgemacht an den „kleinen Forderungen“ der BI: „Festlegung eines Kriterienkataloges für die Bohrerergebnisse; öffentliche Bewertung aller Bohrerergebnisse“) gehe die Besetzung in eine grundsätzlich falsche Richtung. Es käme deshalb auf eine klare politische Abgrenzung an: „Wir haben erkannt, daß wir euch nicht überzeugen können, wir werden auch uns nichts vorschreiben lassen.“

Schroff wandten sich die „Autonomen“ auch gegen das Sprecherat- und Delegiertenprinzip: die Verpflichtung, eigene Interessen delegieren zu müssen, sei für sie ein Akt „brutaler Gewalt“.

Im Gegensatz dazu sind wir der Meinung, daß ein ernsthafter Versuch einer Besetzung von örtlichen Kräften mitgetragen werden muß. Aufgeben der linken AKW-Gegner sind

neben der aktiven Beteiligung vor Ort die bundesweite Mobilisierung, wenn es zu dem Besetzungsversuch kommt und die aktive Einbeziehung des Bündnisses, das auch in Bonn demonstriert hat. Es ist ja keineswegs selbstverständlich, daß ein solches Bündnis (Jusos, Falken, Grüne, BBU) eine solche Besetzungsaktion solidarisch unterstützt, geschweige denn mitträgt. Eine solche Unterstützung ist notwendig, wenn nicht dieser Besetzungsversuch unabhängig vom Willen der BI von vornherein von den auswärtigen „Besetzungs“-Einheiten von BGS und Polizei im Keim erstickt werden soll.

DFG/VK

Die Delegierten der Landesaus-schussung der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V./Landesverband Niedersachsen-Bremen am 13.4.80 gaben folgende Erklärung ab:

„Der Landesverband Niedersachsen-Bremen der DFG/VK begrüßt und unterstützt die gewaltfreie Besetzung der Bohrinsel 1004 im Landkreis Lüneburg-Dannenberg. Wir sehen in dem Charakter der Aktion eine wichtige Möglichkeit, den erklärten Willen aller Betroffenen gegen die geplante, lebensfeindliche Wiederaufbereitungsanlage zum Ausdruck zu bringen. In diesem Sinne fordern wir alle Mitglieder der DFG/VK im Landesverband Niedersachsen-Bremen auf, die Besetzung in Gorleben so allseitig wie möglich zu unterstützen.“

BBU

Aufgrund bisheriger Unklarheiten wird eine BBU-Entscheidung zur Besetzung voraussichtlich erst am 19./20.4.80 gefällt werden. Vorstandsmitglied J.Janning geht davon aus,

daß der BBU die Besetzung unterstützt. Auch in der Vergangenheit hat der BBU jeweils das unterstützt, was die betroffene Mitgliedsgruppe (in diesem Fall die BI Lüneburg-Dannenberg) für richtig hält.

Die Grünen

Hier wurde bisher kontrovers über die Besetzung diskutiert. In Lüneburg-Dannenberg hat sich, nach einer scharf ablehnenden Stellungnahme des grünen Vorsitzenden Marquardt (s. AK-Artikel) nach einer Bürgerversammlung die Stimmung geändert. Derzeit wird bei zeitlicher Begrenzung und bei klar umrissenen Forderungen eine Besetzung als ein „demonstrativer Akt“ befürwortet. Ein formeller Beschlus liegt nicht vor.

Der Landesverband Niedersachsen der Grünen hat eine Besetzung mehrheitlich befürwortet. Bereits am 3.4. d.J. hieß es in der „Hannoverschen Allgemeinen“: „Der Landesverband Niedersachsen der Grünen teilt jetzt mit, er werde eine solche Besetzung unterstützen.“

Der KV Hannover der Grünen hat bereits eine Solidaritätserklärung mit Zustimmung zur Besetzung in den Landkreis geschickt. Der KV Lüneburg ruft gemeinsam mit der WAA-Gruppe Lüneburg und der DFG/VK zur einer größeren Veranstaltung zur Unterstützung der Besetzung in Lüneburg auf. Der KV Harburg-Land lehnte eine öffentliche Unterstützung ab, da es zu Gewalttätigkeiten kommen könne. Eine Teilnahme oder Unterstützung könne einen Sitz im Stadtrat kosten. Dennoch wird von einer starken Minderheit der Grünen eine „heimliche“ Mobilisierung nach Gorleben in Gang gesetzt. Der KV Göttingen unterstützt die Aktion, desgleichen die Hamburger Grünen.

AKW-Nein-Kommission

HAMBURG, 3. APRIL 1980

HAMBURG, 3. APRIL 1980

PROTOKOLL EINER ARZTLICHEN FORTBILDUNGSVERANSTALTUNG

GESUNDHEIT UND RADIOAKTIVITÄT



Broschüre, 78 Seiten, 39 Abbildungen und Tabellen.
Preis: 3 DM zuzügl. 1 DM Versandkosten.

Anlässlich der Erhöhung der zulässigen Organ-Strahlendosis durch die „Internationale Strahlenschutzkommission“ (ICRP) führte die Hamburger „Arztinitiative gegen Atomkraftwerke“ am 3.11.79 eine Veranstaltung durch, an der über 400 Ärzte teilnahmen. Es wurden verschiedene Wissenschaftler eingeladen: Dr. Rosalie Bertell, USA; Dr. Alice Stewart und Dr. George Kneale, Großbritannien; Prof. Bätjer und Prof. Schmitz-Feuerhake, Bremen; Franke und Krüger, Heidelberg.

In den Referaten wurde ausführlich über die Gesundheits-schäden durch radioaktive Niedrigstrahlung berichtet. Außerdem gab es eine Arbeitsgruppe „Katastrophenschutz und Therapie der Strahlenkrankheit“.

Die Referate sowie die Diskussionen und Arbeitsgruppen sind in der Broschüre dokumentiert.
Bestellungen bitte an: Ingelburg Peters Parow,
Arztinit., 5, 7 Hamburg 52
Scheckkonto: Arztinitiative, Postcheckamt Hamburg,
Kto. Nr. 26 281 202

Vorbereitung der Besetzung



Am Osterwochenende entschieden sich spontan ca. 30 AKW-Gegner, die Platzbesetzung im Mai direkt auf dem Platz vorzubereiten. Hütten wurden gebaut und schon nach kurzer Zeit stand das Gerüst eines Rundhauses.



Die AKW-Gegner beim gemeinsamen Frühstück.



Vier BGSler und ein Räumfahrzeug werden aufgeboten, um eine „Barrikade“ mitten im Wald abzuräumen.

Bundeskonzferenz mit magerem Ergebnis

Nach zahlreichen Auseinandersetzungen und einer Verschiebung (s.a. AK 174) fand am 19./20.4. ein bundesweites Arbeitstreffen mit dem Schwerpunkt einer Diskussion um eine Aktion in Brokdorf statt. Wie schon in den Stellungnahmen von BIs in einer vorher verschickten Materialmappe erkennbar war, hatte das Treffen mehr den Charakter einer norddeutschen BI-Konferenz statt einer bundesweiten Beratung. In der Diskussion am ersten Tag wurde auch von zahlreichen BIs die Schwerpunktsetzung auf Brokdorf kritisiert und eine tatsächliche Bundeskonferenz für den Sommer zu allen Schwerpunkten der Anti-AKW-Bewegung gefordert. Da vor allem BIs aus dem autonomen Lager eine Großdemonstration in Brokdorf zu Pfingsten vorgeschlagen hatten, wurde im wesentlichen darum diskutiert, wie weit diese mit der geplanten Besetzung in Gorleben zeitlich in Konflikt gerät. Zahlreiche BIs setzten sich für eine Verschiebung, einige für eine Aktion im September ein, wohingegen andere eine Kollision nicht bedauerten, da es in Gorleben eh zu pazifistisch zugehe. Hierin spiegelte sich das Dilemma des ganzen Treffens recht deutlich wider.

Offensichtlich gibt es eine ganze Reihe von norddeutschen BIs aus dem autonomen Lager, für die Brokdorf eine militante Alternative zur Besetzung in Gorleben werden sollte. Dies wurde besonders daran deut-

lich, als einem Vorschlag, die Aktion in Gorleben zu begrüßen und zu unterstützen, zwar mehrheitlich zugestimmt wurde, wobei aber ein Teil der Anwesenden nicht mitstimmte. Als zudem durch die mangelnde Beteiligung südlicherer BI-Regionen und der demonstrativen Nichtteilnahme des AK-Brokdorf klar wurde, daß eine Brokdorf-Aktion im Frühjahr kein bundesweiter Kristallisationspunkt werden würde, schlug der vorherige Optimismus der Autonomen in eine resignative Haltung dahingehend um, daß man sich in kleinen Gruppen dann eben technisch auf eine Aktion nach Baubeginn einstellen müsse. Eine ansatzweise geführte Diskussion am Sonntag um eine sinnvolle Verschiebung auf den Spätsommer unter Einbeziehung weiterer politischer Kräfte, verlief im Sande. So ergab sich als positives Ergebnis nur ein Vorschlag für Brokdorf eine Art Trebeler Treffen zu gründen, um hier den Widerstand gegen Brokdorf zu beraten. Ein erstes Treffen ist für Montag, den 28. April (19.00 Uhr) in Itzehoe im Hotel Adler angesetzt. Für das Gelingen eines solchen Treffens halten wir es für entscheidend, daß hier nicht nur der militante Teil der BIs Aktionen diskutiert, sondern ein repräsentatives Spektrum der norddeutschen BIs unter ausdrücklicher Einbeziehung der örtlichen BI-Kreise die Belebung der Arbeit vor Ort in Hinblick auf Aktionen berät.

Kurzmeldungen

Unter dem Motto: „Kein Atomkraftwerk in Mecklar und auch nicht anderswo“ fand am 19.4. in Mecklar bei Bad Hersfeld eine Demonstration gegen die Atompläne der Hessischen Landesregierung statt. Bei Mecklar liegt einer der zwölf vom Hessischen Wirtschaftsminister Karry in seinem „Standortsicherungsplan“ festgeschriebenen möglichen AKW-Standorte.

Von Mecklar aus fuhren rund 50 Traktoren und ca. 150 Radfahrer in das acht Kilometer entfernte Bad Hersfeld, wo dann mit 2.000 Menschen die Abschlussskundgebung auf dem Marktplatz stattfand. Bedenkt mensch, daß mit dieser Demo hauptsächlich die örtliche Bevölkerung ihren Widerstand zeigen wollte und aus den größeren Städten, wie Kassel, Marburg, Gießen und Fulda nur kleinere „Delegationen“ vertreten waren, so kann mensch von einer außerordentlich guten Beteiligung sprechen. Auf jeden Fall: Ein Zei-

Kurzmeldungen

chen ist gesetzt – und ein bißchen „Gorleben-Stimmung“ kam auch auf.

KB/Gruppe Fulda

Protestaktion in Datteln:

In Datteln, berühmt/berüchtigt durch ihren Atomfilz-Oberbürgermeister Niggemeier, demonstrierten am 12.4. 800 AKW-Gegner. Die Rieselfelder, 1.000 ha Grün- bzw. landwirtschaftliche Nutzfläche, sind im Landesentwicklungsplan als riesiges Industriegebiet ausgewiesen worden. Vorgesehen sind zwei Kraftwerksblöcke, AKWs sollen später folgen (600 ha wurden an die VEW verkauft). Geplant sind ein Alu-Werk und weitere Großindustrie (das Alu-Werk kaufte 100 ha).

„Wir wünschen Johannes Rau im Garten einen Kraftwerksbau“ und „Kein Industriezentrum in den Rieselfeldern“ waren die Forderungen der Demonstranten.

WAA in Rheinland-Pfalz?

Ministerpräsident Vogel will seinen hessischen Amtskollegen Börner offenbar nicht allein im Regen stehen lassen. Am 20.3. verkündete Vogel vor dem Landtag, daß er die Möglichkeit prüfen werde, auch eine WAA bauen zu lassen.

Gleichzeitig soll an den AKW-Projekten in Mülheim-Kärlich (der gleiche Typ wie in Harrisburg) und in Neupotz (in Planung) festgehalten werden. Nach dem Unfall in Harrisburg wurde für Mülheim-Kärlich zunächst ein Baustopp verordnet; nun soll aber „die zweite Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich unter Beteiligung der Öffentlichkeit neu erlassen werden“ („TV“, 21.3.80).

Wirklich eine neue Variante des Bürgerdialogs der Wirtschaftsminister Holkenbrink da propagiert.

Ebenso soll die Urananlage Eilweiler, bisher Zwischenlagerstätte für schwach-/mittelmäßig radioaktiven Müll, ausgebaut werden. Es besteht auch der Verdacht, daß dort zu einem späteren Zeitpunkt der hochradioaktive Müll zwischengelagert wird.

Genossen aus Trier

Internationales Frauentreffen in Gorleben



Über die Ostertage fand in Gorleben ein internationales Frauentreffen statt unter dem Motto „Frauen kämpfen für das Leben“. Aufgerufen hatten die Gorleben-Frauen, eine Gruppe von Frauen aus dem Landkreis Lüneburg-Dannenberg, die sich vor einigen Monaten zusammengetan hatten und Aktionen gegen die Tiefbohrungen in Gorleben mit initiiert haben. Anlaß dieses Frauentreffens zu Ostern war der Wunsch, sich mit vielen anderen Frauen aus der Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegung zu treffen, „um zusammenzutragen, was wir weiter tun können“, und „Erfahrungen auszutauschen“ (aus dem Aufruf der Gorleben-Frauen).

Zu der Demonstration am Sonntagmittag waren insgesamt ca. 5.000 Menschen gekommen (wobei der überwiegende Teil Frauen waren). Am Sonntagabend fanden mehrere Arbeitsgruppen statt, in denen die Frauen die verschiedensten Probleme des Widerstandes diskutierten. Abends sammelten sich die Besucherinnen an den Lagerfeuern am Zeltplatz.

In dieser Nacht noch zogen später 3.000 Frauen mit Fackeln und begleitet von einem monotonen Paukenschlag durch die Heide zum Bohrplatz 1003. Kurz vor dem Bohrplatz passierte der Demonstrationzug einen Trecker mit Blechdosen, Raseln usw., der die Frauen ausrüstete. Am Bohrplatz angekommen gingen die Frauen durch die Schranke des Geländes, bildeten einen Kreis um die Bohrstelle, und es erhob sich ein Summen, das allmählich immer lauter wurde. Plötzlich setzte die Trommel ein und es ging ein ohrenbetäubender Lärm los. Nachdem einige Frauen etwa 40 m Nato-Draht beiseitegeräumt hatten, zogen sie in Richtung Eingangstor der um den Bohrplatz gezogenen Mauer. Dabei flogen reichlich Stöcke, Steine und Dosen in die Festung. Die Betonmauer wurde mit Frauenzeichen und Anti-AKW-Parolen besprüht. Als sich die Aktion schon dem Ende näherte, setzte der Bundesgrenzschutz plötzlich Wasserwerfer ein. Zum Glück nahmen die Frauen, die sich dann geschlossen zurückzogen, keinen größeren Schaden.

Am Sonntagmorgen fand im Zelt ein alternativer Gottesdienst statt. Am Nachmittag zog eine riesige bunte Demonstration mit Fußgängern, Treckern und Fahrrädern von Trebel bis zum Kundgebungsort.

Auf der Abschlussskundgebung sprachen die Gorlebenfrauen zu den Demonstrantinnen. Sie bedankten sich bei den Frauen, die so zahlreich gekommen waren und riefen die Frauen auf, gemeinsam noch mehr Widerstand gegen die Verwüstung der Natur und Umwelt zu leisten und gegen das verbrecherische Wettrennen und für den Frieden zu kämpfen. Rebecca Harms von den Gorleben-Frauen rief für den 15. Mai zu einer Besetzung des noch unbefestigten „Bohrplatzes 1004“ auf.

Wie der Kampf gegen die WAA (Wiederaufbereitungsanlage) und das Atomprogramm weiter geführt werden kann, war zentraler Gegenstand der Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Wir können hier aber nur einen Überblick über einige wichtige Arbeitsgruppen geben.

Arbeitsgruppe Gebärstreik

Diese Arbeitsgruppe war mit 300 bis 400 Frauen sehr stark besucht. Zu Anfang spielten zwei Frauen ein Theaterstück, das zum Gebärstreik aufrief. Danach referierte eine Frau anhand eines Bildervortrages über das Thema Geburtenkontrolle im Matriarchat und heutige Überbevölkerung. Sie versuchte nachzuweisen, daß die Frauen des Matriarchats eine eigene Geburtenkontrolle entwickelt hatten, die erst mit dem Übergang zum Patriarchat ein Ende hatte.

In der Diskussion um den Gebär-



streik, zu dem die „Courage“ und grüne Frauen aufgerufen haben, wurde jedoch deutlich, daß ein großer Teil der Frauen bei dieser Parole Bauchschmerzen hatte. Die Argumente für den Gebärstreik waren: z.Z. findet schon ein stiller Gebärstreik der Frauen statt, die Geburtenzahlen nahmen in den letzten Jahren merkbar ab. Außerdem könne frau es den Kindern nicht mehr zumuten, in dieser Welt zu leben. Der Wunsch nach einem eigenen Kind sei von vielen Frauen unüberlegt und oft nur eine Gegenreaktion auf eine emotionslose Gesellschaft.

Außerdem müßten es ja nicht unbedingt eigene Kinder sein, wenn frau gerne Kinder haben möchte. beengt eigene Kinder sein, wenn frau gerne Kinder haben möchte.

Frau müsse den Gebärstreik als politisches Kampfmittel gegen den Staat und die „Verschleißgesellschaft“ der Männer einsetzen.

Dagegen äußerten viele Frauen Bedenken gegen den Gebärstreik. Besonders einige Mütter und Frauen, die gerne noch Kinder hätten, fühlten sich in der Diskussion stark diskriminiert und von der Forderung überrollt. Eine Frau wies darauf hin, daß es bei den heutigen gesetzlichen Regelungen sehr schwer ist, ein Kind zu adoptieren. Eine andere Frau meinte, daß allein ein Geburtenstreik schwer durchzuführen sei, wenn frau bedenkt, daß es immer noch keine unschädlichen Verhütungsmittel gibt und der § 218 immer noch besteht. Andere Frauen sahen eine Schwierigkeit darin, den Geburtenstreik überhaupt praktisch durchzusetzen, d.h. daran eine Bewegung in Gang zu bringen und andere Frauen davon zu überzeugen, sich dem Geburtenstreik anzuschließen. Denn allen anderen Vermutungen entgegen kann der Wunsch, ein Kind in die Welt zu setzen, ja auch als ein Ausdruck von Optimismus und Widerstand gegen diese trostlose und brutale Gesellschaft gewertet werden. Da viele

Frauen Widerspruch zu der Parole des Gebärstreiks hatten, kam es in der Arbeitsgruppe zu keiner Einigung. Die grünen Frauen und die „Courage“ planen dennoch, zum Muttertag dazu eine breite Kampagne mit Unterschriftensammlung zu machen.

Arbeitsgruppe Atombewaffnung und Militär

In dieser Arbeitsgruppe arbeiteten die Frauen sehr effektiv. Die Themen waren sehr gut vorbereitet und frau konnte es auch wagen, alle Fragen

gen ein, da es sich bei den Verhandlungen lediglich um strategische Waffen handelt.

Eine andere Frau hielt danach einen Beitrag über die enorme Entwicklung des Rüstungssektors in den westlichen Ländern und gab einen Überblick über die Entwicklung der Atomtechnik. Hinsichtlich des existierenden riesigen Waffenpotentials bemerkte die Referentin, daß frau dies nicht einfach nur einer „Abschreckungsfunktion“ zuordnen kann, sondern daß diese Waffen dazu da sind, angewandt zu werden.

Weiter wurde über die Frage der sogenannten friedlichen Nutzung der



offen anzusprechen.

Bernadette Ridard hielt einen Beitrag über das Verhältnis NATO-Warschauer Pakt und die Bedeutung des Atomwaffenperrvertrages. Sie hob die bestimmende Rolle der USA in der NATO und den von ihr ausgehenden politischen und wirtschaftlichen Druck hervor. Sie ging auf den Schwindel in den SALT-Verhandlungen

Atomenergie diskutiert. Die Referentin wies nach, daß durch die weltweite Ausbreitung der Atomtechnologie die Gefahr der „nicht friedlichen“ Nutzung noch mehr gestiegen ist.

Zum Schluß diskutierten die Frauen über die Frage des Widerstandes. Eine Frau gab einen historischen Überblick über die Widerstandsbewegung gegen Krieg und Atombewaffnung. Unklarheit bestand darüber, weshalb diese Bewegung heute weitgehend abgestorben ist. Als mögliche Gründe wurden u.a. genannt die mangelnde Entnazifizierung, eine perfektioniertere politische Kontrolle über die Bewegung, ausbleibende Erfolge. Abschließend brachte eine Frau den Aufruf der Friedensfrauen, der von skandinavischen Frauen ausgegangen war (s. AK 173), in die Diskussion. Da es zwei verschiedene Aufrufe aus Hamburg und West-Berlin gab, war frau sich erst unsicher, welchen sie unterstützen sollte. Einigkeit bestand darin, daß es wichtiger sei, darüber zu reden, wie mit den Aufrufen gearbeitet werden kann. Die Frauen waren der Meinung, daß die Aktion gut geeignet sei, einen Zusammenhang zwischen Anti-Atomkraft-Bewegung und Antimilitarismus herzustellen.

Arbeitsgruppe Widerstand von Frauen gegen das Atomprogramm

Zu dieser Arbeitsgruppe waren ca. 250 Frauen gekommen. Am Anfang berichteten einzelne Frauengruppen über ihre Arbeit und Aktionen. Bei vielen bestand eine ziemliche Ratlosigkeit darüber, was frau außer



den üblichen Aktionen, wie Demonstrationen, gegen das Atomprogramm noch alles machen kann.

Eine Kölner Frauengruppe berichtete, daß sie mit einem bunt angemalten Auto bereits einige Tage vorher in Richtung Gorleben gefahren waren, in größeren Orten Halt gemacht hatten und dort Informationsstände mit Musik, Plakaten usw. aufgebaut und Agitation gemacht hatten.

Eine Frauengruppe aus Speyer, die sich aus einer BI gegen AKW's gebildet hatte, erzählte von einer Aktion auf einem Verkehrsknotenpunkt in der Innenstadt. Die Frauen hatten sich schwarze Umhänge mit aufgemalten Anti-AKW-Parolen umgelegt und sich dann mittags um 12 Uhr, als die Kirchenglocken läuteten, mitten auf die Straße gelegt und den Atomtod vorgespielt. Die Männer ihrer alten BI verteilten währenddessen auf dem Bürgersteig an die Passanten Flugblätter. Mit einem Fragebogen an alle Speyerer Ärzte wollten sie die Frage von Atomkraftwerken stärker in die Öffentlichkeit bringen. Die Frauen berichteten außerdem davon, daß durch die Trennung von ihrer alten BI, in der sie mit den Männern direkt zusammengearbeitet hatten, mehr eigene Kräfte und Ideen bei ihnen freigesetzt seien.

Die Gorleben-Frauen berichteten, daß ihre Gruppe ursprünglich nur aus den Frauen der BI bestand. Heute, da die Öffentlichkeit berichtet, daß ihre Gruppe ursprünglich nur aus den Frauen der BI bestand. Heute arbeiten in der Gruppe auch die Landfrauen mit. Die Gorleben-Frauen haben an den Aktionen gegen die erste Tiefbohrstelle 1003 und an dem Erntedankfest in Dannenberg gegen die WAA aktiv teilgenommen.

Am Schluß debattierte frau noch über die von den Gorleben-Frauen vorgeschlagene Demonstration in der Nacht zum Ostersonntag. Sie wollten geschlossen zum Bohrplatz ziehen und dort mit Trommeln und anderen Geräten, die Krach machen, die Mauer umzingeln. Mit dem Trommeln sollte eine Art symbolischer Angriff auf die Festung um das Bohrloch ausgedrückt werden. Einige militante Frauen wollten außerdem versuchen, durch den Zaun zu kommen und auf die Mauer Parolen sprühen. Dies wurde von der Mehrheit der anderen Frauen soweit akzeptiert, daß frau es aber mit der Polizei nicht zu Konfrontationen, die für die Frauen schlecht ausgehen könnten, kommen lassen dürfe.

Ganz ohne Männer geht die Chose nicht ? ...

Ärger gab es während des Gorleben-Frauentreffens wieder mal wegen der Anwesenheit von Männern. Viele der Frauen waren deswegen sauer, zumal es bei fast jeder Frauen-Aktion an diesem Punkt Gerve gibt. Andererseits war die Teilnahme von Männern wohl durchaus im Sinne der einladenden Gorleben-Frauen. So jedenfalls scheint nachträglich der Vermerk „Für alle“ hinter dem Demonstrationsaufruf gemeint gewesen zu sein.

Eine Reihe von Frauen, darunter auch Gorleben-Frauen, verteidigte denn auch in den heftigen Auseinandersetzungen die Teilnahme der Männer: Angesichts der enormen Bedrohung durch das Atom-Projekt Gorleben dürfe man sich um solche Fragen nicht streiten; frau sei doch auf die Unterstützung der Männer angewiesen.

Einige Frauen gingen diese ungewollte „Unterstützung“ so auf den Geist, daß sie resigniert abreisten. Für andere reichte die Anwesenheit der Männer zumindest aus, um ihnen die Freude an diesem Frauentreffen gründlich zu vermiesen. Wozu überhaupt Frauen treffen, wenn die Herren der Schöpfung angeblich so total unentbehrlich sind?!

AG Frauen in Zusammenarbeit mit Frauen aus Marburg und Hamburg

Umweltverschmutzung

BASF- Arbeiter Cadmium- versucht

Bei zwölf Arbeitern des Werks Beisheim der BASF wurden bis zu 30 Mikrogramm Cadmium pro Liter Urin festgestellt. Das sind Werte, wie sie auch in Japan bei Menschen gefunden wurden, die in der Nähe einer Zinkhütte lebten. Die Betroffenen litten unter Skelettverkrümmungen und bekamen spröde Knochen. Stärker vergiftete starben unter unsäglichen Nervenschmerzen. Bekannt ist, daß Cadmium vom Körper erst nach langer Zeit ausgeschieden wird und sich bei gleichbleibender Zufuhr im Körper anreichert.

Die bei BASF untersuchten Arbeiter wurden, wie es so schön heißt „aus der Produktion herausgenommen“. Ob die Produktion eingestellt wurde, ist uns nicht bekannt. (Nach „Roter Morgen“, 11.4.)

Wieder Giftskandal in Hamburg

Rund 35 Fässer mit hochgiftigen Blausäuresalzen stellte das Bezirksamt Nord letzte Woche auf dem Gelände eines Galvanisierungsbetriebes fest. Insgesamt handelt es sich um 1.750 Kilo Natriumcyanid und Chromsäure; eine Zeitung berichtet sogar von 5.000 Kilo; Anwohner, denen schon früher verendete Katzen und Tauben aufgefallen waren, hatten die Behörden benachrichtigt.

Bleiverseuchung soll ohne Abstriche weitergehen: CDU-Sozialminister

Bleiverseuchung soll ohne Abstriche weitergehen: CDU-Sozialminister deckt Preussag

Zum ersten Mal geriet der Preussag-Konzern in die Schlagzeilen, als in Nordenham die Kühe verendeten. Nachfolgende Untersuchungsergebnisse, die besagten, daß auch in der Umgebung von Nordenham alle Kinder zu hohe Bleiwerte im Blut aufwiesen, fanden in der Presse kaum noch Beachtung. In Goslar entstand vor fünf Jahren zum ersten Mal eine Diskussion über die Gefahren, die von der Blei- und Zinkhütte ausgingen. „Unerklärliches“ Verenden von Kühen, Kleintieren und Wild beunruhigten die Bevölkerung. Doch die Sache wurde mit den bekannten Allerwelts-Erklärungen heruntergespielt und geriet in Vergessenheit. Schließlich stiftete die Preussag zum hundertsten Jahrestag der Grube Rammelsberg der Stadt Goslar ein Glockenspiel, um auch die letzten Zweifler süße Töne hören zu lassen. Doch im Frühjahr 79 löste ein schwelender Haldenbrand wieder neue Diskussionen aus. Das niedersächsische Sozialministerium warnte halbherzig, Obst und Gemüse aus Anbaubereichen bis zu drei Kilometer von der Bleihütte seien mit Vorsicht zu genießen. Und das Gesundheitsamt, das 150 Kinder zu Testzwecken untersuchte, stellte amtlich fest, daß ein erhöhter Bleigehalt meßbar war. Gleichzeitig erklärte es aber, dies könne ebenso durch „bedrucktes Papier aufgenommen werden oder dadurch, daß es sich aus der Wasserleitung löse“! Nach diesen Untersuchungen ließ Preussag gezielt in der Presse verbreiten, daß „es sich Sorgen mache“. Bei schärferen Umweltschutzaufgaben sähe das Unternehmen „eine ernsthafte Bedrohung seiner Zink- und Bleihütten“. Schlagartig hörte auch danach in der örtlichen Presse die Berichterstattung über die schleichende Vergiftung der Bevölkerung auf.

Seit ein paar Wochen sind durch die Enthüllungen des Freiburger Ökoinstituts die Tatsachen eigentlich nicht mehr wegzuleugnen.

Doch der niedersächsische Sozialminister Schnipkowitz verneint immer noch eine „unmittelbare Gesundheitsgefährdung“ der Bevölkerung. Dies erlaubt er sich vor dem Hintergrund, daß das Ökoinstitut nichts weiter als die offiziellen Behördenmessungen verwandte. Doch schon die offiziellen Messungen scheinen der Preussag zu riskant zu sein. Inzwischen übernahm sie „besorgt“ die Hälfte des Meßstellen-netzes vom TÜV in Hannover, um durch eigene Messungen der Sache auf den bleifreien Grund zu kommen. Schützenhilfe leistet auch wieder einmal Ministerpräsident Al-

brecht, der im Bundesrat eine Initiative eingebracht hat, mit der die Höchstbelastungen mit Blei im Raume Goslar zu Normalwerten erklärt werden würde. Dies ist besonders zynisch, da Untersuchungen mittlerweile ergeben haben, daß die herkömmlichen Meßverfahren zur Bestimmung von Blei praktisch untauglich sind und aufgrund neuer Methoden vermutet werden muß, daß weltweit die Bleiverseuchung höher ist als bisher angenommen („Science“, 207.80).

Doch haben Niedersachsens Parlamentarier auf der Suche nach dem Schuldigen endlich die Richtigen gefunden: die Umweltschützer und die Journalisten!

Einhellig empörten sich Regierung und CDU-Fraktion sowie die SPD im niedersächsischen Landtag über die „unverantwortliche Panikmache“. Zwar sei unbestritten, daß die Bleibelastung im Unterharz doppelt so hoch sei wie im übrigen Niedersachsen, doch sei die Forderung nach Stilllegung aller bleiproduzierenden Betriebe und Evakuierung der 27.000 Einwohner „nicht begründbar und vertretbar“ (Bruns, SPD). Obwohl die Meßergebnisse des Sozialministeriums teilweise eine hunderttausendfache Überschreitung des von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Richtwertes zeigen, gibt es laut Schnipkowitz derzeit keinerlei rechtsverbindliche Höchstwerte für Blei. Daß aber nun angeblich die Bevölkerung, Betriebsräte und Gewerkschaften im Unterharz um Arbeitsplätze bangen, und sogar der Fremdenverkehr in Verruf geraten sei, daran seien die „verantwortungslosen Umweltschützer des Ökoinstituts Freiburg schuld“. Auf die Journalisten gemünzt meinte Schnipkowitz, daß „in weiten Teilen der Presse eine verzerrte Berichterstattung“ vorgeherrschte habe. Quintessenz dieser „aktuellen Lügenstunde“ im Landtag: Die Parlamentarier erwiesen der Preussag ihre Referenz und stellten einmütig fest, daß sie sich auf gar keinen Fall etwas vorzuwerfen hätte! Angesichts dieser haarsträubenden Abseignung der ständig weitergehenden Bleiverseuchung beginnt langsam ein Exodus im Unterharz. Bekanntlich hat Sozialminister Schnipkowitz zur Evakuierung 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt: Anfangs hatten sich nur sehr wenige Familien gemeldet, die aus Oker/Harlingerode wegziehen wollten. Doch mittlerweile liegen den Behörden Anträge von mehr als 50 Familien vor, die sich nicht länger vergiften lassen wollen. (Alle Angaben nach: „UZ“, 7.3. und „Frankfurter Neue Presse“, 13.3.)

Mindener Bevölkerung lebt auf Pulverfaß

Vor drei Jahren wurde aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung aus einem alten Festungsgraben, dem Fort C, Munition weggeräumt. Hierfür hatte die Stadt 50.000 DM bereitgestellt. Wie sich aber mittlerweile herausgestellt hat, wurden einige Stellen, die als Munitionslagerorte gekennzeichnet worden waren, keineswegs geräumt. Offensichtlich ist das Geld wieder einmal anderweitig beiseite geschafft worden. In einem jetzt veröffentlichten „Dementi“ wird der angeblich nicht mehr vorhandenen Munition „Ungefährlichkeit“ bescheinigt!

Ähnlich wurde auch auf eine Meldung reagiert, wonach in der Nähe von Minden, bei Petershagen, eine alte Munitions- und Giftgasdepotie in der Größenordnung von Stolzenberg gefunden worden sei. Reaktion der Behörden: Die Bundeswehr habe unverzüglich mit der Räumung begonnen. Klammheimlich, wäre hier wohl eher angebracht. (Nach „UZ“, 7.3.)

US- Verteidigungsministerium will wieder Nervengas herstellen

Nachdem Verteidigungsminister Brown schon im Januar dem Kongreß mitgeteilt hatte, daß derzeit an Plänen für eine Produktionsstätte von Bomben, Sprengköpfen und Projektilen auf der Grundlage von sogenannten binären chemischen Verbindungen gearbeitet werde, wurde nun grünes Licht für den Bau einer solchen Fabrik gegeben. Der Forschungsdirektor des Verteidigungsministeriums unterzeichnete eine Direktive an Heer und Marine, die Pläne für eine solche Anlage fertigzustellen. Mit der Zustimmung der Parlamentarier wird fest gerechnet. („FR am Abend“, 4.3.)

erst einmal 180 der frisch gegründeten BI bei, aber auch fast alle übrigen Anwesenden trugen sich in ausliegenden Protestlisten ein, bei wenigen Enthaltungen wurde eine Resolution abgestimmt, die sich gegen ein AKW bei Kirchheim oder anderswo aussprach. – Während einer von der FDP

Kein Karrysburg in Hessen!

Nachdem Börner und Karry seit Anfang des Jahres den Bau einer WAA für Hessen ankündigten und die DWK entsprechende Anträge umgehend bei der Landesregierung eingereicht hat, kommt jetzt der Widerstand der hessischen Atomgegner ordentlich in Schwung; gar zuviel hat die Atommafia in der letzten Zeit zur Durchsetzung ihres atomaren Amoklaufes getan:

– Für das AKW Biblis wurde jetzt gegen 10.000 Einwendungen das erste bundesdeutsche Kompaktlager für abgebrannte Brennstäbe unter der Reaktorkuppel als Zwischenlager genehmigt; außerdem sollen neben dem AKW zwei Lagerhallen für „schwach- und mittelradioaktive“ Abfälle errichtet werden.

– In einem „Standortsicherungsplan“ wurden 12 hessische Gemeinden als potentielle AKW-Standorte ausgedeutet.

– Börner und Karry propagieren mittlerweile öffentlich den Bau eines Blocks C in Biblis. Offensichtlich sind sie aber dabei, den Bogen zu überspannen. Einige Beispiele:

– In Kirchheim (potentieller „Standort“ nahe Marburg) wollten Atomgegner eine BI gründen. Statt der erwarteten 200 (!) kamen zur Gründungsveranstaltung 600 Kirchheimer Besucher! Von diesen traten gleich erst einmal 180 der frisch gegründeten BI bei, aber auch fast alle übrigen Anwesenden trugen sich in ausliegenden Protestlisten ein, bei wenigen Enthaltungen wurde eine Resolution abgestimmt, die sich gegen ein AKW bei Kirchheim oder anderswo aussprach.

– Während einer von der FDP

wochenlang vorbereiteten Kundgebung auf dem Marktplatz in Bensheim/Bergstraße wollte Karry seinen Atomkurs propagieren. 30 FDP-Hansel sahen sich 150 aufgebrachten Atomgegnern gegenüber, Karry kam nicht zum Zuge.

– Am 19.4. wollen in Mecklar/Hersfeld die Mitglieder einer örtlichen BI eine lokale Treckerdemo gegen das Ansinnen, in der Nähe ihres Ortes ein AKW zu errichten, durchführen.

Über derartige lokale Aktionen hinaus wird es jetzt zu größeren Demonstrationen der hessischen Atomgegner kommen. Ein breites Bündnis von Umweltschützern, AKW-Bi'ern, Gewerkschaften gegen Atom und Atomgegnern aus politischen Parteien und Organisationen wird in Darmstadt am 26.4. anlässlich des FDP-Landesparteitages – von den Veranstaltern als Super-Pro-Atomshow für Karry geplant – gegen WAA-Pläne und andere atomare Gewaltmaßnahmen der Landesregierung atomare Gewaltmaßnahmen der Landesregierung demonstrieren. Neben Umweltschutzverbänden, BBU, BIs, AKL sind auch GLH, Falken, Grüne, Jusos, KB und SDAJ mit von der Partie.

Eine Aktion in Nordhessen am 1. Mai wird ebenfalls Schlagzeilen machen. Börner will in Borken auf der Maikundgebung des DGB reden und – wie man so hört – die geplante Errichtung eines AKW am Ort bekanntgeben. Die nordhessischen AKW-Gegner wollen ihm zu diesem Anlaß einen Empfang bereiten, den er so schnell nicht vergessen soll.

KB-Gruppe Frankfurt

KB-Gruppe Frankfurt

●●● Auf nach Darmstadt am 26.4.!

STOPPT DEN ATOMAREN AMOKLAUF!



ES RUFEN AUF...

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bund Umwelt und Naturschutz Hessen (BUND), AGU Öffentlichkeitsgruppe Darmstadt, Bürgerinitiative des Oker/Unterharn, AGU Rhein-Hessen-Süd e.V., Aktionskreis Leben – Gewerkschaften gegen Atom, Gorkien-Initiative Bensheim, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Kreis Aschaffenburg, AGU Trebur-Artheim, Initiativegruppe Umweltschutz Hanau, Aktionsgemeinschaft Umweltschutz südliches Ried e.V.

...UND ES UNTERSTÜTZEN:

Wahlkreisgruppe Darmstadt, Grüne Liste Hessen (GLH), Jusos Hessen, Die Grünen (Süd-Hessen, Worms/Alten, Heideberg), ASTA TH Darmstadt, ASTA FH Darmstadt, ASTA Uni Frankfurt, KB, Die Falken (Darmstadt), SDAJ, BUND Rheinland-Pfalz, Stadtjugendring Darmstadt, SB (Darmstadt), AGU Technikergemeinschaft Darmstadt, Arbeitsgemeinschaft anfr Energie Bensheim, BI Umweltschutz e.V., Modbach (bei Okerheim), Strompreis-Boykottinitiative Darmstadt, Atomkreis AGU Riedstadt, BUND Aschaffenburg, BKU Kelterbach, BI Limburg, BI Kirchheim u. a.

KEIN KARRYS'BURG IN HESSEN!

Kein Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen oder anderswo!
Kein Block C in Biblis, Stilllegung der Blöcke A und B und aller anderen Atomanlagen!
Keine Errichtung von Zwischenlagern! Weiter! der Kompaktlager genehmigung!
Rücknahme des Standortsicherungsplans!
Kein Platz für Atomkraft in Hessen!

DEMO und MUSIK

mit
Dave Corner,
Eva Vargas,
Frankfurter
Straßenmusiker
u.a.

DARMSTADT

26.4.

LUISENPLATZ

● DEMO: 12⁰⁰

● KUNDGEBUNG:

mit

13.30

Kulturprogramm

ab 11⁰⁰



Leserbrief aus Norwegen

Nordsee ist Mordsee

Wieviele Menschenleben die Öl- und Gasgewinnung in der Nordsee seit 1965 gekostet hat, ist unbekannt. Nicht einmal die Anzahl für den norwegischen Sektor ist bekannt. Offenbar sind die norwegischen Behörden nicht daran interessiert, die blutige Seite des „Ölabenteuers“ zu zeigen.

Eine Reihe der Todesopfer in der Nordsee sind bei Unfällen umgekommen, die nicht registriert wurden. Von offizieller Seite in Norwegen ist eingeräumt worden, daß die Kontrolle, die Sicherung und die Berichtssysteme unzureichend sind. Und, daß die Zahl der Getöteten wesentlich höher sein kann, als sie aus dem bescheidenen Material des Öldirektorates und der staatlichen Arbeitsaufsicht hervorgeht.

Die Veröffentlichung von genauen Berichten über die in der Nordsee Getöteten würde sicher die Forderung nach besserer Sicherung von Menschenleben verstärken – und damit ein geringeres Gewinnstempo zur Folge haben. Also wünschen weder

Verhältnisse in der Nordsee kritisch überwacht. Jahrelang haben die Massenmedien die offiziellen Verlautbarungen über den Umfang von Todesfällen akzeptiert.

Auffallend bei den Unfällen im britischen und norwegischen Sektor der Nordsee ist auch die Tatsache, daß die Todesopfer sehr oft Männer unter 30 Jahren sind. Aus noch nicht veröffentlichtem Material, das auf der Grundlage von 97 Todesfällen erarbeitet wurde, geht hervor, daß 53,6% der Opfer unter 30 Jahre sind, während nur 3,1% älter als 45 Jahre sind – 86,5% aller Umgekommenen waren zwischen 20 und 40 Jahren. Laut Jahresmeldung des Öldirektorates von 1977 haben 2 Menschen bei der Öl- und Gasgewinnung ihr Leben verloren. Das ist aus mehreren Gründen aufsehenerregend. Erstens ist es bekannt – auch dem Öldirektorat – daß die Zahl der Todesopfer wesentlich höher liegt. Zweitens repräsentiert der Bericht den Versuch, zu vernebeln, daß die Hubschrauberunfälle,

Fahrzeugen und mobilen Installationen passieren. Ebenso keine Todesunfälle, die während des Transports zu und von den Installationen geschehen. Und schließlich auch nicht, wenn eine Person draußen in der Nordsee verletzt wird und danach, an Land, stirbt. Mit einer Ausnahme – Hubschrauberunfälle – gibt es keine offizielle Instanz in Norwegen, die für die Registrierung von tödlichen Unfällen verantwortlich wäre, wenn diese außerhalb der festen Installationen passieren.

Das Ergebnis sieht dann nach einem relativ bescheidenen und augenscheinlich akzeptablen Risiko bei der Öl- und Gasgewinnung auf dem norwegischen Kontinentalsockel aus.

Am 9. Juli 1973 wurden vier Menschen bei einem Hubschrauberunfall getötet. Am 16. Januar 1974 wurden zwei Taucher auf der Mobiltakelung Drill Master getötet. Am 1. November 1975 verloren drei Menschen in der Rettungskapsel Alpha ihr Leben. Am 1. März 1976 wurden sechs Menschen getötet, als das Rettungsboot Deep Sea Driller um Fedje fuhr. Am 9. Oktober 1977 starben zwei Menschen durch Gasvergiftung an Bord des Leichters Mark 26 im Ekofisk-Feld. Am 23. November im selben Jahr starben 12 Menschen bei einem Hubschrauberunfall. Am 25. Februar 1978 wurden beim Brand auf der Statfjord A-Plattform fünf Menschen getötet. Am 26. Juni 1978 verloren 18 Menschen bei einem Hubschrauberunfall ihr Leben.

Die Tabelle des Grauens sieht so aus (entnommen dem Buch: „Det brutale Oljeeventyret“ – „Das brutale Ölabenteuer“, von Björn Nielsen und Bernt Eggen):

Was wir erfahren durften:
offiziell 89 Todesfälle im britischen Sektor
inoffiziell 30 Todesfälle im norwegischen Sektor (NTB)
offiziell 0 im westdeutschen Sektor
offiziell 7 im niederländischen Sektor
offiziell 7 im niederländischen Sektor
offiziell 1 im dänischen Sektor
offiziell 1 im irischen Sektor
offiziell 40 Taucher
Total: 135 Todesfälle durch die Ölgewinnung in der Nordsee.

Wir können dokumentieren:
britischer Sektor: mind. 116 Tote
norwegischer Sektor: mind. 102 Tote
westdeutscher Sektor: mind. 1 Toter
niederländischer Sektor: mind. 14 Tote
dänischer Sektor: mind. 1 Toter
irischer Sektor: mind. 1 Toter
Taucher: mind. 53 Tote
Total: 235 Todesfälle lassen sich durch die Ölgewinnung in der Nordsee verursacht, dokumentieren (Mitte

1978).

Wo liegen die Ursachen, daß dies – im ach, so demokratischen Norwegen – vor sich geht? Es ist nicht die norwegische Regierung, die bisher darüber bestimmt hat, was im norwegischen Sektor der Nordsee geschieht und was unterlassen wird. In ihrer Nachgiebigkeit haben Minister und die Repräsentanten der Mehrheit im Stortinget (Parlament) sich als Marionetten der Multis erwiesen, an welche sie die Rechte vergaben auf dem norwegischen und britischen Kontinentalsockel. Für diese Ölgesellschaften ist Kriminalität im großen Stil weder etwas neues, noch ein wenig gebrauchtes Mittel.

Es sind tausende von Buchseiten, Zeitungsartikel und Berichte über die Bandenaktivität der internationalen Ölgesellschaften geschrieben worden und darüber, wie sie brutal alles niederwalzen, was sich ihnen bei dem Versuch, Herr über neue Ölquellen zu werden, in den Weg stellt. Dabei werden einzelne oder ganze Regimes angegriffen. Die after-shave-Fratzen, die regelmäßig auf den TV-Schirmen und in den Zeitungen auftauchen, sollen uns daran gewöhnen, was gesunder Geschäftssinn zu sein hat. Die Maskierung wird perfekt.

Ein Beispiel mag für unzählige stehen, mit was für Unternehmen sich die norwegischen Behörden arrangieren:

Im Juni 1978 legte die UN-Menschenrechtskonvention eine Schwarze Liste über Banken und Gesellschaften vor, die angeklagt wurden, das Rassenregime in Südafrika wirtschaftlich zu unterstützen. Der Bericht machte deutlich, daß ohne die Hilfe dieser Firmen dem Apartheids-Regime längst die Puste ausgegangen wäre. Hier – wie auch in der Minoritätenfrage – chambrieren heuchelnd norwegische Repräsentanten durch UN-Türen und hauchen ihre Proteste in die Welt, während sie zu Hause, in der Nordsee dafür sorgen, daß diese Unternehmen ihre blutigen Schweine im Wald haben. Es handelt sich um Philips Petroleum, Mobil, Amoco, Esso, British Petroleum, Caltex, Valvoline, Exxon und Chevron. Also jene Gesellschaften, die die Stirn haben, an der schwarzen Not in Südafrika zu profitieren, haben auch die Macht, norwegischen Ministern zu diktieren – nun auch nördlich des 62. Breitengrades nach Öl zu bohren

– das Stortinget ging bei diesem Beschluß davon aus, daß die von Naturschützern und Experten befürchteten Unfälle nicht vorkommen können. Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist.

Norwegens bekanntester Anwalt – Alf Nordhus – schrieb nach Erscheinen des enthüllenden Buches „Das brutale Ölabenteuer“: „... Gna-

de der Regierung, die die Verantwortung trägt bei der nächsten Katastrophe in der Nordsee“.

Der Gnadentakt nach der Bohrinselkatastrophe ist eingeleitet: Zwei Nächte mit „seriöser“ Musik und einem Trommelfeuer in den Medien, das die Öffentlichkeit darauf einstimmen soll: Hier hat die Natur zugeschlagen.

Aber die Opfer verdienen Aufmerksamkeit. Ihre Angehörigen haben ein Recht darauf, daß die Öffentlichkeit über den Preis informiert wird, der für das Öl und Gas gezahlt werden muß. Und diejenigen, die heute in der Nordsee arbeiten, verdienen es, daß die Behörden und Ölgesellschaften endlich die Konsequenzen aus den Verhältnissen ziehen, die ihren Kollegen und Freunden das Leben gekostet hat.

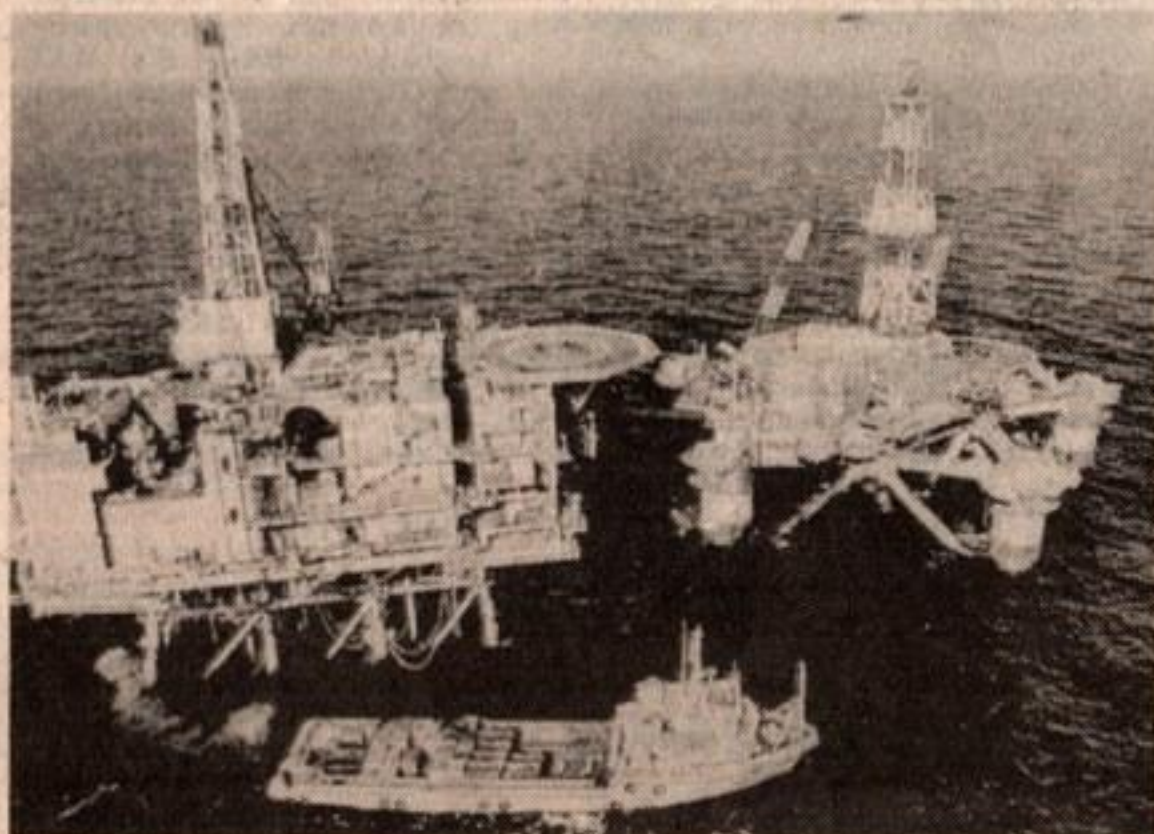
Ein Freund des AK in Norwegen



P.S.: Daß es nicht die Natur war, die bei dem Unglück der „Alexander Kielland“ zugeschlagen hat, wurde

P.S.: Daß es nicht die Natur war, die bei dem Unglück der „Alexander Kielland“ zugeschlagen hat, wurde spätestens zwei Wochen nach dem Tod der 137 Arbeiter nur allzu deutlich: Da die Ölproduktion nicht stoppen sollte, mußte eine Ersatzinsel herangeschafft werden. Auserkoren war die Wohnplattform (oder besser: Todesplattform!) „Henrik Ibsen“. Glücklicherweise vor ihrem Einsatz in der Nordsee schlug einer der 5 Pfeiler Leck und die Plattform mußte aus dem Verkehr gezogen werden. Die künstliche Insel sollte eingesetzt werden, obwohl bekannt war, daß bereits im März dieses Jahres die Insel Leck geschlagen war. Geplanter Mord?

AKW-Nein-Kommission



Umgebaute Bohrinsel „Alexander Kielland“: Tödliche Falle

Umgebaute Bohrinsel „Alexander Kielland“: Tödliche Falle

die Nordsee-Staaten, die Ölgesellschaften, noch die Unternehmer oder Leihfirmen Untersuchungen der Todesfälle.

Die Grobarbeit in der Nordsee wird in der Regel von Nordafrikanern, Mexikanern, Südamerikanern, Spaniern und Portugiesen gemacht. Das Leben dieser Fremdarbeiter steht nicht hoch im Kurs der Nordsee-Operateure. Die Zustände, vor denen die norwegischen und britischen Behörden ihre Augen schließen, sind so grotesk, daß selbst in zynischen Ölkreisen der USA von „The bloody Northsea“ gesprochen wird.

Die norwegische Presse und der Rundfunk haben in keiner Weise die

die beim Transport zu und von den Installationen Ölarbeitern das Leben kosten, eine direkte Folge der Ölgewinnung in der Nordsee sind. Am 23. Januar 1977 wurden bei einem Hubschrauberabsturz 12 Menschen getötet. Drittens wurden in der Presse Namen von Personen veröffentlicht, die bei Nordseeunfällen getötet wurden, ohne daß sie in den offiziellen Berichten auftauchten.

Kennzeichnend für die Registrierung der Todesunfälle durch norwegische Behörden ist das sinnreich verwandte Definitionssystem. Im Öldirektorat – wie auch bei der staatlichen Arbeitsaufsicht – werden keine Unfälle registriert, die auf

Beiersdorf will Umweltschützer verklagen

Am 13.3.80 verteilte die Bürgerinitiative Umweltschutz in Neugraben ein Flugblatt, durch das die Öffentlichkeit das erste Mal über einen Unfall informiert wurde, der sich schon 1977 auf dem Gelände der Beiersdorf AG in Hausbruch ereignet hatte: Dort waren im Juli 77 etwa 20.000 l eines Benzin-Toluol-Gemisches ausgelaufen und in den Erdboden versickert. Dieses Gebiet ist Wasserschutzzone, und in unmittelbarer Nähe wird Trinkwasser für das gesamte Süderelbegebiet abgepumpt! Es mußten daraufhin 14 Bohrungen eingebracht werden, um das Schadensgebiet einzugrenzen; 300 Tonnen verseuchtes Erdreich wurden abgetragen und auf einer Sondermülldeponie gelagert; auf dem Gelände der Beiersdorf AG mußte ein Tiefbrunnen angelegt werden, um die Grundwasserfließrichtung zu ändern. Aus diesem Brunnen wurde bis mindestens Anfang 1980 Wasser abgesaugt und über Filter gereinigt. Laut Behördenmitteilung wurden so 13.000 Liter des Benzins zurückgewonnen, - verbleibt also die Restmenge von 7000 l. Allerdings soll anfang dieses Jahres im Grundwasser kein Benzin mehr festgestellt worden sein.

Der Unfall war durch Überfüllung eines Benzintanks entstanden. Dazu ein Beiersdorf-Sprecher gegenüber der Presse: „Technische Veränderungen hat es nach dem

Unfall nicht gegeben ... Das ist wie bei der Badewanne zu Hause: Wenn sie das Wasser laufen lassen, kommt es manchmal zur Überschwemmung, obwohl sie einen Überlauf an der Wanne haben“ („HAN“, v. 22.3.80).

Soweit zu dem Unfall. Der Hammer folgte eine Woche später in Form eines 13 seitigen (!) Telegramms der Beiersdorf AG an unsere presserechtliche Verantwortliche. In diesem 850 DM teuren Schriftstück wurden wir aufgefordert, 7 Punkte aus unserem Flugblatt zurückzunehmen, - ansonsten drohte man mit Verleumdungsklage und Schadensersatzansprüchen. In zwei Punkten, - der Vermutung, daß es 1980 erneut einen Unfall gegeben hatte und daß gegen Beiersdorf immer noch ein Verfahren der Staatsanwaltschaft läuft (welches tatsächlich aber schon 1978 eingestellt worden war !!) kamen wir der Forderung nach. Daß es der Beiersdorf AG aber weniger um eine „Sachliche Klärung“ ging, zeigte sich schon 4 Tage später: Diesmal war es ein Brief eines Anwaltsbüros mit der Forderung, 4 Punkte aus unserem alten, längst verteilten Flugblatt zurückzunehmen - gekrönt mit der Forderung, einen solchen Widerruf in „schriftlicher oder gedruckter“ Form allen Flugblattempfängern zukommen zu lassen !! Der Gegenstands-

wert (also die Höhe ev. Schadensersatzforderungen) wird mit 100 000 DM angegeben. Für diese Unverschämtheit wurden uns auch noch 793 DM Anwaltskosten berechnet! Diesen Forderungen des Konzerns sind wir nicht nachgekommen, so daß wir jetzt wohl mit einem Prozeß zu rechnen haben.

Die Sache mit den Behörden

Abgesehen von bestimmten Formulierungen in unserem Flugblatt fordert Beiersdorf die Zurücknahme zweier Punkte: 1. Unsere Behauptung, das Grundwasser sei durch das Auslaufen von 20 000 l Benzin stark beeinträchtigt worden (!!) und 2. die Behauptung, die Hamburger Umweltschutzbehörde (BBNU) habe bis März 1980 nichts von diesem Unfall gewußt.

Zu 1.: Diese Information erhielten wir von einem hohen Vertreter einer Behörde und sie steht so in einem behördeninternen Papier! Nach der Reaktion von Beiersdorf wurde uns dies auf Nachfrage noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Zu 2.: Vier Telefonate mit z.T. hohen Vertretern der BBNU bestätigten das. Alle zeigten sich „offiziell nicht informiert“ und forderten uns auf, ihnen schriftlich oder durch

Tonband unsere Informationen zukommen zu lassen. Am Erscheinungstag unseres Flugblattes gab es aber plötzlich eine „Sprecherin der BBNU“, die informiert war. Tatsache ist ferner, daß die Behörde selbst die Harburger Politiker von diesem Umweltskandal nicht informierten. Dies geschah erst durch unsere Veröffentlichung!

Aus diesen Gründen fordern wir sofortige Klärung dieser „Ungereimtheiten“, insbesondere Offenlegung der behördeninternen Papiere. Wir sind nicht bereit, für Schlampereien der Behörden in einem Prozeß den Kopf hinzuhalten. Aber die Zusammenarbeit zwischen Beiersdorf und Behörden scheint zu klappen. An Öffentlichkeit sind beide nicht interessiert: Beiersdorf verlagert im Moment einen großen Teil seiner Produktion nach Hausbruch und die Behörden haben mit Bürgerprotesten gegen Unterrelbeindustrialisierung und Hafenerweiterung schon genug zu tun. Das schon kriminelle Verhalten der Behörden in den Fällen Stolzenberg und Boehringer veranlaßt uns aber, sofortige umfassende Information der Bevölkerung zu verlangen und bestärkt uns auch darin, uns von einem Konzern wie Beiersdorf nicht mundtot machen zu lassen!

Ein AK-Leser



Zeichnung: Tony Munstinger

Späte Rache nach dem Stahlarbeiterstreik Herbert Knapp zurückgetreten!

Dieser Schritt hat viele fortschrittliche Gewerkschafter und Betriebsarbeiter schockiert: Am Ende der zweiten Aprilwoche ist Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender der Hüttenwerke Mannesmann-Huckingen von sämtlichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Ämtern zurückgetreten, ist aus der IG Metall ausgeschieden und hat im Betrieb gekündigt. Knapp befindet sich in schlechtem Gesundheitszustand, der bisher auch offiziell als Grund für diesen Schritt angegeben wurde.

Mit Herbert Knapp hat ein Gewerkschafter aufgegeben, der Symbolfigur für radikalere Arbeiterpolitik, konsequente innergewerkschaftliche Opposition und Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterklasse geworden ist. Seine konsequente Haltung und die Kampfstärke des Betriebes, dem er als Betriebsratsvorsitzender angehört (besonders bewiesen im letzten Stahlarbeiterstreik 1978/79), haben vielen fortschrittlichen Gewerkschaftern neuen Mut gemacht. Der jetzt vollzogene Schritt Knapps ist ein schwerer Rückschlag für die Arbeiteropposition in der Bundesrepublik.

Unabhängig von den Begleitumständen, über die zur Zeit Gerüchte gehandelt werden, ist das Aufgeben Knapps Folge reaktionärer Machtpolitik in den Füh-

rungsetagen der IG Metall, die damit späte Rache an der Stahlarbeiteropposition genommen hat. 3 1/2 Monate vor seinem Rücktritt hatte die IG Metall-Führung ein Untersuchungsverfahren gegen Knapp eingeleitet, um ihn aus der Gewerkschaft auszuschließen. In vielen Betrieben und Gewerkschaftsteilen hatte in den letzten Tagen und Wochen eine Solidaritätsbewegung unter dem Titel „Kein Verfahren gegen Herbert Knapp“ begonnen — diese Bewegung wird jetzt beendet. Im Zusammenhang mit Knapps Rücktritt kursieren eine Reihe von Gerüchten. Da ist von Bestechung durch den Kapitalisten, von persönlichen Skandalen, rigider Führungspraxis Knapps im Betrieb, Widerstand im eigenen Mannesmann-Lager gegen ihn und ähnlichem die Rede. Wir wollen uns nicht an dieser Gerüchtemacherei beteiligen, die Meldungen sind viel zu widersprüchlich und undurchsichtig, als daß sie geeignet sind, ein klares Bild zu ergeben, zumal viele von denen, die Genaueres sagen könnten, derzeit schweigen.

Uns scheint wichtiger, die Verdienste Herbert Knapps und die Intrigen und Machenschaften insbesondere der Führung der IG Metall beim Namen zu nennen, die zielbewußt seit dem Stahlarbeiterstreik daran gearbeitet hat, Knapp abzusägen, um den Widerstand der Mannesmann-Belegschaft zu brechen.

Mannesmann — an der Spitze der Arbeiterbewegung in der BRD

Herbert Knapp ist seit 1947 Mitglied in der IG Metall. Seit 1965 ist er Vorsitzender des Betriebsrats. Bei den Betriebsrätewahlen 1975 setzte er sich mit seinen Mitstreitern gegen sieben konkurrierende Listen durch, nachdem es den fortschrittlichen Gewerkschaftern im Jahr zuvor gelungen war, die Kräfteverhältnisse im IGM-Vertrauenskörper (dessen Leitung Bastion des IGM-Vorstands war) zugunsten der Linken zu verändern. Bei den Betriebsrätewahlen 1978 gelang es der Gruppe um Knapp, eine Viellisten-Kandidatur zu verhindern. Bei der Persönlichkeitswahl erhielt Knapp mit 63 % die meisten Stimmen und wurde als Vorsitzender bestätigt. Der IGM-Vorstand mußte in Kauf nehmen, daß dieser unbequeme Gewerkschafter als Mitglied der Duisburger Ortsverwaltung, der Großen Tarifkommission und des IGM-Beirats Sand im Getriebe der Gewerkschaftsbürokratie spielte — zu gewichtig war für die Politik der IG Metall der Betrieb Mannesmann-Huckingen.

Die Mannesmänner haben in der jüngeren Geschichte der BRD einen guten, kämpferischen Namen:

Die Septemberstreiks 1969 waren eine vorübergehende Wende nicht nur im Hinblick auf den bis dahin stetigen Wirtschaftsaufschwung, sondern auch im Verhältnis von Teilen der Arbeiterklasse zu den Führungen ihrer Gewerkschaften, wurden diese Streiks doch „wild“ geführt. Die Kollegen von Mannesmann waren dabei. Bereits im Juli 1969 besetzten tausend streikende Arbeiter das Werkstor und erzwangen eine innerbetriebliche Lohnerhöhung. Als am 4. September 1969 die „wilden“ Streiks ihren Anfang bei den Dortmunder Hoesch-Hüttenwerken nahmen, trafen am 5.

Als am 4. September 1969 die „wilden“ Streiks ihren Anfang bei den Dortmunder Hoesch-Hüttenwerken nahmen, trafen am 5. September vormittags auch 1.000 Profilwalzwerker bei Mannesmann-Huckingen in den Streik. Bis zum Mittag stand der gesamte Betrieb im Vollstreik und forderte 50 bis 80 Pfennig Lohnerhöhung. Am 6.9. demonstrierten über 2.000 Mannesmänner durch Duisburg. Zur Absicherung des Streiks wurden die Werkstore besetzt und vor den Toren Versammlungen abgehalten. Am 7.9. wurde der Streik abgebrochen, nachdem zuvor eine Lohnvorauszahlung von 50 DM ausgehandelt wurde.

März 1973: Neun Tage lang streikten 450 Profilwalzwerker und legten die Walzstahlproduktion still. Mit Besetzung der Werkstore und Sitzstreik auf den Bändern zur Verhinderung von Streikbrecherarbeiten setzten sie Prämienhöhungen durch. Auch einstweilige Verfügungen gegen 42 Arbeiter und massive Versuche des IG Metall-Vorstands, diesen Streik zu beenden, konnten den Erfolg nicht verhindern. Dieser Streik ist als einer der härtesten in der jüngeren Arbeitskampfgeschichte eingegangen und ausführlich in dem Buch von Gerd Höhne, „Wir gehen nach vorn“ dokumentiert.

Oktober 1973: Am 29. und 30.10. treten 3.000 Mannesmänner in den Streik, es war die sechste betriebliche Streikaktion in diesem Jahr, und fordern eine Zulage von 70 DM monatlich. Der Streik wird abgebrochen, nachdem die Unternehmensleitung 121 Arbeiter entlassen hat, gegen den Einspruch des Betriebsrats. Der Konzernvorstand reduziert später die Entlassungen auf 22, den „harten Kern“. 7.000 Duisburger erklären sich am 10.11. auf einer Demonstration solidarisch. Die Demonstration steht unter dem Motto: „Wir bitten nicht um Gnade, wir verlangen unser Recht“. Am 21. Januar 1974 erklärt das Duisburger Arbeitsgericht die Entlassung von 17 der 22 für rechtmäßig.

Knapps Gewerkschaftsausschluß eingeleitet

Ende Dezember 1979 erfuhr Herbert Knapp, daß nach § 11 der Satzung der IG Metall „ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ durch den Vorstand der IG Metall gegen ihn eingeleitet worden ist. Im Absatz 3 dieses Paragraphen heißt es dazu: „Während des Untersuchungsverfahrens haben die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen“. Mit dieser Maßgabe wurde Knapp aufgefordert, sich bis zum 7. Januar 1980 zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern. Wer sich nicht an den § 11/3 der IGM-Satzung hielt, war der Gewerkschaftsvorstand. Durch eine gezielte Indiskretion des Duisburger IGM-Vorsitzenden erschien am 4. Januar eine Meldung in der „Neuen Ruhr-Zeitung“, daß gegen Knapp ermittelt werde. Die Gründe: Er habe sich auf Veranstaltungen in Ulm im Februar 1979 und Hamburg im Juni 1979 „gewerkschaftsschädigend“ verhalten. U.a. soll er die Tarifkommission der IGM als „Karnevalsverein“ und die Streikleitung als „Quasselbude“ bezeichnet haben.

Damit hatte die IG Metall-Führung konkrete Schritte eingeleitet, ihren unbestimmten und gefährlichsten Kritiker loszuwerden.

Mannesmann und der Stahlarbeiterstreik

Mannesmann und der Stahlarbeiterstreik

Sechs Wochen lang haben um die Jahreswende 1978/79 die Stahlarbeiter Nordrhein-Westfalens, Bremens und Osnabrücks für die Einführung der 35-Stunden-Woche gestreikt. Inbe-



Weihnachten 1978: Herbert Knapp bei den Streikposten am Werkstor

sondere die Beschäftigten eines der größten Betriebe, die 10.000 Arbeiter und Angestellten von Mannesmann-Huckingen, haben diesen Kampf sehr entschlossen geführt. Neben einer selbständigen Streikführung und Organisation des Kampfes legten sie starkes Gewicht auf die Einflußnahme in entschlossen geführt. Neben einer selbständigen Streikführung und Organisation des Kampfes legten sie starkes Gewicht auf die Einflußnahme innerhalb ihrer Gewerkschaft, in Kenntnis, daß der Vorstand der IG Metall und die Mehrheit der Tarifkommission der IG Metall nicht konsequent hinter der Verwirklichung der Streik-

forderungen stehen. Zum Sprecher der Forderung nach voller Verwirklichung der Streikforderungen wurde der Mannesmann-Betriebsratsvorsitzende Herbert Knapp, der auf Streikversammlungen regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informierte.

Herbert Knapp, der auf Streikversammlungen regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informierte. Knapp kennt sich bestens im Inneren der IG Metall aus und als Mitglied der Tarifkommission war ihm die dort herrschende Situation bekannt. Die großen und kampfstarken Betriebe der Stahlindustrie waren in diesem gewerkschaftlichen Gremium nur mit knapp 20 % der Tarifkommissionsmitglieder vertreten, obwohl sie fast 60 % der Beschäftigten repräsentieren. Sie konnten also jederzeit überstimmt werden. Umso mehr Wert legten die Streikfunktionäre von Mannesmann darauf, daß entsprechender Druck auf die gewerkschaftlichen Gremien gemacht wird. Zu den entscheidenden Sitzungen der Tarifkommission wurden denn auch die Kollegen aus den Betrieben mobilisiert, um ihren Vertretern auf die Finger zu klopfen. Die so hergestellte — teilweise — Öffentlichkeit der Sitzungen veranlaßte den IGM-Vorstand zu wüsten Beschimpfungen der Kollegen als „Chaoten“ oder „Knapp'sches Variététheater“.

Die Mannesmänner konnten schließlich die Streik-Niederlage nicht verhindern. Der IG Metall-Vorstand nutzte seine Machtposition, um als Ergebnis die Einführung zusätzlicher Freischichten statt der 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Immerhin lehnten 45 % aller Stahlarbeiter diesen faulen Kompromiß in einer Urabstimmung ab. Bei Mannesmann hatten die Vertrauensleute eine Kampagne zur Ablehnung organisiert. 67 % der Mannesmänner stimmten mit Nein. Auch danach ließen sie nicht locker. In der Auswertung des Streiks forderten sie Konsequenzen:

- Der IGM-Bezirksleiter Kurt Herb wurde zum Rücktritt aufgefordert.
- Den maßgeblichen IGM-Vorstandsmitgliedern Loderer, Mayr und Janßen wurde angekündigt, daß alle drei auf dem nächsten Gewerkschaftstag 1980 nicht mehr die Stimmen der Mannesmänner bekommen.
- Die Tarifkommission soll zukünftig gerechter die Betriebe repräsentieren, ihre Sitzungen sollen öffentlich sein, ihre Mitglieder an das imperiative Mandat der Betriebe gebunden sein.

- Die Mehrheitsbestimmung für Urabstimmungen (75 %-Klausel) soll geändert werden.
- Das Amt des IG Metall-Bezirksleiters soll ein Wahlamt werden.

Diese Forderungen verabschiedeten 160 Vertrauensleute einstimmig. Auch das Amt des IG Metall-Bezirksleiters soll ein Wahlamt werden.

Diese Forderungen verabschiedeten 160 Vertrauensleute einstimmig. Auch in der Folge vertreten die Kollegen von Mannesmann offensiv ihre Forderungen. Knapp trat unter anderem auf (vom IGM-Vorstand nicht genehmigten) Veranstaltungen in Ulm und Hamburg auf.

IGM-Vorstand bereitet die Gegenoffensive vor

Zunächst hielt sich der Vorstand der IGM unmittelbar nach dem Streik zurück und trat den Kritikern nur vorsichtig entgegen. Nachdem sich der spontane Unmut der Kollegen gelegt hatte, wurde die Gegenoffensive vorbereitet.

Am 7. März äußerte sich IGM-Vorsitzender Loderer in der Mitgliederzeitung „Metall“ gegen die Kritiker unter der Überschrift „Kritik ja — Diffamierung nein“. In der März-Ausgabe der Funktionärszeitung „Gewerkschafter“ wird den kritischen Vertrauensleuten ihr Protest als „Mißbildung falschen Demokratiebewußtseins“ vorgeworfen. Ihre Forderungen hätten „nichts, aber auch gar nichts mit innergewerkschaftlicher Demokratie, dafür aber um so mehr mit Spaltung der Organisation zu tun“ (siehe auch AK 150).

Am 11.5.79 fährt der IGM-Vorstand einen Direktangriff gegen die Mannesmänner. Unter namentlicher Nennung des Betriebes Mannesmann-Huckingen (und der Bremer Klöckner-Hütte) erklärt Vorstandsmitglied Janßen gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: „Da, wo wir am laute- sten kritisiert wurden, wurde auch Streikbrucharbeit geleistet“ („FR“, 11.5.79). Den Belegschaften, die so engagiert für Arbeitszeitverkürzung eintraten, warf er außerdem völlig unbewiesen vor, sie würden jetzt nicht die Freischichten nehmen, sondern über Betriebsvereinbarungen diese „versilbern“ (sich also den Lohn auszahlen lassen). Die Mannesmänner reagierten auf diesen Streikbruch-Vorwurf empört: Hatten sie doch in Absprache mit der Streikleitung — und für den IGM-Vorstand überprüfbar — Notdienste im Streik durchgeführt.

Fortsetzung nächste Seite

Der Betriebsrat informiert

Duisburg, 15. Juni 1979
111/79

Definition eines Streikbrechers

Definition: Nachdem Gott die Klapperschlange, die Kröte und den Vampir geschaffen hatte, blieb ihm noch etwas abscheuliche Substanz übrig, und daraus machte er einen Streikbrecher. Ein Streikbrecher ist ein aufrecht gehender Zweibeiner mit einer Korkenzieherseele, einem Sumpfhirn und einer Rückgratkombination aus Kleister und Gallert. Wo andere das Herz haben, trägt er eine Geschwulst rüddiger Prinzipien.

RUFMORD - NICHT MIT UNS !

Wenn ein Streikbrecher die Straße entlanggeht, wenden die Menschen ihm den Rücken, die Engel weinen im Himmel, und selbst der Teufel schließt die Höllentore, um ihn nicht hereinzulassen. Kein Mensch hat das Recht, Streikbrecher zu sein, solange es einen Wassertümpel gibt, der tief genug ist, daß er sich darin ertränken kann, oder solange es einen Strick gibt, der lang genug ist, um sein Gerippe daran aufzuhängen. Im Vergleich zu einem Streikbrecher war Judas Ischariot ein Gentleman. Nachdem er seinen Herrn verraten hatte, besaß er genügend Charakter, sich zu erhängen. Den hat ein Streikbrecher nicht. Esau verkaufte sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht, Judas Ischariot verriet seinen Heiland für dreißig Silberlinge, Benedict Arnold verkaufte sein Land für das Versprechen, daß man ihm ein Offizierspatent in der britischen Armee geben würde. Der moderne Streikbrecher verkauft sein Geburtsrecht, sein Land, seine Frau, seine Kinder und seine Mitmenschen für ein unerfülltes Versprechen seines Unternehmers, seines Trüsts oder seiner Gesellschaft. Esau war ein Verräter an sich selbst, Judas Ischariot war ein Verräter an seinem Gott und Benedict Arnold ein Verräter an seinem Land. Ein Streikbrecher ist ein Verräter an seinem Gott, seinem Land, seiner Familie und seiner Klasse.

Jack London

Die Antwort des Mannesmann BRs auf die Diffamierungen des IGM-Vorstands, dort wo kritisiert wurde, wurde auch Streikbrucharbeit geleistet.

GEW Berlin: DGB-Mitglied zweiter Klasse

Seit fast einem Jahr wird dem Landesvorsitzenden der GEW-Berlin, Gerhard Schmidt, die ihm satzungsgemäß zustehende Mitgliedschaft im DGB-Landesbezirksvorstand Berlin verweigert. Ebenso haben die GEW-Kollegen keine Möglichkeit, in den Gremien des DGB-Landesbezirksverbandes Berlin mitzuarbeiten. Gegen diese diskriminierende Behandlung hat die Landesvertreterversammlung der Westberliner GEW am 16.4. energisch protestiert. Zwar konnte ein Antrag, die Beiträge an den DGB zu stornieren, keine Mehrheit finden, durch den Beschluß wurde jedoch deutlich, daß die GEWler nicht länger gewillt sind, diese ständige Behinderung ihrer Arbeit länger hinzunehmen.

Formal ist der Landesvorsitzende einer Einzelgewerkschaft automatisch Mitglied des DGB-Landesbezirksvorstands. Es bedarf lediglich einer Bestätigung durch den Bundesausschuß des DGB. Der gegenwärtige DGB-Landesbezirksvorstand unter Führung des berichtigten Westberliner DGB-Chef Sickert weigert sich nun, beim Bundesvorstand einen Antrag auf Bestätigung Schmidts zu stellen. Ebenfalls antragsberechtigt wäre die GEW Bund (Frister), die sich bisher jedoch vornehm zurückgehalten hat.

Bis zum Ende letzten Jahres wurde die Nichtbestätigung Schmidts mit der angeblich satzungswidrigen politischen Erklärung der GEW-Berlin begründet. Auf der LVV im Dezember 79 wurde diese Erklärung dann nach Vorschlägen Fristers („um den Weg im DGB-Bundesvorstand bzw. DGB-Bundesausschuß freizumachen“, Frister in einem Schreiben an Schmidt) geändert. In der jetzt gültigen politischen Erklärung hält die GEW-Berlin zwar an ihrer Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fest, verzichtet jedoch auf die Erklärung, die UVBs nicht anwenden zu wollen. Entsprechend diesem Beschluß hat dann Frister in einem Schreiben an den DGB-Chef Vetter um „Bestätigung des Kollegen Schmidt. In diesem Brief konnte sich Frister jedoch nicht enthalten, polemische Seitenhiebe gegen den von

ihm selbst mit angeregtem Beschluß der LVV auszuteilen: „Diese Position erklärt sich im wesentlichen aus der großen Zahl junger Delegierter, die die Entstehungsgeschichte der notwendigen Abgrenzung gegen gewerkschaftsfeindliche Gruppen – die mit der NPD begann – nicht selbst miterlebt haben, die zur gewerkschaftsfeindlichen Rolle der unter den Unvereinbarkeitsbeschlüssen fallenden Gruppen und Organisationen keine Erfahrungen besitzen und sich angesichts der Folgenlosigkeit ihres Handelns dem Genuß radikaldemokratischer Positionen ungetrübt hingeben können“.

Als dann am 18.1. der Westberliner Landesbezirksvorstand des DGB zusammentrat, wurde vollends deutlich, daß die Änderung der poli-



Aus: Berliner Lehrerzeitung 4/5/80

tischen Erklärung der GEW-Berlin keineswegs den Weg in die DGB-Gremien freigemacht hatte. Die DGB-Führer sahen in der Änderung lediglich eine „taktische Modifikation“, der keine veränderte Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zugrunde liegen würde und weigerten sich weiterhin, den Antrag auf Bestätigung Schmidts zu stellen. Ja, Erich Frister mußte sich sogar den Vorwurf der „Augenwischerei“ gefallen lassen. Ende Januar richtete daraufhin Frister ein Schreiben an die Westberliner DGB-Fürsten, in dem er deren Einschätzung, daß die LVV der

GEW-Berlin lediglich ein taktisches Manöver gestartet hätte, voll zustimmte, aber zugleich feststellte, daß nun eine weitere Verweigerung der Mitgliedschaft Schmidts in den DGB-Gremien satzungsrechtlich nicht länger zu vertreten sei. Für die Westberliner DGB-Fürsten zählte derartige nicht. Sie hielten Fristers „Belehrungen zur DGB-Satzung für unverschämte“ (Protokoll des Landesbezirksvorstandes des DGB-Berlin vom 15.2.80) und weigerten sich auch, Fristers Anregung aufzugreifen, Gerhard Schmidt zu einem klärenden Gespräch einzuladen.

Statt dessen wurde der GEW-Berlin auch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß sie sich nicht dem erlauchten DGB-Kreis zugehörig fühlen darf. Anlässlich der Ermordung des türkischen Gewerkschafters Celalettin Kesim hatten diverse Gewerkschafter eine Unterschriftensammlung für das Verbot aller türkischen faschistischen Vereinigungen gestartet, die binnen kurzem 1000 Unterschriften erbrachte. Ein Vertreter des DGB-Berlin erklärte dazu: „Da die Hälfte der Signaturen aus dem DGB in Berlin nicht angehörigen GEW stamme, gehe der DGB sowieso nur von 500 Unterschriften aus“ („Tagesspiegel“, 24.2.80). Erst nach energischen Protesten der GEW wurde diese Äußerung teilweise korrigiert. Da nun offensichtlich war, daß von den Westberliner DGB-Fürsten nichts zu erwarten war, stellte die Westberliner GEW auf der Sitzung des Hauptausschusses der GEW-Bund am 15.3. den Antrag, daß nun die GEW die Mitgliedschaft Schmidts in den Westberliner DGB-Gremien beantragen solle. Doch jetzt übernahm Erich Frister, der zuvor befeuert hatte, daß der Aufnahme satzungsrechtlich nichts im Wege stünde, den Part des Abblockens. Auf seine Initiative hin wurde der Antrag abgelehnt und ein Antrag beschlossen, mit dem der GEW-Berlin ein Maulkorb für innergewerkschaftliche Fragen verpaßt werden soll. Einerseits bittet der Hauptausschuß in seinem Beschluß die Westberliner DGB-Fürsten, den GEWlern Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben,

andererseits heißt es dort: „Der Hauptausschuß erwartet auch, daß Funktionäre und Mitglieder im Bereich des Landesverbandes Berlin jegliche Einmischung in die Angelegenheiten anderer DGB-Gewerkschaften unterlassen, damit das Vertrauen der Gewerkschaften des DGB in die GEW nicht beeinträchtigt wird und auch im Berliner DGB-Bereich wieder ein Vertrauensverhältnis zwischen der GEW und den anderen Gewerkschaften des DGB hergestellt werden kann“. Dieser Beschluß ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Bezirksleitung Kreuzberg der GEW-Berlin in einem Offenen Brief gegen die Veröffentlichung einer Namensliste von ausgeschlossenen Kollegen in der Westberliner „Metall“ (Zeitung der IG-Metall; siehe Artikel in diesem AK) protestiert hatte.

Gegen derartige Bevormundungen hat sich nun die LVV der GEW-Berlin am 16.4. zur Wehr gesetzt. In ihrem Beschluß heißt es: „Die nunmehr über ein Dreivierteljahr verzögerte Aufnahme des Vorsitzenden und der Vertreter der GEW Berlin in die entsprechenden DGB-Landesbezirksgruppen entbehrt jeder juristischen Grundlage; sie muß verstanden werden als Versuch, die GEW-Berlin politisch zu maßregeln. Zu dieser Maßregelung in taktischer Absicht ist zu sagen: Die GEW-Berlin wird keinen Vorschlag akzeptieren, der für die Aufnahme der GEW-Vertreter in die DGB-Gremien den Verzicht auf politische Positionen, die Zensur der blz („Berliner Lehrerzeitung“, Anm.) o.ä. verlangt ... Das Verhalten von DGB und GEW entspricht der im Unvereinbarkeitsbeschluß zum Ausdruck kommenden politischen Haltung.“

Bis die GEW-Berlin ihren Platz in den DGB-Gremien erkämpft hat, wird wohl noch einige Zeit vergehen. Bei der gemeinsamen Demonstration zum 1. Mai wurde sie von den DGB-Fürsten ans Ende des Demozuges verwiesen. Bei der Verteidigung innergewerkschaftlicher Demokratie geht sie voran.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Zusätzliche Argumente für den DGB...

Der nachfolgend abgedruckte Leserbrief aus der „Berliner Lehrerzeitung“ 4/5-80 stammt von Adelheid Steindreisler-Viesel, die zu den linken Kräften im Landesvorstand der GEW-Hessen gerechnet wird. Sie war z.B. die Antragstellerin des Antrags, in dem ein eintägiger Warnstreik in Hessen gefordert wurde (vgl. AK 173, S. 37).

betr.: lesben und DGB

Mit gemischten Gefühlen habe ich Eure Lehrerzeitung Nr. 3/80 gelesen und frage mich, welche politische eigentlich der Landesverband der GEW BERLIN macht. In Eurem redaktionsbericht wird montiert, daß die GEW BERLIN vom DGB nach wie vor ausgeschlossen wird. Diese Haltung des DGBs ist mir allerdings insoweit verständlich, wenn sich das schwergewicht Eurer Arbeit auf lesben in der schule (mittelteil seite 21-28) oder schwule und schwule (vgl. leserbriefe auf seite 44) bezieht. Ich gehe davon aus, daß es auch in Berlin handfeste arbeitsplatzinteressen der kollegen gibt, die es zu lösen gilt.

Ich wäre sehr daran interessiert, zu wissen, was Euch zur verlagerung Eurer Arbeit auf diese schwerpunkte veranlaßt. Jedem ist klar, daß hiermit offensichtlich eine provokation des DGB und des hauptvorstandes beabsichtigt ist.

Adelheid Steindreisler-Viesel
(geschäftsführerin GEW Hessen)

Dazu muß man wissen, daß nicht einmal der DGB bisher (öffentlich) ähnliches geäußert hat. Rein persönlich wird aber auch diese linke Gewerkschafterin nichts gegen den Kampf gegen die Diskriminierung der Lesben und Schwulen sagen wollen. Aber im DGB ...

Fortsetzung von Seite 19

Sie haben diesen Fall unter der Überschrift „Rufmord – nicht mit uns“ dokumentiert. Am 8.6.79 beschließt der IGM-Vertrauenskörper des Betriebes eine Resolution an den Vorstand, in der dieser aufgefordert wird, „in der Presse den Vorwurf des Streikbruchs zurückzunehmen und in den IGM- und DGB-Schulen eine Richtigstellung vorzunehmen“. Der Vorstand wurde zu einem klärenden Gespräch eingeladen, „was allerdings eine Rücknahme der Anschuldigung des Streikbruchs voraussetzt“. Der Vorstand reagierte nicht und nahm erst im September (lauwarm formuliert) die Anschuldigungen zurück. Es war offensichtlich, daß der Zweck dieses Rufmords darin bestand, die radikalen Mannesmann und ihren Betriebsratsvorsitzenden als unglaubwürdige Großmäuler darzustellen und bundesweit zu diffamieren, um so die Solidarisierung bei Disziplinarmaßnahmen zu erschweren.

Diese Disziplinierung setzte mit dem „Untersuchungsverfahren“ gegen Knapp ein. Mit Knapp sollte die Spitze des Widerstands getroffen werden. Die vorzeitige Veröffentlichung des Verfahrens in der Presse am 4.1.80, die Tatsache, daß Loderer Knapp vor Funktionären in Aachen als „Supermarktdieb“ denunzierte, zeigt, daß der IGM-Vorstand mit allen Mitteln den Betriebsratsvorsitzenden abschießen wollte. Bereits 1974 hatte man Knapp in der Weise diffamiert und erreicht, daß dieser auf eine Aufsichtsratskandidatur verzichtete (Knapp soll irgendwann einmal – erwiesenermaßen – eine Fischdose im Supermarkt geklaut haben. Dies war für die IGM-Fürsten zu „ungeheuerlich“. Die Herren beschmutzen sich die Finger nicht mit so kleinen Fischen. Bestechung ist halt „sauber“).

Massenentlassungen werden vorbereitet

Die Mannesmann-Stahlarbeiter waren immer ein harter Brocken für die Unternehmer. Ihre Radikalisierung im Stahlstreik 1978/79 war Ergebnis einer gut vorbereiteten Aufklärungsarbeit durch die gewerkschaftlichen Funktio-

näre. Diese hatten erkannt, daß die derzeit laufende Rationalisierungswelle in der Stahlindustrie ihre Existenz gefährdet. Den radikalen Plan der Stahlkapitalisten, in den 80er Jahren 50.000 Arbeitsplätze (das ist fast jeder vierte!) in der Stahlindustrie wegzurationalisieren, konterteten sie schon vor Beginn der Tarifrunde mit einer ebenso radikalen Forderung nach Einführung der 32-Stunden-Woche (Arbeitszeitverkürzung um 20 %), um die Arbeitsplätze zu erhalten. Wollen die Stahlkapitalisten ihr Ziel verwirklichen, müssen sie den Widerstand der radikalen Mannesmann brechen. Mit der Zermürbung Knapps hoffen sie, einen wichtigen Schritt getan zu haben. Die IG Metall-Führung war ihnen mit der Einleitung des Ausschlußverfahrens dienlich. Sie ist ebenfalls nicht bereit, die radikalen Forderungen der Stahlarbeiter zu unterstützen. Sie hat bereits den Stahlstreik um die 35-Stunden-Woche in die Niederlage geführt und das Stillhalten bei der Arbeitszeitverkürzung bis 1984 vertraglich akzeptiert. Sie hat damit den Weg für Massenentlassungen geebnet, es sei denn, die Belegschaften führen diesen Kampf selbstständig. Dies ist bei Mannesmann nach dem verlorenen Streik ernsthaft diskutiert worden.

Durch Solidarität verhindern, daß ein Exempel statuiert wird!

Am 15.2.80 hat der Mannesmann-Vertrauenskörper Knapp das Vertrauen ausgesprochen und den IGM-Vorstand aufgefordert, das Verfahren einzustellen. Mit Datum vom 12.3.80 begannen 14 Mannesmann-Betriebsräte, vier Mitglieder der Vertrauenskörperleitung und zwei weitere Funktionäre eine Unterschriftensammlung für einen Aufruf „Kein Verfahren gegen Herbert Knapp“. Darin wird festgestellt, daß die Mannesmann solidarisch hinter Knapp stünden und dieser stellvertretend für die kritischen Kollegen diszipliniert werden soll: „Diszipliniert – das hinterläßt einen schalen Geschmack. Das hieße nicht mehr und nicht weniger, als daß in der IG Metall die Möglichkeit zu offener Diskussion nicht mehr bestünde. Daß der Anspruch innerorganisatorischer Demokratie Rost angesetzt hätte. Denn nicht anders muß ein Vorgang beurteilt werden, der offensichtlich zum

Ergebnis hat, daß Minderheitspositionen am Leben und den Entscheidungen der Organisation nicht gleichberechtigt beteiligt sind, sondern durch disziplinarische Verfahren und andere Methoden von der Mehrheit unter einen Konformitätsdruck gesetzt werden“.

In kurzer Zeit unterschrieben 6.000 der knapp 10.000 Mannesmann. Die Unterschriftensammlung lief ebenfalls in anderen Betrieben an (der Vertrauenskörper der Bremer Klöckner-Hütte solidarisierte sich u.a.). Doch die IG Metall konterte. Die Mannesmann-Werksleitung hatte sie darauf hingewiesen, daß im Betrieb Unterschriftensammlungen unter dem IGM-Emblem stattfinden und forderte dazu auf, die Unterschriftensammlung zu untersagen. Daraufhin richtete die Duisburger Ortsverwaltung einen Brief an die Vertrauenskörperleitung, in dem es heißt: „Die von euch eingeleitete Unterschriftensammlung verstößt eindeutig gegen die Bestimmungen unserer (IGM-)Satzung“. Die VK-Leitung wurde aufgefordert, „die im Umlauf befindlichen Unterschriftenlisten einzusammeln“ und bei der IGM-Führung abzuliefern. Damit diese Aufforderung auch richtig verstanden wird, gibt IGM-Führer Bulitz alle, die sich nicht daran halten, zum Abschuß für die Kapitalisten frei: „Dem Werksvorstand der Mannesmann AG Hüttenwerke werden wir mitteilen, daß seitens der IG Metall, Verwaltungsstelle Duisburg, eine Unterschriftensammlung im Werk Huckingen weder eingeleitet, noch durchgeführt wird. Falls solch eine Aktion tatsächlich stattfindet, geschieht dies ohne unsere Genehmigung“ (Schreiben vom 11.3.80).

Die Solidaritätsaktion für Knapp ist durch die überraschende Wende ins Stocken geraten, die Informationen sind widersprüchlich. Eine schnelle Aufklärung der Situation ist notwendig, um weitere Schritte diskutieren zu können. Auf keinen Fall darf die unsichere Lage dazu führen, daß der IGM-Vorstand und die Mannesmann-Werksleitung triumphieren. Ihr Eingreifen bei Mannesmann ist der Versuch, die linke Arbeiteropposition zu liquidieren – dies hat weitreichende Folgen, über den Betrieb Mannesmann hinaus.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

GEW-Berlin gegen Schwarze Listen des DGB

Wenn auch die Westberliner GEW nach der Fusion immer noch nicht mit Sitz und Stimme in den Westberliner DGB-Gremien vertreten ist, so wurde sie doch für würdig befunden, an der innergewerkschaftlichen Radikalenjagd mitzuwirken. Darauf ließen sich die GEW-Kollegen aber nicht ein.

Kurz nach der Fusion erhielt die GEW-Berlin vom Bundesvorstand des DGB, Abteilung Organisation, eine quartalsmäßig erscheinende EDV-Liste, die die Namen aller aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossenen Mitglieder umfaßt. Diese Liste soll offenbar verhindern, daß aus einer Gewerkschaft ausgeschlossene Kollegen in einer anderen Gewerkschaft aufgenommen werden. Eine derartige Liste wurde zum ersten Mal 1977 bekannt, wo sie dann auch dem Russell-Tribunal vorgelegt wurde. Der Landesverband Bayern legte dem Mannheimer GEW-Gewerkschaftstag 1977 einen Antrag vor, in dem der DGB-Bundesvorstand aufgefordert wurde, die gewerkschaftsinterne Veröffentlichung der Listen einzustellen. Bis dies geschehen sei, solle die GEW die Namen ausgeschlossener Kollegen nicht mehr an den DGB weitergeben. Der Antrag wurde in Mannheim nicht behandelt und später dann entsteht vom Hauptausschuß der GEW beschlossen. Dieser Beschluß richtete sich nicht mehr gegen die Praxis der Schwarzen Listen, sondern nur noch gegen etwaige Veröffentlichungen dieser Listen, wie sie z.B. die Vorbereitungsgruppe für das Russell-Tribunal (allerdings unter Streichung der Nachnamen) vorgenommen hatte.

Als der Vorstand der Westberliner GEW nun diese Liste bekam, versuchte er zunächst intern gegen diese Praktiken vorzugehen. Es wurde Kontakt mit dem Datenschutzbeauftragten Westberlins aufgenommen und ein Schreiben an den DGB geschickt, mit der Aufforderung, diese Liste unverzüglich einzuziehen. Kopien dieses Schreibens gingen an den Bundesdatenschutzbeauftragten und den Datenschutzbeauftragten des Landes Hes-

sen, die um Unterstützung gebeten wurden. Für den DGB antwortete Karl Schwab in gewohnt arroganter Manier: Man habe nicht die Absicht, „mit dem Landesverband Berlin der GEW in die Erörterung datenschutzrechtlicher Probleme einzutreten“, hieß es dort. Weiter hieß es in dem Schreiben, man müsse es „als nahezu gewerkschaftsschädigend ... empfinden, wenn ein Landesverband einer Gewerkschaft Behörden einschalten will, um den innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß zu umgehen“.

Einen ersten Erfolg konnte die Westberliner GEW allerdings inzwischen erringen. Die Datenschutzbehörde Köln (Sitz des DGB) teilte mit, daß sie den DGB aufgefordert habe, die Listen einzuziehen und zu vernichten. Es ist allerdings höchst zweifelhaft, ob sich der DGB von derartigen Behörden in seinen „innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß“ hineinreden läßt.

Noch ärger mit den Listen ausgeschlossener Kollegen trieb es die IG-Metall-Westberlin. Wie schon in den Jahren 1974, 1975 und 1976 wurde in der „metall“ 3/80 eine Liste mit den Namen ausgeschlossener Kollegen veröffentlicht und damit diese Kollegen den Kapitalisten zum Abschuß freigegeben. Gegen diese Denunziation hat die Bezirksleitung Kreuzberg der GEW in einem Offenen Brief an die Westberliner IG-Metall protestiert. In dem Schreiben heißt es: „Sollte Euch wirklich nicht bekannt sein, daß derartige Listen mit den Namen von Kollegen, die zumeist im Zusammenhang mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden, ein gefundenes Fressen für den Verfassungsschutz und die Arbeitgeberseite darstellen? Kann man denn glaubwürdig gegen die Überprüfung Tausender Betriebs- und Personalräte durch den Verfassungsschutz eintreten, wenn man gleichzeitig zu solchen Namenslisten schweigt, sie billigt oder sogar selbst noch veröffentlicht?“ („Berliner Lehrerzeitung“, 4/5-80).

Ein Hamburger Lehrergenosse

»Aktion Gläserne Schule«: Kampfmaßnahme oder Luftablassen?

An knapp 100 Schulen, getragen von ca. 2.000 Lehrern, findet seit dem 14.4. in Hamburg die Aktion Gläserne Schule statt. Für 14 Tage verlegen diese Lehrer ihren Arbeitsplatz ganz in die Schule, wo sie bis 17 Uhr Unterricht vorbereiten, Arbeiten korrigieren, Verwaltungsaufgaben erledigen, Elterngespräche führen etc. Ziel der Aktion ist es, deutlich zu machen, daß die normale Lehrarbeit während der im öffentlichen Dienst geltenden Arbeitszeit von 40 Std. (unter Anrechnung der längeren Ferien kämen die Lehrer auf 42,5 Std.) nicht zu schaffen ist und daß die Lehrer somit ständig unbezahlte Mehrarbeit leisten. Die Forderung der Lehrer nach einer Senkung ihrer Stundenzahl und damit verbunden nach Einstellung von mehr Lehrern soll damit unterstrichen werden.

Das Konzept der Gläsernen Schule ist nicht neu. Erstmals erprobt im letzten Herbst in Bremen wurde es unmittelbar vor der Arbeitsniederlegung am 13.11.79 an sechs Hamburger und einigen Bremer Schulen durchgeführt. Die Bremer sahen darin eine dezentrale Weiterführung ihrer zentralen Streikaktion vom Juli, in Hamburg wurde die Gläserne Schule als mobilisierende Maßnahme für die bevorstehende Arbeitsniederlegung diskutiert. Auch als in Köln vom 25. bis 29.2. 17 Schulen die Gläserne Schule praktizierten, stand dies im Zusammenhang mit der für den 5.3. geplanten Arbeitsniederlegung, für die dann aufgrund der Demobilisierung des Landesvorstands nicht die erforderliche Stimmenzahl zustande kam.

Was für die Kollegen kein Widerspruch war — Streik und Gläserne Schule — wurde von den Gewerkschaftsvorständen gegeneinander ausgespielt. Unmittelbar nach der Arbeitsniederlegung am 13.11.79 wurde vom Hauptvorstand der GEW nicht nur die beteiligte Parole ausgegeben: „Atempause für die Kleinarbeit“, sondern es wurde auch massiv auf die Gläserne Schule orientiert. Möglichst in allen Landesverbänden in vielen Städten sollte die Gläserne Schule durchgeführt werden.

Gläserne Schule als Ersatz für ausgefallene Kampfmaßnahmen, diese Tendenz spricht auch aus dem Beschluß der Funktionärskonferenz der GEW Baden-Württemberg vom 19.1.80, wo es heißt: „Die für den Februar 1980 in Erwägung gezogene Arbeitsniederlegung wird nicht durchgeführt (...). Zur Unterstützung der Verhandlungen soll versucht werden, Kollegien für die Aktion Gläserne Schule zu gewinnen“. Auch in Niedersachsen wurde auf einer Funktionärskonferenz im Januar eine landesweite Aktion Gläserne Schule beschlossen, nachdem ein Antrag auf eine Urabstimmung über einen eintägigen Streik nicht die erforderliche Mehrheit bekommen hatte.

Gläserne Schule — Eine Kampfmaßnahme?

Von vielen Befürwortern der Gläsernen Schule wird vertreten, sie sei eine „Arbeitskampfmaßnahme“ aufgrund der Verweigerung von Mehrarbeit“ („Berliner Lehrer-Zeitung“ 4/5-80). Auch die Bremer sehen in der Tatsache, daß unvorbereiteter Unterricht erteilt wird, eine „Konfliktstrategie“. Zunächst fällt dabei die vollständige Desinteresse auf, mit dem der staatliche Dienstherr auf die Aktion reagiert. In Bremen reagierte die Schulaufsicht nur, als der Satz einer Lehrerin vor ihrer Klasse: „Ich bin nicht vorbereitet“ fürs Fernsehen aufgenommen wurde. Das Desinteresse kommt nicht von ungefähr. Vor allem Arbeit im pädagogischen Bereich bleibt liegen (keine Unterrichtsvorbereitung, keine Lehrer-Schüler-Gespräche), die zum einen kaum eine Kontrolle durch die Schulaufsicht erlaubt, zum anderen wird hier aber auch das vollständige Desinteresse der Bürokratie an der Qualität des Unterrichts deutlich.

Hinzu kommt, daß an einigen Schulen von vornherein beschlossen wurde, zusätzlich zur Arbeit in der Schule liegengeliebene Arbeiten zu Hause nachzuholen (z.B. in Saarbrücken, in Schorndorf und in Seelze (Niedersachsen)). Der Hintergrund ist nicht nur „das pädagogische Gewissen“, sondern vor allem die nackte Angst, nach Beendigung der Aktion vor einem riesigen Berg liegengeliebener Arbeit zu stehen. In Frankfurt

mußten die Kollegen nach der Aktion „Nachschichten“ („FR“, 17.3.) einlegen, um Liegengeliebene aufzuarbeiten. Dies entspricht der Linie, die die GEW-Bund ausgegeben hat: „Es ist aber für die GEW klar, daß es sich hier nicht um eine heimliche Form der Arbeitsniederlegung handelt. Es ergibt sich daher von selbst, daß die liegengeliebene Arbeiten nach Durchführung der Aktion 'Gläserne Schule' nachgeholt werden müssen“ („Im Brennpunkt“, 2/80). Einerseits die Aktion als Ersatz für Kampfmaßnahmen verkaufen, andererseits ihr jeglichen Verweigerungscharakter nehmen — ein gekonnter Balanceakt der GEW-Führung.

Arbeitsbelastung wird transparent

Auffälligstes Ergebnis für alle Beteiligten ist wohl, daß eine Arbeitszeit von 42,5 Std. bei weitem nicht ausreicht, um alle im Lehrerberuf notwendigen Arbeiten zu erledigen. In Hamburg kam heraus, „daß zwischen 40 und 50 Prozent der täglichen Arbeit unerledigt liegenbleiben (...) Bestenfalls nur noch zwei Drittel der vormittäglichen Unterrichtsstunden waren angemessen vorbereitet. Arbeitsmaterialien wurden nur noch in Ausnahmefällen erstellt, Verwaltungskram blieb unerledigt, Briefe an die Eltern konnten nicht geschrieben werden“. In Westberlin wurde festgestellt, daß nur bei einer 51-Std. Woche alle Arbeiten zu erledigen sind. Die Bremer stellten fest, daß sich bei vierwöchiger Dauer der Gläsernen Schule die Schwierigkeiten noch erheblich verstärken. Dort konnten in der vierten Woche 58 % aller Unterrichtsstunden nur unvorbereitet erteilt werden. Insgesamt dürften die sinnliche Erfahrung der Arbeitsbelastung, die sonst über die Abendstunden und das Wochenende verteilt nicht so ins Bewußtsein tritt sowie das Erlebnis der Gemeinsamkeit bei der Arbeit zu den wesentlichen Ergebnissen der Gläsernen Schule gehören. Weniger erfolgreich scheint hingegen die Außenwirkung zu sein. In allen Berichten klagen die Lehrer über mangelnde Elternbesuche, die ja mit dem Anspruch, die Schule „gläsern“ zu machen, angestrebt werden. Aber wer will es gerade Arbeitereltern, die ja ihre Erfahrungen mit der Schule gemacht haben, verübeln, wenn sie die Schule nicht öfter als unbedingt nötig betreten. Auffällig ist auch die positive Resonanz der Presse, die noch bei der Arbeitsniederlegung über die Lehrer hergezogen war. Aber den Zweck dieser Berichterstattung hat das ZDF in einem Kommentar auf den Kopf getroffen: Es gehe auch ohne Streik!

Mitmischen?

Eine Reihe von Linken in der GEW lehnt eine Beteiligung an der Aktion Gläserne Schule ab, weil sie darin nur ein Ablenkungsmanöver der Gewerkschaftsführung sehen. Auch wenn der Gläsernen Schule bei der Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung für Lehrer kein zentraler Stellenwert zukommt, wäre es falsch, diese Aktion gegen weiterführende Kampfmaßnahmen auszuspielen. Nicht die Gläserne Schule verhindert die Durchführung von Arbeitsniederlegungen, sondern die Gewerkschaftsvorstände. Eine aktive und bewußte Mitgliedschaft kann das Konzept der Vorstände am ehesten durchkreuzen. Die Gläserne Schule kann ein Beitrag dazu sein, wenn die während der Aktion guten Möglichkeiten zur Diskussion mit den Kollegen genutzt werden.

Ein Hamburger Lehrergesosse



Dortmunder Beschäftigte im Öffentlichen Dienst beim Streik

Tarifnachrichten

Die mehr als 2 Mill. Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst erhalten vom 1. März an 6,3 % mehr Lohn und Gehalt, darauf einigten sich Ende März die Gewerkschaft ÖTV und die Vertreter des Staates.

Der Tarifabschluß sieht weiter eine Erhöhung des Urlaubs um einen beziehungsweise zwei Tage vor, sowie eine als „soziale Komponente“ bezeichnete geringfügige zusätzliche Anhebung der untersten Lohngruppen.

Für den Fall, daß die Erhöhung 110 DM nicht erreicht, erhält der Arbeiter oder Angestellte einen entsprechenden Ausgleich. Die vermögenswirksamen Leistungen werden bei allen, die weniger als 1.900 DM verdienen, um 13 % erhöht. Dieser Betrag wird bis 1981 als „persönlicher Zuschlag“ gezahlt und danach als Erhöhung der vermögenswirksamen Leistung.

Mit diesem Abschluß hat auch die ÖTV-Führung ähnlich wie vorher die IG Metall den geforderten Mindestbetrag mit dem Ziel, die unteren Lohngruppen überproportional anzuheben, zugunsten einer einmaligen Ausgleichszahlung fallengelassen.

Dabei hatte vor allem der ÖTV-Vorsitzende Klunker bei Verhandlungsbeginn getönt, daß ohne einen Mindestbetrag ein Abschluß nicht denkbar sei, und man notfalls hierfür auch streiken werde. Noch kurz vor dem Abschluß hatte Klunker die „Arbeitgeber“ ultimativ aufgefordert, ein diesbezügliches Angebot vorzulegen.

Begleitet wurde das ÖTV-Ultimatum von mehrstündigen Warnstreiks zehntausender Arbeiter und Angestellten in ganz Deutschland.

Begleitet wurde das ÖTV-Ultimatum von mehrstündigen Warnstreiks zehntausender Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe, der Stadtreinigungen, des Gesundheitsdienstes und in Postämtern in etwa 20 Städten. Im Ruhrgebiet hatten an einem Tag praktisch alle Beschäftigten der Nahverkehrsbetriebe gestreikt.

Insbesondere in Nordrhein-Westfalen hatten die kommunalen „Arbeitgeber“ Städte und Gemeinden aufgefordert, „Rädelsführer“ fristlos zu

feuern und auch mit Schadensersatzforderungen für den Ausfall von Dienstfahrzeugen gedroht.

Trotz solcher Drohungen verzichtete die ÖTV-Führung sogar noch darauf, eine Schutzklausel für alle an den Streiks Beteiligten mit in den Tarifvertrag aufzunehmen.

Klunker erklärte hierzu lediglich, daß Lohnabzüge für die Streikzeit von der Gewerkschaft ersetzt werden.

...

7,45 Prozent für Hamburgs Heizungsmonteur

Nachdem die etwa 1.600 Heizungsmonteur in Hamburg in einer dreitägigen Urabstimmung mit einem eindeutigen Votum von 89,1 % für Streik gestimmt hatten, einigten sich Gewerkschaftsführer und Unternehmer auf folgendes Verhandlungsergebnis:

7,45 % mehr Lohn und Gehalt, Vorweganhebung der Gehaltsgruppen K/T 2 und 3 zwischen 40 und 20 DM, stufenweise Einführung von 30 Tagen Urlaub für alle.

In der zweiten Urabstimmung stimmten 66,3 % der Gewerkschaftsmitglieder für die Annahme dieses Ergebnisses.

...

Montage-Tarifverhandlungen 4000 Monteure im Warnstreik

Seit über drei Jahren verhandelt die IG Metall erfolglos über einen neuen Manteltarifvertrag für die rund

Seit über drei Jahren verhandelt die IG Metall erfolglos über einen neuen Manteltarifvertrag für die rund 200.000 Monteure. Vor Beginn der 22. Verhandlungsrunde streikten am 15.4. etwa 4.000 Monteure für rund drei Stunden. Schwerpunkte dieser Protestaktionen waren die Konzerne SEL und BBC. Die IG Metall fordert unter anderem eine Erhöhung des Montagezuschlages von 12 auf 15 % des Tariflohnes.

...

6,6 Prozent Abschluß in der Bauindustrie

Schon nach der dritten Verhandlungsrunde einigten sich die Tarifpartner im Baugewerbe. Die 900.000 Arbeiter erhalten vom 1. Mai an 6,6 % mehr Lohn, ursprünglich waren 9,5 % gefordert worden.

Das Außergewöhnliche an dem Abschluß besteht darin, daß die Facharbeiter zusätzlich 1,5 bis 2,3 Prozent extra erhalten, während ein Hilfsarbeiter lediglich auf 6,6 Prozent kommt.

Ein Sprecher der Industrie erklärte, „wir wollten damit ein Signal für den öffentlichen Dienst setzen“. Die IG Bau äußerte sich zufrieden über den Abschluß, der die unteren Lohngruppen benachteiligt.

...

Bergbau-Tarifrunde

Auch die zweite Verhandlungsrunde für die rund 140.000 Beschäftigten des Steinkohlebergbaus an der Ruhr verlief ergebnislos. Die IG Bergbau hatte Lohn- und Gehaltserhöhungen von 9,5 % gefordert. Nach Angaben der Gewerkschaftsführer soll in dieser Tarifrunde „alles getan werden, um die Bergleute wieder an die Spitze der Lohnskala zu bringen“.

...

Chemietarife wurden gekündigt

Chemietarife wurden gekündigt

Die Tarifverträge für die Beschäftigten der chemischen Industrie in den Bezirken Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz wurden zum 30.4. gekündigt. Die Forderungen betragen zwischen 8,2 und 11,2 % — je nach Lohngruppe und Bezirk. Für Auszubildende werden Festbeträge zwischen 55 und 80 Mark verlangt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Stuttgarter Müllwerker blockieren den Rathausplatz

Danielowski gewinnt Kündigungsschutzprozeß

Am 28.3. gab das Arbeitsgericht Göttingen der Kündigungsschutzklage von Jürgen Danielowski gegen die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben statt (wir berichteten im AK über den Fall).

Das Gericht begründete sein Urteil damit, daß Danielowski aus betriebsverfassungsrechtlicher Sicht in die Arbeitsgemeinschaft AuL integriert ist und das Gericht sich deshalb der Ansicht des Arbeitsgerichtes Hanno-

ver anschließt, daß Danielowski rechtmäßiges Mitglied des Betriebsrates AuL Niedersachsen ist. Aus dem besonderen Kündigungsschutz für Betriebsratsmitglieder folge nun, daß vor einer Kündigung Danielowskis die Zustimmung des Betriebsrates hätte eingeholt werden müssen. Das war nicht geschehen, somit sei die Kündigung Danielowskis „unheilbar nichtig“. Das Gericht brauchte nicht zu entscheiden, welcher Betriebsrat für Danielowski zuständig ist, es war

ja sowieso überhaupt kein Betriebsrat gehört worden.

Die Kosten trägt der Beklagte, der Streitwert beträgt 7.500 DM.

So ging also auch diese Runde des gerichtlichen Streits um die Willkürherrschaft der AuL-Vorstände positiv für Südniedersachsens Gewerkschafter aus. Arbeit und Leben ist jedoch bisher weder auf Bundes- noch auf Landesebene bereit, sein „Slüberungsvorhaben“ aufzugeben. AuL-Bund geht zunächst in die Be-

rufung. Sollte das ebenfalls scheitern (was keinesfalls sicher ist), wird möglicherweise die ganze Sache von vorn aufgerollt — dann aber sicher in einer rechtlich weniger anfechtbaren Form.

In der weiteren Auseinandersetzung wird viel davon abhängen, daß die breite Solidarität, die Jürgen Danielowski bisher erfahren hat, anhält und so weiterer Druck auf die Vorstände von AuL ausgeübt wird.

KB Göttingen

»Den Kommunisten Stacheldraht um die Werkbänke rumbauen«

Ein Hort kämpferischer Gewerkschaftspolitik ist die Westberliner DGB-Spitze nie gewesen. Neue Glanzlichter stark rechtslastiger Auffassungen hat nunmehr der DGB-Landesvorsitzende Walter Sickert, immer noch Sozialdemokrat, Anfang März mit seinen Äußerungen in einem Interview zu Streik und Aussperrung sowie zur „Unterwanderung“ durch DKP/SEW gesetzt. Sickerts Gesprächspartner waren seinen Auffassungen durchaus angemessen: die Redaktion der „Berliner Rundschau“, zentrales Parteiorgan der Westberliner CDU. Sickert gelangt damit zu der zweifelhaften Ehre, einen würdigen Platz unter jenen berüchtigten Kanalarbeitern einzunehmen, die ihre Reihen mit solch berüchtigten Namen wie Horst Niggemeier (IG Bergbau), Hans Schwalbach (ÖTV Schleswig-Holstein) oder Adolf Schmidt (IG Bergbau-Chef) zieren und die allesamt Mühe haben, ihre CDU/CSU-Politik noch als sozialdemokratisch zu verkaufen. Oder sollte es vielmehr so sein, daß diese Leute die eigentliche sozialdemokratische (Gewerkschafts-) Politik formulieren, nur eben ohne Seife und Schaum ...?

Was Sickert der CDU so steckte

Genüßlich wußte die „Berliner Rundschau“ zu berichten: „Als größtes Problem innenpolitischer Art nannte Sickert die wachsende Zahl der am Bedarf vorbeigeleiteten arbeitslosen Akademiker. Die Revolution, so Sickert, werde nicht von den Arbeitern kommen, sondern von den Intellektuellen. „Die haben nämlich an den Universitäten sogar gelernt, wie man eine Revolution macht; die kaufen nicht erst eine Bahnsteigkarte, wenn sie auf dem Bahnhof Putz machen wollen. Sie können für uns in Berlin eine Gefahr werden, die wir noch gar nicht überschauen können“.“

Ähnliches war jüngst aus dem bayerischen Kultusministerium zu hören, wo Pläne geschmiedet werden, den Zugang zu den Gymnasien künstlich zu erschweren.

Befragt nach seiner Sicht von Streik und Aussperrung, sagte Sickert: „Das absolute Recht zur Aussperrung ist genauso falsch wie das absolute dauernde Streiken um Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen“.

Unwiderrprochen ließ Sickert die Feststellung der CDU-Redakteure, daß „die Gewerkschaften in unserer Gesellschaft einen Ordnungsfaktor darstellen“. Dies habe, so die CDU'ler, bei Intellektuellen und der Jugend Mißtrauen hervorgerufen, und es mache sich innerhalb des DGB eine alternative Gewerkschaftsbewegung breit. Befragt, wie der DGB darauf einzugehen gedenke, kam Sickert ins Schwärmen: „Wenn ich daran denke, daß noch zu Zeiten des Mauerbaus, wenn bei Siemens, Borsig oder sonstwo jemand sich als Kommunist bezeichnete, man ihm einen Stacheldraht um die Werkbank rumbaute, damit auch sichtbar deutlich wurde, wer er ist, hat sich doch eine Toleranz in der Gesellschaft gegenüber diesen Gruppen ergeben. Eine Toleranz dergestalt, daß sie überall auftreten und nicht mehr, wenn Sie so wollen, angegriffen werden“. Bezogen auf die „alternative Gewerkschaftsbewegung“ sagte er dann: „Weil wir merkten, daß wir zu stark unterwandert wurden, erfanden einige ein meiner Ansicht nach vollkommen stumpfes und falsches Mittel, nämlich aufzuteilen in gute und schlechte Kommunisten. Nämlich in Kommunisten links und rechts von der Moskauer Linie. Das war für mich der idiotischste Beschluß, den es je gegeben hat, und er bleibt auch für mich so, denn wer SEW und DKP als gute Kommunisten bezeichnet und aufnehmen läßt und andere als schlechte Kommunisten, nämlich weil sie links oder rechts von dieser Linie liegen, der hat sich selbst schizophoren gemacht“.

Preisfrage an alle AK-Leser: Hat Sickert bei Stoiber abgeschriebe oder Stoiber bei Sickert? Obwohl nur zwei Antworten möglich sind, dürfte die Lösung nicht ganz einfach sein.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Ein Loch in der Mauer des Schweigens?

Dritter Prozeßtag Grimm gegen Verfassungsschutz

Schmid packt aus

Wesentlich ergiebiger war die Aussage des früheren Kämpeler-Stellvertreters Schmid. Er wiederholte noch einmal seine schon durch die Medien bekannte Aussage zur Entlassung von Rainer Grimm, daß dieser — nach einer Denunziation durch den damaligen rechten Betriebsrat — vom Verfassungsschutz überprüft worden war. Das Ergebnis erfuhr Schmid von Kämpeler persönlich: Teilnahme an einer Anti-NPD-Demonstration.

Schmid war bei mehreren Gesprächen mit dem Verfassungsschutz dabei und hatte selbst mitgeköpft, wie der Verfassungsschutz Kämpeler telefonisch unterrichtet habe. Dabei seien auch reihenweise konkrete und detaillierte „Erkenntnisse“ über die Betroffenen mitgeteilt worden. Auf Nachfrage der Richter nannte Schmid locker fünf Fälle mitsamt der jeweils vom Verfassungsschutz stammenden Einzelerkenntnisse, die in vier Fällen zur Entlassung der Betroffenen geführt haben. Weitere zwanzig oder mehr Fälle bot er dem Gericht an, falls dies erforderlich sei. Alle diese Informationen habe er mündlich von Kämpeler erhalten und sei durch seine Zuständigkeit auch jeweils mit den Folgen dieser Verfassungsschutz-Erkenntnisse befaßt gewesen, nämlich mit den dann folgenden Entlassungen, freilich mit unverfänglichen Kündigungsbegründungen. Aber diese Vorgänge seien auch allgemein im Kreise der Mitarbeiter der Personalabteilung bekannt gewesen, da er mit seinen Leuten darüber gesprochen habe. Nachdem er wegen Differenzen zu Kämpeler in der Frage der Überprüfungen seit etwa 1976 nicht mehr selbst direkt mit der Erstellung der Listen für den Verfassungsschutz befaßt war, habe er viele Gespräche mit dem Leiter der Abteilung gehabt, der dies in der Folgezeit zu erledigen hatte und deshalb oft unter Gewissensdruck gestanden habe.

Vom Gericht befragt, äußerte sich Schmid nach einigem Zögern auch zu seinem Ausscheiden bei HSW und den Gründen, die ihn zur Veröffentlichung seines Wissens veranlaßt haben. „Ich hätte, als ich zum Verfassungsschutz meines Wissens veranlaßt habe. So hätten sich die Auseinandersetzungen zwischen ihm und Kämpeler um die Überprüfungen immer mehr zuspitzt, so daß eine weitere Zusammenarbeit schließlich nicht mehr möglich war. Den Schritt an die Öffentlichkeit habe er aber erst getan, nachdem er eines Abends von Kämpeler Sekretärin angerufen worden war, die ihm unter Tränen mitgeteilt habe, daß sie gekündigt habe, weil sie bei den Überprüfungen nicht mehr weiter mitmachen wolle und überhaupt den Druck nicht mehr aushalte. Damit sei für ihn, so Schmid, das Faß übergelaufen. Es sei für ihn nicht etwa persönliche Rivalität ausschlaggebend gewesen, sondern der soziale Schaden, der in vielen Fällen mit den Verfassungsschutz-Informationen angerichtet worden sei.“

Kämpeler auf dem Rückzug

Nach dieser Zeugenvernehmung, die bei den Richtern sichtlich Eindruck gemacht hatte, wurde Kämpeler erneut in den Zeugenstand gerufen. Konfrontiert mit den Aussagen von Schmid, blieb er aber zunächst dabei, daß er keine Erinnerung an den Fall Grimm habe. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, behauptete er, daß die Teilnahme an der Anti-NPD-Demonstration schon deshalb keine Rolle gespielt haben

könne, weil dies ja kein Entlassungsgrund sei. Auf mehrfaches Nachfragen sagte Kämpeler: „Man soll im Leben zwar nie etwas ausschließen, aber ich halte es für unmöglich, daß in diesem Fall Einzelerkenntnisse weitergegeben worden sind“. Dann aber kam sein Gebäude aus Erinnerungs-lücken deutlich ins Wanken. So mußte er — entgegen seiner ersten Aussage an diesem Tag — zugeben, daß es Fälle gegeben habe, in denen Einzelerkenntnisse an ihn weitergegeben worden sind. Er, der sich zuerst an nichts hatte erinnern wollen, wußte plötzlich zu den von Schmid genannten Fällen Details, etwa über vermeintliche Organisationszugehörigkeit von einigen Betroffenen. Lediglich im Fall eines türkischen Dolmetschers nannte er, offenbar in der Absicht, Schmid zu widerlegen, die ihm vom Verfassungsschutz genannten Informationen.

Mit dieser Aussage ist die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen ganz erheblich erschüttert worden.

Prozeß nunmehr vor der Entscheidung?

Rechtsanwalt Nikolaus Piontek, der die Vertretung von Rainer Grimms Interessen wahrnimmt, hatte nach der Aussage des früheren Kämpeler-Stellvertreters Schmid dessen Verteidigung beantragt. Wie so oft in diesem Verfahren konnte sich das Gericht, das sich bislang noch nicht einmal endgültig zur Annahme der Klage geäußert hat, nicht zu einer sofortigen Entscheidung des Antrags durchringen. Erst nach der zweiten Vernehmung Kämpelers zog es sich zur Beratung des Verteidigungsantrags zurück. Der Vorsitzende Richter Bleß kündigte dabei noch an, daß sich das Gericht auch Gedanken darüber machen werde, ob die Klage mittlerweile zur Entscheidungsfähigkeit gelangt sei oder ob die Beweisaufnahme noch durch die Vernehmung weiterer Zeugen fortgesetzt werden solle.

Erst am Nachmittag war über die Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts das Ergebnis der Beratung zu erfahren gewesen. Die Verteidigung Schmidts sei abgelehnt, da nicht erforderlich gewesen. Die Verteidigung Schmidts sei abgelehnt, da nicht erforderlich. Weiterhin zog das Gericht seinen eigenen Antrag auf Beiziehung der „Verfassungsschutz-Akte Grimm“ zurück, da ebenfalls nicht mehr erforderlich. Weitere Zeugen sind bislang nicht zur Ladung vorgesehen. Mit einer Entscheidung, die möglicherweise schon das Urteil sein könnte, ist nicht vor dem 5. Mai zu rechnen.

Somit ist angedeutet, daß der Rechtsstreit im Sinne Grimms positiv entschieden werden könnte. Das wäre ein wichtiger Sieg im Kampf gegen die allgegenwärtige Schnüffelei und Denunziation des Verfassungsschutzes.

Aber auch die Hamburger Innenbehörde wäre mit einem blauen Auge davongekommen. Den Verfassungsschutzern scheint durch den „kurzen Prozeß“ der Präzedenzfall erspart zu bleiben, erstmalig in einem Gerichtsverfahren eines ihrer Geheimdossiers vorlegen zu müssen. Denn das hat es in der westdeutschen Justizgeschichte bislang nicht gegeben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft Kontaktadresse zu diesem Verfahren:
Rainer Grimm, Heysestr. 20,
2050 Hamburg 80,
Tel: 040/720 68 25
Spendenkonto:
218 28 32 600 Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, BLZ 200 101 11
Stichwort: HSW-Geschädigte

Seit 10 Wochen im Streik!



IGM-Vorstand bei den streikenden Kollegen

Am 7. Februar legten die Kollegen der Sauerländer Maschinenfabrik Spinner die Arbeit nieder. Vorausgegangen war eine Urabstimmung, bei der sich 24 von 25 IG Metallern für den Arbeitskampf entschieden hatten. Insgesamt arbeiten bei Spinner 36 Beschäftigte und zwölf Auszubildende. Die Auszubildenden sind von der IG Metall nicht mit zur Urabstimmung und zum Streik aufgerufen worden. Sie sollten auch während des Streiks weiter ausgebildet werden.

Die Kollegen streiken für einen Werkvertrag, der dem gültigen Manteltarifvertrag gleicht. Der Firmenboß Spinner, nicht Mitglied im Arbeitgeberverband, hatte in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, das Urlaubsgeld, das Weihnachtsgeld und auch die vermögenswirksamen Leistungen einzuschränken. Schön in den letzten zwei Jahren hatten die Kollegen nur durch spontane Sitzstreiks in der Werkskantine die volle Auszahlung dieser Gelder durchsetzen können.

Auch diesmal ist ein Auslöser des Streikwillens der Kollegen die Höhe der vermögenswirksamen Leistungen, Spinner zahlt nur 26 DM anstatt der üblichen 52 DM. Aber jetzt haben es

die Kollegen satt, um jeden Pfennig kämpfen zu müssen und wollen einen abgesicherten Tarifvertrag.

Nach fünfwöchigem Streik gab es Mitte März die ersten Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Geschäftsleitung, die aber sehr schnell ergebnislos abgebrochen wurden. Die Kollegen wollen den Streik solange fortsetzen, bis Spinner den Vertrag unterschreibt.

Inzwischen hat Spinner drei junge Arbeiter fristlos entlassen, die während des Streiks ausgemerzt hatten und sich dann sofort dem Streik angeschlossen hatten. Die IG Metall hat sofort arbeitsrechtliche Schritte dagegen eingeleitet. Weiter besteht der Verdacht, daß die anderen Auszubildenden zu Streikbrecherarbeit eingesetzt werden. Die Industrie- und Handelskammer wiegelt ab und konstatierte, daß „die Art und Weise der Ausbildungsgestaltung bei der Firma Spinner keinen Anlaß zur Beanstandung (gibt)“.

Die IG Metall will diesen Streik weiterhin unterstützen und sogar der IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer machte einen Abstecher und besuchte die streikenden Kollegen.

Metallkommission

Die vom Gericht geladenen Zeugen ließen einen spannenden Prozeßtag erwarten. In dem Verfahren, daß der ehemalige Betriebschlosser der Hamburger Stahlwerke, Rainer Grimm, gegen den Verfassungsschutz eingeleitet hat, um die Rolle des Geheimdienstes bei seiner Entlassung im Jahre 1976 aufzuklären, waren der damalige Personalchef Kämpeler (der die Kontakte zum Verfassungsschutz unterhielt) und sein Stellvertreter Schmid geladen. Schmid hatte im Frühjahr 1978 durch seine Veröffentlichung die als „HSW-Skandal“ bekanntgewordene Affäre ins Rollen gebracht. Vor nur dünn besetzten Zuhörer-Bänken gelang es, erste Breschen in die Mauer des Schweigens zu reißen, mit der der Verfassungsschutz und HSW ihre Zusammenarbeit umgeben.

Getreu seiner bisherigen Prozeßstrategie stellte sich auch an diesem 16. April der Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Lamprecht, weitgehend dumm. Das Gericht hatte nach der letzten Verhandlung den Beschluß gefaßt, daß das Landesamt die Akte Grimm, deren Existenz ursprünglich von Lamprecht überhaupt bestritten worden war, nunmehr vorzulegen hätte. Diesen Beschluß, so Lamprecht, habe er übersehen. Nicht zu übersehen war für die Prozeßbeobachter, wie hier vom Verfassungsschutz auf Zeit gespielt wurde. Jedoch waren für diesen Tag die Karten anders gemischt.

Personalchef Kämpeler im Zeugenstand

In seiner Darstellung der Überprüfungspraxis bemühte sich Kämpeler weniger um Wahrheitsfindung, als darum, die eigene Weste reinzuwaschen. So lag ihm daran, die seinerzeit von der HSW-Geschäftsleitung aufgestellte Behauptung zu widerlegen, sie habe von den ganzen Überprüfungen nichts gewußt. Tatsächlich ließe sich, so Kämpeler, anhand von Dokumenten belegen, daß seit dem 7.7.1971 eine Anweisung des HSW-Mutterkonzerns Korf Stahl AG und der Hamburger Geschäftsführung bestünde, daß alle neu eingestellten Belegschaftsmitglieder zu überprüfen seien, he, daß alle neu eingestellten Belegschaftsmitglieder zu überprüfen seien.

Diese Überprüfungen, so Kämpeler, seien in der Weise abgelaufen, daß schriftliche Namenslisten an den Verfassungsschutz übergeben worden seien, die Antworten seien mündlich — telefonisch oder bei Dienstbesuchen — zurückgekommen. Ab einem bestimmten Zeitpunkt seien statt der Namenslisten Formularvordrucke des Verfassungsschutzes benutzt worden. Er selbst habe nie exakt gewußt, wer im einzelnen abgefragt wurde. Dafür seien die Leiter der Abteilungen Gehalts- und Lohnempfänger zuständig gewesen. Auch an den Fall Grimm habe er keine konkrete Erinnerung und könne ihn nur aus den Akten nachvollziehen. Vom Verfassungsschutz habe er lediglich Mitteilung darüber erhalten, daß über den jeweiligen Abgefragten „Erkenntnisse“ oder eben „keine Erkenntnisse“ vorgelegen haben. Er konnte sich daran erinnern, daß ihm auf die Nachfrage, welcher Art die Erkenntnisse seien, von dem zuständigen Verfassungsschutz-Schnupper die Antwort gegeben wurde: „Keine Auskunft“.

Nicht mehr geklärt wurden Einzelheiten darüber, wie und von wem die von Kämpeler geschilderte Vernichtung der bei HSW gesammelten Akten über die Verfassungsschutz-Kontakte nach den ersten Presseveröffentlichungen veranlaßt worden war.

Wie bereits in AK 172 berichtet, haben etwa 30 der am 15.1.1980 entlassenen Kollegen der Reichsbahn (im Besitz der DDR) Einspruch gegen ihre Entlassungen bei der Konfliktkommission eingelegt. Die Konfliktkommissionen haben in ausnahmslos allen Fällen die Entlassungen für Unrecht erklärt. Wenn die Reichsbahndirektion (RBD) diese dennoch durchsetzen wollte, mußte sie nun vor das Arbeitsgericht gehen. Die RBD brachte diese Frechheit auf.

Am 19.3.80 fand vor der Arbeitsgerichtskammer des Stadtbezirksgerichtes Berlin-Mitte die Verhandlung statt. Als „Öffentlichkeit“ wurden ausschließlich Vertreter der RBD zugelassen. Weder der Presse noch den Angehörigen der beklagten Reichsbahner wurde der Zutritt gestattet.

Reichsbahnentlassungen für rechtmäßig erklärt

Die RBD argumentierte, daß sie kein Geld für die Löhne mehr habe, weil der Senat von Westberlin keine Subventionen zahle und die S-Bahn zu viele Verluste mache. Die Konfliktkommissionen hätten bei ihren Urteilen die Westberliner Situation nicht genügend berücksichtigt.

Um Zeit zu sparen und alles an einem Tag durchpeitschen zu können, faßte das Gericht die Verhandlungen gruppenweise zusammen. Fall 1: Der Klage der Deutschen Reichsbahn wird stattgegeben; Fall 2: Der Klage ... wird stattgegeben; Fall 3: Der Klage ... usw. bis zu Fall 6: Der Klage ... wird stattgegeben. Einige der Beklagten wollen in die Berufung gehen; aber der größte Teil hat endgültig resigniert.

Daß die „sozialistische“ Tageszeitung „Die Wahrheit“ (SEW) in diesem Fall natürlich voll auf der Seite des Kapitalisten „Deutsche Reichsbahn“ steht, ist ganz klar. In einem kurzen Artikel vom 20.3.80 wird ausschließlich dem „unverantwortlichen Verhalten“ des Westberliner Senats die Schuld an den Entlassungen zugeschoben. Die RBD habe sich zu „ihrem Bedauern“ zu diesen Kündigungen gezwungen gesehen. (Bei der RBD werden jetzt wohl dicke Krokodilstränen vergossen.) Natürlich wird kein Wort über die Art und Verfahrensweise des Prozesses verloren. Schließlich war es ja eine „sozialistische Rechtsprechung“!

Reichsbahn-Genossen

7. Bundesjugendkonferenz der IG Druck & Papier

Am 8. und 9. März fand im Schulungsheim der IG Druck & Papier (Drupa) in Springe (Taunus) die 7. Bundesjugendkonferenz der Drupa statt. Wie schon bei den vorangegangenen Jugendkonferenzen der anderen Einzelgewerkschaften stand auch diese Konferenz im Zeichen der Auseinandersetzung, die in letzter Zeit um Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie sowie um die vermeintliche Unterwanderungsgefahr durch SDAJ und DKP entbrannt ist. Im Unterschied zu den anderen Jugendkonferenzen standen die Jugendlichen mit ihrer Kritik jedoch nicht alleine, sondern wurden teilweise vom Vorsitzenden der Drupa selber unterstützt.

Jugendarbeit ist schwieriger geworden

Die 43 Delegierten mußten sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß die Zahl der jugendlichen Mitglieder von 26.954 (1973) auf 18.869 Ende 1979 gesunken ist. Das sind 30 Prozent weniger.

Diese Abwärtsbewegung hat zum einen objektive Ursachen. Bekanntermaßen wird in der Druckindustrie besonders stark rationalisiert. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 30.000 Arbeitsplätze vernichtet, tausende Ausbildungsplätze wurden gestrichen.

Zum anderen spricht z.B. der Bundesjugendsekretär der Drupa davon, daß der Mitgliederverlust auch auf die „Tendenz von Jugendlichen, auszusteuern“ zurückzuführen ist.

Dazu kommt noch die Tatsache, daß das Durchschnittsalter der Lehrlinge insgesamt angestiegen ist. Das

hat u.a. konkrete Auswirkungen auf die Anzahl der Jugendvertreter pro Betrieb (die ja nur von den unter 18-jährigen gewählt werden dürfen).

So wurden 1973 noch in 399 Druckbetrieben Jugendvertreter gewählt, 1978 waren es nur noch 156 Betriebe.

Die Delegierten verabschiedeten angesichts dieser Entwicklung eine Resolution, in der der DGB aufgefordert wird, folgende Veränderungen am Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen:

- Wahl des Betriebsrates von allen Beschäftigten eines Betriebes
- Alle Jugendlichen unter 18 sowie alle, die in einer beruflichen Ausbildung stecken, wählen neben dem Betriebsrat eine Ausbildungsvertretung.

Repressalien auch in der Drupa-Jugendarbeit

Nachdem Drupa-Vorsitzender Mahlein sein einleitendes Referat gehalten hatte (siehe Kasten) meldeten sich etliche Delegierte zu Wort, die auf die Klufthingewiesen, die zwischen radikalen Reden und der realen Politik der Gewerkschaftsführung steht. Da wurden Beispiele aufgeführt, wo es in der Drupa-Jugendarbeit in jüngerer Zeit Repressalien gegeben hat: „Die Berliner Jugendgruppe durfte einen Artikel über den Konflikt bei Mercator nicht veröffentlichen; in München wurde die Jugendgruppe einfach geschlossen, weil sie nicht mehr so zahlreich war und die Kollegen dem Ortsvereinsvorstand nicht paßten“.

Hierzu hat Mahlein einen recht interessanten Kommentar abgegeben. Angesichts des Stagnierens der gewerkschaftlichen Jugendarbeit meint er, die Jugendarbeit nur dann wieder attraktiv machen zu können, wenn sie frei von Repressionen läuft. „Ich bin mir bewußt, daß man in manchen Ortsvereinen ängstlich be-

müht ist, alles unter Kontrolle zu halten und die Jugendgruppen keine wie auch immer geartete Autonomie besitzen. Jede Veranstaltung, jedes Flugblatt usw. muß vorher genehmigt werden. Vielleicht sollten der Jugendsekretär und ich gemeinsam einmal einen schriftlichen Appell an unsere Ortsvereinsvorstände richten, damit gegenüber den Jugendgruppen ein bißchen mehr Flexibilität und ein wenig mehr an Toleranz gewonnen wird.“

Drupa-Führung drückt die Lehrlingsforderung von 250 auf 65 DM

Besonders auch an der Auseinandersetzung um die Drupa-Tarifrunde wurde deutlich, daß Mahleins Ausführungen in der Praxis momentan kaum Auswirkungen haben. Andreas Stautz aus Braunschweig: „Wir haben 13 Prozent, mindestens jedoch 250 DM mehr für die Auszubildenden gefordert... Was nutzt unsere Aktivität, wenn so etwas herauskommt?“ (Offizielle Forderung der Drupa-Führung war 9,5 % und 65 DM für Lehrlinge). In einer Resolution wiesen die Delegierten auch darauf hin, daß die schließlich aufgestellte Lehrlingsforderung in keiner Weise dem Gewerkschaftsbeschuß von 1974 gerecht wird, in dem eine 50 %ige Anbindung an den monatlichen Facharbeiterecklohn gefordert wird.

„Kommunistische Kollegen haben ihren Platz in der Gewerkschaft“

Zur seit Monaten laufenden Debatte um die angebliche Unterwanderung der Gewerkschaften durch Mitglieder von DKP und SDAJ meinte Mahlein: „Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß Gewerkschaftsmitglieder — die der DKP oder SDAJ angehören — auf der Grundlage der Satzung und der bestehenden Beschlüsse in der Organisation genauso wie SPD- und CDU-Mitglieder mitarbeiten können.“ Über die Debatte berichtet die „taz“ folgendermaßen: „Die ‚kommunistische Unterwanderung‘ wurde von den Kollegen auf den Tisch gebracht, die später mit einem Antrag bestätigt haben wollten, daß es sie nicht gibt. Gleichzeitig wollten sie die Diskussion über das Oberurseler Papier aus der Gewerkschaft schaffen... Am Sonntag stimmte die Bundesjugendkonferenz dann einem Antrag zu, in

Wichtige Beschlüsse und Resolutionen der Drupa-Jugendkonferenz

Berufsbildungsabgabe

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gesetzlich vorgesehene Berufsbildungsabgabe zu erheben.

Weiterbeschäftigung

Der DGB-Bundesvorstand soll beim Gesetzgeber für eine Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung eintreten (mindestens ein Jahr).

Ausbildungsvertrag für das BGJ

Beim Besuch des BGJ soll ein Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb abgeschlossen werden, der auch die Ausbildungsvergütung während des BGJ regelt.

35-Stunden-Woche

Der Hauptvorstand der Drupa wird aufgefordert, das Ziel der 35-Stunden-Woche in der innergewerkschaftlichen und öffentlichen Arbeit derart zu berücksichtigen, daß 1983 die Einsatzbereitschaft der Kollegen für dieses Ziel unabhängig gewährleistet ist.

AKW's

1. Weg mit dem Atomprogramm

2. Stilllegung aller Atomanlagen

3. verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energien

4. Keine Kriminalisierung von AKW-Gegnern.

Grundrechte

Weg mit den Berufsverboten!

Ersatzlose Streichung der Paragraphen 88a und 129a

Neonazis

Forderung an die Bundesregierung, gemäß dem Grundgesetz neonazistische und faschistische Organisationen zu verbieten.

Verschiedenes

Weiterhin sprach sich die Bundesjugendkonferenz gegen einen Olympia-Boykott aus. Die Delegierten forderten außerdem die sofortige Rücknahme aller Disziplinarmaßnahmen gegen die Verfasser und Unterzeichner der Studie „Soldat 80“!

Die Delegierten protestierten gegen die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan — verurteilten aber gleichzeitig die Absicht der Nato, ihren Wirkungsbereich auszudehnen.

Schließlich wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Wirtschafts- und Militärhilfe für das türkische Demirel-Regime einzustellen.

dem es unter anderem heißt, daß über das Oberurseler Papier diskutiert werden soll. Der Bundesjugendsekretär Ingo Lehmann sagte dazu, Heinrich Oetjen (Verfasser des Papiers) hätte durch seine Arbeit manchem Kollegen das Rückgrat gestärkt.“

Außerdem wurde zu diesem Thema folgende Resolution verabschiedet: „Die Bundesjugendkonferenz stellt fest, daß kommunistische Kollegen ihren Platz in der Gewerkschaft haben. Von Unterwanderung kann keine Rede sein, auch wenn diese Kollegen in manchen Gremien und Jugendgruppen die Mehrheit stellen“ (RGO-Nachrichten 4/80).

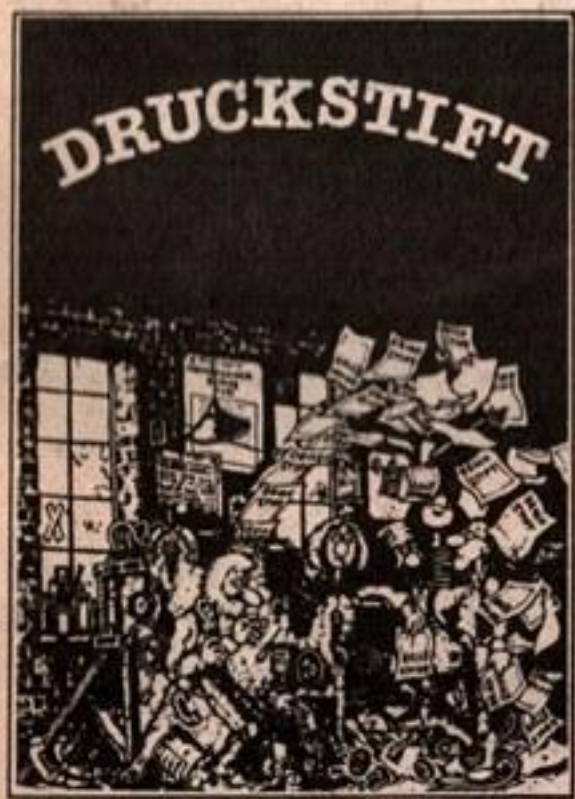
Ein weiterer Antrag, der auch verabschiedet wurde, befaßt sich mit dem Ausschlußverfahren gegen den Mannesmann BR-Vorsitzenden Herbert Knapp: „Die Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier fordert den Vorstand der IG Metall auf, das Ausschlußverfahren gegen den Kollegen Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender der ‚Mannesmann/Huckingen, sofort einzustellen.“

Weitere Anträge, welche sich gegen Gewerkschaftsausschlüsse

wandten oder sich für eine andere Zusammensetzung der Tarifkommissionen aussprachen, bekamen keine Mehrheit.

Auseinandersetzungen gab es schließlich noch um die Frage, wie der Kampf gegen die Aussperrung zu führen ist. Eine Minderheit von Delegierten war der Meinung, daß es genüge, das Verbot der Aussperrung zu verlangen. Die Mehrheit sprach sich jedoch für die Entwicklung neuer Kampfmethoden aus: Bei Aussperrung soll die IG Druck künftig mit Streiks antworten. Wenn das nicht reiche, die anderen DGB-Gewerkschaften einschalten und gegebenenfalls die Betriebe besetzen. Insgesamt läßt sich sagen, daß die Drupa-Jugend, verglichen mit den Jugendbereichen der anderen Einzelgewerkschaften, noch einen größeren politischen Freiraum genießt. War es Zufall, daß der für seine selbstherrlichen Maßnahmen bekannte Jugendopä Karl Schwab (verantwortlich für die Abteilung Jugend beim DGB) sich für die Drupa-Konferenz entschuldigen ließ?

Lehrlingskommission



Zeitung der Jugendgruppe der IG Druck & Papier/Köln

Nr.:3

Bundesinstitut deckt Lehrstellenpoker auf

Nachdem im November letzten Jahres durch die Veröffentlichung eines internen Papiers des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) durch die „Frankfurter Rundschau“ („FR“) Zweifel an den offiziellen Zahlen lehrstellensuchender Jugendlicher bestätigt wurden (siehe AK 166), kommen neue Zweifel aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung, d. h. aus der Institution, die Zahlen für den Berufsbildungsbericht zusammenträgt. Nach den neuesten Erkenntnissen des BIBB liegt die Zahl der lehrstellensuchenden Jugendlichen um 70.000 höher als die offiziellen 662.000.

Wie ist nun Laszlo Alex, der die neue Studie erarbeitete, auf die neuen Zahlen gestoßen? Ganz einfach durch Vergleiche von Statistiken von Bund und Ländern, von Berufsschul- und Arbeitslosenstatistiken. Dabei fiel den Forschern auf, daß von den Abgängern von Berufsfachschulen (z. B. Hauswirtschaftsschulen), dem Berufsgewerkschaftsjahr, dem Berufsvorbereitungsjahr sowie diverser Berufsförderungsmaßnahmen 71,5 % immer noch eine Lehre machen wollen, daß sie dies nur als Zwischenstufe betrachten, um nicht völlig auf der Straße zu hängen (so die Umfragen der Kultusminister).

Zum großen Teil unter den Tisch gefallen sind auch die berufsschulpflichtigen berufs- und arbeitslosen Jugendlichen (dies waren 1978 60.500) sowie die knapp 115.000 berufsschulpflichtigen ungelerten Jungarbeiter, von denen 25 % bzw. 17 % eine Lehrstelle suchen. Das sind zusammen rund 39.000. In der offiziellen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit tauchen aber nur 27.600 auf, also fehlen allein hier rund 11.400. Leider werden auch in dieser neuen Studie des BIBB die ausländischen Jugendlichen „vergessen“, sie verschwinden einfach. Ganz zu schweigen von den Jugendlichen, die völlig resigniert haben und von einer Lehrstelle nicht einmal mehr träumen.

Das Ministerium hält die Veröffentlichung für „unseriös“

Daß das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft nicht sehr erfreut war, läßt sich denken. Laut „FR“ vom 1.4.80 wurde versucht, das Erscheinen der Studie zu verhindern. Bundesbildungsminister Schmude (SPD) selbst bezeichnete die Studie als „keine Berechnung, sondern eine haltlose und unbrauchbare spekulative Schätzung“. Die Wirtschaftsverbände haben sich Schmudes Urteil angeschlossen, außerdem haben sie kein Verständnis dafür, daß unberechtigt Unruhe in die Bevölkerung über die Ausbildungsplatzsituation getragen werde.

CDU/CSU fordern Auflösung des BIBB

Die CDU/CSU warf Schmude vor, zu schwach zu sein, um das BIBB in seine Schranken zu weisen. Der bildungspolitische Sprecher der CSU, Probst, erklärte, daß man nun endlich Konsequenzen ziehen müsse, das BIBB habe keine konstruktiven Beiträge geleistet. Probst sprach sich für die Auflösung des BIBB aus. Stattdessen solle eine Bundesanstalt für Berufsbildung eingerichtet werden, die nicht mehr zu tun haben soll, als die Ausbildungsordnungen der Betriebe mit den Rahmenplänen der Berufsschulen abzustimmen („Handelsblatt“, 3.4.80).

Die Vorstellungen der CDU gehen in eine ähnliche Richtung (Behörde als „dienendes und beratendes Organ für Sozialpartner und Bundesregierung“ — „Handelsblatt“, 11.4.80).

Nachdem die bayrische Landesregierung zusammen mit einigen anderen Landesregierungen eine Klage gegen das Ausbildungsplatzförderungsgesetz erhoben hat (siehe letzter AK), wollen sie nun auch noch das BIBB knacken, weil es für die Kapitalisten unangenehme Zahlen veröffentlichen könnte.

„Bild“: Firmen suchen händeringend Lehrlinge

Eine besondere Antwort auf die neue Studie gab „Bild“ am 9.4.80. „Die schönste Nachricht für alle Schulabgänger dieses Jahres: Handwerk und Firmen suchen händeringend Lehrlinge!“. Es seien noch hochbezahlte Berufe mit Zukunftsaussichten frei. Zu Wort kommen als Vertreter für die Lehrherren dann ein Metzger sowie ein Friseurmeister. Wahrhaftig Zukunftsberufe. Und auch die BASF in Ludwigshafen soll noch Lehrstellen frei haben. Nur kann sich der Betriebsratsvorsitzende der BASF Ludwigshafen laut „UZ“ vom 10.4.80 nicht vorstellen, wie die Meldung an die „Bild“-Zeitung gekommen ist, und außerdem werden sowieso lange nicht alle Lehrlinge nach der Ausbildung übernommen. Im übrigen sagt „Bild“, daß die Jugendlichen zum Großteil „Traumberufe“ suchen und deshalb natürlich keine Lehrstelle finden...

Zukunftsaussichten

Die bürgerliche Presse ist in den letzten Jahren zusehends dazu übergegangen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit totzuschweigen, falsche Zahlen zu veröffentlichen usw. usf. Mit der Studie aus einem anerkannten Institut wird es nun zusehends schwieriger für die Medien, weiter zu schweigen bzw. den Jugendlichen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Das „Handelsblatt“ als Unternehmerorgan macht da vielleicht den Anfang mit einer Meldung vom 3. April. Dort ist die Rede davon, daß die Zahlen der jugendlichen Arbeitslosen in den nächsten Jahren wieder (wir würden sagen: weiter) emporschnellen werden. (Alle Informationen, soweit nicht extra angegeben, nach „FR“ vom 1. und 3.4.80; „Neue“ vom 5.4.80 und „WdA“ vom 10.4.80.)

Lehrlingskommission

Ausgeschlossener Gewerkschafter schlug bei Personalratswahlen gesamte ÖTV-Liste

Eine auch in der Höhe vernichtende Niederlage mußte die ÖTV bei den Personalratswahlen an der Universität Bremen im Bereich der Angestellten hinnehmen: Dieter Mützelburg, der vor einigen Jahren wegen angeblicher Kontakte zum KBW aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden war, kandidierte allein gegen die sechzehnköpfige ÖTV-Liste und bekam mit 329 Stimmen mehr als die gesamte Gewerkschaftsliste zusammen (301 Stimmen). Die Unzufriedenheit mit der ÖTV-Politik drückte sich bei den Angestellten außerdem in der relativ geringen Wahlbeteiligung (48 %) und in der großen Zahl der ungültigen Stimmen (59) aus.

In den Bereichen Arbeiter und Beamte gab es ausschließlich ÖTV-Kandidaten.

Damit hat die ÖTV ihre Quittung für eine Politik bekommen, die sehr häufig gegen die Interessen der Belegschaft gerichtet war und zunehmend Unmut hervorrief. Der Höhepunkt in letzter Zeit war das Zustandekommen der Kandidatenlisten für diese Wahl selber: Obwohl eine außergewöhnlich gut besuchte Betriebsgruppenversammlung die Persönlichkeitswahl gefordert hatte, beharrte die Betriebsgruppenleitung auf Listenwahl — unter offenem Druck der Kreisverwaltung. Denn: Persönlichkeitswahl hätte bedeutet, zusammen mit dem ausgeschlossenen Dieter Mützelburg eine gemeinsame Liste bilden zu müssen. Daß Mützelburg kandidieren würde, war von den ÖTV-Oberen nicht zu verhindern. Seine Verankerung bei der Belegschaft ist seit Jahren so groß, daß es schon im Zusammenhang mit der Kampagne gegen ihn

wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem KBW dem Senat nicht gelungen war, ihn mit Berufsverbot zu belegen. Ein weiterer Grund für die Entscheidung gegen Persönlichkeitswahl ist darin zu suchen, daß sie für manche ÖTV-Funktionäre wahrscheinlich eine unliebsame Abstimmung über ihre kollegenfeindliche Politik bedeutet hätte.

Dieter Mützelburg kandidierte als Einzelkandidat. Das bedeutet, daß die neue Zusammensetzung des Personalrats, in dem die Angestellten zehn der 17 Sitze einnehmen, das Wahlergebnis in keiner Weise widerspiegelt. Die Aufstellung einer kompletten alternativen Liste war daran gescheitert, daß eine ganze Reihe von ÖTV-Mitgliedern, die Interesse an frischem Wind in der Personalratspolitik gehabt hätten, aus Furcht vor möglichen Gewerkschaftsausschlüssen vor einer Alternativkandidatur zurückschreckten.

Wer nach der Wahl geglaubt haben mag, der ÖTV-Führung sei möglicherweise ihre Niederlage unter die Haut gefahren, sieht sich inzwischen eines Schlechteren belehrt: Zwar mußte Wahlsieger Mützelburg notgedrungen zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden, aber die bis dato selbstverständliche Regel, daß die Stellvertreter freigestellt werden, wurde von der ÖTV-Liste nicht umgesetzt. Vermutlich aus zwei Gründen: Einmal kann sich ein Nicht-Freigestellter weniger um die Personalratsarbeit kümmern; zum anderen hatten die ÖTV-Spitzen die Freistellungen offenbar schon vor der Wahl unter sich ausgemacht.

Ein Genosse aus Bremen

14. bis 17. Juni: Antifaschistischer Kampf in Frankfurt

Bereits zwei Monate im Voraus wird die Problematik des 17. Juni in Frankfurt heftig diskutiert. Denkt man an 1977 oder noch weiter zurück, ist es erstaunlich, welchen Raum - auch in der Presse - heute der Antifaschismus und die Abwehr der alljährlichen NPD - Großaktion zum sog. „Tag der deutschen Einheit“ erhalten hat. Angesichts der heftigen Straßenkämpfe vom 17.6.1978 und des spektakulären Erfolgs von ROCK GEGEN RECHTS im Vorjahr scheint das breite öffentliche Interesse heute beinahe selbstverständlich zu sein. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, daß es vor nicht allzu langer Zeit, übrigens in der „Ära“ des SPD-Oberbürgermeister R. Arndt, noch ebenso „selbstverständlich“ war, das NPD „Deutschlandtreffen“ in Frankfurt hinzunehmen, und die wenigen antifaschistischen Proteste mit nackter Polizeigewalt zu unterdrücken. Heute allerdings scheint sich die NPD - Parole „Frankfurt wird die erste nationaldemokratische Stadt Deutschlands“ geradezu in ihr Gegenteil zu verkehren. Alles sieht danach aus, daß es vom 14. bis 17. Juni in diesem Jahr zu sehr großen antifaschistischen Manifestationen kommen wird. Dabei bemühen sich die bürgerlichen Kräfte.

Einfluß auf die antifaschistische Bewegung zurückzugewinnen, nachdem sie 10 Jahre und mehr untätig geblieben sind.

Erwartungsgemäß beharrt die NPD auf ihrem Anspruch, am 17. Juni ihre Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg (Zentrum) durchzuführen. Sie beruft sich darauf, dies bereits im Juli 1977 (!) und damit als erste aller infrage kommenden Gruppen angemeldet zu haben. Die NPD hat damals „Deutschlandtreffen“ zu diesem Datum gleich für (mindestens) 5 Jahre im Voraus angemeldet.

Aber auch der DGB hat früher als 1979 eine Kundgebung angemeldet. Er tritt jedoch, nachdem OB Wallmann (CDU) im letzten Jahr ein Verbot gegen ihn verhängt hatte, nicht allein als Träger dieser Veranstaltung auf, sondern im Bündnis mit der Evangelischen und Katholischen Kirche, der jüdischen Gemeinde und dem Frankfurter Stadtjugendring. Unter dem Leitmotiv „*Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität*“ sollen am 17.6. ab 11 Uhr die folgenden Redner(innen) für dieses Bündnis auf dem Römer sprechen: Walter Hesselbach (Bank für Gemeinwirtschaft), Helmut Hild (hessischer Kirchenpräsident), Barbara Krause - Schmidtegger (Zentralkomitee der deutschen Katholiken) und Alfred Grosser (von der jüdischen Gemeinde nominiert). Der/die Sprecher/in des Stadtjugendrings steht noch nicht fest. Im Gespräch ist Gottfried Heil von der DGB - Jugend. Diese Kundgebung wird, wie es heißt, von allen bürgerlichen Parteien (SPD, FDP und CDU) „unterstützt“.

Drittens ist natürlich auch das Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS wieder auf dem Plan. RGR will am 14./15.6. (Wochenende) nach dem Vorbild des Vorjahres wieder ein großes Festival am selben Ort (Rebstockgelände) veranstalten. Am 16.6. sollen nach der bisherigen Planung dezentral in ganz Frankfurt antifaschistische Veranstaltungen stattfinden, z.B. von Bürgerinitiativen und antifaschistischen Organisationen. Am 17.6. (Dienstag) will RGR die DGB-Kundgebung unterstützen, vorher und nachher jedoch zusätzlich Demonstrationen (Sturmzüge) von den verschiedenen Stadtteilen zum Römerberg und nach Abschluß der dortigen Kundgebung wieder zurück durchführen. Beachtlich ist, daß die politische Breite des Aktionsbündnisses von 1979 offenbar keine Eintagsfliege war, sondern in diesem Jahr wieder erreicht werden konnte. Im Aktionsbündnis arbeiten bis jetzt die folgenden Frankfurter Gruppen mit: Asten der Uni und FHS, Stadtjugendring, Stadtchölerat, Batschkapp (Kulturzentrum), BI gegen den Nazibuchladen, Club Voltaire, DFG/VJK, antifa - AK Ernst - Reuter - Schule, GIM, Grüne Liste Hessen (GLH), Die Grünen, Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit (ifta), Jungsozialisten, Junge Presse, KB, KL, Musikerinitiative RGR, MSB, SAG, SB, SDAJ, SJD - Die Falken, Victor-Jara-Club. Die Jungdemokraten diskutieren eine Unterstützung noch. Überregional haben u.a. die hessische Landes - Asten - Konferenz, die Basisgruppenfraktion der VDS, Bunte und Alternative Listen, die hessischen Grünen, Schwulen- und die Teilnehmer des antifaschistischen Bundeskongresses vom 4. - 6.4. in Frankfurt ihre Unterstützung erklärt. 67 Bands und 12 Liedermacher haben jetzt schon ihre Bereitschaft bekundet, beim Festival mitzumachen. Mit den Grünen und dem Spektrum um die SDAJ ist das Aktionsbündnis im Vergleich zum Vorjahr sogar noch erweitert worden.

Bleibt als Viertes das Bündnis um VVN, DKP u.a. Dieser Kreis will einerseits die Veranstaltung des DGB und der Kirchen unterstützen, andererseits eine Reihe von Veranstaltungen vor dem 17.6. durchführen. Zwar ist in den vergangenen Wochen viel Zeit aufgewendet worden, um eine dem DKP - nahen Kreis herzustellen. Die Diskussionen haben jedoch bis jetzt keinerlei konkrete Ergebnisse gezeitigt.

Wer nun glaubt, die Sache ist gelauten, die NPD ist hoffnungslos unterlegen, und die Antifaschisten werden - so oder so - noch einmal den Erfolg genießen, der im Grunde genommen schon im Vorjahr erkämpft worden ist, der hat sich

gründlich getäuscht. Es sollte nicht vergessen werden, daß Frankfurt von einer CDU regiert wird, die mit dem Verbot einer DGB - Kundgebung gezeigt hat, daß sie einen ganz eindeutigen Strauß-Kurs verfolgt. Wallmann hat zwar jetzt schon angekündigt, daß er die angemeldete NPD - Kundgebung verbieten werde. Daß dieses Verbot jedoch wenig besagt, und die Entscheidung schließlich von den Verwaltungsgerichten gefällt wird, ist hinreichend bekannt. Weniger bekannt ist der Öffentlichkeit leider, daß Wallmanns Verbotsbegründungen sofern sie sich auf die NPD beziehen, bewußt wenig stichhaltig formuliert werden, daß das Verwaltungsgericht sie mit schöner Regelmäßigkeit wieder aufhebt. Denn Wallmann argumentiert ausschließlich mit der „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“, wie sie durch das Stattfinden von G e g e n - demonstrationen gegeben sei. Nach diesem Strickmuster verbieten die Verwaltungsrichter entweder a l l e Demonstrationen und Kundgebungen am 17.6. (wie im Vorjahr geschehen), oder sie genehmigen sowohl den Faschistenaufmarsch als auch eine Gegenkundgebung, falls beide von der Polizei „sicher“ auseinandergehalten werden können. Wallmanns Verbotsankündigung wird daher selbst von der bürgerlichen Presse nicht ernst genommen, und man spekuliert offen darüber, wie eine Gerichtsentscheidung in diesem Jahr selbst von der bürgerlichen Presse nicht ernst genommen und man spekuliert offen darüber, wie eine Gerichtsentscheidung in diesem Jahr durch die politischen Vorbereitungen präjudiziert werden könnte.

Die Wallmann - Administration bevorzugt dabei nach Informationen der „FR“ (16.4.) das folgende Modell:

Die NPD erhält (wie im Vorjahr) nicht den prestigeträchtigen Römer. Dort wird vielmehr die Veranstaltung des DGB, der Kirchen und des Stadtjugendring genehmigt. Bei dieser (voraussetzenden) Entscheidung des Verwaltungsgerichts würde keineswegs der faschistische Charakter der NPD eine Rolle spielen, sondern ihr „geringeres gesellschaftliches Gewicht“, außerdem wird man der NPD entgegenhalten, daß ihre Voranmeldung auf Jahre hinaus gewissermaßen eine Beeinträchtigung des freien Wettbewerbs von verschiedenen Anmeldern sei. Damit ist die NPD jedoch keineswegs ganz aus dem Rennen. Auch städtische Juristen schließen nicht aus, daß ein „Deutschlandtreffen auf dem Festplatz am Ratsweg beispielsweise nicht verhindert werden kann, wenn den fünf anderen Veranstaltern der Römerberg zugesprochen werden sollte.“ („FR“, 16.4.). Nach der gängigen „Rechts“-sprechung ist dies nicht nur nicht auszuschließen, sondern der wahrscheinlichste Fall. Die NPD erhielt demnach zwar „nur“ am Stadtrand eine Versammlungsgenehmigung (und nicht in Sachsenhausen, wie im Vorjahr), andererseits wäre eine solche Entscheidung bereits mit ersten Verbotsmaßnahmen gegen Rock gegen rechts verbunden, da das Aktionsbündnis im gesamten Stadtgebiet Demonstrationen durchführen will. Eine Verhinderung des Naziaufmarsches wird den Antifaschisten auch in diesem Jahr also keinesfalls in den Schoß fallen. Vielmehr wird es wie schon immer notwendig sein, dieses Ziel durch massenhaften Druck auf der Straße zu erzwingen, wobei die endgültige Entscheidung wieder erst am 17.6. selbst fallen dürfte.

Nicht einmal der DGB ist ganz frei von Verbotsorgen. In dem Bestreben, um Himmels willen eine Entwicklung wie 1979 (als der DGB auf das Rebstockgelände ziehen mußte, um als „Gast“ von Rock gegen rechts seine Kundgebung abzuhalten) zu vermeiden, hat er sich um ein „nicht verbotbares“ Bündnis bemüht und obendrein strikte parteipolitische Neutralität gewahrt. D.h. er versucht, über die Katholische Kirche indirekt auch die CDU in die Römer-Kundgebung einzubeziehen. Andererseits ist er auf diesem Wege jedoch für die CDU erpressbar geworden: Steigt die Katholische Kirche wieder aus, hängt das Damoklesschwert des Verbots wieder über der ganzen Sache. So scheint es wohl auch zu der äußerst „gemäßigten“ Palette von Rednern gekommen zu sein; der DGB hat sogar darauf verzichtet, seine Sprecher vom Vorjahr zu nominieren, um Wallmann keinen Konfliktstoff zu liefern (da diese im

letzten Jahr den Rücktritt des OB gefordert hatten). Obwohl dieser Sachverhalt eigentlich sehr klar ist, verzichtet der DGB darauf, die im Grunde genommen weiter bestehenden latente Verbotsdrohung anzugreifen, und bemüht sich stattdessen, allen Neutralitätsforderungen nachzukommen.

Gleichzeitig deutet alles darauf hin, daß der DGB-Vorstand innerhalb der Gewerkschaften und in seinem Umkreis starken Druck ausübt, daß das Aktionsbündnis RGR keine Unterstützung erfährt. So wurde die Zustimmung des Stadtjugendrings zu RGR nur in einer Kampfabstimmung gegen den Widerstand des DGB (und natürlich solcher Verbände wie der Sportjugend) erreicht. Wahrscheinlich unterliegt auch der Kreis um VVN und DKP diesem Druck.

Zwar eint die Sozialdemokraten im DGB und die Christdemokraten in der katholischen Kirche das gemeinsame Interesse, ein „Abdriften der Jugendlichen“ (aber auch älterer Kollegen!) in solche Bewegung wie Rock gegen rechts zu bremsen (oder wenigstens Einfluß auf das Geschehen zurückzugewinnen) - ob dies jedoch reicht, um die nächsten

acht Wochen miteinander „im Reinen“ zu bleiben, sei dahingestellt. Eine Kundgebung wie die von DGB und Kirchen geplante wird schließlich nicht allein von den Rednern geprägt, sondern ein bißchen halt auch von den Teilnehmern. So kann man damit rechnen, daß es am 17.6. so oder so keine „Festveranstaltung zum Tag der deutschen Einheit“ in Frankfurt geben wird, sondern eine massenhafte antifaschistische Demonstration. Daß dabei die gewerkschaftsfeindliche Politik Wallmanns oder etwa die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß überhaupt keine Rolle spielen werden, erscheint undenkbar.

Bei allen Pressionsversuchen Wallmanns gegen die Gewerkschaften und natürlich alle Antifaschisten und bei allen ungenügenden Reaktionen des DGB werden doch die Massen auf der Straße das letzte Wort haben. Und die werden böse sein, wenn sich herausstellen sollte, daß die Verantwortlichen in dieser Stadt an „Modellen“ herummanipulieren, die darauf hinauslaufen, den Nazi-Aufmarsch doch stattfinden zu lassen.

KB/Gruppe Frankfurt

Presseerklärung

Presseerklärung der Initiative

»Rock gegen Rechts« e.V.

Die Musikerinitiative „Rock gegen Rechts“ e.V. führte am 22./23. März 1980 ihr zweites bundesweites Arbeitstreffen in Hamburg durch. Der Einladung der Hamburger RgR-Initiative waren Vertreter folgender regionaler Initiativen gefolgt:

Bremen * Dortmund * Frankfurt (Aktionsbündnis) * Hamburg * Hannover (Zwei Initiativen) * Hildesheim * Köln * Ludwigshafen * Lüneburg * München * Münster * Tübingen * Wedel/Pinneberg/Elmshorn * Schleswig-Holstein * West-Berlin * „zusammen + draußen“, Hamburg * PAMM e.V. Hamburg * Schüler gegen Rechts, Hamburg * Just Friends, West-Berlin * Kulturreferat der studentischen Basisgruppen, Bochum * (Die Musikerkooperative „Schneeball“ war leider verhindert)

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Diskussion über den organisatorischen Rahmen und die innere Struktur der bundesweiten Initiative Rock gegen Rechts (RgR). Dem offenen, überparteilichen Charakter der Bewegung RgR entsprechend entschied sich die Versammlung einhellig für ein basisdemokratisches Organisationsmodell. Auf Grundlage einer neu formulierten Satzung wird der in Hamburg eingetragene Verein künftig als Dachverband örtlicher RgR-Initiativen seine kulturelle und antifaschistische Arbeit fortsetzen. Die Mitgliedsinitiativen genießen in ökonomischer und politischer Hinsicht weitgehende Autonomie gegenüber dem neu gewählten Vereinsvorstand. Im Rahmen des antifaschistischen Selbstverständnisses des Vereins gibt es weder musikalische, noch politische Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Der juristische Rahmen (eingetragener Verein) soll der angestrebten Breite der Bewegung nicht entgegenstehen, sondern entspricht lediglich dem Bedürfnis nach Schutz vor parteipolitischen und kommerziellen Mißbrauch der RgR-Idee. Der Verein erstrebt die Anerkennung auf Gemeinnützigkeit. Dem neuen dreiköpfigen Vorstand gehören die Westberlinerin Ray, der Kölner Musiker Vridolin und der Hamburger Zeitungsredakteur Walter an. Ohne Abstimmungstreß einigten sich die Anwesenden auf diese Zusammensetzung, die die unterschiedlichen Ansätze und Strömungen der RgR-Bewegung repräsentiert.

Trotz teilweise unterschiedlicher Bewertung der vor kurzem erschienenen zweiten Ausgabe der RgR-Zeitung („Nr. Drei“) bekräftigten die Initiativen ihr Interesse an einer gemeinsamen Gestaltung der Zeitung, deren koordinierende Redaktion auch weiterhin ihren Sitz in Hamburg haben wird. Einhellig wurde in der Zeitung, die zunächst vierteljährlich erscheinen soll, die Chance erblickt, dem an Musik, Kultur und Politik Interessierten eine echte Alternative zu den kommerziellen Presseprodukten der Musik- und Jugendszene anzubieten. Auf ein die Phantasie zerstörendes Redaktionsstatut wird daher auch weiterhin zugunsten eines gegenüber dem Vorstand autonom arbeitenden Redaktionskollektivs verzichtet. Die nächste Ausgabe der Zeitung erscheint im Juni zum diesjährigen RgR-Festival in Frankfurt (14. - 17.6.80). Redaktionsschluß: ca. 15.5.80.

Koordiniert mit der Frankfurter Musikerinitiative RgR werden sich die im Dachverband organisierten Initiativen dafür stark machen, daß das Kulturprogramm des RgR-Festivals im wesentlichen von RgR-Bands bestritten wird, die die musikalische und regionale Vielfalt der Bewegung repräsentieren. Begrüßt wurde auch die Teilnahme einer Gruppe der englischen Bewegung „Rock against Racism“.

Der Bericht des Kassenprüfers räumte bei allen Anwesenden letzte Zweifel an der Integrität des im vergangenen Herbst zurückgetretenen Vereinsvorstand aus. Dem Bericht zufolge ist die finanzielle Basis des Vereins trotz positiver Bilanzierung im vergangenen Jahr allerdings denkbar dünn. Als Sofortmaßnahme wurde die Einrichtung eines Spendenkontos und eine verstärkte Werbung von Fördermitgliedern beschlossen. (Vorläufiges Spendenkonto: D.Witt, Altonaer Volksbank eG, BLZ 20690005, Kontonr. 30/14206).

Die vom Dachverband Rock gegen Rechts organisierte BRD-Tournee der englischen Reggae-Gruppe Misty findet in der Zeit vom 23.5. bis 8.6.80 statt.

Der neu gewählte Vorstand wird zwecks Anregung und Koordinierung weiterer überregionaler Aktivitäten innerhalb der nächsten 14 Tage zusammenkommen und den Mitgliedsinitiativen einen Vorschlagskatalog unterbreiten.

Die Diskussion gemeinsamer Projekte wird auch Schwerpunktthema des nächsten Arbeitstreffens am 21./22.6.80 in Hannover sein.

Keep on rocking! Hamburg, den 25.3.80

Kontaktadresse: D.Witt, Postfach 50 16 72, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 25 52

Vorstandsmitglieder: Ray 030/693 95 18
Vridolin 0221/83 45 90
Walter 040/39 25 52



Über 350 Antifaschisten/innen aus über 50 Initiativen, Organisationen, Arbeitskreisen etc. trafen sich über Ostern in Frankfurt zu einem Antifaschistischen Bundeskongress. Zum „Rock Gegen Rechts“-Konzert am Samstag-Abend, als dessen Abschluß der Film „Deutschland – jetzt schlägt's aber 13“ über das RGR-Festival vom letzten Jahr uraufgeführt wurde, waren sogar 7-800 Leute gekommen.

Von den bekannteren antifaschistischen Arbeitskreisen fehlten einige aus Baden-Württemberg (insbesondere das Antifaschismus-Komitee Tübingen), die zwar anfangs den Kongress unterstützt hatten, in den letzten Monaten aber ohne Begründung ihre Unterstützung zurückgezogen hatten. Mit dieser Einschränkung war der Bundeskongress tatsächlich repräsentativ für die antifaschistischen Gruppen, die sich in den letzten Jahren autonom und in Abgrenzung von Juso/SPD und VVN entwickelt haben.

Wer allerdings erwartet hatte, daß dieser Bundeskongress seine Aufgabe wesentlich in der Repräsentation nach außen sehen würde, sah sich enttäuscht. Ein derartiger Kongress war auch nie die Absicht der Initiatoren gewesen. Auf allen Vorbereitungstreffen war der Bundeskongress definiert worden als ein erster Schritt, die Zersplitterung der antifaschistischen Bewegung abzubauen, Erfahrungen und Standpunkte zu diskutieren, konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erörtern. Gemessen an dieser Zielsetzung war der Bundeskongress ein großer Erfolg. In nahezu allen Arbeitsgruppen wurden teilweise sehr konkrete Verabredungen zur Weiterarbeit getroffen, teilweise neue Termine schon vereinbart.

In den letzten Wochen vor dem Kongress hatte sich der Kreis der Unterstützer noch erheblich erweitert. So konnten Unterschriften aus dem Bereich der „Grünen“ (Stade, Mitglieder des kommissarischen Landesvorstands Hessen, Mitglieder des kommissarischen Vorstands Frankfurt und der LDU Niedersachsen), von Milan Horacek, von M. Zieran, von der „Gruppe Z“ und von F. Jantschke, Vorsitzender der GAZ Hessen, verzeichnet werden.

Ausdrücklich ablehnende Stellungnahmen lagen dem Kongress vor vom KABD und dem BDP Bayern. Während der KABD seine Nicht-Teilnahme damit begründete, daß der antifaschistische Kampf nicht auf der Tagesordnung stünde und er deshalb keine Kräfte in einen derartigen Kongress stecken wolle, sondern der Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen sei, argumentierte der BDP Bayern umgekehrt: Angesichts der Strauß-Kandidatur seien alle Differenzen zurückzustellen; Kongresse würden nur neue Streitereien auslösen und außerdem dürfe man/frau nicht ohne DGB und/oder VVN aktiv werden. Erfreulich dagegen, daß das Anti-Strauß-Komitee anwesend war und eine Dia-Serie über Strauß in den Kongress einbrachte. Ein paar Worte noch zur „Volksfront“ der KPD/ML: Nachdem sie zunächst gegen den Bundeskongress intrigiert hatte, meldete die „Volksfront“ wenige Tage vor dem Kongress ihr Erscheinen an und bot Referenten für jedes Thema – in den AGs selbst war sie aber nicht zu finden.

Insgesamt ist festzustellen, daß der Bundeskongress ein großer Erfolg war. In nahezu allen Arbeitsgruppen wurden teilweise sehr konkrete Verabredungen zur Weiterarbeit getroffen, teilweise neue Termine schon vereinbart.

Insgesamt ist festzustellen, daß der Bundeskongress ein großer Erfolg war. In nahezu allen Arbeitsgruppen wurden teilweise sehr konkrete Verabredungen zur Weiterarbeit getroffen, teilweise neue Termine schon vereinbart.

„Grünen“, von KB, SAG und einigen Einzelpersonen.

Frauen und Kinder – Im antifaschistischen Kampf nicht gefragt?

Obwohl man/frau den Organisatoren des Kongresses zugute halten muß, daß sie zum ersten Mal ein derartiges Treffen organisierten und deshalb verschiedene organisatorische Schwächen hinzunehmen waren (Schlafplätze, Essen, unglücklicher Verlauf des Sonntags), so ist doch an zwei Punkten nicht nur organisatorische Unfernhheit, sondern auch politische Borniertheit zu kritisieren:

Dies betrifft zum einen die Frage der Kinderbetreuung, auf allen derartigen Kongressen leidiges Thema. Daß schließlich die angekündigte Kinderbetreuung stattfinden konnte, ist nur auf einen Kraftakt spontan bereiter Frankfurter Antifaschistinnen zurückzuführen, die erst zwei Tage vor Kongressbeginn mobilisiert wurden. Ebenfalls kritikwürdig ist, daß von Seiten des Vorbereitungsausschusses trotz gegenteiliger Diskussion auf allen Vorbereitungstreffen der Arbeit der Frauen keine Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. An dieser Situation änderte sich auch während des Kongresses nur dann etwas, als die Frauen selbst aktiv wurden und sich nicht nur gegen teilweise sehr heftige SAG-Reaktionen, aber auch gegen die Vorstellungen mancher KB-Genossen durchsetzten.

Verlauf des Kongresses

Verlauf des Kongresses

Der Kongress begann am Freitag Abend mit einer Plenumsdiskussion zum Thema „Antifaschistischer Kampf unter den Bedingungen der Strauß-Kandidatur“ (Artikel dazu im nächsten AK). Eindeutiger Schwerpunkt des Kongresses waren dann die 13 Arbeitsgruppen am Samstag, in denen unter reger Beteiligung ausführlich diskutiert wurde. In nahezu allen Arbeitsgruppen wurden konkrete Vereinbarungen über eine weitere Arbeit getroffen, wurden Kontakte geknüpft und teilweise schon Termine vereinbart.

Im Anschluß an die AGs liefen am Samstag Nachmittag antifaschistische Filme, Dia-Serien, war Raum fürs Kennenlernen, regionale Absprachen etc. Zum RGR-Konzert der Gruppen Bohrmaschine Bornheim, Newborn Life und Mark-Makker-Band und mit Beteiligung von Norbert Ney von der Initiative „Wort Gegen Rechts“ kamen im Verlauf des Abends ca. 7-800 Leute in die Uni und hotteten einen aus. Abschluß des Abends war der Film „Deutschland – jetzt schlägt's aber 13“ über das Frankfurter RGR-Festival 1979.

Schade, daß es dem Podium am Sonntag nicht gelang, den Kongress zu einem „runden“ Abschluß zu verhelfen. So kosteten die Berichte aus den Arbeitsgruppen viel Zeit (wobei dann ausgerechnet die Frauen büßen sollten!), sodaß die zweite angesetzte Plenumsdiskussion „Antifaschistische Politik heute – ein Erfahrungsaustausch“ nicht mehr stattfinden konnte und auch die meisten Resolutionen nicht mehr abgestimmt werden konnten.

Dies betrifft auch die Rede von Sheila McGregor, Mitglied der Anti-Nazi-League aus Birmingham, zu deren Bericht über die Arbeit der ANL viel mehr hätte diskutiert werden können, wie auch die Diskussion über die gerade erschienene 0-Nummer der „Antifaschistischen Informationen“. Dieses „Info“ wurde auf dem Kongress bestens verkauft (1.000 Exemplare), und in allen Arbeitsgruppen wurde das „Info“ als Instrument für die eigene Arbeit begriffen. Allerdings wurde kaum diskutiert, daß das Info keine Institution sein kann, in der eine anonyme Redaktion schaltet und waltet; vielmehr kann das Info sich nur dann entwickeln, wenn möglichst viele An-

tifa-Aktivist/inn/en in Auseinandersetzung mit dem Träger- und Herausgeberkreis konkrete Verantwortung für dieses Projekt übernehmen, Rubriken entwickeln, Hefte zu Schwerpunktthemen vorschlagen und mit erstellen.

Auch andere Themen fielen den „Auflösungstendenzen“ am Sonntag Nachmittag zum Opfer: Eine Initiative zum Verbot der „Deutschen National-Zeitung“; ein Beitrag eines Mitgliedes des Jüdischen Studentenverbandes, in dem die Notwendigkeit betont wurde, bei nun stattfindenden Alt-Nazi-Prozessen die positiven Erfahrungen vom Lischka-Prozess zu nutzen und ähnliche öffentlichkeitswirksame Aktionen zu initiieren; weitere acht Resolutionen, u.a. zum Verbot der Schönborn-„NSDAP“, zur Abschaffung der Schwulenparagrafen 174-176 (eingebracht von der „Indianer-Kommune Nürnberg“), fielen dieser Situation zum Opfer.

Immerhin sprach sich der Bundeskongress eindeutig für die Teilnahme an den Aktivitäten zum 14.-17. Juni

in Frankfurt auf der Plattform des Frankfurter RGR-Bündnisses aus, sandte ein Solidaritätstelegramm an die in Dachau im Hungerstreik befindlichen Sinti, verurteilte die jüngsten Todesschüsse der Polizei und forderte das Verbot des europäischen Treffens Islamischer Kulturvereine in Frankfurt.

Wie geht's weiter?

Alles in allem war der Bundeskongress ein guter Anfang, um die Auseinandersetzung und Zusammenarbeit unter den Gruppen der antifaschistischen Basisbewegung zu entwickeln. Zur Auswertung des Kongresses bildete sich ein Nachbereitungsausschuß, der in Zusammenarbeit mit Vertretern der Arbeitsgruppen alle Kongressmaterialien, Protokolle, Resolutionen veröffentlichen soll. Wenn es sich finanziell verwirklichen läßt, liegt das Angebot des „Info“-Herausgeberkreises vor, diese Materialien als Sondernummer der „Antifaschistischen Informationen“ zu vertrieben.

KB-Antifa-Kommission Hamburg

Berichte aus den Arbeitsgruppen

„Neonazis“

Cirka 40 Teilnehmer aus 17 Gruppen und Arbeitskreisen nahmen an dieser AG teil. Diskutiert wurden folgende Fragen:

- Ein Bericht über den Nazi-Buchladen in Frankfurt;
- Einschätzung der Kriminalisierung von Nazi-Banden, Übernahme des Wehrsport-Konzepts (Hoffmann) durch Nazi-Banden;
- Diskussion über die Forderung nach Verbot neonazistischer Gruppen.

Es wurde festgestellt, daß sich immer mehr Nazi-Banden auf „Wehrsport“ konzentrieren, wobei man/frau davon ausgehen kann, daß die WSG Hoffmann, wenn nicht gar direkte Kontakte bestehen, so doch zumindest stets als Vorbild dient. Berichten aus Frankfurt, Göttingen, Hildesheim, Hannover, Weinheim, Braunschweig, Freiburg und Karlsruhe war zu entnehmen, daß die WSG's großenteils aus NPD/JN und „Wiking-Jugend“ heraus entstehen.

Zur Frage der Gefährlichkeit der Neonazis gab es konträre Einschätzungen:

- Die faschistische Gefahr in der BRD geht von den Neonazis aus.
- Die Neonazis sind nicht die entscheidenden Kräfte der Rechtsentwicklung von den Neonazis aus.
- Die Neonazis sind nicht die entscheidenden Kräfte der Rechtsentwicklung, jedoch ein Indiz dafür.

Die These von der Gefährlichkeit der NPD als potentielle faschistische Massenpartei konnte nicht belegt werden. Betont wurde, daß auch an der neugegründeten „NSDAP“ (Schönborn) nicht die 6 oder 12 Mitglieder entscheidend seien, sondern die Tatsache, daß sich wieder eine Partei gründen kann, die ganz offen durch ihre Namensgebung den Bezug zum Faschismus herstellt.

Einig war sich die Runde, daß Verbote an sich nichts bewirken, was auch daran deutlich wird, daß Hoffmann immer noch aktiv ist. Nicht so einig war man/frau sich in der Frage, ob Verbotsforderungen überhaupt aufgestellt werden sollen, ob man damit nicht das Schema „Rechts gleich Links“ herausfordert. Dem wurde gegenübergestellt, daß das Schema „Rechts gleich Links“ zum einen von der Verbotsforderung unabhängig ist, zum anderen antifaschistische Gesetze angewendet werden können, die sich explizit nur gegen Faschisten richten.

Eine Resolution, die die Gründung der neuen „NSDAP“ als Gegenstück zum Verbot der Hoffmann-Bande verurteilen sollte, konnte dem Plenum nicht mehr vorgelegt werden.

„Prozesse gegen Antifaschisten“

20 Teilnehmer aus 12 Initiativen, davon 5 Frauen, berichteten in dieser AG, die durch zwei Papiere gut vorbereitet war, über Prozesse gegen Antifaschisten (Ablauf, Anklagen, evtl. Solidaritätsarbeit). Aus der Diskussion kamen mehrere Aspekte heraus: daß viele Angeklagte heute noch alleine stehen, daß der Staat einzelne mit hohen Strafen verurteilt, um die gesamte antifaschistische Bewegung einzuschüchtern, daß die Kriminalisierung von Antifaschisten zunimmt. Außerdem wurde festgestellt, daß die Vereinzelung der Angeklagten, die schlechte Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen an dieser Frage die Ziele der Justiz erleichtert. Es findet kaum Erfahrungsaustausch und Informationsweitergabe statt. Dies wurde auch bei der Problematik „Strauß-Prozesse gegen Antifaschisten“ festgestellt. Hierzu stellte das Anti-Strauß-Komitee Regensburg

seine langjährigen Erfahrungen mit Angriffen von Strauß dar. Allgemein wurde es so gesehen, daß diese Frage angesichts der Bundestagswahlen in nächster Zeit noch an Bedeutung gewinnen wird. Ein Schritt zu einer besseren Zusammenarbeit wurde mit der Einrichtung einer Kontaktstelle beim IKAH Hamburg getan, wo Informationen, Urteile etc. gesammelt und den Initiativen zur Verfügung gestellt werden sollen. Außerdem ist eine Berichterstattung in den „Informationen“ geplant.

Kontaktadresse: Bernd Schulz, Steenmoor 15, 2000 Hamburg 70.

„Kampf gegen Strauß“

An dieser AG nahmen ca. 15 Leute teil, u.a. Mitglieder von Antifa-Arbeitskreisen aus Dortmund, Braunschweig, Essen, Würzburg, Erlangen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kiel, West-Berlin, sowie ein Mitglied der „Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke“ (Hämelein) und eine Vertreterin der Anti-Nazi-League aus England.

Schon zu Beginn der Diskussion stellte sich heraus, daß in der AG unterschiedliche Vorstellungen über Strauß existierten. Schon zu Beginn der Diskussion stellte sich heraus, daß in der AG unterschiedliche Vorstellungen über die Inhalte vorhanden waren, die besprochen werden sollten.

Einige stellten grundsätzlich in Frage, ob man überhaupt gegen Strauß „antifaschistisch“ arbeiten sollte. Sie lehnten eine Arbeit gegen Strauß unter antifaschistischen Gesichtspunkten ab, weil dadurch die CDU zu einer potentiell faschistischen Partei erklärt würde. Schließlich könne man heute nicht die CDU/Struß mit den gleichen Mitteln bekämpfen wie die NPD, deren Organisation militant zerschlagen werden müsse.

Andere hätten gern die Frage diskutiert, was Faschismus überhaupt bedeutet. Sie bezogen diese Fragestellung auf ihre Erfahrungen im Ruhrgebiet. Dort hatten sie miese Erfahrungen mit dem Verhalten der SPD zum Antifaschismus bzw. im Kampf gegen die CDU gemacht.

Eine dritte Position wollte die Diskussionszeit nutzen, um anhand konkreter Arbeitskreis-Erfahrungen Fakten/Material zusammenstellen, durch welche die enge Verzahnung bestimmter CDU/CSU-Kreise mit Neo-Nazis/Alt-Nazis aktuell bewiesen werden kann.

Der ersten Position wurde entgegengehalten, daß die CDU insgesamt keine faschistische Partei sei, was auch niemand behauptet habe. Es müsse aber – insbesondere von Antifa-Arbeitskreisen/Gruppen – deutlich gemacht werden, daß Strauß – um einen historischen Vergleich zu gebrauchen – ein „Deutschnationaler“ sei. Diese Kreise hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie mit den Faschisten Bündnisse eingehen würden – und es dann auch tatsächlich gemacht („Harzburger Front“, 1. Hitler-Kabinett). In der Diskussion wurden einige Beispiele für die enge Verzahnung genannt, wie z.B. zu „VDA – Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“, „Graue Wölfe“, „Hilfskomitee Südlisches Afrika“, „Deutsche Volksunion“ (Frey).

Die meisten Teilnehmer der AG waren sich darin einig, daß die antifaschistischen Arbeitskreise sich u.a. auch mit diesen Themen intensiv beschäftigen sollten. Auf dem Gebiet dieser sogenannten „Braunzone“ wird bisher kaum gearbeitet/recherchiert. Als beispielhafte Untersuchungsarbeit (für andere Antifa-Gruppen) soll die

Das Alte, das Neue und die »taz«

Während in der bürgerlichen Presse zwar reichlich haushälterisch, aber immerhin knapp informativ („Welt“, „FR“) und ansatzweise differenziert („SZ“, alle: 8.4.80) mit dem Antifa-Bundeskongress umgesprungen wurde, mochte die „TAZ“ nur überheblich lästern: Trotz Anwesenheit von mehreren Vertretern blieb der Zwei-Spalten-Artikel (9.4.) so ziemlich alles schuldig, was zu berichten gewesen wäre (AGs, Teilnehmer, Diskussionen, Differenzen, Beschlüsse). Stattdessen: „Viel hat's nicht gebracht, vor allem nichts Neues“, „wenig produktiv“, „nicht viel Neues“ etc. pp. – Logo, war ja auch alles vom KB, was kann daran schon zu berichten sein? ... Und dasselbe selbstverständlich mit den „Antifaschistischen Informationen“, die in derselben „TAZ“ abgefertigt wurden. Da fehlt's der „TAZ“ an „Theorie“, das „Niveau“ läßt zu wünschen übrig und überhaupt: „linker Parteejournalismus“.

Ein frisch grünes Blatt wie „wir selbst“ ist doch da ganz was anderes (besprochen ein paar Zeilen drüber, in der gleichen Spalte – weicher Zufall, nein aber auch!). Da „wir selbst“ wahrhaftig nicht KB-verdächtig ist, kann die „TAZ“ Lob spenden: „Forumcharakter“, weites „Spektrum“, „sozialkritisch“, „informativ“ etc. – jedenfalls eine lohnende Lektüre für alle, die sich mit grüner Politik befassen, nebst Bezugsquellenangabe, natürlich. Freilich, freilich, warum sich aufregen, daß dies ein geiziges auf „grün“ getrimmtes Tarnblatt der rechtsradikalen „Nationalrevolutionäre“/„So-

daristen“ ist? (Siehe, verflüxt noch mal, AK 169, S. 6 und 174, S. 13). Nein, wir sind ja weder rechts noch links (oh Gott, wie konservativ!), sondern unten. Wo oder wie? ... **Nachbemerkung:** Am 16.4. druckte die „TAZ“ zwei Leserbriefe ab, in denen die denkwürdige Ungleichbehandlung der neu-rechten „wir selbst“ und des „Antifaschistischen Info“ bzw. des Frankfurter Kongresses kritisiert werden. U.a. wird dort auch gesagt, die „wir selbst“-Leute seien NPD/JN-Aktive; Informationen darüber stünden zur Verfügung. Roland Schaeffer, Verfasser der „TAZ“-Besprechungen, dazu: Es gehe nicht darum, „dauernde Wiederholung der richtigen Position“ zu betreiben und „Unternehmung alles dessen, was sonstwo (d.h. auf rechtsaußen) gedacht wird“, zu begehen. Deshalb findet er es auch „sehr bedauerlich, daß z.B. Hitlers „Mein Kampf“ so unbekannt ist“. Vielleicht drückt die „TAZ“ es mal als Serie nach? Wäre doch mal echt interessant und neuartig! ... Sollte im übrigen der Vorwurf, die „wir selbst“ gehe auf NPD/JN-Macher zurück, zutreffen (daß es „Nationalrevolutionäre“ sind, stört Schaeffer eh nicht), so sei das nur umso besser: Wenn die nämlich „sich so ändern können“, habe das „eine große politische Bedeutung“. Wie schreibt Schaeffer doch so schön (aber gemeint hat er's wohl anders): Sogar führt dazu, „daß man bald nicht mehr weiß, wer Freund und wer Feind ist“.

Antifa-Kommission Hamburg

Verbindung „Graue Wölfe/West-Berlin - CDU“, sowie der Fall eines Oberstadtdirektors in Gifhorn, der ehemalige JN'ler sein soll, zusammengestellt werden. Eine Vertreterin der Anti-Nazi-League aus England verspricht, über ihre Organisation einen Bericht zu schreiben. U.a. wird sie auf die Verbindungen zwischen Konservativen und der faschistischen „Nationalen Front“ eingehen.



„Antifaschistische Jugendarbeit“

An der AG beteiligten sich etwa 35 - 40 Personen, davon ca. ein Drittel Frauen. Vertreten waren Gruppen aus Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Köln, die in der antifaschistischen Jugendarbeit aktiv sind.

Die Diskussion hatte drei Schwerpunkte: Zum einen das Problem des Zulaufs neofaschistischer Jugendgruppen und mögliche Gegenstrategien. Hier tauchte auch die Position des sogenannten „Neuen Antifaschismus“ auf, der dazu rät, antifaschistische Jugendarbeit speziell als Sozialarbeit mit Nazi-Jugendlichen zu betreiben, auf Kosten anderer antifaschistischer Tätigkeit. Verschiedene Gruppen berichteten von ihren Erfahrungen, innerhalb ihrer allgemeinen Jugendarbeit den Antifaschismus zu vermitteln.

Größere Kontroversen gab es, als vorgeschlagen wurde, die eigene antifaschistische Arbeit gewissermaßen als Modell zu entwickeln und daran die politische Forderung nach staatlicher Förderung solcher Arbeit zu entwickeln. Dem wurde entgegengehalten, dies würde Illusionen in den Staat wecken, der ja sowieso kein oder nur ein recht einseitiges Interesse an antifaschistischer Aufklärung habe; es komme darauf an, antifaschistische Arbeit gegen staatliche Stellen zu organisieren.

Ein dritter Komplex der Diskussion entwickelte sich nach einem Bericht der Hamburger Initiative „Schüler gegen Rechts“, die sehr anschaulich ihr Prinzip darstellte: Jeder engagierte Schüler kann mitarbeiten, seine Vorstellungen diskutieren und diese in Arbeitsgruppen in Form von Flugblättern, Sketchen etc. umsetzen. Dieser Ansatz unterschied sich sehr von Arbeitsgruppen in Form von Flugblättern, Sketchen etc. umsetzen. Dieser Ansatz unterschied sich sehr stark von anderen Ansätzen, bei denen antifaschistische Jugendarbeit sozusagen „von außen“ hineingetragen wird, die Jugendlichen als Objekte antifaschistischer Aufklärung begriffen werden. Auch aus Hannover wurde berichtet, daß antifaschistisches Engagement sich dann am besten entwickelt, wenn den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, eigene Erfahrungen zu sammeln, ihre eigenen Ideen umzusetzen.

Verabredet wurde ein weiterer Materialaustausch über die Kontaktadresse. Im „Antifaschistische Info“ soll eine Rubrik „Antifaschistische Jugendarbeit“ eingerichtet werden, in der Erfahrungen dargestellt, Materialien empfohlen und weitere Tips gegeben werden sollen.



„Braune bei den Grünen“

An der Arbeitsgruppe nahmen 22 Interessierte teil, überwiegend Männer; darunter Vertreter von acht AFAKs und Bunten/Alternativen Listen.

Das Interesse der Teilnehmer/innen bestand vor allem an zwei Komplexen: Wie können „Braune“ (d.h. Neonazis etc.) aus BIs oder sonstigen Umweltarbeitsfeldern herausgehalten werden? - Wie kann gegen rechte Ideologie im Umweltbereich angegangen werden?

Zur Konfrontation mit Rechten/Braunen bestanden Positionen, die sich in etwa so zuspitzen lassen: 1. Der „Zug“ ist (besonders was die „Grünen“ angeht) im großen und ganzen schon abgefahren, und zwar nach rechts. Saarbrücken sei - ohnehin nur auf „Programmebene“ - nur ein Scheinerfolg für die Linke gewesen.

Wenn die Lage so ist, fragt sich, welcher Stellenwert dem Rausdrängen von Rechten/Braunen aus den „Grünen“ eigentlich (noch) zukommt. Zudem stünde ein stärkeres Engagement bei den „Grünen“ dem Kampf gegen CDU/CSU entgegen (Kräfte würden gebunden; die CDU habe ein Interesse an den Grünen). 2. Es bestehe die Gefahr, daß die „Grünen“ nach rechts abfahren; vielfach hätten sich die Rechten auch durchgesetzt. Saarbrücken habe aber gezeigt, daß noch nichts entschieden sei, daß demokratische und linke Positionen sich auch durchsetzen könnten. Deshalb sei es wichtig, Rechte/Nazis bei den „Grünen“ zu entlarven und ebenso gegen rechte Tendenzen

wie bei Dinne anzugehen. (Hier schloß sich die Konsequenz an, zusammen bzw. in den „Grünen“ zu arbeiten).

3. Eine dritte Position kritisierte an der bisherigen Entwicklung der „Grünen“ insbesondere die Fehler der Linken. Es sei zu bemängeln, daß nicht in notwendigem Maße der Klassenstandpunkt in den ökologischen Bereich eingebracht werde. (Konsequenz: stärkere Betonung/Durchsetzung linker/Klassenpolitik).

Am Beispiel der LDU Pinneberg wurde ein Fall berichtet, wo trotz eindeutig linker Mehrheit ein Aktivist der rechtsradikalen „Solidaristen“, der von rechten „Grünen“ gedeckt wurde, nicht öffentlich entlarvt wurde; linke „Grüne“ (vor allem die „Gruppe Z“) hatten sich dagegen ausgesprochen, offensiv vorzugehen, mit dem Argument, dies könne den „Grünen“ insgesamt schaden. Vorherrschende Ansicht der Teilnehmer der AG war, daß solche Rücksichtnahmen nicht angebracht seien.

Für die Weiterarbeit wurde vorgeschlagen:

- 1. Eine Nummer der „Antifaschistischen Informationen“ zu diesem Schwerpunktthema noch vor den Bundestagswahlen.
- 2. Eine Anlaufstelle für Informationen aus diesem Bereich, die ums „Antifaschistische Info“ eingerichtet werden soll.
- 3. Ein weiteres Treffen in absehbarer Zeit, wo in einem evtl. erweiterten Kreis konkrete Arbeitsabsprachen getroffen werden sollen. Die Organisation des Treffens hat die Antifa-Kommission des KB übernommen.



„Schwule und Faschismus“

An dieser AG nahmen ca. 14 Schwule und eine Lesbe teil. Mit Ausnahme einer Frau beteiligten sich - anscheinend aus mangelndem Interesse - keine „Heteros“ an dieser AG.

Zu Beginn berichtete ein Vertreter der AHA (Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft Westberlin) über schwule antifaschistische Arbeit, z.B. über eine erfolgreiche Veranstaltung (120 Besucher) zum Thema „Schwule im KZ zu Recht?“ Bezeichnenderweise kam zu dieser Veranstaltung keiner der eingeladenen Verfolgtenverbände, was wohl mit der Verdrängung schwuler bzw. schwuler Ersatzweise kam zu dieser Veranstaltung keiner der eingeladenen Verfolgtenverbände, was wohl mit der Verdrängung schwuler bzw. schwuler Ersatzbeziehungen in den KZs zusammenhänge.

Es wurde vorgeschlagen, den Schwerpunkt schwuler antifaschistischer Arbeit darauf zu legen, den Zusammenhang zwischen der reaktionären Familienideologie und dem Faschismus und der damit verbundenen Anti-Homosexualität aufzuzeigen.

Es wurde im Verlauf der Diskussion festgestellt, daß zwar eine Abschaffung der Schwulen-Paragrafen 174-76 sowie ein Antidiskriminierungsgesetz Fortschritte bedeuten würden, aber keine Garantie für die Beendigung der Homosexuellen-Unterdrückung sein könnten.

Praktisch wurde diskutiert, wie langfristig eine schwule antifaschistische Arbeit begonnen werden und wie dies mit der Kanzlerkandidatur von Strauß und der damit verbundenen Bedrohung für alle Schwulen und Lesben verbunden werden könne. Es wurde beschlossen, Material zur sich verschärfenden Schwulen/Lesbenunterdrückung in der BRD wie auch zur Politik der CDU/CSU zu sammeln. (Materialien bitte an die AHA Antifa-AG, Friedrichstr. 2, 1000 Westberlin 61). Daraus soll dann, wenn möglich, für die „Antifaschistischen Informationen“ ein Artikel gemacht werden. Außerdem wurde in Erwägung gezogen, eventuell ein Schwulen/Lesbentreffen zur Strauß-Kandidatur zu machen.



„Polizei - und Überwachungsstaat“

An der AG nahmen 22 Interessierte (davon sechs Frauen) aus 13 Initiativen und zehn Städten teil. Nur etwa die Hälfte allerdings hatte bisher praktisch am Thema gearbeitet.

Die Diskussion hatte zwei Schwerpunkte:

- 1. „Alltägliche“ Polizeibürogriffe, Todesschüsse und Polizeioffizier;
 - 2. Computerisierung und Überwachungsstaat.
- Zum ersten Thema berichtete eine Vertreterin der „Bochumer Initiative gegen den Todesschuss“ über ihre Arbeit: Die Initiative recherchierte Todesschüsse und machte die Ergebnisse öffentlich bekannt. Bei dieser Arbeit traten vorhandene weltanschauliche Differenzen vor der gemeinsamen Zielsetzung in den Hintergrund. Es wurde aber die Erfahrung gemacht, daß die direkt Betroffenen nur sehr schwer dazu kommen, sich selbst zu

wehren. Eine Nürnberger Initiative berichtete von ihrer Arbeit, deren Schwerpunkt mehr auf theoretischem Gebiet liegt, nämlich langfristige Ziele der Polizeientwicklung zu erkennen.

Zum zweiten Schwerpunkt der Diskussion wurde festgestellt, daß insgesamt das Wissen um den konkreten Ausbau des Computerstaates noch wenig fundiert ist. Zum Thema selbst wurden zwei Meinungen vertreten:

- 1. Durch Computer werde der Schwerpunkt polizeilicher Arbeit weg von der Repression (Unterdrückung) in Richtung Prävention (Verhinderung) verlagert.
- 2. Dies sei nicht so, vielmehr folge aus einer verbesserten Prävention eine gezieltere und effektivere Repression; die Computerisierung sei eine Maßnahme, um einer Zuspitzung innerer Spannungen (auch im westeuropäischen Ausmaß) mit möglichst effektiven Repressionsmaßnahmen begegnen zu können.

Hieraus ergab sich die Frage, wie Widerstand organisiert werden könne. Festgestellt wurde, daß die Bedingungen angesichts der breiten Diskussionen über den Computerstaat nicht schlecht seien.

Als Vorschläge wurden genannt: - Wir könnten dazu beitragen, die Aufmerksamkeit jedes/r Bürgers/in dafür zu schärfen, wo überall Daten erfaßt und weitergegeben werden, um im Sinne einer kritischen Fragehaltung eine „Datenmuffel“-Mentalität zu schüren.

- Wir müssen die technische Entwicklung im Zusammenhang mit der politischen Umsetzung und die sich daraus ergebenden Gefahren wissenschaftlich untersuchen.

- Wir sollten den offiziellen Datenschutzbeauftragten genauer auf die Finger sehen: Schreiben sie ihre Berichte mit dem Ziel der rigorosen Aufdeckung von Mißbrauch und Gefahren für die Freiheit, oder kommt unter dem Strich eine halberzogene Informierung der Öffentlichkeit heraus, die die Mißstände letztlich legitimieren und das Gefühl vermitteln soll, es sei schon alles in Ordnung?



„Ausländische Faschisten“

An dieser AG beteiligten sich Vertreter von 14 verschiedenen Gruppen, Organisationen, Antifa-Arbeitskreisen und Initiativen gegen die „Grauen Wölfe“. Sicher war dieser Kreis nicht repräsentativ für das auf diesem Sektor tatsächlich arbeitende Spektrum, bot aber trotzdem eine gute Möglichkeit, die Schaffung eines kontinuierlichen Diskussions- und Arbeitszusammenhangs zu beginnen. Bedauerlich war, daß von den türkischen Organisationen lediglich Devrimci Yol vertreten war.

„Ausländische Faschisten“

Deutlich wurde in den einzelnen Berichten aus den Städten, daß alle Interesse bekundeten, aus der ortsbezogenen Arbeitsweise auszubrechen und mehr Informationen über das Treiben der türkischen Faschisten in der BRD zu bekommen. Aus diesem Grund wurde der Vorschlag eines vorläufigen Rundbriefes geboren, der über den anwesenden Kreis hinaus allen mit der Ausländer- und „Graue Wölfe“-Problematik Konfrontierten die Möglichkeit geben soll, Erfahrungsberichte und Selbstdarstellungen über ihre Arbeit vor Ort zu veröffentlichen. Auch soll der Rundbrief einen Ansatz eines breiten Materialaustausches bieten.

Da in der AG erst einmal die einzelnen Initiativen ihre Arbeit in groben Zügen dargestellt hatten, wurde von allen Anwesenden der Wunsch geäußert, bald wieder und hoffentlich im größeren Kreis zusammenzukommen - dann auch mit mehr Information und Material.

Das nächste Treffen unter dem Motto „Gegen ausländische Faschisten“ soll am 15. Juni 1980 in Frankfurt, von 9.30 Uhr - 14/15 Uhr, im Rahmen des „Rock gegen Rechts“-Festivals stattfinden. Der genaue Ort wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Um den einzelnen Initiativen in der BRD rechtzeitig Material zur Verfügung zu stellen, wurde als Abgabetermin für die Selbstdarstellungen der 15. Mai vereinbart.

Kontaktadresse: Komitee gegen türkische Faschisten Hamburg, Kajen 2000 Hamburg 11

Von hier sollen alle Arbeitsmaterialien verschickt werden.

Themen des nächsten Treffens in Frankfurt:

- 1. Islam und Korankurse in der BRD;
 - 2. Verbotsdrohung gegen die türkische Linke, derzeit verkleidet unter einer „links-rechts“-Gleichsetzung;
 - 3. Was machen wir konkret im antifaschistischen Kampf.
- Weitere Vorschläge sind natürlich erwünscht.

Verbot von Nazi-Organisationen?

Schon im Vorfeld des Kongresses hatte es sich herausgestellt, daß die Forderung nach einem Verbot der Nazi-Organisationen keineswegs von allen Kräften der antifaschistischen Bewegung geteilt wird. Vor allem die SAG hatte ihre Unterschrift unter den Aufruf von einer entsprechenden Korrektur des ursprünglichen Aufrufes abhängig gemacht. Vor diesem Hintergrund war verabredet worden, diese Frage auf dem Kongreß zu diskutieren.

Leider waren bei dieser Diskussion, die im Anschluß an die Arbeitsgruppen stattfand, nur ca. 15 Leute anwesend. Von der KB-Seite wurde zur Begründung der Forderung ausgeführt, daß dies vor dem historischen Hintergrund der Erfahrungen mit dem Faschismus eine demokratische Forderung sei; Nazis könnten kein Recht auf demokratische Freiheiten beanspruchen; diese Position sei nach dem 2. Weltkrieg Gemeingut der demokratischen Weltöffentlichkeit gewesen. Die konkrete Situation sei gerade dadurch gekennzeichnet, daß vom Staat eine Legalisierung der Nazis betrieben werde, wie sie z.B. im Mannheimer Urteil zur NPD und in der Zulassung von Schönborns „NSDAP“ zum Ausdruck komme. Gerade in dieser Situation sei es notwendig, diese Forderung zu einem Essential des antifaschistischen Kampfes zu machen.

Von der SAG wurde - für die Teilnehmer der Diskussion etwas überraschend - ausgeführt, daß sie heute nicht mehr unbedingt dieser Forderung prinzipiell ablehnend gegenüberstehe. Es sei aus taktischen Rücksichten gegenüber den Bündnispartnern im antifaschistischen Kampf nicht falsch, Verbotsforderungen zuzustimmen. Die Hauptorientierung müsse aber darin bestehen, den Faschisten auf der Straße militant entgegenzutreten. Die Verbotsforderung sei zudem gefährlich, da sie Illusionen wecken würde und in zuspitzten Situationen die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmen würde.

Es hatte den Anschein, daß dieser sich andeutende Sinneswandel der

der Arbeiterklasse lähmen würde. Es hatte den Anschein, daß dieser sich andeutende Sinneswandel der

SAG damit zusammenhängt, daß sie mit ihrer alten prinzipiellen Position in verschiedenen antifaschistischen Gruppen heute auf verlorenem Posten steht und daß militanter Aktionismus allein nicht geeignet ist, eine langfristig angelegte Politik zu tragen.

Von der trotzkistischen TLD wurde gefordert, jetzt „bewaffnete Arbeitergruppen“ aufzubauen; die Forderung nach Verbot der Neonazis wird von der TLD völlig abgelehnt. Diese Position wurde von einem Genossen des US-amerikanischen „Guardian“ kritisiert, der amerikanische Beispiele anführte, wie derartige Parolen und Positionen sich dort schädlich ausgewirkt hatten und nicht zur Verbreiterung einer antifaschistischen Front beitrugen. Der Genosse betonte die seiner Meinung nach besseren Kampfbedingungen, die durch das in der BRD-Verfassung ausgesprochene Verbot von Nazi-Organisationen bestünden; sie hätten in den USA das Problem, daß es eine derartige verfassungsmäßige Bestimmung nicht gäbe.

Ein Teilnehmer meinte, die Verbotsforderung sei deshalb schädlich, weil sie zum einen Illusionen wecke, zum anderen, weil die Erfüllung dieser Forderung die Antifaschisten wieder zur Sozialdemokratie treibe und den notwendigen Lösungsprozeß von der Sozialdemokratie behindere.

Derartige Positionen wurden kritisiert, daß sie darauf hinausliefen, die praktische Frage, ob Nazis legal auftreten dürfen oder nicht, ziemlich zynisch als im wesentlichen unerheblich oder allein aus taktischen Gesichtspunkten erwägenswert zur Seite schieben. Einige der geäußerten Positionen (z.B. TLD) seien direkt provokatorisch und menschenverachtend, weil sie darauf hinausliefen, den Nazis jede Freiheit und damit auch deren staatlichen Schutz zuzugestehen.

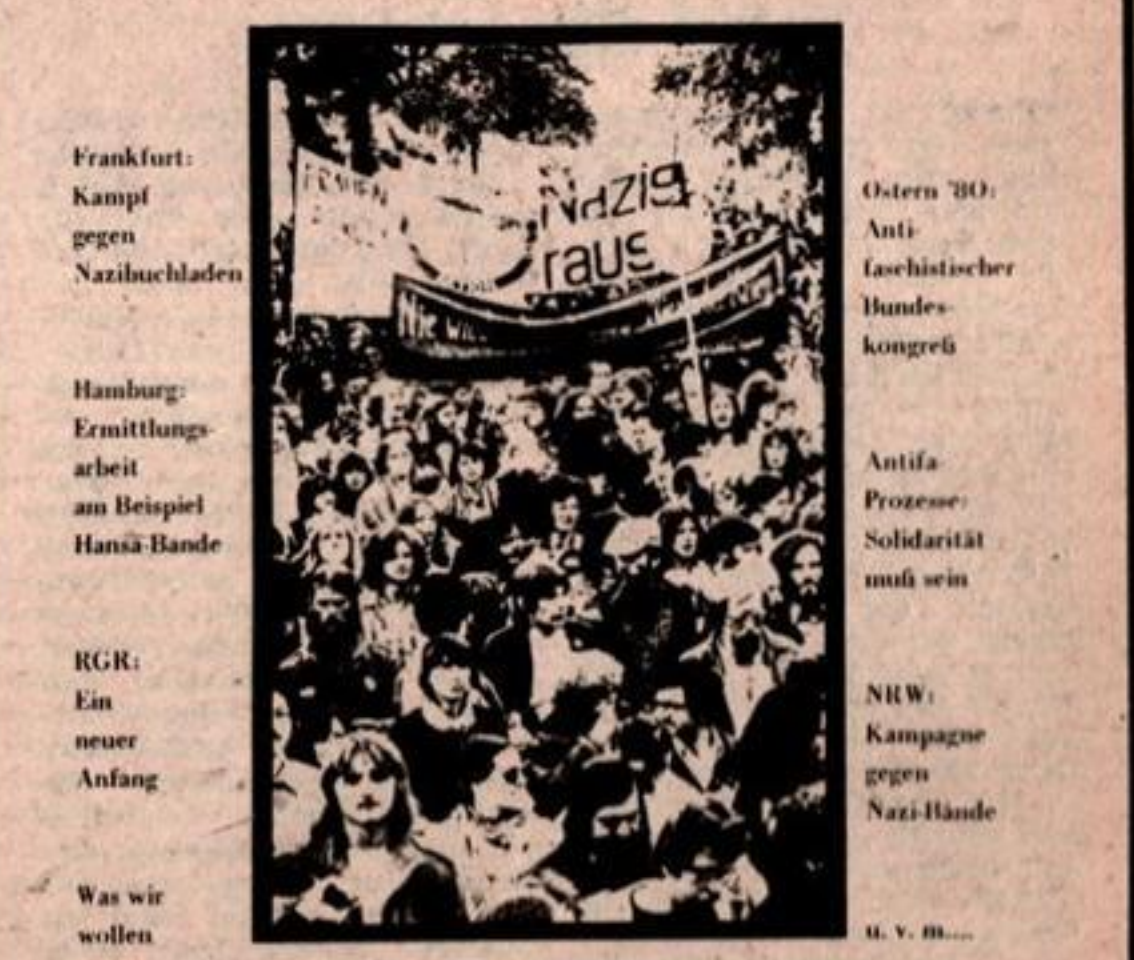
Als ein Ergebnis der Diskussion kann festgehalten werden, daß die früher oft sehr verbissen geführte Diskussion um die Schädlichkeit einer Verbotsforderung heute einer politischeren Einstellung zu dieser Frage Platz gemacht hat.

Verbotsforderung heute einer politischeren Einstellung zu dieser Frage Platz gemacht hat.

Endlich erschienen!

Nr. O März 1980 DM 2,50

ANTIFASCHISTISCHE INFORMATIONEN



Informationen Erfahrungen Tips

Endlich sind sie zu haben, die „Antifaschistischen Informationen“. Circa 1.000 Exemplare wurden auf dem Antifa-Bundeskongreß verkauft. Da grundsätzlich nur gegen Vorkasse ausgeliefert wird, hier noch mal die Kontonummer:

Postscheckamt Essen (Andreas Berlin)
Postscheckkonto Nr. 9137 - 434.
Bitte nicht vergessen, auf dem Empfängerabschnitt deutlich Eure Adresse und die Anzahl der Infos anzugeben; sonst kann nicht ausgeliefert werden.
Preis des Heftes DM 2,50; bis 20 Hefte ist ein Portozuschlag von DM 1,- zu zahlen; ab 50 Hefte gibt's 20 Prozent Rabatt. Ein Einzelabo für 3 Hefte kostet incl. Porto DM 10,-.
Wer darüber hinaus aktiv mitarbeiten will, Ideen hat etc., wende sich an die Redaktionsadresse:
Gerd Rübenstrunk
Laarerstr. 168
4900 Herford

Frauen gegen Faschismus

Kongreß-Arbeitsgruppe der Frauen

Fast 30 Frauen haben sich in dieser Arbeitsgruppe getroffen. Die meisten hatten noch keine Antifa-Arbeit zum Thema „Frauen“ gemacht (dieses fällt in der allgemeinen Arbeit meistens „naturwüchsig“ unter den Tisch), interessierten sich aber dafür und wollten mal hören, was für Ansätze es gibt. Aber auch die Frauen, die schon auf diesem Gebiet arbeiten (z.B. in Gruppen „Frauen gegen Strauß“, gegen Militarisation von Frauen), stecken damit noch in den Anfängen. Das hatte den Vorteil, daß die Diskussion nicht allzu sehr ins Spezielle entglitt, sondern für alle interessant und verständlich blieb.

Nachdem eine Weile über Stand und Schwierigkeiten der Antifa-Frauen-Arbeit geredet worden war und die einzelnen Frauen ihre Interessen formuliert hatten – Mangel an historischem und aktuellem Hintergrundmaterial, Austausch von Materialien und Literatur, Erfahrungsaustausch bei praktischen Aktivitäten – wurde als erstes Diskussionsthema die Familienpolitik der CDU/CSU ausgewählt. Welchen Zweck verfolgt diese Partei mit ihrer Heim-und-Herd-Propaganda? Schließlich wissen gerade auch die CDU/CSU-Kapitalisten, daß es z.B. wirtschaftlich gar nicht möglich wäre, auf die berufstätigen Frauen zu verzichten.

Es wurde aus einem CDU-Familienprogramm zitiert, daß es billiger sei, wenn die Familie „funktioniert“, als wenn der Staat die Folgeschäden einer nicht „funktionierenden“ Familie finanzieren müsse; ferner, daß die Nur-Hausfrau nicht so negativ dargestellt werden dürfe; daß die Familie durch alternative Lebensformen zersetzt werde.

Diese Politik setzt an realen Widersprüchen und Notlagen der Frauen an: bei der Doppelbelastung Beruf/Haushalt und Kinder können sich die Frauen um ihre Familien nicht so kümmern, wie sie es gern täten, und es gibt keine Einrichtungen, die sie da wirklich entlasten. Die Folge ist ein realer Zerfall der Familien; das berechtigte Bedürfnis der Frauen nach Harmonie und Geborgenheit bleibt unbefriedigt. Hier setzt die CDU/CSU an. Das Demagogische daran ist, daß sie diese Zustände nicht wirklich ändern will, daß die einzige Möglichkeit, diesen Widerspruch zu lösen, die Schaffung ausreichender gesellschaftlicher Einrichtungen, als zersetzend diffamiert wird. Das hat zur Folge, daß die Frauen sich schuldig an dem schlechten Zustand fühlen, sich noch mehr abrackern und den Staat auf diese Weise von seinen sozialen Aufgaben entlasten. Für die Frauen bedeutet das eine totale Reduzierung auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter; ihre eigene Persönlichkeit geht dabei unter. Durch die Überlastung wird es ihnen immer weniger möglich, etwas für ihre eigenen Bedürfnisse zu tun; ihre Isolation in den Familien erschwert es ihnen, sich mit anderen Frauen zusammenzutun. Als Gründe für diese Politik wurden neben Sparpolitik und Frauenverachtung auch die Angst vor einer stärker werdenden Frauenbewegung genannt.

Ein wenig Selbstkritik wurde auch laut, gegen die Arroganz, die wir als linke und frauenbewegte Frauen oft gegenüber den „rückständigen“ Frauen an den Tag legen, anstatt daß wir uns klar machen, daß ihre Bedürfnisse ganz legitim und oft von den unseren gar nicht so verschieden sind.

Nach der Pause berichtete eine Frau der Alternativen Liste West-Berlin von ihrer Arbeit gegen die „Grauen Wölfe“. Das Frauenbild der islamischen Faschisten ist ebenso frauenfeindlich wie das der Nazis. Eine Frau, die nicht mehr als fünf Kinder hat oder nur Mädchen, gilt als „unheilig“. Die erste Aufgabe der Frau sei es, Mutter zu sein.

Da die türkischen Frauen kaum Alternativen haben, oft Analphabetinnen sind, hat die Propaganda der Faschisten noch mehr Erfolg als bei deutschen Frauen; sie schüren die Angst, die Sozialisten wollten die Familie abschaffen oder zerstören, und nutzen die kulturelle Vernachlässigung der Türken in der BRD aus, indem sie sie in den Koranschulen und religiösen Vereinen faschistisch beeinflussen. Fortschrittliche Türkinnen, die sich weigern, ihre Kinder in die Koranschulen zu schicken, die kein Kopftuch tragen oder auf andere Weise die ihnen zugedachte Rolle nicht erfüllen, werden bedroht und angegriffen. Da bekannt ist, wie die westdeutsche Polizei Anschläge türkischer Faschisten als „private Streitigkeiten“ herunterspielt, gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie groß die Dunkelziffer bzgl. Ge-



walt gegen türkische Frauen ist und wie gering die Möglichkeiten der Türkinnen sind, sich dagegen zu wehren. Besonders groß sind die Probleme der in der BRD aufgewachsenen Mädchen, die die traditionellen Normen nicht übernehmen wollen.

Es wurde beschlossen, diesem Thema in Zukunft mehr Aufmerksamkeit und Aktivität zu widmen.

Danach wurde über das Verhältnis der Neonazis zu Frauen und Mädchen gesprochen und festgestellt, daß dort zwar kaum Frauen organisiert seien, daß aber in letzter Zeit etwas stärkere Bemühungen in diese Richtung zu beobachten seien. Z.B. bietet die „Wiking-Jugend“ jetzt auch „Mädel-Lager“ an. Auch das Verhalten gegenüber Antifaschistinnen soll sich geändert haben: während diese früher „geschont“ wurden, werden sie heute genauso angegriffen wie Männer. Im Zuge dieser Diskussion stießen wir auf eine Erfahrung, die schon mehrere Frauen aus dem Kreis gemacht haben, aber bisher eher als Einzelfall gewertet hatten: Frauen, die als Linke bekannt sind, werden mit sexueller Anmache bedroht, es werden ihnen Porno-Flugblätter u.ä. in die Briefkästen gesteckt. In diesem Zusammenhang wurde auch von der Gefahr gesprochen, die gerade für Frauen von faschistischen Typen ausgeht, die zwar unbestrittenweise nicht

haben, aber bisher eher als Einzelfall gewertet hatten: Frauen, die als Linke bekannt sind, werden mit sexueller Anmache bedroht, es werden ihnen Porno-Flugblätter u.ä. in die Briefkästen gesteckt. In diesem Zusammenhang wurde auch von der Gefahr gesprochen, die gerade für Frauen von faschistischen Typen ausgeht, die zwar unbestrittenweise nicht

ganz zurechnungsfähig sind und deshalb von offizieller Seite als „psychiatrische Fälle“ bagatellisiert werden, die aber durch das rechte Klima aufgehetzt und eventuell zu Aktivitäten getrieben werden. Wohin diese Sachen führen können, zeigen der Anschlag auf den italienischen Frauen-Rundfunksender „Radio Donna“ und die Anti-Frauenhaus-Kampagne des holländischen Pornohändlers Wilhelmus. Es wurde beschlossen, Fälle, in denen fortschrittliche Frauen von Rechten bedroht oder belästigt werden, zu sammeln. Wer von einem Fall weiß, schreibe bitte an die Kontaktadresse: Ingrid Klose, Lenastr. 51, 6000 Frankfurt/M. 1.

Es herrschte Einigkeit darüber, daß wir uns wieder treffen wollen, da in Frankfurt viele Fragen nur angerissen werden konnten. Das nächste Treffen soll besser vorbereitet werden; zu den Themen, die die einzelnen Gruppen bearbeiten, sollen vorher Materialien zusammengestellt und herumgeschickt werden. Das Arbeitstreffen findet statt am 28./29. Juni in Münster.

Kontakt:

„Frauen gegen Strauß“, Hammer Str. 37, 44 Münster; 0215/54284 (Sabine).

An diese Adresse sollen sich auch alle Frauen wenden, die gegen Strauß arbeiten wollen.

Kongreß-Betrachtungen durch die lila Brille

Ein Verdacht, den ich bisher nur vage hegte, ist durch meine Beobachtungen auf dem Bundeskongreß seiner Bestätigung ein gutes Stück nähergerückt; daß es sich nämlich bei Antifa um einen ziemlichlichen Macker-Bereich handelt. Immerhin ist das ein Arbeitsfeld, wo in besonderem Maße traditionell männliche „Tugenden“ gefordert und kultiviert werden, sei es in der Form des wackeren Kämpfers, der mit breiter Brust, harter Faust und aufs Äußerste entschlossen dem Nazi-Pack entgegentritt, oder des Studierstuhlforschers, der die Ergebnisse langjähriger wissenschaftlicher Untersuchungsarbeit, verpackt in komplizierte Theorien und langwierige Vorträge, dem höchst beeindruckt lauschenden Publikum darbietet. Frauen haben hier einen schweren Stand. Zahlenmäßig (und bedeutungsmäßig erst recht) unterrepräsentiert, können sie froh sein, wenn sie überhaupt einigermaßen anerkannt werden. Die Chancen, frauenspezifische Themen in die Arbeit einzubringen, sind gering. Dementsprechend unterentwickelt ist die antifaschistische Frauenarbeit.

Nun ist es aber immerhin schon so weit – Folge allgemein wachsender Frauen-Aktivitäten –, daß dieser Mangel inzwischen gelegentlich auch männlichen Antifaschisten ins Bewußtsein dringt, allerdings nicht allzu tief. Das führte auf dem Kongreß zu allerlei Peinlichkeiten.

Der schwache Stand der Frauenarbeit schlug sich z.B. darin nieder, daß am Vorbereitungsausschuß kaum Frauen beteiligt waren, die zum Kongreß obendrein verhindert waren, so daß sich die Situation ergab, daß beim Anfangsplenum auf dem Podium nur Männer saßen. Um der Etikette Genüge zu tun, mußte also eine Frau fürs Podium gefunden werden. Ein unter diesen Umständen wenig attraktiver Posten: wurde doch sehr deutlich, daß es sich um eine mehr oder weniger kosmetische Maßnahme handelte, die den realen Mißstand verdecken sollte. Das heißt, den meisten wurde das wahrscheinlich noch nicht einmal deutlich.

Hätte sich nun keine Frau fürs Podium bereit gefunden, so hätte auch dies wieder ein schwaches Bild gegeben. Aber es fanden sich welche, so daß an der nun folgenden Diskussion über Antifa-Arbeit und Strauß-Kandidatur wenigstens eine Frau beteiligt war – als Führerin der Rednerliste. (Um genau zu sein: es gab einen, möglicherweise sogar zwei kurze Redebeiträge von Frauen, aber insgesamt war die Diskussion fest in Männerhand.)

Am Sonnabend trafen sich die interessierten Frauen in einer Arbeits-

war die Diskussion fest in Männer-

hand.) Am Sonnabend trafen sich die interessierten Frauen in einer Arbeitsgruppe, die ich als richtigen Lichtblick empfand, weniger wegen der Ergebnisse (obwohl auch die recht gut waren), als wegen des angenehmen offenen Diskussionsklimas. Trotz dem ganzen Streß (lange Fahrt, schlechtes Schlafen in einem eisgekühlten und ziemlich mülligen Kindergarten, Ernährung mit Kuchen und Würstchen, pausenlos Vorträge anhören in einer undurchdringlichen Quaalmglocke) hatte ich nach dieser Arbeitsgruppe das Gefühl, daß es sich um einen recht netten Kongreß handelte.

Leider hielt diese positive Einstellung am nächsten Tag nicht vor. Es kam wie immer: Zur angesagten Zeit waren erst wenige Leute eingetrudelt, die meisten kamen erst ein, zwei Stunden später. Dementsprechend verzögerte sich der Beginn der Veranstaltung. Die ersten Arbeitsgruppenberichte waren normal ausführlich, bis schließlich irgendwann erstaunt festgestellt, daß es immer später wurde, obwohl noch so viel anlag. Also wurde beantragt, daß die folgenden AGs nur noch kurz die konkreten Ergebnisse mitteilen sollten – das war kurz bevor die Frauen-Gruppe an die Reihe kommen sollte. Ich will nicht unterstellen, daß dieser Antrag sich irgendwie besonders gegen die Frauen wandte, das würde ja voraussetzen,

daß die Unterstützer dieses Antrags daran dachten, daß die Frauen noch von ihrer Arbeitsgruppe berichten wollten, und gerade das taten sie meiner Meinung nach nicht. Es fand sich jedenfalls keiner, auch keiner unserer lieben KB-Genossen, der von sich aus auf die Idee gekommen wäre, die Frauen von diesem Antrag auszunehmen. Obwohl sie sonst dauernd darüber klagen, wie bedauerlich es doch sei, daß zu Frauen so wenig läuft, und das gerade auch zum Beginn des Kongresses nochmal zur Sprache gekommen war.

Die Frauen wehrten sich natürlich gegen diesen Antrag und bestanden darauf, genauso viel zu erzählen, wie sie von Anfang an vorgehabt hatten. Die anderen noch folgenden AGs beherzigten den Antrag allerdings auch nicht sonderlich. Nichtsdestotrotz kam es während des Vortrages der Frauen zu einiger Unruhe; sie wurden unterbrochen, sich doch bitte kurz zu fassen; eine organisatorische Ansage wurde zwischengeschoben – kurz, es wurde der Eindruck erweckt, als wenn der Frauenbeitrag ganz besonders weitschweifig und lang wäre. Als dann auch noch eine Resolution gegen sexistische Gewalt gegen gefangene Frauen in westdeutschen Knästen verabschiedet werden sollte, kamen allerlei Einwände: politische Gefangene seien schließlich politische Gefangene, ganz egal, ob männlich oder weiblich. Eine Reihe von Zusatzanträgen wurde formuliert, um auszudrücken, daß wir natürlich nicht nur gegen Übergriffe auf gefangene Frauen, sondern auch gegen alle möglichen anderen Dinge seien. Der erste dieser Verwerfungsanträge kam übrigens von einem nicht ganz unbekannten KB-Genossen.

Da es gerade so schön in die Diskussion paßte, beschwerte sich ein Kongreßteilnehmer darüber, daß die Frauen auch über den Kampf gegen § 218 gesprochen hätten. Das sei für ihn kein antifaschistischer Kampf; überhaupt müsse man erstmal diskutieren, was für einen Faschismusbegriff ... usw. usf. Die Resolution wurde dann mit großer Mehrheit verabschiedet.

Der Clou kam allerdings am Schluß der AG-Berichte. Die drei jungen Männer auf dem Podium, die aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen über ein Osterei verfügten, hatten in aller Unschuld und unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen, dieses als Preis der Arbeitsgruppe zu verleihen, die „ihre Zeit am besten genutzt hat“, und das war – wer würde es nicht erraten? – die Arbeitsgruppe Frauen. Kompliment, die Damen! Da haben unsere kleinen

genutzt hat“, und das war – wer würde es nicht erraten? – die Arbeitsgruppe Frauen. Kompliment, die Damen! Da haben unsere kleinen Frauen doch wirklich eine richtig nette kleine Arbeitsgruppe zustande gekriegt, dafür gibt's zur Belohnung was Süßes. Leider war keine der Frauen geistesgegenwärtig genug, diese unglückliche Aktion postwendend zurückzuweisen; es kam nur der Ruf aus dem Auditorium: „Faßt Euch doch an die Eier!“. Z.T. waren wir Frauen auch einfach sprachlos. Verspätet kam zwar noch eine Kritik von einer Frau, allerdings stieß sie weitgehend auf Unverständnis und nährte wahrscheinlich eher Vorurteile über die verbissenen Emanzen, die keinen Spaß abkönnen.

Das war überhaupt für mich auf diesem Kongreß eines der Hauptprobleme, daß, wenn Frauenfeindlichkeiten auftauchen und frau diese kritisiert, sie nicht davon ausgehen kann, sich damit verständlich zu machen. Und die KB-Genossen, die ja immerhin schon auf einem klein wenig höheren Niveau angelangt sind, sind offensichtlich nicht in der Lage, dieser Situation Rechnung zu tragen, indem sie die Frauen qualifiziert unterstützen, sondern richten mit ihrem Dilettantismus z.T. eher noch mehr Schaden an.

Co., Antifa-Kommission
KB/Hamburg

Frauen und »Rock gegen Rechts«

Nicht nur „Antifaschismus“ scheint eine Domäne von Mackern zu sein, die Rock-Szene ist es nicht minder. Nur ganz wenige Bands haben Frauen als Mitglieder, und wenn doch, dann meist als Sängerin, die sich mit der ach so komplizierten Technik nicht auseinandersetzen muß. Und wenn frau dann noch'n bißchen auf Go-Girl macht, sieht's ja auch besser aus. Grundsätzlich anders ist die Situation

der weiblichen Musiker auch in Bands mit linkem Anspruch kaum.

Aus dieser Situation heraus ergriß auf dem Antifa-Bundeskongreß zu Ostern ein weibliches Mitglied einer Rockband das Wort und forderte für die Musiker-Auswahl beim diesjährigen RGR-Festival die besondere Berücksichtigung von Frauen-Bands.

Frauen gemeinsam sind stark – erst recht gegen Nazis!

Kampf gegen „Graue Wölfe“

Hamburg

Als Reaktion auf einen Mordanschlag türkischer Faschisten rief das „Komitee gegen die Grauen Wölfe Hamburg“ zu einer Demonstration auf. Erfreulicherweise war es gelungen, eine breite Aktionseinheit aufzubauen, die von den Jusos (City-Gruppe), SB, Devrimci Yol (revolutionäre Linke), HDF (türkische Sozialdemokraten) bis zum KB, der Z-Gruppe und der Bunten Liste reichte. Insgesamt 18 Organisationen unterstützten die Demonstration am 2.4., ca. 1.200 Menschen beteiligten sich.

Neben der Forderung nach „Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnvereine“, „strafrechtlicher Verfolgung“ der Täter und „Untersuchung des Verhaltens der beteiligten Beamten“ wurde auch die „Einstellung der Finanz- und Militärhilfe der BRD für das faschistische Demirel-Regime“ gefordert.

Die sehr kämpferische Demonstration führte bis in die Nähe des Büros der „Grauen Wölfe“, das von der Polizei weiträumig abgeriegelt wurde.

Die Abgeordneten der Bunten Liste forderten in einer Anfrage eine Sondersitzung der Bezirksversammlung Eimsbüttel, die nach Auskunft eines Ausschussmitglieds allerdings wenig Aussicht auf Erfolg hat. Der Forderung der Bunten Liste, daß das Bezirksparlament Eimsbüttel Schritte gegen die „Grauen Wölfe“ einleiten soll, hat überhaupt nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der außerparlamentarische Druck weiter verstärkt werden kann.

Zum Anlaß der Demonstration vom 2.4.:

Am 24.3. wurden zwei türkische Demokraten in Eimsbüttel vor ihrer Wohnung von vier ihnen bekannten „Grauen Wölfen“ überfallen; vier Pistolen wurden auf einen der beiden abgegeben. Ein Geschloß durchschlug den Jackenkragen des Arbeiters, ohne ihn zu verletzen. Nach dem Überfall flüchteten die Faschisten. Gegen 17 Uhr wurde der Überfall im Polizeipräsidium zur Anzeige gebracht. Während der Vernehmung sagten die beiden Betroffenen immer wieder, daß sie Angst hätten, erschossen zu werden, verlangten Polizeischutz und Hilfe bei der Beschaffung einer sicheren Wohnung, sowie die Beschlagnahme der Waffen der Faschisten. Reaktion der Polizei: „Dann geht doch ins Hotel!“ ...

Als die beiden, gegen Mitternacht

„Dann geht doch ins Hotel!“ ... Als die beiden, gegen Mitternacht vom Präsidium kommend, in ihre Wohnungen wollten, erschienen die Faschisten erneut, diesmal in zwei PKWs mit ca. zehn Leuten. Nachbarn alarmierten türkische Mitbewohner und die Polizei. Daraufhin flüchteten die Faschisten. Die eintreffende Polizei nahm nun nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, unverzüglich die Verfolgung der Faschisten auf, sondern durchsuchte die anwesenden Bewohner mit vorgehaltener Pistole. Trotzdem wurden die beiden Wagen später gestellt und die zehn Insassen verhaftet. In den Autos wurden eine Pistole und sechs Stilette sichergestellt; zwei weitere Pistolen, die die Faschisten aus dem Wagen geworfen hatten, wurden von Passanten auf der Straße gefunden und zur Polizei gebracht. Aus einer der beiden Pistolen fehlten genau vier Schuß.

Bei der am nächsten Tag stattfindenden Gegenüberstellung wurden die Überfallenen von den Faschisten



Mehmet Emin Kaya (Mitte) am 29.10.79 in Dortmund bei einer Veranstaltung von „Graue-Wölfe“-Chef Türkeş.

auf türkisch bedroht: „Wenn wir hier rauskommen, werden wir dich ermorden“. Als die beiden überfallenen Türken darauf aufmerksam machten, bekamen sie von Polizisten zu hören: „Wenn es euch hier nicht paßt, könnt ihr ja zurück in die Türkei gehen“.

Obwohl von der Polizei versichert worden war, daß zumindest die vier am ersten Überfall beteiligten Faschisten in Haft bleiben, wurden nach der Gegenüberstellung bis auf den Schützen Hakan alle auf freien Fuß gesetzt. Drei Tage später wurde auch Hakan wieder freigelassen, inzwischen nach Informationen türkischer Genossen aber wieder festgenommen.

Kommentar der Polizei: Politik habe bei dem Überfall keine Rolle gespielt. Da habe wohl einer dem anderen das Mädchen ausgespannt. Überhaupt halte man die Geschichte für nicht weiter erwähnenswert. Solche Raufhändler gebe es ja beinahe täglich.

Selbstverständlich besitzt die Polizei genauso wie jeder aufmerksame Beobachter gesicherte Erkenntnisse, daß hier ein Überfall der „Grauen Wölfe“ stattgefunden hat: Unter den Verhafteten befand sich z. B. der einschlägig bekannte Faschist Mehmet Emin Kaya (HH 19, Grundstr. 25), der beim Überfall einen BMW (HH-XC-1336) steuerte.

Mehmet Emin Kaya stand während der Kundgebung der „Grauen Wölfe“ in der Dortmunder Westfalenhalle am 29.10.79 in vorderster Front der Leibgarde von Faschistenführer Türkeş - wie ein Foto im „Stern“ dokumentiert.

Westberlin

„Wir werden alle Kommunisten umbringen. Wir werden dich auch umbringen, du Hurensohn“. Mit diesen Worten wurde der schon beim Mord an Cesim verletzte türkische Antifaschist Bülent in einem vollbesetzten Waggon der Westberliner U-Bahn von



Demonstration am 2.4. in Hamburg

Demonstration am 2.4. in Hamburg

drei türkischen Faschisten verprügelt und getreten.

Als Bülent aus der Bahn aussteigen wollte, wurde er auf den Bahnsteig hinausgetrieben. Bülent erstattete Anzeige und erklärte auf einer Pressekonferenz, daß zwei der Angreifer Mitglieder der „Grauen Wölfe“ sind. Weiter berichtete Bülent, daß nach der Ermordung Cesims weitere Morddrohungen telefonisch angekündigt wurden. Er selber wurde mehrmals fotografiert und bedroht, man würde ihn umbringen. („Neue“, 5.4.)

Frankfurt

Für den 12.4. hatte der „Türkische Kulturverein Frankfurt“ eine „große Abendveranstaltung des Jahres“ geplant. Sie konnte nicht stattfinden! - Was war geschehen?

Der Frankfurter „Kulturverein“ in der Gutleutstr. 173 ist die europäische Zentrale der türkischen „Kulturvereine“. Tarnorganisationen der faschistischen MHP. Der Frankfurter „Kulturverein“, dessen Vorsitzender wegen versuchtem Totschlag

an zwei türkischen Arbeitern, die er zu erstechen versuchte, im Knast sitzt, hatte für die Veranstaltung das städtische Volksbildungsheim gemietet. Während der DGB und der SPD-Abgeordnete Lütger das Verbot der Veranstaltung forderten, gab sich die Frankfurter SPD zwar wortradikal, sprach von einer „Provokation für alle Demokraten“, da man den Faschisten staatliche Räume und Plätze zur Verfügung stellen würde, forderte jedoch kein Verbot.

Das Frankfurter Verwaltungsgericht genehmigte für den gleichen Tag (12.4.) zwar eine Kundgebung der NPD, für die Veranstaltung der Grauen Wölfe reichte es jedoch offenbar nicht mehr. Am 10.4. kündigte die städtische Saalbau GmbH den Mietvertrag für das Volksbildungsheim. „Ein Verbot der Veranstaltung durch das städtische Ordnungsamt kommt dagegen - so ergab eine Prüfung durch OB Walmann - nicht in Frage“ („Frankfurter Neue Presse“, 11.4.).

Das Verwaltungsgericht - von den türkischen Faschisten angerufen - entschloß sich ausnahmsweise, die Kündigung anzuerkennen.

Ch. Worch (»Hansa«-Bande) im Knast

Mit einem etwas turbulenten Abgang verschwand der amtierende Chef der Hamburger „Hansa“-Bande, der dreißigjährige C. Worch, am 24. 3. für die nächste Zeit im Knast: Nachdem Richter Schenk das Urteil verkündet hatte - zweieinhalb Jahre Knast - spuckte Worch auf den Boden und verlangte, abgeführt zu werden. Mit ihm verließen 15 Jungnazis den Gerichtssaal.

Verurteilt wurde Worch u. a. deshalb, weil bei ihm stapelweise „Der Sturm“ und andere Nazi-Pamphlete gefunden worden waren. Zusammen mit den eineinhalb Jahren ohne Bewährung, die er erst einen Monat zuvor bekam, dürfte Worch wohl für einige Zeit aus dem Verkehr gezogen sein.

Außerdem begann am 3.4. in Hamburg ein Sammelprozeß gegen zehn Mitglieder der „Hansa“-Bande. Die Anklage umfaßt diverse Aktionen, Demonstrationen usw. der Bande seit Frühjahr 1978. Angeklagt sind: Tibor Schwarz, Christian Grabsch, Michael David, Hans Meyer (Hannover), Detlef Schulz, Peter Luppas (Hannover), Manfred Röhling (Kiel), Norbert Bruß, Helmut Oost, Thorsten Ringk.

Verteidiger der „Hansa“-Leute sind der früher selbst als Nazi-Schläger aktive Jürgen Rieger und ein RA Pils.

Der Prozeß ist auf mindestens acht Verhandlungstage angesetzt, bekannte Termine sind: 22. und 24., Strafjustizgebäude, R. 388.

Hinterhältiger Polizeieinsatz in Münster oder

Am 16. April wurde die Uni Münster 200 (reaktionäre) Jahre alt. Entsprechend ihrer Vergangenheit wurde auch die Gegenwart begangen:

Unser allseits geschätzter (meint zumindest die Hofberichterstattung der „Westfälischen Nachrichten“) Bundespräsident/Wandervogel Carstens (wäre er doch im Teutoburger Wald geblieben...) beehrte das schwarze Münster. Wie es sich für einen anständigen Menschen gehört, ging er erstmal früh morgens beten. Dann „feierte“ die Elite unter sich: Carstens, Prof. Schelsky - Gallionsfigur reaktionärer Soziologie - als Hauptredner, andere staatliche Würdenträger und Honoratioren der Uni beklatschten ihre akademische Selbstbeweihräucherung (im Dutzend billiger) gegenseitig hinter verschlossenen Türen. Dann gab es einen netten Empfang beim Oberbürgermeister, wo schon alle Fraktionsführer in feierlicher Erwartung des hohen Herrn harrten, da er gekommen war, um ihnen allen einmal die Hand zu schütteln. Olaf Steinmeyer von der GAL (grüne alternative Liste) reichte Carstens statt seiner Hand eine Presseerklärung, indem Carstens über den überflüssigen Häuserabriß, die studentische Wohnmisere und an seine Vergangenheit erinnert und seine heutige politische Gesinnung (am Beispiel Berufsverbote) infrage gestellt wird. Währenddessen verteilte Ratsfrau BURGEL Geier die Presseerklärung bereits im Rathaus.

Auch draußen tat sich was: Die „Projektgruppe Unijubiläum“ hat ein sauber recherchiertes Buch zur 200jährigen Geschichte der Münsteraner Uni herausgegeben. Denn in der offiziellen Festschrift (500 Seiten, 48 DM) wird die Weimarer Republik und der Faschismus nur gestreift, da Herausgeber Prof. Dollinger ausgerechnet Unterlagen dieser Zeit nicht finden konnte; außerdem vermutete er das Material, was er so gerne gehabt hätte, in der DDR (ist doch naheliegend, nicht wahr?). Die Herausgeber der Gegenfestschrift fanden jedoch, welch ein Zufall, massenhaft Material in Münsteraner Archiv...

Anbei nur ein peinliches Beispiel: Von 168 Professoren waren 119 Mit-

Anbei nur ein peinliches Beispiel: Von 168 Professoren waren 119 Mitglieder der NSDAP, 38 wurden nach Kriegsende entlassen, allerdings bis auf 3 (drei) bis 1951 wieder eingestellt... Auch ein anachronistischer Zug war organisiert worden, der zeigte, daß reaktionäre Gesinnung die Uni von ihrer Geburtsstunde bis in die heutige Zeit besetzt. Hierzu gehörten auch fünf Träger mit SA- und einige mit Reichswehr-Uniformen.



Wie in Bonn, so wurden auch in Münster Demonstranten, die anlässlich des Carstens-Besuches zum Uni-Jubiläum aus agitatorischen Zwecken in NSDAP-Uniformen demonstrierten, von der Polizei verhaftet...

Antifaschistische Aktion in Frankfurt

Mit besonderer Pffiffigkeit meinte die Frankfurter NPD, am 12.4. eine Provokation landen zu können: Um einer Gegenmobilisierung zu entgegen, meldete sie erst ein paar Tage vorher eine Kundgebung für den Platz vor der Paulskirche an. Ebenso wie die Nazis ließen auch die Behörden weder von dieser Planung noch vom „Verbot“ durch CDU-OB Wallmann noch vom Gang der NPD vor das Verwaltungsgericht etwas an die Öffentlichkeit dringen.

Erst nachdem das Gericht das „Verbot“ am 11.4. wieder aufhob, informierten der Hessische Rundfunk und Zeitungen am Morgen des 12.4. erstmals über die Angelegenheit.

Während die Nazis noch ihr etwas motziges Brimborium aufbauten, sammelten sich jedoch schon gut 300 Antifaschisten, um dann, durch ca. 70 Bullen getrennt, knapp 20 NPDlern und sechs VSBDlern gegenüberzustehen. Zwei NPD-Redner veräußerten sich unter antifaschisti-

chem Protestlärm, und nach zwei Stunden zogen die Nazis unter Polizeischutz ab.

Für den gerade erst neu ins Amt gekommenen und dem Deckert-Flügel zuzurechnenden NPD-Kreisvorsitzenden Graefe war das ein schlaffer Einstand.

Für alle Freunde und Freundinnen im Land, die sich für das diesjährige Rock gegen Rechts und die Verhinderung des geplanten Naziaufmarsches am 17.6. in Frankfurt bereit machen, macht dieses Beispiel nochmal klar, daß für den Juni mit einer ähnlichen „Regelung“ seitens des Staates zu rechnen ist.

Wer für die Vorbereitung dieses 17. Juni aus unseren diesbezüglichen Erfahrungen schöpfen will, kann bei der Frankfurter KB-Gruppe die Broschüre „Wie hält es Wallmann mit den Nazis“ bestellen.

KB-Antifakommission Frankfurt

kommt ein Carstens gewandert

Uniformen, begleitete dann 1,5 Std. den Demo-Zug und war angenehm berührt vom Ablauf, wie er Holger Brandes, dem Demo-Verantwortlichen, jovial mitteilte. Vorbei ging es an 440 einsatzbereiten Polizisten, und wie wir am 17.4.80 aus den „Westfälischen Nachrichten“ erfuhren, vorbei an etlichen Scharfschützen (würge), die in Obergeschossen in den Nachbarhäusern vom Rathaus schwitzten...

Kurz vor Auflösung des Zuges, ca. 50 Meter vor dem Endpunkt, wurden wir von rund 100 Bullen aus Recklinghausen erwartet.

Einsatzleiter Winkler schnappte sich Holger Brandes, untersagte ihm vorsichtshalber die Benutzung des Megaphons und teilte ihm dann sichtlich erschüttert mit, daß er leider von der Bundesanwaltschaft über das Landesministerium NRW den Befehl bekommen hätte, die Leute mit SA-Uniform zu verhaften und die Uniformen sicherzustellen. Es wäre ihm selber ganz unerklärlich und unverständlich, aber er könne es nicht ändern.

Dann stürmten keilförmig ca. 20 Bullen in den Zug, nahmen drei „SA-Männer“ fest, der vierte war plötzlich verschwunden, und in der Eile noch aus Versehen zwei Männer der „akademischen Wehr“. Die Demonstranten verhielten sich ruhig.

Der Fahrer des Polizeiwagens (mit den fünf Festgenommenen) war nicht ortskundig und hatte einige Schwierigkeiten, den Weg zur Wache zu finden...

Dort wurden zehn Fotos der fünf Verhafteten in Uniform geschossen. (Davon ein Gruppenfoto - ohne Dame). Dann mußten sich die fünf sich entkleiden und bekamen zum Schutz gegen ihre Blöße blaue Arbeitshosen und Arbeitskittel (häßlich) gestellt. Recht dämlich war die Behandlung der zwei der „akademischen Wehr“. Bei einem wurde der Ledermantel und die Mütze beschlagnahmt, beim anderen die grüne Hose, grüne Jacke und Mütze. Dann gaben die verwirrten Bullen die grüne Hose zurück, weil sie nicht wußten, ob die beschlagnahmt werden sollte, sie fanden, die sah so normal aus... Sie waren halt ein bißchen durcheinander, da eigentlich auf braun eingestellt...

Einsatzleiter Winkler, kam zwischendurch, weil alles so lange dauerte, ins ASA-Häuschen, drückte nochmal sein Bedauern über den Vorfall aus, wiederholte die o.g. Geschichte. Auch der 2. Einsatzleiter, Braun,

mal sein Bedauern über den Vorfall aus, wiederholte die o.g. Geschichte. Auch der 2. Einsatzleiter, Braun, kannte nur diese Version. Selbst Dr. Zeika, Chef der Schutzpolizei, erhielt Nachricht über die vorübergehende Festnahme überraschend, und er fühlte sich mächtig übergangen. Tja, ein Carstens kann schon viel Staub aufwirbeln... Nach 45 Minuten brachten zwei Zivils die fünf Verhafteten in den AstA. Natürlich mußten die Zivilen draußen warten, denn wer läßt schon Polizei ins Haus, wenn sie keine schriftliche Erlaubnis dazu haben... Nun mußten die fünf sich schon wieder ausziehen, denn die Zivilen wollten das schöne Zeug wieder mitnehmen... Der AstA rief die Pressestelle der Bundesanwaltschaft an; die wußten nichts von dem, was sie gemacht haben sollten, und dementierten jede Mittäterschaft an der Festnahmeanweisung. Auch im Justiz- und Innenministerium NRW war nicht bekannt, daß sie Anweisungen zur vorläufigen Festnahme ausgestellt haben sollten!

Bis 22 Uhr ging das lustige Rätselraten! Dann fiel endlich dem Polizeidirektor Steinecke ein, daß Oberstaatsanwalt Dr. Pauli (Münster) ja die Haftbefehle ausgestellt hatte. Warum, das wußte Steinecke freilich auch nicht, man kann ja schließlich nicht alles wissen, wenn man Direktor ist, nicht wahr...

Die „Münsteraner Zeitung“ spricht in einem langen Artikel am 17.4. von einem „vermeidbaren“ Zwischenfall. Auch die Radiothek berichtete bereits über das Verwirrspiel von und mit und durch Carstens? Polizei? Staatsanwalt? SA-Uniform? ...?

Der AstA wird erstmal eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen, wirft der Polizei „massiven Vertrauensbruch“ (hicks) vor, verlangt die Vernichtung der Unterlagen über die Verhafteten sowie eine schriftliche Entschuldigung (flop).

beatrix/Münster

Hamburger Polizeiskandal

Es kommt einem vor wie in einem billigen Krimi über die Unterwelt von Chicago. Passiert sein soll es allerdings bei der Kripo Hamburg. Kripo-Leute werden beschuldigt:

- Ganoven zu Einbrüchen angestiftet zu haben, um die Beute anschließend halbe-halbe zu teilen;
- sichergestelltes Diebesgut so lange verborgen gehalten zu haben, bis die Versicherungen hohe Belohnungen zahlten;
- dauerhafte Beziehungen zu Gangstern angeknüpft zu haben, denen u.a. für

Zeuge ermordet?

Am 31.3.80 starb der 34-jährige Kripo-Spitzel Peter Klingbiel im Bahnhof Borgweg unter einer einfahrenden U-Bahn. Selbstmord! - Was denn sonst...? Klingbiel hatte zwei Wochen vorher bei der Staatsanwaltschaft gegen Kripo-Beamte ausgesagt. Drei Tage vor dem „Selbstmord“ hatten ihm Unbekannte einen Leichenwagen mit Sarg vors Haus geschickt.

bruch bot uns ein V-Mann an, die Beute gegen Belohnung wiederzubeschaffen. Der Mann wurde vom MEK observiert. Dabei stießen die Beamten auf einen der Hehler verdächtigsten Mann, in dessen Wagen die Beute zwei Tage später gefunden wurde. Die Belohnung hatte Bauunternehmer K. angeblich der Polizei zugesichert, der Scheck wurde dem V-Mann von drei Beamten ausgehändigt. Das sei die übliche Praxis, um



Mit Erfolg wehrte sich Innensenator Staak gegen eine polizeilich-unabhängige Untersuchungskommission

Am 2.4. wurde in einem Reisebüro eingebrochen, in dem Kriminaloberkommissar Peter Reichert Teilnehmer ist. Peter Reichert hatte im vergangenen Jahr zusammen mit Kriminaloberberr Winfried Getto ein Gespräch mit einem V-Mann. Der hatte angedeutet, daß Freunde des Leitenden Kriminaldirektors Zühlsdorf ihre Finger im Schallplatten-Raubdruckgeschäft hätten.

Reichert und Getto waren damals ohne Begründung versetzt worden, und zwar von Zühlsdorf! Der Einbruch in dem Reisebüro galt offenbar Aufzeichnungen, die Reichert über Verdachtsmomente gegen korrupte Kripo-Leute geführt hatte - und die man dort versteckt wähnte.

Zur gleichen Zeit bekannte ein Kripo-Spitzel vor der Staatsanwaltschaft, daß es im Auftrage von Zühlsdorf...

Zur gleichen Zeit bekannte ein Kripo-Spitzel vor der Staatsanwaltschaft, daß er im Auftrag von Zühlsdorf Peter Reichert ausspionieren sollte.

Schon am 24.1.77 war in der „Morgenpost“ zu lesen, daß Staatsanwälte, die mit Ermittlungen gegen korrupte Kripo-Beamte und im Besonderen gegen Zühlsdorf betraut waren, Morddrohungen erhalten hatten.

„... dein Freund und Hehler“?

- Vor vier Jahren wurden aus dem Haus der Schauspielerin Elisabeth Flickenschild bei Stade Antiquitäten im Wert von 160.000 Mark gestohlen. Angeblich kannte das Einbruchdezernat das Versteck der Beute bereits, soll sie aber erst ausgeliefert haben, nachdem die Versicherung der Polizei 10.000 Mark Belohnung ausgehändigt hatte („Morgenpost“, 24.1.77). Nach Aussagen eines Polizeizeugen sollen die Diebe vom V-Mann Karl-Hein W. aus Norderstedt angestiftet worden sein („Morgenpost“, 9.4.80).

Bei einem weiteren Einbruch in Stade wurde Schmuck im Wert von 60.000 Mark gestohlen. Beamte vom Einbruchdezernat verlangten angeblich noch ein „Informationshonorar“, als die Beute bereits auf dem Tisch im Polizeihochhaus lag („Mopo“, 9.4.80).

- Bei dem Bauunternehmer Rudolf K. in Bad Oldesloe wurden Teppiche im Wert von 150.000 Mark gestohlen. Einige Tage später erschienen zwei Hamburger Kripo-Beamte bei dem Bestohlenen und brachten das Diebesgut zurück. Bei einem zweiten Besuch händigte ihnen der Bauunternehmer einen Verrechnungsscheck über 10.000 Mark aus. Der zuständige Kriminalhauptkommissar Heinz Hofmann aus Bad Oldesloe wußte Bescheid. Dazu damals der Polizeisprecher Günter Krenz: „Zwei Tage nach dem Ein-

Tips aus der Unterwelt zu bekommen („Welt“, 12.3.77).

Dagegen die Staatsanwaltschaft Lübeck in ihrer Anklageschrift vom Februar 79: „Die Beweisaufnahme wird ergeben, daß ein V-Mann im Sinne der Strafverfolgungsbehörde nicht mitgewirkt hat“. - Die Polizisten hätten sich demnach selbst bereichert! Innensenator Staak erteilte den beschuldigten Polizisten und Polizeizeugen keine Aussagegenehmigung. So konnte es nicht zur Hauptverhandlung kommen, obwohl die Lübecker Staatsanwaltschaft elf Zeugen genannt hatte („Mopo“, 12.4.80).

- Nach einem Pelzdiefbstahl wurde durch einen Tip einer der Pelzdiebe festgenommen. Darauf ging Polizeiobermeister Wilhelm W., ein V-Mann-Führer vom MEK, wiederholt zum Pelzgeschäft und zur Versicherung, um eine Belohnung für einen V-Mann zu erhalten. Die Versicherung zahlte 3.500 Mark und das Pelzgeschäft 800 Mark.

Anschließend stellte sich angeblich heraus, daß der MEKler das Geld nur benutzte, um eigene alte Schulden bei dem V-Mann zu bezahlen.

Das Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm W. wegen Betrugs wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt („Mopo“, 16.4.80).

- Von einigen V-Leuten wurde der Staatsanwaltschaft berichtet, Zühlsdorfs Leute (wohl im wesentlichen MEKler?) kassierten von ihnen Prozente.

Kann eine Hand hier noch die andere waschen?

Schon seit über drei Jahren hält sich das Gerücht, daß der Leitende Polizeidirektor Zühlsdorf und seine Leute allzu enge Beziehungen zu St. Pauli-Größen pflegen:

- U-Häftlinge hatten behauptet, Zühlsdorf habe gute Kontakte zu einem zwielichtigen Hamburger Rechtsanwalt und zum „St. Pauli-König“ Wilfried Schulz. „Ein hoher Kripo-Beamter (Na, wer wohl?) soll einem der heimlichen Könige von St. Pauli einen Schuldschein über 100.000 ausgestellt haben. Alles Geld, das der Polizist bei Spielen verloren hat“ („Bild“, 31.3.80).

Auch der Leiter des Einbruchdezernats, Kriminalhauptkommissar Götz Sitte, ist in Verdacht geraten: Kurz vor einem Herzinfarkt enthüllte Kriminalhauptkommissar Behling aus Stade (ein weiteres Todesopfer des „Hamburger Skandals“) u.a., daß Götz Sitte ihm gegenüber behauptet hatte, den Hamburger Hehler St. und seinen Zulieferer H.

- Geld auch Daten aus dem Polizeicomputer geliefert wurden;
- Gangster gegen Belohnung vor Polizei-Aktionen gewarnt zu haben;
- aus Ermittlungsakten gegen Straftäter wichtige Unterlagen, Fingerabdrücke und Beweisstücke entfernt zu haben.

Im Zentrum der Beschuldigungen stehen der inzwischen pensionierte ehemalige Leitende Kriminaldirektor Zühlsdorf und der Leiter des Einbruchdezernats, Kriminalhauptkommissar Götz Sitte.

nicht zu kennen. Und das, obwohl er kurz vorher eine Ermittlungsakte aus Schleswig-Holstein über die beiden gelesen hatte. Er mußte schließlich eingestehen, daß er selbst in Holland gegen H. ermittelt hatte. Die Akte ist nach den Angaben des Stadtkriminalbeamten aus dem Präsidium verschwunden („Mopo“, 9.4.80).

Vertuschung durch Polizei und Justiz?

- Schon im Januar 77, als die Sonderkommission zur Bekämpfung organisierten Verbrechens auf die engen Verbindungen zwischen Kripo und Unterwelt gestoßen war, forderte Zühlsdorf einen Staatsanwalt der Sonderkommission auf, die internen Beschuldigungen „zurückzunehmen“ (Mopo, 24.1.77).

- Es folgten mehrere Morddrohungen gegen die ermittelnden Staatsanwälte (Mopo, 24.1.77).

- Zühlsdorf bat Oberstaatsanwalt Wehrmann schriftlich um die Namen seiner Informanten über die Zusammenarbeit Kripo und Unterwelt. Als Wehrmann nicht reagierte, erhob Zühlsdorf eine Dienstaufsichtsbeschwerde (Welt, 22.3.77).

- Außerdem stellte er gegen Wehrmann als Leiter der Sonderkommission Strafantrag wegen übler Nachrede (Mopo, 26.1.77).

- Der Senat stimmte einer Vorlage der Justizbehörde zu, wonach gegen Oberstaatsanwalt Wehrmann und einen Staatsanwalt ermittelt wurde wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses wegen der Weitergabe von Informationen an eine Hamburger Tageszeitung (Welt, 9.3.77).

- Am 1.9.78 löste Zühlsdorf die „Sonderkommission zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität“, die auch gegen ihn und seine Freunde ermittelt hatte, auf. Drei der abgezogenen Betrugsspezialisten wurden im Polizeidienst zwangsversetzt.

- Während der Ermittlungen gab Justizsenatorin Eva Leithäuser zu, daß in der Vergangenheit Akten der Staatsanwaltschaft bei den verdächtigen Kripo-Leuten aufgetaucht seien.

- Obwohl Innensenator Staak (SPD) seit Jahren von den Vorwürfen wußte, trat er damit nicht an die Öffentlichkeit. Auch nach dem „Selbstmord“ von Peter Klingbiel wiegelte Innensenator Staak ab: „Dem immer

mord“ von Peter Klingbiel wiegelte Innensenator Staak ab: „Dem immer wieder erhobenen Vorwurf, einige Polizeibeamte arbeiteten mit der Unterwelt zusammen, bin ich wiederholt nachgegangen. Alle bisherigen Aufklärungsversuche von Staatsanwaltschaft und Polizei haben diese Vorwürfe bislang nicht erhärten können“ (Hamb. Abendblatt, 3.4.80).

- Laut „Morgenpost“ vom 5.4.80 ist auch die Justiz in den Polizeiskandal verwickelt: „Haftbefehle wurden nicht ausgeführt, Verdächtige offensichtlich vor Hausdurchsuchungen informiert, Akten beiseite geschafft, Gesuchte zur Flucht animiert“.

- Am 9.4. veröffentlichte die „Morgenpost“ eine Aussage von Kriminalhauptmeister Behling aus Stade: „Sitte und seine Mitarbeiter B. und M. haben versucht, den ermittelnden Staatsanwalt Eckhard B. zu einer Manipulation der Strafkarte zu bewegen“. Inzwischen wurde eine Sonderkommission zur Untersuchung des Skandals gebildet. Neben fünf Staatsanwälten arbeiten 21 Beamte der Kriminalpolizei Hamburgs, die bis Januar Zühlsdorf unterstand und gegen die sich die Beschuldigungen richten. Bis zuletzt hatte sich Innensenator Staak gegen eine größere und polizeinabhängige Untersuchungskommission gestäubt.

Schluß mit den Vertuschungen!

Bisher wurde nur ein kleiner Zipfel der tatsächlichen Verfilzung zwischen Hamburgs Kripo und Unterwelt und der zunehmend sich geheimdienstlicher Methoden bedienenden Sonderpolizei-Einheiten sichtbar. Bisher erscheinen die Vorfälle als „Auswüchse“. Der Kritik entzogen aber ist bisher das gerade auch von Zühlsdorf maßgeblich entwickelte System der geheimdienstartigen Arbeit von V-Männern im Untergrund. Zühlsdorf hat sich bundesweit einen Namen gemacht

als Experte für die Entwicklung der Polizei-Arbeit im Untergrund. Zühlsdorf hat dazu bereits 1975 ein Buch veröffentlicht, in dem er detaillierte Anweisungen für die Arbeit von Polizei-Agenten gibt (siehe auch Russel-Reihe 5, S. 84ff). 1979 forderte er in einer für den Senat angefertigten Studie erneut, die Polizei müsse mehr in den Untergrund gehen (siehe dazu auch AK 163).



Götz Sitte: „Ohne V-Leute klappt nichts mehr“



Zühlsdorf: „Ich habe eine weiße Weste“

Zühlsdorf ist ausführendes Organ einer Polizei-Politik, die von Innensenator Staak seit seiner Amtszeit betrieben wurde.

Es muß darum gehen, die von nahezu allen Hamburger Politikern verteidigte Zusammenarbeit der Polizei mit V-Leuten jenseits der Legalität für die Öffentlichkeit ganz und gar transparent zu machen, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dafür wäre die Einrichtung einer demokratischen Untersuchungskommission ein nützlicher Schritt.

Antifa-Kommission Hamburg



JEDER KANN DER NÄCHSTE SEIN
Erste umfassende Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimation.

Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei - u.a. durch den Todesschuß - ums Leben gekommen. 140 Fälle dokumentieren dies, inklusive der gesetzlichen Grundlagen. Weiterhin müssen erste Fälle beschrieben werden, wo Kritik am Todesschuß diffamiert und unterdrückt wird.

316 Seiten
ISBN 3 88305 004 0

Erschienen im und zu bestellen beim:
Verlag J. Reents
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon: 43 53 06
BITTE VORAUSKASSE!

Haftverschönerung und freigewählte medizinische Versorgung für

Rudolf Raabe!

Der hier nachgedruckte Artikel der „Initiativgruppe Rudolf Raabe“ (nach „Pflasterstrand“ Nr. 77) zeigt nach unserer Erfahrung erschreckend exemplarisch, welcher ungeheuren Anstrengungen es heute bedarf, für vom Knast bedrohte Menschen und ebenso auch einsitzende Gefangene eine Öffentlichkeit zu schaffen. So wie hier bei Rudolf Raabe ist es häufig eine lebensnotwendige Öffentlichkeit.

Vor fast einem halben Jahr fing alles an. Ein Brief Rudolf Raabes erschien im Pflasterstrand. Voller Hoffnung über die Möglichkeiten einer Rückkehr, voller Sorge ob dieser Möglichkeiten und seiner schweren Krankheit.

Seit dieser Zeit hat sich publizistisch einiges getan, gibt es wachsende öffentliche Aufmerksamkeit und Protest, ist im übrigen für den Rudolf nichts konkret erreicht und durchgesetzt worden, was seine baldige, dringend notwendige Rückkehr ermöglichen könnte.

Blieben zunächst einige Erfahrungen, Erlebnisse, Ereignisse, die einmal zu jener mehrfach gezielten Kette aufzureihen wären, die einen solchen Akt umgibt, wenn man anfängt, einem Verfolgten zu helfen.

- Das sind:
- der mehrfach derangierte Gerichtsreporter Wolfgang G. (TAZ)
 - ein offenbar konspirativ arbeitender, weil schwerstens zu erreichender id-Nachrichtendienst.
 - 400 Bullen, Ober- und Unterstaatsanwälte, die während einer hektischen Woche ein Interview mit Rudolf verhindern wollten.
 - 2 Sternreporter, die im Londoner Knast 2 Tage die Macht des BKA erleben.

1 Oberstaatsanwalt Morre, der dem Temming den berüchtigten Ölschinken entführte und den Stern-Leuten in London ihre Notizen, um sie dem verhafteten Mitglied unserer Initiative auf dem Frankfurter Flughafen vorzulegen.

- da ist - frei nach Brecht - die Erfahrung, daß eine einigermaßen wirkungsvolle Solidarität heutzutage an die 10.000 DM kostet.

- da sind natürlich diverse Hausdurchsuchungen, Bahnhofsfälle, dauernde Observationen, Telefonkontrollen und die Androhung einer Beugehaft gegen diejenigen, die sich für den Rudolf hier einsetzen.

- da sind flächenmäßige Durchsuchungen und Verhaftungen in Irland: „Wo ist Raabe?“

- da ist - oh Spaß - die DKP Ortsgruppe Olpe, die den Raabe unterstützt, die deswegen wohl gemäßigter wird.

- da ist ferner ein Innenminister, der klammheimlich immer mitteilen läßt, er täte dem Raabe schon entgegenkommen, sich öffentlich aber nicht traut.

- da ist dieser Herold, der dem Stern erklärt, Vorwürfe gegen Raabe seien „unsensibel“, während zur selben Zeit

Die Barrieren, die heute überwunden werden müssen, gerade um auch eine Unterstützung der Linken und ihrer Medien zu erreichen, sind Barrieren, denen wir in unserer eigenen Organisation ebenfalls begegnen.

Selbstkritisches und betroffenes Nachdenken über unsere Widerstände, den Kampf gegen Kriminalisierung und Knast als den unsrigen zu begreifen, tut auch im KB not.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

ein namhafter Beamter seiner Behörde in Hannover öffentlich eine besoffene Rede hält, die sich konkret zu Tatvorwürfen gegen Raabe äußert, was ihm leid tun wird, da mitgeschnitten wurde.

- da ist schließlich ein Haftbefehl gegen Rudolf Raabe, der auf den angeblichen Aussagen jenes Hermann Feiling basiert, der heute über seinen Anwalt erklärt, er habe den Raabe nicht gesehen, nicht gekannt.

DER ÜBLICHE LINKE GANG

Zunächst hatte alles ruhig begonnen, im Sinne des üblichen linken Gangs: 250 alternative & linke Blätter erhielten einen Aufruf, zwecks Solidarität gegenüber Rudolf. Tatsächlich erschienen an die 30 Artikel. Kein schlechtes Ergebnis. Nur folgte absolut nichts. Keine Unterschrift. Kein Protesttelegramm. Keine müde Mark. Rudolf Raabe, so lieben wir uns sagen, ist einfach „unbekannt“, eine schwere Nierenerkrankung sei „Kleingeld“. Der id-Dienst für's Unterdrückte, war auch durch 4 Zusendungen und Drohbriefe zu keiner Zeile zu bewegen, der Grundmann von der TAZ verschlammte die Sache 15 Tage, mochten sich auch längst Wasserrodeme in Rudolfs Beinen ge-



bildet haben. Solche „Abstinenz“ änderte sich schlagartig nachdem Rudolf „prominent“ geworden war. Allerdings mußten wir ihn erst dazu machen.

Und das geht so: Man braucht zunächst Geduld, Connections, Hartnäckigkeit und Rigorosität, um an Karteien heranzukommen, die anscheinbar standardisierte „Solidaritätswillige“ enthalten, etwa beim Sozialistischen Büro, wo man aber dann doch nicht rankommt, weil die Solidarität ja nicht ausfüllen soll, oder wo man rankommt, wie bei der Kartei des PPZ, dessen kommunikatives Material bereits computerisiert vorliegt, was sehr bequem und eben wirkungsvoll ist.

Man sammle selbst aus roten Kalendern, Adreß- und Telefonbüchern, Vorlesungsverzeichnissen, aus dem Fundus linker Blätter - die es zuvor terroristisch zu bedrängen gilt - einen weiteren Bestand. Man hat dann an die 10.000 sogenannte „guter Adressen“ und entwerfe nun einen Aufruf, der unbedingt „aus dem Rahmen fallen“ muß, also möglichst weder „zu politisch“ noch „moralisch“ sein darf, und verstehe es dennoch, vor allem Moral so geschickt implizit und erpresserisch auszusetzen, daß dem derart eingekesselten „Solidaritätswilligen“ nichts anders übrig bleibt, als mindestens einmal seine gepflegte Unterschrift zu ver-

geben. Wenn Brecht mal gesagt hat, „eine gute marxistische Bildung koste heutzutage ein paar tausend Mark“, dann ist jetzt sicher, daß die Herstellung einer einfachen Solidarität an die 10.000 DM benötigt. Nämlich eine achtseitige Dokumentation, 0,60 DM Porto, plus Verpackung x 10.000; dazu natürlich noch Plakate und Aufkleber und ein effizient arbeitendes Team, das sich auf sales promotion versteht, in diesem Fall auf das „Produkt Raabe“.

Wir waren derart schlagartig „erfolgreich“. Raabe war bekannt. Die Sache kam ins Rollen. Es hagelte Unterschriften. Öffentliche Veranstaltungen wurden geboten. Dichter, die seit langem zu allem Unrecht schweigen, meldeten sich. Kurz: man war betroffen!

Der Stern nahm zur Kenntnis, scheute kein Risiko, kam in den Knast und schaute das Modell Deutschland anlässlich einer europäischen Polizeiwache, die Raabes wegen organisiert war, und machte einen Artikel, besser als in allen linken Zeitungen. Der Grundmann (TAZ), der davon vorab erfuhr, war nun vom Telefon nicht mehr wegzukriegen, auf der Jagd nach einem möglichst exklusiven, faktenreichen Raabe-Aufreißer. Und brachte, als er so etwas erhielt, doch wieder nur die „Story“, nicht unseren zweiseitigen beiliegenden Aufruf zu neuen solidarischen Aktivitäten. Der id war ebenfalls bereits zur Stelle. Man erlebt eben am Beispiel Rudolf Raabe nicht nur, wie das BKA einen Menschen willkürlich zum Terroristen aufbaut, sondern auch, was in der Linken geschieht (muß), um aus einem Verfolgten eine Angelegenheit des Interesses zu machen, nämlich einen „Prominenten“.

Da aber diese ganze „Betroffenheit“ nur oberflächlich sich an Reiz- und Prominenzzeichenshaftigkeiten imaginiert, und nie wirklich - weder menschlich noch politisch - an irgendwas beteiligt ist, war der Posteingang in Sachen Raabe 5 Tage nach der Sternveröffentlichung signifikant rückläufig. Jetzt hatte es nämlich im Stern gestanden - und somit konnte „das Problem“ vertrauensvoll der hohen publizistischen Instanz überlassen bleiben: Aktivitäten wurden eingestellt. Dafür alltägliche die Frage, leicht ungeduldig: „Wann kommt er denn nun zurück?“ Who knows? - Die Bundesanwaltschaft jedenfalls, die Herren Harms und Morre, haben aktuell noch einmal klargemacht, daß Rudolfs Forderung auf Außervollzugsetzung bzw. Aufhebung des Haftbefehls nicht entsprochen wird, punktuell. Und der, der Rudolf, möchte sich nun mal weder am Krankenbett noch sonstwo vom BKA umgeben wissen. Also hängt er weiter in Irland.

Hunger und Durststreik in der Lehrter Straße

Im Frauengefängnis Lehrter Straße in Westberlin führten 32 Frauen vom 16.3. bis 19.3. einen Hunger-/Durststreik durch, um gegen die Übertragung des „Wohngruppenvollzugs“ von Station I (Jugendliche) auf Station II (erwachsene drogenabhängige Frauen) zu protestieren. Hinter diesem schönen Wort „Wohngruppenvollzug“ verbirgt sich in der Lehrter Straße ein streng hierarchisch aufgebautes Therapiekonzept; eine der „Wohngruppen“ ist einer totalen Kontaktsperre nach innen und außen unterworfen. Das heißt:

- keine Besuche, außer Anwaltsbesuche,
- keinerlei Briefkontakt,
- ein selbstgestellter Strafenkatalog, bei Verstößen gegen die rigiden Regeln der „Wohngruppe“.

„Wer in diese Wohngruppe einzieht, bekommt gesagt, daß sein Ich gebrochen werden muß, daß er bekommt von externen und internen Mitarbeitern (Psychologen, Schließern usw.) ein Neues“ (aus der Erklärung der Frauen).

Neben einem großen Katalog von vielen spezifisch auf die Situation der Frauen in der Lehrter Straße zugeschnittenen Forderungen richtet sich der Hunger-/Durststreik auch gegen die dauernden Verschärfungen in allen Knästen:

- Abschaffung jeglicher Hochsicherheitsbereiche! Stop der im Bau befindlichen Trakts; Rückverlegung der dort inhaftierten Menschen;
- Abschaffung jeglicher Sonderbehandlung;
- keine Trennung nach Delikten;
- wesentliche Verbesserung der Freizeitgestaltung, mit externen Mitarbeitern; Ausweitung des Arbeits- und Bildungsangebots; Wiedereinführung von Schulmaßnahmen;
- bessere ärztliche Versorgung in den Bereichen Dermatologie, Gynäkologie, Allgemeinmedizin. Anwesenheit von Schwestern rund um die Uhr, in dringenden Fällen haus-externe Ärzte.
- Kein Verwahrvollzug! (aus der Erklärung der Frauen)

Offenbar ist Rudolf Raabe jetzt ganz und gar zum zynisch kalkulierten Objekt einer internen Fehde der Dienste geworden: BKA, Anwaltschaft versus Innenministerium; wobei es - mag er auch umkommen - nur noch darum geht, wenn im Falle der Katastrophe der Schwarze Peter zuzuschreiben ist. Für den Baum geht's dabei natürlich nicht um „Menschlichkeit“, sondern um die höheren Ziele seiner „Liberalisierungskampagne“, und er fürchtet, durch Raabe (und andere) „un- glaubwürdig zu werden und läßt daher aus seinem Hause verlaufen, „man suche den, der diesen Mist gebaut“ hat, und meint damit die Bundesanwaltschaft, Kollegen Vogel und das BKA, die wiederum nichts dagegen, sondern alles dafür haben, daß der Minister sich blamiert, auf daß ihr oberstes Prinzip, das der Verfolgung und Erledigung, sich ungehindert austoben darf. Raabe ist dazu lediglich „Material“. Rudolf Raabe würde sofort freiwillig zurückkommen, er ist krank, er will sich einem Prozeß stellen, hat sich distanziert, hat Sprach- und Konzentrationsstörungen, sieht aus „wie ein 45-Jähriger“ - das alles dürfte eigentlich genügen. Aber um ihn geht es gar nicht mehr, nicht um den getürkten, schütterten Haftbefehl, nicht mehr um den Top-Terroristen, und um seine Menschlichkeit schon gar nicht, es geht um den harten Rivalitätskampf der Dienste untereinander bis auf's Messer. Unter diesen Bedingungen darf Rudolf nicht nur beim „Stern gut aufgehoben“ sein, sondern er gehört in unsere Mitte. In den Mittelpunkt einer breiten, hartnäckigen, phantasievollen, unermüdeten Kampagne für seine minimalen Forderungen: weil er zurück will und muß, weil es für uns keine Ruhe geben darf, solange er nicht wieder unter uns ist. Gesund werden kann, leben kann, handeln kann, kämpfen kann, ohne länger Objekt menschenverachtender Verfolgung, Verbannung und Erniedrigung zu sein.

Es gibt - noch - reale Chancen, daß seine Forderungen durchkommen, daß nachgegeben wird. Der Baum hält sich vorerst nur taktisch zurück. Daß etwas daraus wird, dazu braucht es aber sofort wieder jede Menge Druck und Aufschrei. Und vielleicht auch schon ein paar hoffnungsvolle Gedanken: wo er wohnen kann (Meldepflichtauflagen!), wo er - später - einen Job findet und wo ärztliche Versorgung. Und Geld braucht's jede Menge, weil er ist nicht versichert, und private Gutachter kosten ganz gehörig was.

Wir haben - wenn auch nicht viel mehr einfallt - jede Menge Plakate, Dokus und Aufkleber und Unterschriftenlisten zu Rudolf, womit ihr was machen könnt. Und vergeßt auch nicht, seine Sache zum Thema der vielen Treffs, Kongresse und Rocks against zu machen, die der Frühling und der Sommer bieten.

Damit der Rudolf im Sommer hier ist, und ihr beruhigter nach Irland fahren könnt. Kontakte und Material: Initiativgruppe Rudolf Raabe, c/o Cornelia Branscheidt, 637 Oberursel 5, PF 35, Tel. 06171/73212. Spenden: Postscheckkonto 1990 61 - 608 Frankfurt, Cornelia Branscheidt.

Hochsicherheitstrakt Moabit Modell für die Knäste der Zukunft?

Der fertiggestellte und im Januar belegte Moabiter Hochsicherheitstrakt mit 27 Haftplätzen ist für den Westberliner Justizsenator (immer noch Mitglied in der Humanistischen Union!) nur ein „scheidener“ Anfang gewesen, als „Vorreiter auf diesem Gebiet“ bundesweit Zeichen zu setzen: Ein zweiter Hochsicherheitstrakt mit etwa 100 Plätzen wird nun in Plötzensee (Westberlin) gebaut, für weitere über 200 Haftplätze in diesem neuen Knast soll der Hochsicherheitstrakt Modell stehen.

Wir meinen, daß ein Nachdruck der Artikel im Westberliner „Tagesspiegel“ besser, das heißt in diesem Fall klarer, erschreckender, deutlicher zeigt, wie die Knäste der Zukunft aussehen sollen, als wir es beschreiben können. Uns schlägt diese „sachbezogene“, zynische Expertensprache die Worte.

Westberliner Antirepressionskommission

Hochsicherheitstrakt Modell für die anderen Häuser

Knapp 300 000 Mark Kosten pro Platz in der neuen Frauenhaftanstalt Plötzensee veranschlagt

Im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses wird morgen die Erhöhung der Baukosten für die neue Frauenhaftanstalt in Plötzensee um 35 Millionen Mark beraten. Wie berichtet, betragen die Gesamtkosten nach dem jetzigen Bauplanungsunterlagen 95 Millionen Mark. Im Durchschnitt wird jeder der 320 vorgesehenen Haftplätze damit 296 871 Mark kosten.

Nach Angaben aus der Bauverwaltung haben wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Planung der neuen Haftanstalt keine besondere Rolle gespielt. Der zuständige Unterabteilungsleiter in der Senatsbauverwaltung, Arndt, meinte in dem Zusammenhang, Ziel der Planung sei es, eine wirklich sichere Haftanstalt zu bauen, bei der der Justizsenator ruhig schlafen könne.

Bauteile ohne Fugen

Entscheidend für die Höhe der Gesamtkosten dürfte nach Darstellung von Experten der Bauverwaltung sein, daß der in Plötzensee entstehende Hochsicherheitstrakt das Modell für die übrigen fünf Vollzugsgebäude darstellt. Diese sogenannten Wohnheime sollen sich nur in Nuancen vom Hochsicherheitstrakt unterscheiden. Der Hochbau-Leiter beim Bausenator, Darge, teilte mit, der Hochsicherheitstrakt sei unabhängig entwickelt worden, man habe dieses Bausystem dann für alle Häuser gewählt. Die von Seiten der Justiz hinsichtlich des Hochsicherheitstraktes verlangte Bauausführung habe zum Beispiel bei den fugeelosen Bauteilen kostenmäßig durchgeschlagen.

Sägezahn-Fassade gegen Kontakte

Es sei eine Musterzelle entwickelt worden, mit einer Sicherheits-Toilette, die nun überall eingebaut werde. Ferner ist die sogenannte Sägezahn-Fassade des Hochsicherheitstrakts, durch die Pendel-, Sicht- und Rufkontakte ausgeschlossen werden, auch für die Vollzugsgebäude geplant, die für normalen Erwachsenen-Vollzug, Jugend-Vollzug, Jugend-Drogenstation, für Behandlungsgruppen, für den Bereich Mutter und Kind und sogar für den offenen Vollzug bestimmt sind.

Darge begründete dies mit dem Hinweis, daß die Planung der Haftanstalt eine geschlossene architektonische Aufgabe gewesen sei. Die Sägezahn-Fassaden seien im Laufe der Planung „mal raus, dann wieder reingekommen“. Unterabteilungsleiter Arndt meinte, es habe ein städtebaulich akzeptabler Entwurf realisiert werden müssen.

Europäische Gefängnisse studiert

Der Hochbau-Leiter Darge machte insbesondere darauf aufmerksam, daß der Justizsenator mit der Haftanstalt in Plötzensee absolutes Neuland für den deutschen Gefängnisbau beschreite. Der Sicherheitsexperte des Senats habe zuvor fast alle europäischen Gefängnisse studiert. Unter Justizsenator Meyer sei Berlin auf diesem Gebiet Vorreiter. Das Berliner Gefängnis-Modell sei der Beginn einer Serie ähnlicher Haftanstaltsbauten im Bundesgebiet.

Wie Darge betonte, gebe es daher auch finanziell keine Vergleichswerte. Wert legte er auf die Feststellung, daß die Bauverwaltung nur ausführe, was die Justizverwaltung verlangt habe. Die Verantwortungsbereiche sollten klar getrennt gesehen werden.

Die Justizpressestelle hat es abgelehnt, Fragen in Zusammenhang mit der Baukostenerhöhung um 35 Millionen DM zu beantworten. Zur Begründung hieß es, ihr Schweigen sei normal, da die Abgeordneten noch nicht unterrichtet seien.

Gründe der Verteuerung

Bausenator Ristock wird im Hauptausschuß die Mehrkosten unter anderem mit der von der Justiz geforderten Programmveränderung

Vorlage über Frauenhaftanstalt an Justizausschuß überwiesen

Die Vorlage des Bausenators zur Genehmigung von Mehrkosten für den Bau der neuen Frauenhaftanstalt in Plötzensee in Höhe von 35 Millionen Mark ist gestern vom Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses zur weiteren kritischen Überprüfung dem Justizausschuß überwiesen worden. Wie berichtet, soll die Haftanstalt, in der auch ein neuer Hochsicherheitstrakt entsteht, insgesamt 95 Millionen Mark kosten. Nach Angaben des Vorsitzenden des Hauptausschusses, Diepgen (CDU), ist bei der gestrigen Beratung die Notwendigkeit eines Hochsicherheitstraktes anerkannt worden. Strittig sei jedoch gewesen, ob die große Anzahl der für den Hochsicherheitstrakt geplanten Haftplätze angemessen sei. Unklar sei ferner gewesen, welche finanziellen Rückwirkungen der Hochsicherheitstrakt auf die gesamte Planung des neuen Gefängnis-Komplexes habe. Nach einer Überprüfung dieser Fragen im Justizausschuß wird sich der Hauptausschuß erneut mit diesem Problem beschäftigen.

Darstellung der Justizverwaltung

Die Justizpressestelle, die es abgelehnt hatte, uns vor der gestrigen Sitzung des Haupt-

für den Hochsicherheitstrakt in der Frauenhaftanstalt begründen, der nun auch 45 Zellen für männliche Häftlinge erhalten soll. Der durch die gesamte Programmänderung zusätzlich umbaute Raum beträgt 12 230 Kubikmeter. Die verestückerten Toiletten und insbesondere die Fernsehüberwachungsanlagen sowie der Bau von vier weiteren Beobachtungstürmen bringt zusätzliche Kosten von über 15 Millionen Mark.

Über 6,6 Millionen Mark müssen aufgewendet werden, um die Zellen so anzulegen, daß die Spezialtoiletten eingebaut werden können. Für zusätzliche Baustellensicherung muß Ristock drei Millionen Mark beantragen. Und schließlich müssen über 1,7 Millionen Mark zusätzlich aufgewendet werden, um den Grundwasserspiegel an der Baustelle abzusenken. Durch den letzten heißen Sommer und die Beendigung des U-Bahn-Baus in Charlottenburg hat sich der Grundwasserspiegel in Plötzensee überraschend um 1,5 Meter gehoben. Nach einem Bodengutachten der DeGelo war das nicht zu erwarten. Los

ausschusses auf Fragen zur Kostenerhöhung des Neubaus der Frauenhaftanstalt zu antworten, hat sich gestern schriftlich zu unserem Bericht vom Sonntag geäußert. Für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen würden, so heißt es, nicht 15, sondern nur vier Millionen Mark der Gesamtkosten von 95 Millionen Mark aufgewendet. 11 Millionen seien für 30 zusätzliche Haftplätze, 20 weitere Drogentherapieplätze bei insgesamt nun 320 Haftplätzen vorgesehen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte hätten bei der Planung durchaus eine Rolle gespielt, was vom Finanzsenator bestätigt worden sei. Dies ergebe sich schon aus der Standortwahl neben der Jugendstrafanstalt, wodurch eine zentrale Einheit für Heizung, Küche usw. geschaffen würde. Der Hochsicherheitstrakt sei nicht Modell für die anderen Häuser, sondern der nachträglich geplante Sicherheitsbereich sei dem Konzept modernen Wohngruppenvollzugs angepaßt worden. Fugelose Bauteile und Spezialtoiletten dienten in allen Häusern der Bekämpfung des Drogenhandels. Die Sägezahnfassaden sollten vor allem den optischen Eindruck eines Gefängnisses vermindern. Die Erfahrungen in anderen Haftanstalten würden berücksichtigt, es sei aber nicht richtig, daß der Sicherheitsexperte zuvor fast alle europäischen Gefängnisse studiert habe. (Tsp)

Berufsverbot gegen Gerd Heide bestätigt

Von Januar bis März dieses Jahres fand an insgesamt zwölf Verhandlungstagen der Berufsverbotsprozeß gegen den Studienrat und Lebenszeitbeamten Gerd Heide vor dem Hamburger Disziplinargericht statt.

Gerd war im Mai 1975 mit sofortiger Wirkung aus dem Schuldienst entlassen und auf halbe Bezüge gesetzt worden, weil er in einer Unterrichtseinheit zum Vietnamkrieg, der sich damals in der Endphase befand, teilweise für den Sieg des vietnamesischen Volkes Stellung bezogen hatte. Dem damals gegen ihn ausgesprochenen Hausverbot an seiner Schule widersetzte er sich, was ihm eine zusätzliche Anzeige wegen Hausfriedensbruch einbrachte. Über diese Anzeige ist inzwischen in mehreren Instanzen unterschiedlich entschieden worden — mal Geldstrafe, mal Freispruch, dann wieder Aufhebung des Freispruchs usw. Eine endgültige Entscheidung lag jedenfalls zu Beginn des Prozesses vor dem Disziplinargericht noch nicht vor.

Von der Schulbehörde wurde außer dem Vorwurf der „Indoktrination“ auch noch Gerd's Kandidatur für die „KPD“ bei den Bundestagswahlen 1976 zum Anklagepunkt erhoben. Dies, obwohl Schulsenator Grolle wie auch Bürgermeister Klose in den letzten beiden Jahren mehrfach erklärt hatten (z.B. im Fall Erdner), daß die Kandidatur für eine nicht verbotene Partei kein Ablehnungs- oder Entlassungsgrund für einen Beamten sein dürfe, und obwohl Gerd Heide erklärt hatte, niemals Mitglied der „KPD“ gewesen zu sein.

Der Prozeß selber fand unter dem Vorsitz des berühmten Hamburger Strafrichters Graue (ein Gesinnungsgenosse des bekannten Kölner Richters de Somoskeoy) statt, der sich in der Vergangenheit durch einen Namen gemacht hatte, daß er in einer ganzen Reihe von Prozessen politische Bekenntnisse von Angeklagten für den Sozialismus als strafschärfend gewertet hatte. Selbst unter bürgerlichen Journalisten gilt dieser Richter als Scharfmacher und „Rechtsausleger“ der Hamburger Justiz.

Mehrere diesbezügliche Ablehnungsanträge der Anwälte von Gerd wurden von Graue natürlich ohne langes Fackeln als unbegründet zurückgewiesen. Von Befangenheit könne nicht die Rede sein.

Entsprechend war auch der gesamte Prozeßverlauf. Eine Beweisaufnahme wie in einem Strafprozeß fand nicht statt. Stattdessen wurden lediglich Akten der Schulbehörde verlesen. Beweisanträge von Gerd, Schüler als Zeugen vorzuladen, wurden abgelehnt. Sogar der Antrag, einen sachverständigen Zeugen zu der Frage des Verhältnisses der Unterrichtseinheit und des tatsächlichen Unterrichts — soweit er rekonstruierbar wäre — zu den verbindlichen Rahmenrichtlinien des Faches Gemeinschaftskunde zu hören — vorgesehen war hierfür ein Zeugen vorzuladen, wurden abgelehnt. Sogar der Antrag, einen sachverständigen Zeugen zu der Frage des Verhältnisses der Unterrichtseinheit und des tatsächlichen Unterrichts — soweit er rekonstruierbar wäre — zu den verbindlichen Rahmenrichtlinien des Faches Gemeinschaftskunde zu hören — vorgesehen war hierfür ein Hauptseminarleiter der Schulbehörde — wurde abgelehnt. Begründung: „Diese Überprüfung hat teils nach

rechtlichen und teils nach allgemein-pädagogischen Gesichtspunkten zu erfolgen, zu deren Beurteilung das Gericht selbst sachkundig ist. Darüber hinaus gehende Tatsachen, die nur einer fachspezifischen Beurteilung zugänglich und für die Entscheidung von Bedeutung sein könnten, sind nicht erkennbar.“

Angesichts dieser Prozeßführung verzichteten Gerd und seine Anwälte am Schluß des Prozesses sowohl auf die Plädoyers wie auf ein Schlußwort, da keinerlei Voraussetzungen gegeben waren, daß juristische und inhaltliche Argumente überhaupt vom Gericht zur Kenntnis genommen werden würden. Sie beschränkten sich auf den Antrag, den Gesuchantrag der Behörde zurückzuweisen.

Das Urteil fiel dann auch erwartungsgemäß aus: Gerd Heide wurde in allen Punkten verurteilt. Auszüge aus der mündlichen Urteilsbegründung:

— Zur Unterrichtseinheit über Vietnam: „Diese Kammer wertet diese Gestaltung des Unterrichts als einseitig prokommunistisch... Bei allen Literaturempfehlungen werden auf keiner Stelle Meinungen der Regierungen dargestellt, die die südvietnamesische Regierung (das damalige verbrecherische Thieu-Marionetten-Regime, AK) unterstützen, geschweige denn, daß eine Darstellung der Meinungen der südvietnamesischen Regierung gebracht worden wäre. Für die Gestaltung eines objektiven Unterrichts wäre das jedenfalls erforderlich gewesen. Es ist so, daß der Beamte bei der Gestaltung des Unterrichts agitatorische Begriffe verwendet hat, mit denen er sogenannte vermeintliche historische Wahrheiten formulierte, die schon aufgrund dieser Formulierungen gar keinen Widerspruch zuließen... Man muß sich ja vorstellen, daß diese geschichtlichen Wahrheiten Schülern vorgetragen wurden, die schon aufgrund ihrer Erfahrungen gar nicht in der Lage gewesen sind, hier zu widersprechen, insbesondere dann, wenn hier ein Lehrer diesen Vortrag in einer Weise brachte, den man als Schüler vielleicht nicht zu beanstanden hatte, der aber aufgrund seines gegebenen Unterrichts gewissen Einfluß auf die Schüler hatte...“. Das ist immerhin eine Argumentation gegen jeden Unterricht!

— Zum Punkt „Hausfriedensbruch“: „Auch dieser Punkt der Anschuldigungsschrift ist hier bewiesen worden. Der Beamte hat sich mehrfach widersetzt und zwar Anordnungen, an deren Rechtmäßigkeit kein Zweifel bestehen konnte. In diesem Zusammenhang ist unter anderem auf den Vorfall hinzuweisen, wo der Schulleiter den Beamten aufforderte, in sein Dienstzimmer zu kommen. Der Beamte weigerte sich, er kam dann schließlich mit Schülern zum Dienstzimmer. Dort wurde an der Tür randaliert. Es wird hier weder von der Anschuldigungsschrift behauptet, noch hat sich das aus der Beweisaufnahme ergeben, daß der Lehrer selbst

gegen die Tür getreten hat, aber er war dabei und hat sich nicht davon distanziert... Das Ganze stellt sich als ein Verstoß gegen die Gehorsamspflicht der Beamten dar, und von einem achtungswürdigen Auftreten kann in diesem Zusammenhang gar keine Rede sein.“

Der Beamte hat sich dann des fortgesetzten Hausfriedensbruchs schuldig gemacht, das hat hier ein Strafteil ergeben, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist (!)... Er inszenierte einen Aufruhr, der erst durch mehrfachen Polizeieinsatz gegen Jugendliche wieder bereinigt werden konnte. Er spannte — das muß man so formulieren — die Schüler vor seinen Karren... Er stiftete damit die Schüler an, zumindest die Ordnung in der Schule nicht mehr zu respektieren. Von einer Erziehung zu einem demokratischen Staatsbürger, die ja auch Pflicht eines Lehrers ist, kann in diesem Zusammenhang dann keine Rede sein.“ — Ein „demokratischer Staatsbürger“ nach Graueschem Muster wehrt sich nicht gegen Berufsverbote! — Zur „KPD“-Kandidatur:

„Die KPD ist eine Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen... Daran bestehen überhaupt keine Zweifel... Durch die Kandidatur für diese Partei gibt der Beamte zu erkennen, daß er sich in herausragendem Maße für die Ziele dieser Partei einsetzt... Obwohl er — wie er hier erklärt hat — nicht in allen Zielen der KPD zustimmen vermag, oder sie auch teilweise verhasst, setzt er sich für diese Partei ein und versucht es dadurch, für das Grundgesetz einzutreten, wie es seine Beamtenpflicht wäre... Die Kandidatur fügt sich ein in das, was sonst Gegenstand dieses Verfahrens war und ist deshalb auch für die Beurteilung relevant“.

Wieder einmal maß sich ein Richter an, über die „Verfassungsfeindlichkeit“ einer Organisation zu urteilen und dies auch noch (das hat allerdings Seltenheitswert) ohne den geringsten Versuch zu machen, diese Ansicht zu belegen. Es bestehen halt einfach „keine Zweifel“ daran.

— Schlußfolgerungen:

„Die Gesamtheit dieser Vorfälle ist als Dienstvergehen im Sinne des § 79. des Hamburger Beamtengesetzes zu werten. Der Beamte hat schuldhaft gehandelt. Die Brisanz seiner Gestaltung des Unterrichts war ihm bekannt... und er konnte deshalb über die folgenden Maßnahmen der Dienstaufsicht nicht überrascht sein... Ein Widerstandsrecht, auf das sich der Beamte hier wiederholt berufen hat, steht ihm nicht zu. Diese Rechtsordnung, die eine der freiheitlichsten und demokratischsten ist, sieht genügend Möglichkeiten vor, Maßnahmen der Dienstaufsicht anzufechten. Der Beamte hat die obliegenden Pflichten in solchem Maße verletzt, daß er nicht mehr der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die sein Beruf erfordert...“.

Konsequenz: Der Beamte „kann nicht länger im Dienst verbleiben“.

— Ergänzende Bemerkung:

„Das Disziplinarrecht ist keine Sanktion, sondern es ist die einzige Möglichkeit, die der Staat hat, sich von einem Beamten, der auf Lebenszeit ernannt worden ist, zu lösen. Und daß es dieses Disziplinarrecht gibt, ist für diesen Fall ein Glück, denn sonst müßte man mit derartigen Beamten weiter den Schulbetrieb aufrechterhalten. Und was das für unsere doch beeinflussbaren Schüler bedeuten würde, kann sich jeder selbst ausrechnen.“ Ein Urteil, daß mit jedem Satz die Gesinnung des vorsitzenden Richters deutlich macht. Ein wahres Musterbeispiel für „Objektivität“ und „Unbefangenheit“.

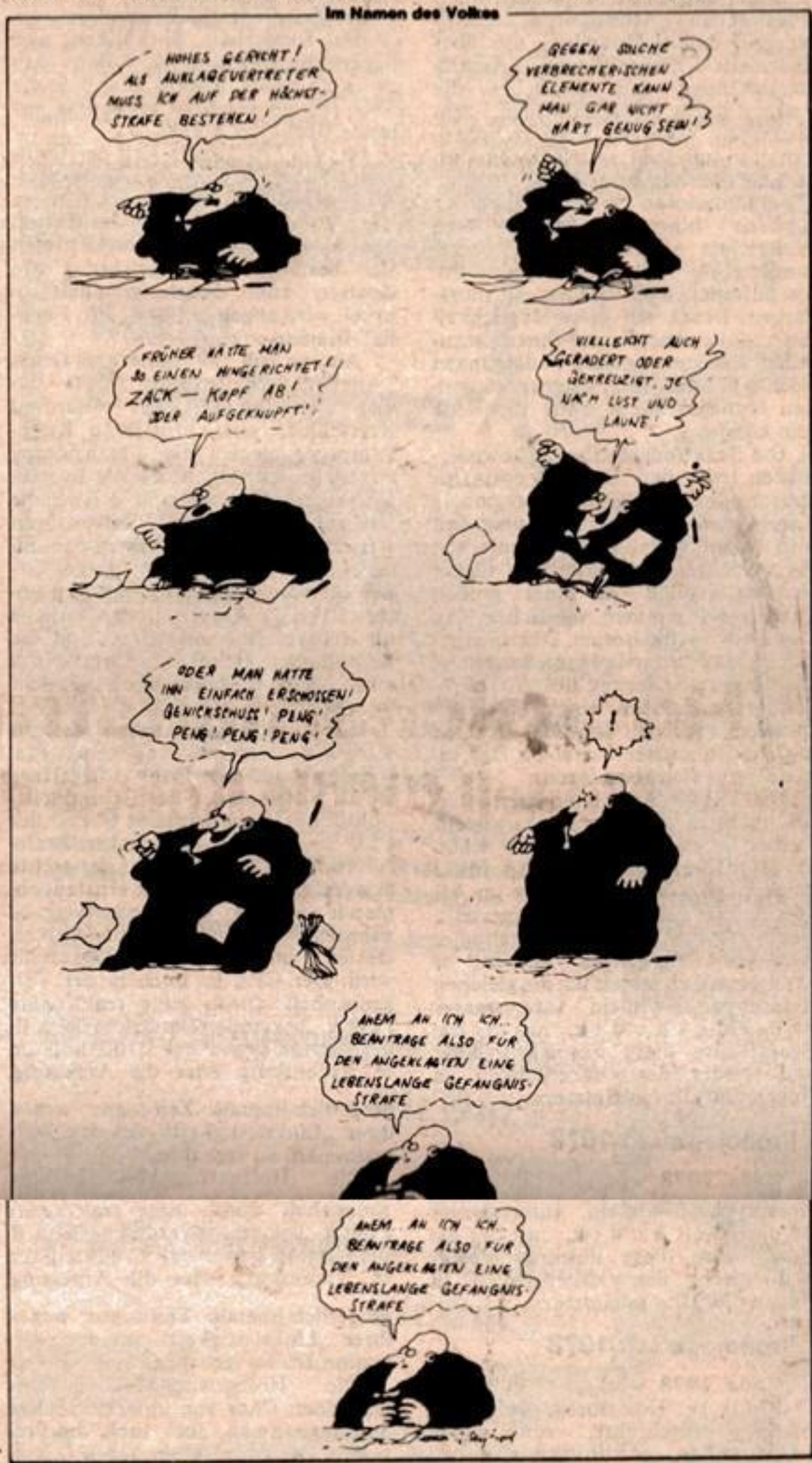
Es sei noch angemerkt, daß Richter Graue sich weigerte, Gerd Heide für den zu erwartenden Fall einer langandauernden Arbeitslosigkeit einen Unterhaltsbeitrag zu bewilligen, wie es das Beamtengesetz auch für entlassene

Beamte zumindest für eine Übergangszeit vorsieht (da Beamte keinen Beitrag für die Arbeitslosenversicherung zahlen, erhalten sie auch kein Geld vom Arbeitsamt). Als Begründung führte er an: „Der Beamte steht im arbeitsfähigen Alter und hat sich in Hinsicht auf die Dauer des Verfahrens auf den künftigen Wegfall seiner Bezüge einrichten können“!

Es wäre allerdings verfehlt, dieses Urteil in erster Linie diesem reaktionären Richter zuzuschreiben. Die Verantwortung liegt einzig und allein beim Hamburger Senat, der am „Fall“ Gerd Heide einmal mehr gezeigt hat, was von seinem „Liberalisierungs“-versprechungen tatsächlich zu halten ist.

Abschließend bleibt festzustellen, daß Gerd Heide selbstverständlich gegen dieses Urteil Berufung einlegen wird.

Berufsverbote-Kommission



Freispruch — aber was für einer? Zum Urteil des Bundesdisziplinargerichts

„Das ist ja grade nochmal gutgegangen“, mag manch einer gedacht haben, als er nach fünfjähriger Verhandlung von dem Urteil des Bundesdisziplinargerichts in Frankfurt im Falle des Fernmeldehaupteinsekretärs Hans Peter hörte. Der seit 21 Jahren verurteilte Hans Peter sollte als erster Lebenszeitbeamter wegen seiner Aktivitäten für die DKP (u.a. Kandidatur zu Kommunalwahlen) aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden (wir berichteten darüber im letzten AK) und wurde freigesprochen.

Bei Durchsicht der Urteilsbegründung stellt man jedoch schnell fest, daß kein Grund zum Aufatmen steht. Zugutegehalten wird Hans Peter nämlich nicht etwa die Legitimität oder gar Legalität seiner Aktivitäten — diese werden vielmehr (im Gegensatz zur sog. einfachen Mitgliedschaft) eindeutig als „Pflichtwidrigkeit“ gewertet, da die DKP ohne Umschweife (auch ohne Zustimmung des Gerichts für diese Frage) als verfassungsfeindlich eingestuft wird. Zugutegehalten wird Hans Peter lediglich, daß diese „Pflichtwidrigkeit“ wegen herrschender Rechtsunsicherheit für ihn nicht erkennbar gewesen sei, wobei gleich hinzugefügt wird, daß von einer derartigen Rechtsunsicherheit in Zukunft (nämlich nach diesem Grundsatzurteil) nicht mehr ausgegangen werden könne. Aus dem

Hause des Bundesdisziplinaranwalts Clausen verlautete auch bereits, daß von Hans Peter „Konsequenzen“ erwartet werden!

Es handelt sich bei diesem Urteil also wieder mal um eines von der beliebten Qualität „Für jeden etwas“: — Die Rechten können sich die Hände reiben, weil das Urteil eine Schelte für die sozialliberale Koalition enthält, die durch ihre Liberalisierungsdiskussion und mehrdeutige Reden diese verhängnisvolle „Rechtsunsicherheit“ erst hergestellt habe. — Die SPD kann gegenüber linken Kritikern immerhin einen Freispruch vorzeigen (gar einen Etappensieg?) und außerdem mal wieder ein „leider“ bindendes Gerichtsurteil vorweisen (welches sie durch Weisung gegenüber dem Bundesdisziplinaranwalt leicht hätte verhindern können), das nachträglich natürlich auch kritisiert wird (vgl. „FR“ vom 1.4.80, die Äußerungen des SPD-Abgeordneten und Prozeßbeobachters Conradi). — Gegenüber rechten Kritikern eignet sich das Urteil ebenfalls gut, um damit zu belegen, daß selbstverständlich gegen Kommunisten vorgegangen werde, man müsse ihnen nur — ganz im Sinne der „Liberalisierung“ per Einzelfallprüfung — nachweisen, daß sie nicht nur Mitglieder, sondern auch noch aktiv sind (und das dürfte doch nicht allzu schwer sein!).

Allen gemeinsam ist damit gedient, daß die DKP einmal mehr zur verfassungsfeindlichen Organisation erklärt wurde, ohne daß sich das eigentlich dafür zuständige Bundesverfassungsgericht in einem sicher auch international stark beachteten Verfahren hätte äußern müssen.

Allenthalben wird jetzt nach einer neuen Grundsatzklärung durch die Bundesregierung oder das Bundesverfassungsgericht gerufen. Friedrich Karl Fromme fordert in der „FAZ“, zu der Regelung zurückzukehren, daß allein die Mitgliedschaft für eine Entlassung ausreicht. Auch die „FR“ fordert eine „klare Entscheidung“, die nach Lage der Dinge jedoch wiederum nur eine Verschärfung bedeuten könnte. Sogar die Einleitung von Verbotmaßnahmen gegen kommunistische Organisationen wird in diesem Zusammenhang wieder aufgeworfen. Nicht umsonst hat wohl dieses Gericht darauf hingewiesen, daß es keine allgemeine Distanzierungspflicht gebe, passive Mitgliedschaft allein auch noch nicht ausreiche, sondern die aktive Mitgliedschaft verfassungswidrig sei. Dies läßt erwarten, daß die Verschärfung in Hinsicht auf den aktiven Kreis der Kommunisten und Sozialisten ausfallen wird.

Berufsverbotekommission, Hamburg

Maulkorb total

„Ein Beamter darf nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Freiburg die Praktizierung des Extremismus im Einzelfall nicht öffentlich kritisieren. Unter Hinweis auf das Treue- und Loyalitätsgebot gegenüber dem Dienstherrn stellt das Gericht in seinem Urteil fest, eine öffentliche Kritik widerspreche den beamtenrechtlichen Pflichten“ („Badische Zeitung“, 25.3.80, AZ: VS VI 867/78).

Zu dem Prozeß war es gekommen, weil ein Lehrer (gemeinsam mit mehr als 100 Kollegen) in einer Zeitungsanzeige gegen das Berufsverbot für

den Sonderschullehrer Kurt Faller protestiert hatte und daraufhin eine Rüge zur Personalakte genommen wurde. Dagegen hatte der Lehrer geklagt.

In der Abweisung der Klage stellte das Gericht auch gleich fest, wie korrekterweise Kritik am Dienstherrn geäußert werden dürfe: Nämlich „in einem Schreiben an das Ober-schulamt oder das Kultusministerium“. Öffentlich sei allerhöchstens „ein allgemein gehaltener Meinungsbeitrag“ zulässig.

KB/Gruppe Freiburg

Meldungen

Braunschweig. Das Braunschweiger Arbeitsgericht verurteilte das Land Niedersachsen, den wegen einer DKP-Kandidatur 1978 mit Berufsverbot belegten Lehrer Matthias W. im Angestelltenverhältnis einzustellen.

München. Der Verwaltungsgerichtshof München verurteilte das Land Bayern, den parteilosen Rechtsreferendar Wolfgang H. zum Beamten auf Widerruf zu ernennen. Sein Dienstherr hatte ihm wegen demokratischer Aktivitäten „charakterliche Nicht-Eignung“ vorgeworfen.

Düsseldorf. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschied, daß der Kunstlehrer Klaus St. nicht eingestellt werden darf. Grund: Als Angehöriger des DKP-Kreisvorstands sei er „aktives Mitglied der DKP“.

Darmstadt. Das Verwaltungsgericht Darmstadt entschied dagegen, daß die hessische Landesregierung alle bisherigen Ablehnungsbescheide gegen die Lehrerin Gretel B. aufzuheben habe. Ihre Mitgliedschaft in der DKP stehe einer Einstellung in den Schuldienst nicht entgegen, eine neue Entscheidung sei zu treffen.

Der Kreuzzug gegen die soziale Indifikation

Schon im Jahr 1974 hatte Kardinal Döpfner Schwangerschaftsabbrüche mit den Menschenvernichtungspraktiken des NS-Regimes verglichen. Seit 1979 setzt die „heilige Allianz“ von Klerus, CDU/CSU und reaktionärer Ärzteschaft erneut ihre Propagandamittel massiv ein, um die Erleichterungen, die die beschränkte „Reform“ des § 218 den Frauen gebracht hat, wieder rückgängig zu machen. Als Stichwort diente wieder ein Vergleich mit dem NS-Völkermord, diesmal von CSU-Gesundheitspolitiker Holzgartner eingebracht. Das Ziel: einerseits auf eine Verschärfung des § 218 hinzuwirken (mit Blick auf die anstehenden Wahlen), insbesondere Streichung der sozialen Indikation; zugleich, solange der Paragraf noch gilt, die Inanspruchnahme der sozialen Indikation soweit wie möglich zu be- und verhindern.

Dabei werben sie für die von ihnen angebotenen „Alternativen“: „Stiftungen“ und „Modelle“, die über finanzielle Zuwendungen, Austragsprämien und ähnliches die Frauen dazu bewegen sollen, dem deutschen Volk ein Kind zu schenken. So soll jede soziale Indikation als ungerechtfertigt und als Ausdruck „hemmungslosen Emanzipationsstrebens“ hingestellt werden. Den zahlreichen konfessionellen „Beratungsstellen“ fällt die Aufgabe zu, die hilfesuchenden Frauen mit moralischem Druck auf diese Möglichkeiten „hinzuweisen“ und ihnen einzureden, daß unter diesen Bedingungen aus dem Druck auf diese Möglichkeiten „hinzuweisen“ und ihnen einzureden, daß unter diesen Bedingungen

Die Reaktionäre arbeiten gewissermaßen nach dem Baukastenprinzip: Verschiedene „kleinere“, regionale Kampagnen sowie geschickt über Zeit und Raum verteilte Statements von Personen und Organisationen fügten sich schließlich zu einer großen Offensive zusammen, die sich in den Medien in Artikelserien, Dokumentationen und Interviews niederschlug, bis hin zur Änderung des ARD-Programms zugunsten eines „Streitgesprächs“ zwischen Kardinal Höffner und Justizminister Vogel im Dezember '79 zur Hauptsendezeit.

Die Entwicklung kann hier natürlich nicht in allen Details dargestellt werden – es liest sich ja so schon etwas trocken; der Stand bis Mitte August '79 wurde im übrigen im AK 160 schon ausführlich dargestellt. Auch soll weniger auf die Inhalte der Aussagen eingegangen werden, es handelt sich eh immer um die gleichen stereotypen Formeln. Interessanter ist die Methodik, mit der die Reaktionäre diese Formeln wieder und wieder der Öffentlichkeit in Augen und Ohren hämmern.

Chronologie seit 1978

- Ende 1978 wird die Lindenfels-Klinik bei Heidelberg, die Abtreibungen durchführt, von einem „Christlichen Aktionskreis“ auf Korn genommen, mit in der Stadt geschmierten Parolen und der Umfunktionierung des Buß- und Bettages zum „Sühnetag für das ungeborene Leben“. Auf einer 300-Mann-Kundgebung äußern sich je ein Pfarrer, ein Arzt, eine Bundestagsabgeordnete der CDU – die charakteristische Mischung für derlei Veranstaltungen.
- Ende Februar 1979 vergleicht Dr. Siegfried Ernst (s.u.) Abtreibung mit Nazi-„Euthanasie“.
- Die katholischen Bischöfe Hessens starten im Februar '79 einen Angriff auf den hessischen Sozialminister Claus: Er würde den Eindruck erwecken, daß es einen „Rechtsanspruch auf Abtreibung“ gebe (Claus hatte prüfen lassen wollen, ob es möglich sei, über die Förderungssätze zur Krankenhausfinanzierung freie Träger zu veranlassen, Abtreibungen vorzunehmen). Anfang April '79 sieht sich Ministerpräsident Börner genötigt, zu erklären, es gebe keinen „Rechtsanspruch auf Abtreibung“, es handle sich lediglich um eine Notlösung; Druck auf private Krankenhäuser solle nicht ausgeübt werden.
- Der Bremer Probst Sandtel „predigt“ im März '79 gegen das Recht auf Abtreibung und das Abtreibungs-Ambulatorium von „Pro Familia“ in Bremen.
- Wenige Tage später meldet sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, ebenfalls gegen das Recht auf Abtreibung zu Wort und deutet an, daß der „reformierte“ § 218 möglicherweise das Grundgesetz verletze.
- Im April '79 veranstalten in Essen rechte Katholiken einen Schweigemarsch „Für das Leben“ mit einigen tausend Teilnehmern, darunter Bischof Hengsbach (s.u.) an der Spitze.

Der Marsch soll der Unterstützung eines Hungerstreiks von Mitgliedern der „Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben“ und der „Aktion Lebensrecht für alle“ gegen die Einrichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums der Arbeiterwohlfahrt dienen. Auch die CDU wendet sich gegen das Zentrum.

Schon Anfang der siebziger Jahre hatte eine Organisation mit dem Namen „Aktion Lebensrecht für alle“ die Anti-Porno-Kampagne von Manfred Roeder unterstützt („Das freie Forum“, Jan./Feb. '75).

- In seiner Osterpredigt ('79) im „Deutschlandfunk“ erklärt Kardinal Höffner, nach der Neuregelung des § 218 sei eine Lage eingetreten, die ein Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts erforderlich mache. In 67% der Fälle werde mit dem „Kautschuk-Paragrafen des sozialen Notstands“ abgetrieben.
- Der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und bayerische Kultusminister Hans Maier (s.u.) greift Anfang Mai '79 die SPD an, sie verstoße gegen das geltende Recht des § 218.
- Im Mai '79 äußert sich der Deutsche Ärztetag gegen die Neufassung des § 218: Die Befürchtungen einer „mißbräuchlichen“ Indikation des Schwangerschaftsabbruchs hätten sich bestätigt. Die Einrichtung von Zentren zum Schwangerschaftsabbruch wird abgelehnt und „Pro Familia“ Bremen angegriffen.

– Anfang Juli '79 startet eine Gruppe niederbayerischer Ärzte um den Straubinger Dr. Manfred Krätschmar eine juristische Klagekampagne gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die Kassen. Unterschriftenlisten und öffentliche Veranstaltungen mit Filmbeiträgen werden geplant. Der bayerische Bischof Graber und Domkapitular Gewein vom Erzbistum München unterstützen die Aktion. Über sämtliche niederbayerische Zeitungen und die katholischen Publikationsorgane soll eine breite Öffentlichkeit erreicht werden.

– Mitte Juli '79 tritt Holzgartner mit seinem Massenmord- und Auschwitz-Vergleich auf den Plan. Holzgartner ist als Vorsitzender des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises (GPA) der CSU und hoher bayerischer Ärztfunktionär durchaus nicht der rechte Sonderfall oder der nicht ernstzunehmende, weil bei der Mandatsvergabe zukunftsgekommenen Provinzpolitiker, als der er in der Presse z.T. dargestellt wird. Der GPA ist auch in der Vergangenheit durch seine reaktionäre Politik bekanntgeworden, wie z.B. der Aktion gegen das Großklinikum in Regensburg oder die Anregung, bürgerlich-liberale Zeitungen wegen ihrer „Linkslastigkeit“ aus den Wartezimmern zu verbannen.

Die Holzgartner-Stellungnahme löst einen Chor von unterstützenden Stellungnahmen, aber auch von Protesten, auch von Seiten der SPD, aus. CSU-Generalsekretär Stoiber wertet sie als „überzogen und unglaublich“, nimmt aber Holzgartner im übrigen in Schutz. Der bayerische Sozialminister Pirkel lehnt eine Stellungnahme ab, meint aber, gegen die soziale Indikation bestünden starke Bedenken. Das Münchner Erzbistum und der Bischof von Rottenburg-Stuttgart stellen sich hinter Holzgartner. Die ärztlichen Standesorganisationen reagieren mit der Formel, es sei jedem Arzt freigestellt, für oder gegen den Schwangerschaftsabbruch zu Felde zu ziehen. Anfang August '79 verteidigt Kardinal Höffner Holzgartners Infamien im „Deutschlandfunk“.

– Der Arztpräsident Vilmar nutzt die Debatte für einen neuen Angriff gegen „Pro Familia“ Bremen und tritt mit Stellungnahmen gegen die soziale Indikation an die Öffentlichkeit. Der Bayerische Rundfunk stößt mit einem Horrordrama über die Bremer „Pro Familia“ nach.

– Anfang August '79 veröffentlichten Frauen aus rechten evangelischen Kreisen um Christa Meves (s.u.) einen „Notruf“ mit stark faschistischen Tönen.

– Ende August '79 erscheint die Broschüre „Dem Leben dienen“ der Deutschen Bischofskonferenz, zur „Situation nach der Änderung des § 218“. Die Broschüre wird Ende September in großer Auflage verteilt, eine Kurzfassung wird von den Kanzeln verlesen. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Blum, begrüßt den Aufruf.

– Zur selben Zeit diskutiert Oberbischof Höffner mit Bundesminister Vogel („Ich bleibe dabei, Abtreibung ist Mord!“). Die Auseinandersetzung wird in der Presse breit dokumentiert. Höffner im „Bild“-Interview: „Die Kirche hilft Frauen



Klerikal-Demonstrantin in Bayern

Die „Deutsche Tagespost“ ist ein erzkatholisches Blatt, das die interessierte Öffentlichkeit über jeden bischöflichen Furz unterrichtet. In der Abtreibungsfrage nimmt sie den bekannten reaktionären Standpunkt ein und erstattet wohlwollend Bericht über alle einschlägigen Umtriebe.

Ihr verdanken wir die Aufdeckung eines sensationellen Komplotts zwischen der Frauenbewegung und der Bundesregierung. Aber lesen Sie selbst:

Zusammenspiel?

Fatal in die Nähe jenes geplanten Frankfurter Frauentribunals zum Paragraphen 218 StGB am 23. Februar hat das Bundesfamilienministerium den Veröffentlichungstermin des Kommissionsberichtes gerückt. Beobachter vermuten, daß es sich hier um eine konzentrierte Aktion zwischen dem Bonner Ministerium und der linksliberalen Frauenbewegung handelt. Laut Deutscher Presseagentur sollen bei dem Tribunal offizielle Beratungsstellen, niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser, Krankenkassen, Pharmaindustrie, Kirchen, Politiker und Medien „angeklagt“ werden. Unter der Losung „Ob Kinder oder keine – entscheiden wir allein“ will man für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 und damit die Freigabe von Schwangerschaftsabbrüchen demonstrieren. Im Schatten des Bundestagswahlkampfes wird man sich auf eine neue Runde in den Auseinandersetzungen um den Schutz des ungeborenen Lebens einstellen müssen. W. J.

„Deutsche Tagespost“, 5.2.80



Holzgartner (oben), Höffner (unten)



besser als der § 218“ (27.9.).

– Auch die katholischen Frauenverbände werden mobilisiert:

Die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen“ bezeichnet den Anteil von Notlagen-Indikationen als „beunruhigend“ („Deutsche Tagespost“, 14./15.9.79).

Der „Verein katholischer deutscher Lehrerinnen“ fordert die Bundestagsabgeordneten in einem Offenen Brief auf, die Initiative zu einer Verschärfung des § 218 zu ergreifen („Deutsche Tagespost“, 18.9.79).

Der Diözesanverband der Frauengemeinschaften im Bistum Münster schickt einen Offenen Brief an den Bundeskanzler, in dem er die Reform des § 218 kritisiert (ebenda, 30.11.).

– Hans Maier (s.u.) erklärt Mitte November u.a. in der „Tagesschau“, eine Verschärfung des § 218 müsse „offengehalten“ werden.

– Ende November '79 konstatiert das bayerische Katholikenkomitee, daß die Ergebnisse der bisherigen Aktivitäten noch nicht ausreichen. Die bayerischen Katholiken beschließen, eine neue, breit angelegte Kampagne zur „Bewußtseinsbildung gegen den § 218 und die Praxis der Schwangerschaftsabbrüche in der BRD“ zu starten, u.a. mit der Herausgabe der Zeitung „Stichwort Kind“. Außerbayerische Diözesen (Münster, Köln, Westberlin) zeigen Interesse.

Propagandistische Feinheiten

Propagandistische Feinheiten

Besondere praktische Effektivität haben für die Reaktionäre die Initiativen, die speziell der Einschüchterung der Ärzte dienen:

– So wandte sich im Sommer '79 die Staatsanwaltschaft an die Bundesärztekammer mit der Mitteilung, daß Ärzten, die sich der Beihilfe für eine nach BRD-Recht nicht legale Abtreibung durch Vermittlung von Auslandsadressen „schuldig“ machen, eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren droht.

– Im Krankenhaus Furtwangen wurde dem Gynäkologen Dr. Scherer, der (bisher) Schwangerschaftsabbrüche aus sozialen Gründen vornahm, von der Provinzialoberin der Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Kreuz in Hegne angedroht, die Ordensschwwestern aus der Klinik abzuziehen. In der Lokalpresse wurde er als „Mörder“ diffamiert. Scherer, der in der Kleinstadt auch eine Praxis betreibt, gab klein bei.

– Im Oktober '79 forderte die Landesärztekammer Baden-Württemberg die Ärzte auf, Schwangerschaftsabbrüche nur dann als zulässig anzusehen, wenn die Notlage „Krankheitswert“ habe. Der den Abbruch durchführende Arzt trage die rechtliche und moralische Verantwortung für das Vorliegen des Indikationsbestandes.

Eine andere Art von Meldungen appelliert weniger an die ideellen als vielmehr an die materiellen Wertvorstellungen. Den Lesern wird eingeredet, hier würden „ihre“ Steuergelder oder Kassenbeiträge anderer Leute Abtreibungen oder sonstige „Ausweichungen“ finanzieren. Beispiele dafür sind Artikel darüber, daß die Krankenkassen 1978 mehr Geld für Schwangerschaftsabbrüche ausgegeben hätten als für die ärztliche Betreuung von Schwangeren („Hamburger Abendblatt“, 30.3.79), oder auch die Klagekampagne des Dr. Krätschmar in Bayern.

Beispiel Bayern

Die tiefste Stelle im Nord-Süd-Gefälle der § 218-Praxis bildet Bayern. Hier garantiert die fast uneingeschränkte Kontrolle von katholischer Kirche und CSU Verhältnisse, wie die Rechte sich unter einem Kanzler Strauß für die ganze BRD erhofft. Selbst in der „Weltstadt“ München wurde jetzt quasi die letzte Möglichkeit, einen Abbruch mit einer sozialen Indikation durchführen zu lassen, liquidiert.

Schon Ende Juli hatte der Leiter der Städtischen Gesundheitsbehörde, Kathke, behauptet, neue Leitlinien für die Indikationsstelle des Hauses Dachauer Straße seien notwendig. Argumentiert wurde auch damit, daß sich in der letzten Zeit die Hilfsmöglichkeiten für Mütter und Kinder gebessert hätten. In der Dezemberausgabe der „Münchner Ärztlichen Anzeigen“ äußerte sich Dr. Ernst Theodor Mayer, zweiter Mann (nach Holzgartner) im „Ärztlichen Kreis- und Bezirksverband München“, ebenfalls CSU-Gesundheitspolitiker, dahingehend, daß in Münchner Kliniken mehr Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen würden als gemeldet, und zweifelte damit den Aussagekraft der Abtreibungsstatistiken an. Insbesondere

beschwerte er sich über die Häufigkeit von sozialen Indikationen und darüber, daß diese auf dem amtlichen Briefpapier der Städtischen Gesundheitsbehörde ausgestellt würden. „Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß die Ärzte der Indikationsstelle bei den Städtischen Gesundheitsbehörden ausschließlich unter ihrem eigenen Briefkopf Indikationsbescheinigungen erstellen dürfen“. Des weiteren kritisierte Mayer, daß die Gesundheitsbehörde für den Abbruch auch Klinikbetten vermitteln sollte: „Die Vermittlung von Betten in Abbruch-Kliniken kann absolut nicht zu den öffentlichen Aufgaben gerechnet werden“ (zitiert nach „SZ“, 12.12.79).

Mayers „Anregungen“ wurden kurze Zeit später von der Behörde zur Vorschrift erhoben. Die Folge war, daß die Ärztinnen der Dachauer Straße aus Protest kündigten und die Indikationsstelle vorerst geschlossen wurde, obwohl sich schon andere Ärzte bereit erklärt hatten, den Posten zu übernehmen.

Die Drahtzieher

Einige der an dieser Kampagne beteiligten Scharfmacher sind auch einen zweiten Blick wert:

Bischof Franz Hengsbach
Der Essener Bischof, der in seiner Osterpredigt den § 218 als Ausdruck des „moralischen Niedergangs eines Volkes“ und „ungehemmten Strebens nach Emanzipation“ wertete, ist auch in den eigenen Reihen einer der Rechtsten. Er ist erklärter Befürworter des Zölibats (– was nicht unbedingt für Sachverständigen in Fragen von Sexualität, Geburt und Verhütung spricht). In seiner 78-iger Osterpredigt wertete Hengsbach gegen den Sexualkundeunterricht, weil er „schon zwölf- bis vierzehnjährigen Geschlechtlichkeit als Möglichkeit zur Lusterfahrung“ darstelle und ihnen Verhütungspraktiken beibringe.

Als ehemaliger Militärbischof geht es ihm allerdings weniger um das Leben als um andere Werte: „Alle Soldaten stehen im gemeinsamen Dienst des Volkes zur Sicherung der Freiheit“, äußerte er im September '79 anlässlich der Einweihung einer Karsenenkapelle.

Hengsbachs Wirken beschränkt sich nicht auf die BRD oder Europa; als Gründer und Vorsitzender des Studienkreises „Kirche und Befreiung“ und Leiter des Hilfswerks der deutschen Katholiken für Lateinamerika „Adveniat“ betätigt er sich entwicklungs- und sozialpolitisch; er wendet sich insbesondere gegen die „Kirche der Befreiung“, also gegen christliche Strömungen, die den Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker unterstützen, und entsprechend verteilt er auch die finanziellen Zuwendungen der Katholiken. 1977 war er deshalb in einem Memorandum von Theologie-Professoren zum Rücktritt von der Leitung von „Adveniat“ aufgefordert worden, weil dieses eine Art „des kirchlichen und theologischen Neokolonialismus“ betriebe.

An Veröffentlichungen des Studienkreises ist auch der CSU-Professor Lothar Bossle beteiligt. Strauß-Freund Bossle leitet an der Uni Würzburg das „Institut für Demokratieforschung“, ist im wissenschaftlichen Beirat der „Hanns-Seidel-Stiftung“ und Mitglied des „Deutsch-chilenischen Freundeskreises e.V.“; von 1972 bis 1977 war er Präsident der „Deutschen Katholischen Akademikergesellschaft“. Im Auftrag von „Adveniat“ unternahm Bossle eine Südamerika-Reise und besuchte dort u.a. auch Chile. Er ist Autor des Buches „Alende und der europäische Sozialismus“, das sich gegen dessen Politik richtet. Anfang 78 empfing er in der Uni Würzburg den Präsidenten der „Deutsch-Chilenischen Handelskammer“, der bei dieser Gelegenheit den Militärputsch und die Ermordung Allendes als „verfassungskonform“ bezeichnete und den BRD-Unternehmen für ihre großzügigen Investitionen dankte („UZ“, 8.2.78). Bossle verfügt über Beziehungen zum stark rechtslastigen Bräsewitz-Zentrum, wo er als Vortragredner auftrat. Das „Bräsewitz-Zentrum“ und sein Trägerverein „Christlich Paneuropäisches Studienwerk“ fühlen sich als selbsternannte „Fürsprecher“ der Christen in der DDR. Hier tummeln sich in bestem Einvernehmen deutsch-nationale, NPD-nahe und christlich-soziale bzw. „demokratische“ Kräfte, u.a. CSU-Europakandidat Otto von Habsburg, Bundesminister a.D. Merkatz, die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Höffkes, Jäger, Graf Huyn, Klein, Aigner, Böhm, Schmöle (alle im Kuratorium oder Vorstand des „Bräsewitz-Zentrums“). Habsburg nannte bei ei-

DIE MORALISTEN DER NATION SÄGEN AN DER INDIKATION FRAUEN WEHRT EUCH!



ner Wahlkündigung die Durchführung des § 218 „eine Todesstrafe für ungeborene Kinder“ oder den „neuen Holocaust“ („PDI“ 1.6.79).

Ein weiteres Kuratoriumsmitglied ist Pfarrer Evertz, Mitglied der 1966 gegründeten rechten „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“; im selben Jahr verfasste er zusammen mit dem NPD-Kandidaten Pastor Petersmann eine Schrift gegen die „Linksentwicklung der Kirchen“.

Kultusminister Hans Maier

Maier ist nicht nur CSU-Mitglied und bayrischer Kultusminister, sondern auch Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und äußert sich als solcher mehrfach gegen die Praxis des § 218. Maier ist weiterhin wissenschaftlicher Beirat der Hanns-Seidel-Stiftung (wie Prof. Bossle, dem er gegen die Beschlüsse der Ungremien den Lehrstuhl in Würzburg verschaffte), führendes Mitglied im „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und im Beirat der „Hochschulgesellschaft e.V.“. Er war Mitglied der „Abendländischen Akademie“, die offen gegen das Grundgesetz auftritt und faschistisch-drängende Vorstellungen nach dem Vorbild Franco-Spaniens proklamierte. (aus „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 11.73) Die Organisation mußte schließlich nominell aufgelöst werden, tagte aber unter dem Namen „Europäisches Informations- und Dokumentationszentrum“ und dem Präsidium von Otto von Habsburg in Madrid weiter. Beunruhigend zu wissen, daß dieser Mann „vor seinem Eintritt in die bayerische Staatsregierung in der Bildungscommission im Deutschen Bildungsrat maßgebend an der Neugestaltung des Bildungswesens beteiligt“ war und 1975 obendrein das Große Bundesverdienstkreuz verliehen bekam.

Sein Buch „Anstöße“ wurde im „Deutschland-Magazin“, für das auch Maier selbst schreibt, von Christa Meves gewürdigt.

Dr. Siegfried Ernst

Der Ulmer Arzt, CDU-Mitglied und ehemaliger Stadtrat („Neue“, 28.7.79) der schon im Februar als Mitglied der württembergischen Landessynode die vom DGB befürworteten Schwangerschaftsmodellzentren als „Embryonal- und sich damit eine Anzeige des DGB und sich damit eine Anzeige des DGB einhandelte, ist Vorsitzender der „Europäischen Ärzteaktion“, die seit 1973 besteht und sich vor allem die „Erhaltung ungeborenen Lebens“ zum Ziel gesetzt hat. Nach der Holzgartner-Rede wurde die Vermutung geäußert, die Auschwitz-Passagen wären in Wirklichkeit von Ernst verfaßt worden. Wie dem auch sei, im „Münchener ärztlichen Anzeiger“ unterstützte Ernst jedenfalls Holzgartners Position (desgleichen Dr. Waldemar Hekker, Direktor der Kinderchirurgischen Klinik der Universität München, der auch schon auf dem Kongreß des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU als besonders aktiv hervorgetreten war).

In Ulm hat auch die „Deutsche Ärzteaktion“ ihren Sitz, die in der „Vereinigung europäischer (früher: deutschsprachiger) Bürgerinitiativen“ (VEB/UC) mitarbeitet, einem mehr oder weniger losen Zusammenschluß von „Aktionen“ und „Initiativen“ gegen Abtreibung, Sexualaufklärung,

Homosexualität und ähnlich „unsittliche“ Erscheinungen. Mitte der siebziger Jahre gab diese Vereinigung ein „Memorandum zur Schul-Sexualerziehung“ heraus, als dessen Autoren u.a. Ernst, Christa Meves und Konrad Lorenz zeichneten. Gegen „falsche Sexualaufklärung in der Schule“ wandte sich auch ein langer offener Brief von Ernst an den baden-württembergischen Kultusminister, der im Katholiken-Organ „Deutsche Tagespost“ (4./5.7.75) abgedruckt wurde. Ernst scheint überhaupt über gute Beziehungen zur „Tagespost“ zu verfügen, denn auch über seinen Prozeß mit dem DGB wird dort regelmäßig Bericht erstattet, sogar mit Angabe von Verhandlungsort und -zeit.

Es mag in diesem Zusammenhang nicht uninteressant sein, daß die Gruppe von niederbayerischen Ärzten um Dr. Manfred Krätzschmar, die – unter Einbeziehung ihrer Patienten und Unterstützung von Bischof Graber – im Juli 79 eine Klage- und Propagandakampagne gegen Krankenkassen, die Abtreibungen finanzieren, begonnen haben, sich zu einem „Aktionskreis Niederbayern/Oberpfalz der Europäischen Ärzteaktion“ konstituiert haben. Die Krätzschmar-Aktion war übrigens wesentlich von zwei Regionalzeitungen mit „angezettelt“ worden, dem „Straubinger Tagblatt“ und der „Landshuter Zeitung“; letztere scheint ein recht freundschaftliches Verhältnis zur NPD zu haben, in ihrer Ausgabe vom 31.7.79 jedenfalls zitieren sie ausführlich und ohne den leisesten Anflug von kritischer Distanz den Bericht, den der Landshuter NPD-Kreisvorsitzende Fronauer seinem Kreisvorstand vom Landesparteitag in Augsburg erstattete, u.a. auch eine Entschließung der NPDler gegen den „Volksmord am ungeborenen Leben“, als Ausdruck einer „zutiefst volksfremden und lebensfeindlichen Politik“.

Auf dem Saarbrückener Parteitag der Grünen verteilte eine „grüne Frau“ vierseitige Flugblätter mit farbigen Horror-Fotos von abgetriebenen Föten. Als Herausgeber zeichnet die „Europäische Ärzteaktion“, Ulm. Die Flugblätter waren abgestempelt von einem „Landtagskandidat der Partei Die Grünen“ aus Bad Friedrichshall bei Heilbronn.

Christa Meves & Co.

Im August 79 veröffentlichte ein „Initiativkreis evangelischer Frauen der Konferenz Bekenntnender Gemeinschaften“ einen „Notruf an alle christlichen Frauen“. Überschrift: „Rettet die Familie!“. Der „Konferenz...“ gehören die „Bekenntnisbewegung Kein anderes Evangelium“, die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“, die „Sammlung bekennender evangelischer Frauen“ und noch einige weitere derartige Vereinigungen an. Christa Meves gehört dem „Bundesvertrauensrat“ der „Sammlung...“ an. Zusammen mit Ingegard Beyerhaus (Ehemann Peter ist Funktionär der „Bekenntnisbewegung.“), Heidi Hagemann (Vorsitzende der „Sammlung...“), Hella Huntemann (Verlegerin für „Reformatisches Christentum“), Gerda Küneth (Ehemann Walter ist Ehrenpräsident des Theologischen Konvents der „Konferenz...“ und füh-

rend in der „Bekenntnisbewegung...“), Helga Lück, Elisabeth Motschmann (zweite Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung in Schleswig-Holstein) u.a. unterzeichneten sie den „Notruf“. Es handelt sich dabei um eine Hetzschrift gegen die „Zersetzung unseres Volkes“ durch „enthemmte Geschlechtlichkeit“, „erschreckenden Geburtenrückgang“, „eine Flutwelle pornographischer Reizbilder“, „lose Verbindungen, Partnertausch und Homosexualität“, „Anarchie und Tyrannei gegen „Sexualerziehung“ verbunden mit „obszönen Aufklärungsstücken“, „feministische Theologie“, überhaupt gegen den Feminismus schlechthin, der die Frauen „vermännlicht“, zu „Verelendung und Entartung“ führt, und natürlich auch gegen Abtreibun-

Ausgerechnet Strauß ...

...versuchte, sich in Sachen § 218 als liberale Kraft zu verkaufen. Manchen Leuten ist wirklich kein Trick zu billig. Der Chef der Partei, deren Gesundheitspolitiker als Wortführer gegen die soziale Indikation auftreten, der Mann, mit dessen Kandidatur die katholische Kirche ihre Hoffnungen auf eine Novellierung des § 218 verknüpft, warf in einem Interview in der „BILD“-Zeitung (Sept. 79) der katholischen Kirche vor, in der Frage des § 218 „einen sehr harten Standpunkt“ einzunehmen und mit ihrer Kritik nicht immer den Wirklichkeiten gerecht zu werden. Die katholische Kirche übernahm willig ihren Part und protestierte aufs Heftigste gegen diese Äußerungen. Der Vorsitzende des Katholikenrats der Region München bezeichnete sie – etwas ungeschickt – als wahltaktischen Opportunismus. Strauß meinte daraufhin, dieser Streit sei doch ganz überflüssig, er habe doch nur gemeint, daß das Gesetz auch nach einem Machtwechsel in Bonn „nicht so einfach“ geändert werden könne, aber man werde natürlich darauf achten, daß besonders die soziale Indikation nicht „mißbraucht“ werde.

Der Diözesanvorsitzende im Erzbistum München-Freising, Briessmann, erklärte inzwischen, auch wenn in der Frage des § 218 keine Partei an ihrer (der katholischen Kirche) Seite stünde, so sei dadurch das gute Verhältnis zu den Unionsparteien nicht negativ beeinflusst („FR“, 20.11.79). Wie beruhigend.

gen. Der Initiativkreis existiert erst seit Mai 79, offensichtlich haben die

gen. Der Initiativkreis existiert erst seit Mai 79, offensichtlich haben die „bekenntnenden“ Männer es für opportunistisch gehalten, sich für die § 218-Kampagne eine Frauenorganisation zuzulegen. Auch hier finden sich Kräfte, die nicht nur gegen einen reformierten Abtreibungsparagraphen, sondern auch gegen die Sexualerziehung an den Schulen aktiv sind – das macht deutlich, daß es ihnen nicht etwa um „das Leben“ geht, dann wäre ihnen mit besserer Verhütung schließlich auch gedient, sondern schlichtweg um den Bestand der deutschen „Volksmasse“. Helga Lücks Ehemann Immanuel fungiert als Kontaktadresse der „Christlichen Elterninitiative zur Sexualerziehung“, sogar die Kinder Christine und Volker traten schon politisch in Aktion, als Mitherausgeber des „Nordrhein-westfälischen Schülerbriefs zur Sexualerziehung“ (Sept. 79). Christa Meves arbeitet bei der „Aktion Elternrecht“ mit, die unter Federführung des „Deutschen Elternvereins“ steht, der bekannt wurde durch seine Aktionen gegen die hessischen Rahmenrichtlinien und die KOOP-Schule in NRW. Für die „Christliche Elterninitiative...“ und die „Aktion Elternrecht“ wird im Informationsbrief der „Bekenntnisbewegung...“ (Nr. 76, Okt. 79) dasselbe Konto angegeben. Der „Aktion Elternrecht“ ist neben weiteren Organisationen auch die ärztliche Standesvereinigung „Hartmannbund“ angeschlossen, die sich im August 79 ebenfalls gegen den „Mißbrauch des § 218“ gewandt hat.

Mit dem „Brüeswitz-Zentrum“ stehen auch die „Bekenntnenden“ in Verbindung. Pfarrer Jens M. Motschmann, wie die Meves als Autor des „Gelben Kreises“ und Verfasser eines „Rotbuch Kirche“, bis 1971 Redakteur bei „Konserativ heute“ (dieses Amt bekleidet seitdem Klaus Motschmann), sprach dort zusammen mit Löwenthal zum „Tag der Menschenrechte“ 79. Desgleichen Walter Küneth, Mitverfasser des 1. Bandes der CSU-Schriftenreihe „Weltanschauung und Politik“, der es sogar fertigbrachte, seine öffentliche Stellungnahme für die Todesstrafe theologisch zu begründen. Diese Einstellung hinderte

ihn indes nicht, auf der „großen Zusammenkunft“ (Okt. 79), zu der auch der „Notruf“ mobilisieren sollte, unter dem Motto „Rettet die Familie! Rettet das Leben!“ als Redner aufzutreten. Die Zeitschrift „Konserativ heute“ diente auch der Meves mehrfach als Forum für ihre Beiträge, sie veröffentlichte dort u.a. den Aufsatz „Aufklärungsdiplomatie“ (in Nr. 4/73), der gleichlautend in der rechtsextremistischen Zeitung „Nation Europa“ abgedruckt wurde. Christa Meves ist die Hauptautorin des Verlags des „Weißen Kreuzes“ und schreibt in deren Zeitung „Sexualethik und Seelsorge“. Das „Weiße Kreuz“ ist Mitherausgeber der Broschüre von Georg Huntemann, „§ 218, um Leben oder Tod der Ungeborenen“, in der er mit allen Mitteln, wie z.B. der Beschreibung von Föten in Plastiktüten auf Müllhalden, gegen Schwangerschaftsabbrüche hetzt und den „Untergang unserer Kultur“ prophezeit. Diese Aktivitäten der Christa Meves stehen ihrer Seriosität offensichtlich in keiner Weise entgegen. Von CDU/CSU-Kreisen wird sie gern zur „wissenschaftlichen“ Begründung ihrer Frauen- und Familienpolitik herangezogen, im Juni 79 wurde ihr der „Konrad-Adenauer-Preis“ für Publizistik der „Deutschland-Stiftung e.V.“ verliehen; auf einem Kongreß der Bundesärztekammer (Davos, 1976) konnte sie sich über „Das Kind – ein

Objekt von Erziehungsexperimenten“ auslassen und auch im „Deutschen Ärzteblatt“ werden Artikel von ihr abgedruckt.

Daß es sich bei den „Bekenntnenden“ nicht nur um eine harmlose klerikale Sekte handelt, zeigt sich auch am Beispiel der „Evangelischen Notgemeinschaft...“, der u.a. der inzwischen verstorbene Professor Ernst Anrich, Chefideologe der NPD und führendes Mitglied des Witikobundes, und der Pfarrer Werner Petersmann gehören, welcher 1969 als Spitzenkandidat einer NPD-Landesliste in Erscheinung trat und der „Aktion Widerstand“ 1970 als „gottgefälliges Werk“ seinen Segen gab. Zu den Mitgründern der „Evangelischen Notgemeinschaft“ gehört auch Bernd von Heiseler, der zusammen mit Vertretern so gut wie aller neofaschistischen Organisationen, der „Gesellschaft für freie Publizistik“ angehört.

Auch die „Evangelische Notgemeinschaft“ hat ihre Finger in anderen Erdteilen. Zusammen mit der „Afrika-Fördergesellschaft“ rief sie zu Spenden auf und forderte die EKD auf, aus dem Weltkirchenrat auszutreten, weil dieser „Mörderorganisationen“ in Afrika unterstütze („Zeitbühne“ 11/77). AG Frauen Hamburg in Zusammenarbeit mit der Antifa-Kommission

Kinder in den Mülleimer?



Das ist einer von den Plastiksäcken, wie sie in kanadischen und amerikanischen Kliniken laufend in die Verbrennungsöfen geliefert werden. Inhalt: Abgetriebene Kinder.

So sieht die grauenhafte Wirklichkeit einer „humanen“ Gesellschaft aus.

STOPPT ABTREIBUNGs KLINIKEN

Sehen Sie genau hin!

Deshalb: Straffreinahme der Abtreibung

Deshalb: Straffreigabe der Abtreibung NIEMALS!!!

Schweigemarsch

„Für das Leben“

→ am Mittwoch, 11.4.79
→ 1800 Uhr ab Burgplatz, Essen

DURCH DIE ESSENER INNENSTADT, ANSCHLIESSENDE GEBETSGOTTESDIENST IN DER MONSTERKIRCHE. ZU DIESEM SCHWEIFGEMARSCH FÜR DAS LEBEN RUFEU DER BUND DER DEUTSCHEN KATHOLISCHEN JUGEND (BDKJ) UND DER DIOZESANRAT DER KATHOLIKEN IN ESSEN AUF.

ABTREIBUNG?

WUSTEN SIE, DASS IM JAHR 1977 IN ESSEN 5.347 GEBURTEN 2.005 ABTREIBUNGEN GEGENÜBERSTANDEN? (NAZ vom 2.6.1978)

Abtreibung ist Mord!

NIEMALS!

Reaktionäre Flugblätter und Aufkleber gegen Abtreibung

Prozeßwelle wegen Abtreibung

In Tarbes stehen drei Ärzte unter der Anklage, illegale Abtreibungen „gefördert“ zu haben. Dies ist nur einer der Prozesse, die z.Zt. mit dieser Stoßrichtung angestrengt werden. Es soll ein Musterprozeß veranstaltet werden, der im Eilverfahren unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt wird - dies um zu verhindern, daß eine Gegenpropaganda entwickelt werden kann, wie dies der MLAC in der Vergangenheit teilweise gelungen ist.

Die zu erwartende Prozeßwelle geht einher mit verstärkten Hausdurchsuchungen und Kontrollen in privaten Abtreibungskliniken. Dort ist seit dem Inkrafttreten des Loi Pelletier ein starker Rückgang der Abbrüche zu verzeichnen, z.B. in Bayonne, wo nur noch die Hälfte der an sich genehmigten Abbrüche überhaupt noch vorgenommen wird.

Folge dieser Praxis: Lange Wartelisten, die immer mehr Frauen dazu zwingen, im Ausland abzutreiben. So wurde wieder mit der Organisation wöchentlicher Abtreibungsfahrten nach England begonnen.

Weiter lockt die Praxis des Loi

Pelletier natürlich die reaktionären Ärzte auf den Plan, die versuchen, die Abtreibungskliniken unter ihre Kontrolle zu bringen, was deren Zerschlagung gleichkommt. So protestierte ein Prof. Soutoul aus Tours (Vorsitzender diverser Ärztevereinigungen) gegen die „Vermischung von Abtreibung, Sex, Marx und Che Guevara“ in den Kliniken!

Gegen die Vorwürfe gegen die Angeklagten in Tarbes entwickeln die „collectifs unitaires avortement-contraception, sexualité“ (Vereinigung von Gruppen für freie Abtreibung, Verhütung und Sexualität) eine nationale Kampagne für deren Freilassung. Mit Unterstützung u.a. der MLAC wurde eine Pressekonferenz einberufen, am 21.3. ein Aktionstag mit Protesttelegrammen an das Gericht und einer Kundgebung vor dem Gesundheitsministerium durchgeführt. Nachfolgend drucken wir den Aufruf dazu ab.

Frankreich-Kommission

Aufruf der „collectifs unitaires avortement-contraception, sexualité“

„Die „collectifs unitaires ...“ (Gruppen für Abtreibung-Verhütung und Sexualität), die am 15./16. März 1980 in Paris ein nationales Koordinationstreffen durchführten, bekunden ihre Gegnerschaft zum Loi-Pelletier, das nicht nur im Sinne des Gesetzes von 1920 (Anm. U.: striktes Abtreibungsverbot - auf Grundlage dieses Gesetzes wurde in den 30er Jahren eine Frau wegen Abtreibung guillotiniert!) und den Beschränkungen des Loi-Veil ist (Anm. U.: 10-Wochen-Frist, Notwendigkeit der elterlichen Zustimmung für Minderjährige, Abtreibung nur für Ausländerinnen, die eine Aufenthaltsgenehmigung für mindestens drei Monate haben, kostenpflichtige Abtreibung, Pflichtbedenkzeit und abtreibungsfördernde Beratung), sondern die Strafen bei illegaler Abtreibung noch verschärft.

Das Gesetz verstärkt Einschüchterungsmaßnahmen durch eine Kartell, die die Liste von Vereinigungen und Organisationen enthält, die bereit sind, Frauen eine moralische Unterstützung zu geben. Es öffnet der Initiative „SOS-Familien“ (Familie in Not) die Tür (operiert unter der Schutzherrschaft von „Laissez-les-vivre“, einer reaktionären Abtreibungsgegner-Organisation, vergleichbar mit der „Aktion Leben“ in der BRD) und erhöht die Kontrolle durch Erfassung der Frauen, die abgetrieben haben.

Dieses Gesetz entspricht einer Politik, die gleichzeitig das Recht der Frau auf Arbeit im Rahmen einer Kampagne „für das dritte Kind“ in Frage stellt, einer Politik der Kürzung der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung, die eine Kürzung von Betten und Personal in den Krankenhäusern nach sich zieht und Angriffen gegen die Sozialversicherung (Aufgabe des Loi Berger).

Der Ton wird angegeben durch Barrot: „Das Gesetz und nichts als das Gesetz“, und durch Pelletier: „Die Abtreibung ist keinesfalls ein Recht, noch irgendein Fortschritt.“

Das Bestreben, den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper abzuspochen, hat seit der Verabschiedung des Loi Pelletier in systematischen Kontrollen der Kliniken und Ärzte in einer Reihe von Regionen und durch gewisse Maßnahmen seinen Niederschlag gefunden:

Schließungen von Kliniken wegen Gesetzesübertretung; Anklage gegen sechs

Ärzte aus der Klinik in Pergola, von denen drei wegen Abbrüchen nach Ablauf der legalen Frist, zwei wegen „Kindesmord“, einer wegen Unterstützung der illegalen Abtreibung von einer/mehreren Frauen vor Gericht stehen; Schließung der Gynäkologie-Geburtshilfe-Abteilung einer Poliklinik in Biarritz, die auch Frauen aus Spanien behandelte; Ermittlungsverfahren gegen Ärzte der Klinik in Passy wegen Überschreitung der Abbruchfrist; Versuche, die CIVG (Centres d'interruption volontaire de grossesse - Abtreibungszentren) in Tours der Kontrolle von Soutoul, dem „Chef“ der Abtreibungsgegner, zu unterstellen (die Ärzte von CIVG führen gegen Soutouls Diffamierungen einen Prozeß).

Jetzt sind es drei Ärzte aus Tarbes, die aufgrund des Artikels 317, Abs. 4 nach dem Gesetz von 1920 am 21. März angeklagt werden, Frauen an die Klinik Notre-Dame-Lourdes zur Abtreibung überwiesen zu haben. Dies ist das erste Mal seit sieben Jahren, daß auf der Basis dieses Artikels des Strafgesetzbuches Anklage erhoben wird. Die Ärzte erwarten ein Jahr und fünf Monate Gefängnis sowie fünf Jahre Berufsverbot, wenn sie schuldig gesprochen werden.

Dieser Prozeß ist ein Test: Indem man diese Mediziner bekämpft, versetzt man die Frauen auf Abtreibung.

Dieser Prozeß ist ein Test: Indem man diese Mediziner bekämpft, versetzt man dem Recht der Frauen auf Abtreibung einen neuen Schlag.

Deshalb rufen wir zu einer nationalen Kampagne auf, um die Freilassung der Angeklagten und das Recht für alle Frauen auf freie und kostenlose Abtreibung, getragen von der Sozialversicherung, zu fordern. In Anbetracht der zunehmenden Angriffe rufen wir dazu auf, den Kampf für die Einrichtung von Zentren für Abtreibung, Verhütung und Sexualität fortzusetzen. Deshalb schlagen wir vor:

- die Einreichung einer Petition;
- die Durchführung einer nationalen Aktionswoche vom 5. - 11. Mai;
- die Durchführung öffentlicher nationaler Kongresse am 14./15. Juni, getragen von allen Kräften, die für die Freigabe der Abtreibung und freie Verhütung kämpfen.

Gegen das Loi Pelletier-Veil!

Gegen jede Beschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper!

Gegen die Repression - nein zu den Anklagen!

Völlige Straffreiheit für Abtreibung!

Für freie und kostenlose Abtreibung, getragen von der Sozialversicherung!

(aus „Rouge“, 21.-27.3.80, Wochenzeitung der LCR, IV. Internationale)

Schülerinnen-Fest in Frankfurt

20 bis 30 Frauen haben an der Vorbereitung dieses Festes mitgewirkt, Flugblätter geschrieben, Wandzeitungen gemalt, Theaterstücke vorbereitet, Musik gemacht.

Mit Kuchen, Getränken, Schmalzbrot, Salaten wurde für das leibliche Wohl der Besucherinnen gesorgt.

Um was ging es den Frauen, die seit bald einem halben Jahr in der Schülerinneninitiative arbeiten, in der Frauengruppe aus Schulen und Jugendzentren, einzelne Frauen und Mitarbeiterinnen von Pro Familia aktiv sind?

Begonnen wurde mit einer Diskussion mit B., einer Ärztin von Pro Familia, die extra zu dieser Diskussion gekommen war: - Welche Rechte haben minderjährige Frauen, wenn sie eine Abtreibung wollen? - Was wird eigentlich bei einer Sterilisation bei Männern und Frauen gemacht? Kann man diesen Eingriff rückgängig machen?

In der Diskussion wurde auch die Frage gestellt, wie sich Eltern und Freund bei einer Schwangerschaft bzw. generell bei Verhütung verhalten.



Sind die Frauen auch heute damit auf sich allein gestellt? Es gab sehr unterschiedliche Standpunkte dazu -

Sind die Frauen auch heute damit auf sich allein gestellt? Es gab sehr unterschiedliche Standpunkte dazu - sicher auch auf unterschiedliche Erfahrungen zurückzuführen - wie „schweinisch“ oder wie „vorbildhaft“ sich die Freunde oder Eltern verhalten.

Eine Frauengruppe, die seit 1 1/2 Jahren besteht, hatte sich dazu Gedanken gemacht und im Anschluß an die Diskussion machte sie diese in einem Theaterstück deutlich:

Eine Frau kommt müde vom Einkaufen, setzt ihre „schöne“ Maske (in diesem Fall war sie aus Gips) ab und ihr graues und müdes Gesicht wird sichtbar. Sie ist ganz schwarz gekleidet, gefesselt mit einer Wäscheleine und nachdem sie ausgepackt hat,

setzt sie sich auf einen Stuhl, um zu entspannen.

Man hört Kindergeschrei, und dies ist für sie der Anstoß, sich an ihr Leben zu erinnern. Sie durchläuft alle wichtigen Stationen ihres Lebens seit ihrer Kindheit:

wie sie von ihrer Mutter am Spielen gehindert wird;

wie ihr Bruder bevorzugt wird (er geht Fußballspielen, sie spült);

wie ihr in der Schule auffällt, daß nur anpassungsfähige Mädchen „beachtet“ werden.....usw.

In jeder dieser Szenen wird klarer, daß sie unzufrieden ist. Sie wird in ihren Gedanken gestärkt, denn ihr Mann kommt nach Hause und begrüßt sie mit „Hunger“. Sie weigert sich, etwas zu kochen; sie streiten, sie wirft ihm ihre ganze Situation an den Kopf. Im Hintergrund: Plakate über Frauenarbeitslosigkeit, Kindergartenmiserie, Abtreibung.

Schreiend haut ihr Mann ab, sie erstarrt.

„Der Tag wird kommen, wo die Berge sich bewegen“ und langsam, ganz langsam tanzt sie zu diesem Lied. Lauter Frauen mit grauen Gipsmasken betreten die Bühne, bewegen sich zu „Unter dem Pflaster liegt der

wickelnden Dialog zeigen die Frauen die Argumente ihrer Eltern, die sonst ihnen selbst entgegengehalten werden. - Die Frauen spielen eine Situation aus der Schule, in der sie ihren Sportlehrer im Originalton zitieren. Sie müssen sich übelste Anmachungen gefallen lassen über ihre „weiblichen Reize“ und „Schwächen“. In ihrem Sketch gehen sie auf ihn los, beschweren sich und machen ihn „ein“, doch in der Realität haben sie sich das noch nicht getraut, wie sie später erzählen.

„Ach, was bin ich häßlich, diese Pickel“. Eine Frau neben ihr sagt mit ruhiger Stimme: „Aber das macht doch heute nichts mehr. Es gibt doch ‚Prickel‘! Sie entfernt ihre angemaßten Pickel mit Creme, strahlt und bedankt sich in einem Reim für diese „Hilfe“.

„Ihr Freund fragt, ob sie nicht mit schwimmen gehen möchte. „Nein, mir geht es heute nicht so gut“, weist sie ihn ab, und nach einigem Nörgeln geht er allein. Voller Schwung kommt die Rettung: ein Tampon schwingend stürzt sie - die „Rettung“ - auf die Bühne und ruft: „Nimm ‚ob‘, dann sind alle Beschwerden vorbei. Schwimmen, Radfahren, Reiten, alles kein Problem“. Erleichtert steht sie auf, macht eine Kniebeuge, um zu demonstrieren, wie „gut“ es ihr jetzt geht und braucht niemals mehr ihrem Freund abzusagen!

Diese Szenen sind wahrlich „aus dem Leben“ erzählt, und das wurde mit Lachen und Klatschen von den Frauen honoriert.

Es wurde noch lange getanzt, und eine „Ein-Frau-Band“ trug zu der recht guten Stimmung bei. Sie trug eigene Stücke vor und erfreute uns mit einem Schlagzeusolo.

Auf dem Fest waren 60-70 Frauen, während der sechs Stunden war ein ständiges Kommen und Gehen. In Betracht dessen, daß etwa 4000 Flugblätter an 15 Schulen verteilt wurden, waren einige Frauen über den „schlechten“ Besuch enttäuscht.

Aber wir können dieses Ergebnis auch von einer anderen Seite her betrachten:

In Frankfurt war dies die allererste öffentliche Aktivität von Schülerinnen für Schülerinnen über ihre Lebenssituation.

Es gibt sehr viel Vorurteile zu beseitigen. Einige Schülerinnen, die ein Flugblatt, in dem die Initiative sich vorstellt, verteilten, mußten sich mit Sprüchen wie „Näht euch doch die Votzen zu“, „Ihr seid doch alle lesbisch“ herumschlagen, und längst ist nicht klar, warum auf diesem Fest nur Frauen kommen sollten, wie ein Artikel aus einer Schülerzeitung zeigt, in dem der Verfasser „bittet“ und auch schon fast klagt, daß die Frauen fordern und nicht um ihre Emanzipation betteln. So meinte er, der Mann müsse sich doch auch emanzipieren, und am besten plane man(n?) das gemeinsam. Wir haben noch viel zu tun, um aufzuzeigen, daß wir ein Recht darauf haben, uns zu treffen, daß wir auch in der Schule den Kampf für unsere Emanzipation führen müssen und Unterdrückung nicht nur „vor den Schultoren“ als Frauen zu spüren bekommen.

KB-Frauengruppe Frankfurt

ohne besonderen anlaß

Ihr habt euch schon wieder arrangiert
Ihr stellt keine Fragen mehr
wenn ich dir (ja, auch DU bist
gemeint)
wenn ich dir sage - zugegeben, ich
war in Kampf Stimmung -
wenn ich dir sage
mit euch kann frau nur reden im Bett
oder wenn ihr sturzbesoffen seid
dann ist das ein Angriff
denn du ausweichst
Ihr alle weicht aus und verpaßt
eure Chance
uns näherzukommen

dabei wird doch euer kleinster Schritt
von uns bejubelt
wir registrieren eure Mini-Bewegungen
und freuen uns
wie verrückt
und erzählen es weiter
Ihr könnt euch wirklich nicht
beklagen
aber dann: dieses Schweigen
was für ein Glück, daß ein Auto
tausend Schrauben hat
weil Gott, da habt ihr immer
ein Thema

wir wollen zu Menschen werden
und ihr? Wollt ihr ewig Männer
bleiben?
unsere Kurve hat die Tendenz:

steigend
es wird Zeit, daß ihr einen Gang
mehr einlegt

will frau zuviel von dir, nämlich:
wissen
wer du bist
sagen
wer sie ist
haat du Termine
bist du plötzlich nicht mehr verliebt
ziehst du siebenmeilenstiefel an
und verzieht dich auf deinen
Männerplaneten

ich sage euch
ich habe keine Lust mehr
auf die täglichen Karateübungen
um ein Sätzchen herauszuquetschen
und dann den Stolz zu sehen
was ihr da wieder herausgebracht habt
und euch zurücklehnt
für Wochen
bis dann wieder die Zeit kommt
ein Wort abzulassen, damit ihr nicht
ganz verschissen habt

es ist hohe Zeit meine Herren
setzt euch in die Rakete
und kommt zurück
zu uns
wir haben gemeinsam noch viel zu tun

1.

Lieber ...

dieses Gedicht schicke ich an den AK
und an einige Männer, die ich kenne/
kannte/kürzlich gesehen habe/lange
nicht gesehen habe/mit besonderem/
ohne besonderen Anlaß.
Du kannst Dir aussuchen, was zu Dir
paßt.

Auf jeden Fall bin ich sicher, daß
der größte Teil auch auf Dich und
Dich und Dich zutrifft.
In atemloser Spannung schwebend
ob der Reaktion (merke: keine Reaktion
ist auch eine!) verbleibe ich

mit immer noch solidarischen Grüßen

Ich lege Wert auf die Feststellung, daß dieses
Gedicht zwar von mir geschrieben
worden ist, eigentlich aber kollektives
Ergebnis von Diskussionen ist, die ich im
Laufe von Monaten mit etwa 15 Frauen
(Freundinnen und/oder Genossinnen)
beim Kaffee, in Kneipen, auf Wanderungen
geführt habe. Inzwischen haben wir
das Gedicht an etwa 30 bis 50 Männer
verschickt. „Die Antworten können wir dann
ja gesammelt herausgeben!“, meinte eine
der Frauen. Und eine andere darauf: „Ich
fürchte, dann wird die Adressenliste länger
sein als die Inhalte.“
Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Schwanger trotz Patentex-Oval?

Wegen ungewollter Schwangerschaft verklagen 218 Italienerinnen die Patentex GmbH in Frankfurt und ihre italienische Vertriebsfirma Linea Verde in Mailand. Die Frauen wurden schwanger, obwohl sie das Verhütungsmittel Patentex-Oval korrekt nach Anweisung des Herstellers benutzt haben. Die Klage richtet sich deshalb gegen die vom Hersteller angegebene 99%ige Zuverlässigkeit des Vaginal-Kontrazeptivums Patentex-Oval (in Italien Happy genannt), die höchstens bei 70% liege. Die mangelnde Zuverlässigkeit der Vaginal-

Verhütungsmittel war schon öfters Anlaß zu Protesten. Genaue Angaben über Versagerquoten existieren nicht, da für lokale Verhütungsmittel immer noch nicht dieselben Untersuchungsbestimmungen wie für Medikamente gelten, obwohl sie ebenfalls teilweise vom Körper aufgesaugt werden. Studien von Pro Familia und Stimezzo (Holland) ergeben, daß frau bei der Anwendung von Patentex Oval ein vier bis fünffach größeres Risiko als bei der Einnahme der Pille eingeht (nach „TAZ“, 10.4.80).

DKP und DFI zum 8. März 1980

Daß die DKP und die ihr nahestehende DFI zum Internationalen Frauentag Veranstaltungen oder ähnliches machen, hat schon Tradition — aber daß sie es zusammen mit anderen Teilen der Frauenbewegung machen, ist für 1980 eine neue Sache. Zumindest in Hamburg und Hannover hat es eine gemeinsame Demonstration bzw. eine gemeinsame Festveranstaltung gegeben; ein Bündnis in Bremen zwischen DKP/DFI und weiten Teilen der Frauenbewegung ist kurz vor dem 8.3. leider doch wieder geplatzt. Wahrscheinlich gab es anderenorts ähnliche Bündnisse oder Ansätze davon — wir wollen hier jedoch nur auf diese Beispiele eingehen, weil wir dabei unsere eigenen Erfahrungen machen konnten und weil uns hierzu ausführliche Berichte vorliegen. Wir hoffen, daß sich daraus innerhalb der Frauengruppen Diskussionen über die eigenen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit diesen Organisationen ergeben, und wir freuen uns natürlich über Diskussionsbeiträge und Leserbriefe zu diesem Thema.

Bremen: Alles hatte sich so gut angelassen ...

Schon sehr frühzeitig war in diesem Jahr auf Initiative der DFI-Gruppe in Bremen ein Bündnistreffen zwecks gemeinsamer Gestaltung des 8.3. zustande gekommen, an dem ein buntes Spektrum der Frauenbewegung teilnahm: Mädchengruppen, Frauenbuchladen, ausländische Frauen, Unifrauenprojekt, ASIA-Frauenreferat, die Frauengruppen der Alternativen Liste, des KB, der DKP, die VVN, die DFU. Abgesagt hatte leider aufgrund des DGB-Vorstandsverbots zum 8.3. die ASF (SPD-Frauen). Im Verlauf von weiteren Treffen zur Vorbereitung des 8.3. beteiligten sich auch noch andere Gruppen aus der autonomen Frauenbewegung (z. B. Frauen aus dem Frauenzentrum, der Frauenhaus- und der Lesbengruppe).

Ziemlich schnell waren sich alle beteiligten Frauen einig, daß sie gemeinsam demonstrieren wollten. DKP- und DFI-Frauen legten großen Wert darauf, sämtliche Parolen, Transparente und Themen für die Demo von vornherein genau festzulegen, d.h. über jede Forderung wurde diskutiert und abgestimmt. Entsprechend heftig waren die Diskussionen. Besondere Streitpunkte waren folgende Parolen:

— „Für das Recht auf Arbeit“ (vorgeschlagen von den Revi-Frauen). Kritisiert wurde daran von den autonomen Frauen, daß damit zum Ausdruck käme, daß Hausarbeit wohl keine Arbeit sei — sinnvoller sei eine Parole „Für das Recht auf qualifizierte Berufstätigkeit“. Diese Forderung wurde schließlich als Parole verabschiedet.

— „Für Lohn für Hausarbeit“ (vorgeschlagen von den KB-Genossinnen und Frauenzentrumsfrauen). Hier hatten die Revisionisten Widersprüche: Die Parole sei reaktionär, bedeute die Fesselung der Frauen an den Haushalt usw. Der Kompromiß bestand darin, daß eine Parole formuliert werden sollte, die zum Ausdruck bringt, daß Hausarbeit heute immer noch unbezahlt und diskriminierte Arbeit ist.

— „Frauen gegen AKWs“ (vorgeschlagen von den KB-Frauen — die autonomen Frauen unterstützten die Parole): Die Revi-Frauen waren massiv dagegen: Das sei ein allgemeinpolitisches Thema; eine spezielle Betroffenheit der Frauen gebe es dabei nicht. Dem wurde entgegengehalten, daß natürlich der Themenbereich „Militarisierung und Krieg“ ebenso allgemeinpolitisch ist und überdies die besondere Betroffenheit von Schwangeren und Kindern sehr wohl eine spezielle Problematik für Frauen darstellt. — Damit war den Revis der Wind aus den Segeln genommen und die Parole konnte mehrheitlich verabschiedet werden.

— **Lesben:** Hier waren die Verhandlungen am spannendsten. Die Lesben selbst hatten vorgeschlagen „Wir sind lesbisch — und ihr (du)?“; die Revis dagegen: „Lesbischsein ist normal“. Zusätzlich wollten die Lesben die Parolen „Schluß mit der Diskriminierung der lesbischen Frauen“ und „Meine Tochter ist lesbisch, na und?“ verankert sehen. Die Argumente der Revi-Frauen waren: Da könne frau sich ja angemacht fühlen, wenn sie nicht lesbisch sei; das würde außerdem „unsere Bündnispartnerinnen“ aus Gewerkschaft und Kirche vergraulen. Dem wurde entgegengehalten, daß die Lesben selbst am besten wissen müssen, welche Parolen und For-

derungen ihrer Situation entsprechen, und daß es schließlich nichts Schlechtes sei, wenn Parolen auch zum Nachdenken anregen. Nach langem Hin und Her und nachdem die Lesben bzw. die sie unterstützenden Frauen auf die Parole „Meine Tochter ist lesbisch, na und?“ verzichtet hatten, wurden die restlichen Parolen angenommen.

Ein zähes Gerangel gab es auch um die Gestaltung des Flugblatts: Auf die Titelseite sollte nach den Vorstellungen von DKP- und DFI-Frauen das Frauenzeichen o h n e die geballte Faust darin sowie die Friedenstaube mit Frauenzeichen — das sei das Zeichen der internationalen Frauenbewegung. Zwei Frauen aus der autonomen Uni-Frauengruppe warfen den Revis Machtpolitik mit dem Friedenstauben-Frauenzeichen vor: Dieses würde eindeutig als Revi-Zeichen identifiziert. In diesem Punkt setzten sich jedoch die autonomen Frauen nicht durch und es wurde der Revi-Vorschlag (Friedenstauben-Frauenzeichen und Frauenzeichen ohne Faust) angenommen.

Waren bis dahin alle Beteiligten davon ausgegangen, daß zur Demo alle beteiligten bzw. unterstützenden Frauengruppen gemeinsam aufrufen, wurde den Frauen vor dem 3. Vorbereitungstreffen plötzlich von den Revi-Frauen mitgeteilt — eigentlich sollte das gemeinsame Flugblatt schon gedruckt sein! — daß eine Reihe von Gewerkschafterinnen und ASF-Frauen nur unterschreiben würden (als Einzel-frauen), wenn der gesamte Aufrufkreis nur aus Einzelfrauen bestünde. Begründung: Diese Frauen, die ja schon wegen des Beschlusses des Bundesvorstands nicht als ASF, IG Metall-Frauenausschuß etc. unterschreiben könnten, bekämen sonst Schwierigkeiten in Partei und Gewerkschaft.

Die Revi-Frauen gingen offenbar davon aus, daß derlei Argumente allen Frauen sofort einleuchten müßten; jedenfalls wollten sie eine Änderung der Unterzeichnerinnenliste einfach mal eben über Telefon „absprechen“ bzw. beschließen lassen. Die autonomen Frauen und die KB-Frauen lehnten jedoch diese Forderung ab. Damit blieb den Revi-Frauen nichts anderes übrig, als die Entscheidung auf das dritte Treffen zu vertagen.

In der Auseinandersetzung argumentierten sie vor allem damit, daß mit solch einer Regelung viele „wichtige“ Frauen noch unterschreiben könnten (Gewerkschafterinnen usw.). Die anderen Frauen betonten, daß sie daran natürlich auch ein Interesse hätten, daß aber eine Unterschriftenliste von quasi allen Bremer Frauengruppen gemeinsam doch ein anderes Bild ergebe als eine für die Mehrzahl der

Frauen mehr oder weniger nichtssagende Auflistung von Namen.

Die KB-Frauen fragten nach, ob konkrete Widersprüche bei einzelnen Gruppen bestehen würden, z.B. gegenüber der KB-Frauengruppe oder der DKP-Frauenkommission bzw. um welche Einzelfrauen es sich konkret handele, die bei einer Gruppenunterschrift nicht mitmachen wollten. Darauf konnten die Revi-Frauen jedoch keine eindeutige Antwort geben.

Ein erstes Meinungsbild wurde erstellt: knappe Mehrheit für die Einzelunterschriften. Angesichts der unklaren Situation wurde weiterdiskutiert. Noch einmal wurden alle Argumente angeführt. Eine Frau des Frauenzentrums schlug vor, sich doch noch einmal vor Augen zu halten, wer denn nun bisher schon alles als Gruppe unterzeichnet hatte — und diese stattdessen Aufzählung eines breiten Spektrums von Bremer Frauengruppen gab dann wohl schließlich den Ausschlag, daß die endgültige Abstimmung über die Vorgehensweise zugunsten der Gruppenunterschriften ausfiel.

21 Frauengruppen und 46 Einzelunterschriften waren ein hübsches Ergebnis für den Aufruf zu einer Frauendemonstration am 8. März — leider nur für kurze Zeit.

Kurz darauf mußten die Frauen feststellen, daß der Druck des Flugblattes von den Revi-Frauen wiederum hinausgezögert worden war, und sie brachten es deshalb selbst zu einem Drucker. Dabei mußten sie feststellen, daß die DKP-Frauenkommission nun doch wieder ihre Gruppenunterschrift zurückgezogen hatte und nur noch als Einzelfrauen unterschrieben hatte.

Beim nächsten Vorbereitungstreffen war eine Frau der DKP-Frauenkommission anwesend. Die Frauen aus dem Frauenzentrum kritisierten sehr scharf, daß einerseits die DKP offiziell ihre Unterschrift zurückzieht, andererseits aber reichlich DKP-Frauen „inkognito“ doch unterschrieben hätten. Die zusätzlichen Einzelunterschriften seien nicht abgesprochen gewesen und die Frauenzentrumsfrauen

„inkognito“ doch unterschrieben hätten. Die zusätzlichen Einzelunterschriften seien nicht abgesprochen gewesen und die Frauenzentrumsfrauen wollten deshalb entweder das Flugblatt wieder einstampfen oder neu machen oder selbst nicht mehr mitmachen.

Daraufhin erklärte die DKP-Vertreterin, es habe Schwierigkeiten innerhalb der Partei gegeben, eine Diskussion im Vorstand habe stattgefunden. Das sei jedoch eine interne Auseinandersetzung und gehe die anderen Frauen nichts an. Schließlich stellte sich heraus, daß die DKP schon eigene Flugblätter gedruckt hatte, mit denen „herzliche Glückwünsche zum Frauentag“ ausgesprochen wurden und mit denen auch zur Demo mobilisiert wurde, in denen aber mit keinem Wort das breite Bündnis der Aufruferinnen auch nur

erwähnt wurde. Vielmehr erweckte die DKP darauf den Eindruck, das sei allein ihre Demo. Hier schließlich platzte allen voran den autonomen Frauen endgültig der Kragen und sie erklärten, daß sie unter solchen Bedingungen nicht bereit seien, für die Demo zu mobilisieren bzw. daran teilzunehmen. Das Bündnis war geplatzt.

In der DFI gab es wegen dieser Vorfälle noch eine kurze Diskussion. Die Revi-Frauen wetterten gegen die autonomen Frauen: Diese hätten doch sowieso etwas gegen den 8. März, ebenso wie gegen Frieden und Abrüstung. Für die DKP gebe es ja auch noch die „These 41“ — deshalb könnten sie mit Maoisten wie z.B. den KB-Frauen, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünden, nicht zusammenarbeiten.

Einige DFI-Frauen kritisierten zwar ein bißchen die Haltung der DKP, meinten aber, daß deswegen nicht die Demo scheitern dürfe. Die DFI brachte schließlich das (ursprünglich gemeinsame) Flugblatt allein heraus, allerdings ohne die Lesbenparole. Die Frauengruppen, die sich nicht mehr an der Demo beteiligten, verfaßten eine gemeinsame Stellungnahme, die neben der Demo verteilt wurde. Das Ganze war für diese Frauen natürlich sehr enttäuschend: Hatten sie sich doch viele lustige und bunte Aktionen für die Demo ausgedacht, die nun alle ins Wasser fielen. Eine Entschädigung war allerdings das abendliche autonome Frauenfest.

Typisch für die DKP, daß auf ihrer Demo zur Hälfte Männer mitmarschierten, natürlich mit frauenfeindlichen Sandwiches und Transparenten: „Ich bin für die Gleichberechtigung von Mann und Frau“ oder „Gegen die Diskriminierung der Frau“. Typisch auch, daß zum krönenden Abschluß der Kundgebung eine Frau mit einem Gedicht den Männern für ihre tolle Unterstützung dankte.

Hamburg: „Die sollen uns kennenlernen!“

Hamburg: „Die sollen uns kennenlernen!“

In Hamburg hatte schon im Januar die Initiative „Frauen zum Bund — wir sagen nein“, in der mehrheitlich DKP-Frauen und DKP-nahe Frauen mitarbeiteten, die anderen Frauengruppen zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen, um den 8.3. zusammen zu gestalten (vgl. AK 173). Bei dem ersten Treffen war ein buntes Spektrum von Frauengruppen vertreten: Jusos, Chile-Solidaritätskomitee, BIFF, ASF, IGM-Frauenausschuß, DFJ, DKP, SDAJ, § 218-Gruppen, Gewaltfreie Aktion, Bunte Liste, DFU, DGB-Kreisfrauenausschuß, GEW-Frauengruppe sowie Frauengruppen aus verschiedenen Stadtteilen.

Die Revi-Frauen legten dar, wie nach ihren Vorstellungen die Demo

verlaufen sollte: Den „Schwerpunkt“ sollten Parolen gegen die Militarisierung bilden; daneben sollten am besten keine weiteren Parolen getragen werden. Demgegenüber forderten die anderen Frauengruppen, daß am 8.3. alle Frauen-Forderungen sichtbar gemacht werden könnten; als unverzichtbar wurden z.B. Forderungen nach Abschaffung des § 218 genannt. Die Revi-Frauen meinten, solche Parolen müßten dann aber zumindest aus antimilitaristischen Inhalten „abgeleitet“ werden; z.B.: „Wir sind gegen den § 218, weil wir nicht Kinder für den Krieg produzieren wollen“. Einigen konnten sich die Frauen auf diesen Termin schließlich, daß auf der Demo zwei Blöcke gemacht werden sollten: Den ersten sollten die Frauen der „Initiative“ unter der Hauptforderung „Frauen zum Bund — nein danke“ bilden, gefolgt vom eigenständigen Block der autonomen Frauen bzw. der Frauen-AE, den ein großes § 218-Transparent kenntlich machen sollte.

Allen Beteiligten flatterte nach diesem Termin das „Protokoll“ einer Revi-Frau ins Haus, das keine der Abmachungen enthielt und ein völlig anderes Bild der geplanten Demo zeichnete:

- ausschließlicher Schwerpunkt sei der Antimilitarismus;
- sämtliche Lautsprecherdurchsagen seien diesem Hauptaspekt vorbehalten;
- Anti-AKW-Lösungen gehörten nicht in den Demo-Zug;
- Veranstalter der Demo sei ausschließlich die „Initiative“;
- eine generelle Freigabe der Parolen sei von den Beteiligten ausdrücklich verworfen worden.

Damit war der gesamte erreichte Diskussionsstand über den Haufen geworfen. Entsprechend groß war die Empörung bei den autonomen und AE-Frauen. Bei den Frauen herrschte die Haltung vor, daß „denen“ wohl mal gezeigt werden müsse, wer die Hamburger Frauenbewegung ist — jedenfalls wollten sie sich nicht an ein-

die Haltung vor, daß „denen“ wohl mal gezeigt werden müsse, wer die Hamburger Frauenbewegung ist — jedenfalls wollten sie sich nicht so einfach austricksen lassen. Ein alternatives Protokoll mit entsprechenden Richtigstellungen wurde auf dem Termin der Frauen-AE gemeinsam verabschiedet und an die am Bündnis Beteiligten verschickt.

Auf dem nächsten Bündnis-Termin kam der Protokoll-Skandal dann zur Sprache. Die Revi-Frauen taten so, als wüßten sie von nichts mehr, als hätten nie Absprachen stattgefunden. Ergebnis stand sich Aussage gegen Aussage gegenüber und wer nicht schon beim letzten Treffen dabei gewesen war, konnte schwerlich beurteilen, wer nun recht hatte. Nach einiger Zeit fruchtloser Debatte machte eine Frau den Vorschlag, sich doch mal den bisherigen Flugblattentwurf anzusehen und zu überlegen, ob frau sich nicht vielleicht darauf vereinheitlichen könne. Dazu traten dann keine wesentlichen Widersprüche auf. Einigen konnten sich die Frauen auch auf eine ältere antifaschistische Widerstandskämpferin als gemeinsame Rednerin für die Abschlußkundgebung. Nicht mehr zur Sprache kam die Freiheit der Parolen (d.h. es wurden keine neuen Festlegungen getroffen); ebenso gab es keine neuen Absprachen in Bezug auf Kopfttransparent, Blockbildung etc.

Schon nach dem gefälschten Protokoll des ersten Treffens hätten die Frauen eigentlich vorgewarnt sein müssen, was die Ernsthaftigkeit der DKP-Frauen bei Absprachen und konkreten Vereinbarungen betrifft. Auf der Demo selbst konnte frau dann jedenfalls ihr liß Wunder erleben:

— An der Spitze wurde nicht das vereinbarte Frauentransparent „Frauen zum Bund — nein danke“ getragen, sondern die Parole „Im Namen von 55 Millionen Toten des 2. Weltkrieges: Es soll kein Krieg mehr sein“. Daneben eine schwarz-rot-goldene Fahne, auf der für genaue Beobachter auch das VVN-Symbol erkennbar war. Erst ein gehöriges Stück weiter hinten (und auch noch hinter einem riesigen SDAJ-Transparent) kamen die Frauen der „Initiative“. Als unbeteiligte(r) Passant(in) konnte man/ frau jedenfalls nicht am Kopf der Demo erkennen, daß es sich hier um eine Demo zum internationalen Frauentag handelte.

— Vorneweg fuhr ein Lautsprecherwagen, aus dem munter verkündet wurde, daß hier die DFI eine Demonstration durchführe ...

— Sehr prägend für diesen ersten Block war eine große Anzahl von (meist DKP-)Männern, darunter zahl-

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen der Gruppe Elberfeld West!

Am Samstag, dem 8. März 1980, findet ab 19.30 Uhr unsere Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in der „Bärenschänke“, Mc statt.

Unsere Gruppe wird eintragen. Anschließend wollen alle Freunde, Genossinnen Nachbargruppen — sind! Zeigt Eure Solidarität mit zahlreichen Teilnahme.

Wir bitten alle Freunde, auch an den folgenden Aktionen am Samstag teilzunehmen: Übergabe der „Jägerzeitung“ und Tageszeitung an die Arbeiterinnen und Arbeiter von FAG/Necken an der Arbeiterinnen und Arbeiter von FAG/Necken am Freitag, dem 7. März, von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr und Frauen in VI 8. März, von 1 Ecke Friedrich

Internationaler Frauentag '80

Demonstration in Hamburg

8. März um 11.00 Uhr Karl-Legien-Platz (beim Gewerkschaftshaus).

Die Initiative „Frauen in die Bund“

Wir sagen NEIN!

Irksvorstand Hamburg ruft die Mit sich an der Demonstration zu betel

Forum der DKP Bonn anlässlich des Internationalen Frauentages

„Wo uns der Schuh drückt, was ist zu tun?“

Samstag, 8. März 1980, um 15.00 Uhr, Kopernikus-schule, Bonn, Dorotheenstr.

Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Bensheim

am Samstag, dem 8. März 1980, in der Gaststätte „Zum Bierkeiler“, Grieselstraße, mit Liedermacherin Jessy Ramak und Pianist M. Rosenberg — Berlin (DDR) findet um 15 Uhr (und nicht wie zunächst angegeben

„Der 8. März ist der richtige Anlaß, um die Gewerkschaften zu stärken“

Zahlreiche DKP-Flugblatt- und Nelkenverteilungen vor Betrieben

Frieden — Abrüstung — Gleichberechtigung



70 Jahre Internationaler Frauentag Frauenveranstaltung der DKP in Hamburg

mit Jarmine Bonnin am Samstag, dem 8. März 1980, in der Markthalle Nonstopprogramm

Ausländische Frauen mit internationaler Folklore — Widerstandskämpferinnen berichten — Sketsche — Lieder — Attraktionen — Autoren — Bücher — Plakate

Beginn 19 Uhr — Einlaß 18.30 Uhr



FRIEDEN ABRÜSTUNG GLEICHBERECHTIGUNG

SOLIDARISCHE GRÜSSE ZUM INT. FRAUENTAG 1980

AXEL KÖHLER

reiche „UZ“-Verkäufer.

Viele der anderen Frauen waren entsprechend empört über diese Parteiladen-Politik. So formierte sich ein kämpferischer Frauen-Block, der sich sichtbar und hörbar von dem der Revis abhob: Hier dominierten tatsächlich die Frauen, die sich zumeist bunt verkleidet hatten, lustig und laut ihre Parolen riefen, immer wieder stehenblieben und Lieder sangen. Dieser Frauenblock setzte sich dann auch durch einen „Sicherheitsabstand“ von dem Revi-Block ab. Die immer wieder sich hereindrängelnden Männer wurden höflich, aber bestimmt aufgefordert, sich nach hinten an den Schluß der Demo zu begeben und bittesehr einen eigenen Block zu bilden, einen Männer-Block... Besonders unange-

nehm fielen immer wieder DKP-Männer auf, die sich zu Ordern aufspielten und den Frauen vorschreiben wollten, wie sie zu demonstrieren hätten.

Auch bei der Abschlußkundgebung gab es wieder einen Bruch der Absprachen: Statt der vereinbarten gemeinsamen Rednerin sprachen Lottemi Doormann von der DFI und eine FDP-Frau...

Darauf bei einem späteren Auswertungstreffen angesprochen, meinte eine der DKP-Frauen nur schulterzuckend, das sei doch auf dem allerletzten Absprache-Treffen so vereinbart worden; dazu seien die AE-Frauen auch eingeladen gewesen, aber sie hätten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Natürlich hatten die AE-Frauen gar nicht erst eine Einladung bekommen — aber wer wollte darüber dann noch groß streiten... Kritisiert wurde auf diesem Treffen von den Revis der Abstand, den die AE-Frauen und autonomen Frauen zum ersten Block der Demo gelassen hatten. Die Meinung der AE-Frauen selbst bzw. der autonomen Frauen gingen hierzu auseinander. Einige sahen darin keinen Grund zur Kritik, fanden die Lücke durchaus berechtigt, hielten diese Reaktion sogar noch für sehr maßvoll. Andere Frauen fanden diese Aktion jedoch durchaus kritikwürdig.

Alles in allem war diese Demo für die beteiligten autonomen und AE-Frauen aber sicherlich ein ermutigendes Ereignis und es bleibt abzuwarten, ob die Frauengruppen im nächsten Jahr bereit sein werden, unter solchen Bedingungen mit den Revi-Frauen gemeinsame Sache zu machen, oder ob sie es vorziehen, eine eigene Aktion durchzuführen.

Hannover: Ein Fest „nur“ für Frauen — das will der DKP nicht schmecken

Im Januar fanden sich auch in Hannover Frauengruppen zur Vorbereitung des 8.3. zusammen: die Gruppe Notruf für vergewaltigte Frauen, die ASF, Frauengruppe Jura, DFI, Frauen gegen Repression, Frauen gegen § 218, eine Gruppe des Frauenzentrums, die Frauen gegen Militär sowie der ASiA der Uni Hannover, die sich alle darauf einigten, daß das Motto einer ASiA der Uni Hannover, die sich alle darauf einigten, daß das Motto eines Frauenfestes zum 8.3. sein sollte: „Gewalt gegen Frauen — Frauen gegen Gewalt“. Einig waren sich die Frauen auch, daß viele Info-Stände gemacht werden sollten, daß im Vordergrund für alle der Festcharakter stehen sollte, und daß alle teilnehmenden Frauen möglichst aktiv in seine Gestaltung miteingreifen können sollten. Schon beim ersten Treffen entschieden sich die anwesenden Frauen dafür, daß dieses Fest ein ausschließliches F r a u e n fest (also ohne Männer) sein sollte.

Keine der weiteren Vereinbarungen stand in den folgenden Terminen wieder zur Diskussion außer dieser: In sage und schreibe drei Besprechungen zur Vorbereitung des Festes wurde die Frage „Männer ja oder nein“ von den DFI-Frauen jedesmal wieder neu auf die Tagesordnung gesetzt.

Argumentiert wurde damit, daß ein Frauenfest ohne Männer zu einem späteren Zeitpunkt doch besser am Platze sei, da der 8.3. schließlich ein internationaler Kampftag sei, der in der BRD nahezu unbekannt sei und bewußt verschwiegen werde, also keine „Einengung“ zulasse. Der 8.3. zeige außerdem, daß die Frauen den Kampf für ihre Gleichberechtigung nicht alleine führen könnten. Außerdem wurde von der DFI infrage gestellt, ob ein „reines“ Frauenfest überhaupt Frauen ansprechen würde, die sich bisher mit der Frauenproblematik noch nicht besonders befaßt hatten (also die sogenannte „Frau auf der Straße“); es verlange doch schon ein hohes Maß an Durchsetzungskraft und Selbstständigkeit von diesen Frauen, überhaupt zu solche einem Fest zu gehen. Wenn sie dazu ihren Mann mitnehmen könnten, ginge das schon leichter. Bei einem „Nur“-Frauenfest würden außerdem die Ausländerinnen „ausgeschlossen“. (Türkinnen hatten sich dafür ausgesprochen, mit Männern zusammen zu feiern).

Ein interessanter Nebenaspekt dieser Debatten war, daß die Frauen der „Grünen“ sich bei den Abstimmungen der DFI anschlossen.

Bis zum Schluß versuchten einige DFI-Frauen, an diesem Punkt ihre Teilnahme in Frage zu stellen und mit diesem Poker andere Frauengruppen unter Druck zu setzen. Bei keinem der Treffen jedoch fanden sie damit eine Mehrheit. Es ist sicherlich nicht zu letzt auf die trotz dieser ständigen Debatten von den anderen Frauen unvermindert weiter durchgeführte Vorbereitung des Festes zurückzuführen, daß letzten Endes der DFI keine Wahl mehr blieb. Die Frauen hatten Tatsachen geschaffen: Das Fest hätte schließlich auch ohne die DFI stattfinden können.

Einige Lehren aus diesen Erfahrungen

Wir meinen, daß diese unterschiedlich verlaufenden Aktionen zeigen, wo einerseits Fehler gemacht wurden und wodurch es z.T. andererseits den Revi-Frauen unmöglich gemacht wurde, anderen Frauen ihre Politik aufzuzwingen. In Bremen standen die Frauen nach dem Scheitern des Bündnisses vor der Schwierigkeit, all die schönen Vorschläge und Vorstellungen zur Gestaltung der Demo (1.000 Luftballons sollten aufgelassen werden, Frauentheater und -lieder sollten aufgeführt werden — und vieles andere mehr) nun nicht mehr durchführen zu können, es sei denn, frau hätte noch schnell etwas ganz Eigenständiges organisiert. Alle guten Möglichkeiten hierzu jedoch hatten ihre diversen Haken: Zum einen war die Demo von der DKP bzw. DFI angemeldet worden und natürlich auch mit der besten Route durch die Bremer Innenstadt, wobei die auch sonst für Aktionen geeigneten Plätze berührt wurden. Die Frauen konnten also nirgendwo ihre Aktionen machen, ohne daß dies mit der DKP-Demo in irgendeiner Form in Verbindung gebracht worden wäre. Hinzu kam, daß vor allem die autonomen Frauen die Schnauze voll hatten und auf keinen Fall mitgemacht hätten, so daß nur relativ wenig Frauen noch zu mobilisieren gewesen wären. Außerdem standen den Frauen nur noch wenige Tage zur Verfügung, während derer dann auch noch die Diskussionen unter den autonomen Frauen hin und her gingen, was nun noch zu machen wäre.

Einige Frauenzentrums-Frauen waren dafür, sich anstelle des 8. März, der ja sowieso eher der „sozialistische Muttertag“ sei, lieber auf die Vorbereitung der Walpurgisnacht zu konzentrieren. Andere Frauen meinten dazu, daß die Revis schließlich nicht den 8.3. für sich gepachtet hätten und daß es auch eine andere Tradition gebe als rote Nelken-Verteilungen und Glückwunschkarten. Es war jedenfalls bald klar, daß es nicht mehr möglich war, die Frauen für einen starken eigenen Block auf der Revi-Demo oder für eigene Aktivitäten zu begeistern — dazu war so gut wie keine Zeit mehr.

In Hamburg lag ein Fehler während der Verhandlungen sicherlich u.a. darin, daß nicht ganz konkret und schwarz auf weiß die getroffenen Vereinbarungen festgehalten wurden; anhand eines solchen Protokolls hätte wahrscheinlich überzeugender überprüft werden können, welche Vereinbarungen von den Revi-Frauen gebrochen wurden — auch wenn so ein Protokoll sicherlich keine endgültige Versicherung dafür ist, daß die Revis sich daran halten. Es hat schon oft genug Beispiele gegeben, wo schriftliche Vereinbarungen umgangen wurden. In jedem Falle aber hätten es die Revis dann nicht so einfach, sich wieder herauszureden, auch vor anderen Beteiligten, die ihnen als Bündnispartner wertvoll erscheinen, wie sozialdemokratische oder Gewerkschafts-Kreise.

Hier hat sich das Vorgehen der Hannoveraner Frauen wohl am besten bewährt: Haben sie doch einfach unbeirrt von den diversen Diskussionen, ob Männer ja oder nein, einfach ihr Fest weiter vorbereitet, bis den Revi-Frauen nichts anderes übrig blieb, als mitzumachen oder ihr Gesicht gänzlich zu verlieren. Auch war es für sie dann zu spät, noch etwas Eigenes auf die Beine zu stellen.

Hieran zeigt sich auch, wie wichtig es ist, daß der 8.3. als a u t o n o m e r Kampftag der Frauen erhalten bleibt. Der Kampf der Frauen um ihre ganz speziellen Rechte und Forderungen muß an diesem Tag Priorität haben, genau wie dies am 1. Mai für die Forderungen der Arbeiterbewegung gilt. Je schwächer die autonomen Frauengruppen am Ort sind, desto leichter haben es andererseits die Revis, die Frauen vor ihren Karren zu spannen (in Hamburg gibt es derzeit z. B. leider kein autonomes Frauenzentrum mehr).

a. und h., AG Frauen Hamburg

»Ist das noch alles normal?«



Buchbesprechung von „Der Mann auf der Straße — Über das merkwürdige Verhalten Von Männern in ganz alltäglichen Situationen“, rororo-Sachbuch

Wie schon der Titel vermuten läßt, handelt das Buch vom „Mann auf der Straße“, bzw. es sollte davon handeln. Die Autorinnen (Soziologinnen) stellen nämlich während ihrer Untersuchungen (Interviews, „teilnehmende“ Beobachtungen, Analysen und Lektüre bis hin zu „Playboy“ und Pornographie) fest, daß es d e n Durchschnittsmann, den Mann „als solchen“, gar nicht gibt. Es gibt ihn nur als Idee, nicht als wirkliche, lebende Person. Höchstens als „Mitglied einer Gruppe — fast möchte man sagen — eines Ordens, eines Glaubenssystems, mit eigenen Kulturpraktiken und einem großen Netz an Laienbrüdern“.

Die traditionelle Sozialwissenschaft untersucht zwar pausenlos und vorwiegend Männer, jedoch nicht als Männer, sondern als Staatsbürger, Arbeitnehmer, Umweltschützer, ohne zu bemerken, daß in diesen Bevölkerungsgruppen zwei Geschlechter vertreten sind. Die Autorinnen betraten also wissenschaftliches Neuland.

Männer haben verschiedene Erscheinungsformen. Schon im Klappentext wird auf die augenscheinliche Diskrepanz der Kategorien hingewiesen: „Einerseits gibt es anscheinend exaltierte, auf Geist und Intellekt konzentrierte Männer, die nur aus dem Kopf, federführender Hand und eloquentem Mund bestehen — man sieht sie allabendlich in den Nachrichtensendungen, tagsüber in Parlamenten, Universitäten, Vorstandssitzungen. ... Aber neben diesen adrett grau gekleideten Eminenzen unseres Alltags gibt es noch eine zweite Männergruppe. Von Kindheit an wird man vor diesen aggressiv fordernden Triebwesen gewarnt, die einen in Autos und Wohnungen überfallen.“

delt hat, ob man die „jungen Männer“ herausfordernd angelächelt hat oder herausfordernd ignoriert hat oder sie gar nicht sah, was wiederum als Herausforderung interpretiert wird. Das nächste Mal beschwert man sich nicht, um diesen peinlichen Überlegungen zu entgehen.“ Interviews von 60 Frauen aus verschiedenen Bereichen zeigen, wie groß der Einfluß dieser ständigen „Anmach“-Erfahrungen auf ihr Leben und Selbstgefühl ist, wie ihr ganzes Verhalten in der Öffentlichkeit, ihr Gefühl ihrem Körper und ihren Bewegungen gegenüber von dieser permanenten Bedrohung durch männliche Zudringlichkeiten geprägt wird.

Als besonders demütigend wird dabei die Unmöglichkeit der Gegenwehr empfunden, denn die Männer reagieren aggressiv auf eine defensive Reaktion seitens der Frauen. Andererseits fühlen sich viele Frauen auch jedesmal etwas unsicher über ihr eigenes Verhalten, überlegen, ob sie nicht doch irgendeinen Anlaß geliefert haben.

Es wird auch die Frage aufgeworfen (und negativ beschieden), „ob Männer dieses Erlebnis, und das Gefühl der Ungerechtigkeit, der Kränkung, die man ohne Möglichkeit einer Erwidderung hinnehmen muß, würden nachvollziehen können“. Männer werden im Gegenteil durch die öffentliche Meinung ermutigt, aggressives Verhalten Frauen gegenüber amüsant zu finden. Mädchen und Frauen dagegen werden daran gehindert, ihre Erfahrungen zu artikulieren und ernst zu nehmen; sie werden ihnen eher als individuelles Verschulden angelastet.

Mittels einer „Longitudinalstudie“, die höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen Genüge tun müßte, da sie erstens einen bislang „unerreichten Grad der Reproduzierbarkeit“ bietet („jede Frau kann bzw. ist immer wieder gezwungen, unsere Ergebnisse empirisch nachzuerheben“) und da zweitens die Wissenschaftler keinen verzerrenden Einfluß auf die Auswahl der beobachteten Personen ausübten, versuchen die Autorinnen, die „Soziologie des Aufreißens“ zu studieren. „Die Männer, welche Verhaltensformen wie Johlen, Kichern, Pfeifen etc. zeigten, erstarrten fast in jedem Fall zur höflichen Interviewbereitschaft, nachdem sie erfahren, daß sie Informanten für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben sein sollten“.

Weitere Kapitel behandeln

- die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau = Doppelbelastung der Frau. Die Autorinnen haben dazu „eine Bevölkerungsgruppe um Auskunft gebeten, die von Soziologen in der Regel nicht befragt wird, nämlich Kinder“;

Überlegenheit zu versorgen. So sticht in den Kontaktanzeigen von Prostituierten besonders die versprochene Verfügbarkeit („willig“, „erfülle jeden Wunsch“, „warte auf Dich“) ins Auge. Und die pornographischen Ergüsse erschöpfen sich weitgehend in der wiederholten Darstellung männlicher Dominanz und kühler Überlegenheit über schwache, willige, hilflos fleischlichen Begierden ausgelieferte Frauen — angesichts der Realitäten ein verständliches Wunschbild.

Auch mit der Mär vom „weiblichen Masochismus“ wird gnadenlos abgerechnet, indem eine lange Reihe von Belegen aufgeführt wird, nach denen die These eines naturgegebenen männlichen Masochismus zumindest ebenso überzeugend dargelegt werden könnte. Als Gipfel männlicher Überheblichkeit wird dabei der Psychoanalytiker Reik erwähnt, der zwar Masochismus als fast ausschließlich männliche Erscheinung diagnostiziert, aber sogar daraus — aus der Erzielung größerer Unterlegenheit — noch ein Beispiel für die Überlegenheit des Mannes zu konstruieren vermag.

Schließlich kriegen auch die Propheten einer „neuen Männlichkeit“ ihr Fett weg. Die Lektüre einiger entsprechender Werke führt die Autorinnen zu dem Schluß, daß „die ‚Infrastruktur‘ der männlichen Rolle und die Reaktion auf Kritik daran kreisförmig zurück zum Bekenntnis einer angeblich ‚ursprünglichen‘ Männlichkeit führt“. Und sie fahren fort: „Bei der Lektüre dieser soziologischen Texte gewinnt man den Eindruck, daß Impotenz die einzige, stumme, aber ausdrucksvolle, männliche Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen im Bereich des menschlichen Zusammenlebens ist. Der Schreck sitzt ihnen, so könnte man die gängige männliche Geschlechtsrollenkritik resumieren, in den Gliedern“.

Das Buch schließt mit einem Angebot „im Guten“: „Wie die Kolonialisten, die Imperialisten, die Rassen unserer Tage es zunehmend erleben, ist es un bequem, in Zeiten des historischen Umbruchs auf der falschen Seite zu stehen. (...) Ein Tip von der feministischen Front: noch ist es Zeit, überzulaufen. Es wäre besser, Partisan auf der Seite einer neuen Gesellschaft zu sein, als Heimwehr auf den Frontlinien der alten“.

Der/m Leser(in) wird nicht entgangen sein, daß ich meine Begeisterung über dieses Buch nur schlecht verhehlen kann; nur eisenharte Disziplin konnte mich von noch hemmungslöserem Zitieren abhalten. Trotzdem will ich in Erfüllung meiner marxistischen Pflichten darauf hinweisen, daß



Zu den ersten Informationen über dieses Geschlecht gehören Warnungen. Zwischen dem lieben Onkel, der Schokolade mitbringt, und dem bösen Onkel, der einen mit ähnlicher Schokolade ins Unglück locken will, bestehen keine erkennbaren Unterschiede. Der einzige Schutz liegt darin, mißtrauisch zu sein. Auch später ist die Trennungslinie zwischen guten Männern und bösen, lügenden Männern, vor denen die Töchter gewarnt werden, schwer erkennbar. Behält frau allerdings auch im weiteren diese negative Einstellung zum männlichen Geschlecht bei, gilt frau als männerhassende Feministin, die keinen abgekriegt hat.

Mit 12, 14, 16 Jahren wird das Mädchen zum ersten Mal Opfer gewisser männlicher Übergriffe und stellt überrascht fest, daß die Reaktion der Umwelt darauf nicht mit den Regeln des täglichen Umgangs, die es bis dahin für allgemein gültig gehalten hat, in Einklang zu bringen ist: „Die Beschwerdestelle ist nicht empört, sondern peinlich berührt; sie überlegt, ob man sich falsch verhalten hat, auf der falschen Straße ging, falsch angezogen war, auf dem Heimweg getrö-

- die Mechanismen, mit denen — bekannte und unbekannte — Männer ihre Frauen oder Freundinnen daran hindern, sich zu selbständigen oder gar gleichwertigen Individuen zu entwickeln, wie sie systematisch ihr Selbstbewußtsein untergraben und ihre Talente stattdessen zu ihrem eigenen Nutzen einspannen;
- das Weltbild Mitteleuropas, in dem Frauen eine Ausnahmeerscheinung darstellen, wo der Durchschnittsmensch ein Mann ist und der wichtige Mensch erst recht. Am Beispiel M. Thatchers wird — bei voller „Würdigung“ ihrer reaktionären Politik — dargestellt, welche absurden Maßstäbe sich Frauen in der Politik anlegen lassen müssen.

Ausführlich wird der kommerzielle Sexualkonsum unserer männlichen Zeitgenossen unter die Lupe genommen: die Rolle der Prostitution, institutionalisierte Symbole verklemmter Männlichkeit wie der „Playboy“, Pornographie (z.B. die Filme Emmanuelle“), „Geschichte der O“). Es ist fast zum Mitleid-Kriegern. Die Männer haben es offensichtlich nötig, sich auf diesen Wegen mit immer neuen Belegen für die Illusion ihrer genuinen

die Analyse auf der (im weiteren Sinne) psychologischen Ebene bleibt und nicht auf die sehr handfesten politischen und ökonomischen Hintergründe eingeht. Aber Darstellungen solcher Art gibt es ja genug und ihr Effekt ist nicht nur lehrreich, sondern oft auch etwas einschüchternd. In diesem Fall dagegen fühlt frau sich durch die Lektüre durchaus aufgemuntert; sie erzeugt Wut und Wehrhaftigkeit in einem schönen Verhältnis. Es sei befreundeten Männern geraten, in dieser Zeit einen gewissen Sicherheitsabstand einzuhalten oder — noch besser — das Buch selbst zu lesen.

Co., KB/Hamburg

P.S.: Es gibt von denselben Autorinnen noch ein anderes Taschenbuch, in der rororo-Serie „Frauen aktuell“, „Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe“. Es ist ebenfalls sehr amüsant geschrieben und seine Lektüre ist jeder Frau zu empfehlen, die irgendwo in den Tiefen ihrer Seele dann und wann noch mit einer Eheschließung lächelt. Danach haben diese Anwendungen ein Ende.

»Beugehaft« für vergewaltigte Frau

Am 31.3., 1.4. und 9.4. fand vor einer Hamburger Jugendstrafkammer ein Vergewaltigungsprozeß statt, in dem das Gericht eine neue Variante der Demütigung für die Vergewaltigte ausprobierte: Zwangsgeld und Beugehaft.

Zur Vorgeschichte: Im August letzten Jahres wurde die Krankenschwester S. von zwei jungen Männern, T. und St., in Harburg vergewaltigt. T. hatte die Krankenschwester bei einer — erfolglosen — Alkoholentziehungskur im Krankenhaus kennengelernt. Frau S. besuchte T. danach und besprach häufiger seine Probleme mit ihm.

Im August letzten Jahres rief T. sie an und bat sie zu sich; angeblich wollte er mit ihr über eine erneute Entziehungskur sprechen. In der Wohnung von T. waren mehrere junge Leute. Als nach einer Stunde, gegen 22 Uhr, Frau S. den Grund ihres Kommens nicht so recht einzusehen vermochte, wollte sie gehen. T. versetzte ihr jedoch eine Ohrfeige und befahl ihr zu bleiben.

Frau S. ging daraufhin in ein Nebenzimmer und legte sich schlafen. Nach einer Weile kam T. mit St. herein und forderte St. auf, die Frau zu vergewaltigen. Nach anfänglichem Zögern vergewaltigte St. Frau S., die durch brutale Schläge und Fußtritte von T., u.a. mit dem Schuh ins Gesicht, gefügig gemacht wurde. Als sich zum Schluß T. und St. darüber unterhielten, auf Frau S.'s nacktem Körper brennende Zigaretten auszuwickeln und ihr die Ohren abzuschneiden, versuchte sie, der lebensgefährlichen Lage zu entkommen, indem sie sagte, sie wolle zur Toilette. Die beiden Männer erlaubten ihr jedoch nur, aus dem Fenster zu pinkeln. In einem unbeobachteten Moment flüchtete die Frau — ohne Bekleidung — vom Fenster aus dem 4. Stock aufs Dach, hielt sich am Schornstein fest und rief um Hilfe. Feuerwehr und Polizei holten sie herunter und brachten sie ins Krankenhaus. Dort wurde sie vernommen. Frau S. erzählte zunächst nichts von sich aus, sondern antwortete recht zögernd auf die Fragen, gab dann aber doch eine 10seitige Aussage zu Protokoll.

Im Krankenhaus wurden Prellungen, Hautabschürfungen und Schwellungen im Gesicht und am Körper festgestellt.

Im Prozeß machten die beiden Beschuldigten — T. vertreten durch RA Witthuhn und St. durch den beim Prozeß machten die beiden Beschuldigten — T. vertreten durch RA Witthuhn und St. durch den bekannten linken Anwalt Jacobi — unterschiedliche Angaben. T. behauptete, er sei gar nicht im Zimmer gewesen; St. behauptete, Frau S. habe „freiwillig mitgemacht“ — eine Version, die in fast jedem Vergewaltigungsprozeß zu hören ist.

Frau S. verweigerte die Aussage. Am ersten Prozeßtag wurde gegen sie daraufhin ein sogenanntes Ordnungsmittel zur Erzwingung der Aussage verhängt: 300 Mark. Als sie am 2.

Prozeßtag wiederum die Aussage verweigerte, verhängte Richter Dahm ein weiteres Ordnungsgeld von 700 Mark.

Gegen Ende dieser Verhandlung beantragt der Staatsanwalt „Beugehaft“ gegen Frau S. und die Kammer beschließt entsprechend, nachdem der Richter Frau S. „aufgeklärt“ hat, das könne bis zu sechs Monate Haft bedeuten. Frau S. wird von zwei Polizisten verhaftet und abgeführt.

Seit die Hamburger Rechtssprechung wieder den Anspruch hat, demokratisch zu sein, seit Ende der 40er Jahre, hat es Beugehaft für Zeugen (mit Ausnahme von Journalisten, die ihre Informanten nicht nennen wollten — bevor das Zeugnisverweigerungsrecht existierte) nicht gegeben („Bild“, 10.4.; „Umschau am Abend“ [NDR II], 9.4.).

Und die Motive von Frau S. ...? „Helfersyndrom“, sagt der linke Anwalt zynisch. „Mysteriös“, meint sein Referendar. Die „Bild“ vermutet immerhin „soziales Engagement“.

Wer sich mit dem Thema Vergewaltigung ein wenig beschäftigt, weiß, daß handfeste Drohungen die Opfer oft von einer Anzeige zurückhalten oder sie ihre Aussage widerrufen lassen. Wer sich dafür interessiert, konnte erfahren, daß in diesem Fall Morddrohungen mit zur Aussageverweigerung geführt haben.

Hatte Richter Dahm am zweiten Prozeßtag nach Verhängung der „Beugehaft“ noch gedroht, die Dauer des nächsten Verhandlungstages hänge von der Aussagebereitschaft der Zeugin ab und werde, wenn sie wieder nicht aussage, nur drei Minuten lang sein, war am 3. Verhandlungstag ein „Gesinnungswandel“ eingetreten: Der Herr Staatsanwalt — er selbst hatte den Antrag auf „Beugehaft“ in der Woche zuvor gestellt! — wollte nun die „Beugehaft“ aufgehoben haben, weil dadurch die Frau doppelt verletzt würde und weil angesichts der Beweislage die Sache ohnehin klar sei. Der Richter hob daraufhin die „Beugehaft“ auf und entschuldigte sich halbwegs, indem er beteuerte, die Verhängung der „Beugehaft“ sei ihm nicht leicht gefallen. Und: „Wir respektieren ihre Motive“. Stimmt, schon die ganze Zeit ... Außerdem — jetzt fällt's dem Richter wieder ein — hatte die Frau am ersten Prozeßtag wohl aus Versehen gesagt, ihre Aussage unmittelbar nach der Vergewaltigung vor der Polizei stamme.

Nun konnten die Plädoyers losgehen: Der Staatsanwalt hat keine Zweifel an der geschilderten Vergewaltigung. RA Jacobi legt sich ordentlich ins Zeug und meint, die Beugehaft sei eine „erneute Gewalttat gegen diese Frau“.

Er hat auch keine Zweifel an der Richtigkeit ihrer Aussage. Wäre juristisch auch nicht besonders schlau. Bei dem zu sprechenden Urteil sei aber die schwere Alkoholabhängigkeit des Angeklagten zu berücksichtigen. Der Verteidiger Witthuhn verhält sich ungeschickter: Er meint, Widersprüche zwischen den im Polizeiprotokoll

festgehaltenen Verletzungen gefunden zu haben. Er nennt die Verletzungen „unerheblich“ und „geringfügig“ und meint, die Frau könne sie sich ja auch bei der Kletterei auf das Dach zugezogen haben. Frau S. habe wohl doch freiwillig mitgemacht!

Das Gericht verurteilte beide Angeklagten wegen Vergewaltigung.

Von Aufhebung der 1000 Mark Zwangsgeld oder gar Haftentschädigung für Frau S. ist nicht die Rede.

Und Jacobi? — Seine erste Vergewaltiger-Verteidigung war das nicht; gut gefühlt hat er sich dabei auch nicht — aber er braucht noch ein paar, um dann eventuell die Finger davon zu lassen, oder vielleicht auch dann nicht — sagt er. Aber wenn es die institutionalisierte Nebenklägerschaft in Vergewaltigungsprozessen gäbe, dann würde er die Vergewaltiger nicht mehr verteidigen — sagt er. Ist



„nicht nur Vergewaltigte, auch Angeklagte“

klar, wenn sich die Frauen besser wehren können, zieht er den Schwanz ein.

Rechtsanwaltsbüro Roesler beweist da mehr Mut: es hat die Verteidigung von Maeferts „sanftem“ Vergewaltiger (siehe den Artikel über die „Ausnahme, die keine war“ in AK 170) jetzt übernommen und wird demnächst dem Kollegen Hoffmann — er ist Anwalt der vergewaltigten Frau — gegenüberstehen.

Ich möchte diesen Bericht nicht schließen, ohne zu sagen, daß er im Wesentlichen auf den Eindrücken des 3. Prozeßtages beruht. Leute, die von diesem Termin rechtzeitig wußten, haben es weder vor Prozeßbeginn,

3. Prozeßtag beruht. Leute, die von diesem Termin rechtzeitig wußten, haben es weder vor Prozeßbeginn, noch nach dem 1. oder 2. Prozeßtermin für nötig befunden, Frauen gezielt auf diesen Termin hinzuweisen und spätestens angesichts des „Beugehaft“-Skandals zum Prozeß zu mobilisieren. Ich erfuhr von diesem Prozeß durch Zufall!

Noch stehen die Frauen in Vergewaltigungsprozessen meist allein. Das muß sich grundlegend ändern!

Eine Genossin, Hamburg

Ein Schwein kommt billig davon

Stuttgart. In einem Prozeß vor dem Stuttgarter Landgericht wurde jetzt publik, was es für eine Frau heißen kann, wenn die Bullen gegen sie „ermitteln“: Bei der „Aufklärung“ eines Diebstahls war ein Bulle zu einer 18 Jahre alten schwangeren Frau in die Wohnung gekommen und hatte von ihr verlangt, sich vor ihm auszuziehen. Bei der anschließenden „Vernehmung“ im Polizeirevier versuchte er mehrmals, sie zu küssen und bot ihr an, die Ermittlungen gegen sie fallenzulassen — wenn sie als

Gegenleistung auf seine Wünsche einging! Die Frau tat das, wozu in solchen Situationen sicherlich die wenigsten den Mut haben: Sie erstattete Anzeige. Die Herren Richter erwiesen sich allerdings als gnädig gestimmt: In der ersten Instanz wurde der Bulle freigesprochen, in der zweiten kam er mit einer Geldstrafe von 2500 DM davon (nach: „Badische Zeitung“, 12.3.80).

Antifa-Kommission
Baden-Württemberg

250.000 Unterschriften gegen sexuelle Gewalt

Mit einer großen, bunten Demonstration wurde am 29. März in Rom die Unterschriftensammlung für eine Gesetzesinitiative beendet, die seit dem

nem Gebrauch entsprechend benutzen kann.

Dazu muß man aber auch unterstreichen, daß im Bereich dieses Gesetzes nicht nach einer Verschärfung der Strafe gefragt ist, wohl wissend, daß, um diese Art der Probleme zu lösen, mehr Jahre Gefängnis nichts nützen, sondern eine radikale Änderung der Beziehung zwischen Mann und Frau nötig ist.

Verschärfung wird jedoch gefordert im Fall der Gruppenvergewaltigung, die sich heute auch und vor allem als „politische“ Gewalt zeigt, gegen die Frau, die aus ihrer von der männlichen Gesellschaft zugewiesenen Rolle heraus will...

Der hier wohl bekannteste Fall einer „politischen“ Gruppenvergewaltigung, gegen Claudia Caputi in Rom 1977, macht erschreckend deutlich, wie wörtlich diese Behauptung der Frauen zu nehmen ist: Claudia war im Herbst 76 von 18 Jugendlichen vergewaltigt worden und führte im April 77 mit Unterstützung der römischen Frauenbewegung einen Prozeß dagegen. Zwei Tage nach Prozeßbeginn wurde sie von dem Bruder eines Angeklagten und dessen Freunde erneut verschleppt, zusammengeschlagen und vergewaltigt und ihr Körper und Gesicht mit Rasierklingen zerschnitten. Obwohl sie schwer verletzt im Krankenhaus lag, wurde diese erneute Vergewaltigung vom Gericht als „Erfindung“ abgetan; eine Protestdemonstration von über 10.000 Frauen wurde von der Polizei brutal auseinandergeprügelt. (s. AK 103).

Fantasievolle Aktionen und heiße Diskussionen...

Fantasievolle Aktionen und heiße Diskussionen...

bestimmten den Ablauf der Unterschriftensammlungen. Dieses Thema, das zum absoluten Tabu-Bereich der Moral und Sitte gehörte, wurde auf einmal Diskussionspunkt in Schulen, Fabriken und Familien, und das nicht nur in Norditalien. Sogar auf Sizilien und Sardinien wurden relativ erfolgreich Unterschriften gesammelt, wenn natürlich auch der „Löwenanteil“ aus dem Norden und den den größeren Städten kommt.

Die Frauengruppen beschränkten sich nicht auf Info-Tische und Demonstrationen, sondern ließen sich viele bunte Aktionen einfallen. Höhepunkt der Kampagne war der 8. März. Ein Beispiel für den Einflugsreichtum der Frauen erlebte ich am 8. März in einem kleinen Dorf bei Florenz, wo ein Frauentheater den Gesetzesvorschlag der Frauen und das alte Gesetz anhand eines überdimensionalen Würfelspiels darstellten, wobei die Theaterfrauen die Spielfiguren waren, die über bestimmte „Ereignisfelder“ mußten. Unter großem Gejohle wurden dann im „2. Akt“ einige herumstehende Männer mit Röcken und Kopftüchern versehen und mußten die Frauenrolle übernehmen, was auch z.B. hieß, daß sie „vergewaltigt“ wurden. Im Anschluß wurden wieder Unterschriften gesammelt und wurde gefeiert.

Differenzen in der Frauenbewegung

Wenn hier immer von dem Gesetzesentwurf der Frauen die Rede ist, heißt das nicht, daß die gesamte Frauenbewegung hinter dem Projekt steht. Auch wenn ein großes und nicht nur für die Krisenzeiten der italienischen Frauenbewegung (ja, die auch) beachtliches Bündnis zustande gekommen ist, gibt es von verschiedenen Seiten recht massive Kritik: Von einigen Gruppen, z.B. den feministischen Justizangestellten aus Mailand, wird die Kritik vor allem an einzelnen Fragestellungen bzw. Paragraphen geführt, insbesondere an dem in Artikel 4 vorgeschlagenen Direktverfahren, bei dem „der Oberstaatsanwalt mit dem Richter im Fortsetzung nächste Seite



Darmstadt: Demonstration für ein autonomes Frauenhaus

Auf dem Treffen der hessischen Frauenhausgruppen am 16.2.80 wurde beschlossen, eine gemeinsame Demonstration in Darmstadt durchzuführen. Anlaß dieser Protestaktion war der Beschluß der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung gegen ein autonomes Frauenhaus. (siehe ausführliches Interview in AK Nr.

173).

Ein Tag vor der Demonstration akzeptierte die Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag, der maßgeblich von der CDU getragen wurde: den Deutschen Frauenring als Träger für das städtische Frauenhaus. Zu der Unerfahrenheit dieser Frauen (vor allem CDU und Katholiken) meinte

Pfeffermann MdB CDU, daß sie sich bestimmt sehr schnell in die Problematik einarbeiten könnten. Nachdem die Stadt die Frauenhausfrauen jahrelang hingehalten hat, ist sie jetzt also dazu übergegangen, ihr eigenes Konzept durchzusetzen.

Am 29.3. versammelten sich ca. 600 Frauen und Männer (letzte in der Minderheit), um unter der zentralen Parole „Gegen ein städtisches Frauenhaus — für ein autonomes“ gegen die Politik der Stadt Darmstadt zu protestieren.

Auf der Abschlussskundgebung berichteten verschiedene Frauenhausgruppen über ihre eigene Situation und solidarisierten sich mit dem Kampf der Darmstädter Frauenhausfrauen. Es sprachen Frauen aus Kassel, Gießen, Offenbach, Frankfurt und Worms. Die Kasseler Frauen sangen ihr Frauenlied.

In einer gemeinsamen Erklärung vieler Darmstädter Initiativen und Verbände (GEW, Wählergemeinschaft DA, DGB, Sozialkritischer Arbeitskreis, Kinderwerkstatt, Stadtjugendring, Profamilia u.a.), wurde die Forderung nach einem autonomen Frauenhaus unterstützt. Die Behandlung der Frauenhausfrauen sei kein Sonderfall, sondern „der Magistrat setzt die Politik fort; die er schon gegenüber den Jugendverbänden angewandt hat, kein Geld denen zu geben oder die Unterstützung zu entziehen, deren Meinung ihm nicht paßt“. Nächster Schritt der Darmstädter Frauenhausgruppe wird die Erstellung einer Dokumentation sein, in der sie ihre dreijährigen Erfahrungen zusammenfassen wollen.

KB-Gruppe Darmstadt

Frauen im Umbruch: Von keiner zur lesbischen Sexualität

Schnellverfahren verhandeln" soll, "vorausgesetzt, daß keine speziellen Untersuchungen nötig sind" (Gesetzesvorschlag...). Kritisiert wird außerdem die in Art. 5 vorgesehenen Ausrichtung der Untersuchungen, die sich ihrem Wesen nach nicht auf die physiologische Technik des Aktes sexueller Gewalt beziehen dürfen. Eine Mailänderin dazu: *Wir sind nicht daran interessiert, aus dem Vergewaltiger ein Monster zu machen.*" (Interview in der "Repubblica" vom 10.12.79)

Weiterhin befürchten Frauen, daß durch die Erhebung öffentlicher Anklage (d.h. durch den Staatsanwalt) gegen die Vergewaltigung die Frauen, die aus diversen Gründen keinen Prozeß wollen, dazu gezwungen würden und auch keinen anderen Weg mehr gehen könnten, wie etwa den Vergewaltiger in Zeitungen, Versammlungen etc. anzuklagen.

An diesem Punkt treffen sie sich mit einem Teil der Autonomen Frauen, die in ihrer Ablehnung der Initiative jedoch viel weiter gehen, indem sie es grundsätzlich ablehnen, Forderungen an den Staat zu stellen und ihm die "Verteidigung der Rechte der Frauen zu überlassen". In einer Auseinandersetzung schreiben sie: *"Dieses Gesetz dient tatsächlich dazu, wieder Vertrauen in die Institutionen zu schaffen, einen Nimbus der Übereinkunft zwischen Regierung und reformistischer Linken".*

Zwei andere Gesetzentwürfe...

... wurden noch 'rechtzeitig' vor dem Vorschlag der Frauen dem Parlament vorgelegt, am 13.3. Bei diesem offensichtlich lohnenden Thema wollten die PCI und die PSI (Sozialisten) nicht nachstehen. Inhaltlich unterscheiden sich die drei Vorschläge jedoch sehr: Das beginnt bereits beim ersten Artikel. Während es den Frauen gerade darauf ankam, sexuelle Gewalt endlich als Verbrechen gegen die Person anzuerkennen, will die PCI das ganze jetzt Verbrechen "gegen die Freiheit und die sexuelle Sittlichkeit" nennen, wobei die Frau immer noch nicht als Subjekt vorkommt. Ein Auftreten von Frauengruppen sieht die PCI auch nicht vor; die Version der "Schnellverfahren" findet sich nur im Text der Frauen. Die Form der Untersuchungen stellt die PCI ins Ermessen des Richters, mit dem Hinweis, daß Fragen über das Privatleben des Opfers zu vermeiden seien. Die PSI will zwar Fragen über den "Lebenswandel" der Frau verbieten, hält aber im Gegensatz zu den Frauengruppen eine Befragung über die "technischen Einzelheiten" für unumgänglich - um nur einige Punkte der Differenzen zu benennen.

Mit dem Gesetzentwurf der Frauen wird zum ersten Mal in Europa einem Parlament ein Gesetz vorgelegt, das die Vergewaltigung in der Ehe ausdrücklich umgänglich - um nur einige Punkte der Differenzen zu benennen.

Mit dem Gesetzentwurf der Frauen wird zum ersten Mal in Europa einem Parlament ein Gesetz vorgelegt, das die Vergewaltigung in der Ehe ausdrücklich mit aufführt.

Was auch immer konkret als Ergebnis für die Frauen herauskommt und welche verschiedenen Vorstellungen auch bei den einzelnen Initiativen vorherrschen, bleibt ihnen ein Verdienst, auf breiter Ebene ein Tabu gebrochen zu haben.

D., Hamburg-Eimsbüttel und Italien-Kommission

Jane Fondas „sinkender Stern“

Mit Jane Fonda geht's bergab. Nicht nur daß sie in diesem Jahr ausnahmsweise einmal nicht den „Oscar“ als die beste Schauspielerin bekommen hat, weil sie nicht bei „Kramer gegen Kramer“, sondern im „Chinasyndrom“ mitgespielt hat. Auch bei „den amerikanischen Männern“ hat sie nur noch wenig Sympathien. Auf die Frage, ob sie Jane Fonda heiraten wollen, antworteten drei Viertel der männlichen Leser der US-Zeitschrift „People“, dieser Gedanke sei ihnen unvorstellbar. Und da das Image einer Schauspielerin immer noch daran gemessen wird, wieviel Männer denn nun gern mit ihr ins (Ehe-)Bett steigen wollen, sprach die „Welt“ angesichts der Meldung gleich vom „Image-Verlust“, der „Stern“ sah Mrs. Fonda gar „überrollt“. Die Gründe liegen auf der Hand: „Ich mag den stillen Typ. Und sie scheint mir nicht still.“ oder: „weil sie zu stark ist und sich nicht regieren läßt.“ „People“-Leser Deng Hsiao-ping (der dem Vernehmen nach mit „Ja“ geantwortet hat) betont einen anderen Aspekt des Umfrageergebnisses: „Das kommt von der ewigen Mißmacherei gegen die Straftatinnen der USA und der VR China gegen Vietnam.“ Wir meinen: Soweit sollte man das nicht überinterpretieren. Jedenfalls für uns wird Jane Fondas „Image“ immer besser!

Bevor frau für sich selbst klar hat, „ich bin lesbisch“, vergehen meist mehrere Jahre voller Zweifel und Unsicherheit. Der Begriff „Coming-Out“ (1) wird entsprechend auch für Männer benutzt — für Frauen ist dieser Prozeß jedoch ungleich schwieriger.

Das Mädchen-Neutrum

Die Sexualität aller Kinder wird unterdrückt, aber die des Mädchens wird sogar als nicht existent betrachtet; dies wird an ganz kleinen Beispielen deutlich: „Jungen haben einen Schwanz, Mädchen haben dafür nichts“. Onanie ist auch für Jungen verboten, für Mädchen existiert jedoch nicht einmal eine Sprache. Jungen sagen zu ihrem Schwanz „Pimmel“, Pippimann oder tausend andere Namen, für Klitoris gibt es kein weitverbreitetes Wort in der Kindersprache! (2). E. Belotti — die sich sehr eingehend mit geschlechtsspezifischer Erziehung beschäftigt hat — beobachtete häufig, „daß Mütter die Mose ihres kleinen Mädchens zudecken, wenn beim Wickeln und Waschen Fremde im Zimmer sind; bei kleinen Jungen passiert das praktisch nie. Im Gegenteil: Ein nackter Junge ist Gegenstand größten Vergnügens... Man neigt dazu, in jedem

gebracht hatten (6): „Ist ihr Körper von einem Jungen entdeckt worden, dürfen sie es auch selbst tun“ (7).

Jungen wissen dagegen zwei bis dreimal mehr über Sexualität (8) und kennen auch ihre Bedürfnisse besser — insgesamt 78 % (und von den heterosexuell Abstinente noch mehr!) onanieren regelmäßig (6); sie lassen sich ihre Sexualität auch durch Moralpredigten nicht ausreden! Für diesen „kleinen Unterschied“ sind natürlich keine biologischen Ursachen verantwortlich; „vielmehr gelingt es der Gesellschaft, Mädchen besser als Jungen Situationen vorzuenthalten, in denen sie lernen können, sexuell zu sein“ (9). Und so kann frau schon gar nicht klären, ob sie „homo“ oder „hetero“ ist!

Dokumentation Wie wir gemerkt haben, daß wir lesbisch sind

„Ich war in einer Klosterschule im Internat. Da habe ich mich das erste

mal aber ich wußte, daß ich keine sein wollte. Später kam ich drauf, daß es unter den Mädchen in meiner Klasse viel Gekicher und Getuschel über Lesbischsein gab, was sie als krank und abscheulich betrachteten ...

(Später) besuchte ich ein reines Mädchen-Internat. Ich war sehr glücklich darüber, weil ich dachte, Jungen seien Leute, mit denen man nicht natürlich umgehen könne und die die Klassenatmosphäre vermiest. Ich begann mir ernsthaft über mein Lesbischsein Sorgen zu machen. Ich wußte, daß, wo immer ich auch hinging, immer Frauen und nicht Männer meine Aufmerksamkeit erregten. Im Bus oder in der U-Bahn beobachtete ich die Gesichter von Frauen. Meine emotionale Hingabe galt nur Frauen und ich verliebte mich in meine Freundinnen. Aber ich dachte mir, solange meine Hingezogenheit nicht sexuell ist, ist alles in Ordnung. Ich stellte mir Sex mit einer älteren Frau vor und fühlte mich total abgestoßen. Das war eine Erleichterung. Ich redete mir ein, daß mich die Gesichter und nicht die Körper der Frauen anzogen. Ich sagte mir, „ich denke einfach, Kitties Körper ist von einem ästhetischen und nicht von einem sexuellen Standpunkt aus schön.“

Ich war »taktphob« — ein Wort,

bedeutete ungeheuer viel. Aber ich wollte nicht homosexuell werden, wollte die Schwelle nicht überschreiten... Ich hatte angefangen zu onanieren, nachdem ich jahrelang eine gute Katholikin gewesen war...“ (aus: Frauenliebe — Texte aus der amerikanischen Frauenbewegung, hrsg. v. LAZ Westberlin, 1975 — S. 37).

II. „...Ich erinnere mich, wie die Jungen in den höheren Klassen auf die sich entwickelnden Mädchenkörper guckten, »Pearl Harbor, Überraschungsgangriff!« schrien und dabei unsere Brüste begripselten und uns auf den Boden hinunterzogen, um uns abfummeln zu können. Ich weiß, daß es mich bedängte, aber wie sollte ich mit meinem Ärger und mit meiner Furcht umgehen, wenn es doch unter den Mädchen so wichtig war, von den Jungen akzeptiert zu werden? Außerdem hatte ein Freund eine gewisse Schutzfunktion vor den anderen Jungen.“

In der neunten Klasse kam sich eine Gruppe Mädchen näher. Wir umarmten und küßten uns viel und feierten Pyjama-Partys...

Im College wurde ich mit Freud und latenten homosexuellen Tendenzen konfrontiert. Was hieß das für mich, die ich mich schon immer mehr zu Frauen als zu Männern hingezogen gefühlt hatte? Im ersten College-Jahr kamen meine Zimmer-Kollegin und ich uns sehr nahe und wir wurden abhängig voneinander. Wir konnten jedoch mit dieser Intensität nicht umgehen; das passierte mir mit Freundinnen sehr oft. In der Psychotherapie fragte ich (natürlich sehr indirekt), ob ich denn »solche Tendenzen« hätte. Nach ungefähr einer Viertelstunde kapierte der Therapeut die Frage und meinte: »Fragen Sie, ob Sie lesbisch sind?«. Ich: »Ah, nein, nicht wirklich — ich frage mich nur, was Sie über solche Tendenzen denken.« »Sie haben keinerlei Anzeichen dafür«, sagte er. Puh! War meine Reaktion, nicht wissend, was für »Anzeichen« das sein sollten! (Das ist ein Beispiel dafür, wie groß die Macht eines »Sachverständigen« über das Leben anderer Menschen ist)...

Erst Jahre später — mit 24 — schlief ich zum ersten Mal mit einer Frau. Ich brauchte ungefähr sechs Monate, um meine schwule Identität zu akzeptieren und fühle mich jetzt erst in der Lage herauszufinden, was Schwulenpolitik bedeuten oder heißen könnte...“ (aus: „Frauenliebe“, S. 45ff).

„Es fielen Worte wie »schwul« / »monat«, um meine schwule Identität zu akzeptieren und fühle mich jetzt erst in der Lage herauszufinden, was Schwulenpolitik bedeuten oder heißen könnte...“ (aus: „Frauenliebe“, S. 45ff).

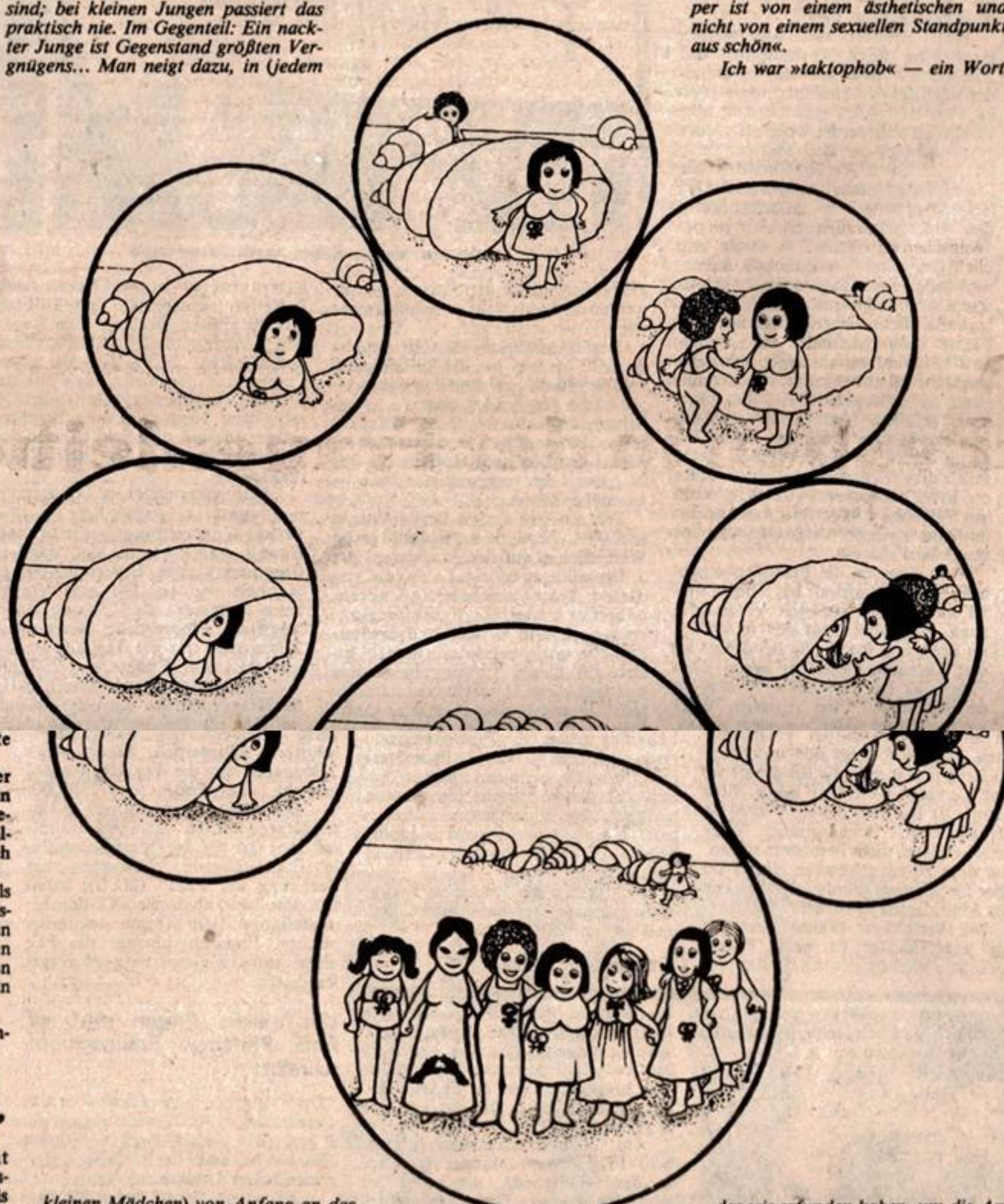
„...Es fielen Worte wie »schwul« / »lesbisch« in Witzen und Blödeleien, und meine Angst, selbst so eine zu sein, wurde immer größer. Alles, was ich über Homosexualität in der Zeit hörte und las (und dabei natürlich sehr meine Ohren spitzte), war dermaßen negativ definiert, wurde mit Worten bezeichnet wie »krank«, »pervers«, »neurotisch«, sogar »kriminell«, daß ich ernsthaft erwog, zu einem Therapeuten zu gehen...“ (aus: Dröppel(fe)mina 1/78).

„...Die erste Frau, mit der ich geschlafen habe, nachdem ich mich entschieden hatte, lesbisch zu sein, war eine Frau, die ich nicht gut kannte... (Eigentlich) war es (trotzdem) sehr gut und ich habe ihr nie erzählt, daß sie meine erste lesbische Geliebte war. Aber als ich aufwachte, war mir übel, es ekelte mich an, mit ihr geschlafen zu haben, obwohl ich sie nicht lieben wollte. Ich hatte Schiß davor, lesbisch zu sein... (Es) kam die Zeit der Unsicherheit. Ich dachte, es gäbe Regeln, die ich lernen müßte, und wußte nicht, daß es halt eine Zeitlang dauert, bis man sich an eine neue Identität gewöhnt. Zum Glück wußte ich, daß viele Frauen zur gleichen Zeit diese Krise hatten, und wir sprachen oft über unsere neuen Erfahrungen...“ (aus: „Frauenliebe“, S. 51).

III. „Als ich klein war, hatte ich eigentlich immer ganz lustige Freundschaften zu Jungs. Fast ausschließlich zu Jungs. Das änderte sich, als ich so 12/13 war, ich hatte nun eine »beste« Freundin. Das ging so zwei Jahre lang, diese »besten« Freundschaften wurden loser und loser, die Zeit der Clique kam, jetzt waren auch die jeweiligen Freunde der Mädchen dabei. Die Beziehungen zwischen den Mädchen waren nicht mehr so intensiv, bei einigen zeigte sich auch schon ein gewisses Konkurrenzverhalten. Auch meine Kontakte zu Mädchen rissen mehr und mehr ab.“

Das männliche Geschlecht hatte mich ganz schön vereinnahmt.

Fortsetzung nächste Seite



kleinen Mädchen) von Anfang an das „natürliche“ Schamgefühl zu sehen bzw. zu projizieren“ (3).

Dieses Nicht-Verhältnis zum eigenen Körper bestimmt auch die Entwicklung der Mädchen in bzw. nach der Pubertät: „Fragen ihrer Sexualität werden nur zugelassen im Kontext der männlichen Sexualität. Ihre Fragen, Wünsche und Bedürfnisse werden nicht für sie, bezogen auf sich — sondern für sie, bezogen auf Männer, beantwortet. Es wird systematisch verhindert, daß sie sich kennenlernen und ernstnehmen“ (4).

Wenn Mädchen zum ersten Mal mit einem Jungen schlafen, tun sie das fast nie aus sexueller Lust — wie in der Studie von Tekavic (5) 76 % der Männer vermuteten: Die meisten befürchten vielmehr, sonst ihren Freund zu verlieren (71 %) oder als altmodisch zu gelten (6 %) — einige machen es auch aus Neugierde (16 %). Vor diesem „Ereignis“ leben Mädchen im allgemeinen völlig asexuell: Schmidt/Sigusch berichten, daß von den 300 16-17-jährigen, die sie befragten, 72 % noch nie mit einem Mann geschlafen hatten — und 4/5 dieser Mädchen hatten sich auch noch nie selbst befriedigt; dies gilt „nur“ noch für 72 % derjenigen, die das „Deflorations-Ereignis“ schon hinter sich

Mal in Frauen verliebt, sie waren Gruppenführerinnen und einige Klassen weiter als ich (verliebt heißt hier: verlegen werden, wenn sie da sind, natürlich haben wir uns nicht angefaßt). Das wurde als normal angesehen und uns wurde erklärt, daß, wenn wir älter werden, sich unsere Gefühle auf Männer richten werden. Selbstverständlich! Gleichzeitig habe ich mir ziemlich Schuldegefühle wegen der Gedanken an Zärtlichkeiten mit Frauen angewöhnt. Irgendwie hatte ich Angst, daß ich lesbisch sein könnte...“ (aus: „Frauenjahrbuch“ 75, S. 204).

I. „...In der Oberstufe fing ich an, mich mehr mit Mädchen zu identifizieren, Jungen wurden allmählich immer fremder... Während einer Tanzstunde fuhr in einer Pause ein kalter Wind durchs offene Fenster. Ich griff hinüber und berührte Margarets Knie und fragte sie, ob ihr auch kalt würde. Sie zuckte in gespielter Schrecken zurück und sagte: »Diana, was ist denn mit Dir los, bist Du lesbisch?« Alle in der Nähe begannen zu kichern. Ich wußte nicht, was eine Lesbierin ist,

das wir erfunden haben, um die Angst vor Berührung anderer Menschen zu beschreiben. Ich hatte Angst, daß es mir gefallen könnte, ein Mädchen zu berühren, und ich sie weiter anfassen würde. So wurde ich von der Idee abgestoßen, um mich selbst vor der »Perversion« zu bewahren. Im College begann ich, mit Jungen zu schlafen und verlor etwas die Angst, eine Lesbe zu sein. Zuerst fand ich Sex mit ihnen gut, obwohl ich es ansonsten nicht so genoß, mit ihnen zusammen zu sein. Immer versuchte ich Gründe vorzutauschen, um mich nicht mit meinem Freund treffen zu müssen. Männer waren für mich langweilig, und ich merkte, daß ich mich ihnen gegenüber sehr unnatürlich verhielt.

Um männerorientierter zu werden, startete ich eine Aktion. Ich versuchte bewußt, in der U-Bahn mehr Männer und weniger Frauen zu beobachten. Ich wollte auf Männer abfahren, nicht, weil es schön wäre, sondern weil ich dachte, daß ich sonst keine Vollfrau sei...“ (aus: „Frauenliebe“, S. 47f).

„...Als ich 18 war, verliebte ich mich in meine Freundin. Wir hörten uns zusammen Opern an und gingen in Bibliotheken. Wir hielten uns an der Hand, und das war sehr schön, es

Fortsetzung von Seite 38

So rein verbal kam ich immer ganz gut aus mit Jungs, aber Sexualität mit ihnen fand ich nie so aufregend.

Na ja, der erste »richtige« Freund schaffte auch mich. Vorläufig wenigstens! Mich nervte zwar schon die kleinste Berührung, von Küssen ganz zu schweigen, als ich ihn nackt sah, fragte ich mich, wer allen Ernstes behaupten kann, der Mann hätte die edlere, schönere Gestalt. Aber ich machte eben mit. So halbherzig. Anderen Frauen ging es ja auch nicht viel besser, soviel hatte ich damals schon mitgekriegt.

Eines Tages, bzw. eines Nachts hatte ich genug und setzte der Sache ein schnelles Ende, indem ich »mittendrin« aus dem Bett hüpfte und weg lief. Auf Nimmerwiederssehen.

Zuerst genoß ich meine wiedererlangte Freiheit, dann begann ich mir doch allmählich Sorgen zu machen. Ich zog alles in Betracht, um die bange Frage, bin ich normal oder nicht, zu klären: Ich bin einfach zu jung, meine Klitoris ist zu klein (!), meine Vagina zu eng, meine Hormone stimmen nicht, frigide — und noch mehr solcher wahnwitzigen Begründungen.

Nur eines fiel mir absolut nicht ein. Kurz darauf lernte ich ein Mädchen kennen, das mich faszinierte. Ich war in sie verliebt, nur war mir das damals noch nicht so klar. Sie war sehr offen und ehrlich und erzählte mir auch, daß sie lesbisch ist. Ich fand's seltsam, aber bitte, ich war schon immer sehr tolerant, solange sie mich nicht belästigt (und nachts lag ich im Bett und stellte mir vor, sie würde mich belästigen). Wir waren oft zusammen und schliefen auch manchmal zusammen in einem Bett. Wenn ich heute daran denke, wieviel Nächte wir verschenkt haben!

Ich habe mir insgeheim oft gewünscht, sie würde mich umarmen, küssen, berühren... und gleichzeitig hatte ich Angst davor. Ich weiß nicht, wie ich reagiert hätte, wenn ich nicht schon drei Gläser Wein getrunken hätte. Wir kamen auf die verhängliche Idee, uns auszuziehen, natürlich nur, weil uns warm war (Winter, im Zimmer waren es nicht mehr als 15°), und uns aufs Bett zu legen. Natürlich auch nur so! Aus Spaß! Ja, und Spaß hat es dann auch gemacht.

Zuerst war es auch ganz schön schwierig, trotz meiner drei Gläser Wein, ich war zu verkrampft, wußte nicht, wie und wo ich sie berühren sollte. Aber sie schaffte es ziemlich schnell, daß ich mich entspannte und den Zärtlichkeiten hingab.

Wir küßten uns lange. Ausgiebig. Zärtlich-lustvoll. Ihre Zunge ging immer tiefer. Die Erregung war unheimlich, ich fühlte mich wahnsinnig gut. Gab mich total der körperlichen und geistigen (ich war sehr verliebt!) Lust hin. Der erste Orgasmus mit einer Frau. Ganz anders, schöner, intensiver als beim Masturbieren. Die Erregung hielt noch an. Ein irres Gefühl zu sehen, wie ich sie erregte, bis sie zum Orgasmus kam.

Nach diesem Erlebnis war mir natürlich klar, wie's weiterläuft. Aber mir kamen immer wieder Zweifel, es war eine schreckliche Zeit, die Beziehung war inzwischen zu Ende. Ich wußte nur, daß ich nicht so leben wollte, allein, ab und zu eine Frau aus der Kneipe, so das typische Leben einer schwulen Frau. Ich weiß nicht, auf welche Gedanken ich noch gekommen wäre (die Möglichkeit eines Selbstmordes war schon sehr real geworden), wenn nicht damals die erste »Emma« rausgekommen wäre. Und über »Emma« kam ich zu »Courage« und etliche andere Publikationen aus der Frauenbewegung.

Das hat mir doch sehr geholfen, alles zu verarbeiten, es als positiv zu betrachten, mich zu akzeptieren, meine Sexualität nicht zu verneinen.

Zwar ist heute noch nicht alles okay, was meine Beziehungen zu Frauen angeht, aber ich denke, daß sich das überwinden läßt... (aus: Erotik im Umbruch — »ich bin lesbisch«).

Statt weiterer 1 999 993 „Coming-Out“-Berichte

Die meisten Lesben fühlen sich schon sehr früh (mit durchschnittlich 14 1/2 Jahren) zu Frauen hingezogen: Sie wünschen sich Freundschaft und Zärtlichkeit — Lust haben sie noch nicht kennengelernt. Gleichzeitig machen sie i.A. all das mit, was zur gesellschaftlichen Anerkennung notwendig ist: frau braucht einen Freund, muß beim Erfahrungsaustausch bezüglich Küssen, Petting und später auch

Bumsen mithalten können. Daß das häufig gar nicht sooo viel Spaß macht, ist zu normal, um sofort aufzufallen.

So vergehen durchschnittlich 3 1/2 Jahre, bis das vage Gefühl »ich bin anders« sich (mit ca. 18 Jahren) zum Verdacht »ich bin lesbisch« verdichtet (10). Sie fangen an zu begreifen, daß sie wesentliche soziale Erwartungen — zunächst dauerhafte Hetero-Beziehungen, später Familien-Freuden — nicht erfüllen können; Erwartungen, die oft auch die eigenen waren. Umgekehrt wissen sie über Homosexualität häufig nicht mehr als jede »Normalbürgerin« und identifizieren sich deshalb selbst mit Begriffen wie »abnorm«, »krank« oder »pervers«. Auch wenn sich Coming-Out-Frauen jetzt bewußt nach objektiven Informationen umsehen, werden sie kaum etwas Positives finden können: Während im Fernsehen (außerhalb Bayerns) hin und wieder Praunheim-Filme oder z.B. »Die Konsequenz« gesendet werden, gibt es kaum Vergleichbares von/über Lesben. Im Sexualkundeunterricht wird weibliche Homosexualität fast vollständig ignoriert: Lediglich in den Rahmenrichtlinien für Rheinland-Pfalz ist dieses »Phänomen« aufgelistet, unter »Hinweise, nicht in den Vordergrund stellen« (11). An keinem bundesdeutschen Kiosk kann frau eine Lesbenzeitung kaufen, Bücher über Homosexualität handeln zu weniger als 10 % speziell von Lesben (12).

So können viele »Umbruch-Frauen« mit Lesbisch-Sein nur Negatives verbinden, verdrängen ihre eigentlichen Bedürfnisse und versuchen stattdessen immer wieder, ob es nicht auch mit Männern — oder eben »ganz ohne« geht. Doch wenn sie schließlich — (mit durchschnittlich 20 Jahren, das ist ca. vier Jahre später als bei Coming-Out-Schwulen!) — ihre erste sexuelle Beziehung zu einer Frau eingehen, fühlen sich die meisten (3/4) danach »glücklich«.

Nicht zugleich, aber i. allg. wenige Monate später bestätigt sich der Verdacht, homosexuell zu sein. »Die Gewißheit ist offenbar die entscheidende und am meisten beladene Phase des Coming-Out. Das Sich-Eingestehen, lesbisch zu sein, wird sehr viel konfliktvoller erlebt, als der erste Verkehr mit einer Frau«. Beunruhigung und Angst sind die häufigsten emotionalen

Reaktionen — nicht einmal 2/5 bezeichnen sich zu diesem Zeitpunkt als »glücklich« (13).

Natürlich gibt es auch Frauen, die schon sehr früh lesbische Erfahrungen gemacht haben (14 % hatten schon mit durchschnittlich 15 Jahren soleh ein »Erlebnis«) — sie haben damit meist keine Konflikte, weil sie diese Beziehung selbst nicht als homosexuell wahrnehmen. Andere Frauen (1/5) bezeichnen sich schon mehrere Jahre lang als lesbisch, bevor das erste Mal mit einer Frau schlafen — das ist Ergebnis »typisch weiblicher« Sozialisation! (14).

Und immer wieder: Der »kleine Unterschied«...

Insgesamt dauert das Coming-Out bei Frauen durchschnittlich sechs Jahre

Anmerkungen

1. Kriterium für »Lesbisch-sein« ist hier immer die Selbst-Definition und nicht — wie in der gängigen sozialwissenschaftlichen Literatur — die »lesbische Praxis« (i.e. sexuelle Tätigkeit mit Orgasmus verbunden): Einerseits können auch Hetero-Frauen mal mit einer Frau schlafen — andererseits hängt die lesbische Identität nicht an »Bett-Geschichten«! Auch für den Begriff »Coming-Out« gibt's unterschiedliche Interpretationen: In der US-amerikanischen Homosexuellenbewegung ist damit i.a. das öffentliche Auftreten als Lesbe/Schwuler gemeint — »come out of the closets« (»kommt heraus aus dem Versteck«). In letzter Konsequenz ist dies jedoch ein lebenslanger Prozeß und umfaßt damit alle Probleme, denen man/frau in einer zwangsheterosexuellen Gesellschaft ausgesetzt ist (vgl. hierzu »ukz« 5/79, S. 5ff).
2. A. Dröge: Sexualität und Herrschaft, Verlag Frauenpolitik '76, S. 76.
3. E.G. Belotti: Was geschieht mit kleinen Mädchen, Verlag Frauenoffensive, S. 35.
4. Monika Savier/Carola Wildt: Mädchen zwischen Anpassung und Widerstand, Verlag Frauenoffensive '79, S. 42.
5. Vgl. A. Schwarz: Der kleine Unterschied, Fischer '75, S. 179 ff.
6. Schmidt/Sigusch führten 1971 - 1973 an 602 Schüler/innen zwischen 16 und 17 Jahren eine Befragung zur Jugendsexualität durch; die Dokumentation erschien 1973 bei Enke (Stuttgart).
7. Savier, siehe 4., S. 54.
8. H. Hunger: Das Sexualwissen der Jugend; München/Basel 1969.
9. Schmidt/Schorsch, S. 43, zit. nach (4.), S. 25.

— das ist doppelt so lang wie bei schwulen Männern (15)! Dabei hat die Mehrzahl der Lesben (55 %) (16) zunächst heterosexuelle Erfahrungen gemacht, 15 % bis 25 % waren/sind sogar verheiratet (17). Schwule dagegen schlafen zu über 80 % als erstes mit einem Mann (18), nur 10 % haben/hatten einen Trauschein (19): Sie haben — wie ihre Geschlechtsgenossen — besser gelernt, ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen!

Doch als Lesben entdecken wir — allen patriarchalischen Ammenmärchen zum Trotz — unsere Sexualität, befreien uns von eigenen Horror-Vorstellungen über solche »Monster« und — Stück für Stück — auch von der Angst vor heterosexueller Achtung. Wir wagen etwas zu leben, für das es kaum Vorbilder gibt — und darauf sollten wir stolz sein!

10. Sigrid Schäfer: Sexuelle und soziale Probleme von Lesbierinnen in der BRD (empirische Untersuchung an ca. 150 Lesben, durchgeführt 1972 — die bisher repräsentativste Studie über Frauen!) In: Ergebnisse zur Sexualforschung hrsg. v. E. Schorsch u.a., Köln '75 — S. 300.
11. J. Blandow: Sexualpädagogik und Homosexualität, in: »Homosexualität und Gesellschaft«, hrsg. v. R. Lautmann, stw. 1977 — S. 205.
12. Weinberg/Bell: Homosexuality — an annotated bibliography. New York/London bei Harper and Row 1972 (hierzu sind insgesamt 1263 Veröffentlichungen aufgeführt, wovon sich nur 100 vorwiegend mit Lesben beschäftigen).
13. S. Schäfer (siehe (10)), S. 301.
14. a.a.O., S. 302.
15. vgl. hierzu Dannecker/Reiche: Der gewöhnliche Homosexuelle, Fischer 1974, S. 41. In »Coming-Out — was ist das?« (in AK 131, nachgedruckt in »Schwule Rechte jetzt!« S. 30) schreibt die AG Schwule diesbzgl. von einer 5jährigen Dauer: Mir ist absolut schiefherhaft, wie die darauf gekommen sind, zumal sie sich auf die gleiche Quelle berufen!
16. S. Schäfer (siehe (10)), S. 304.
17. S. Schäfer gibt 15 % an (a.a.O., S. 306) — Charlotte Wolff kam in einer ähnlichen Befragung von 108 englischen Lesben (ca. 1971) auf 25 %, in Ch.W.: Psychologie der lesbischen Liebe, rororo 1973, S. 127.
18. vgl. Dannecker/Reiche (siehe (15)), S. 297.
19. a.a.O., S. 363.

Zwei Lesben in der Frauenleitung ...

Auf der Göttinger Frauenversammlung (10.2.) wollten wir — zum Tagesordnungspunkt »Frauenleitung« — über die Beteiligung von Lesben an diesem Gremium diskutieren. Der Versuch scheiterte, und unsere Intention blieb — wie wir aus Gesprächen mit Genossinnen jetzt erfahren haben — offensichtlich im Dunkeln:

— Wir hätten der Versammlung eine prinzipielle Debatte aufdrängen wollen, obwohl wir an der Frauenleitung kein konkretes Interesse hätten.

— Wir seien von dem Vorschlag, zwei Vertreterinnen dorthin zu entsenden, überrascht worden.

— Wir hätten eine Überrepräsentanz der Lesben durchgesetzt.

Um mit diesen Spekulationen aufzuräumen, wollen wir hiermit erklären, was in Göttingen nicht möglich war.

Alibi-Funktion?!

Zur Erinnerung: Auf dem KB-Kongreß wurde ein Antrag der Schwulen und Lesben — mit großer Mehrheit — angenommen (Warum taucht der eigentlich nie in den offiziellen Berichten auf?!), in dem u.a. folgende Forderung gestellt wird:

»Zur Unterstützung unserer Arbeit ist es notwendig, daß sich ein Genosse des LG (für die Schwulen) und eine Genossin der AG Frauen (für die Lesben) in den jeweiligen Fragenkomplex einarbeiten, um uns — insbesondere in der AK-Arbeit! — beraten zu können«. Daraufhin konterte die AG Frauen: dieser Punkt sei durch die Mitarbeit von ein bis zwei Lesben in der künftigen Frauenleitung erledigt. Ein sehr entgegenkommendes Angebot — die Frage ist bloß: wer unterstützt da wen?! Es gibt wirklich genügend Beispiele für das Engagement von Lesben an »allgemeinen Frauenproblemen«, wo der Katalog beim § 218 anfängt und gerade bis zu den Verhütungsmitteln reicht ... dem wollen wir kein weiteres hinzufügen. Es genügt uns auch nicht, in bestimmten Lesben- oder Sponti-Kreisen rumprotzen zu können, »im KB werden wir ernst genommen — jetzt sitzen wir sogar schon in der Frauenleitung« — für uns ist vielmehr entscheidend, ob bzw. wie diese Mitarbeit uns als KB-Lesben nützen kann.

Nach einer längeren — anfangs sehr kontroversen — Diskussion

einigten wir uns auf konkrete Bedingungen, unter denen wir das Angebot annehmen. Wesentlich für diese Entscheidung ist der enge Zusammenhang, den wir zwischen Frauen- und Lesbenfrage sehen, und von dem wir möglichst alle KB-Genossinnen überzeugen wollen: unsere eigene Sexualität entdecken (egal, ob homo- oder hetero-), tradierte Geschlechterrollen und schließlich die Familie insgesamt infrage stellen — das sind Aufgaben, von denen auch Lesben unmittelbar profitieren; und um diesen Themenkomplex sollten wir alle uns in Zukunft stärker kümmern. Zunächst heißt das allerdings: mehr Untersuchungsarbeit — insbesondere die Frauenkommissionen sollten sich mal überlegen, was sie hierzu beitragen können! Darüberhinaus haben wir recht konkrete Erwartungen bezüglich der Solidarisierung unserer (Hetero-)Genossinnen:

Achtung: Wir stellen Forderungen!

»Die Lesbenfrage muß integraler Bestandteil unserer Frauenpolitik werden« — das ist eine (vielleicht nur uns?) bekannte Parole der AG Frauen ... und wir haben dafür folgende Interpretation: wo immer ihr Forderungskataloge aufstellt, Frauen-Veranstaltungen, -Foren oder Kongresse (mit-)vorbereitet und das Thema nicht von vornherein eingegrenzt ist (wie z.B. beim § 218-Tribunal) — Lesben nicht vergessen! Evtl. Zuwiderhandlungen müssen wir als indirekte Distanzierung auffassen; — was wir von Euch erwarten, wenn andere Frauen diesbzgl. »taktische« Bedenken äußern, dürfte wohl klar sein.

Dies gilt übrigens auch dann, wenn in der jeweiligen Initiative keine Lesben mitarbeiten (bzw. die mitarbeitenden sich nicht trauen, als solche aufzutreten ...) — zu anderen Fragen wird das auch so gehandhabt: z.B. in der Hamburger BuLi-Plattform (78) steht ein Abschnitt zu Ausländern drin, obwohl keine entsprechende Gruppe beteiligt war ... und warum fehlten damals die Lesbenforderungen?

Einbringen könnt ihr natürlich nur, was ihr im Kopf habt: doch es gibt zumindest ein paar vernünftige Bücher von/über Lesben, einige (und demnächst hoffentlich mehr!) AK-Artikel und inzwischen auch den »Lesbenstich« (siehe auch AK 174).

Ihr braucht aber keineswegs bis zum nächsten Frauenkongreß zu warten, um endlich Eure Solidarität beweisen zu können — wie wär's, wenn ihr

— mal recherchiert, ob es in Eurer Stadt eine Lesbengruppe gibt und ggf. aufschreibt, woran die z.Zt. arbeiten?!

— oder: achtet beim Zeitung-Schnippeln (insbesondere bei der Lokal-Presse) auf Artikel über Lesben (Schwule) und schickt uns die zu — schließlich könnt ihr mithelfen, Informationen von/für Lesben zu verbreiten: erweitet das Sortiment Eures Büchertisches um entsprechende Bücher, den »Lesbenstich« und evtl. auch die »unsere kleine Zeitung« (wenn ihr auch bürgerlichere Frauen ansprechen wollt); Ihr könntet ggf. auch die örtlichen Alternativ-Buchhändler/innen mal darauf hinweisen, was bei ihnen alles fehlt ...

Wo bleiben unsere 50 Mitstreiterinnen?!

Soweit werdet ihr wahrscheinlich kaum Widersprüche haben — etwas brisanter ist das wohl unser Anspruch, daß jede Aktivistin, die (u.a.) sexuelle Beziehungen zu Frauen hat (oder haben möchte), sich in einer Lesbengruppe organisieren sollte. Und zwar auch dann, wenn sie dafür — aufgrund von Zeitmangel — aus einer anderen Initiative rausgehen muß. Die Begründung ist ganz einfach: Um mit dem alltäglichen He-Terror fertigzuwerden, braucht jede Lesbe (oder »Bi-Frau«) Kontakt zu anderen Betroffenen — mit steigendem Bewußtsein und wachsender Sensibilisierung wird das nur umso notwendiger. Und da wir bekanntlich die Trennung von »privat« und »politisch« aufheben wollen, sollte frau dann auch ihr Engagement (zumindest u.a.) der Lesbenbewegung widmen! Für rund 50 (!) KB-Genossinnen ist dies übrigens als persönliche Anforderung zu verstehen (wie ihr zu uns Kontakt aufnehmen könnt, dürfte Euch bekannt sein: Verlagsadresse!). Und die übrigen 200 sollten solche Entscheidungen nicht nur (zähneknirschend) »akzeptieren«, sondern aktiv fördern: Wenn ihr z.B. das nächstmal (in Eurer KB- oder sonstigen Frauengruppe — oder einfach so) über Euer Verhältnis zu Frauen diskutiert, wie sich dieses verändert hat und was ihr hierbei noch lernen

wollt — bleibt nicht bei der rational/politischen Seite stehen ... frau besteht aus »Kopf« und »Bauch«! Dies ist eine Chance, endlich auch Eure eigene Betroffenheit bzgl. der Lesbenfrage klarzukriegen: für viele (noch?) negativ — daß Euch bewußt wird, was Eure Ängste alles »verbauen« — für immer mehr Frauen aber »im Umbruch« oder positiv. Solche Gespräche sind deshalb auch eine gute Möglichkeit für Coming-Out-Frauen oder »Tarn-Lesben«, endlich mal über ihre — gar nicht so »speziellen«! — Probleme zu sprechen. Und dann solltet ihr ruhig nachfragen — natürlich nicht besserwisserisch! — ob die Betreffende sich schon mal überlegt hat, Lesbenpolitik zu machen: Vielleicht würde sie gern und es fehlen ihr nur die entsprechenden Adressen bzw. Termine. »Keine Lust« hängt dagegen häufig mit (Vor-)Urteilen über bestehende Gruppen zusammen (»radikalfeministisch« oder »separatistisch«), die heute wirklich nur noch ganz selten zutreffen — u.U. liegt's aber auch an »ML«-Schrott im eigenen Kopf: demnach könnte es Lesben politisch gar nicht geben ... Was wir in all diesen Fällen von Euch erwarten, brauchen wir wohl nicht weiter auszuführen!

Zum Modus unserer Mitarbeit

Soweit es um lebensspezifische Probleme geht, wollen wir gern beteiligt sein, nicht jedoch »angeleitet« werden: dies betrifft z.B. die Frage, inwieweit Lesbengruppen (incl. unserer eigenen) notwendig eine gewisse Subkultur-Funktion haben (für uns ist die Chance, außerhalb solcher Gruppen eine Freundin kennenzulernen, sehr gering — für Heteros ist dagegen überall »Beziehungs-Markt«). Hierzu zählen wir natürlich nicht evtl. Entscheidungen bzgl. »Lesben und Bundestagswahlen« o.ä. — bei sowas gelten die allgemeinen Spielregeln des »DZ« auch für uns. Zu anderen Themen — wie etwa § 218 — werden wir mitdiskutieren, jedoch keine Arbeitsaufträge annehmen. Warum wir das alles zu zweit machen? Wir müssen schließlich jene 50 Mitstreiterinnen, die uns bisher noch im Stich lassen: Daß — selbst im KB — nur ein Bruchteil der Betroffenen offen als lesbisch (»bi-sexuell«) auftritt, ist ein wichtiges Symptom dafür, wie wenig die Zwangsheterosexualität bisher angeknackst ist. Und da sich

unsere Repräsentanz am Stellenwert dieses ideologischen Mankos zu orientieren hat, sind zwei Lesben noch fast zu wenig!

Unabhängig hiervon brauchen wir natürlich die in unserem Antrag geforderte Unterstützung für die AK-Arbeit — dazu ist die AG Frauen auch prinzipiell bereit und es hat schon ein erster Termin stattgefunden ... bleibt zu hoffen, daß das einen entsprechenden Niederschlag finden wird!

„Agitieren“ müßt Ihr Euch schon selbst!

Als wir neulich die Göttinger Versammlung aufforderten, sich zu unserer Mitarbeit in der Frauenleitung zu äußern, hatten wir ehrlich mehr erwartet: Genauso, wie wir von Genossen eine selbständige Auseinandersetzung mit der Frauenfrage erwarten, wir nicht (mehr) bereit sind, sie noch ständig zu agitieren —, fordern wir von allen Hetero-Genossinnen, daß ihr Euch über die Lesbenfrage Gedanken macht. Aus diesem Grund — und nicht mangels eigener Position! — hatten wir uns in der Lesbengruppe geeinigt, unsere Vorstellungen nicht zu referieren ... Gegen Eure völlige Passivität hatten wir dann ganz offensichtlich kein Rezept. Doch jetzt kennt ihr unsere Erwartungen — stellt Euch ruhig darauf ein, daß wir auch in Zukunft nicht alles »vor-denken« werden!

In Erwartung von

- Berichten, Zeitungs-Schnipseln und Bestellungen für den »Lesbenstich«;
- freiwilligen Meldungen zwecks Mitarbeit (wichtiger Termin: 26./27.4.);
- sowie vielen mahnenden Leserinnen-Briefen (ob wir wohl total übergeschnappt seien).

Lesbengruppe des KB

Anm. (s. 99):

Auf diese Anzahl — die uns in Göttingen ungeahnte Heiterkeitserfolge einbrachte — kamen wir dank »Emma«-Umfrage und Rechenkünste: Demnach haben von den 100 Frauenaktivistinnen des KB ca. 17 »J.A. Liebesbeziehungen zu Frauen«, weitere 16 zu Frauen und Männern; legt frau für die übrigen 161 Genossinnen die Quoten für den »Frauenbewegungs-Dunstkreis« zugrunde, verstecken sich hier sieben weitere Lesben bzw. 19 »Bi-Frauen«!

Über einen Ursprung des »Radikalfeminismus«

Welche Konsequenzen die Ausgrenzung von Lesben durch die Frauenbewegung haben kann, läßt sich am Beispiel der US-amerikanischen N.O.W. (National Organisation of Women) sehr anschaulich zeigen (1):

NACH SO VIEL HE-TERROR

Betty Friedan, Gründerin dieser reformistischen Frauenorganisation, sah von Anfang an in lesbischen Frauen die größte Gefahr für die Bewegung. Trotz des geforderten Versteckspiels traten in den 60er Jahren viele Lesben der N.O.W. bei, weil sie sonst keine andere Möglichkeit sahen, für gleichen Lohn und gleiche Rechte für Frauen zu kämpfen. Als Rita Mae Brown dort als erste Lesbe offen auftrat, stiftete sie damit sehr produktive Verwirrung - mit ihrer Offenheit setzte sie viele andere unter Zugzwang: So drängte z.B. eine Gruppe jüngerer, radikalerer Lesben Kate Millet dazu, ihre Bisexualität öffentlich zu machen, was sie schließlich auch tat. Sofort erschienen Schmähartikel über sie in der "Time", und die Verkaufsziffer von "Sexual Politics" sank erheblich. Ziel dieser Kampagne war, die Bewegung zu spalten - man rechnete mit der öffentlichen Distanzierung der N.O.W. Um dies zu verhindern, beriefen einige Aktivistinnen spontan eine Pressekonferenz ein, obwohl hierüber in den verschiedenen Frauengruppen nicht mehr vor-

her diskutiert werden konnte. Dort erklärten sie: „Wir sind alle lesbisch“ - auch die Hetero-Frauen!

Trotz der fehlenden Legitimation durch die „Basis“ hinterließ diese Entschlossenheit doch soviel Eindruck bei den Journalisten, daß sie diese Spaltstrategie aufgaben und auch nie wieder ernsthaft ausprobierten. Die Aktion führte in der gesamten Frauenbewegung zu einer scharfen Polarisierung zwischen lesbefreundlichen und he-terroristischen Frauen. Betty Friedan selbst sah das Ende der Frauenbewegung gekommen, wenn Lesben jetzt offiziell akzeptiert würden. Doch als sie deshalb das New Yorker Büro der N.O.W. auf höchst spektakuläre Weise „säuberte“, hatte sie den Bogen eindeutig überspannt: Selbst Frauen, die die offizielle Position ihrer Organisation bisher unterstützt hatten, wurden verunsichert. Gleichzeitig hatte Frau in anderen Teilen der USA angefangen, in Selbsterfahrungs- und anderen Kleingruppen die Lesbenfrage vernünftiger anzugehen, sodaß schließlich auch die New Yorker Sektion der N.O.W. nachgeben mußte. So wurde im Herbst 1971 auf dem Kongress in Los Angeles eine Resolution von Del Martin (2) verabschiedet und damit - die zusätzliche Unterdrückung von Lesben,

- der Kampf gegen die Lesbenunterdrückung als legitimes Anliegen der feministischen Bewegung

offiziell von der N.O.W. anerkannt. Für viele Frauen, die in New York in der Bewegung aktiv gewesen waren, kam diese Resolution sicher zu spät.

...hatten die Lesben die Schnauze voll!

„Meistens sah es so aus, daß engagiertere Lesben einen guten Teil ihrer Energie darauf verwenden mußten, innerhalb der Frauenbewegung für die Sache der Homosexuellen und innerhalb der Homosexuellenbewegung für feministische Anliegen zu kämpfen.“

(3) Immer mehr Frauen fühlten sich von Gruppen wie „Radicalesbians“

(4) angezogen, weil sie endlich primär gegen ihre Unterdrückung kämpfen wollten. In dem Bedürfnis, jetzt wirklich gründlich mit dem He-Terror der Frauenbewegung aufzuräumen, schossen sie leider zunehmend über ihr Ziel hinaus. So steht in dem Selbstverständnis-Papier der „Radicalesbians“ - neben vielen vernünftigen Sachen - auch folgende Passage:

„Unsere Energien müssen auf unsere Schwestern gerichtet sein und nicht zurück auf unsere Unterdrücker.“

Solange die Frauenbewegung versucht, Frauen zu befreien, ohne sich mit diesen grundsätzlichen Strukturen auseinander zu setzen, die uns in

Zweierbeziehungen mit unseren eigenen Unterdrückern bindet, werden weiterhin ungeheuerliche Energien darauf verwandt werden, die individuelle Beziehung mit dem Mann geradezubiegen, besseren Sex zu haben, ihn zur Vernunft zu bringen, aus ihm den neuen Mann zu machen, in der Illusion, daß das uns ermöglichen würde, die neue Frau zu sein. Es ist klar, daß dies unsere Energien und unser Engagement spaltet und uns unmöglich macht, neue Verhaltensformen zu entwickeln, die uns befreien werden“ (5).

Damit war der Boden bereitet, auf dem für mehrere Jahre der „Radikalfeminismus“ blühen und gedeihen konnte - immer unter dem Motto „Feminismus ist die Theorie, Lesbisch-Sein die Praxis“ (6).

Doch wer jetzt wieder die alte Leier anfangen will von den „bösen, unterdrückerischen Lesben“, möge bitte beachten, daß sich in dieser Entwicklung nur ein einfaches Gesetz der Dialektik bestätigt... und Ausgangspunkt war die Ideologie der Zwangsheterosexualität!

Ul. (Lesbengruppe des KB)

Anmerkungen

(1) Die folgenden Informationen entstammen - soweit nicht anders angemerkt - dem zweiten Teil des Bu-

ches Sidney Abbott/Barbara Love: Sappho was a right-on woman, Stein & Day, New York 1972 - wovon eine Kurzfassung abgedruckt ist in Jane Rule: Bilder und Schatten, Amazonen 1979, S. 211 ff. (Neuere Sachliteratur).

(2) Del Martin gründete - gemeinsam mit Phyllis Lyon - während der Mc Carthy-Ära (1) die erste Lesbenorganisation, die „Daughters of Bilitis“. Darüberhinaus engagierte sie sich zeitweilig in der Homosexuellenbewegung. In anderen Phasen in der N.O.W.

(3) Rita Mae Brown: Take a Lesbian to Lunch, In: Jay/Young: Out of the Closets, Douglas Book, New York 1972, S. 195.

(4) Die „Radicalesbians“ vertreten offensichtlich an verschiedenen Orten recht unterschiedliche Positionen: in der „ukz“ 7/8 v. 79 ist z.B. ein paper aus Seattle abgedruckt (ebenfalls zum Verhältnis zwischen Lesben und Frauenbewegung), in dem der Kapitalismus - implizit natürlich - als Hauptwiderspruch dargestellt wird.

(5) „Frauen, die sich mit Frauen identifizieren“ (women - identified women), In: „Frauen Offensive Journal“ Nr.1, München, Dez. 1974, S. 26

(6) Spruch stammt von Jill Johnston (Autorin von „Lesbian Nation“) und ist Ti-Grace Atkinson gewidmet (Autorin von „Odyssee einer Amazone“ - gehört zum gleichen Sumpf).

Presseerklärung

„Aufgrund der verschärften Anwendung des amerikanischen IMMIGRATION AND NATIONALISATION LAW (=Einwanderungs- und Einbürgerungs-Gesetz) aus dem Jahre 1917 besuchten in den letzten drei Wochen insgesamt 40 lesbische Frauen das amerikanische Konsulat in Amsterdam ...

Die 40 Frauen wollten Aufklärung über die Folgen dieses Gesetzes bei einem eventuellen Besuch der Vereinigten Staaten haben. Trotz einander widersprechender Informationen wurde ihnen dabei folgendes deutlich: Homosexualität gilt als Geisteskrankheit, was bedeutet, daß Homosexuellen offiziell die Einreise in die USA verboten ist, - es sei denn, frau hat eine „Ausnahmeerklärung“. Diese kann sie nur bekommen, wenn sie ein Gespräch mit dem Konsul geführt und ein Formular mit Angaben zur Person ausgefüllt hat. Nach welchen Kriterien der Konsul dann entscheidet, blieb völlig im Dunkeln.

Das Visum für Homosexuelle trägt einen speziellen Stempel „sexuell abweichend“. Das erinnert fatal an das Rosa Dreieck, das Homosexuelle während des 2. Weltkrieges tragen mußten - genauso wie Juden einen gelben Stern. Wenn ein(e) Homosexuelle(r) ein Visum beantragt, werden ihre/seine Daten lebenslanglich registriert - und zwar bei der amerikanischen Einwanderungsbehörde (und vielleicht auch noch anderswo, aber das wird geheimgehalten)...

Natürlich ist es möglich, in dem Visumsantrag die Homosexualität zu verschweigen - doch damit unterstützt man/frau letztendlich diese gesetzliche Diskriminierung. Hinzu kommt, daß trotzdem die Einreise bzw. der Aufenthalt in den USA nicht garantiert ist.

Ein Land, das die Verbannung eines Dissidenten aus der UdSSR als eine offizielle Tat der Unterdrückung bezeichnet und sich stets damit brüstet, für die Erhaltung der Menschenrechte einzutreten, verfolgt hiermit selbst eine Politik offizieller Homosexuellen-Unterdrückung!

Die LVA findet es wichtig, daß auf internationaler Ebene - und mit möglichst viel Publizität - Schritte gegen dieses Gesetz eingeleitet werden. Deshalb bittet sie alle Lesben- und Schwulenorganisationen, über entsprechende Aktionen zu diskutieren und ggf. Berichte zu schicken an:

LVA
Nieuwe Herengracht 95
Amsterdam/NL



EINE ZEITUNG DER SCHWULEN BEWEGUNG

ROSA ERSCHEINT 4 BIS 6 MAL JÄHRLICH. DAS ABO KOSTET 15.-DM FÜR 6 AUSGABEN. EINZAHLUNGEN AUF PSCHKONTO 406 118-203 PSCHAMT HAMBURG (TELGE SONDERKONTO) BESTELLUNGEN UND ZUSCHRIFTEN AN ROSA, HEEPER STR. 84, 4800 BIELEFELD 1

LIEBER SCHWUL ALS GRUHL es grünt so grün TRETET AUS - ABER LAUTI tante dete's kurzmarchen PÄDOS GEGEN SCHWUSOS töte einen schwulen für christus MATERIALIEN ZUM WAHLVERHALTEN HOMOPHILER man muß doch nicht durch den anderen durch, um frei zu werden INFOS UND HOLLYWOOD

Interview mit Joachim Schönert (GLH und Initiativgruppe Homosexualität Mainz)

Frage: Im Gegensatz zu Corny Littmann, der im AK 170 begründet, wieso er bei den Grünen mitarbeitet, trittst Du gegen einen Eintritt bei den Grünen ein.

Joachim: Ich finde gut, daß ich ausgerechnet im AK 175 zu Wort komme. Schwule, die autonom ihre Forderungen vertreten und dabei Bündnispartner finden, die schwule Positionen mit vertreten, sind wohl eine geschichtliche Neuheit. In der Nazi-Zeit distanzieren sich alle von uns, und die Kommunisten sahen in uns keine politisch unterdrückte Bevölkerungsgruppe. Anpassen an heterosexuelle Verhaltensmuster konnte das Leben retten. In den autonomen radikal-demokratischen Listen brauchen wir uns nicht anzupassen. Dies hatte zwei Auswirkungen. In den Zentren und Gruppen setzte ein stärkerer politischer Diskussionsprozeß ein, und immer mehr Schwule bekamen Mut, in der Öffentlichkeit für schwule Belange einzutreten. Andererseits wurden die Parteien wie SPD/FDP nervös, denn wenn die Schwulen/Lesben politisch gemeinsam handeln würden, dann wäre das schon ein Faktor. So gründete Gerd Blömer ja die Schwusos (heute dürfen sie sich nicht mehr so nennen), weil er Angst hatte, die Schwulen würden in die Alternative „abkippen“. Corny, den ich mag, kann eigentlich in der grünen Partei nur Stärke zeigen, wenn er dort genauso die Gefahr des Abkippens an die Wand malen kann und wenn wir Schwulen ihn unterstützen. Das Auftreten von Gerd in der SPD oder von Corny in den Grünen kann aber kein Argument dafür sein, die ganze Partei zu unterstützen, denn Corny kann nicht dafür garantieren, daß sich z.B. ein Gruhl für unsere Belange einsetzt. Andererseits kann ich natürlich schon etwas mehr darauf bauen, daß sich Bündnispartner in den Listen auch für unsere Sache einsetzen, wie man's ja bei der GAL in Münster sehen konnte. Dort spalteten sich an der Schwulenfrage die Grünen und traten teilweise der GAL bei, in der Schwule mitmischen. Außerdem, Ökologie ohne gesellschaftspolitischen Hintergrund kann leicht dazu führen, daß auch z.B. die Familie (Familille, wie der Kohl immer sagt) ökologisch oder biologisch abgeleitet wird, was ja dann von den Blut-und-Roden-Parolen der Nazis nicht so weit entfernt ist. Das Programm von Saarbrücken zeigt allerdings, daß innerhalb der grünen Partei vorerst diese Gefahr nicht zu bestehen scheint.

Frage: Kannst Du eine Einschätzung geben, wie sich die politische Diskussion innerhalb der schwulen Bewegung seit dem Frankfurter Bera-

tungskongreß entwickelt hat?

Joachim: Der Kongreß war ja sehr erfolgreich. Sowohl die grünen als auch die autonomen Schwulen konnten sich auf eine Resolution und Plattform einigen. Wofür die Heterosexuellen zwei Tage brauchten, der Kompromiß wurde bei uns schon nach ca. 15 Minuten gefunden: wir fahren zweigleisig. Es kann uns Schwulen ja nur nützen, wenn Corny sich für uns in der grünen Partei schlägt und ihn dabei andere Schwestern innerhalb und außerhalb der Partei unterstützen. Unser politisches Selbstverständnis und Rückgrat liegt bei den autonomen Listen mit radikal-demokratischer Grundposition. Ich muß leider sagen, daß ich den Eindruck habe, daß die grünen Schwulen aufgrund ihrer Sachzwänge in der Partei das Verbindende immer mehr aus den Augen verlieren. Jedenfalls in Mainz/Wiesbaden hat sich auf der Frankfurter Plattform eine politische Arbeitsgruppe der bestehenden örtlichen Gruppe gebildet. Die Diskussionen waren überwiegend positiv.

Frage: Du sagst: „Sie waren positiv“. Welche Gefahren siehst Du in der momentanen Entwicklung?

Joachim: Auf dem Treffen in Hannover hat sich gezeigt, daß eine gemeinsame Diskussion kaum mehr möglich ist. Die Parteischwestern haben sich dort in Klausur gegeben, sowohl die SPD-ler wie auch die Grünen und die Schwestern, die für eine überparteiliche Arbeit waren, haben ganz schön dumm aus der bunten Wäsche geguckt. Natürlich war ein Besprechen auch deshalb nicht möglich, weil die Oranienstraßenkommune Berlin und die Indianerkommune Nürnberg dies verhindern. Es wird bei den Schwestern, denen die Partei nun wichtiger geworden ist als die gemeinsame radikal-demokratische Grundposition im Zusammenhang mit den Wahlen zu immer größeren Auseinandersetzungen kommen. Die SPD-ler werden, wie auch die Grünen, für ihre Parteien werben müssen. Was geschieht, wenn auch bei den Grünen die Streichung der §§ 174, 176 nicht akzeptiert wird? Corny möchte zum Beispiel das Plenum der Beethovenhalle benutzen, als autonomer Sprecher der Schwulen für die grüne Partei zu sprechen. Ich habe ihn gefragt, warum denn nicht Gruhl oder Springmann auf dem Podium sitzen sollen. Er meint, Schwule sollen sich selbst vertreten. Aber müssen sie dann auch für eine Partei werben? Als gegenwärtig größte Gefahr sehe ich eine noch stärker werdende Fixierung der Schwulen auf die Parteien und damit größere Zersplitterung an. Dies würde uns allen die Kraft nehmen. Damit

wir uns richtig verstehen: Das Programm von Saarbrücken ist für mich dank der Arbeit von Corny zu den Bundestagswahlen wählenswert. Natürlich sieht es nicht genauso aus, wie ich's mir wünschen würde, aber wenn man's mit den Programmen anderer Parteien vergleicht ... Und Corny wird, so hoffe ich, sicher nicht locker lassen. Ich sage mit Absicht das Programm und nicht die grüne Partei, denn dort wird es ja nun sicher Erpressungsmanöver von rechts geben. Der weitere Aufbau autonomer Listen ist dringend erforderlich.

Frage: Welche Möglichkeiten und welche Chancen siehst Du heute für die Schwulenbewegung, verstärkt Öffentlichkeit herzustellen und Druck auszuüben?

Joachim: Ob wir wirklich politisch wirksam sein können, hängt von unserer Solidarität untereinander ab. Wir sollten deshalb über den kommenden Bundestagswahlkampf hinausdenken. Es ist doch politischer Selbstmord, wenn wir uns in die Sachzwänge der betreffenden Parteien ziehen lassen, in denen wir für unsere Belange eintreten, und unsere eigene Parteilichkeit darüber vergessen. Wir müßten uns auf der Grundlage der Resolution und Plattform von Frankfurt einen Modus zur Zusammenarbeit erarbeiten. Zu diesem Zweck habe ich einen Vorschlag in der schwulen Bewegung herumgeschickt.

Ich möchte nicht auf einzelnen Punkten dogmatisch beharren, sondern mein Ziel ist die solidarische politische Zusammenarbeit. Es ist bei uns politisch was in Bewegung gekommen und das sollten wir nicht auseinanderlaufen lassen. Schließlich haben wir gemeinsam allerhand zu tun, anstatt uns aufgrund der Parteistrategien gegeneinander aufhetzen zu lassen. Ich denke hier an Verurteilungen aufgrund der §§ 174, 175 und 176, an die Frage der KZ-Häftlinge, an Kartieren über Schwule, an Berufsverbote und Rausschüsse und die vielen miesen kleinen Nadelstiche, mit denen wir uns tagtäglich ablagen müssen, ich denke auch an Scheinbegründungen gegen unsere Teilnahme, wenn wir irgendwo mitmischen wollen und schließlich auch an die Wärme, die wir uns geben können. Das alles sind doch über die Parteien hinaus genügend Gemeinsamkeiten. Hier müssen unsere wesentlichen Aktivitäten liegen. Außerdem, wir sollten nicht übersehen, wer unsere Bündnispartner sind und wo wir uns mal wieder aufgeben und anpassen müssen. Wir sind doch wer. Oder?

(Die Fragen stellte ein Genosse des KB/Gruppe Frankfurt)

„Inseldasein nicht Ziel der Kinderläden“?

Am 23.1.80 veröffentlichte die „Neue“ einen Beitrag von Mitgliedern eines Westberliner Kinderladens, mit dem diese „informieren und die direkt Betroffenen oder sich betroffenen Fühlenden zur Diskussion... motivieren“ wollten. Eine Absicht, die angesichts des verstärkten Interesses alternativer pädagogischer Projekte an Erfahrungsaustausch und gemeinsamer Durchsetzung von Forderungen, nur zu begrüßen ist. Wir wollen im folgenden auf einige Aspekte des Beitrags aus Westberlin eingehen. Die zusammenfassenden Thesen der Westberliner drucken wir mit ab.

ZU: Zur jüngeren Geschichte der Kinderläden

Hintergrund des Beitrags ist die Entwicklung der Initiativen in Westberlin, deren neuere Geschichte mit dem Ende der Studentenbewegung beginnt. Die Mitglieder des Kinderladens sehen das so: „Die Studentenbewegung verging - die Kinderläden blieben bestehen und wurden sogar mehr. Ein Grund dafür dürfte sein, daß sich viele politische Ziele der Studentenbewegung weder gleich noch direkt durchsetzen ließen, man aber trotz der Enttäuschung hierüber noch die Möglichkeit sah, mit den Kindern und über die Kinder das Gewollte zu erreichen.“

Tatsächlich war es so, daß die Kinderladenbewegung ihren Höhepunkt (was die Anzahl solcher Läden anging) wohl schon Anfang 1969 hatte. Im April 1969 leitete eine Arbeitskonferenz des SDS den Abbau dieser Projekte ein. Sie sollten sich von „liberalen“ Eltern trennen (was zum Bankrott von so manchem Projekt führte) und von der antiautoritären zur „sozialistischen“ Erziehung übergehen. Ein großer Teil der derart umorientierten Kinderläden löste sich 1969/70 auf. Eine an sich logische Entwicklung: Die Kinderläden waren eng verzahnt mit der Apo und konnten zumindest als Bewegung und in der Menge von Projekten nicht das Ende dieser Bewegung überleben. (s. AK 106). Was folgte, was das Engagement einzelner Initiativen, die die Ansätze der Kinderladenbewegung weiterführen wollten. Deren Zukunft war jedoch eng verbunden mit der Erschließung staatlicher Mittel. Die Mitarbeiter des Westberliner Kinderladens berichten, daß dort nach der Studentenbewegung die Förderung von Eltern-Kind-Gruppen einsetzte. Ein anderes Beispiel ist Frankfurt, wo von 1971/72 bis 1978 alternative Projekte als städtische Kitas einsetzte. Ein anderes Beispiel ist Frankfurt, wo von 1971/72 bis 1978 alternative Projekte als städtische Kindertagesstätten (Kitas) arbeiten konnten. Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen sich auch für verschiedene Uni-Kinderläden.

Aus der „Konkurrenzmasse“ der Apo-Kinderläden entstanden also Einzelprojekte, die stark von staatlicher Förderung abhängig waren.

ZU: Vom „Feigenblatt“ zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Die staatliche Förderung führen die Westberliner im Wesentlichen darauf zurück, daß „der Öffentlichkeit ein Aushängeschild für seine (des Staates) Toleranz und Fortschrittlichkeit vor Augen“ gehalten werden sollte. Für Westberlin, wo Ilse Reichelt Anfang der 70er Jahre als „linke“ Senatorin antrat, wohl ein zutreffendes Argument. Zugleich halfen solche Projekte aber auch, den Mangel an staatlichen Kindertagesplätzen zu überdecken. Die Kitas in Frankfurt z.B. verdankten ihre Entstehung u.a. dem Umstand, daß in Frankfurt einige tausend Plätze fehlten.

Logisch also, daß im Zuge der Einsparung von Kindertagesplätzen Mitte der 70er Jahre diese Projekte in Bedrängnis kamen. Zumal die Landesregierungen offenbar zu der Erkenntnis gekommen waren, daß die Schließung alternativer Projekte allzu grossen Protest nicht hervorrufen würde.

Ab 1976, das erwähnen die Mitglieder des Westberliner Kinderladens, wurden in Westberlin erstmals keine neuen Elterninitiativen mehr gefördert. Schon 1974 hatte in Frankfurt die SPD 1.000 geplante Kita-Plätze gestrichen. Ebenfalls 1976 verweigerte der Hamburger Senat dem Kinderhaus Heinrichstraße die finanzielle Gleichbehandlung mit den staatlichen Kindertagesstätten. Die Liste ließe sich fortführen. Projekte müssen heute, teils äußerst langwierig, gegen die Jugendburekraten durchgesetzt werden.

ZU: Der innere Wandel

In Westberlin, so der Bericht in der „Neuen“, kam es für die Zukunft der

alternativen Projekte zu einem fragwürdigen Kompromiß: Elterninitiativ-Kindertagesstätten werden weiter gefördert; die Förderung ist aber „von sehr weitreichenden pädagogischen und formalen (baulichen, räumlichen) Auflagen abhängig. Beispiele hierfür: Es muß eine ausgebildete Fachkraft als Bezugsperson eingestellt werden, die Gruppengröße orientiert sich an den Kita (staatl.)-Gruppengrößen (bis 25 Kinder in einer Gruppe, AK); ein zu genehmigendes pädagogisches Konzept muß vorgelegt werden; die Größe und Gestaltung der Gruppenräume unterliegt relativ strengen baupolizeilichen und hygienischen Vorschriften; kurz: Die Kinderläden werden den (staatlichen) Kitas angeglichen.“ Womit die Kinderläden eigentlich wieder an ihrem Ausgangspunkt wären, dem Nichteinverständnis mit den Bedingungen in staatlichen Kindertageseinrichtungen. Diese Politik ist nicht auf Westberlin beschränkt. Nach dem geplanten Jugendhilfegesetz sollen alternative Projekte sich künftig fünf Jahre vorher anmelden, um überprüfen zu lassen, ob für sie „Bedarf“ ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß das für Eltern-Initiativen kaum zu schaffen wäre! Die Westberliner Kinderladenleute stellen im Gefolge dieser Entwicklung „Veränderung der inneren Struktur der Kinderläden“ fest. „Waren vorher gesellschaftliche, politische Ansprüche Grundlage und Orientierungspunkte der Kinderladenerziehung, so sind es jetzt private, die höchstens am Rande auch als politisch empfunden werden. Die Eltern wollen ihr(e) Kind(er) gut unterbringen; sie wollen an der Erziehung im Kinderladen direkt beteiligt bleiben. Es scheint sich innerhalb der Kinderläden eine wohlige Satttheit breitzumachen.“ Nach Meinung der Kinderladen-Leute sind weitergehende Ansprüche verloren gegangen, „sowohl was die Entwicklung der Erziehung in den Kinderläden betrifft als auch die Funktion und Entwicklung der Erziehung in der Gesellschaft. Die früheren Kinderläden... hatten einen gewaltigen Einfluß auf die Struktur der öffentlichen Erziehungseinrichtungen, jedenfalls gemessen an dem, was vorher da lief. Dieser Einfluß war auch eines ihrer Ziele. Die Kinderläden heute scheinen diesen Anspruch nicht zu haben. Sie sind selbstbegrüßsam und zwar offensichtlich auch, was ihre eigene Entwicklung angeht, deren extremstes Merkmal die Vereinzelung, das Vor-Sich-Hin-Wurschteln der einzelnen Läden ist.“

mal die Vereinzelung, das Vor-Sich-Hin-Wurschteln der einzelnen Läden ist.“

Sicher ist etwas dran, daß in finanziell gesicherten Verhältnissen vielfach nur beruhigt dran gedacht wird, daß fürs eigene Kind „das Beste“ getan wird. Diese Haltung hat aber durch-

Zusammenfassende Thesen:

1. Es wird langsam Zeit, daß sich die Kinderläden miteinander darüber auseinandersetzen, was in ihnen selber vorgeht und was zu ändern ist. Selber etwas „gut“ zu machen genügt nicht - wobei noch zu klären wäre, was „gut“ ist.
2. Ziel der Kinderläden ist nicht, Inseln in der bösen Gesellschaft zu sein, sondern auf diese positiv einzuwirken, primär auf die sonstigen öffentlichen Erziehungseinrichtungen. Konkrete Ansatzpunkte ergeben sich aus dem Anspruch - auch der öffentlichen Kitas -, der demokratischen, nicht-autoritären Erziehung, welchem entgegenstehen: die Gruppengrößen; die räumlichen Mißstände (Größe und Gestaltung); die hierarchische Organisation der Kitas und die geringe Einbeziehung der Eltern in die pädagogische Arbeit, welche teilweise in dem Verbot gipfelt, die Gruppenräume zu betreten (aus „hygienischen“ Gründen etwa).
3. Es ist notwendig, daß neben den öffentlichen (i.S. von staatlichen) Kitas private Initiativen bestehen, die sowohl Einfluß auf die Entwicklung der öffentlichen Kitas ausüben als auch dem Recht der Eltern genügen, sich zusammenzuschließen und ihre eigenen Erziehungsvorstellungen zu entwickeln.
4. Die finanzielle Förderung der Kinderläden durch den Staat ist nicht in dessen Belieben gestellt, sondern ein Recht der Kinderläden, welches sich aus der Notwendigkeit ihres Bestehens und dem Recht der Eltern (aus Art. 6, II GG) ergibt.
5. Die finanzielle Förderung muß kostendeckend sein; sodas die Elternbeiträge zumindest nicht höher sind als in öffentlichen Kitas (dort z.Zt. noch allgemein 40 DM/Monat, in FKts im Durchschnitt wohl zwischen 60 und 200 DM).
6. Die finanzielle Förderung darf weder abhängig sein vom Fehlen öffentlicher Kitaplätzte noch von pädagogischen oder baupolizeilichen Auflagen des Staates (wenn da Gefahren abzuwehren sind, geht das auch anders).
7. Um gemeinsame Forderungen sowohl feststellen als auch durchsetzen zu können, ist außer dem Willen dazu eine gemeinsame Plattform (Organisation?) der Kinderläden notwendig.

aus Tradition in der Kinderladenbewegung. Sie war schon vor 10 Jahren ein Knackpunkt in der Auseinandersetzung mit den „liberalen“ Eltern in Kinderläden, die anders als die linken Gründer der Kinderläden alternative Erziehung nicht so sehr als politisch bedeutsames und veränderndes Projekt ansahen, sondern in erster Linie als „das Beste“ fürs Kind. Als Kronzeugen hatten sie damals den „Erfinder“ der antiautoritären Erziehung, Neill, der neben unzähligen wertvollen Erfahrungen auch die Position einbrachte, ihn interessierten die gesellschaftlichen Verhältnisse wenig, er wolle „nur“ glückliche Kinder.

Unter solchen Verhältnissen innerhalb von Projekten bleibt es allerdings oftmals nicht bei dem, was die Westberliner „selbstgenügsam“ nennen. Es entwickeln sich auch ganz und gar nicht alternative Strukturen: Eltern betrachten sich als Arbeitgeber, treten entsprechend selbstherrlich gegenüber den Erzieherinnen und Erziehern auf und erwarten gleichzeitig, dass ihre „Angestellten“ sich für den Kinderladen - weil eben - rund um die Uhr abrackern.

Die „Selbstgenügsamkeit“ hat auch noch einen anderen politischen Aspekt: Besonders beliebt sind bei den Landesregierungen natürlich gerade die Projekte, in denen „kommunistische Indoktrination“ gewittert wird. Das begünstigt Tendenzen, Ansprüche auf politische Erziehung und Wirkung zugunsten des Auskommens mit den Behörden hintenanzustellen.

Andere, und nicht wenig Projekte demgegenüber kommen gar nicht so recht dazu, große pädagogische Wirkung nach außen zu erzielen, weil bei ihnen über Jahre der Kampf ums Überleben, d.h. um staatliche Zuschüsse, im Vordergrund steht.

Schließlich und endlich haben sich die Bedingungen für alternative Erziehung verändert. Vor zehn Jahren konnte allerlei von dem Schrott, den 20 Jahre CDU-Herrschaft hatten zusammenkommen lassen, in Frage gestellt werden. Die Kinderläden hatten ihre feste Verbindung mit der Protestbewegung. Heute hingegen haben wir es eher mit einem Rollback zu „Ehrfurcht“, „Fleiß“ und „Disziplin“ zu tun. Zudem sind Kinderläden heute nicht unbedingt ein geliebtes Kind der Linken, sondern stehen vielfach ein bißchen in der exotischen Ecke.

Die Thesen aus Westberlin

Die Thesen aus Westberlin

In den zusammenfassenden Thesen ihres Beitrags (s. Kasten) wiederholen die Kinderladen-Leute ihre Ansichten zum inneren Wandel der Kinderläden nur sehr allgemein, verbunden mit der Aufforderung, sich darüber auseinanderzusetzen, was in den Projekten selbst vorgeht. Ergänzen sollte man da auf jeden Fall, daß es in Kinderläden nicht nur um alternativen Umgang mit und zwischen Kindern, sondern auch zwischen Erwachsenen geht.

Bei der letzten These könnte ergänzt werden, daß es schon Ansätze gemeinsamer Plattform gegeben hat, z.B. zum Jugendhilfetag 1978 in Köln. (Damals gab es eine gemeinsame Broschüre verschiedener Initiativen „Kinder, Kinder“, die u.a. noch zu bekommen ist).



Da man nun nicht warten kann, bis sich alle Kinderläden mal zusammensetzen, könnte ein Anfang, eine Fortsetzung der Diskussion dadurch gemacht werden, daß zu einzelnen in diesem Beitrag und den Thesen aus Westberlin angesprochenen Projekten berichtet wird. Auch der AK steht dafür offen. Kinderkommission Hamburg

Bettina Wegner spielte für ein Kinderhaus in Frankfurt



Bettina Wegner, Liedermacherin aus der DDR, hier bekannt geworden durch ihr Lied „Kinder“, hatte am 15.4. ihren ersten öffentlichen Auftritt in der BRD - in einem Solidaritätskonzert für das geplante Kinderhaus „Kita im Exil“ in Frankfurt. Der Saal war restlos ausverkauft: 1.400 Besucher kamen. Deshalb sagte Bettina zu, das Konzert am 10.6. zu wiederholen. Außer ihr spielten die Frankfurter Gruppe „Bausch und Bogen“ und die Schauspieler Altmann und Krachkamp vom - durch CDU-Oberbürgermeister Wallmann genauso wie die Kitas aufgelösten - „Theater am Turm“ (TAT).

Mit den Einnahmen des Konzerts ist „Kita im Exil“ wieder ein Stück näher an die für den Kauf eines Kinderhauses notwendige Summe herangekommen. Weitere Beiträge dazu leisteten das Kinderhaus Heinrichstraße, Hamburg (mit einem Teil des Erlöses vom letzten Kinderhaus-Konzert), sowie „Netzwerk“ Westberlin und Rhein-Main mit 35.000 DM.

Stur dagegen stellt sich nach wie vor Frankfurts CDU-Magistrat. Hatte es 1978, bei der Schließung der städtischen Kitas, noch geheißsen, man werde es unterstützen, wenn das Kita-Modell durch einen freien Träger fortgeführt wird, will man heute nichts mehr davon wissen.

fortgeführt wird, will man heute nichts mehr davon wissen.

Trotzdem werden Wallmann und Co. sich wohl damit abfinden müssen, daß gegen ihren Willen Kita-Erziehung in einem Kinderhaus fortgesetzt wird. Die nächste berechnete Forderung kommt da schon auf sie zu: Sie sollen den Kinderhaus-Eltern genau die gleichen Zuschüsse zahlen, mit denen sie auch die städtischen Tagesheimplätze bezuschussen. - Das müßte doch wohl durchzusetzen sein?! ...

KB-Kinderkommission Hamburg

KINDER

Sind so kleine Hände winzige Finger dran. Darf man nie drauf schlagen die zerbrechen dann.

Sind so kleine Füße mit so kleinen Zehn. Darf man nie drauf treten können sie sonst nicht gehn.

Sind so kleine Ohren scharf, und ihr erlaubt. Darf man nie zerbrüllen werden davon taub.

Sind so schöne Münder sprechen alles aus. Darf man nie verbieten kommt sonst nichts mehr raus.

Sind so klare Augen die noch alles sehn. Darf man nie verbinden können sie nichts verstehn.

Sind so kleine Seelen offen und ganz frei.

Sind so kleine Seelen offen und ganz frei. Darf man niemals quälen gehn kaputt dabei.

Ist son kleines Rückgrat sieht man fast noch nicht. Darf man niemals beugen weil es sonst zerbricht.

Grade, klare Menschen wärn ein schönes Ziel. Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zuviel.

Bettina Wegner

Zwei Kleinkindinitiativen stellen sich vor:

KINDERGARTEN ROMBERGSTRASSE e.V.

NACH 3 1/2 JAHREN - KÜNDIGUNG

WIR WOLLEN NICHT RAUS!



Preis DM 2,-
20 Seiten
zu beziehen über:
Verein Kindergarten
Rombergstr. e.V.
Rombergstr. 7
2000 Hamburg 19

Finkenau
Kleinkindergarten e.V.



Wer wir sind
und was
wir wollen

Preis DM 2,50
28 Seiten
zu beziehen über:
Gert Kleinfeldt
Moorkamp 26
bei Dachsel
2000 Hamburg 6

Behinderter stellt Asylantrag in Holland

Freiheit und Glück für Franz Christoph

Wer ist Franz Christoph? Franz ist einer von uns: ein Krüppel. Er hat in den Niederlanden einen Antrag auf politisches Asyl gestellt. Geboren wurde er als Sohn einer bayerischen Polizistenfamilie, mit einem Jahr erkrankte er an Kinderlähmung. Es folgten ein mehrjähriger Krankenhausaufenthalt, zwei Jahre Volksschule, Landesanstalt für körperbehinderte Jugendliche, mit 14 aus der Anstalt „gefeuert“. Nach Abschluß einer Lehre als Industriekaufmann arbeitete er u.a. zuletzt bei MAN.

Zu dieser Zeit fand er politischen Kontakt zur „KPD“, gleichzeitig wurde er vom Staatsschutz als Spitzel umworben. Seiner Ablehnung folgten diverse Ermittlungsverfahren, die zwar alle eingestellt wurden, aber zum Verlust der Wohnung und seiner Entlassung führten.

Nach anfänglichen Solidaritätsbekundungen der „KPD“ geht diese schließlich dazu über, Franz als vermeintlich „gut getarnten Spitzel“ zu diffamieren: „Man hielt es für ausgeschlossen, daß ich als Behinderter von der Polizei härter verfolgt würde als manch politisch profilierter ZK-Genosse. Man deutete dies als nur scheinbare Unterdrückung, die den Sinn haben sollte, mich als glaubwürdigen Genossen in die Partei einzuschleusen, um dort als Spitzel tätig zu sein. Diese Argumentation diente den Genossen dazu, sich von dem Solidaritätszwang zu befreien“ (zit. aus Franz' Asylantrag, S. 3 Pkt. 12).

Kurze Zeit später bemüht sich Franz um Kontakt zum KBW. Gemäß dessen „Gepflogenheiten“ wird Franz gezwungen, eine Arbeitsstelle nachzuweisen. Da er keine findet, täuscht er sie nur vor. Diese Tatsache dient schließlich als erneuter Anlaß, Franz wiederum als Spitzel zu verleumden, nach dem Motto: Wer lügt, muß ein Spitzel sein! (Eine Variante der bürgerlichen Version: Wer lügt, der stiehlt!). „Man entführte mich von der Straße in das KBW-Büro, wollte aus mir ein Geständnis herausprügeln, daß ich ein Spitzel sei. Dann ließ man mich zum Schein laufen, verfolgte mich aber weiterhin, um mich zu beschatten“ (a.a.O., S. 4 Pkt. 16).

Aufgrund dieses Drucks setzt sich Franz nach Frankreich ab. Dort lebt er ca. ein 3/4 Jahr als „Penner“.

„Zur gleichen Zeit entwickelte sich bei mir schon ein Behinderterstandpunkt (Behinderung = Unterdrückung von Behinderten durch nicht-Behinderte auf Grundlage gesellschaftlicher Wertvorstellungen). Dieser Standpunkt konnte sich bei mir entwickeln, da ich — im Gegensatz zu einem Teil der anderen Behinderten — kein Möglichkeit mehr hatte, die Unterdrückung durch Nichtbehinderte und das System durch Lüge zu verdrängen...“ (S. 6 Pkt. 20).

Daraufhin kehrt Franz in die BRD zurück, jetzt, um bewußt in W.-Berlin Behindertenarbeit zu machen. Aufgrund seiner Praxis gerät er in wachsendem Maße in Widerspruch mit den Behindertenpädagogen. Um als gleichwertiger Gesprächspartner anerkannt zu werden, ist Franz gezwungen zu lügen, seinen „Nur-Volksschulabschluß“ durch das „Begabtenabitur“ zu „ergänzen“.

Er findet somit Zugang zur Behindertenpädagogenfachwelt und es gelingt ihm, auf dem Kongreß der Behindertenpädagogik in Heidelberg 1979 die Pädagogen in zwei Lager zu spalten. Einerseits erfährt er Unterstützung seiner Thesen des Behinderterstandpunktes, andererseits wird er als verbittert abgetan, um die Auseinandersetzung mit ihm nicht länger führen zu müssen.

Warum dieser Antrag auf politisches Asyl?

„...Ich sehe mich als politischen Behinderten unterdrückt — einmal von der bundesrepublikanischen Polizei, zum anderen von Linksektierern und schließlich von Behindertenfachleuten, die uns Behinderte noch immer selbstverständlich auf Grundlage ihres »akademischen Status« zum Objekt ihrer verschiedenen Ideologien machen...“ (Vorwort zum Asylantrag).

Um die politische Bedeutung dieses Antrages verstehen zu können, stellen wir den Behinderterstandpunkt im wesentlichen mit Franz' eigenen Worten dar: Grundsätzlich heißt das: Wir Krüppel werden von den Nichtbehinderten unterdrückt, von ihnen zu Behinderten gemacht — bereits die Eltern lehnen oftmals

ihr behindertes Kind emotional ab, weil es nicht der „niedliche, süße Fratz“ geworden ist;

— Schon früh fängt die gesellschaftliche Ausgliederung Behinderter an, im Sondereinzelheim und in der Sonderschule, sie wird fortgesetzt in der Behindertenwerkstatt und endgültig besiegelt im Behindertenheim;

— Ob Behinderte in der „Freiheit“ leben können und dürfen, hängt davon ab, wie weit sie sich an die Lebensformen und Leistungsnorm der Nichtbehinderten anpassen können.

Sowohl die Aussonderung in Heime wie der ständige Zwang zur Anpassung führt zur Zerstörung der Persönlichkeit.

„...Der Grund für die Einweisung waren zwangsläufig entstehende Konflikte zwischen der Lebensrealität eines behinderten Kindes und den Nichtbehinderten. Ich halte es für notwendig, solche Konflikte auszutragen, anstatt uns in einem sogenannten »Schonraum« auszuschließen. Nur so können Nichtbehinderte eine Konfliktfähigkeit gegenüber Behinderten erlangen, nur so kann verhindert werden, daß sich eine moralische Verlogenheit gegenüber Behinderten herausbildet, nur so kann der Behinderte lernen, zu seiner eigenen Lebensrealität zu stehen. Ich sehe es als Akt der Unterdrückung, wenn der Behinderte schon von klein an für sich spürbar als »unnormale« ausgesondert wird. Diese Aussonderung, die in Wahrheit einen Schutz des »Normalen« vor dem Behinderten darstellt, wird dann noch karitativ verbrämt, als besondere »Fürsorglichkeit« gegenüber uns Behinderten! Als bekanntes Beispiel für diese Art menschlicher Vermarktung des Behinderten könnte man die »Aktion Sorgenkind« anführen. (Hier kaschiert man sogar die Spilleidenschaft des Nichtbehinderten als Aktion der guten Tat!...)“ (Asylantrag Teil 2, S. 2 Pkt. 3).

Daß dieser „Schonraum“ selbst im Heim gar nicht existiert, verdeutlicht

die Repression der Normalität auch vor diesem nicht haltmacht. Da die Institution Heim schon als solche eine Form der Repression darstellt, ist es nur logisch, daß die Repression innerhalb des Heimes weitergeht...“ (S. 2/3 Pkt. 5).

— Diesem „Schonraumdenken“ entspricht es, uns Behinderten minderwertige Arbeiten zuzuweisen: „...Meine Anpassungsschwierigkeiten auf den Arbeitsstellen resultierte nicht etwa aus der Arbeit selbst. Im Gegenteil, ich wurde permanent durch primitive Aufgabenstellungen unterfordert, da man nach den Nichtbehindertenvorstellungen davon ausging, daß diese Arbeiten dem Status eines Behinderten entsprachen. Ich sehe dies als Unterdrückung von Nichtbehinderten auf der Grundlage von gesellschaftlichen Wertvorstellungen.“

In der Stellenwerthierarchie eines Betriebes kam der Behinderte — unabhängig von seiner Qualifikation — an letzter Stelle. Da die Mitarbeiter immer bestrebt waren, dies zu verschleiern, mußten Konflikte durch ihr Verhalten entstehen, die Unruhe in den Abteilungen auslöste. Weil ich mit meinen Widerständen nicht in die Normalität hineinpaßte, störte ich permanent den Betriebsfrieden. — Auch hierin sehe ich wieder nicht mein individuelles Problem, sondern es lassen sich Rückschlüsse ziehen, weshalb so manche Sonderprogramme der Bundesregierung zur Integration Behinderter in die Arbeitswelt scheitern. Dies sogar, obwohl man von Staats wegen den Unternehmern viel Geld nachschmeißt, um uns gesellschaftliche »Übel« zu beschäftigen. — Wenn man eine Verunsicherung der nichtbehinderten Kollegen und eine dadurch verursachte Schmälerung ihrer Arbeitsleistung berücksichtigt, kann man zu der Annahme kommen, daß der gezahlte Geldbetrag den von den Firmen einkalkulierten Schaden durch unsere Beschäftigung nicht ausgleicht. Nur so ist es m.E. zu erklären, daß



wesentlich geringer als bei Nichtbehinderten. Scheitern hier Operationen, kann man, aufbauend auf der versteckten Ideologie unwerten Lebens, behaupten, dies ist nicht so schlimm, behindert war der Behinderte ja sowieso. Ist es ein Erfolg, kann man sich freuen, etwas für einen Unnormalen getan zu haben. Überspitzt ausgedrückt zählt es natürlich auch als Erfolg, wenn ein Behinderter zwei Jahre im Krankenhaus gelegen ist und für diesen Preis den kleinen Zeh wieder rühren kann. Auch das mit den zwei Jahren ist ja nicht so schlimm, kann der Behinderte nach Meinung der nichtbehinderten Ärzte ja sowieso nichts Sinnvolles mit seiner Freiheit anfangen...“ (S. 5, Pkt. 8).

Aktueller Nachtrag — Steht Franz Christoph Abschiebehaft bevor?

Aktueller Nachtrag — Steht Franz Christoph Abschiebehaft bevor?

Im Januar dieses Jahres erfolgte die erste Ablehnung des Asylantrages durch das holländische Justizministerium (der Antrag selbst wurde schon im Oktober letzten Jahres gestellt). Der Hammer dabei ist, daß mit keinem Wort auf den Antrag selbst eingegangen wurde, Franz aber massiv aufgefordert wurde, unverzüglich Holland zu verlassen, „...da dem niederländischen Staat nicht zuzumuten sei, das Franz sich auf dessen Kosten (offizielle Sozialunterstützung) weiterhin in Holland aufhält“. Die Tatsache, daß ihm gleichzeitig Berufung gegen diese Entscheidung zugebilligt wird, er andererseits als „Illegaler“ durch die niederländischen Behörden verfolgt wird, ist schon mehr als zynisch. Absolut wahnwitzig wird die Geschichte aber dadurch, daß sich die Behörden überhaupt nicht mal die Mühe gemacht haben, nachzuprüfen, ob Franz tatsächlich jemals einen Pfennig vom niederländischen Staat beansprucht hat. Hat er nämlich nicht!

Nach erfolglosen eineinhalbwöchigen Abschiebungsbemühungen waren die Behörden gezwungen, den Zustand der Illegalität aufzuheben, was sie allerdings nicht daran hinderte, Franz weiterhin zu schikanieren. So wurden z.B. mehrere Hausdurchsuchungen bei Freunden und Unter-

stützern von Franz durchgeführt, ihm selbst aufgelauert und man schlug ihn zusammen. Bei seinen offiziellen Meldeterminen versuchte die Fremdenpolizei, ihm mit Verhaftung zu drohen und ihm somit ständig das Gefühl der Halblegalität und des Bittstellers zu vermitteln.

Inzwischen hat sich die Situation zugespitzt: Am Dienstag nach Ostern begleiteten wir Franz bei seinem Meldegang als Gruppe von deutschen Krüppel, die ihn hier als offizielles Komitee in der BRD unterstützen. Unter anderem dadurch erreichten wir eine Verunsicherung der Bullen, so daß die von uns erwartete Verhaftung ausblieb. Gleichzeitig wurde ihm allerdings angedeutet, daß er am Dienstag, den 22.4. mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen habe.

Nach den letzten halbamtlichen Informationen müssen wir von der Befürchtung ausgehen, daß Franz Dienstag, den 22.4. mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen habe.

Nach den letzten halbamtlichen Informationen müssen wir von der Befürchtung ausgehen, daß Franz beim nächsten Meldetermin die Ablehnung seines Antrages präsentiert und er infolge eines möglichen Auslieferungsantrages von Seiten des bundesdeutschen BKA in Abschiebehaft genommen wird. Andeutungen in diese Richtung wurden dahingehend gemacht, daß man ihm „Kurierdienste im Zusammenhang mit der Terrorscene“ anlasten wolle. Gestützt werden soll diese Anschuldigung offensichtlich darauf, daß Franz in den letzten Jahren eine „auffällige“ Reisetätigkeit entwickelte. Gemeint sind damit seine durchaus zahlreichen Besuche bei Krüppeln in Nachbarländern, zu denen er auf verschiedenen „Behindertenkongressen“ Kontakt geknüpft hatte.

Das Vorgehen sowohl der niederländischen als auch der bundesdeutschen Behörden macht die politische Brisanz dieses Antrages deutlich. Für uns und für Franz wird einmal mehr klar, wie notwendig eine weitere Verbreitung seines Antrages und die Auseinandersetzung darum hier in der BRD ist. Wir dürfen damit nicht so lange warten, bis Franz als ein weiteres Opfer des Modell Deutschland zu verzeichnen ist.

Freiheit und Glück für Franz Christoph!



folgendes Zitat: „Meine Schwierigkeiten in der Behindertenanstalt basierten auf einem brutalen Selbstbehauptungsmechanismus der gesamten Insassen, der entstand in Anlehnung an die vermeintliche Normalität der Nichtbehinderten. In einer Zwangsorientierung an den uns als Halbgott angepriesenen »Normalen« entstand unter uns eine Hierarchie des Körpers: Es wurde sehr viel gerauft, und dabei wurden die verschiedenen Körperschädigungen gegeneinander ausgespielt. Beispiel: Derjenige mit zwei Armen schlägt den Einarmigen, der Einarmige schlägt denjenigen, der nur zwei Armstümpfe hat. Auch an diesem Beispiel kann man aufzeigen, daß der uns vordergründig zugestandene »Schonraum« jeder Grundlage entbehrt, da

trotz der Sondermaßnahmen der Regierung die Arbeitslosigkeit der Behinderten ansteigt...“ (S. 4/5, Pkt. 8).

Die Ideologie vom minderwertigen Behinderten leben zeigt sich am krassen in der medizinischen Praxis, die uns Krüppel als gefundene Experimentierobjekte mißbraucht: „Auf der Grundlage der Normvorstellung von Nichtbehinderten, daß Behinderte weniger wert seien sowie aus der Erziehung der Behinderten, daß ihr höchstes Lebensziel nur sein kann, dem Nichtbehinderten ein Stück näher zu kommen, also auf Grundlage der Verleugnung der eigenen Lebensrealität von Behinderten, sind die Behinderten in der Regel die geeignetsten und dankbarsten Operationsobjekte. Die Abwehrmechanismen sind hier

URSULA EGGLI

Geschichten aus

FREAKLAND

SLABOGRAF VERLAG MÜNCHEN

Was sind Freaks? Na klar, wird jeder sagen, das sind die (links-)radikalen Individualisten, Spontis und viele andere. Im Englischen heißt „Freak“ wörtlich „behindert“. Also noch eine Bedeutung. Nimmt mensch beides zusammen, dann hat mensch genau die Freaks, denen Ursula Eggli ihre „Wegwerfgeschichten“ gewidmet hat.

„Das reich der freaks ist ein wunderbares, ebenes Land in irgendwo — nahe bei überall. Es ist dort, wo das normale verpöht, das abnormale die norm ist. Es ist dort, wo es wesen gibt mit vier rädern am hintern und mit holzstöcken als beine oder mit fehlenden gliedern.“

Zu bestellen bei:
 Ursula Eggli
 Reichbachstraße 122
 CH-3004 Bern
 Schweiz

DROBS Giessen vor Schließung

Am 28. April fällt im Kreistag von Gießen die Entscheidung darüber, ob die Jugend- und Drogenberatungsstelle (DROBS) Schanzengasse weiter besteht oder nicht. Vordergründig geht es um die finanzielle Absicherung der Arbeit des fast zehn Jahre alten privaten Trägervereins „Rauschmittelprobleme e.V.“, dahinter verbirgt sich die Absicht, eine politisch unbequeme Einrichtung auf kaltem Wege zu zerschlagen.

Die DROBS Gießen wurde 1972 gegründet als Erweiterung einer Art Selbsthilfeinitiative, die auf privater Ebene das Drogenproblem in der Region aufzufangen versuchte. Seitdem hat sich ihre Arbeit mit Jugendlichen und Drogenabhängigen nach Ansicht vieler Fachleute vorbildlich bewährt. Ihre Erfahrungen sind beispielhaft für zehn Jahre Drogentherapie in der BRD und ihre Auseinandersetzungen stehen beispielhaft für zehn Jahre Kampf der wenigen selbstverwalteten Einrichtungen, nicht vom staatlich monopolisierten Drogenprogramm geschluckt zu werden, wie es einer ganzen Reihe von Einrichtungen erging.

Als noch „mehr Demokratie gewagt“ wurde...

Zu Beginn der Vereinstätigkeit bestand der Ansatz darin, Jugendlichen die Möglichkeit zur Kommunikation und Selbsterfahrung zu geben. Die Mitarbeiter verstanden sich selbst auch als Angehörige der Subkultur, „die sich hauptsächlich durch den Anspruch auszeichnete, gesellschaftliche Werte und Normen zu hinterfragen und alternative Lebens- und Beziehungsformen und Erfahrungsweisen zu entwickeln“ (Dokumentation der DROBS und Jugendberatungsstelle Gießen, 1978). Für viele Jugendliche war der Gebrauch von Drogen wie Haschisch und LSD mit diesem gesellschaftskritischen Ansatz verbunden.

„Sie verfielen dem Fehler, allein den positiven Aspekt der Droge — die Möglichkeit, die Realität anders und in neuem Zusammenhang zu erleben — aus dem Gesamtkontext, in dem der Drogengebrauch eingebettet ist, herauszulösen. Eine kritische Auseinandersetzung fand nicht statt — sie wurde auch nicht zuletzt verhindert durch die verteilenden „Rauschgiftstories“ in der Presse, aufgrund derer die Jugendlichen dann jeder Kritik mit Mißtrauen begegneten. Im Laufe der Zeit mußten die Mitarbeiter die Erfahrung machen, daß eine Erziehung von mindestens einhalb Jahrzehnten Zeit mußten die Mitarbeiter die Erfahrung machen, daß eine Erziehung von mindestens einhalb Jahrzehnten sich nicht einfach mit Trips oder Haschisch austreiben läßt. Und ein weiteres Ergebnis ihrer reflektierten Praxis: „Die Mehrzahl der Drogenbenutzer brachte es nicht fertig, die psychodelischen Erfahrungen sinnvoll mit der gewohnten Realität in Verbindung zu bringen oder als konstruktives Element in sie einzufügen. Bewußtseinsveränderung ohne Konsequenzen, ohne den Impuls zur Veränderung im gesellschaftlichen Bereich und damit zu einer Veränderung der Funktion des Einzelnen bleibt sinnlos“ (Dokumentation...).

Die Mitarbeiterinnen wurden durch diese Erfahrungen enttäuscht, gleichzeitig tauchten die ersten „harten“ Drogen auf und stellten das Team unvorbereitet vor Probleme, denen es nicht gewachsen war — es löste sich auf.

Umbruch in der Szene — Veränderung der Therapie

Von nun an stand für das neue Team nicht mehr der bewußtseinsverändernde Aspekt „weicher“ Drogen im Vordergrund, sondern der der selbstzerstörerischen „harten“ Suchtdrogen. Auch stieg der Anteil jugendlicher Arbeitsloser, Schulabbrecher, Randgruppenmitglieder und Arbeiterkinder unter den Hilfesuchenden entsprechend der Lageveränderung der Jugendlichen in der BRD. Die Erfahrungen mit einer dementsprechenden Therapie waren hierzulande noch gering, es mußte experimentiert werden. Ende 1972 startete das Team ein Entzugsprojekt, das der schlechten Versorgungssituation der abhängigen Rechnung tragen sollte. Das Projekt schlug fehl, den Mißerfolg konnten Klienten und Mitarbeiterinnen gleichermaßen ausbaden: die Stadt schloß die Teestube. „Das Ziel der „vermittelnden und unterstützenden Hilfe zur Selbsthilfe“ war endgültig gescheitert“ (aus der Dokumentation).

Die Basis des therapeutischen Selbstverständnisses wurde verändert, weil eine abgeschlossene Therapie nicht leistbar war. Die unter dem Namen Drogenberatungsstelle neu eröffnete Teestube beschränkte sich deshalb auf die Funktion eines Kontakt- und Kommunikationszentrums sowie einer Beratungs- und Betreuungsstelle. Im Laufe der nächsten zwei Jahre entwickelte sich die bis dahin abgelehnte Zusammenarbeit mit dem Psychiatrischen Krankenhaus Gießen (PKH), die sowohl die gemeinsame Betreuung von Patienten betraf als auch dem fachlichen Austausch und Fortbildungsprogrammen diente. Die Supervision der Arbeit wurde anfangs von Prof. H.E. Richter durchgeführt. Auch wurden stationäre Gruppen in Justizvollzugsanstalten gegründet, die unter Knastbedingungen Beratungsarbeit zu leisten versuchten, eine Wohngemeinschaft wurde betreut, die ambulante Arbeit verstärkt und analytisch orientierte Gruppen im Rahmen der Nachsorge aufgebaut.

Aus der Erkenntnis heraus, daß als Beratungsstelle — bezogen auf den gesamtgesellschaftlichen Effekt — nur „Flickwerk“ geleistet werden kann und die krankmachenden gesellschaftlichen Strukturen dort nicht verändert werden können, kam das Team zu der Definition ihrer Arbeit, „daß Jugendliche in Kommunikation zueinander treten können, um ihre Lage gemeinsam zu begreifen und auch gemeinsam eine Problembewältigung angehen zu können“ (n. Dokumentation).

Der Anstieg der Zahl jugendlicher Alkoholiker und Jugendlicher mit psychosozialen Konflikten, aber (noch) ohne Drogenproblematik, machte eine Erweiterung des Tätigkeitsfeldes notwendig. Der Arbeitsbereich „Psychosoziale Jugendberatung“ wurde ins Konzept verankert und beinhaltete sowohl die Arbeit mit Einzelnen als auch intensive Außenarbeit an Schulen und in Jugendgruppen.

Auf diese Weise wurde die DROBS auch zur JUBS und verzahnte sich mit einer Vielzahl anderer Institutionen und Fachkräfte, wie Rechtsanwälten, Sozialarbeitern/innen anderer Projekte, Krankenhäusern, Sozialämtern, Bewährungshelfern u.a. Es entstand das Drogenprogramm, das in den Grundzügen bis heute Gültigkeit hat:

1. Ambulante Kontaktaufnahme, Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu einem/r Mitarbeiter/in, beratende Gespräche, Bewerbung für eine Langzeittherapie in einer therapeutischen WG.
2. Klinischer Entzug und psychotherapeutische Behandlungsphase im Krankenhaus, dabei enge Zusammenarbeit mit der DROBS.
3. Therapeutische WGs in allen Teilen der BRD mit verschiedenen Konzepten.
4. Ambulante Nachbehandlung in „Ehemaligen Gruppen“, entweder bei der Therapie- oder der Beratungsstelle.

Die Erfolge dieses Konzeptes waren überproportional und ließen die Beratungsstelle zu einer anerkannten Einrichtung werden. So schreibt beispielsweise eine ehemalige Klientin: „Ich hatte also nicht den Eindruck, mit einer Institution oder Behörde zu sprechen, der man als Süchtiger, aufgrund der immer schärfer werdenden Gesetze, ein traurig hohes Maß Mißtrauen entgegen bringen muß, sondern vielmehr mit Menschen, deren persönliches Interesse und deren Offenheit und sehr gute Kenntnis der „Szene“ eine besonders nutzbringende Arbeit ermöglicht.“

Der Staat mischt sich ein — 1. und 2. Akt

Die Bundesregierung beschloß 1970 ein bundesweites Modell, in dessen Rahmen an über 100 Aktivitäten ab 1973 für 5 Jahre Gelder gezahlt wurden. Das Ziel dieses vom Max-Planck-Institut (MPI) wissenschaftlich betreuten Projektes war die Erforschung der Ursachen des zunehmenden Rauschmittelproblems, die Aufklärung über die Gefahren, die Einrichtung von Beratungs- und Behandlungsstellen und die Erarbeitung von Vorschlägen für Gesetzesmaßnahmen. War dieses Projekt anfangs noch als Hilfestellung ausgegeben worden ohne daß eine Kontrolle der Einrichtungen damit verbunden sein sollte, so standen am Ende sogenannte Mindestkriterien, die u.a. halbjährliche Berichte, computergerechte Erfassungsbögen der Gesamtpersönlichkeit der Klienten und ein paar Ausstattungsforderungen umfaßten. Deren Erfüllung wurde verbindlich für die weitere finanzielle

Unterstützung gemacht. Die anfangs formulierte Absicht, das beste Therapiemodell herauszufinden, machte einer fast ausschließlich auf verhaltenstherapeutische Methoden und auf die Aufarbeitung der persönlichen Geschichte und „Schuld“ eingegrenzten Therapieform Platz.

Als einer der wenigen „freien“ Träger war (und ist) der Verein „Rauschmittelprobleme“ besonderer Belastung bei Unsicherheit über die finanzielle Absicherung ausgesetzt. Zudem akzeptierten Mitarbeiter/innen und Träger gleichermaßen die Hauptpunkte der Mindestkriterien nicht und initiierten gemeinsam mit einigen wenigen anderen Einrichtungen den bundesweiten Widerstand dagegen. Es konnte trotzdem nicht verhindert werden, daß keine der alten Einrichtungen in das Anschlußmodell übernommen wurde. Die meisten der alten Einrichtungen wurden zwar von ihren jeweiligen Kommunen übernommen, aber um den Preis, daß die Beratungsstellen in ein genau durchschaubares System eingebaut wurden, in dem letztendlich jeder einzelne Schritt kontrolliert und vorgeschrieben werden kann und die Klienten mit wissenschaftlicher Legitimation des MPI erfaßt und verwahrt werden. „Was bleibt? — Bürokratie statt Therapie“, schrieb das Gießener Team in seiner Dokumentation vom Februar 78.

Die Beratungsstelle Gießen wurde zusätzlich von der Zusammenlegung der Städte Wetzlar und Gießen zur Stadt Lahn im Oktober 77 betroffen, in der die CDU wie auch im Landkreis die Mehrheit der Sitze hatte. Das Land Hessen erklärte sich bereit, 50% der jährlichen Kosten ab 1978 zu übernehmen, machte aber die Zusage von der Bezuschussung durch die Stadt in gleicher Höhe abhängig. Auf dem Spiel standen die Beratungsarbeit, das inzwischen eröffnete Jugendcafé, die Notschlafstellen, die medizinische Ambulanz, Werk- und Foto- und das Kontaktbüro. Angesichts der ungewissen finanziellen Situation mußte das Team vorsorglich zum Jahresende gekündigt werden; durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützungsbekundungen aus allen Teilen der BRD und von den meisten Institutionen im hessischen Raum, mit denen die Beratungsstelle zusammenarbeitete (Krankenhäuser, JVA, Bewährungshilfe u.a.) gelang es, die Stadt unter Druck zu setzen und die Übernahme der zweiten Hälfte der Kosten zu erreichen. Es kehrte (vorerst) Ruhe ein, die Arbeit konnte weitergeführt werden.

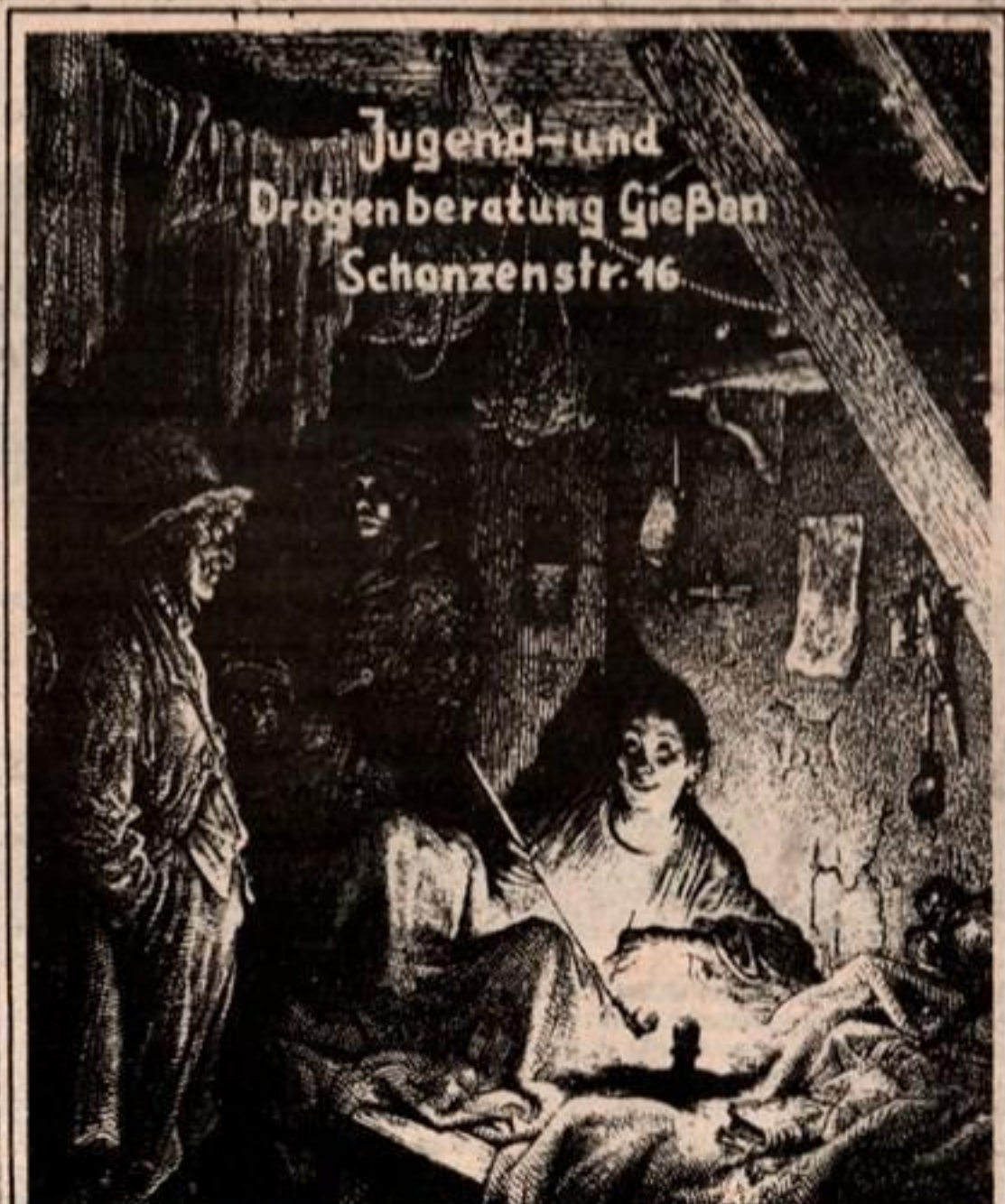
Die Entwicklung eines Trauerspiels

Das Kunstprodukt Stadt Lahn erwies sich in der Praxis als bürokratischer Blindgänger, im Oktober 79 fanden deshalb vorgezogene Wahlen für die neugeschaffenen Stadt- und Kreisparlamente Gießen statt. In beiden stellt die CDU die Mehrheit, im Kreis zusammen mit einer rechtskonservativen Freien Wählergemeinschaft (FWG).

Inzwischen hatte sich die Beratungsstelle Schanzengasse vergrößert und beschäftigte ein Team von 12 festangestellten und einigen ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen. Die Knastgruppen mußten eingestellt werden, dafür sind zwei Elterngruppen, zwei Nachsorgegruppen, eine Klientengruppe, eine Lehrergruppe und die Einzelberatung in der JVA Butzbach hinzugekommen. Die Zusammenarbeit mit dem PKH Gießen und verschiedenen therapeutischen WGs wurde verstärkt. Insgesamt wurden 459 Klienten sowie 64 Kontaktpersonen (Eltern u.a.) im letzten Jahr betreut, in über 60 Info-Gesprächen wurden 500 Schüler/innen erreicht. Für 1980 waren die Einrichtung einer therapeutischen Paargruppe und WG geplant, die Zusammenarbeit mit anderen örtlichen Projekten (Frauenhaus, JZ u.a.) sollte verstärkt werden. Das Team hatte sich eine Arbeitsstruktur geschaffen, die schon seit einiger Zeit die gleichmäßige Verteilung der Gehälter praktiziert. Entscheidungen werden von der Mitgliederversammlung getroffen und außer der Rechnungsprüfung wird keine weitere Kontrolle durch staatliche Stellen zugelassen.

Doch was den Betroffenen unter den gegebenen Bedingungen optimal half, war den verantwortlichen Politikern in Gießen ein Ärgernis. Das Kesseltreiben begann:

Zum Jahresende entstand eine Finanzierungslücke von DM 60.000, weil die neugewählten Stadt- und



Diese Broschüre stellt ausführlich Entstehung, Entwicklung, Hintergründe und die gegenwärtige Situation der Drop bis 1977 dar. Preis DM 4,— Die Broschüre über den aktuellen Stand ist ebenfalls bei den Drops zu erhalten. (Bestelladresse siehe Kasten).

Kreisräte einander die Verantwortung für diesen Etatposten zuschoben. Es gelang, dieses Geld noch einmal lockerzumachen.

Bei den Verhandlungen über die bei der Stadt für 1980 beantragten Zuschüsse in Höhe von DM 182.000 wurde dann deutlich, worum es in Wirklichkeit ging. Seitens des Landrates Klingelhöfer (FWG) wurde bemängelt, daß die Einrichtung zu groß sei, daß der Verein zu wenig Eigenmittel habe, daß die Mitarbeiter/innen alle das gleiche Gehalt bekämen, daß die Geldgeber im Vereinsvorstand nicht vertreten seien und die Struktur somit zu undurchsichtig und suspekt sei, daß die Überprüfung und Kontrolle der Einrichtung zu gering sei, daß die Arbeit nicht sehr effizient sei und die Mitarbeiter/innen nicht ausreichend qualifiziert seien. Er schlug als zukünftigen Trägerverband entweder eine caritative Organisation oder einen Trägerkreis mit Vertretern des Kreises, der Stadt und eines caritativen Verbandes vor. Die Finanzen könnten vor Beratung der Haushalte im Frühjahr nicht geklärt werden.

Der Verein „Rauschmittelprobleme e.V.“ lädt ein:

Demonstration für den Erhalt der Beratungsstelle mit anschließender Podiumsdiskussion

Teilnehmer u.a. Frau Dr. Berger (Drogenbeauftragte des Landes)

Teilnehmer u.a. Frau Dr. Berger (Drogenbeauftragte des Landes Hessen), Herr Dr. Winkler (Landesjugendamt), Vertreter der Stadt Gießen und des Landkreises (bisher keine Zusage), Vertreter der DROBS und anderer Beratungs- und Therapieeinrichtungen aus der gesamten BRD.

Zeit: Freitag, 25.4.80 in Gießen in der Schanzengasse 16, Demonstration um 15 Uhr, Podiumsdiskussion um 16 Uhr. Nähere Informationen: Beratungsstelle Schanzengasse, Schanzengasse 16, 6300 Gießen Tel.: 0641/780 27.

Interessierte am Thema sind herzlich willkommen!

Institutionen standen sie wieder vor der Tür. Ein weiteres Mal erklärten verschiedene Institutionen und Einzelpersonen aus der ganzen BRD ihre Unterstützung und beteiligten sich an Podiumsdiskussionen und Unterstützungsgruppen.

Nach letzten Informationen bieten Stadt und Kreis jetzt lediglich noch eine Summe von DM 124.000 an, der Minusbetrag verdoppelt sich durch daran in gleicher Höhe gekoppelte Gelder des Landes auf über DM 100.000. Mit diesem „Angebot“ verbunden ist der Plan, ein irgendwie geartetes Kuratorium zur Kontrolle der DROBS einzurichten, alternativ ist die Einsetzung von Drogenbeauftragten im Gespräch. Die Mitgliederversammlung stellte fest, daß unter diesen Umständen eine Weiterführung der Arbeit nicht mehr möglich ist.

Die Zeitarbeitsverträge laufen Ende April aus, für die Mitarbeiter/innen bedeutet das Arbeitslosigkeit.

Die endgültige Entscheidung fällt am 28.4. im Kreistag. Es wird erwartet, daß die bisherigen Beschlüsse bestätigt werden (nach verschiedenen Artikeln örtlicher Zeitungen, „FR“, Pressemitteilung des Vereins). Für das Team stellt sich die Frage: „Um was geht es den verantwortlichen Politikern wirklich, um eine gute Versorgung der Drogenabhängigen und -gefährdeten Jugendlichen oder um das Zerschlagen einer vielleicht politisch unbequemen Einrichtung?“

Bewunderswert dabei ist, daß nach der Zerschlagung einer vielleicht politisch unbequemen Einrichtung?

Bewunderswert dabei ist, daß nach der monatelangen Unsicherheit und der Verhinderung sämtlicher weitergehender Pläne für die Arbeit die Mitarbeiter/innen nicht das Handtuch werfen, sondern offensiv ihre Öffentlichkeitsarbeit weiterführen. Bei einem Gespräch in der Beratungsstelle war von Resignation wenig zu spüren, obwohl sie davon ausgehen, daß sie Ende April zumachen müssen. Trotzdem wollen sie die verbleibende Zeit nutzen (siehe Kasten).

Es riecht — nach Selektion und Verladerrampe

Nicht nur die Jugendlichen der näheren Umgebung sind von der Zerschlagung der Beratungsstelle Gießen betroffen. Der Einzugsbereich erstreckt sich bis nach Frankfurt, wo derzeit das hessische Drogenprogramm anzurollen beginnt: Szenentreffpunkte in Frankfurt und Darmstadt wurden mit gewaltigem Aufwand von Razzien heimgesucht und die Süchtigen ein weiteres Stück in die Verborgenheit gedrängt. Der hessische Sozialminister spricht vom „Aufbau lückenloser Therapieketten“, der Innenminister „wirft die letzten Reserven an die Drogenfront“ und es wird öffentlich gehandelt, daß für den „harten Kern“ die Motivierung für eine Langzeittherapie zu spät komme („Spiegel“, 12/80). Da ist es nur konsequent, die Gießener Beratungsstelle eingehen zu lassen und gleichzeitig den Plan abzusagen, ab 1981 für 6,6 Mio. DM im PKH Gießen eine hoch gesicherte Suchtstation für 70 Patienten zu bauen. Außerdem wird langfristig die Einrichtung einer Suchtberatung beim Gesundheitsamt angestrebt — u.a. mit dem Argument, daß sicherlich bei Betroffenen aus „besseren Kreisen“ die Schwellenangst bei der Beratungsstelle Schanzengasse zu groß sei.

Drogenkommission KB-Hamburg

INSTAND(BE)SETZUNG

Eine besonders schöne Variante einer Hausbesetzung in Westberlin organisierte die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes Kreuzberg in Westberlin: Sie luden Vertreter des Senats und der politischen Parteien zu einer Pressekonferenz ein und während die Herrschaften noch warteten wurde das Vorderhaus in der Mariannenstraße 48 mit Unterstützung der Mietervertretung, mehrerer Mieterinitiativen und der Alternativen Liste besetzt.

Die Betroffenenvertretung hatte Mitte März die Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger, dem Senat und der Internationalen Bauausstellung (IBA) aufgekündigt, weil sie weder Opfer der Sanierungspolitik, noch Versuchskaninchen eines Modellprojektes sein wollte.

In Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung 1984 in Westberlin sollte in dem Gebiet Mariannenstraße beispielhaft aufgezeigt werden, wie Stadtplanung unter Mitwirkung der Betroffenen nach den Wünschen der Bewohner durchgeführt werden kann. Doch so gut die Architekten und Stadtplaner unter dem Motto „Rettet unsere kaputte Stadt“ auch Entwürfe malten und die IBA-Leute sich an-

strengten, den Stadtteil zu retten — die Bewohner sind schon lange rausgeekelt worden und in ihre modernisierten Wohnungen können sie bei der zu erwartenden hohen Miete sicher nicht zurückkehren.

Deshalb fordert die Mieterselbsthilfe, daß das Haus nur wieder instandgesetzt, nicht aber modernisiert wird, so daß der Hauswirt die Kosten tragen muß. Die Wohnungen sollen sanierungsgeschädigten Familien zur Verfügung gestellt und im Erdgeschoß eine Mieterberatungsstelle eingerichtet werden.

Ein Betroffenenvertreter zu den anwesenden offiziellen Herren: „Wir haben es satt. Während wir hier immer reden, läuft hinter unserem Rücken die Sanierung weiter.“ Und ein Vertreter der Arbeiter und Gewerbetreibenden des Gebietes zu den Senatsvertretern: „Sonst haben Sie bei der Sanierung immer vollendete Tatsachen geschaffen. Jetzt tun wir das einmal. Und da sehn Sie dann gleich die Demokratie in Gefahr. Ich verstehe das nicht“ (nach „TAZ“, 28.3.80). Während die IBA erklärte, daß sie die Ungeduld der Betroffenen gut verstehen könne, reagierten die Partei- und Senatsvertreter sauer. Ein Sachbearbeiter: „Irgendwann wird man auf



Seiten der Verantwortlichen zu unpopulären Maßnahmen greifen müssen. Diese ewigen Instandbesetzungen gehen ja nicht so weiter.“

Die Eigentümergesellschaft hat sich bisher allerdings geweigert, Strafanzeige zu stellen und die Polizei zu rufen. Sie will die Entscheidungen von Senat und Bezirksamt abwarten.

Wohnungskommission

»Wir gehen nicht raus«

Seit sieben Monaten leben 20 arbeitslose Jugendliche im „Turm“, einem instandbesetzten Haus am Leuschnerdamm 9 in Westberlin.

Der Besitzer, die senatseigene BeWoGe hat das Haus vor der Besetzung allmählich leergeräumt und verrotten lassen. Obwohl das Haus jetzt wirklich sinnvoll genutzt wird und die Besitzer sogar angefangen haben, Wasser- und Elektroleitungen neu zu legen und das Dach zu reparieren, droht die BeWoGe mit Räumung: „Wir werden uns bemühen, die widerrechtliche Besetzung aufzuheben. In welcher Form, wissen wir noch nicht“.

In einer Presseerklärung schreiben die Besetzer: „Wir sind Kreuzberger jugendliche Arbeitslose, die das Haus Leuschnerdamm 9 besetzt haben, um aus den gemeinsamen Problemen der Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sanierung und Entwürdigung unserer Persönlichkeit für uns selber einen Weg herauszufinden. Uns geht es nicht darum, wie bisher in der Presse verbreitet wurde, uns auf billige Art und Weise Wohn- und Schlafraum zu verschaffen.“

Die Berliner Wohnungsbau-Gesellschaft (BEWOG) wollte von uns keine Miete annehmen, um uns in eine kriminelle Ecke zu drängen und um ihre Sanierungsvorstellungen ungehindert durchziehen zu können.

Wir gliedern uns auf in vier Gruppen innerhalb des Hauses, die damit beschäftigt sind, das Haus instandzusetzen, Holz-, Druck-, Näh- und Lederwerkstätten aufzubauen und sich



Leuschnerdamm 9 in Westberlin: Ein Beitrag gegen die Wohnungsnot.

gegenseitig Fertigkeiten in verschiedenen Bereichen anzulernen. Unser Problem liegt darin, daß viele von uns eine miserable Schulbildung haben und keinen Abschluß. Den Gruppen stehen zum theoretischen Unterricht (d.h. da wo Lerndefizite bestehen) vier ehrenamtliche Mitarbeiter mit pädagogischen Vorkenntnissen zur Verfügung.

Unsere Forderungen gehen dahin, daß uns die Senatorin für Jugend und Sport, Ilse Reichelt, und Jugendstadtrat König anerkennen, als förderungswürdiges Wohn-, Lern- und Arbeitskollektiv und diesbezüglich mit der

BEWOG Verhandlungen aufnehmen. Der BEWOG und dem Senat muß klar sein, daß sie mit der bevorstehenden polizeilichen Räumung ein mutiges Selbsthilfeprogramm in Kreuzberg zerstören und den Jugendlichen jede Möglichkeit nehmen, aus ihrer schlechten sozialen Situation aus eigener Kraft herauszukommen.

Wir werden uns wehren gegen eine Räumung.

Die Turm-Instandbesetzer, Leuschnerdamm 9“

Wohnungskommission

Schwarze Listen bei Wohnungsbaugesellschaften

Die Mietervertreter der Wohnanlage der „Alten Zeche Dorstfeld“ in Dortmund, Walter Bitzer und seine Frau waren Mitte Februar mit Polizeigewalt aus ihrer Wohnung geschmissen worden und leben seitdem im Obdachlosenlager (vgl. AK 172). Ihre Suche nach einer neuen Wohnung wurde zu einem Spießrutenlauf: an diese „Unruheherde“ wollte keine Wohnungsbaugesellschaft eine Wohnung vermieten. Von der „gemeinnützigen“ Neuen Heimat NRW erhielten die Bitzers ein besonders heißes Ablehnungsschreiben:

„Die Eheleute Walter Bitzer sind auf Grund einer fristlosen Kündigung der Dortmunder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft GmbH in Dortmund zur Räumung und Herausgabe der bisherigen Wohnung verurteilt worden... In diesem Urteil stellt das Landgericht fest, daß Herr Walter Bitzer als Vorsitzender des Mietersrats in weit verbreiteten Veröffentlichungen mehrfach seine frühere Vermieterin einer Kritik unterzogen hat, die nicht nur die Grenzen der Wahrnehmung berechtigter Interessen der Mieter überschreitet, sondern grobe Diffama-

mierungen und Beleidigungen zum Nachteil des Geschäftsführers der DOWEGO darstellten... Für die Entscheidung unserer Gesellschaft, die Eheleute Bitzer als Mieter abzulehnen, ist es in erster Linie von Gewicht, daß die Zwangsrumäumung aus diesem Urteil durchgeführt werden mußte, haben die Eheleute diese Zwangsrumäumung außerordentlich erschwert und unmöglich machen wollen, indem sie teilweise mit unrichtigen Behauptungen und ohne Vortrag des wahren Sachverhalts gutgläubige Sympathisanten mobilisierten, um den Gerichtsvollzieher daran zu hindern, die Zwangsrumäumung durchzuführen... Bei richtiger Würdigung dieser Vorkommnisse... kann es unserer Gesellschaft nicht zugemutet werden, mit Herrn Bitzer einen Mietvertrag abzuschließen. Herr Bitzer hat gezeigt, auch noch nach der durch das Urteil des LG Dortmund vorgenommenen eindeutigen Belehrung, daß er unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen zwischen Vermieter und Mieter keine notwendige Partnerschaft anstrebt, sondern Klassenkampf betreibt und es bewußt und in

erster Linie darauf abstellt, Unfrieden zu stiften und zu verbreiten... Wir sind nicht bereit, diesen Klassenkampf und Unfrieden in unsere Häuser hineinragen zu lassen.“

Der Mietertrichter am Hamburger Landgericht, Rainer Plorin, nannte das Urteil „grotesk“, „rechtsfehlerhaft“ und „lebensfremd“, da es zwischen Vermieter und Mieter natürlich nur ein Herrschaftsverhältnis, nicht aber ein Vertrauensverhältnis geben könne.

Trotz Versicherungen von Wohnungsam- und Sozialamt auf Vermittlung einer Wohnung für die Bitzers, waren in Aussicht genommene Wohnungen plötzlich an andere vermietet. Auch auf der Arbeit haben sie Schwierigkeiten bekommen: Walter Bitzer wurde bei der „Arbeiterwohlfahrt“ (!) wegen „einseltiger politischer Positionen“ gekündigt und seine Frau Marlis wurde die Höhergruppierung als Krankenschwester in einer städtischen Klinik verweigert.

Trotzdem — die Bitzers arbeiten weiter im Mieterrat der „Alten Zeche Dorstfeld“! Wohnungskommission

Hausbesetzung in Freiburg

Am 14. März dieses Jahres wurden in der Freiburger Innenstadt zwei Häuser besetzt, um sie vor dem drohenden Abriss zu retten. Diese Häuser sind nur ein kleiner Teil eines großen Komplexes, „Dreisameck“ genannt, der abgerissen werden soll, um auf dem Gelände einen Betonklotz mit einer Ladenpassage, Büroräumen und wenigen Luxuswohnungen zu errichten.

Bislang konnte der Abriss erfolgreich verhindert werden! Wir sprachen dabei mit zwei Leuten, die bei der Besetzung in Freiburg und über ihre weiteren Pläne zum Erhalt des „Dreisamecks“.

Zunächst jedoch ein paar Anmerkungen zur Geschichte des „Dreisamecks“, zusammengestellt aus der Besetzerzeitung „Rauchzeichen“, Nr. 1.

1977, als alles anfang ...

Einst, als die Fassaden am „Dreisameck“ noch grau waren, trieb hier ein Spekulant sein Unwesen. Alois Selz, bekannt als reichster Mann Freiburgs, reich geworden im Immobiliengeschäft, damals nur Besitzer der Kaiser-Josephstr. 282 (Ka-Jo) und Schreiberstr., roch ein Geschäft. 1975 zog ein dicker Nachbar, die Dresdner Bank, aus den Häusern Ka-Jo 284, 286 und Schreiberstr. 2 aus und wollte die Häuser verkaufen. Selz und die Dresdner Bank machten einen Kaufvertrag. Selz schaffte es nicht, die Häuser zu verkaufen. So konnten bald einige Wohngemeinschaften einziehen. Nur die Ka-Jo 282 blieb leer, 2 Jahre lang... bis sie am 6.6.1977 besetzt wurde. Mit Erfolg! Nach drei Wochen hatten die Besetzer ihre Mietverträge in der Tasche. Das Glück währte nur bis Ende 1977. Alois Selz machte bankrott, flüchtete in die Schweiz und wurde dort wegen betrügerischem Konkurs festgenommen. Ein Konkursverwalter übernahm die Geschäfte. Er schaffte, was Selz nie geschafft hatte: er fand einen Käufer für das „Dreisameck“, die Vita-Versicherung. Sie will auf dem Gelände einen großen Betonklotz errichten. Die Stadt spielte dieses Spielchen bereitwillig mit. Sie erteilte die Zweckentfremdungsgenehmigung, die für die Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum notwendig ist.

Mit 1978 kämpften die Bewohner seit Kündigungen, Gerichten, Behörden. In den Räumungsprozessen von Dezember 1979 bis März 1980 wurde im Endeffekt der Konkursverwalter recht gegeben. Die Tage des „Dreisamecks“ waren gezählt. Eine neue

Hiobsbotschaft erreichte die Bewohner: ein Teilabriss stand bevor! Dieser Teilabriss wurde durch die Besetzung bislang verhindert.

...

AK: In Freiburg gibt es schon seit 1974 Hausbesetzungen. Was hat sich seitdem verändert und wie sieht die Wohnungssituation aus?

G. und V.: Es war immer ein erfolgloser Kampf, weil die Stadt oder die Hausbesitzer die Besetzungen ziemlich schnell niedergeschlagen haben. Es gab Scheinverhandlungen, aber im Grunde ist der ganze Häuserkampf immer nur auf die totale Konfrontation hinausgelaufen. Die militärische Stärke der Polizei, die die Häuser geräumt hat, war immer groß genug, um die Hoffnungen der Hausbesetzer niederzuschlagen. So war das halt bis jetzt, mit Ausnahme der Ka-Jo, wo die Leute Mietverträge bekommen haben.

Freiburg ist eine Studentenstadt, wo es natürlich immer Wohnprobleme gibt, vor allem für WGs. Es steht überall in den Zeitungen „nicht für Wohngemeinschaften“ oder da werden die Leute noch genauer klassifiziert: Nichtraucher, Deutsche, Weißgottwas! Wenn irgendein Angebot in der Zeitung ist, kannst du sagen, daß am nächsten Tag hundert Bewerber da sind für eine Wohnung.

AK: Könnt Ihr was sagen zu der Planung für die Innenstadtsanierung?

G. und V.: Freiburg soll zum Oberzentrum für den ganzen südbadischen Raum ausgebaut werden. Da paßt es den Stadtplanern nicht ins Bild, wenn dort von der sozialen Struktur her zu viele WGs, Ausländer und alte Menschen leben. Das Stadtbild, wie es die Stadtplaner haben wollen, sieht so aus wie in der Konviktsstraße, wo alte Wohnstrukturen zerstört wurden, wo unten Boutiquen drin sind, oben teure Appartementwohnungen für die Ärzte, die ihre Praxen dort haben. Die Innenstadt verodet immer mehr, die Bevölkerung wird ausgesiedelt in die Betonbunker nach draußen und man zahlt dort horrenden Mieten.

AK: Welche Möglichkeiten bieten die Häuser am „Dreisameck“ und was wollt Ihr mit den Häusern machen?

G. und V.: Die Schreiberstr. 2 ist reiner Wohnraum, die Schreiberstr. 2 hat vor allem größere Räume, die man als Arbeitsräume verwenden könnte, während die Ka-Jo 286 hauptsächlich aus großen Sälen besteht.

Fortsetzung nächste Seite

Hausbesetzung in Freiburg

Fortsetzung von Seite 44

Das Ganze ist so geplant, nach einem alten Traum aller Linken, Wohnen, Freizeit und Arbeitsbereich zusammenzulegen. Das wäre die letzte Möglichkeit in Freiburg, das in der Innenstadt zu machen. Nicht jeder hat das Interesse, auf's Land zu ziehen.

Es gibt hier eben auch die Möglichkeit, Werkstätten zu errichten oder ein Kulturzentrum einzurichten, wo du deine Kultur selber machen kannst. Zum Teil gibt es jetzt schon Werkstätten, Töpferei usw.; unser Kommunikationszentrum steht ja nicht nur in den Wolken, sondern wir machen ja zur Zeit schon ein Kulturprogramm, wir bilden nach unseren Interessen Gruppen. Das soll auch zur Aufrechterhaltung der Besetzung dienen. Wie das endgültig aussehen soll, kann man natürlich jetzt noch nicht sagen, es gibt da verschiedene Modelle. Eines davon ist das Genossenschaftsmodell, wo die drei Bereiche 'drin vertreten sind und wo die Selbstverwaltung garantiert wird. Die Diskussionen laufen und müssen vorangetrieben werden, denn das ist unsere Trumpfkarte im Kampf gegen den Abriss, wenn wir ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum jetzt schon hinstellen, ist es schwerer, uns da wieder rauszuholen.

AK: Das Genossenschaftsmodell geht ja darauf hinaus, das Haus zu kaufen. Das ist schon was Neues in der Geschichte von Hausbesetzungen!

G. und V.: In Freiburg ist das etwas Neues, es gibt aber in Basel schon so ein Modell, Hirschenegg. Die haben ein Haus gekauft und eine Genossenschaft gebildet, die das Haus autonom verwaltet. Das ist schon etwas Neues, aber wir können nicht ewig den Besetzerstatus aufrechterhalten, wenn man von den Bullen wieder 'rausgeschmissen wird. Das ist hier eine Chance, weil erstens das Gelände sehr geeignet ist, zweitens die politischen Voraussetzungen sehr günstig sind, weil der Kommunalwahlkampf im Juni in Freiburg anläuft und sich die Parteien nicht alles leisten können. Außerdem werden wir von einer Gruppe unterstützt, die zehn Prozent der freiburger Wähler hinter sich hat, die Grünen (Anmerkung AK: Der Vorschlag, das Haus zu kaufen und durch eine Genossenschaft zu verwalten, stammt von einigen Mitgliedern der Grünen. Einige Großverdiener der Grünen haben schon Geld zur Verfügung gestellt). Das Ziel, die Häuser zu kaufen, ist auch dadurch bedingt, daß wir keinen dauerhaften Besitzer ha-

ben, an den wir die Forderung nach Mietverträgen stellen können. Das Ganze ist kein kleines Projekt. Für den Erwerb des „Dreisamecks“ benötigen wir fünf Millionen Mark. Davon sind 4,2 Millionen der Kaufpreis, der an die Konkursverwaltung zu zahlen ist und 800 000 DM Rückzugskosten für die Vita-Lebensversicherung, die das „Dreisameck“ kaufen will. Wir haben jetzt einen Finanzierungsplan ausgetüftelt. Danach wollen wir, daß eine Hypothek von drei Millionen auf das Grundstück 'draufkommt. Dann fehlen noch zwei Millionen, die müssen gebürgt werden. Dafür muß die Stadt Kredite aufnehmen. Heute haben wir mit den Stadträten geredet. Die waren ganz verblüfft, weil sie bislang immer davon ausgegangen sind, daß sie fünf Millionen blechen müssen. Da können die sich immer gut 'rausreden mit der hohen Verschuldung der Stadt. Bei diesem Projekt kostet sie das keinen Pfennig Geld, sie müssen nur Kredite aufnehmen und eine Bürgschaft dafür leisten. Die Kredite zahlen wir dann ja über Mieten etc. ab, deswegen sieht das Ganze vielversprechend aus. Solange wir den Druck aufrechterhalten, solange sind reale Chancen, die Häuser zu erhalten, z.B. auch durch so ein Finanzierungsprojekt. Nach dem Modell kauft ein gemeinnütziger Verein die Sache auf, verpachtet das an eine Genossenschaft und die ganze Verwaltung geht an die Genossenschaft über. Die Genossenschaftsmitglieder sind die Leute, die in dem Haus wohnen und dort aktiv arbeiten. Wenn die Stadt öffentliches Interesse erklärt, kann sie die schon erteilte Zweckentfremdungsgenehmigung wieder zurück nehmen.

Bei dieser Lösung nehmen wir in Kauf, daß die Dresdner Bank doch noch ihren Spekulationsgewinn ein-kassiert, aber die Häuser gehören zur Konkursmasse und müssen auf jeden Fall veräußert werden. Egal, wer die Häuser kauft, die Dresdner Bank bekommt ihr Geld.

AK: Wir danken Euch für das Gespräch und wünschen Euch natürlich viel Erfolg.

Nachtrag: Laut „Badischer Zeitung“ vom 14.4.80 verzichtet die Vita-Lebensversicherung nicht auf ihr Kaufrecht, sondern will die Häuser abreißen.

KB/Gruppe Freiburg

KB/Gruppe Freiburg

Mittelbuchen: Supermarkt statt Kulturzentrum

Mit Gewalt beendete die Polizei am Morgen des 27.3. die Besetzung der „Krone“ in Mittelbuchen bei Hanau. Jugendliche, die vor den anrückenden Baggern die Straße blockierten, wurden brutal an Haaren und Beinen weggeschleift. Als die Besetzer aus Protest ins Rathaus marschierten, forderte der Bürgermeister drei (!) Hundertschaften an. Noch am selben Tag war das ehemalige Gasthaus abgerissen. Die Besetzung der „Krone“ und die Forderung nach ihrer Umwandlung in ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum hatten unter den Jugendlichen der Region (aber auch bei älteren Bürgern) ein sehr starkes Echo gehabt. Bis zu 600 Besucher nahmen an den regelmäßig in der „Krone“ durchgeführten Veranstaltungen teil. Schon vor der Räumung versuchte die Polizei, die Besetzer durch die Aufnahme aller Personalien einzuschüchtern. Sogar eine Bombendrohung ging ein, als gerade ein Plenum mit 150 Leuten abgehalten wurde.

Zu den kommunalpolitischen Hintergründen des Abrisses schrieb die GLH (Grüne Liste Hessen) in einer Presseerklärung:

„Mit der polizeilichen Räumung und dem nachfolgenden Abbruch der „Krone“ in Mittelbuchen ist wieder einmal die Glaubwürdigkeit von angeblich neuer SPD-Kommunalpolitik brüchig geworden. In einem geradezu beispielhaften Konflikt zwischen Bedürfnissen der Wohnbevölkerung und



Lebensqualität des Wohnumfeldes auf der einen und Spekulanteninteressen auf der anderen Seite, haben sich die Verantwortlichen in Hanau, die maßgeblich von der SPD bestimmt werden, für letzteres entschieden.

Die „Krone“ in Mittelbuchen war ein denkmalschutzbedürftiger Fachwerkbau mit hohem Erlebnis- und Erinnerungswert für die Bewohner von Mittelbuchen und Umgebung – übrigens auch für die GLH, die dort eine landesweite Mitgliederversammlung abgehalten hatte. Nach der Schließung der Gaststätte „zur Krone“ zum 30. Jan. 1980 haben Jugendgruppen aus Mittelbuchen und Umgebung die Konzeption eines selbstverwalteten Kultur- und Kommunikationszentrums „Krone“ entwickelt. Dagegen standen die Spekulationsin-

auf den Fall „Krone“, daß zur Durchsetzung privatrechtlicher Interessen eines Hauseigentümers anstatt der Einklagung eines Räumungstitels beim Amtsgericht und nachfolgender Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher kurzerhand eine Hundertschaft der hessischen Polizei eingesetzt wird.

Die GLH erspart sich verbale Proteste gegen das Vorgehen von Polizei und Stadtverwaltung im Fall der „Krone“. Sie stellt nur fest, daß sich auch in diesem Fall der zwielfältige Charakter der SPD gezeigt hat. Die GLH sieht sich in ihrem Willen bestärkt, zur hessischen Kommunalwahl im März 1981 ein breites Bündnis grüner, bunter und alternativer Kräfte auf die Beine zu stellen. Sie wird im Wahlkampf deutlich machen,



teressen des neuen Eigentümers der

daß Versprechungen der SPD eine Sa-

teressen des neuen Eigentümers der Krone, einer Grundstücksverwertungs-KG, vertreten durch den prominenten Sozialdemokraten Martin Woytal, ehemals Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd und SPD-Landrat in Hanau, der die „Krone“ abbrechen und an ihre Stelle ein „modernes“ Geschäftszentrum errichten will. Im berechtigten Protest gegen diese Spekulationsabsichten haben Jugendgruppen aus Mittelbuchen und Umgebung die Krone besetzt. Die GLH hatte bereits unmittelbar nach der Besetzung erklärt – und wiederholt es jetzt – daß die Besetzungsaktion als Ausdruck von Lebensbedürfnissen nachdrücklich begrüßt, wenn sie sich auch nicht gegen die mächtigen Interessen haben durchsetzen können. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Hanau hatten genügend denkmalrechtlich und planungsrechtliche Instrumente, um sich gegen den Abbruch der „Krone“ und das „moderne“ Geschäftszentrum und für das selbstverwaltete Kultur- und Kommunikationszentrum zu entscheiden. Die Stadt hat sich jedoch für eine spekulationskonforme und stadtzerstörende Politik entschieden. Die SPD/FDP-Regierung in Wiesbaden hat eine Hundertschaft Polizei zur Verfügung gestellt, um diese Spekulationsinteressen durchzusetzen. Es wirft ein bezeichnendes Schlaglicht

daß Versprechungen der SPD eine Sache, ihre reale Politik dort, wo sie die Macht hat, jedoch eine ganz andere Sache ist.

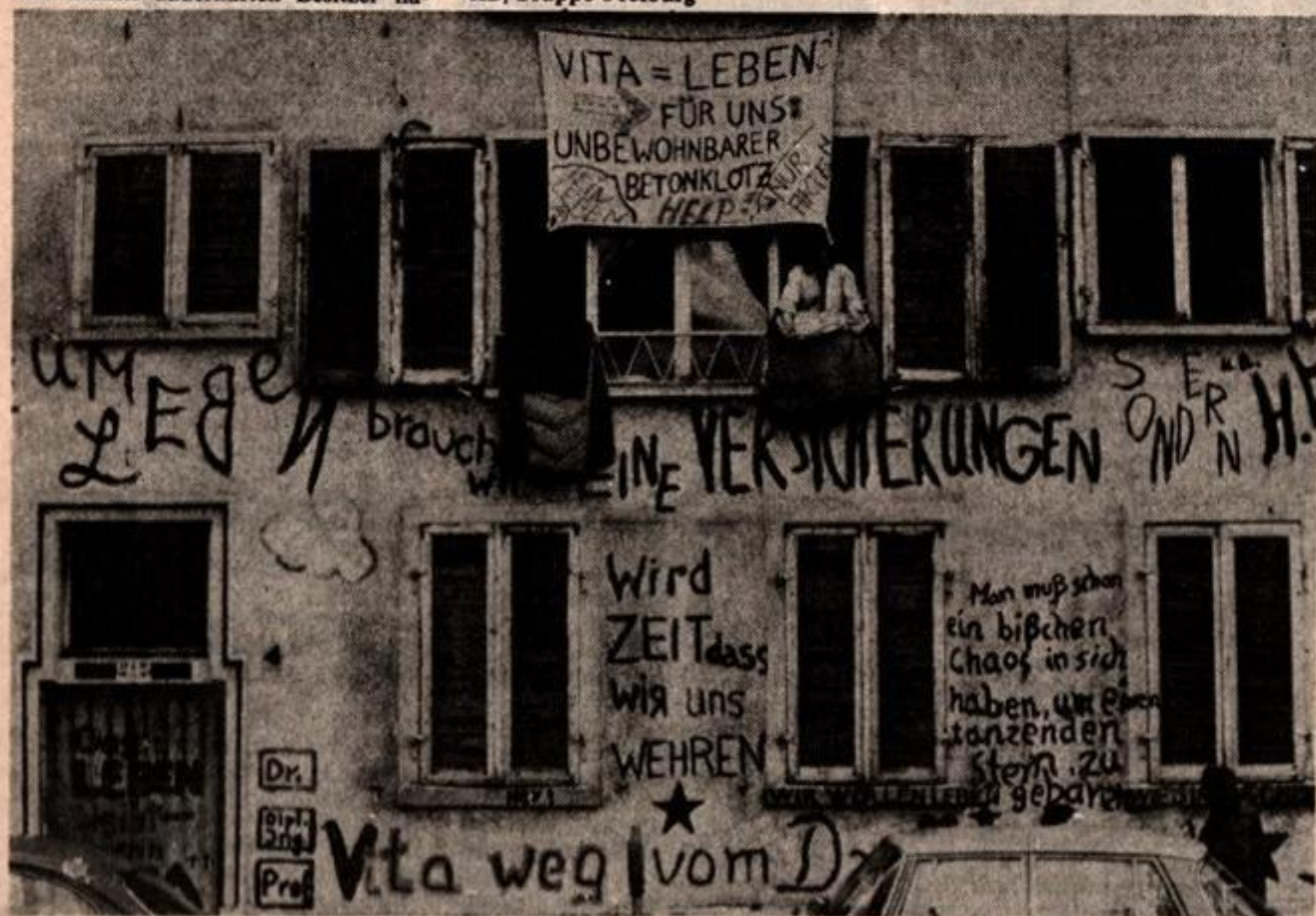
Frankfurt a.M., den 28.03.1980

Alexander Schubart

PS.: Wegen des Begriffes „Spekulanteninteressen“ verweigerte die „Frankfurter Rundschau“ aus rechtlichen Gründen einen Abdruck der GLH-Erklärung. Ein Abdruck käme nur infrage, wenn Alexander Schubart bereit sei, dafür ein anderes Wort zu wählen. Er war nicht. – Anders die lokale Presse: „Main-Echo“ und „Tagesspiegel/Main-Post“ hatten in diesem Fall keine Probleme mit der Schere im Kopf...

Maifest der GLH

Am Sonntag, den 27.4., ab 19 Uhr findet in Frankfurt im Volksbildungsheim das diesjährige Maifest der GLH statt. Es spielen u.a. die Straßenjungs, die Straßenmusikanten, das Häns'che Weiss (Sinit-) Quintett. Außerdem gibt es Theater, den Rock gegen Rechts-Film vom letzten 17.Juni, und alles mögliche mehr. Eintritt 5 DM



Wohnungsamt besetzt

23 000 amtlich registrierte Wohnungssuchende in Frankfurt und überall leerstehender Wohnraum, mit dem spekuliert, der aber nicht vermietet wird – das reichte 40 Jugendlichen, die am 19. März das städtische Wohnungsamt für eine Stunde besetzten: „Eine Zelle und 'ne Kneipe sind zum Leben nicht genug. Wir wünschen nicht wie zehntausende Rentner in Zellen und tausende Jugendliche auf der Straße zu vegetieren.“

Die unerwarteten Gäste des Wohnungsamtes waren hauptsächlich Bewohner besetzter Häuser: Fechenheimer Straße 4 in Bornheim (Zukunft ungewiß), Löwenstraße 36 in Offen-

bach (Räumung und Abriss drohen), sowie der ehemaligen Gaststätte „Die Krone“ in Hanau-Mittelbuchen, die heute als Kultur- und Kommunikationszentrum dient („FR“, 21.3.80). Kommentar des Wohnungsamtsleiters Ernst Zeyen, der sich weigerte mit allen Besetzern zu reden: „Wir können den Mangel doch nur verwalten, helfen können wir nur in den dringenden Fällen, und das sind in der Regel die jungen Leute nicht“. Ansonsten habe er nicht zu verantworten, „daß Jugendliche heute mit 17 oder 18 Jahren das Elternhaus verlassen wollten“. Auf einer Pressekonferenz nach der Besetzung erklärten die Besetzer, daß es heute praktisch unmöglich ist, Großwohnungen für

Wohngemeinschaften oder Familien mit mehr als 2 Kindern zu finden. Sie wollen sich aber nicht in kleinen Wohnungen vereinzeln und isolieren lassen, sondern sich ihre kollektiven Lebensformen selbst suchen und Neues ausprobieren.

Sie forderten die Stadt Frankfurt auf, leerstehende Räume, Häuser und Fabriken, die in öffentlichem Besitz sind, zu annehmbaren Bedingungen, zur Verfügung zu stellen.

Aber solange das nicht geschieht, und die Stadt weiter so hilflos reagiert: „Da bleibt nur noch die Möglichkeit, sich selbst Wohnraum zu verschaffen!“

Wohnungskommission

Presseamt der Stadt teilt mit:

Mieterschutz-Flugblatt eine Fälschung

Um eine böswillige Fälschung handelt es sich nach Mitteilung des städtischen Presseamts bei einem Flugblatt, das offenbar schon seit einigen Tagen im Umlauf ist. Es enthält die Unterschrift von Oberbürgermeister Erich Kiesel und fordert die Münchner Bürger auf, sich in Fragen des Mieterschutzes entweder direkt an das Oberbürgermeisterbüro oder an die CSU-Fraktion zu wenden. Die Presse- und Informationsstelle, die als Herausgeber genannt sein soll, weist darauf hin, daß es sich bei diesem Flugblatt, um einen ebenso dummen wie bösen Scherz handelt, mit dem die betroffenen Bürger in die Irre geführt würden.

pil

Da schmunzeln irreführte Mietkämpfer(innen)

Schüler gegen Fessenheim: »Lieber heute illegal streiken als morgen legal sterben!«

In der Woche vor den Osterferien fanden in Freiburg und Umgebung kämpferische Schüleraktionen statt. Anlaß waren zwei dicht aufeinanderfolgende Unfälle im benachbarten AKW Fessenheim.

Am 26.3. demonstrierten ca. 4000 Schüler in der Freiburger Innenstadt. Am 27.3. wurde am Faust-Gymnasium in Staufen gestreikt (s.u.). Am 28.3. demonstrierten 250 Schüler in Mühlheim. Bezeichnend auch noch die Reaktion der verantwortlichen Behörden. Auf die Frage von Lehrern, was sie denn bei einer Panik im Falle eines Atomunfalles überhaupt tun könnten, antwortete das Oberschulamt, sie vertrauten ganz auf die pädagogischen Fähigkeiten der Lehrer...

Schulstreik in Staufen

„Wir haben jetzt die Schnauze voll“, so war der Tenor beim ersten Schülerstreik in der BRD gegen die Atomkraft. Rund 200 Schüler des Faust-Gymnasiums in Staufen (bei Freiburg) boykottierten am 27.3.80 in der 4. und 5. Stunde den Unterricht, um ihrer Forderung nach mehr Sicherheit vor der Atomkraft Nachdruck zu verleihen. Grund des Streiks ist das seit Wochen nicht mehr aus den Schlagzeilen der Lokalpresse wegzudenkende Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß. Mehrere Störfälle innerhalb kürzester Zeit ließen breite Teile der Bevölkerung aufhorchen. So demonstrierten am 26.3. rund 4000 Schüler, Lehrer und Eltern in der Freiburger Innenstadt gegen Fessenheim. Auch 100 Stauffer Schüler waren dabei. Diese und noch andere Schüler streikten dann am darauffolgenden Tag. Trotz Verbot des Rek-

tors zogen die Schüler auf den Pausenhof, wo dann Peter Boock (Mitglied der Intern.Kontrollkommission) über die Gefahren der Atomkraft, speziell des AKW Fessenheims informierte. Die Schüler hörten trotz des miesen Wetters interessiert zu. Als dann Walter Mossmann, der bekannte Liedermacher, zur Gitarre griff, wurde der guten Stimmung, die herrschte, auch Ausdruck verliehen: die Schüler sangen den Refrain lautstark mit. Solidarität kam vom Umland. So erklärten sich das Jugendzentrum Staufen, Schüler der Rotteck und Merian Schule, die Freiburger BI gegen Kernenergieanlagen und die Mitarbeiter des Freiburger Öko-Instituts solidarisch mit dem Streik.

Erwähnenswert ist noch, daß auf der anschließenden Pressekonferenz von 2 Schülern berichtet wurde, daß sie eine schulfremde Person gesehen hätten, die die Klassenbücher nach den Namen der streikenden Schüler durchgesehen hat. Wer dies war, wollen die Schüler jetzt vom Direktor erfahren.

Ein Sympathisant aus Freiburg

1,2,3,4,-

viele Schulstreiks machen wir!

Nach dem Stauffer Streik werden an vielen Schulen Überlegungen angestellt, diesem Beispiel zu folgen. Insbesondere folgende Tatsachen geben diesen Überlegungen Nahrung: - Die Schüler in Staufen streikten trotz massiver Einschüchterung durch den Rektor; er hatte mehrmals vor dem 26.3. per Durchsage gedroht, wer an dem „illegalen“ Schulstreik teilnehme, müsse mit einem zeitweiligen Schulausschluß rechnen.

- Bei der starken Beteiligung am Streik konnten bisher überhaupt keine Repressionsmaßnahmen durchgezogen werden.

- Der Rektor hatte den Schülern anstelle des Streiks eine gemeinsame Demonstration in den (schulfreien) letzten Stunden des Freitag vorgeschlagen. In Mühlheim, wo dieses „Modell verwirklicht wurde, war der Erfolg hingegen nicht so groß wie in Staufen. So war vor allem die enorme Politisierung der Schüler von den untersten Klassen an (Diskussionen in vielen Stunden, Gesprächsgruppen auf den Gängen, Wandzeitungen „schlagen“) nur in Staufen zu verzeichnen. Und die zahlenmäßige Beteiligung an der „gemäßigten“ Mühlheimer Aktion war keineswegs größer als die beim Streik, obwohl ängstliche Schüler Befürchtungen verbreitet hatten, den Streik würden viele AKW-Gegner nicht mitmachen, die „eigentlich“ bei einer Alternativkundgebung unter der Schirmherrschaft des Rektors dabei wären.

- Die öffentliche Resonanz in der Bevölkerung und in den Medien war beim Streik am stärksten. So brachte die örtliche Presse, die Freiburger „BZ“ und der Südwestfunk jeweils ausführliche Berichte (bei allen anderen Aktionen berichtete jeweils nur die „BZ“, und da meist kürzer). Der STERN hatte z.B. kurz und bündig erklärt, er schicke nur dann eine Reporterin, wenn gestreikt wird...

Freiburger AKW-Gegner (Leute aus der BI, verschiedenen Schülerzeitungen, Jugendzentren, SIVs, KB) wollen jetzt dafür sorgen, daß das Beispiel dieser Schule Schule macht...

KB/Gruppe Freiburg

ist das seit Wochen nicht mehr aus den Schlagzeilen der Lokalpresse wegzudenkende Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß. Mehrere Störfälle innerhalb kürzester Zeit ließen breite Teile der Bevölkerung aufhorchen. So demonstrierten am 26.3. rund 4000 Schüler, Lehrer und Eltern in der Freiburger Innenstadt gegen Fessenheim. Auch 100 Stauffer Schüler waren dabei. Diese und noch andere Schüler streikten dann am darauffolgenden Tag. Trotz Verbot des Rek-

Nach dem Stauffer Streik werden an vielen Schulen Überlegungen angestellt, diesem Beispiel zu folgen. Insbesondere folgende Tatsachen geben diesen Überlegungen Nahrung: - Die Schüler in Staufen streikten trotz massiver Einschüchterung durch den Rektor; er hatte mehrmals vor dem 26.3. per Durchsage gedroht, wer an dem „illegalen“ Schulstreik teilnehme, müsse mit einem zeitweiligen Schulausschluß rechnen.

allen anderen Aktionen berichtete jeweils nur die „BZ“, und da meist kürzer). Der STERN hatte z.B. kurz und bündig erklärt, er schicke nur dann eine Reporterin, wenn gestreikt wird...

Freiburger AKW-Gegner (Leute aus der BI, verschiedenen Schülerzeitungen, Jugendzentren, SIVs, KB) wollen jetzt dafür sorgen, daß das Beispiel dieser Schule Schule macht...

KB/Gruppe Freiburg



Noch schärfere Studienbeschränkungen für Ausländer

Über 1000 Ausländer, die sich für einen Studienplatz in Hamburg beworben hatten, erhielten Ende März einen Brief von der Behörde für Schule und Berufsbildung, der ihnen endgültig die Möglichkeit nimmt, in der Bundesrepublik studieren zu können. Nach allen anderen Bundesländern hat nun auch Hamburg verschärfte Zulassungsbestimmungen für sie festgelegt: Nur solche Bewerber werden zugelassen, die in ihrem Heimatland „mindestens 70% der nach dem jeweiligen Bewertungssystem bestmöglichen Bewertung erreichen.“ Laut „TAZ“ hat die Hamburger Schulbehörde allerdings schon angekündigt, daß sich der verlangte Leistungsdurchschnitt in diesem Semester eher bei 87-90% einpendeln wird. Für die Zukunft sei ein noch höherer Durchschnitt durchaus vorstellbar. Sollten sich mehr Bewerber als Studienplätze mit einem Zeugnisdurchschnitt von 100% (das entspräche unserem Abiturdurchschnitt von 1,0) anmelden, so müßte eben ausgelost werden. Schon in der Vergangenheit waren die Bedingungen für Ausländer, die an einer westdeutschen Hochschule studieren wollten, schlimm genug: vor der Zulassung müssen sie eine „Feststellungsprüfung“ ablegen, auf die sie sich in staatlichen Studienkollegs vorbereiten können. Besser gesagt müssen, denn ohne Besuch des

Studienkollegs ist ein erfolgreicher Abschluß kaum zu erreichen. Die Aufnahme in ein Kolleg ist wiederum mit einer Prüfung in Mathematik und Deutsch verbunden.

Tiefe Betroffenheit äußerte Schulsenator Grolle über die Neuregelung. Natürlich, er hat's ja nicht gewollt, aber dem Senat sei gar nichts anderes übriggeblieben, denn nachdem alle anderen Bundesländer verschärfte Aufnahmebedingungen für Ausländer eingeführt hatten, sei Hamburg von ausländischen Studierwilligen geradezu überschwemmt worden.

Seine Sorge um diese Menschen muß geradezu überwältigend sein, denn vor lauter Kummer hat er doch glatt vergessen, den Betroffenen wenigstens eine Zeit zu lassen, sich auf die neue Situation einzustellen. Diese bekamen den Bescheid, daß ihrem Antrag auf Zulassung „leider nicht entsprochen werden“ könne, nur wenige Tage vor Prüfungsbeginn, nachdem sie bereits schriftliche Zusagen, an der Prüfung teilnehmen zu können, erhalten hatten. Bewerbungsfristen in anderen Bundesländern oder dem Heimatland sind längst abgelaufen, nicht wenige werden wohl Schwierigkeiten wegen der Aufenthaltserlaubnis bekommen. An irgendwelche Übergangsregelungen ist (natürlich) nicht gedacht. So setzt die Sozialdemokratie das Programm der

Bundesregierung zur Verbesserung der Situation ausländischer Jugendlicher in die Praxis um... SSB/Hamburg

75 Plätze für 2000 Bewerber

Auch in Hessen trat am 1.4. eine neue Regelung für die Zulassung von ausländischen Studenten in Kraft. Abiturienten aus der Dritten Welt, aus dem (real-), „sozialistischen“ Lager und aus den europäischen Randgebieten werden nur noch zugelassen, wenn sie einen Mindestnotendurchschnitt von Drei vorweisen können. Damit soll eine Vorauslese geschehen, um die miserablen Bedingungen für ausländische Studenten zu kaschieren. Ausländer/innen aus dem nicht EG-angehörigen Bereich müssen vor ihrer Zulassung zum Studium eine Feststellungsprüfung ablegen. Diese bereiten sie vor durch einen einjährigen Besuch eines Studienkollegs. Solche Studienkollege existieren in Hessen nur an zwei Orten: in Frankfurt und in Darmstadt. Sie haben nur eine minimale Kapazität, 2000 Bewerber lagen Anfang Februar für 75 offene Plätze vor.

Am Frankfurter Kolleg selber haben sich 1226 Ausländer/innen beworben. Von denen haben insgesamt gerade 20 nach willkürlichen Kriterien einen Platz bekommen.

KB/Gruppe Frankfurt



Mit Transparenten und Sprechchören wie „Berufsschulen in Hessen, kannst du vergessen“ und „Zustände im Mittelalter – an Hessens Schulen“ demonstriert am 20.3. in Kassel 1800 Berufsschüler gegen die Mißstände an Hessens Berufsschulen.

Sofortige Verbesserung der Raumsituation, bessere Ausstattung der Berufsschulen, volle Fahrgeldrückerstattung für alle Berufsschüler, Sportstätten in unmittelbarer Nähe jeder beruflichen Schule, kostenloses warmes Mittagessen für Berufsschüler, Ausbau des Berufsvorbereitungs- und des Berufsgrundbildungsjahres sowie verbesserte Kurswahlmöglichkeiten an beruflichen Gymnasien forderten die Berufsschüler in einer Resolution, die Stadtrat Becker überreichte wurde.

Auf der Kundgebung vor dem Regierungspräsidium forderten der kommissarische Landesschülervertreter, Jörg Zimmermann, der Berufsschulsprecher des Landesschülerrates, Ulli Ludwig, und der Schulsprecher der Kassler Reuter-Schule, Arild Steinmetz, volle Unterrichtsabdeckung, die Einstellung aller Lehrer, die Anrechnung der Vorleistungen bei der Kammerabschlußprüfung und die Abschaffung eines neuen Berufsschülerlasses. Die Schüler forderten Regierungspräsident Heinz Fröbel auf, sich zur Diskussion zu stellen. Dies lehnte er ab. Er sei aber bereit, mit einer Delegation von 10 Schülern zu reden. Aber hiermit waren die Schüler nicht einverstanden.

Ein schwuler Genosse des KB/Kassel

Abschaffung der Zwangsexmatrikulation und Einführung von Zwischenprüfungen

Wie erst vor kurzer Zeit bekannt wurde, liegt seit Mitte Februar in Hamburg ein Gesetzesentwurf der Behörde für Wissenschaft und Forschung vor, der die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation im Hochschulrahmengesetz nun auch für die Hamburger Hochschulen gültig machen soll. Mit diesem Wahlpräsident der Sozialdemokratie bekommen die Hamburger Studenten allerdings gleich noch eine Ohrfeige verabreicht: Der Änderungsentwurf beinhaltet gleichzeitig die zwingende Einführung von Zwischenprüfungen. Eine möglichst rasche Verabschiedung der Gesetzesnovelle ist vorgesehen.

Während in der Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) zwar eine Streichung der Zwangsexmatrikulation, aber nicht die Streichung von verbindlichen Meldefristen zu den Prüfungen vorgesehen ist, soll im Hamburger Hochschulgesetz auch der gesamte Paragraph zur Regelung der Meldefristen gestrichen werden, das heißt, es soll keine bestimmte Frist mehr gesetzt werden, innerhalb der man sich zur Prüfung melden muß. Dies ist für die Hamburger Studenten ein wesentlicher Vorteil. Denn nach der HRG-Änderung kann die Nichteinhaltung der Meldefristen zwar nicht mehr mit Zwangsexmatrikulation geahndet werden, wohl aber mit dem erstmaligen Nichtbestehen der Prüfung – und bekanntermaßen sind die Möglichkeiten, Prüfungen zu wiederholen, sehr begrenzt. Auch die Tatsache, daß die Meldefristen laut Hochschulrahmengesetz nun den Charakter von „Sollfristen“ erhalten haben, ändert nicht viel, denn in der Rechtsprechung sind Abweichungen von einer Soll-Vorschrift nur ausnahmsweise und mit besonderer Begründung zulässig. Die Hamburger Studenten sollen jetzt zwar in den Genuß kommen, sich an derartige Fristen nicht mehr halten zu müssen, dafür müssen sie in Zukunft Zwischenprüfungen nach dem ersten Teil ihres Studiums ablegen. Auch im zur Zeit gültigen Gesetz war die Möglichkeit von Zwischenprüfungen vorgesehen, doch in Zukunft soll folgendes Anwendung finden: „Wer eine Zwischenprüfung noch nicht bestanden hat, kann Studien- oder Prüfungsleistungen des nachfolgenden Studienabschnittes nicht erbringen...“ Ursprünglich sollte bei nicht abgelegter Zwischenprüfung sogar die Teilnahme an weiterführenden Veranstaltungen verweigert werden. Für die Studenten bedeutet dies, daß sie ein ganzes Semester mit der Erarbeitung weiterer Leistungsnachweise warten müssen, wenn ihnen auch nur ein einziger Schein für die Zwischenprüfung fehlt. Insbesondere Studenten, die über Bafög finanziert werden, können sich das wohl kaum leisten. Jede/r wird sich also in Zukunft bemühen, die erforderlichen Nachweise rechtzeitig zusammenzubekommen und sich in seinem Studium

auf das Notwendigste beschränken. Ein Studium nach individuellem Nutzen und Interesse – daran wird bald niemand mehr denken. Wie nützlich, das spart wieder Lehrstellen und verhindert, daß die Studenten auf dumme Gedanken kommen.

Die mit der Regelstudienzeit verbundenen Absichten sollen so auf anderem Wege verfolgt werden. Senator Sinn selbst läßt dies in seiner Begründung für den Entwurf deutlich anklingen: „Nach Wegfall der Zwangsexmatrikulation auch im Hinblick auf die Zwischenprüfung müsse gewährleistet sein, daß die Zwischenprüfung ihre Funktion als Leistungskontrolle nach dem ersten Studienabschnitt erfülle. Um zu vermeiden, daß Zwischenprüfungsleistungen durch die Studenten erst wesentlich später als nach der Studienordnung vorgesehen erbracht würden, bedürfe es der vorgesehenen Regelung“ (aus einer Vorlage des Uni-Präsidenten). Noch ist nicht vorgesehen, eine zeitliche Frist für die Ablegung der Zwischenprüfung vorzugeben; man hofft erstmal auf die gleiche Wirkung durch eine Verweigerung des Weiterstudierens. Für den Fall, daß sich diese Hoffnung nicht im erwünschten Ausmaße erfüllen sollte, ist abzusehen, daß Behörde und Senat vor einer weiteren Verschärfung nicht zurückschrecken werden, sei es in Form einer Fristsetzung oder der Benotung von Scheinen oder ... Der erste Schritt für derartige Maßnahmen ist mit diesem Entwurf getan. Zusätzlich zur Einführung der Zwischenprüfungen sieht die Behörde die zwingende Teilnahme an einer Studienberatung für all diejenigen vor, die die Regelstudienzeit überschreiten.

Die vom Hamburger Uni-AStA (MSB, Jusos, SHB) vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen sind zwar nicht neu, sondern semesterlang „erprobt“, erhalten in diesem Semester allerdings eine besonders pikante Note dadurch, daß wir uns schon im Anfangsstadium des Bundestagswahlkampfes befinden. Der AStA sammelt Unterschriftenlisten, um Senator Sinn aufzufordern, an einer Diskussionsveranstaltung in der Uni teilzunehmen. Der Senator – zwar nicht Mitglied in FDP oder SPD, aber immerhin beteiligt an einer sozialdemokratischen Regierung – wird die Aufforderung dieses Jahr mit einem besonderen Dank annehmen. Sozialdemokraten suchen schon lange nach Möglichkeiten, den „demokratischen Dialog“ mit der Studentenschaft aufzunehmen, und die FDP hat jüngst beschlossen, ihre Politiker an den westdeutschen Hochschulen herumreisen zu lassen, um sie von der Wählbarkeit dieser Partei zu überzeugen. Und wofür sammelt man da Unterschriften? Natürlich um „Druck“ zu machen gegen eine Verschlechterung der Studienbedingungen...

SSB/Hamburg

Massenstreiks überall

Istanbul (ITA). - Gemäß einem Beschluß der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) haben die ihr angeschlossenen Einzelgewerkschaften zu Streikmaßnahmen aufgerufen, an denen sich etwa 100.000 Arbeiter in Produktions- und Dienstleistungsbetrieben beteiligen.

Nach einer gemeinsamen Sitzung der Sekretariate und Vorstände der Einzelgewerkschaften wurde Anfang Februar 1980 der Beschluß gefaßt, gegen die jüngsten ökonomischen und politischen Maßnahmen der Regierung Demirel vorzugehen.

Die DISK will mit Entschlossenheit und allen zur Verfügung stehenden Mitteln diesen neuerlichen Angriff auf die Arbeiterklasse abwehren, falls notwendig, werden ihre Mitglieder in einen Generalstreik treten. Auch andere Maßnahmen, wie z.B. regionale Streiks oder Sympathie- und Unterstützungstreiks, Massenversammlungen und Demonstrationen gegen die Unterdrückung und die undemokratische Behandlung der Arbeiterschaft sind vorgesehen. Eine erste Aktion dieser Art wurde erfolgreich in Izmir durchgeführt, wo die Arbeiterschaft heldenhaften Widerstand gegen die Entlassung von 11.000 Arbeitern des staatlichen agro-industriellen Konzerns TARIS geleistet hat (siehe AK 173).

Parallel zu dem Widerstand in Izmir haben drei der DISK angeschlossenen Gewerkschaften Streikmaßnahmen beschlossen, bei denen 71.500 Arbeiter in den Ausstand traten. Die Metallarbeitergewerkschaft (MADEN-IS) beschloß für den 3. März 1980 einen Streik in 115 Betrieben, an dem 35.000 Metallarbeiter teilnahmen; die Textilarbeitergewerkschaft (TEKSTIL) begann bereits am 17. Februar in 77 Betrieben mit 30.000 Arbeitern einen Streik. In der Zwischenzeit gingen auch 6.500 Angestellte der türkischen Fluggesellschaften, die in der HAVA-IS organisiert sind, in Streik, wodurch alle Flüge der staatlichen Luftfahrtgesellschaften betroffen sind.

In Istanbul haben am 15.3.80 13.000 staatlich angestellte Arbeiter von der Müllabfuhr, Straßenreinigung, etc. den Streik begonnen.

Obwohl der andere große Gewerkschaftsverband TÜRK-İS sich gegen die Entscheidungen der DISK ausgesprochen hat, begann eine der größten ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften, die Gewerkschaft der Arbeitgeber in der Staatlichen Lebensmittelindustrie (TEK GIDA - IS), am 21. Februar einen Streik in allen staatlichen Lebensmittelfabriken, an dem 64.000 Arbeiter teilnahmen. Hinzu kommt, daß in vielen kleineren Betrieben insgesamt 7.700 Mitglieder der TÜRK-İS und 1.700 Mitglieder der DISK sich im Streik befinden.

In Kürze werden die Lohnverhandlungen für 600.000 in staatlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter und Angestellte beginnen, und in Kürze werden die Lohnverhandlungen für 600.000 in staatlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter und Angestellte beginnen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch diese Betriebe dann bestreikt werden.

Die ökonomischen Abwehrmaßnahmen seitens der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften sollen nun als „umstürzlerisch“ kriminalisiert werden, um somit das Verbot der Gewerkschaften vorzubereiten.

Der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung Türkischer Textilindustrieller Halit Narin sagte dazu: „Die Vorgänge sind Teil eines Plans der DISK, einen landesweiten Generalstreik herbeizuführen, und sie haben ideologische Hintergründe und Motive... gische Hintergründe und Motive...“ Daraufhin eröffnete der Oberste Staatsanwalt eine Untersuchung gegen das Sekretariat der DISK bezüglich seiner Entscheidung für einen Generalstreik.

Auch die Kriegsrechtsbehörde der Provinz Istanbul kündigte in einem Kommuniqué an, daß erwogen werde, mit rechtlichen Schritten gegen die Gewerkschaft vorzugehen, falls die Gesetze und Kriegsrechtsvorschriften mißachtet würden.

Löhne und Gehälter stagnieren

Während Staatsanwälte und Behörden jede Möglichkeit suchen, die Gewerkschaften einzuschüchtern, während die Sicherheitskräfte mit Panzerfahrzeugen, Hubschraubern und Flugzeugen gegen Widerstand leistende Arbeiter vorgehen, begann die Regierung Demirel auf Vorschlag des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Gesetzesvorhaben zu prüfen, mit dem alle Löhne und Gehälter für fünf Jahre eingefroren werden sollen.

Besonders in den letzten Jahren sind die Preise schockartig gestiegen, während Löhne und Gehälter ihre Kaufkraft verloren. Nach einer

Türkei-Kurzmeldungen

Jahr	Mtl. Nominallohn	Index Nominallohn	Preisindex	Index	Reallohn
1970	365 TL	100,0	100,0	100,0	
1971	948 TL	109,0	119,0	91,6	
1972	1034 TL	119,5	137,3	87,0	
1973	1228 TL	142,0	156,6	90,7	
1974	1491 TL	172,4	194,0	88,6	
1975	1778 TL	205,0	235,1	87,2	
1976	2248 TL	259,7	276,1	94,1	
1977	2759 TL	319,0	347,9	91,7	
1978	3648 TL	421,7	563,2	74,9	
1979	4290 TL	496,0	812,6	61,0 (-39%)	
(8 Monate)			(xx)		

(x) Von den 17 Millionen Bürgern im arbeitsfähigen Alter sind nur 4,8 Millionen in das Sozialversicherungssystem einbezogen. Für die restlichen mehr als 12 Millionen Arbeitskräfte gilt weder die Mindestlohngarantie, noch können sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

(xx) Nach Angaben des Handelsministeriums betrug 1979 die Preissteigerung 63,9 %. Hinzu kommt, daß die Türkische Lira Anfang 1980 um 48,9 % abgewertet wurde.

In der Zeit vom 24. bis 3.5. finden in Braunschweig, Frankfurt, Hamburg und Westberlin Türkei-Veranstaltungen statt. Neben dem Türkei- und Kurden-Spezialisten Jürgen Roth werden in diesen Städten der Chefredakteur der linken Tageszeitung „Demokrat“, Dursun Akcam, sowie der Journalist Kamil Tylan über die Lage in der Türkei informieren.

**FASCHISMUS
IN DER TÜRKEI
GRAUE WÖLFE
IN DER BRD**

Volksbildungsheim Frankfurt
25. April 1980 19.30 Uhr
Freitag

Podiumsdiskussion:
Dursun Akcam
Chefredakteur, Türkei
Andreas Buro
Herausgeber, BRD
Manfred Coppel
Mitglied, BRD

Untersuchung der DISK-Forschungsabteilung ergibt sich folgende Übersicht über die Preis- und Lohnentwicklung bezogen auf Arbeiter, die von der Sozialversicherung betroffen sind: (x)

Weitere Anreize für ausländisches Kapital in der Türkei

Weitere Anreize für ausländisches Kapital in der Türkei

Ankara (ITA) - Am 25. Januar 1980 traten neue Vorschriften für die Investition ausländischen Kapitals in der Türkei in Kraft, die eine radikale Veränderung der bisherigen Regelungen bedeuten; zur Abwicklung wurde ein Sonderamt, das dem Premierministerium untersteht, eingerichtet.

Nach den neuen Vorschriften können ausländische Geldgeber in folgenden Wirtschaftsbereichen investieren: Landwirtschaft, Bergbau, Lebensmittelindustrie, Textilien und Konfektionsherstellung, Forstwirtschaft, Chemieindustrie, Eisen- und Stahlindustrie, nicht-ferreische Metallindustrie, Fahrzeugbau, Metallgüterindustrie, Industrie- und Elektromaschinenbau, Dampf-, Wasser- und Gasturbinenbau, Meß- und Kontrollinstrumente, optische Geräte und Zubehör, Elektronik, Flugzeug- u. Hubschrauberbau, Dieselmotorbau.

Da ein Teil der Gesamtproduktion für den Export bestimmt ist, werden die ausländischen Investoren vielfältige Vorteile haben durch Zollfreibeträge, Investitionsabzüge, usw.

Neues Rekorddefizit in der türkischen Handelsbilanz

Ankara (ITA) - Nach einer von der Regierung veröffentlichten Prognose wird die Türkei in diesem Jahr ein Handelsbilanzdefizit von 4,3 Md. Dollar haben. Das Programm für 1980 sieht Importe im Werte von 7,5 Md. Dollar gegenüber Exporten in Höhe von 3,2 Md. Dollar vor. Die türkische Regierung erwartet Überweisungen türkischer Arbeiter aus dem Ausland in Höhe von 1,5 Md. Dollar und weitere 50 Millionen Dollar aus anderen ausländischen Deviseneinkünften.

Das würde insgesamt zu einem Defizit von 3,45 Md. Dollar für 1980 führen. Hinzu kommen fällig gewordene Rückzahlungen von Aus-

landsschulden in Höhe von 2,5 Md. Dollar (Tilgung und Zinsen).

Die Türkei benötigt daher für das Jahr 1980 Auslandshilfe und Kredite von 4,65 Md. Dollar, um ihre Bilanz ausgleichen zu können.

Einfuhrbeschränkungen im letzten Jahr und die ständig wachsenden Ölpreise führten zu einer ständig sinkenden Produktivität der türkischen Industrie, die gegen Ende des Jahres 1979 nur noch 30 % ihrer Kapazitäten auslasten konnte. Die Regierung hofft, in diesem Jahr für 2,5 Md. Dollar mehr Güter importieren zu können als im Vorjahr.

Fortschrittliche Presse und Intellektuelle unter Druck

Ankara (ITA) - Die Kriegsbehörden und andere staatliche Institutionen haben ihren Druck auf die fortschrittliche Presse und Intellektuelle erheblich verstärkt.

Am 19. Februar 1980 hat das Kriegsrechtskommando von Istanbul die sozialistische Tageszeitung „Politika“ verboten; ihr wird vorgeworfen, „kommunistische und separatistische Propaganda“ betreiben zu haben und „die Bevölkerung zur Mißachtung von Gesetzen aufzufordern zu haben.“ Der Militärstaatsanwalt verfügte auch die Verhaftung des Herausgebers der Zeitung, Osman İkiç, sowie dreier Redakteure, Aydin Engin, Ozlem Özgür und Akin Ergene.

Desweiteren wurden von Staatsanwälten drei verschiedene Ausgaben der sozialistischen Wochenzeitschrift „Yürüyüş“ und eine Ausgabe der linken Tageszeitung „Demokrat“ beschlagnahmt. Herausgeber und Redakteure dieser Presseorgane stehen ebenfalls unter Anklage.

Die Behörden benutzen immer willkürlichere und gewaltsamere Methoden, um die Herausgeber fortschrittlicher Zeitungen einzuschüchtern. Am 21. Januar 1980 durchsuchten einige Beamte in Zivil das Druckhaus der Wochenzeitschrift „Yürüyüş“ und beschlagnahmten druckfertiges Material.

Das Postscheckamt sperrte das Konto von Yürüyüş, so daß die hierauf eingezahlten Abonnementsgelder zur Zeit nicht benutzt werden können.

Terminkalender

Da der Veranstalter und Unterstützerkreis noch nicht in allen Städten in vollem Umfang feststeht, geben wir hier nur Ort und Zeit an, sowie die Podiumsteilnehmer, die feststehen.

Braunschweig, 24.4. 19.30 Uhr
Fachhochschule, Kührenstr. 1
Podiumsteilnehmer:
J. Roth
evtl. Dursun Akcam (Journalist, Demokrat)
Türkischer Arbeiter-Verein
und ein Vertreter des Bündnisses
sowie türkische Folklore

Frankfurt, 25.4. 19.30 Uhr
Volksbildungsheim

Hamburg, 2.5. 18.30 Uhr
Ort: Audi Max

Veranstalter: Komitee gegen türkische Faschisten

Podiumsteilnehmer:
J. Roth
Dursun Akcam
Kamil Tylan
ein Vertreter des Komitees

Westberlin, 3.5. 19.00 Uhr
Ort: Tarantel, Karl-Marxstr. 131

Podiumsteilnehmer:
J. Roth
Dursun Akcam
Kamil Tylan
Bernd Hofmann (Türkei-Koordinator ai)
Dirk Schneider (Alternative Liste)
Tom Verkamp (Holland)

Die Hetze und Repression seitens der Behörden dient den Faschisten für ihre terroristischen Aktionen. So wurde am Freitag, den 11.4. einer der bekanntesten Schriftsteller der Türkei, Umit Kaftancıoğlu, auf offener Straße erschossen.

Umit Kaftancıoğlu hatte mit der linken Tageszeitung „Demokrat“ zusammengearbeitet.

Umit Kaftancıoğlu hatte mit der linken Tageszeitung „Demokrat“ zusammengearbeitet.

In Ankara wurde am 8. März der Chef des „Sol“-Verlags Muzaffer Erdoğdu von den Kriegsrechtsbehörden verhaftet; auch ihm wird „kommunistische Propaganda“ vorgeworfen; alle Bücher mit vermeintlich „kommunistischer Propaganda“ beschlagnahmt. „Sol“ ist einer der ältesten und hervorragendsten fortschrittlichen Verlage in der Türkei. Er brachte als erster die Werke von Marx, Engels und Lenin in einer türkischen Übersetzung auf den Markt. (C - M - DG - 9/3)

Aufführungsverbot für preisgekrönten türkischen Film in der Türkei

Ankara (ITA) - Der türkische Film „Düşman“ (Feind), der von der internationalen katholischen Filmorganisation bei den diesjährigen Berliner Filmfestspielen ausgezeichnet wurde, darf nach einem Spruch der türkischen Filmzensurstelle in der Türkei nicht aufgeführt werden.

Der Film beschreibt die Situation der Armen in der Türkei, die unter der Arbeitslosigkeit, sozialen Problemen und der Blutrache zu leiden haben. Die Berliner Film-Jury zeichnete den Film aus, weil er „die soziale Situation und menschliche Werte erfolgreich wiedergibt“. (H-C-DG-7/3)

Vorsitzende der Vereinigung aller Lehrer vor Gericht

Ankara (ITA) - Am 2. März 1980 begann vor dem Militärgericht in Ankara die Verhandlung gegen den Vorsitzenden und andere Führer der Vereinigung aller Lehrer der Türkei (TÖB-DE).

Der Vorsitzende Gültekin Gazioğlu und seine 18 Kollegen

werden vom Militärstaatsanwalt beschuldigt, „kommunistische und separatistische Propaganda“ betrieben und „das Vereinigungsrecht verletzt“ zu haben; der Staatsanwalt forderte für jeden der Angeklagten eine zehnjährige Freiheitsstrafe. Dennoch wurden bereits sechs der Angeklagten am ersten, die übrigen am zweiten Verhandlungstag auf freien Fuß gesetzt. Die Gerichtsverfahren dauern an.

Die Vereinigung aller Lehrer der Türkei wurde von der Kriegsrechtsbehörde Ankara zusammen mit anderen demokratischen Organisationen wie POL-DEK, TÖB-DEK, TÖB-DEK, GENC-ÖNCÜ, IGD und IKD verboten. (C-M-H-DG 14/3)

Bürgermeister vor Gericht: Anklage wegen „Separatismus“

Diyarbakir (ITA) - Der Bürgermeister von Diyarbakir Mehdi Zana steht vor einem Militärgericht dieser südöstlichen Provinz; er wird beschuldigt, „separatistische Propaganda“ betrieben zu haben. Der Militärstaatsanwalt beklagt ihn, von den Rechten des kurdischen Volkes in der Türkei gesprochen zu haben, während er wegen eines anderen Verfahrens im Militärgefängnis saß.

Diyarbakir ist eine der südöstlichen Städte der Türkei, in der die große Mehrheit der Bevölkerung kurdischen Ursprungs ist. Historisch wird diese Stadt als das Zentrum des kurdischen Teils der Türkei betrachtet.

Mehdi Zana wurde Ende 1977 als unabhängiger Kandidat mit Unterstützung verschiedener politischer Kurdengruppen zum Bürgermeister gewählt.

Das türkische Strafrecht verbietet es, über die Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei zu sprechen und seine fundamentalen Rechte zu verteidigen. (M-DG-19/1)

Verhaftungswelle gegen Linke rollt

Am 8. März wurden 160 Frauen festgenommen, da sie an „illegalen“ Demonstrationen teilgenommen hatten, davon 60 in Istanbul und 100 in Izmir.

Nach Angaben, die wir direkt aus der Türkei erfahren, läuft in der letzten Zeit verstärkt die Verhaftung von Mitgliedern linker Organisationen.

So wurden allein in der letzten Woche über 4000 (!) Menschen verhaftet. Nach offiziellen Angaben der Regierung Demirel wurden in den ersten Tagen seiner Regierung 14.096 Menschen verhaftet und 39.047 unter Arrest gestellt. Die Wahrheit wird weitaus höhere Zahlen liefern (TAZ, vom 14.4.80).

Politische Morde vom 18.2.80 bis 13.3.80

Politische Morde vom 18.2.80 bis 13.3.80

Istanbul	54
Ankara	19
Diyarbakir	8
Mersin	7
Urfa	7
Hatay	6
Mardin	6
Samsun	6
Malatya	5
Ordu	5
Adana	4
Antalya	4
Bursa	4
Izmir	4
Konya	3
Maraş	3
Tokat	3
Artvin	2
Erzurum	2
Gaziantep	2
Manisa	2
Trabzon	2
Aydın	1
Blngöl	1
Corum	1
Edirne	1
Eskişehir	1
Kayseri	1
Sivas	1
Sinop	1
Uşak	1
Gesamt	167

4 Monate in der Demirel-Zeit 873
Gesamtzeit 4 Jahre und 2 Monate 3.083

Letzte Meldung

1. Mai 1980
Die DISK hat in 5 Städten der Türkei Demonstrationen zum 1. Mai angemeldet. In Ankara, Izmir und Istanbul herrscht allerdings Kriegs-

Fortsetzung nächste Seite

Welch' ein Angebot! Türkei darf EG-Kolonie werden

Einen dankenswert offenen Artikel über die Perspektiven der westlichen „Türkei-Hilfe“ publizierte die „FAZ“ am 29.3. („Was die Europäische Gemeinschaft für die Türkei tun kann“, verfaßt von einem Prof. Werner Gumpel). Darin wird in aller Klarheit beschrieben, wie eine „zeitgemäße“ imperialistische Politik, an der in diesem Fall die BRD führend beteiligt ist, auszusehen hat. Da Matthöfer für „sein“ Türkei-Projekt zweifellos gesetzmäßige Worte finden wird — sicher wird er von „Solidarität“, von „Hilfe zur Selbsthilfe“ und dergleichen mehr sprechen und dabei auch in die „Wahrung der Menschenrechte“ in der Türkei nicht ganz vergessen —, ist es sehr nützlich, einmal ungeschminkt die Vorstellungen der Herrschenden vorgesetzt zu bekommen.

Das Anliegen des Artikels ist es, den z.T. noch zögernden Kapitalisten die „Türkei-Hilfe“ schmackhaft zu machen. Hatten doch einige Unternehmen ihrem „Ärger“ darüber Luft gemacht, „daß die Türkei eine neue internationale Finanzhilfe erhalten soll, ohne vorher für die alten unverbürgten Forderungen eine faire Umschuldungsregelung zuzugestehen“ („FAZ“, 25.3.). Bevor die Deutsche Mark wieder fließt, wollen die Herrschenden also ihre Gewinne nach Hause bringen. Gegenüber solch kurz-sichtigem Eigensinn verweist Prof. Gumpel auf die langfristigen Perspektiven. „Wenn die Gemeinschaft und besonders die Bundesrepublik eine Stützungsaktion unternehmen, so braucht dies nicht allein aus militärischen Gründen [!] zu geschehen. Vielmehr kann dies langfristig auch wirtschaftlich im Nutzen der Gemeinschaft sein“ (dieses und alle folgenden Zitate aus: „FAZ“ vom 29.3.).

Selbstverständlich stünden die militärpolitischen Überlegungen im Vordergrund: Das türkische „Chaos“ sei „der beste Nährboden für Revolution“ und eine sowjetische Intervention. Eile sei geboten, da die Entwicklung in der Türkei bereits so weit fortgeschritten sei, „daß es auf Monate ankommt“. Darüber hinaus gehe es um die „Stärkung der Südostflanke der NATO“ und die „Stabilisierung“ des Mittelmeerraumes. Motto: innenpolitische Konflikte in irgendeinem Teil der EG vermindern die „politische Stabilität in ganz Europa“. Daher müsse die „Süderweiterung“ der EG insgesamt in „starkem Maße von politischen Überlegungen bestimmt“ sein. Trotzdem gebe es natürlich auch „ökonomische Aspekte“ für diese Politik. Diese „Aspekte“, die Prof. Gumpel im folgenden aufzählt, wären es wert, der türkischen Bevölkerung bekannt gemacht zu werden:

1. Der türkische „Markt“ mit seinen 45 Millionen Menschen. Dieser soll freilich nicht für eine aufzubauende nationale Industrie, sondern „für Europa erschlossen werden“.
2. Das „große Menschenreservoir“ könne „durch Investitionen im Land oder durch Arbeitskräfteübertragungen nutzbar gemacht werden“ (man beachte die Sprachregelung!). Auf deutsch: die türkischen Arbeitskräfte stünden als billige „Reserve“ zur Verfügung — sei es bei Produktionsverlagerungen in die Türkei oder als „Gastarbeiter“ in den europäischen Metropolen.
3. Produktionsverlagerungen in die Türkei hätten außerdem den Vorteil, die Transportwege und -kosten in den Mittleren Osten zu verkleinern. Man könnte also langfristig an eine Art ökonomischen Brückenkopf der EG zum Mittleren Osten denken.
4. Die Ölvorkommen in der Ägäis. „Selbst wenn die Nutzung allein durch die Türkei erfolgen würde“, was aber noch nicht ausgemacht ist, würde doch die Türkei wenigstens ihren Handel damit bestreiten können.

Jedenfalls würden die Ölvorkommen so oder so „für die EG gesichert werden“.

5. „Eine stabile Türkei bedeutet die Absicherung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Gemeinschaft im Mittelmeerraum und erleichtert damit die Gesamtentwicklung Westeuropas. Dieser Effekt läßt sich nicht quantifizieren, ist aber zweifellos bedeutend“. Zweifello!

Soweit die vorteilhaften „Aspekte“, die die „FAZ“ mit einer Integration der Türkei in die EG verbunden sieht. Allerdings werden auch „Probleme“ gesehen. Beispielsweise habe die Türkei eine „leistungsfähige Textilindustrie“, die für ihren Export „lebenswichtig“ sei. Hier würde es zu „Interessenskonflikten mit Großbritannien“ kommen. „Produktionsabsprachen“ zwischen den beiden Ländern seien aber möglich: England könne sich „auf hochwertige Textilien spezialisieren, während die Türkei billigere Massenware liefert“. Ähnliches gilt für den Agrarsektor, wo eine Einschränkung ihrer Exporte „einem Todesurteil für die türkische Wirtschaft gleich“ käme.

Auch eine völlige Freizügigkeit könne den Türken im Falle einer EG-Mitgliedschaft nicht zugestanden werden; dies sei der BRD nicht zuzumuten. Der „Arbeitskräfteübertrag“ stößt da auf seine Grenzen, wo allzu viel türkische Kinder das Unterrichtsniveau an deutschen Schulen senken. und d e ohnehin zu knappen Lehrstellen besetzen.

Aufgrund dieser Schwierigkeiten solle die Integration der Türkei in die EG nur behutsam vorangetrieben werden. „Zunächst sollte die EG nur behutsam vorangetrieben werden; sofort sei aber ein „Sonderstatus“ der Türkei gegenüber der EG vonnöten. Dieser „Sonderstatus“ der soll es den EG-Ländern ermöglichen, nach Kräften in die Türkei hineinzuregieren:

- „Schaffung eines ständigen Finanzberatungsgremiums“, das mit einem eigenen Fonds ausgestattet sein soll. Damit wäre die Möglichkeit einer jederzeitigen massiven Einnischung in die türkische Wirtschaftspolitik gegeben.
- Schaffung aller möglichen weiteren „Beratungskommissionen für die verschiedenen Problembereiche der Zusammenarbeit“.
- „Ausbildung von Türkei-Spezialisten der westeuropäischen Länder“.
- „Schulung türkischer Beamter auf westeuropäischen Verwaltungsmethoden“.
- Stipendien für türkische Studenten, damit sie „mit der westeuropäischen Denkweise vertraut werden“.
- „Hilfe bei der Entwicklung des touristischen Potentials“.

Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sei allerdings, daß die Türkei „die notwendigen Voraussetzungen im eigenen Land schafft. Premierminister Demirel hat hierzu schon einige sehr wesentliche Schritte getan.“ Der blutige Terror gegen die türkische Arbeiterbewegung und die Linke wird also durchaus „anerkannt“; wenn es noch ein bißchen „chileneischer“ wird, dürfte es diese Herren kaum stören...

Klarer kann das EG-Programm für die Türkei kaum formuliert werden. Seine Umsetzung würde schlicht die Schaffung eines kolonialen „Sonderstatus“ bedeuten. Ökonomisch, politisch und militärisch würde sich die Türkei in eine vollkommene Abhängigkeit von Bonn, Paris und London begeben. Die Rechnung hätte die türkische Bevölkerung zu bezahlen. Daß für nackte imperialistische Ausbeutung und Unterwerfung das Wort „Hilfe“ bemüht wird, ist dabei nichts anderes als eine typisch bürgerliche Sprachschändung.

PS: Matthöfers Karriere hat übrigens mal im DGB begonnen...

Euskadi: Ein trauriger »Aberri Eguna«

Zum ersten Mal seit 16 Jahren (!) wurde in diesem Jahr der traditionelle baskische nationale Feiertag — „Aberri Eguna“ — nicht in gemeinsamen Demonstrationen der politischen Parteien am Ostersonntag begangen (in den vergangenen Jahren waren am „Aberri Eguna“ in Bilbao und San Sebastian jeweils zwischen 200.000 und 300.000 Menschen an den Demonstrationen beteiligt!). Der baskische bürgerliche PNV, stärkste Partei im Baskenland, betätigte sich als Sprengsatz, indem er dem „Aberri Eguna“ einen „Festcharakter und nicht den einer Massendemonstration“ („El Pais“, 4.4.) verliehen wollte. Der Parteivorstand beschloß, in sämtlichen baskischen Orten und Städten Veranstaltungen durchzuführen (statt einer Konzentration der Kräfte auf die Provinzhauptstädte wie bisher).

Aus Protest gegen diese Machenschaften des PNV rief die zweitstärkste politische Kraft in Euskadi, die linksradikalen Nationalisten von „Herri Batasuna“ zu einer Demonstration in Pamplona auf, um die Forderung nach Integration Navarras zu betonen.

„Euzkadiko Ezkerra“ (die „gemäßigten“ linken Nationalisten) berief eine zentrale Demonstration nach San Sebastian ein unter den zentralen Parolen von Amnestie für die politischen Gefangenen und die Einbeziehung Navarras in die baskische Nation.

Die eurorevisionistische PCE ihrerseits zog sich ganz aus der Affäre, indem sie zu einer Kundgebung in einem kleinen Ort aufrief mit der Behauptung: „Der Wille der Arbeiter ist es, den nationalen Wiederaufbau voranzutreiben“ („El Pais“, 4.4.80). Auch die PCE nahm ihrer Veranstaltung den kämpferischen Charakter zugunsten allgemeiner Volksbelustigung.

Konsequenterweise wurde auch nur gegen die Demonstration von „Herri Batasuna“ in Pamplona (und auch in Vitoria) seitens der Polizeikräfte vorgegangen. Der Zivilgouverneur von Navarra verbot die Demonstration in Pamplona, was „Euzkadiko Ezkerra“ veranlaßte, ebenfalls nach Pamplona aufzuziehen.

Am Ostersonntag kam es dann zu massiven Polizeigrößen in Pamplona („Die Hauptstadt von Navarra erwachte am Sonntag unter dem größten Polizeiaufgebot ihrer Geschichte“ — „El Pais“, 8.4.80). Es kam den ganzen Tag über zu Straßenkämpfen der Demonstranten mit der Polizei, die jeden Demonstrationsversuch verhinderte und dabei zehn Menschen (u.a. mit Gummigeschossen) verletzte und viele verhaftete. Am Nachmittag drangen 19 Bullen in das Büro des PNV (der gar nicht an den Aktivitäten beteiligt war!) ein und verhaftete acht Personen. Der PNV hat wenig Nutzen (oder Anerkennung seitens der maßlos brutalen Polizeikräfte) von seiner spalterischen Absetzbewegung vom Kampftag des baskischen Volkes gehabt.

Spanien-Kommission



„Aberri Eguna“ in Vitoria: Die nationale Polizei beschlagnahmt ein Transparent.

Anwachsen des Nationalismus in Spanien — Wahlen in Katalonien

Nach dem Referendum in Andalusien und den Wahlen zum baskischen Parlament fanden am 20. März in Katalonien zum dritten Mal regionale Wahlen innerhalb weniger Wochen in Spanien statt. Zum zweiten Mal in der katalanischen Geschichte wurde ein autonomes Parlament gewählt.

Großer Verlierer war wie bei den anderen Regionalwahlen die Regierungspartei UCD. (Das ist das Hervorstechendste an allen drei Abstimmungen). Die Erwartung jedoch, daß Katalonien diesmal wieder mehrheitlich „links“ stimmen würde, traf nicht zu („links“ meint die beiden Parteien PSC-PSOE — das ist die „Sozialistische Partei“ in Katalonien — und PSUC — das ist die KP Carriños in Katalonien).

Stärkste Partei wurde mit 28 % der Stimmen und 43 von 135 Abgeordneten die „Convergencia i Unió“ (CiU = „Konvergenz und Einheit“), eine Parteigruppierung, die in etwa mit der bürgerlichen baskischen Nationalpartei PNV zu vergleichen ist. Beide Parteien sind „antizentralistisch“, „nationalistisch“, aber eindeutige Interessenvertretungen der jeweiligen nationalen Bourgeoisien in Katalonien bzw. Euskadi und damit natürlich mehr den gesamtspanischen bürgerlichen Interessen verbunden als den fortschrittlichen Autonomiebewegungen.

Der nächste Präsident der autonomen katalanischen Regierung (Generalitat) wird Jordi Pujol sein, Spitzenkandidat der CiU und Gründer der über Kataloniens Grenzen hinaus sehr einflussreichen „Banca Catalana“ („Katalanische Bank“). Unter Franco saß Pujol allerdings drei Jahre im Gefängnis, was wohl zur relativen Popularität seiner Partei beigetragen hat.

Der Wahlsieg der CiU ist für die Regierungspartei UCD beruhigend, die in Katalonien ihre dritte politische Niederlage innerhalb weniger Wochen einsteckte: Sie büßte 8 % der Stimmen ein, erhielt insgesamt nur 11 % der abgegebenen Stimmen (18 Abgeordnete). Im Zentralparlament in Madrid stimmte die CiU immer mit der UCD, wenn es um die Verabschiedung des reaktionären „Arbeiterstatuts“ und des nicht minder reaktionären „Erziehungsgesetzes“ ging. Die gemeinsamen Klasseninteressen sind eindeutig gewahrt. Pujol sagte wenige Stunden nach der Wahl: „Wir wollen keine Konfrontation mit Madrid. Wir wünschen vielmehr, daß Spanien in seiner Gesamtheit (!) gut funktioniert und werden Madrid deshalb in seinen Bemühungen um einen Ausgleich der Regionen unterstützen“ („Welt“,

22.3.80).

Die PSC-PSOE, die sich schon als Wahlsieger gesehen hatte, verlor 6 % und bekam 23 % der Stimmen (33 Sitze). Sie ist damit die zweitstärkste Kraft im Parlament.

Die PSUC (KP Kataloniens) konnte mit ca. 20 % der Stimmen ihren Anteil halten und ist mit 25 Abgeordneten im Parlament vertreten. Die PSUC hat mehr als die PCE im übrigen Spanien das Image der traditionellen „katalanischen Arbeiterpartei“.

Die traditionelle Partei des katalanischen Kleinbürgertums ERC (Republikanische Linke Kataloniens) konnte ihren Stimmenanteil gegenüber den letzten Wahlen fast verdoppeln und stellt 14 (9 % der Stimmen) Abgeordnete im neuen Parlament. Zur Zeit der 1. katalanischen Republik (1932-1938) war die ERC die bedeutendste Partei Kataloniens: kleinbürgerlich, republikanisch, radikal-demokratisch. Die Regierung unter Lluís Companys, dem damaligen Präsidenten der Generalitat solidarisierte sich z.B. mit dem Arbeiteraufstand in Asturien (1934) und unter der Regierung der ERC entstand eine der fortschrittlichsten Abtreibungsregelungen, die es je in einem Land gegeben hat. Heute allerdings ist von dieser Tradition nur die republikanische Gesinnung übriggeblieben. Ansonsten dominieren kauziger Antikommunismus und spießbürgerliche Borniertheit.

3 % der Stimmen und zwei Abgeordnetensitze bekam die „Sozialistische Partei Andalusien“ (PSA), die von sich behauptet, sich für die Interessen der immigrierten Andalusier in Katalonien einzusetzen, da alle katalanischen Parteien nur die nationalen katalanischen Interessen vertreten würden. Allerdings zeichnet sich die PSA in Andalusien auch nicht durch eine besonders arbeiterfreundliche Politik aus.

Die nationalistische Linke Kataloniens war mit zwei Kandidaturen angetreten: BEAN (Linksblock der Nationalen Befreiung), vergleichbar mit „Herri Batasuna“ in Euskadi, blieb knapp unter 1 %; die Kandidatur „Nationalistische Linke“ erreichte 2 % (ca. 45.000 Stimmen).

Im Lager der revolutionären Linken hatten sich PTE, MCC, LCR und OCE-BR im Wahlbündnis „Einheit für den Sozialismus“ zusammengeschlossen. 50.000 Stimmen wären als Erfolg angesehen worden. Es waren nur 30.000. Bei den vergangenen Wahlen waren es noch 90.000 Stimmen gewesen. Sehr bescheiden.

Die Parteien der extremen Rechten „Solidarität Catalana“, eine auf katalanisch zurechtgetrimmte „Alianza Popular“ (des Strauß-Freundes Fraga Iribarne) sowie die Faschistenpartei „Fuerza Nueva“ von Blas Pinar blieben weit unter der 3 %-Hürde und stellen keine Abgeordneten.

Euskadi

Die Wahlen in Katalonien zeigen z.T. Parallelen, z.T. aber auch ganz entgegengesetzte politische Entwicklungen als in Euskadi auf. In Euskadi war am 9. März die bürgerliche baskische Nationalpartei PNV als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. UCD erlitt eine katastrophale Niederlage, PSOE und PCE verloren starke Stimmenanteile (im Vergleich zu 1977 haben sowohl UCD wie PSOE 50 % ihrer Wähler verloren!). Bei der revolutionären Linken mit gesamtstaatlicher Perspektive waren die Ergebnisse sehr bescheiden (EMK = MC von Euskadi kam lediglich auf 1,5 %, andere Gruppen auf 0, %).

Die Wahlbündnisse der radikalen nationalistischen Linken jedoch erzielten sensationelle Erfolge. Die immer stärker zu eurokommunistischen Positionen tendierende „Euzkadiko Ezkerra“ (der politische Arm von ETA-politico/militar) konnte zwar das Ziel, „Herri Batasuna“ einzuholen, nicht erreichen, gewann aber kräftig hinzu. Und „Herri Batasuna“ (der politische Arm von ETA-militar) wurde am 9. März zur zweitstärksten Partei im Baskenland mit ca. 15 % der Stimmen und elf Abgeordneten, die allerdings ihre Parlamentssitze nicht einnehmen, da sie das Autonomiestatut von Guernica als nicht weitgehend genug ablehnten.

Auf jeden Fall ist der Zentralismus in Spanien in der schwersten Krise seit Ende des Bürgerkrieges. Der Nationalismus erlebt einen starken Aufschwung. Die nationalen Bourgeoisien haben gegenwärtig in diesem Prozeß die Führung inne. In Euskadi ist mit „Herri Batasuna“ ein starkes linksradikales Gegengewicht zur PNV vorhanden. Im Gegensatz zu Euskadi sind in Katalonien die Kräfte des linksradikalen Nationalismus sehr schwach und können in das politische Geschehen kaum eingreifen. Dadurch sind in den Klassenausinandersetzungen beider Nationalitäten ganz andere „Akzente“ gesetzt.

Ein Genosse von MC in Zusammenarbeit mit der Spanien-Kommission

Fortsetzung von Seite 47

recht, so daß es wie im letzten Jahr nur zu verbotenen Demonstrationen kommen wird. Zur Erinnerung: Im letzten Jahr hatte noch die sozialdemokratische Regierung unter Ecevit die 1. Mai-Demonstration verboten und für 48 Stunden Ausgangssperre über Istanbul verhängt. Nach südamerikanischem Vorbild beherrschte Militär die Stadt und die festgenommenen Arbeiter wurden im Stadion interniert.

Eine weitere Demonstration ist in Mersin angemeldet worden. Hier herrscht noch kein Kriegsrecht. Die Behörden haben daraufhin sofort

Ausgangssperre für den 1. Mai erlassen.

Am 1. Mai sollten unsere Gedanken besonders in der Türkei sein, wo viele Menschen sich trotz Verbot und Militär nicht abhalten lassen werden, diesen Kampftag der Arbeiter auf der Straße zu verbringen. Weg mit dem Kriegsrecht! Für einen kämpferischen 1. Mai! Solidarität mit den Werktätigen und Studenten und allen fortschrittlichen Menschen in der Türkei! (Alle nicht näher gekennzeichneten Informationen aus Info-Türk, März 1980).

Türkeikommission

Aufruf zur Unterstützung des IV. Russell-Tribunals über die Rechte der Indianer Nord- und Südamerikas

Im folgenden drucken wir Teile aus dem Aufruf der Gesellschaft für Bedrohte Völker ab, in dem zur Unterstützung des IV. Russell-Tribunals aufgefordert wird.

Die Gesellschaft für Bedrohte Völker hat im deutschsprachigen Raum die Koordination und Finanzierungshilfe übernommen. Verschiedene Unterstützungskomitees sind im Aufbau.

Wer genauere Informationen braucht, oder mitarbeiten möchte:

Gesellschaft für Bedrohte Völker
Bramacher Straße 200
4500 Osnabrück, Tel.: 0541/63663
Für den Hamburger Raum:
Regionalgruppe HH der GfBV
c/o Laden Rappstraße 2
2 HH 13 (mo - frei: 13 - 18,
sa: 10 - 13 Uhr).

Liebe Freunde,
die in Menschenrechts- und Minderheitenorganisationen, in Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Jugendorganisationen, kirchlichen Gruppen, polit. Parteien, usw. usw. mitarbeiten, im NOVEMBER 1980 und im MAI 1981 findet in den Niederlanden (Rotterdam oder Amsterdam) das IV. INTERNATIONALE RUSSELL TRIBUNAL ÜBER DIE RECHTE DER INDIANER NORD- und SÜD-AMERIKAS statt.

Die Russell Peace Foundation wird dieses Tribunal in Zusammenarbeit mit der holländischen 'Workgroup Indian Project' (WIP) durchführen. Andere unterstützende Gruppen sind: Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (Westdeutschland), Survival International (Großbritannien), IWGIA (Dänemark), der International Indian Treaty Council und Incomindios (Schweiz).

Ziel des Tribunals ist es, die Weltöffentlichkeit mit der jahrhundertelangen Unterdrückung der indianischen Völker Amerikas zu konfrontieren, die andauernden Menschenrechtsverletzungen (Völkermordartige Verfolgungen, Landvertreibungen, Rassismus, Ausbeutung der Bodenschätze auf indianischem Territorium) an hand von exemplarischen Fällen in ihrem historischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhang darzustellen, u.a. in bezug auf die 1977 in Genf stattgefundene Konferenz der Non-Governmental-Organisations bei den Vereinten Nationen, in deren Schlußresolution die Rechte der eingeborenen Völker definiert worden sind. Dieses Tribunal wird unterstützt von indianischen Organisationen und Repräsentanten, wenn auch mehr „von außen“, da sie - wie einer es ausdrückte - „voll beschäftigt sind mit dem Versuch zu überleben“.

El Salvador: USA, Militärs und Faschisten planen „Endlösung“

Nach der brutalen Ermordung des Erzbischofs von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero, ist der Bürgerkrieg in El Salvador in den Blick der Weltöffentlichkeit gerückt. Romero, der einer der bekanntesten und populärsten Sprecher des Widerstandes war, wurde während der Vorbereitung einer Messe von faschistischen Scharfschützen erschossen. Er war den Faschisten seit langem unbequem geworden, denn er nutzte den Schutz der Kirche und die Autorität seines Amtes aus, um die herrschenden Militärs anzugreifen und für die Sache des Volkes Partei zu ergreifen. Hiermit setzte er sich auch in direkten Gegensatz zur herrschenden katholischen Kirche.

Mit der Ermordung des Erzbischofs fand die Terrorkampagne der Faschisten einen vorläufigen Höhepunkt, aber keinesfalls ein Ende. Jede Woche werden mindestens 100 weitere Opfer gefunden, die nach brutalen Folterungen hingerichtet werden („FAZ“, 18.4.). Aber die Ermordung des Erzbischofs war auch der Auftakt für eine Verstärkung des Volkswiderstandes und der Intensivierung des bewaffneten Kampfes der revolutionären Organisationen. Rund hunderttausend Menschen hatten sich zu den Beerdigungsfeierlichkeiten in der Hauptstadt versammelt, auch die Organisationen der radikalen Linken hatten hierzu aufgerufen. Während der Rede des Bischofs von Mexico wurde von den Militärs oder den Faschisten eine Bombe gezündet, kurze Zeit später eine zweite, und von „Unbekannten“ wurde in die Menge geschossen.

eine Bombe gezündet, kurze Zeit später eine zweite, und von „Unbekannten“ wurde in die Menge geschossen. Unter den Trauernden brach eine Panik aus, in deren Verlauf 50 Menschen den Tod fanden.

Gegenwärtig haben die Militärs mit „einer militärischen Aktion zur Entwaffnung der Bevölkerung“ begonnen („FAZ“, 18.4.). Schon am 6. März wurde über das ganze Land der Ausnahmezustand verhängt. Dies alles geschieht unter dem Vorwand, die lange versprochene Landreform durchzuführen, wobei das Militär angeblich gegen die Widerstand leistenden Großgrundbesitzer und ihre Banden eingesetzt wird. In Wirklichkeit besetzen die Soldaten gemeinsam mit faschistischen Terrorbanden vor allem solche Dörfer, in denen sich die Bauern gewerkschaftlich organisiert haben. Landarbeiter, Frauen und Kinder wurden ermordet, ganze Dörfer in Flammen gesetzt. Teilweise wurden die enteigneten Grundstücke Mitgliedern von ORDEN (der größten paramilitärischen Terrorbande) zugewiesen, die in jedem Dorf organisiert sind und an Massakern direkt beteiligt sind. Teilweise sollen auch Mitglieder der christdemokratischen Partei Land erhalten haben („Lateinamerikanisch“, März 80). Die herrschende Militärjunta versucht, durch eine solche „Landreform“ der radikalen Bäuerbewegung und der Linken einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Allein in den ersten drei Tagen des Ausnahmezustandes wurden 95 Genoss/inn/en ermordet. In mehreren Generalstreiks, die das gesamte Wirtschaftsleben in der Hauptstadt lahmlegten, protestierte die Bevölkerung gegen den Ausnahmezustand und die Ermordung des Erzbischofs. Auch während dieser Streiks und Demonstrationen wurden wieder über hundert Menschen von den Faschisten ermordet. Gleichzeitig verstärken auch die linken und Guerillaorganisationen ihre Aktivitäten. Zur Zeit werden neben

anderen militärischen Operationen vor allem kleinere Dörfer besetzt, die Bewohner zusammengerufen, die bekannten ORDEN-Mitglieder bestraft (bekannte Funktionäre werden erschossen), die Bewohner werden über die Ziele der Guerilla informiert und es wird der Umgang mit Waffen geübt. Nach einigen Stunden ziehen sich die bewaffneten Kämpfer dann wieder zurück. Einen Schritt weiter gingen rund 3000 Partisanen, die drei Dörfer nördlich der Hauptstadt besetzt halten. Sie riefen in dem von ihnen eroberten Gebiet ein „Freies Territorium“ aus, das zunächst (bis Redaktionsschluss) gehalten werden konnte.

Die USA wollen ein zweites Nicaragua verhindern

Die US-Imperialisten entfalten fieberhafte Tätigkeiten, um ein weiteres Umsichgreifen des bewaffneten Befreiungskampfes zu verhindern. Sie stützen sich dabei auf die herrschenden Militärs und die faschistischen Banden. Sie haben damit begonnen, „überall im Land Stützpunkte zu errichten, die die militärischen Aktionen der Armee mit denen der paramilitärischen „Orden“-Streitkräfte koordinieren. In zunehmendem Maße wird militärisches Material aus den Vereinigten Staaten nach Salvador gebracht, das über die Armee auch in die Hände von „Orden“ gelangt“ („FAZ“, 18.4.). Gleichzeitig kom-

men „in zunehmendem Maße vietnamesische und kubanische Legionäre aus den Vereinigten Staaten nach El Salvador“, die mit amerikanischen Hilfgeldern besoldet werden“ (ebenda). Gegenwärtig soll sich diese Truppe schon auf mindestens 2000 Soldaten belaufen. Scheinheilig verurteilen die US-Politiker die Gewalt „von links und rechts“, wobei jedoch durch die oben genannten Tatsachen deutlich wird, daß von Seiten der Militärs und der Faschisten nichts geschieht, was nicht die Zustimmung Washingtons hat. Die USA laufen Gefahr, nach Nicaragua einen zweiten Stützpunkt in Lateinamerika zu verlieren. Gegenwärtig gibt es für sie auch keine Chance mehr, ein scheindemokratisches Regime zu installieren, da bis in die Christdemokratie hinein alle in Frage kommenden Kräfte eine Zusammenarbeit ablehnen. Aus der Logik des Imperialismus heraus wird dies aber nur dazu führen, daß der Terror verstärkt wird - das Massenmorden hat in El Salvador erst seinen Anfang genommen. Einen Akt der aktiven internationalen Solidarität hat der nicaraguensische Innenminister, Thomas Borge, angekündigt. „Nicaragua werde sofort zu den Waffen greifen, falls militärische Einheiten aus Guatemala, Honduras oder aus den Vereinigten Staaten in El Salvador einmarschieren sollten“ („FAZ“, 18.4.).

Lateinamerikakommission



Romero bei einer Messe Anfang dieses Jahres

Kurzmeldungen



Verbannungslager Pisagua in Kolumbien

Kolumbien

Die Verhandlungen über die Freilassung der Geiseln, die das Kommando von M-19 Ende Februar beim Sturm auf die Botschaft der Dominikanischen Republik genommen hatte, laufen weiter. Nach 14 - oder inzwischen auch schon mehr - Verhandlungsrunden haben die M-19 Genossen/innen ihre Forderungen deutlich reduziert. Die Regierung ihrerseits hat einige, wenn auch geringfügige Zugeständnisse angeboten, zunächst wohl hauptsächlich, um die Verhandlungen nicht völlig platzen zu lassen. So wurden Mitte März drei sogenannte Subversionsverdächtige aus dem Gefängnis freigelassen, darunter auch die Frau des bekannten Soziologen Fals Borda. Daraufhin wurden die Verhandlungen nach einer Pause von 11 Tagen wieder aufgenommen. Das M-19 Kommando soll inzwischen eine Fünf-Punkte-Formel als absolute Minimalforderung angeboten haben, nämlich:

- Abtransport des Kommandos und der Geiseln nach Wien und von da aus in ein Land des Fernen Ostens;
- Abzug aller Truppen aus der Umgebung der Botschaft;
- Freilassung von 7 M-19 Mitgliedern und 4 Mitgliedern anderer revolutionärer Organisationen;
- Übergabe des Massen-Militärprozesses gegen 300 Linke an zivile

Gerichte.

- Übergabe des Massen-Militärprozesses gegen 300 Linke an zivile

Gerichte. Die Regierung scheint jedoch nach wie vor unnachgiebig in der Frage der Freilassung von politischen Gefangenen. Es komme „genau auf dasselbe heraus, ob man einen oder tausend Subversive laufen lasse“, ließ die Regierung verlauten („FR“, 16.4.80). Ein Zugeständnis wurde nur insofern gemacht, als eine „Überwachung“ des Militärgerichtsprozesses durch eine Juristenkommission und einen Menschenrechtsausschuß der OAS zugestanden wurde. Dies könnte immerhin zur Aufdeckung von Folterpraktiken in kolumbianischen Gefängnissen, der Behinderung und Verweigerung juristischen Beistands für die politischen Gefangenen usw. beitragen; wobei natürlich die Menschenrechtskommission der OAS (Mitglieder auch Argentinien, Chile, Uruguay usw.) nicht gerade Garant zur Durchsetzung von Menschenrechten ist.

Die Regierungen, deren Diplomaten noch in der Botschaft festgehalten werden, konnten sich bislang immer noch nicht auf die Zahlung des geforderten Lösegeldes einigen - zunächst sollten es 50 Mio Dollar sein, dann 10 Mio, jetzt ist von rund 4 Mio die Rede. Kolumbien soll derzeit bemüht sein, die zuletzt geforderte Summe bei den betroffenen Ländern zusammenzusammeln. Wie die Aktion enden wird, ist immer noch offen. Für den 19. April, den 10. Jahrestag der Gründung von M-19 (vergl. AK 174), können unter Umständen weitere Aktionen der Linken erwartet werden. Ein Anschlag von einem M-19 Kommando auf die Botschaft Uruguays wurde abgebrochen, als sich herausstellte, daß sich der uruguayische Geschäftsträger nicht in der Botschaft befand. Offenbar sollte mit dieser Aktion Ersatz für den geflohenen uruguayischen Botschafter (der sich aus dem Fenster abgeseilt hatte) geschaffen

werden. Die Gefahr, daß die Botschaft nach langen Hinhaltenmanövern noch noch blutig gestürmt wird, besteht noch immer.

o

Bolivien: Putschgefahr wächst

Mitte April hat ein Vertreter der ultrareaktionären Kräfte des bolivianischen Militärs den Posten des Oberkommandierenden des Heeres übernommen. General Luis Garcia Meza hatte diesen Posten bereits schon einmal während der Regierungszeit des letzten Putschisten Natusch Busch inne, der nach gut zwei Wochen auf Druck der Massen und der demokratischen Opposition von der jetzigen Präsidentin Gueiler abgelöst wurde.

Die Präsidentin hatte ihren Kandidaten für die Armeekommandantur nicht halten können. Mit dieser Stärkung der faschistischen Militärs wächst in Bolivien erneut die Gefahr eines Rechtsputsches. Die Parteien der Linken, Gewerkschaften, Vertreter der Kirche, Studentenverbände etc. haben bereits mit der Bildung von „Ausschüssen zur Verteidigung der Demokratie“ begonnen.

o

Peru:

Peru: Linkes Wahlbündnis zerfallen

Die großen Hoffnungen, auf eine gemeinsame Kandidatur der peruanischen Linken für die Präsidentschaftswahlen im Mai, haben sich zerschlagen. Die ARI (linke Revolutionäre Allianz), die nach monatelangen Bemühungen die Mehrheit der nicht-revisionistischen Linken Perus vereinigte - von Trotzlisten bis hin zu verschiedenen ML-Gruppierungen - und gemeinsam die Präsidentschaftskandidatur des bekannten und populären Hugo Blanco unterstützen wollte, ist in letzter Sekunde geplatzt. Letzter Auslöser für das Scheitern des Bündnisses war nach allen vorliegenden Informationen das Vorgehen der Trotzlisten, die mit Hugo Blanco eine starke Trumpfkarte im Bündnis hatten und sich offensichtlich stark genug fühlen, bei den Wahlen auch im Alleingang gut abzuschneiden und speziell die trotzkistischen Gruppierungen zu stärken. Aus Platzgründen können wir darüber erst im nächsten AK genauer berichten. Die äußerst düstere Rolle der IV. Internationale in dieser Angelegenheit ist eine ausführlichere Darstellung wert.

Fete

26. April 1980 ab 19.00 Uhr
Mensa der Uni Hamburg
Film über Peru
Dias
Essen und Trinken
Es spielen:
Papayo (Latino-Rock und
Los Quipos (Bolivien)
Eintritt: 5,- DM

Afghanistan: Stabilisierung des Karmal-Regimes

Allen Unkenrufen zum Trotz gelingt es der afghanischen Regierung Karmal offenbar zunehmend, sich durch eine Politik der Zugeständnisse bei gleichzeitiger militärischer Aktivität gegen den Widerstand zu stabilisieren. Wir hatten bereits vor einigen Wochen über die ersten Anzeichen einer Rücknahme von Reformen durch die Karmal-Regierung berichtet. Inzwischen wurden verschiedene Nügel mit Köpfen versehen: Die im März von der Regierung erlassenen Ausführungsbestimmungen gehen wesentlich weiter, als erwartet. „Das Land und alle beweglichen und nicht-beweglichen Eigentümer von Personen, die seit der großen April-Revolution konfisziert wurden... werden an die Besitzer oder ihre Bevollmächtigten zurückgegeben“ („Kabul Home Service“, 16.3. lt. „SWB“, 19.3.).

Das bedeutet, daß generell je die Enteignung zurückgenommen wird. Ausgeschlossen ist lediglich das Eigentum der „Moslem-Rebellen“, die ihre Waffen nicht niederlegen (die aber jederzeit bei Einstellung des Kampfes ihre Eigentüme zurück erhalten können). Auf gleicher Welle liegt die Entscheidung, sämtliche Teilhaber an Gesellschaften, die verstaatlicht wurden oder deren Vermögen im Zuge der Bankenverstaatlichung eingezogen wurde, zu entschädigen („Kabul Home Service“, 24.3. lt. „SWB“, 1.4.80).

Die Banken wurden „verpflichtet, Maßnahmen zur Rückzahlung der Aktienpreise solcher Gesellschaften oder Personen einzuleiten“ (ebd.).

Maßnahmen wie diese kommen in einem Land wie Afghanistan ausschließlich den Kapitalisten und Großgrundbesitzern zugute – damit dürfte die nach der „April-Revolution“ (April 1978 Sturz des Daud-Regimes und Antritt der Taraki-Regierung) zurückgeschraubt worden sein. Die andere Seite ist das Fehlen unterschiedener Maßnahmen zugunsten der armen Bevölkerung. Die angekündigte „Weiterführung“ der Landreform spielt sich derzeit nur auf dem Sektor der staatlichen Kooperativen größtenteils auf staatlichem Boden ab. An eine Umwälzung der ländlichen Eigentumsverhältnisse zugunsten der armen Bauern ist offenbar nicht gedacht – bei gleichzeitiger Rückgabe des Landes an die „Großgrundbesitzer“ ginge das wohl auch schlecht.

Die Versuche, Einbrüche in den islamischen Klerus zu erzielen und Rückgabe des Landes an die „Großgrundbesitzer“ ginge das wohl auch schlecht.

Die Versuche, Einbrüche in den islamischen Klerus zu erzielen und oppositionelle Stämme zum Einlenken zu bewegen, zeigen Erfolge. Wiederbelebt wurde der „Rat der afghanischen Ulema“ (Jamiat ul Ulema) – der höchsten Instanz des afghanischen Islam. Bei der Regierung wurde ein „aus 13 Personen bestehender Religionsrat“ gebildet („Die Neue“, 20.3.). Erstmals äußerte sich auch ein einflussreicher oppositioneller Führer differenziert gegenüber der sowjetischen Intervention und dem Karmal-Regime. Ghafar Khan, einflussreicher Führer der Pathanen rechtfertigt den sowjetischen Einmarsch mit dem Terror des Amin-Regimes, begrüßt aber – anders als die afghanische Regierung – die indische Initiative, eine politische Lösung für den Rückzug der sowjetischen Truppen zu finden („Kabul Home Service“, 24.3. lt. „SWB“, 27.3.). Ghafar Khan ist der erste Politiker, der sich in Kabul abweichend von der afghanischen Regierung äußert. Die Tatsache, daß er von Karmal und anderen Regierungsmitgliedern besucht wurde, unterstreicht wohl am besten den Demonstrationscharakter („Kabul Home Service“, 26.3. lt. „SWB“, 27.3.).

Die militärische Lage

Die politischen Integrationsbestrebungen sind begleitet von einer militärischen Kampagne gegen die bewaffnet kämpfenden „Rebellen“. Nach Berichten der afghanischen Regierung und der bürgerlichen Presse ist es der afghanischen Armee mit sowjetischer Unterstützung gelungen, große Teile des Grenzgebietes zu Pakistan zu sichern. So ist nach diesen Meldungen inzwischen die Provinz Khunar – ehemals Hochburg des Widerstands – unter Kontrolle der Armee („TAZ“, 21.3., „SZ“, 26.3.). Auch in den an den Iran angrenzenden Provinzen Herat und Nimrouz

sollen die Regierungstruppen Erfolge erzielt haben („FAZ“, 5.4.). „Die CIA-Vertreter räumten ein, daß die Sowjets und die Truppen der kommunistischen (?) afghanischen Regierung in letzter Zeit im Osten Afghanistans Erfolge gehabt hätten. Die Rebellen seien aber nicht geschlagen worden, sondern hätten sich in die Berge zurückgezogen“ („SZ“, 26.3.).

Die militärischen Erfolge der afghanischen Regierung werden „allgemein“ in den bürgerlichen Medien auf eine angebliche enorme Brutalität der sowjetischen Truppen zurückgeführt. Napalm- und Giftgaseinsätze, Massenerschießungen u.ä. geisterten durch die Presse. In der „Zeit“ berichtete demgegenüber der Journalist Andreas Kohlschütter aus dem Khunarngebiet, dem Gebiet, wo die sowjetischen „Massaker“ stattgefunden haben sollen: „Zweifelloso haben die Russen bei ihrer Khunar-Offensive hart zugeschlagen mit dem Ziel, den dort in den Siedlungsgebieten eingekerkerten Rebellen das Rückgrat zu brechen und die aufmüpfige Bevölkerung einzuschüchtern. Das ist ihnen mit relativ bescheidenen Mitteln, mit zwei Fallschirmjägerbataillonen, rund 30 Kampfhubschraubern, einigen MIG-Staffeln und höchstens 150 Panzerfahrzeugen sehr rasch gelungen. Sicherlich blieb die Zivilbevölkerung von diesem Feuerüberfall nicht verschont... Doch ich gewann nicht den Eindruck, daß die Russen hier unheimlich gewütet und im Khunarnal so etwas wie die fire free zones der Amerikaner in Vietnam geschaffen hätten“ („Zeit“, 4.4.).

Kohlschütter bestreitet, daß „die Bevölkerung ... ausgerottet“ wurde, „wie im Westen zu hören war“ (ebd.). Auch gebe es keine Flucht von zigtausenden.

Ursache der militärischen Erfolge ist sicherlich weniger die vermeintliche Brutalität als vielmehr ein ziemlicher Überraschungseffekt (die Khunarnprovinz war bisher weitgehend unkontrolliert von der afghanischen Armee).

Trotz der momentanen militärischen Erfolge geht die afghanische Regierung wohl nicht von einer kurzfristigen militärischen Stabilisierung aus. Anfang April unterzeichneten Afghanistan und die Sowjetunion ein Abkommen über die vorübergehende Stationierung sowjetischer Truppen in Afghanistan („Kabul Home Service“, lt. „SWB“, 8.4.). Damit wird eine langfristige Stationierung formal legalisiert.

in Afghanistan („Kabul Home Service“, lt. „SWB“, 8.4.). Damit wird eine langfristige Stationierung formal legalisiert.

Vermittlungsversuche

Auf der internationalen Bühne hat es vor allem zwei nennenswerte Vorstöße zur Lösung der Afghanistan-Krise gegeben. Zum einen der kubanische Vermittlungsversuch, zum anderen der indische. Über den Inhalt des kubanischen Vermittlungsangebotes an Pakistan ist kaum etwas bekannt. „In einer in Havanna veröffentlichten Erklärung hieß es, Staats- und Parteichef Fidel Castro habe seine Dienste angeboten, eine politische Lösung der komplexen Lage in Südostasien zu suchen...“ („SZ“, 1.4.). Weiter wurde lediglich genannt, daß „Briefe an die Regierungen Afghanistans und Pakistans gesandt“ wurden, „die beantwortet worden seien“ („FR“, 1.4.). Der außenpolitische Berater des pakistanischen Juntachefs Ziaul Haq sprach von „dem Vorschlag Kubas, eine regionale Konferenz einzuberufen“ („SZ“, 28.3.). An einer möglichen regionalen Konferenz sollen die am Afghanistan-Konflikt beteiligten regionalen Staaten teilnehmen und Garantien gegenüber Afghanistan abgeben – hauptsächlich geht es hierbei um Pakistan. Zwei Überlegungen scheinen derzeit in der Diskussion zu sein. Zum einen eine Konferenz „nach dem Vorbild der Genfer Indochina-Konferenz... mit der Beteiligung von Afghanistan, Pakistan, Iran, Indien, der Sowjetunion, den USA und China“ („SZ“, 29.3.). „Ein anderer Plan setzt sich ein Treffen der Außenminister Afghanistans, Pakistans, Indiens und der UdSSR zum Ziel“ (ebd.).

In die Diskussion um derartige mögliche Lösungen haben sich neben Kuba auch Indien und Vietnam eingeschaltet. Unter den drei Staaten fanden Konsultationen statt („FAZ“, 11.4., „SZ“, 8.4.).

Asien-Australien-Kommission

»Agent Orange« — Massenvernichtung ohne Ende

Die Folgen des vom amerikanischen Imperialismus in Vietnam eingesetzten Giftstoffs „Agent Orange“ nehmen kein Ende. Nachdem im letzten Jahr die US-Behörden wichtige Untersuchungen über die Auswirkungen dieser „Entlaubungsbomben“ in Vietnam vernichteten, kommen die tatsächlichen Folgen nun durch Schadensersatzklagen von US-Soldaten ans Licht.

750 US-Soldaten prozessieren um ihre Anerkennung als Kriegsversehrte und klagen gegen die Hersteller des Entlaubungsmittels „Agent Orange“. Weitere 5000 Anträge wurden von den US-Behörden vorerst auf Eis gelegt („Spiegel“, 16/1980). „Sicher ist jetzt schon, daß die ... eingegangenen Meldungen nur eine Minderheit der Betroffenen repräsentieren.“ (ebd.) US-Behörden schätzen, daß ca. 50.000 US-Soldaten direkt mit dem Giftstoff in Kontakt kamen – und durch die Spätfolgen mindestens gefährdet sind.

Über diese Prozesse und Klagen kommen die Folgen des Giftes an die Öffentlichkeit: „Zunehmend sterben Veteranen an Krebs; andere verkrüppeln langsam. Sehr viele leiden an solchen Krankheitssymptomen, wie sie von der hochgiftigen Chemikalie Dioxin hervorgerufen werden. Dioxin fand sich in „Agent Orange“, dem am häufigsten in Vietnam eingesetzten Entlaubungsmittel. Noch schlimmer: Einige Veteranen zeugten Kinder, die nach medizinischen Begriffen wahre Monster sind. Manche der Babys haben weder Augen noch Ohren, Gliedmaßen sind verkleinert oder fehlen ganz, innere Organe wachsen nach außen oder bilden sich zweifach“ („Die Welt“, 18.3.80).

„Der Katalog der Giftwirkungen umfaßt etwa die Hauterkrankung Chlorakne, Leberschäden, Totgeburten und Tumore. Vor allem aber wirkt die Giftsubstanz auch schon in geringen Spuren auf die Erbsubstanz ein“ („Spiegel“, 16/80).

Vor allem die Spätfolgen (Erbsschäden, Krebs) sind es, die jetzt – 12 Jahre nach Beginn des Gifteinsatzes in Vietnam deutlich werden. „Der Krebs braucht zehn Jahre, um sich zu entwickeln“ („Die Welt“, 18.3.). Die Untersuchungen in den USA selbst deuten auf eine gigantische Katastrophe hin: „Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA schätzt, daß Dioxin hunderttausend- bis eine Million mal wirksamer ist, als die erbschädigende Contergan-Substanz Thalidomid“ („Spiegel“, 16/80). Der Giftstoff „Agent Orange“ wird als „mutagen und teratogen“ eingestuft. „Das bedeutet, daß der Veteran nach einem Kontakt mit der Chemikalie äußerlich keine Krankheitssymptome aufweist, daß er aber durch Chromosomenbrüche mißgebildete Kinder hervorbringen könne“ („Spiegel“, 16/80). Was wiederum bedeutet, daß die tatsächlichen Folgen kaum kalkulierbar sind.

menbrüche mißgebildete Kinder hervorbringen könne“ („Spiegel“, 16/80). Was wiederum bedeutet, daß die tatsächlichen Folgen kaum kalkulierbar sind.

Die Folgen in Vietnam

Die US-Soldaten kamen in der Regel nur indirekt mit dem Giftstoff in Berührung. Die hauptsächlichsten und schlimmsten Folgen müssen in Vietnam selbst erscheinen – wo mindestens 40.000 Tönnen des Giftes herunterging. „Ein Areal etwa von der Größe Hessens wurde entlaubt und zum Teil bis heute in eine geisterhafte Wüstenei verwandelt“ („Spiegel“, 16/80). „Die vietnamesischen Behörden schätzen, daß 10 % der Bevölkerung während des Kriegs in direkten Kontakt mit „Agent Orange“ kam“ („Tribune“, 23.1.80).

„Nach Beginn des Herbizid-Einsatzes vervielfachte sich die Leberkrebssterblichkeit in Vietnam. Eine Kommission der Weltgesundheitsbehörde kam zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Totgeburten in Vietnam von 1962 bis 1969 um das 50fache gestiegen ist“ („Die Neue“, 29.3.). Vietnam selbst hat angegeben, daß in den betroffenen Regionen ein Viertel der Neugeborenen mit Schädigungen durch „Agent Orange“ geboren wurden („Tribune“, 23.1.).

Allein 2,4 Millionen Menschen wurden in „der Militärregion III nominal einer 500fachen tödlichen Dosis ausgesetzt“ („Die Neue“, 29.3.). Die bekannten Auswirkungen in Vietnam können aufgrund der sich erst entwickelnden und kaum zu überblickenden Spätfolgen nur einen Ausschnitt zeigen.

Sicher ist nur, daß sich das Gift nicht abbaut, daß es sich jahrzehntelang in der Nahrungsmittelkette speichert: „Zwölf Jahre nachdem es versprüht wurde, ist das Gift noch nicht verschwunden: Es bleibt, weitergegeben über die Nahrungskette, im Fettgewebe der Vietnam-Fische gespeichert“ („Spiegel“, 16/80).

Es spricht für die vorsätzliche Bereitschaft der US-Imperialisten gerade diese Auswirkungen zu erreichen! Dem vietnamesischen Volk wurde bis heute nicht einmal eine materielle Entschädigung gegeben.

Verbot der Produktion derartiger Giftstoffe

„Agent Orange“ ist ein Giftstoff auf der Basis der chemischen Substanz 2,4,5-T, die das Gift TCCD (Dioxin, Seveso-Gift) enthält. Auf dieser Basis werden Unkrautvernichtungsmittel produziert – die jederzeit ohne weiteres als chemische Kampfstoffe eingesetzt werden können (Konzentration o.ä. geringfügigen Änderungen).

Schon die friedliche „Nutzung“ derartiger Giftstoffe bringt erhebliche Folgen: „In Großbritannien fordern die Gewerkschaften das vorläufige Verbot aller Unkrautvernichtungsmittel, die auf der Basis von 2,4,5-T hergestellt werden. Auf einer Pressekonferenz wurde eine Dokumentation

vorgelegt, die schwere Mißbildungen bei Kindern von Forst- und Chemiearbeitern sowie Fehl- und Totgeburten auf den Umgang mit Herbiziden zurückführt“ („Die Neue“, 28.3.).

Die Forderung nach Verbot jeglicher Produktion dieses Giftes wurde bereits nach der Seveso-Katastrophe erhoben. Vietnam und die jetzt bekannt werdenden Folgen müssen diese Forderung erneut auf die Tagesordnung bringen.

Verboten ist die Produktion des Giftes bisher in Großbritannien, in den USA (!), in den Niederlanden, in Italien und Schweden.

In der BRD machen die Chemiekonzerne offenbar ein lebhaftes Geschäft aus dieser Tatsache: Boehringer ist einer der größten Exporteure von 2,4,5-T (Boehringer sitzt u.a. in Hamburg und ist durch verschiedene Umweltskandale bekannt). BASF, Bayer, Celamerck, Schering und Berghoff sind an der Produktion von Herbiziden auf der Basis von 2,4,5-T beteiligt („Die Neue“, 29.3.).

Asien-Australien Kommission



Ein vietnamesisches Opfer des amerikanischen „Agent Orange“-Einsatzes



EG-Vormarsch in Asien

Im Windschatten der aktuellen großen Krisen haben zwei Ereignisse auf die gestiegenen außenpolitischen Aktivitäten der EG und speziell der BRD hingewiesen: Die Reise der Bundeskrisenminister nach Australien sowie der Abschluß eines wirtschaftlichen Kooperationsabkommens zwischen EG und ASEAN. Besonders die Reise Apels dokumentiert das militärische Interesse der BRD an dieser Region.

Das Kooperationsabkommen zwischen ASEAN und EG „gewährt den fünf ASEAN-Staaten die Meistbegünstigung sowie eine Reduzierung bestehender Zölle und Handelsbeschränkungen“ („SZ“, 8.3.). Die ASEAN-Staaten erhalten damit für ihre Exporte in die EG eine Sonderstellung gegenüber anderen Staaten. „Im Gegenzug räumt das Abkommen den neun EG-Ländern verbesserte Investitionsmöglichkeiten und Zugang zu den Rohstoffen in Südostasien“

ein („SZ“, 8.3.). Die vertragliche Festlegung dieser (ungleichen) Zusammenarbeit dokumentiert die seit den siebziger Jahren wesentlich gestiegene wirtschaftliche Rolle der EG-Staaten im ASEAN-Block. In den ASEAN-Staaten stehen die EG-Staaten zusammen an der Spitze der Handelspartner. Die Verschuldung bei der EG – besonders der BRD – ist erheblich (Indonesien, Philippinen und Thailand haben zusammen ca. 3 Mrd. DM Schulden in der BRD – „Drucksache des Deutschen Bundestages“ Nr. 7/4293 von 1975). Diese Zahlen von 1975 dürften sich inzwischen mindestens verdoppelt haben (entsprechend der Gesamtentwicklung). Wesentlicher Erfolg der EG ist der Investitionsschutz und die Bevorzugung bei der Rohstoffausbeutung. Zwar gab es Verträge dieser Art bisher schon zwischen einzelnen Staaten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 50

(Indonesien — BRD beispielsweise), die vertragliche Absicherung auf der Ebene beider Wirtschaftsgemeinschaften (EG und ASEAN) ermöglicht allerdings mit Sicherheit eine viel umfassendere Rohstoffausbeutung als bisher.

Ansichts der zu erwartenden Investitionsvorhaben in diesem Raum (die Philippinen kalkulieren mit 3,5 Mrd. Dollar für ganz ASEAN als Minimum — „NZZ“, 8.7.77) sowie der erwarteten Rohstoffausbeute haben sich die EG-Staaten mit diesem Abkommen ohne Frage eine günstige Ausgangslage im Rennen mit den Konkurrenten Japan und USA geschaffen. Die Zusammenarbeit ist nicht auf den wirtschaftlichen Sektor beschränkt. Die gemeinsame Außenministerkonferenz zum Abschluß des Vertragsmachte mit gemeinsamen Aussagen zu den Kriegen in Afghanistan und Kambodscha deutlich, daß es hier auch um eine politische Zusammenarbeit geht. So unterstützten die ASEAN-Staaten in der Schlußklärung den EG-Vorschlag nach Schaffung „eines neutralen, blockfreien Afghanistan“ („FR“, 8.3.). „Erstmals“ stimmte damit „eine Staaten-gruppe der Dritten Welt den EG-Vorschlägen zu“ („FR“, 8.3.).

BRD-Waffen für Asien

Nur wenig später reiste Bundeskriegsminister Apel nach Australien. Die dort gemachten Aussagen und Vereinbarungen machen noch mehr als die Wirtschaftsvereinbarungen mit ASEAN das strategische Interesse der BRD an der Region deutlich.

Australien, „dessen Außenpolitiker ihr Land als einen europäischen Außenposten in einer asiatischen Umwelt“ sehen („Handelsblatt“, 10.4.) würde am liebsten bundesdeutsche Soldaten in der Region sehen („eine gewisse deutsche militärische Präsenz ... wäre willkommen“ — „SZ“, 3.4.). Soweit mochte Apel freilich (noch) nicht gehen. Dennoch: „Die Reise hat dem deutschen Minister darüber hinaus stärker als bisher bewußt gemacht, daß die Bundesrepublik ungeachtet der Beschränkung ihres militärischen Engagements auf das eigene Territorium weltweite Sicherheitsinteressen hat, die weit über die NATO hinausweisen“ („FAZ“, 2.4.).

hat, die weit über die NATO hinausweisen“ („FAZ“, 2.4.).

Entsprechend hat Apel Australien, Neuseeland und Japan unbeschränkte Waffenkäufe angeboten. „Die Bundesrepublik sei bereit, jedem der drei Länder ebenso vorbehaltlos den Kauf von Waffen in der Bundesrepublik zu genehmigen wie NATO-Staaten“ („FAZ“, 2.4.). Die Wunschliste liest sich wie ein Discountangebot: „Während sich das japanische Interesse auf die 155-Millimeter-Haubitze sowie auf die Boden-Luft-Rakete „Roland“ und das Flaksystem „Gepard“ richtet, liegt das Augenmerk der Neuseeländer auf der deutschen Fregatte 122. Auch die Australier erwägen eine Fregatte dieses Typs zu erwerben. Daneben interessiert man sich für die 155-Millimeter-Haubitze sowie für das deutsche Minensuchgerät „Troika““ („FAZ“, 2.4.). Auch Leopard-Panzer will Australien weiterhin in der BRD kaufen („SZ“, 1.4.). Australien soll ausserdem stärker als bisher an den „Austausch militärischer Daten“ angeschlossen werden („SZ“, 1.4.). Dies bezieht sich offenbar sowohl auf geheimdienstliche wie rüstungstechnologische Zusammenarbeit.

„In Sachen Datenaustausch steht Australien bereits auf derselben Berechtigungsstufe wie die NATO-Länder...“ („Handelsblatt“, 10.4.). Dem konkreten Abschluß neuer Waffenkäufe stehen nur noch Kompensationswünsche Australiens entgegen (BRD-Firmen sollen in etwa dem gleichen Volumen Gegenaufträge an die australische Wirtschaft geben). Für die Zusammenarbeit beider Staaten ist es überdies bezeichnend, daß Apel als Verteidigungsminister auch Gespräche über die Rohstoffversorgung führte. „Der Gast aus Bonn gewann in Australien den Eindruck, daß das ungewöhnliche Rohstoffpotential des Landes von großer Bedeutung für die westliche Welt sei. Die Bundesrepublik habe dort noch die Möglichkeit, ihre langfristige Rohstoffversorgung zu sichern. Auch an der Frage einer deutschen Beteiligung an der Urananreicherung in Australien zeigte er sich stark interessiert“ („Handelsblatt“, 10.4.). Wen wundert's? — Ende März hat die australische Atomenergiekommission grünes Licht für den Bau einer „Urananreicherung für Exportlieferungen“ gegeben.

„Kontakte laufen bereits seit längerer Zeit mit den Regierungen der USA, Frankreichs, Japans und mit den Ländern des Ureco-Centec Anreicherungskonsortiums (Großbritannien, BRD und Niederlande)“ („Nachrichten für Außenhandel, 31.3.).

Asien-Australien Kommission

Putsch in Liberia

Eine der „stabilsten“ Diktaturen Westafrikas existiert nicht mehr! Überraschend wurde am 12. April nach neun Amtsjahren Staatschef Tolbert von dem 28-jährigen Oberfeldwebel Sabuel Doe gestürzt. Es war der erste Putsch in der 133-jährigen Geschichte Liberias, das 1847 von freigelassenen amerikanischen Sklaven gegründet worden war. Diktator Tolbert wurde erschossen, seine Minister und führende Repräsentanten sind in Haft. Nach massiver diplomatischer Intervention der US-Imperialisten, die den Sturz ihrer Marionette Tolbert ausdrücklich mißbilligten, wurden die Militärgerichtsverfahren verschoben. Der Putsch traf auf nur wenig Widerstand durch einzelne Armeeteile.

In einer Rundfunkansprache nannte Doe die „unannehmliche Korruption“ des gestürzten Regimes und das soziale Elend als Gründe für den Staatsstreich. Es habe unter Tolbert rechtswidrige Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen gegeben und Urteile ohne Prozeß. Die Arbeitslosigkeit sei so ausgeprägt, daß es mehr Arbeitssuchende als Beschäftigte gäbe, die Mieten seien unerschwinglich und die für Arme gebauten Wohnungen seien von Reichen belegt worden. Die Gesundheitsversorgung sei „so schrecklich, daß beinahe jedes fünfte Kind stirbt, bevor es ein Jahr alt ist“ („SZ“, 16.4.80). Der neue Revolutionsrat setzt sich aus Mitgliedern der im vormonat probierten Oppositionspartei „Progressive Volkspartei“ (PPP) — die aus dem Knastrausgeholt wurden — und aus sieben Militärs der unteren Ränge zusammen. Zum Außenminister wurde der Vorsitzende der PPP, Gabriel Matthew ernannt. Unter Tolbert war er einige Zeit lang Vizekonsul in den USA, bis er sich gegen seinen ehemaligen Förderer stellte und unter den liberianischen Studenten in den USA eine Oppositionspartei gründete (1974).

Außenpolitisch will die neue Regierung die afrikanischen Befreiungsbewegungen konsequent unterstützen, ansonsten ist den ausländischen Investoren Schutz ihrer Anlagen zugesichert worden.

Die Krise des Tolbert-Regimes begann im letzten Jahr. Tolbert verfügte eine Reis-Preiserhöhung von 22 auf 30 US-Dollar pro hundert-Pfund-Sack (der US-Dollar ist Landeswährung!).

Tolbert, der selbst von den Nachfahren der ehemaligen Sklaven abstammte, aus denen sich heute die herrschende Elite von 14 Familien rekrutierte, zählte selbst zu den größten Reisplantagenbesitzern Liberias.

Dieser neue Preis wäre höher als ein Drittel des Monatseinkommens vieler Liberianer. Am 14. April 79 demonstrierten über 7000 Menschen in Monrovia gegen die Preiserhöhungen, wobei die PPP als Organisator eine wesentliche Rolle spielte. Die Armee — unterstützt von 2-300 Soldaten aus Guinea (Conakry) — eröffnete das Feuer auf die unbewaffneten Demonstranten und tötete nach offiziellen (!) Angaben 78 Menschen, während hunderte verletzt wurden. Nach dieser schwersten Krise seit 1930 schien es Tolbert angeraten zu sein, die Preiserhöhung zurückzunehmen und die Verhafteten freizulassen. Im Dezember 79 erlaubte er dann erstmalig die Zulassung einer Oppositionspartei, der PPP. Im März kam es dann unter Führung der PPP zu einem Generalstreik in Liberia, die Partei wurde daraufhin verboten (am 28.3.80) und ihre Führung sowie zahlreiche Mitglieder verhaftet. Auf 20 führende Funktionäre, derer sie nicht habhaft werden konnte, setzte die Regierung regelrechte Kopfgeldprämien aus, die eine Aufforderung zum politischen Mord darstellten.

Ein reiches Land ...

Dank riesiger Eisenerzvorkommen von bester Qualität ist Liberia einer

der wichtigsten Eisenerzlieferanten für die Stahlkocher an der Ruhr. Thyssen, Krupp und Hoesch haben 1,2 Mrd. DM in die Ausbeutung dieser Vorkommen investiert, die mit einem Reinheitsgrad von 70% besonders geeignet für die Stahlherstellung sind. In guten Konjunkturjahren lassen sich die westdeutschen Stahlbarone das liberianische Eisenerz bis zu 100 Millionen Dollar kosten. Inzwischen ist in Liberia auch Öl gefunden worden.

Obwohl auf der Exportliste längst vom Eisenerz auf den zweiten Platz verdrängt, sorgt Kautschuk immer noch für 10 bis 15% aller Ausfuhr Erlöse. In Liberia ist die größte Kautschukplantage der Welt mit 12 Millionen Bäumen zu besichtigen — natürlich in US-Händen. „Firestone-Land“ war in den zwanziger Jahren der „Spitzname“ für das ganz auf diese Monokultur ausgerichtete Land. In den kommenden 10 Jahren schätzt man, wird die Nachfrage nach Naturkautschuk um über 50% zunehmen.

Bedeutend sind (noch) die Edelhölzvorkommen in Liberia. Der Dschungel bedeckte einmal das gesamte Land. Durch imperialistischen Raubbau (unter westdeutscher Beteiligung) sind arge Flecken in diesen Teppich geholt worden. Verschlimmernd wirkte die Brandrodung für die Plantagen, die dem einen natürlichen Wasserhaushalt garantierenden Urwald an den Kragen geht, am Ende relativ unfruchtbaren und von Korrosion bedrohten Boden übrigläßt und es ermöglicht, daß die Sahara unaufhörlich nach Süden vorrückt. In ein bis zwei Jahrzehnten dürfte Liberia mit dem Problem in existentieller Weise konfrontiert sein. Noch können die reichen Niederschläge einiges ausgleichen.

... und schreiendes Elend der Massen

Vom Reichtum Liberias profitieren in erster Linie die Multis, die hier

geradezu „paradiesische Zustände“ zur Profitmaximierung vorfinden. Die mit ihnen eng verbundene Kompradoren-schicht führte ein Leben mit jedem erdenklichen Luxus. Monrovia Straßen wimmeln von schweren Limousinen der wenigen führenden Familien. Daneben aber herrscht tiefes Elend. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen (ohne eine die Armen benachteiligende statistische Größe) beträgt nur 600 Dollar. Die Inflation ist beträchtlich. Die Analphabetenrate liegt bei 85%. Gleichzeitig verfügen 3% der Bevölkerung über 73% des Volkseinkommens und besitzen 95% des Produktivkapitals. Die Landwirtschaft ist geprägt durch kapitalistische Plantagenwirtschaft mit einem hohen Teil an Lohnarbeitskräften und vor-kapitalistischer Subsistenzwirtschaft (Eigenversorgung), die sich im Verhältnis zum Bruttoerzeugnis unterproportional entwickelt.

Man muß abwarten, ob die Kritik der neuen Regierung an den alten Strukturen auch praktische Konsequenzen zeitigen wird und wie der „afrikanische Sozialismus“ der PPP sich in Liberia verwirklichen lassen wird. Die Multis und die imperialistischen „Handelspartner“ Liberias werden sich ihr wertvolles Ausplünderungsobjekt nicht so ohne weiteres streitig machen lassen wollen. Der Putsch des 32-jährigen Rawlings in Ghana (Juni 79), der von vielen als Vorbild für Doe angesehen wird, konnte vom Imperialismus und der bürokratischen Bourgeoisie jedenfalls bis jetzt in neokolonialistischer Richtung „neutralisiert“ werden (Informationen nach „International Herald Tribune“, 13.-16.4., „DN“, 17.4., „Mannheimer Morgen“ und „SZ“, 12.4.80, Handbuch „Afrika“).

Afrika-Kommission

Krieg im Tschad

Seit dem 22. März haben die Kämpfe der rivalisierenden Gruppen im Tschad um die Vorherrschaft einen neuen blutigen Höhepunkt erreicht. Die militärischen Auseinandersetzungen konzentrieren sich auf die Hauptstadt N'Djamena, die mittlerweile weitgehend entvölkert ist, nachdem etwa 1.000 Menschen getötet und 3.000 verwundet wurden und mehr als 100.000 ins Nachbarland Kamerun geflüchtet sind. Dieser neue Ausbruch der Kämpfe läßt die erst im August letzten Jahres mit Hilfe der ehemaligen, militärisch immer noch präsenten Kolonialmacht Frankreich zustandegekommenen „Regierung der nationalen Einheit“ erneut auseinanderbrechen. In dieser Regierung hatten die Vertreter sämtlicher wichtiger Gruppierungen Posten erhalten, was eine neuerliche kriegerische Auseinandersetzung bereits im Kern anlegte.

Während in den Jahren zuvor der wesentliche Konflikt das Auseinanderklaffen des wenig entwickelten mohammedanischen Nordens und des von den Franzosen bevorzugten christlich-afrikanischen Südens gewesen war, stehen sich gegenwärtig die Armeen des Staatspräsidenten Goukouni Weddeye und des Ministerpräsidenten Hissen Habre gegenüber. Beide sind Moslems, Habre spielt jedoch die Rolle des französischen Agenten, der sich um die militärische Befriedung des Nordens „ver-

dient“ gemacht hat, während Goukouni von Libyen unterstützt wird.

Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen scheint zu sein, daß Frankreich um seine uneingeschränkte ökonomische Vormachtstellung fürchtet, insbesondere um die Ausbeutung der Uranvorkommen im Norden des Landes. Wie die amerikanische „International Herald Tribune“ (IHT) vom 3.4.80 meldete, soll Libyen dem Tschad ein Angebot über den Kauf von Uranminen gemacht haben. Diplomatische Kreise in Paris (!) hätten erklärt, dieses Angebot sei in N'Djamena im Prinzip angenommen worden, eine endgültige Entscheidung stehe jedoch noch aus. Offenbar war die Rolle Habres als Sachwalter französischer Interessen immer auf Kritik innerhalb der tschadischen Regierung gestoßen, weshalb er jetzt relativ isoliert kämpft. Militärisch scheint seine Armee allerdings den anderen Truppen überlegen, was bei der massiven Hilfe Frankreichs, die neuerdings über Ägypten fließt (IHT vom 4.4.80) kein Wunder ist. Die IHT vom 8.4.80 schließlich schreibt deutlich, was der Hintergrund der blutigen Auseinandersetzungen im Kampf der Imperialisten um den Nahen Osten ist: „Der Tschad ist Teil einer delikaten Balance in der Zentral- und östlichen Sahara, die starke Auswirkungen auf den kalten Krieg hat, den das strikt anti-zionistische Li-

byen gegen Ägypten wegen dessen Unterzeichnung des Friedensabkommens mit Israel führt.

Der Tschad grenzt an den Sudan, Ägyptens südlichen Nachbar, der selbst kürzlich Ziel eines von Libyen

gestürzten Putschversuchs war. Wenn Libyen in der Lage wäre, entscheidenden Einfluß auf den Sudan und den Tschad auszuüben, würde es Ägypten zu drei Vierteln eingekreist haben.“

Brief an die ZANU

ZANU Headquarters
c/o Comrade Dzingai Mutumbuka
Salisbury
Zimbabwe

Liebe Genossen,
Zum Unabhängigkeitstag, den das Volk von Zimbabwe heute feiert, senden wir Euch unsere herzlichsten Glückwünsche. Wir freuen uns sehr, daß Euer überwältigender Sieg dem großen Leiden Eures Volkes durch Krieg und Willkürherrschaft ein Ende gesetzt hat. Wir sind zuversichtlich, daß die neue Regierung unter der Führung des Genossen Mugabe eine neue Periode einleiten wird, die es dem zimbabweischen Volk ermöglicht, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und den endgültigen Sieg über Imperialismus und Reaktion zu erringen. Die Stunde Eurer Unabhängigkeit wird sicherlich von den Völkern des ganzen südlichen Afrika ganz besonders gefeiert werden, bedeutet sie doch auch für ihren eigenen Kampf um die Freiheit einen beträchtlichen Fortschritt.

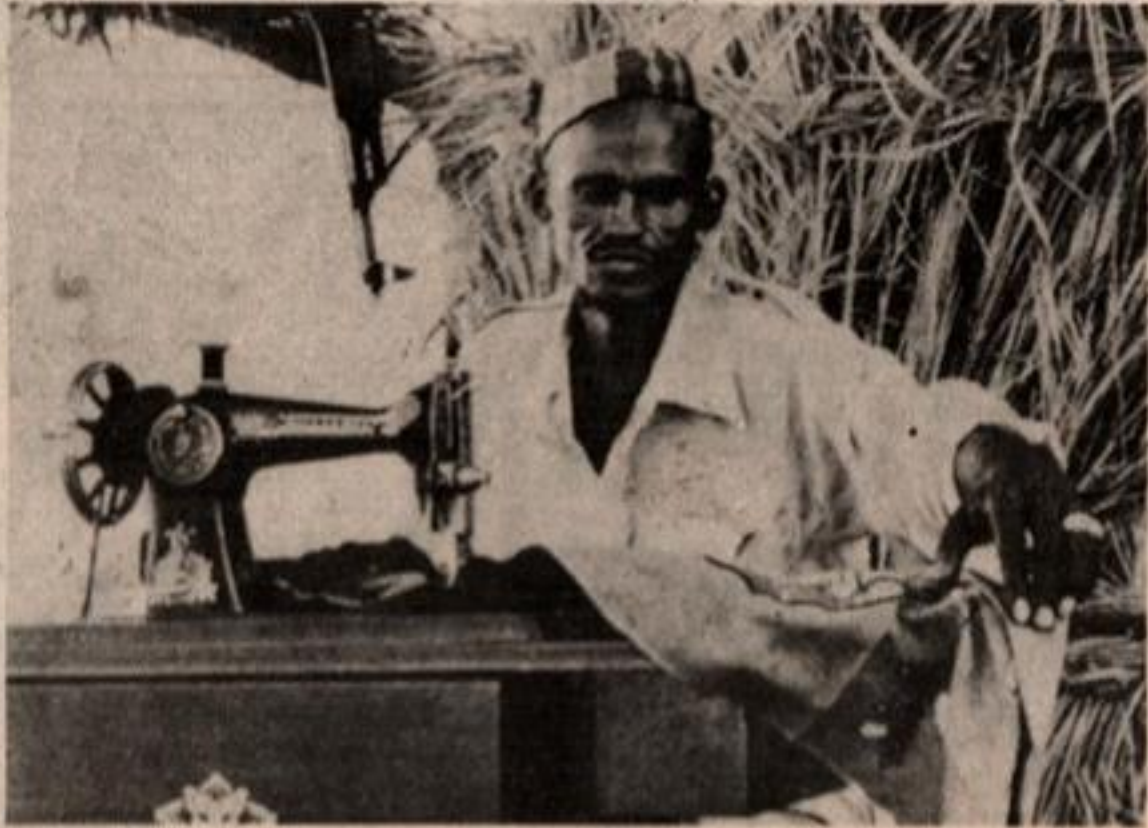
Leitendes Gremium und Afrika Kommission des Kommunistischen Bundes

Eritreische Befreiungsbewegungen abgeschnitten

In der letzten Ausgabe berichteten wir von der Annäherung der Regierungen von Sudan und Äthiopien. Eine sechsköpfige Delegation des Sudan hatte zusammen mit dem Generalsekretär des äthiopischen DERG, Wogderes, in Addis Abeba ein Abkommen unterzeichnet, in dem beide Länder versprochen, ihre Souveränität und „territoriale Integrität“ gegenseitig zu respektieren. Wir äußerten die Befürchtung, daß dies sich negativ auf die Lage der EPLF und ELF auswirken könnte, da beide im Sudan große Flüchtlingslager (mit einer halben Million Menschen) unterhalten und einen erheblichen Teil ihres Nachschubs über den Sudan beziehen. Jetzt meldet die englische Nachrichtenagentur Reuters aus Beirut, daß der Sudan seine Grenze zu Äthio-

prien geschlossen habe und die eritreischen Befreiungsbewegungen vom Nachschub abgeschnitten seien („SZ“, 14.4.). Es ist offensichtlich das Bestreben des DERG, den eritreischen Widerstand auszuhungern, nachdem die rein militärische Lösung mit der 5. Offensive zunächst gescheitert ist. Es läßt sich für uns nicht einschätzen, wie wirkungsvoll die Schließung der Grenze letztlich sein wird. Nichtsdestoweniger fordern wir die fortschrittliche Öffentlichkeit auf, ihre Solidarität mit diesem oft „vergessenen“ Befreiungskampf zu intensivieren. In der nächsten Ausgabe des AK wollen wir einen aktuellen Reisebericht aus Eritrea publizieren.

Afrika-Kommission



Leserbrief zum Jugoslawien-Artikel im AK 172

Der Artikel über Jugoslawien im AK 172 ist ein schlimmer Rückfall in den Dogmatismus, den ich im KB schon überwunden hoffte. Man kann der jugoslawischen Partei- und Staatsführung vieles vorwerfen — daß sie nicht die historischen Möglichkeiten genutzt hat, in Jugoslawien das Modell eines humanen, nachahmenswerten Sozialismus zu schaffen, u.a.m. — aber man kann nicht pauschal alle Schritte, die Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen hat, mit den stalinistischen Etiketten „Revisionismus“, „Verflechtung mit dem Imperialismus“ usw. abstempeln. Obendrein werden in dem besagten Artikel als „Beweis“ für solche Behauptungen Carter und reaktionäre Zeitungen zitiert — sind das die „Quellen“, auf die sich der AK stützt?

Der Ton des Artikels mutet an wie aus den Zeiten von Jospin Wizarionowitsch Stalin, nicht einmal Breschnew und die sowjetischen Parteideologen leisten sich heute noch so etwas. Oder wurde hier eine Fleißaufgabe für Fidel Castro bzw. Enver Hodsch gemacht? Und wieso ist eigentlich eine „RGW-Kommission“ des KB kompetent für das Nicht-RGW-Land Jugoslawien? Halten sich da wieder einmal ein paar Leute für allwissend, weil sie einige Bücher gelesen haben, und fühlen sich nun berufen, allem und jedem, das sie gar nicht kennen, ihr Schema aufzupressen? Nicht einmal über leicht feststellbare empirische Daten sind die Verfasser des Artikels informiert; z.B. ist Milos Minić seit zwei Jahren nicht mehr jugoslawischer Außenminister. (Selbst wenn die „FAZ“ das wörtlich so berichtet hat, wie es im AK zitiert wird, müßte ja der AK nicht die Fehler der reaktionären „FAZ“ mit übernehmen); noch weniger verstehen sich die besagten Autoren auf Theorie und Dialektik.

Die Methodologie erfordert, daß man Begriffe auf ihre Ableitung aus Seinskategorien, aus der Geschichte usw. untersucht und dann beurteilt, ob sie in der Alltagspraxis realisiert oder verfälscht wurden; keinesfalls kann man ursprünglichen Inhalt und stümperhafte Ableitung für ein und dasselbe ausgeben. Im gegebenen Fall handelt es sich um die Begriffe „Selbstverwaltung“, „Blockfreiheit“ u.a. Die Autoren des kritisierten Artikels gehen da in derselben Weise vor wie jene Reaktionen, die Stalinismus mit Marxismus, Sozialismus und Kommunismus identifizieren und so alles durcheinanderwerfen. Wenn etwa der KB im Stillen meint, daß zwischen Stalinismus und Kommunismus zwar einige Abweichungen bestehen, aber nicht der eine das Gegenteil vom anderen ist, hat er doch noch nicht den Lernprozeß durchgemacht, den ich ihm schon hoffnungsvoll zugeschrieben habe. Ich versuche hier eine — der Kürze halber unvollkommene

— Deutung der in Rede stehenden Begriffe.

Die Selbstverwaltung verwirklichte zum ersten Mal in der Geschichte die Arbeiter in der Pariser Kommune, was Karl Marx als Beispiel dafür hervorhob, wie einmal der Sozialismus auszusehen habe, auch wenn er gleichzeitig die von der Kommune begangenen Fehler kritisierte. Auch die russische Oktoberrevolution verwirklichte in ihrer ersten Phase die Selbstverwaltung, ebenso die kurzlebige ungarische Räterepublik. Es ist also nicht einzusehen, warum in dem besagten Artikel der „RGW-Kommission“ die Selbstverwaltung spöttisch unter Anführungszeichen gesetzt und unter Berufung auf Albanien als antimarxistisch bezeichnet wird. Wer soll dem KB Glauben schenken, wenn er in seinen Aktionen in der Bundesrepublik sich auf Basisdemokratie beruft, gleichzeitig aber in Bezug auf ein Land, das immerhin die Grundbesitzer und Kapitalisten enteignet hat (auch wenn es in der Folge den Bürokratismus statt des Sozialismus errichtet hat), die Selbstverwaltung ablehnt?

Zu bemerken ist auch, daß in Jugoslawien der Etatismus tatsächlich, ohne die im AK gesetzten Anführungszeichen, besteht, wenn auch nicht ganz so drastisch und unwiderruflich wie in anderen Ostblockländern. Er zeigt sich darin, daß der Staats- und Parteiparat herrscht. Diese Apparatur und nicht die Selbstverwaltung, die ja nur auf dem Papier steht und nicht praktiziert wird, ist schuld an den Mißständen in Jugoslawien, und immer noch ist das System in Jugoslawien weniger als das in der Sowjetunion, in der DDR, in China, Albanien, Kuba und so fort.

Die Blockfreiheit mit „Zusammenarbeit mit dem Imperialismus“ gleichzusetzen — und das noch mit dem „Argument“ zu bekräftigen, daß auch Franz-Josef Strauß die Blockfreiheit nicht gefällt! — ist schlicht und einfach eine Verfälschung der Tatsachen. Was für eine andere Lösung hat denn die „RGW-Kommission“ Jugoslawien anzubieten, etwa „brüderliche Hilfe“ à la CSSR oder Afghanistan? Soll der Artikel ein Fingerzeig für die Stalinisten sein, auch in Jugoslawien ein derartiges Vorgehen anzuwenden? Dann hätten ja tatsächlich diejenigen recht, die Jugoslawien westliche militärische Hilfe vorschlagen, die das Land gar nicht will. Da übertrifft der AK ja sogar Albanien, das zwar auf den „unüberbrückbaren ideologischen Differenzen“ mit Jugoslawien besteht, zu ihrer Beilegung aber einen sowjetischen Einmarsch nicht für das geeignete Mittel hält. Der Verantwortliche im ZK des Bundes der jugoslawischen Kommunisten für die Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der

Welt, Alexander Grlickov, hat übrigens dezidiert erklärt — und diese seine Äußerung wurde ausnahmsweise sogar von den bundesdeutschen Medien übertragen —, daß Jugoslawien keinerlei „brüderliche Hilfe“ wünscht, weder von Ost noch West.

Für die behauptete „Zusammenarbeit mit dem Imperialismus“ reicht die Tatsache, daß Jugoslawien die Wirtschaftsbeziehungen zur EG intensiviert hat, als Beweis nicht aus. Kein Zweifel, daß der Westen es gerne sehen würde, wenn er auf dem Weg über die Wirtschaftshilfe Einfluß auf die jugoslawische Innenpolitik nehmen könnte, und daß manche jugoslawische Funktionäre dabei mitmachen würden. Doch hat die jugoslawische Führung weder offiziell noch im geheimen beschlossen, daß auf dem Weg über die westliche Wirtschaftshilfe das kapitalistische System in Jugoslawien wiedererrichtet wird. Man muß doch die Wunschträume bestimmter Leute, mögen sie sich auch zu einer Gefahr ausgewachsen haben, und wirkliches Geschehen auseinanderhalten! Wenn Wirtschaftsbeziehungen an sich schon ein Beweis für „Zusammenarbeit mit dem Imperialismus“ wären, dann arbeiteten die Sowjetunion, China, die DDR, Kuba und die meisten Länder der Dritten Welt aufs engste mit dem Imperialismus zusammen.

Eine andere Sache ist, daß Tito gerne die Blockfreiheit zusammen mit Idi Amin, Fidel Castro und anderen Diktatoren der Dritten Welt betrieb — aber das spricht gegen Tito, nicht gegen die Blockfreiheit.

Das Engagement möglichst vieler Länder für Blockfreiheit, Neutralität und Abrüstung ist eine Lebensfrage für die ganze Welt, ist die einzige Hoffnung, die uns bleibt. Oder sollen wir mit Carter, Strauß und Schmidt für die NATO, bzw. mit Breschnew für den Warschauer Pakt jubeln? Der eine wie der andere Jubel ist Kriegshetze, die auch der Verstärkung der inneren Repression dient.

Sowjetische Militärkreise blasen zum Sturm gegen den jugoslawischen UNO-Chef-Delegierten Miljan Komatina, weil dieser auch im Rahmen der UNO für Blockfreiheit, Neutralität und Abrüstung agiert. Auf welcher Seite steht in dieser Frage der AK? Die jugoslawischen Funktionäre, was immer sie sonst verpfuscht haben, sind im Recht, wenn sie feststellen, daß „die Hauptursache für die Verschlechterung der internationalen Lage gerade die zunehmende Konkurrenz zwischen den Großmächten und Blöcken, ihr Wettrüsten und die Politik der Einfluß- und Interessensphären zusammen mit der zunehmend betonten Rolle der Militärs und der Zunahme von Gewaltanwendungen ...“ ist, auch wenn der AK es für notwen-

dig befindet, sich darüber zu mokieren.

Was sonst ziemt sich für Linke, speziell in der Bundesrepublik, als Eintreten für Abrüstung und für jene Länder, die dies mit Blockfreiheit und Neutralität verbinden? Ist das nicht die erste Voraussetzung, nach deren Erreichung überhaupt erst an die Verwirklichung des Sozialismus gedacht werden kann? Und ist nicht umgekehrt der Kampf um die Verstärkung sozialistischen Bewußtseins in den Menschen schon unter den jetzigen Verhältnissen auch Kampf um den Frieden?

Die Chancen, doch noch den Sozialismus zu verwirklichen — und zwar mit direkter Demokratie und Selbstverwaltung, denn einen anderen Sozialismus gibt es nicht! — und die bisherige Fehlorientierung zu korrigieren, sind in Jugoslawien größer als anderswo, wegen des spezifischen geschichtlichen Weges dieses Landes und vor allem, weil die Idee der Selbstverwaltung aufgrund einiger Ansätze in breiten Teilen der Intelligenz,

aber auch der Arbeiterschaft Wurzeln geschlagen hat. Mehr Menschen, als die Alleswisser der „RGW-Kommission“ wahrhaben wollen, warten in Jugoslawien auf den geeigneten Augenblick, um auf den Weg des humanen, demokratischen Sozialismus umzuschwenken. Und ich kann der „RGW-Kommission“, auch wenn sie's nicht glauben mag, versichern, daß es sogar in der jugoslawischen Führung große Unterschiede zwischen einzelnen Funktionären gibt; ich habe das bei meiner dreijährigen Korrespondentenarbeit im Lande festgestellt.

Ob in Jugoslawien dem demokratischen Sozialismus der Durchbruch gelingt, wird auch von der Solidarität der westlichen Linken abhängen. Es ist zu hoffen, daß die meisten Linken, auch die im KB, da einen anderen Standpunkt als die „RGW-Kommission“ einnehmen und ihre Solidarität nicht versagen werden.

Mit den besten Grüßen
Elisabeth Prager, Frankfurt/M.

Prozesse in Jugoslawien

„Schlag gegen Moskaus Vorhut“, triumphtierte die „Welt“ am 28.3. in Jugoslawien, genauer gesagt: Bosnien-Herzegowina, was wiederum die „Zerschwärzung prosozialistischer Gruppen“ bekannt gegeben worden. Es handelt sich, wie aus offiziellen Quellen zitiert wurde, um „dogmatisch-bürokratische Kräfte“ um „Kominformisten“. Von dieser Sorte hat der jugoslawische Staat in den letzten paar Jahren schon einige Dutzend zur Strecke gebracht. Haftstrafen zwischen 7 und 15 Jahren sind in solchen Fällen die Regel.

Das Wort „Kominformisten“ leitet sich her von KOMINFORM: nach der Selbstauflösung der KOMINTERN Anfang der 40er Jahre war die KOMINFORM (Sitz in Prag) das letzte institutionalisierte Band zwischen den kommunistischen Parteien. Ende der 40er Jahre brach Tito mit der Sowjetunion und damit auch mit der KOMINFORM. Dieser Schritt stieß bei Jugoslawiens Kommunisten keineswegs nur auf einhellige Begeisterung. Viele Jugoslawen protestierten gegen diese Entwicklung und zahlten dafür mit langjährigem Knastaufenthalt, Zwangsarbeit usw.. Diese Opposition wird als Kominformisten, d.h. Anhänger der KOMINFORM, bezeichnet. Heute bezeichnet das Wort Kominformisten, das immer noch mit jahrelangem Knast identisch ist, jede Opposition, die sich entweder enger an der Sowjetunion oder am „orthodoxen“ Marxismus-Leninismus orientieren will. Die

Kominformisten sind mit Abstand die zahlenmäßig stärkste organisierte Linksoption Jugoslawiens. Allerdings sind sie aus leicht verständlichen Gründen für die meisten Fraktionen der BRD-Linken nicht interessant: Der KB hat in den vergangenen Jahren zweimal den Versuch unternommen, mit einem Offenen Brief alle Organisationen der BRD-Linken zu Stellungnahmen, womöglich gar zu praktischer Solidarität mit dieser „vergessenen“ jugoslawischen Opposition zu bewegen. Die einzige Gruppe, die darauf überhaupt antwortete, war die SAG. Es schwiegen und schweigen zu diesem Thema u.a. GIM, „KPD“(ex), KPD/ML, Jusos, DKP...

Am 24.8.80 meldete die „Welt“, daß in Pristina, Hauptstadt der autonomen jugoslawischen Republik Kosovo, 50 Angehörige der albanischen Minderheit vor Gericht stehen. Die albanische Minderheit Jugoslawiens, wen wundert, sympathisiert traditionell mit dem albanischen „Mutterland“ und dessen Kritik am jugoslawischen Revisionismus. Also auch kein Wunder, daß sich unter den 50 Angeklagten auch mehrere „Kominformisten“ befinden sollen. Für die „Welt“ Grund genug zu einer ersten Meinung: Die albanische Minderheit in Jugoslawien, die selbstverständlich noch an Blutrache festhält, ist ein Instrument Moskaus! Für die BRD-Linke gewiß Grund genug, sich auch künftig mit dieser jugoslawischen Opposition nicht solidarisch zu zeigen.

Neue Schulordnung in der DDR — stinkreaktionär

Seit Ende November 1979 ist in der DDR eine neue Schulordnung (entspricht den Schulgesetzen in der BRD) in Kraft. Sie trägt den interessanten Namen: „Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen“.

Was der Direktor tut, ist wohlgetan!

Schon in der Einleitung ist von „zielgerichteter Leitung der Schule durch den Direktor“ die Rede. Der Direktor arbeitet den Arbeitsplan der Schule aus, wobei den Lehrern und Erziehern lediglich eine „Beteiligung“ zugestanden wird (§ 6).

Der Arbeitsplan ist u.a. „zur Sicherung einer straffen (!) Ordnung und Disziplin“ sowie „zur Erfüllung der Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung“ (§ 6) da.

Der Direktor legt auch den Stundenplan sowie die Pausenordnung fest (§ 8).

Ferner ist der Direktor „verpflichtet“, auch die „außerunterrichtliche Tätigkeit“ der Lehrer und Schüler „zu kontrollieren und zu analysieren“ (§ 12). Der Direktor kann den Lehrern nach Belieben „Weisungen erteilen, schulische Funktionen und zeitweilige Aufgaben übertragen“ (ebenda); Widerspruchsrecht dagegen haben die Lehrer nicht.

Laut Schulordnung hat der Direktor „das Recht und die Pflicht, für Ordnung und Disziplin zu sorgen“ (§ 16). Er kann einzelnen Schülern

gegenüber vor dem „Schulkollektiv“ (den versammelten Schülern und Lehrern — Anm. d. Verf.) einen „Verweis“ aussprechen (§ 32). Wer als Schüler artig, brav und strebsam ist, dem winkt hingegen „das Lob beim Fahnenappell durch den Direktor“ (§ 31). (Bei diesen Fahnenappellen müssen die Schüler in Reih und Glied strammstehen und den Worten des Direktors lauschen.)

Wenn ein Schüler in mehr als der Hälfte der Fächer die Zensur „sehr gut“ und in den übrigen ein „gut“ bekommt, wird ihm am Schuljahresende die Urkunde „für gutes Lernen in der sozialistischen Schule“ verliehen. Ob die Urkunde verliehen wird, entscheidet der Direktor. Er kann an besonders hervorragende Schüler eine „Gotthold Ephraim Lessing-Medaille“ verleihen (§ 31). Träger dieses Ordens bekommen entweder einen „Studienförderungsvertrag“ oder „eine besondere Vereinbarung über die berufliche Entwicklung“.

Die Lehrer

Auch die Lehrer sind verpflichtet, „durch ihr Wirken Ordnung und Disziplin zu sichern“ (§ 25). Sie haben dafür zu sorgen, „daß alle Schüler intensiv lernen, sorgfältig ihre Hausaufgaben anfertigen und das Klassenziel erreichen“ (§ 24). Die Klassenleiter haben das Recht, Schüler „für ausgezeichnete Leistungen und beispielhaftes Verhalten zu belohnen oder bei groben Verstößen gegen die Ordnung und Disziplin zu tadeln und darüber die Eltern der betreffenden Schüler zu

informieren“ (§ 24).

Die Vollversammlung der Lehrer und Erzieher, der „Pädagogische Rat“, ist lediglich „beratendes Organ des Direktors“ (§ 21).

Die Schüler

Die Schüler in der DDR haben, wie es uns DKP/SDAJ seit Jahren erzählen, in der Tat ein „Recht auf Bildung“

(§ 30).

In der DDR-Schulordnung wird dieses Recht allerdings nur einmal erwähnt, und zwar in folgendem Zusammenhang: „Zur Wahrnehmung Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 52

seines Rechtes auf Bildung hat jeder Schüler die Pflicht, fleißig und gewissenhaft zu lernen... Die Schüler haben die Pflicht, sich gegenüber den Lehrern, Erziehern und anderen Personen sowie im Schülerkollektiv höflich und anständig zu benehmen... (§ 30). Die Schüler sind verpflichtet, den Unterricht und andere schulische Veranstaltungen „zu besuchen“ (Dazu gehört auch der bei den DDR-Schülern ziemlich unbeliebte „Fahnenappell“).

Ferner haben die Schüler die Pflicht, „ihre Hausaufgaben sorgfältig anzufertigen“ und „sich im Schulgebäude sowie außerhalb (!) diszipliniert zu verhalten“ (§ 30). Weiter heißt es zu den Pflichten der Schüler: „Sie haben die Forderungen des Direktors, der Lehrer, Erzieher und Betreuer zu erfüllen und ihre Anweisungen zu befolgen“ (ebenda).

In einem der reaktionären Schulgesetze der BRD, dem schleswig-holsteinischen Schulgesetz, heißt es zum gleichen Thema: „Die Schüler haben in der Schule und bei sonstigen Lehrveranstaltungen die Weisungen des Schulleiters und der Lehrkräfte zu befolgen, die dazu bestimmt sind, das Bildungs- und Erziehungsziel der Schule zu erreichen sowie die Ordnung an der Schule und den Schulfrieden aufrechtzuerhalten“ (§ 33 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes).

Schülervertretungen, wie wir sie in der BRD kennen, gibt es in der DDR nicht. Ihre Aufgaben werden im wesentlichen von der FDJ wahrgenommen. So wählen die DDR-Schüler in der Klasse einen „Gruppenrat“ statt Klassensprecher. Laut DDR-Schulordnung leisten die FDJ-Grundeinheiten „einen wichtigen Beitrag“ zur „Sicherung von Ordnung und Disziplin an der Schule“ (§ 29).

Die FDJ-Gruppen „wirken mit“, und zwar vor allem „bei der Erziehung aller Schüler zum fleißigen und gewissenhaften Lernen und zum disziplinierten Verhalten“ (§ 30).

Ja, die FDJler haben sogar das Recht der „Mitwirkung bei der Durchsetzung der Hausordnung“ (ebenda). Schülervollversammlungen unter Leitung von gewählten Schülervertretern sind ebenso wenig vorgesehen wie das Streikrecht für Lehrer und Schüler. Wer als Schüler nicht brav und „diszipliniert“ ist, hat nichts zu lachen. Für derartige Bösewichter haben sich die Einheits-„Sozialisten“ einen Katalog von Strafen ausgedacht, der von „Verwarnung vor der Klasse durch den unterrichtenden Lehrer“ über „Tadel“ (in guter preußischer Tradition) und „Verweis“ bis zum Ausschluss von allen Schulen der DDR reicht (§ 32).

Gegen Verwarnung, Tadel und Verweis haben Schüler in der DDR ebenso wenig das Recht auf Widerspruch wie in der BRD!

Wenn ein Schüler eine „Umschulung in eine andere Bildungseinrichtung“ (§ 32) verpaßt bekommt, d.h. von der Schule flieht, werden auch „die Betriebe, in denen die Eltern arbeiten“, informiert (ebenda).

Die „körperliche Züchtigung“ von Schülern ist allerdings verboten. (Ein derartiges Verbot ist jedoch selbst in dem von uns oben zitierten schleswig-holsteinischen Schulgesetz enthalten). Daß in der „Schulordnung“ kein Wort über Schülerzeitungen steht, ist nicht etwa aus der Schamlosigkeit der Verfasser zurückzuführen. Es gibt in der DDR keine Schülerzeitungen! Stattdessen wählen die Klassen „Agitatoren“, deren Arbeit darin besteht, aus Artikeln der „Jungen Welt“ (FDJ-Zentralorgan) und ähnlichen Postillen „Wandzeitungen“ zu erstellen...

Mit „kommunistischer Erziehung“ (Originalton Schulordnung) hat diese DDR-Verordnung soviel zu tun wie die Kuh mit dem Fliegen. Geht es uns Kommunisten doch darum, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...“ (Karl Marx, MEW Band 1, S. 385, Hervorhebung vom Autor).

Zur Lektüre empfohlen

Wir können fortschrittlichen Lehrern und Schülern, die sich mit der DKP/SDAJ auseinandersetzen müssen, die Lektüre der neuen Schulordnung der DDR nur empfehlen.

Die neue Schulordnung der DDR zeigt deutlich, was von den demokratischen Schnacks der Revisionisten gegen die Schulgesetze in der BRD zu halten ist. Lesen sollten die „Schulordnung“ auch diejenigen Linken, die noch meinen, daß das DDR-Bildungswesen „vorbildlich“ ist. (Erhältlich beim „Gesamtdeutschen Institut“, Adenauerallee 10, 5300 Bonn 1)

RGW-Kommission

10 Jahre »Neue Ostpolitik« Verdirbt die Kreide dem Wolf den Appetit?

Zwischenbilanz über zehn Jahre „Entspannungspolitik“ gegenüber der DDR zogen die Parteien in der Bundestagsdebatte „Zur Lage der Nation“. Insgesamt — restümierte Kanzler Schmidt — habe sich das Verhältnis der beiden deutschen Staaten seit dem Treffen Willy Brandts mit DDR-Ministerpräsident Stoph in Erfurt (19.3.79) „verbessert, ohne daß wir schon von guten Beziehungen oder von Normalität sprechen könnten“ („Tagesspiegel“ (Tsp), 21.3.). Am Schluß seiner Rede bekundete Schmidt seine Bereitschaft, möglichst bald mit Honecker zu einem Gespräch in der DDR zusammenzutreffen. — Strauß erklärte prinzipielles Einverständnis mit dieser Bilanz: „Die Erfolge und Ergebnisse der Ostpolitik würden auch von der CDU/CSU anerkannt“ (nach „Tsp“, 21.3.).

Deutlichen Beifall für die Ostpolitik der Bundesregierung gab es aus dem linkssozialdemokratischen und DKP-nahen Spektrum: Für „Die Neue“ ist der Stellenwert von Schmidts Angebot zu einem baldigen Treffen mit Honecker „nicht hoch genug zu veranschlagen“. „Diese Äußerung signalisiert, daß Bonn daran gelegen ist, die nach den Ereignissen in Afghanistan drohende Stagnation in den Beziehungen nicht Platz greifen zu lassen... Der Kanzler machte mit diesen Äußerungen klar, daß die Bundesregierung die Kontinuität der vor exakt zehn Jahren mit dem historischen Treffen Brandt/Stoph in Erfurt eingeleiteten Politik der Normalisierung stabilisieren und mit neuen Impulsen ausstatten will“ (21.3.). Lob für die „neue Ostpolitik“ spendete auch das SEW-Organ „Wahrheit“: „Geschäftsleute aus London und Kalkutta, aus New York und Essen sind empfindsamer geworden für Worte der Vernunft, die abrat von einem Konfrontationskurs, der allen Betroffenen Schaden bringt... Präsident Carter wird wegen seiner Unberechenbarkeit z.T. schroff kritisiert. Otto Wolff von Amerongen (Präsident des DIHT — AK) hatte eben das im Blickpunkt, wenn er Boykottmaßnahmen gegen die Sowjetunion als ebenso unsinnig wie unwirksam zurückwies“ (13.3.).

Doch, ungeachtet so vieler Blumen für die bundesdeutsche „Entspannungspolitik“, bleibt die Frage: Ist der BRD-Imperialismus seit Erfurt wirklich friedlicher geworden, gehören seine revanchistischen Ambitionen gegenüber der DDR endgültig in das Reich der Geschichte?

„Offenhalten der nationalen Frage“ ...

Rechtlicher Rahmen der Beziehungen

„Offenhalten der nationalen Frage“ ...

Rechtlicher Rahmen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ist der am 8.11.72 paraphierte „Grundlagenvertrag“, in dem sich beide deutsche Staaten verpflichten, normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln, sich von den in der UN-Charta niedergelegten Zielen und Prinzipien leiten zu lassen, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen und auf Drohung mit oder Anwendung von Gewalt zu verzichten, die territoriale Integrität sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen zu achten, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten zu respektieren. In der Präambel des Vertrages allerdings wurde ausdrücklich festgehalten, daß der Vertrag die „unterschiedlichen Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage“, nicht berührt. Und die BRD gab zu Protokoll: „Staatsangehörigkeiten sind durch den Vertrag nicht geregelt worden“. Diese Hintertür des Grundlagenvertrages wurde wenige Monate später auf Antrag der Bayerischen Staatsregierung vom Bundesverfassungsgericht ein Stückchen weiter aufgestoßen. Am 31.7.73 fixierte das BVerfG folgende „Interpretation“ als verbindlich für die bundesdeutsche Politik: Der Grundlagenvertrag habe einen Doppelcharakter: „Seiner Art nach“ sei er ein völkerrechtlicher Vertrag, „seinem speziellen Inhalt nach“ jedoch nicht. Die dort garantierte Grenze zwischen BRD und DDR sei keine wirkliche Staatsgrenze, sondern eher den Grenzen zwischen den Bundesländern der BRD vergleichbar. Die Bürger der DDR seien als „deutsche Staatsbürger“ anzusehen. Der „Auftrag zur Wiedervereinigung“ (Einverleibung der DDR) werde vom Vertrag nicht berührt.

Diese Interpretation ist nach wie vor — mehr oder weniger lautstark vertreten — fester Bestandteil der „Deutschlandpolitik“ aller etablierten Parteien. Nur wenige Tage nach der Bundestagsdebatte „Zur Lage der Nation“ stellte die CDU/CSU ihr neues „deutschlandpolitisches Aktionsprogramm“ vor. „Eine Bundesregierung der CDU/CSU werde bei ihrer Gesprächs- und Verhandlungsführung die kommunistischen Zielsetzungen und Verhandlungsmethoden realistisch einschätzen und dabei die Erfahrung beachten, daß wesentliche Begriffe — wie Frieden, Entspannung, Freiheit, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichteinmischung — von den Kommunisten anders ausgelegt werden als in der Freien Welt“ („Berliner Morgenpost“, 28.3.). Bekräftigt wird die Forderung, „daß die deutsche Frage rechtlich und politisch bis zur Erlangung der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit offengehalten werden müsse“ (ebd.). In diesem Sinn forderte der CDU-Abgeordnete Hupka auf einer Veranstaltung der „Ostdeutschen Landsmannschaften“ am 8.3. in Westberlin, daß „in der Schule das Thema „ganz Deutschland“ wieder Inhalt des Unterrichts werden müsse, damit nicht Generationen heranwachsen, die die Teilung Deutschlands in Kauf nehmen“ („Tsp“, 9.3.). In diesem Sinne will Bayerns Kultusminister Maier (CSU) für Bayern nur solche Schulanfänger zulassen, die die „innerdeutsche Grenze“ zur DDR, die „Oder-Neiße-Linie“ zu Polen und die noch dahinter liegende „Grenze des Deutschen Reiches von 1937“ zeigen („Stern“, 15.11.79).

Eine spezielle Marotte der „unverbesserlich ewiggestrigen“ CDU/CSU? Wohl kaum! Als die Judos auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz am 8./9.3. nahezu einstimmig die Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft verabschiedeten und den Verzicht auf das im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungsgebot in Erwägung zogen, reagierte die „Mutterpartei“ FDP ausgesprochen allergisch. FDP-Sprecher Gerwald bescheinigte den Judos eine „nie dagewesene Ferne“ zur FDP („Tsp“, 11.3.) und alle elf FDP-Landesverbände beilebten sich, ihre Ablehnung der Judo-Forderungen zu erklären („Welt“, 26.3.). Unter diesem Druck der „Mutterpartei“ verzichteten die Judos darauf, die Forderung nach Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz abstimmen zu lassen.

Auch Kanzler Schmidt ließ in seiner Rede „Zur Lage der Nation“ keinen Zweifel daran, daß „die deutsche Frage gemäß dem Gebot des

Auch Kanzler Schmidt ließ in seiner Rede „Zur Lage der Nation“ keinen Zweifel daran, daß „die deutsche Frage gemäß dem Gebot des Grundgesetzes offengehalten und das Ziel der deutschen Einheit auch gegenüber dem Vertragspartner bekräftigt“ worden sei. „Ausdrücklich bekannte sich Schmidt zu der im Grundgesetz verankerten deutschen Staatsangehörigkeit“ („Tsp“, 21.3.).

... beiläufige Pflichtübung oder strategisches Ziel des BRD-Imperialismus?

Vor diesen Tatsachen mögen auch die Zeitgenossen nicht ganz die Augen verschließen, die von einem „Friedenskanzler“ Schmidt träumen. Der bereits oben zitierte „Neue“-Kommentator beispielsweise zeigt sich „irritiert“ darüber, wie das Bekenntnis zum „Offenhalten der nationalen Frage“ eigentlich mit den Absichtserklärungen für die Fortsetzung der „Entspannungspolitik“ unter einen Hut zu bringen sei. Er hilft sich aus der Klemme, indem er einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der Zeichen der Zeit etwas schwer begreifenden, im Prinzip aber lernwilligen SPD und der unbelehrbaren CDU/CSU konstruiert. Die Äußerung von Kanzler Schmidt trage allerdings „zwangsläufig dazu bei, den Normalisierungsprozeß zumindest atmosphärisch zu belasten. Überdies wirkt sie aber auch wie Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die Frage der Behandlung des zwischenstaatlichen Verhältnisses auf der Basis des Machtkalküls betreiben wollen“.

Ein Rückblick auf die Entwicklung der „neuen Ostpolitik“ zeigt jedoch, daß „Entspannungspolitik“ und „Offenhalten der nationalen Frage“ seit jeher zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Ausgangspunkt der Ende der sechziger Jahre eingeleiteten „neuen Ostpolitik“ war die Erkenntnis, daß die bis dahin ver-

folgte Strategie des „kalten Krieges“ nicht mehr den politischen Gegebenheiten genüge. Die militante Frontstellung und Wirtschaftsboykottmaßnahmen hatten den RGW-Ländern zwar enorme Schwierigkeiten bereitet, nicht aber — wie erhofft — zu deren Zusammenbruch geführt; die Alleinvertretungsansprüche des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR (Hallstein-Doktrin) war auf längere Sicht nicht mehr aufrechtzuerhalten und ließ — anstatt die DDR in permanenter Isolation zu halten — den BRD-Imperialismus zunehmend als Störenfried in Mitteleuropa erscheinen, zumal andere imperialistische Länder ihre Strategie schon geändert hatten. In dieser Situation waren sich alle bürgerlichen Parteien darin einig, daß eine neue, flexiblere Strategie gegenüber den RGW-Ländern eingeschlagen werden müsse, um die alten Ziele (Roll-back, Einverleibung der DDR) mit mehr Aussicht auf Erfolg verfolgen zu können. Neben den alten Mitteln militärischer, politischer und ökonomischer Erpressung wurde mehr auf die „innere Dynamik“ (sprich: die revisionistische Entwicklung) der RGW-Länder gesetzt. So schlug beispielsweise der später als „Friedenskanzler“ gefeierte Willy Brandt in einem Memorandum zur „neuen Ostpolitik“ (25.1.65) „für die nächste Periode“ vor, „die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben“ und ihre „Eigenständigkeit ... zu unterstützen“. „Über konkrete, bis auf weiteres zwangsläufig begrenzt bleibende Formen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit hinaus kommt es entscheidend darauf an, eine Perspektive gutnachbarlicher Beziehungen deutlich werden zu lassen. Gerade auf diese Weise können Kräfte der Evolution ermutigt und gefördert werden“. Und speziell gegenüber der DDR: „Es darf angenommen werden, daß eine intensivere Kommunikation zwischen west- und osteuropäischen Völkern an der Zone (DDR) — Anm. AK) nicht vorbeigehen kann und wird. Schon auf dem Weg dorthin sollte überlegt werden, wie man z.B. die Jugend der Zone in allgemeine Jugendveranstaltungen hineinziehen kann“ (zit. nach UW-Revisionismuskritik 4, S. 5). Ähnliche Überlegungen äußerten in dieser Zeit auch Strauß und andere imperialistische Politiker (ebd.).

Heute sind die „atmosphärischen“ Anstrengungen bundesdeutscher Politiker aus der Anfangszeit der „neuen Ostpolitik“ eher nüchternen Geschäftsbeziehungen gewichen. Die Töne sind wieder rauher geworden, die damals eingeschlagene Strategie liegt jedoch nach wie vor der Ost- und „Deutschlandpolitik“ der bürgerlichen Parteien zugrunde. Und der BRD-Imperialismus ist damit — wie auch Schmidt in seiner Bilanz hervorhob — in den letzten zehn Jahren recht gut gefahren:

— Die „Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition“ habe es der BRD ermöglicht, „seit Ende der sechziger Jahre gemeinsam mit den westlichen Verbündeten im Entspannungsprozeß die Rolle zu spielen, die ihr durch ihre nationale und europäische Verantwortung vorgeschrieben sei... verhindert, daß die Bundesregierung durch ihre besondere Lage als geteilte Nation in die internationale Isolierung geraten sei und dafür gesorgt, daß ihre weltpolitische Handlungsfreiheit wesentlich habe ausgeweitet werden können“ („Tsp“, 21.3.).

— Die sozialliberale „Deutschlandpolitik“ habe den „Auftrag des Grundgesetzes“ („Wiedervereinigung“ — Anm. AK) erfüllt. Sie hat den Zusammenhalt der Deutschen gewahrt und neu gestärkt“ (ebd.). Oder wie sich Schmidt auf dem SPD-Parteitag ausdrückte: Der Entspannungsprozeß sei es zu verdanken, „daß Millionen von West-Ost-Besuchern zur Erhaltung der nationalen Substanz beigetragen haben“ („Tsp“, 5.12.79). — Die Lage (West-)Berlins habe sich stabilisiert. In der Tat ist es dem BRD-Imperialismus recht gut gelungen, seine Interpretation des Viermächteabkommens über Berlin („enge Bindungen zwischen der BRD und Westberlin“) durch ständige politische Provokationen (Demonstration von „Bundespräsenz“ in Westberlin) und ökonomische Erpressung der DDR durchzusetzen. So hat sich die BRD — um nur das jüngste Beispiel zu nehmen — in dem jahrelangen Clinch um eine Stromleitung nach Westberlin anscheinend durchgesetzt. Als Gegen-

leistung für die Elektrifizierung einer Transit-Eisenbahnstrecke und den Bau eines Kohlekraftwerks bei Magdeburg „signalisierte Ost-Berlin“, so die „Welt“, „politisch ... Einlenkungs-bereitschaft. Bonn solle den entscheidenden Stromschalter für den Berlin-Strom bedienen dürfen. Damit hatte Ost-Berlin zum ersten Mal seine bisher starre Haltung gelockert, lediglich über eine Stichleitung Strom nach West-Berlin abzugeben...“ (18.2.).

— Nicht zuletzt erhöhte sich der Handel mit der DDR von 3,73 Mrd. VE (Mark) 1969 auf nahezu 10 Mrd. Mark 1979 und soll in diesem Jahr kräftig (um ca. 10 %) expandieren („Welt“, 10.3.). Im Volkswirtschaftsplan der DDR ist der Handel mit der BRD (und anderen kapitalistischen Ländern) zu einer festen Größe geworden. Zunehmend richtet sich die Produktion an den Bedürfnissen der kapitalistischen Märkte aus. Die Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft vom (BRD-)Imperialismus wird größer.

Diese Erfolge „sozialliberaler Deutschlandpolitik“ werden — wie Strauß vor dem Bundestag ausdrücklich betonte — auch von der CDU/CSU anerkannt. Gefordert wird aber eine schärfere Propagandakampagne gegen die DDR („Schießbefehl“, „Einsatz von Honeckers Armee in Afrika“ etc.); gefordert wird, die Wirtschaftsbeziehungen stärker als politisches Druckmittel gegenüber der DDR einzusetzen. Die Mitte der sechziger Jahre von Strauß formulierte Linie des Revanchismus durch langfristig angelegte Auflockerung scheint der CDU/CSU auch heute noch am erfolgversprechendsten zu sein. Eine „Wiedervereinigung von unten“ — so erläuterte Ende letzten Jahres der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Hasselmann (CDU), vor dem niedersächsischen Landtag — sei die „gegenwärtig einzig realistische deutschlandpolitische Perspektive. Um Entwicklungen, die zu diesem Ziel führen sollen, in Gang zu bringen, müßten organisatorische Verklammerungen auf unterster Ebene geschaffen werden. Davon ausgehend, politische Geschehnisse würden schließlich zu „Formen staatlichen Miteinanders“ führen. Solche Abläufe würden vom politischen Willen der Menschen in der DDR in Gang gehalten. Sie entwickelten Eigengesetzlichkeiten, denen sich die DDR-Führung auf Dauer nicht entziehen könne...“ (lt. „FR“, 25.10.79). Als „Möglichkeiten, Entwicklungen dieser Art zu fördern“, benannte Hasselmann: Verlängerung der Aufenthaltszeiten westdeutscher Besucher in der DDR; Erweiterung der Möglichkeiten für DDR-Bürger, die BRD zu besuchen; und allgemein: Förderung all derjenigen vertraglichen Regelungen mit der DDR, die zu engeren „Verbindungen der Menschen“ in den beiden deutschen Staaten führen (ebd.).

In der DKP-nahen und linkssozialdemokratischen Szene wird vor dem Hintergrund der Afghanistan-Krise und der sich abkühlenden politischen Großwetterlage — mit einigem Recht — die Sorge geäußert, die „Entspannungspolitik“ könnte zu Ende gehen.

Angesichts der lauten Überlegungen der CDU/CSU, z.B. auch zum Wirtschaftsboykott gegen die Sowjetunion, zeigen sich diese Kräfte mehr denn je bereit, in der SPD den Garanten der „Entspannungspolitik“ zu sehen. Allerdings hat auch die CDU/CSU gleichzeitig mit ihren scharfmacherischen Parolen gegen die SU deutlich zu verstehen gegeben, daß auch sie derzeit prinzipiell an einer Fortsetzung der „Entspannungspolitik“ — insbesondere gegenüber der DDR (vgl. Kiops Mission auf der Leipziger Messe) — interessiert ist.

Natürlich ist es vom Standpunkt der Arbeiterklasse und auch für die Linke nicht gleichgültig, ob sich die CDU/CSU mit ihrer mehr erpresserischen Variante der „Entspannungspolitik“ durchsetzen kann oder nicht. Schlichte Illusionsmacherei ist es aber, wenn ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen einer Entspannungs- und einer Wiedervereinigungswilligen SPD und einer unbelehrbar ewiggestrigen CDU/CSU konstruiert wird, wenn revanchistische Ambitionen nur einer — durch Strauß und Co vertretenen — „Fraktion“ des Kapitals zugeschrieben werden, wenn Monopolkapitalisten wie Wolff von Amerongen und Abs im „Neuen Deutschland“ oder in der „Wahrheit“ wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Carters Embargoforderungen als „verünftige“ Verfechter der „Entspannungspolitik“ herausgestellt werden. Die weiland naive Gutgläubigkeit der sieben Geißlein, der Wolf sei nach dem Verzehr der Kreide gleich zum Vegetarier geworden, soll für diese nicht gut ausgegangen sein...

DDR-Kommission
Westberlin

Für eine revolutionäre Alternative zur DKP

Dies ist ein Interview mit G., der hier begründet, warum er nach einem Jahrzehnt Mitarbeit und Mitgliedschaft in der DKP und ihrer Jugendorganisation SDAJ (von der er auch 1976 zu ihrem 5. Bundeskongress delegiert wurde) beide Organisationen verlassen hat, und wieso er für eine linke Alternative zur DKP eintritt.

AK: Was waren Deine ersten Widersprüche zur DKP und warum bist Du schließlich ausgetreten?

G.: Meine ersten schwerwiegenden Differenzen zur Partei kamen im „deutschen Herbst“ 1977. Damals bekam ich zum erstenmal Material vom KB in die Hände, nämlich die erste Schwulenbrochure des KB („Kampf der Schwulenunterdrückung“) zusammen mit ein paar AK's. Beides hatte mir ein schwuler Freund geschickt. Als Schwuler stimme ich schon damals nicht mit dem überein, was die DKP zu diesem Thema vertritt, und wie die Schwulenfrage im „real existierenden Sozialismus“ gehandhabt wird. Ansonsten hätte ich damals vielleicht noch kein anderes Material vom KB angesehen, weil ich da noch so meine Vorstellungen von „Chaoten“ und „Agenten“ hatte; doch nachdem ich die Schwulenbrochure gelesen hatte, dachte ich, wer in dieser Frage vernünftige Standpunkte vertritt, der kann eigentlich auch in anderen Fragen nicht beschueht sein.

So ziemlich zur gleichen Zeit passierte dann das große „Selbstmord“ in Stammheim und der AK mit der Schlagzeile „Wir glauben nicht an Selbstmord“ war einer der ersten AK's, die ich las. Vorher schon war ich äußerst enttäuscht, daß die „UZ“ keine breite Berichterstattung entfachte, die alle Widersprüche und Ungereimtheiten zusammenrug und die Selbstmordversion offensiv anzweifelte, denn, so dachte ich damals, wenn alle Medien gleichgeschaltet sind, müßte gerade die kommunistische Presse demokratische Gegeninformationen liefern. Stattdessen erschien die UZ (sinngemäß) mit Bildzeitungsschlagzeilen wie „Jubel, endlich alle Geiseln frei“. Aus Angst, „mit Terroristen in einen Topf geworfen zu werden“, getraute man sich also nicht einmal, solche Fragen zu stellen, die im Ausland jede bürgerlich-liberale Zeitung stellte. Erwartete ich wenigstens innerhalb der Partei Diskussionen und Klarheit, wenn man die Selbstmordversion schon nicht öffentlich anzweifelte, so erwiesen sich auch hier meine Erwartungen als völlig

tung stellte. Erwartete ich wenigstens innerhalb der Partei Diskussionen und Klarheit, wenn man die Selbstmordversion schon nicht öffentlich anzweifelte, so erwiesen sich auch hier meine Erwartungen als völlig falsch. Und das, obwohl die DKP doch immer behauptet, daß alle Maßnahmen, die offiziell gegen „Terroristen“ getroffen werden, sich in Wirklichkeit nur gegen sie richten würden (als „der einzigen dem Großkapital gefährlichen Kraft“ etc. pp.). Gerade wenn die DKP davon ausgeht, müßte sie sich doch sehr genau informieren, was mit den „Terroristen“ geschieht ... aber für die DKP sind das ja auch keine politischen Gefangenen, sondern „gewöhnliche Kriminelle“ (was ist eigentlich ein „gewöhnlicher Krimineller“) oder „ausgeflippte Bürgerkinder“ und „imperialistische Agenten, die zusammen Krieg spielen“. Darin erschöpft sich die DKP-„Analyse“ von Terrorismus. Selbst ein Vertreter der eurorevisionistischen PCI stellte einen Zusammenhang her zwischen Terrorismus und gesellschaftlichen Problemen. Bei der DKP nur allgemein-moralische Entwertung, aber keine politische Erklärung. Die DKP beschuldigt die RAF, am Abbau von demokratischen Rechten in der BRD schuld zu sein. Damit stellt sie die ganze Leninische Imperialismus-Theorie auf den Kopf und verwechselt Ursache und Wirkung.

Außerdem ist die Frage, ob es hier und heute bereits wieder möglich ist, daß Gefangene in Knästen ermordet werden, keine nebensächliche Frage, sondern eine Frage, die enorm wichtig ist für die ganze Strategie und Taktik einer revolutionären Organisation. Sind die Gefangenen nämlich ermordet worden, dann ist in dieser Nacht im Herbst 77 eine Schallmauer durchbrochen worden auf dem Weg zum Faschismus. Und darauf müssen wir uns einstellen.

Und hat die DKP sich vielleicht für Astrid Prohl, Brigitte Heinrich oder Peter-Paul Zahl eingesetzt? Weiß ein „normales“ DKP-Mitglied

überhaupt, wozu es sich bei diesen „Fällen“ handelt? Leider nein!

Nur bei einer Konferenz zu Fragen über Afrika, wo das veranstaltende Komitee auch die Meinung P.P. Zahl einholen wollte, fiel der DKP plötzlich ein, daß es sich hier um einen „rechtmäßig Verurteilten“ handele, dessen Name nicht auf die Unterschriftenliste gehöre. Schöne Kommunisten sind das, die die Klassenjustiz dieses Staates auf diese Weise respektieren, wenn nicht sogar innerlich billigen.

Die sog. „Terrorismusfrage“ war also einer meiner ersten „Knackpunkte“ zur DKP. Bis dahin glaubte ich noch, die DKP hätte nur eine besonders schlaue und raffinierte Taktik und würde nur vorsichtigerweise nicht alles so öffentlich sagen. Doch das ist ein Trugschluß. Ja und dann entwickelte ich immer mehr Differenzen zu allen möglichen Punkten. Dann habe ich mich hingestellt und damit begonnen, mich mit den ganzen Elementen der DKP-Politik und den verschiedensten linken Kritiken daran gründlich auseinanderzusetzen. Daraus ist eine sehr ausführliche Austrittserklärung entstanden; es wurden 160 Seiten, und dabei war das ganze „Buch“ immer noch unvollständig. Aber nachdem ich das alles geschrieben hatte, war mir klar, wie überfällig mein Austritt war, daß ich mich, wenn ich dringebliessen wäre, restlos hätte verbiegen müssen, so viele Prinzipien und Ansprüche emanzipatorischer Politik über Bord werfen müssen, daß ich irgendwann einmal nicht mehr hätte aufrecht gehen können.

AK: Warum hat es sich trotzdem zwei Jahre hingezogen, bis Du die DKP endgültig verlassen hast?

G.: Am Anfang sah ich ja keine andere Alternative zu der Partei und hatte etwa den Standpunkt: lieber eine nicht mehr so glückliche „Ehe“ führen, als überhaupt nicht „verheiratet“ zu sein. Ich glaube, daß dies ein Punkt ist, der viele DKP'ler trotz Widersprüchen noch in dieser Partei hält: daß sie keine Alternative zur DKP kennen und, da sie auch nicht im politischen Nichtstun versinken wollen, halt drinbleiben. Die DKP redet ihren Mitgliedern auch ein, daß man politisch nichts mehr mitbekommen würde oder automatisch auf bürgerlichen Positionen landen müßte, wenn man die DKP erst einmal verlassen hat. Nachdem ich den KB kennengelernt hatte, fühlte ich mich zwar nicht mehr so alternativlos, aber ich wollte auch nicht schematisch einfach „die Organisation wechseln“. Das heißt, ich erst einmal verlassen hat. Nachdem ich den KB kennengelernt hatte, fühlte ich mich zwar nicht mehr so alternativlos, aber ich wollte auch nicht schematisch einfach „die Organisation wechseln“. Das heißt, ich habe neben der Auseinandersetzung mit DKP und KB mich auch noch mal mit solchen Fragen neu beschäftigt, die ich bereits für geklärt hielt, habe mich auch mit Spontis und Anarchisten auseinandergesetzt und mit solchen Theorien wie z.B., ob die Arbeiterklasse überhaupt noch eine revolutionäre Klasse ist. Ich wollte schon genauer herausfinden, ob ich noch irgendwo dazugehören kann und falls ja, wo genau. Deswegen hat sich das so lang hingezogen. Ich wollte also nicht nach der allerersten Differenz die DKP vorschnell verlassen, um es hinterher vielleicht falsch zu finden. Ich hab die DKP also erst verlassen als mir wirklich klar war, daß ich ihre Politik mehrheitlich und vom Grundsätzlichen her falsch finde. Auch kam mir die DKP inmitten meiner Überlegungen mit einem Ausschlussantrag dazwischen, den ich erstmal abschmettern mußte, um wieder in der alten Ausgangsposition zu sein, was das ganze noch mehr hinausjögerte, bis ich die Partei zum Jahreswechsel 79/80 endgültig verließ.

AK: Warum äußerst Du Deine Widersprüche zur Schwulenpolitik der DKP nur so relativ beiläufig, obwohl Du doch direkt betroffen bist?

G.: Aus verschiedenen Gründen wollte ich mein Schwulsein gewissermaßen nicht „breitreiten“. Erstens könnte die DKP in meinem kleinen Dorf auf ziemlich gemeine Art und Weise auf dieses Interview „antworten“. Zweitens könnte meine ehemalige Ortsgruppe sagen, was will der uns in dieser Frage vorwerfen, da hat er mit uns ja gar nicht drüber diskutiert. Richtig ist, daß ich nach meinen ersten schlechten Erfahrungen beim Diskutieren dieser Frage mit einzelnen DKP'ern dann darauf verzichtete, dies vor der

ganzen Ortsgruppe zu diskutieren, weil ich befürchtete, daß man mir bei einem eventuellen Angriff von reaktionärer Seite aus nicht nur nicht geholfen hätte, sondern sich vielleicht öffentlich von „so einem“ Mitglied distanziert hätte. Drittens, und das ist der wichtigste Aspekt, befürchte ich, daß die DKP, wenn ich mein Schwulsein jetzt so rausstelle, sagen könnte, ich sei ja nur aus „privaten“ Gründen ausgetreten, und meine politischen Differenzen seien nur „nachgeschoben“. Als das Ausschlussverfahren gegen mich lief, hieß es z.B. in dem Ausschlussantrag meiner Ortsgruppenvorsitzenden, ich hätte mich von dem Moment an aus der SDAJ zurückgezogen, als die Genossen mir nicht mehr ein angelegentlich von mir gefordertes überdurchschnittliches Maß an Zuneigung und Aufmerksamkeit geschenkt hätten! Von den monatelangen vorhergehenden politischen Auseinandersetzungen in unserer SDAJ-Ortsgruppe, die auf der Jahreshauptversammlung 1977 darin gipfelten, daß mir ein SDAJ'ler, der nicht wußte, was er auf meine Kritik antworten sollte, „auf die Fresse hauen“ wollte – davon kein einziges Wort! Stattdessen wollte man in bester stalinistisch-terroristischer Manier einen Kritiker zum „Psychopathen“ erklären.

So, jetzt habe ich der Ehrlichkeit halber doch drüber geredet, auch glaube ich, daß ich, um meinen eigenen Ansprüchen emanzipatorischer Politik näherzukommen, es lernen muß, trotz aller zu erwartenden Repressionen mein Schwulsein noch öffentlicher zu machen.

Mein Schwulsein war wichtiger Grund unter vielen wichtigen Gründen, die DKP zu verlassen. Ich habe mir das alles nicht leicht gemacht, da ich mal sehr von dieser Partei überzeugt war und dafür auch etwas riskiert habe – Schule und Lehrstelle wegen meines politischen Engagements verlassen mußte. Daher war es gar nicht so einfach, diese Bande zur DKP zu kapfen und einiges selbstkritisch aufzuarbeiten. Man muß da schon aufpassen, nicht restlos auf eine religiös-gläubig anmutende Art und Weise mit einer solchen Organisation zu verwaschen. Doch hatte ich nie vergessen, daß eine Organisation nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern nur Mittel zum Zweck ist. Nicht von der Bewegung leben, sondern für die Bewegung!

AK: Obwohl in den letzten Jahren mit Sicherheit hunderte von DKP-Genossen und Genossinnen ausgetreten oder ausgeschlossen worden sind, ist in der linken Öffentlichkeit sehr

AK: Obwohl in den letzten Jahren mit Sicherheit hunderte von DKP-Genossen und Genossinnen ausgetreten oder ausgeschlossen worden sind, ist in der linken Öffentlichkeit sehr

G.: Die DKP hält das natürlich geheim. Wenn an verschiedenen Orten DKP'ler Widersprüche haben zur Politik ihrer Partei, austreten oder ausgeschlossen werden, dann wissen die in der Regel voneinander gar nichts. Und wenn da nicht einer selbst Mittel hat, das irgendwie publik zu machen, erfährt auch sonst niemand etwas davon. In Bochum haben mal ca. 20 Ausgetretene und Ausgeschlossene eine Dokumentation herausgebracht, in Nordhorn wollen Ausgeschlossene ihre Arbeit in einer eigenen Gruppe fortsetzen, in Marburg soll es sich um 30-40 Leute gehandelt haben; ansonsten sind mir noch „Fälle“ aus Langen, Offenbach, Oberursel und der „Fall“ des Altgenossen Karl Ludwig aus Kassel (dazu später) bekannt. Länger zurückliegend, 73, gab es den geschlossenen Austritt der Ortsgruppe Butzbach und noch ein paar anderer im Wetteraukreis, 63 Leute.

AK: Kannst Du kurz erzählen, mit welchen Mitteln die DKP versucht, ihre Mitglieder von anderen linken Organisationen oder Bewegungen abzuschotten?

G.: Da gibt es zunächst mal die berühmte-berühmte (stalinistischen) Agententheorien, wonach andere Linke Gruppen teilweise erst vom Verfassungsschutz gegründet worden seien, um der DKP zu schaden. Gelegentlich „enttarnt“ die DKP Mitglieder anderer Organisationen als V-Agenten. Und wenn es sich bei solchen Gruppen schon nicht um subjektive Agenten handelt, so besteht zumindest ihre „objektive“ (ein Wort, mit dem sich viel machen läßt) Funktion darin, dem Gegner in die Hände zu arbeiten. Entweder Agent oder getäuschter Naivling, so

einfach, primitiv und menschenverachtend ist das, denn die Partei hat immer recht. Die tatsächlich antikomunistische Politik einiger – z.B. der vaterländischen (Ex-) „KPD“ – macht es der DKP natürlich leicht, alle links von ihr stehenden Personen und Gruppen anzugreifen. Doch sollte man wirklich unterscheiden zwischen einer einfach falschen (und auch bekloppten) Politik mancher Leute/Gruppen oder subjektiv/objektivem „Agententum“. Genauso könnte man behaupten, die DKP würde „objektiv“ eine Rolle im Dienste des Klassengegners spielen, weil ihr Gutheißener jeder Schweinerei im „realen Sozialismus“ es dem Gegner erleichtert, alle Kommunisten anzugreifen.

Ein sehr wichtiger Punkt, der DKP-Mitglieder von der Beschäftigung mit den wirklichen Positionen anderer Linker, wie z.B. des KB, abhalten wird, dürfte der Mythos sein, den die DKP um ihre alten Genossen entfacht, und die ja auch vor allem gegen linke Kritiker ins Feld geführt werden. Die DKP sagt, wenn so viele alte KPD-Genossen mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der kommunistischen Bewegung heute in der DKP sind und in keiner anderen Gruppe, dann ist das der Beweis für die Richtigkeit unseres Kurses und dafür, daß wir die einzig wirkliche kommunistische Partei sind. Diese Argumentation erschien auch mir einst als der Logik und Weisheit letzter Schluß. Heute halte ich sie für reichlich plump. Erstens sind soo restlos alle alten Kommunisten in der BRD oder sonstwo auf der Welt nicht in der jeweiligen KP ihres Landes. Da gibt es Beispiele aus der BRD, da gibt es Jean-Pierre Vigier aus Frankreich (bis 1968 im ZK der KPF), da gibt es Ex-Genossen der Tudeh-Partei im Iran, die später die „Volksfehjdain“ mitbegründeten, da gibt es in Griechenland eine Gruppe links von der KP Griechenlands aus ehemaligen Kadern der KKE. „Il manifesto“, die KPI-Abspaltung aus den Sechzigern, besteht nur aus alten Genossen. Der MIR in Chile entstand aus einem Zusammenschluß einer KP-Abspaltung mit anderen Gruppen. Undsoweiter.

Zweitens gibt es auch unter alten DKP-Mitgliedern Meinungsverschiedenheiten über den Kurs der Partei, z.B. in der Einschätzung der SPD. Das offiziell gepflegte Einheitsbild dürfte gerade unter alten Genossen nicht stimmen. Ich kenne zwei alte DKP'ler, die sogar die „Sozialfaschismus“-These noch vertreten! Wären sie noch jung und würden sowas aktiv im Parteileben vertreten, wären sie sicher schnell ausgeschlossen. Doch alt und nicht mehr in der aktiven Arbeit, ist ihnen z.T. gar nicht richtig bewußt, daß sie sich teilweise im Widerspruch zur Partei befinden.

Sofern ich hier immer von den alten Genossen rede, die mich beeindruckten und die einer der Gründe waren, die mich solange in der Partei hielten, meine ich diejenigen, die beispielsweise Karl und Rosa noch persönlich kannten. Bei den „Mittelalten“, denen in den Fünfzigern, die wohl zu einem guten Teil erst nach dem Krieg in die Partei kamen und über DDR-Schulung aufstiegen, gibt es allerdings auch einige eiskalte, zynische Funktionäre, die alles andere als Respekt verdienen.

Drittens ist ja auch ein bestimmtes Alter wohl keine Garantie gegen Fehlentscheidungen. An der Spitze solcher „Euro“-Parteien wie KPS, KPI, KPF – deren Politik zum Teil ja auch von der DKP kritisiert wird – stehen zu einem Großteil ja auch alte Genossen, die einst als bewaffnete Partisanen gegen den Faschismus kämpften (Carillo z.B.), und deren revolutionäre Vergangenheit sie freilich nicht daran hindert, heute eine sozialdemokratische Politik zu machen.

Das heißt, die ständigen Hinweise der DKP auf ihre alten Genossen kommen immer dann, wenn ihr die Argumente fehlen. Doch wird sie auf die Dauer gerade gegenüber jungen Genossen (die ja teilweise aus der „antiautoritären Bewegung“ kamen) sicher nicht weiterkommen mit einem Hinweis auf Autoritäten, auch wenn diese eine akzeptable Vergangenheit haben.

Mir geht es also nicht darum, alten DKP-Genossen irgendetwas abzusprechen (z.B. unter dem Hitlerfaschismus mutig Widerstand geleistet zu haben), oder Altkommunisten der DKP als „Verräter“ anzu-

sehen (was z.B. der KBW als „Analyse“ der versozialdemokratisierten Entwicklung von KPD/DKP anbietet; sehr tiefgründig, wirklich). Da kann die DKP natürlich entgegen: wenn unsere alten Genossen für ihre Meinung ins KZ gegangen sind und unter Adenauer wieder in den Knast gegangen sind, warum sollten sie dann heute, bei vergleichsweise geringeren Repressalien plötzlich alles „verraten“? Nein, eine bestimmte politische Entwicklung, z.B. Revisionismus, ist natürlich nicht das Ergebnis eines plötzlichen, persönlichen, individuellen „Verrates“ einzelner Personen, sondern da hat sich im Verlaufe des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien längerfristig eben die bürgerlichere Linie durchgesetzt. Entscheidend dürfte dabei gewesen sein, daß man immer nur der Entwicklung der KPdSU hinterhergekrochen ist.

Viertens arbeitet die DKP inzwischen – wenn auch ungewollt – selbst an der Zerstörung des Mythos um ihre alten Genossen. Da gibt es den Arbeiter Karl Ludwig aus Kassel, unter dessen Führung die KPD-Betriebsgruppe bei Henschel/Thyssen in Kassel während der Zeit der Illegalität zur stärksten im ganzen Bundesgebiet wurde, und der 78 oder 79 nach über 20-jähriger Mitgliedschaft in der Partei ausgeschlossen wurde, weil er an der Inhaftierung Bahros Kritik hatte und dazu in einem Buch – u.a. neben einem Leitungsmitglied der PCI – einen Artikel veröffentlichte!

Oder ein Genosse, der nach 32-jähriger Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung aus der DKP ausgeschlossen wurde, weil er als Journalist von der UZ zur „Neuen“ gegangen ist.

Man wird also in der DKP nur solange als „ehrenwerter alter Genosse“ angesehen, solange man keine Kritik an der Partei hat. Nur dann wird auch deren Erfahrung erwähnt. Karl Ludwig und dem „Neue“-Journalisten hat man scheinbar keine „Erfahrung“ zugestanden.

Kritisiert Du zuviel, fliegst Du raus, da zählen die ganzen langjährigen Verdienste für die Partei nichts mehr.

Nachdem die DKP nun also auch schon ältere Genossen ausgeschlossen hat, sozusagen einige ihrer Gründer entlassen hat (doch wie bekannt ist das schon in der DKP selbst?), sollte sie sich eigentlich schämen, andererseits noch so mit ihren alten Genossen aus KPD-Zeiten hausieren zu gehen.

AK: Welche Alternativen gibt es Deiner Meinung nach heute für sen aus KPD-Zeiten hausieren zu gehen.

AK: Welche Alternativen gibt es Deiner Meinung nach heute für DKP'ler, die die Partei verlassen?

G.: Diese Frage wird wohl jeder, der die DKP verläßt, unterschiedlich beantworten. Die meisten, die die DKP verlassen, kritisieren sie wohl eher von einem rechten Standpunkt aus, leider. Viele der Ex-DKP'ler werden wohl auch gar nichts mehr machen. Es ist auch nicht einfach, sich in einer Zeit der allgemeinen Krise aller Linken noch für irgendeine Organisation oder Bewegung zu entscheiden. Daß und warum ich für eine linke Alternative zur DKP plädiere, dürfte anhand des oben Gesagten hoffentlich etwas nachvollziehbar geworden sein. Ich persönlich sehe mich jetzt als KB-Sympathisant, was nicht heißen soll, daß ich keinerlei offene oder kritische Fragen an den KB mehr hätte. Ich behaupte nicht, jetzt „den goldenen Schlüssel“ zur baldigen Lösung sämtlicher politischer Probleme und offenen Fragen der kommunistischen Bewegung gefunden zu haben (was der KB sich auch wahrscheinlich selbst nicht einbildet). Aber ich denke doch: wenn es hier überhaupt einer der bestehenden linken und kommunistischen Gruppen gelingen kann, die kommunistischen Ideen wieder für breitere Kreise der Bevölkerung attraktiv werden zu lassen, dann kann das nur der KB sein, durch den weiteren Ausbau seiner vielen vorhandenen guten Ansätze.

Dies als abschließende Bemerkung; wer jetzt noch mehr wissen will, kann mir über die Frankfurter Kontaktadresse des KB schreiben, die werden das an mich weiterleiten. Am meisten würde mich freuen, wenn einige Ex-DKP'ler – unabhängig davon, wo sie jetzt stehen, sie müssen nicht meinen (jetzigen) politischen Standort teilen – untereinander Kontakt aufnehmen würden, zwecks unverbindlichem Erfahrungsaustausch.

Kampf zweier Linien in der FAU

Nach den tumultuarischen Ereignissen beim außerordentlichen Osterkongreß der anarchistischen „Initiative FAU“ (Freie Arbeiter-Union), in deren Verlauf das bisherige Nationalkomitee abgesetzt, die „Initiative FAU“ aufgelöst und die FAU gegründet wurde, scheint sich nun auch formal vollzogen zu haben, was sich in der Praxis zumindest in Hamburg schon seit längerem abzeichnete: dem deutschen Anarchosyndikalismus werden neue Akzente gesetzt.

— Statt des bisherigen Antikommunismus hat die FAU Aktionsformen und offene Auseinandersetzungen mit allen revolutionären Gruppierungen auf ihre Fahnen geschrieben,

— An Stelle des bisherigen wirren Theoriengebräus aus moralisierendem Idealismus und Vulgärmaterialismus ist ein Bekenntnis zur dialektischen Methode getreten,

— Statt der bisherigen starren Ausrichtung auf die traditionelle Betriebsarbeit und den Aufbau von Richtungsgewerkschaften hat man nunmehr vor, sich in alle sozialen Kämpfe einzuklinken und mit der zentralen Forderung des „politischen Lohnes“ die industrielle Reservearmee als revolutionäres Potential verstärkt anzusprechen und einzubeziehen.

— An Stelle des bisherigen Distanzierung von der Stadtguerilla ist eine eindeutige Solidarisierung mit dem

antiimperialistischen bewaffneten Kampf getreten.

Was heißt das nun konkret? Die neue FAU scheint den Versuch zu unternehmen, die verschiedenen militanten Gruppen der „autonomen Linken“ in einer Organisation zusammenzufassen, die sich sowohl an der anarchosyndikalistischen CNT des spanischen Bürgerkrieges als auch an der italienischen Autonomia Operaia orientiert. Ob ihr das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Neue Impulse und eine beachtliche Dynamik hat sie jedenfalls — wenigstens in Hamburg — im Verlauf des letzten halben Jahres entwickelt.

Kneipinski, Hannover

An den unbekannten KB-Delegierten auf dem 2. DP-Kongreß

Betr.: AK 173, S. 44, Abs. „Zum Schluß...“ Ich erhalte gerade den neuen AK. Ärgere mich zunächstmal, wie aus „Plogoff“ „Plogdorf“ (wieso nicht gleich Prockdorf?) gemacht wird. Aber das am Rande.

Ich ärgere mich vielmehr über die selbstherrliche Kritik an den sogenannten mangelhaften internationalistischen Bemühungen seitens der DP.

Da wird sich darüber mokiert: auf dem DP-Kongreß seien „nur“ OCT, MC, SWP, palästinensische und iranische Genossen und der KB dabei gewesen. Das sei Ausdruck von ... siehe oben.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen DP und KB kenne ich nicht im Detail. Als AK-Leserin habe ich aber festgestellt, daß so gut wie nie etwas zur Entwicklung, zur Politik der DP gestanden hat. Ganz im Gegensatz zu Lotta Continua.

Im vergangenen Jahr gab es bekanntlich eine Initiative verschiedener westeuropäischer linker Organisationen zu einer engeren Koordinierung und Zusammenarbeit.

Wir als KB waren auch „mit dabei“, punktuell, und haben es aus unterschiedlichen Gründen bis dato etwas fallengelassen, dort stärker mitzumischen.

Fakt ist auch, daß die DP ebenso wenig wie wir die Krise der Linken vollständig überwunden hat. Diese Krise hat bei uns z.B. auch eine Vernachlässigung internationalistischer Arbeit bedeutet. Hat auch ein kleineres Gästespektrum aus dem Ausland auf unserem Kongreß bedeutet.

Die Ansätze zu einer stärkeren internationalen Zusammenarbeit können verschieden bewertet werden, bestimmte Mängel/Fehler etc. in unserer eigenen Arbeit auf dem Sektor können auch auf Fehler/Mängel der betreffenden Genoss/innen zurückgeführt werden (ich kenne z.B. meine!). Die Schlußbemerkungen dieses Artikels lauten doch irgendwie anders — selbstzufrieden, besserwisserisch.

Wir, KB, wissen ja wie was zu laufen hat. Informationsaustausch etc. — das läuft bei uns immer perfekt, aus dem ff.

Wenn was nicht klappt, sind bloß diese schlampigen Ausländer dran

schuld, die noch immer nicht kapiert haben, daß die Welt nicht hinter Rom oder Paris oder London aufhört.

Immerhin freust du dich über die Gastfreundschaft.

Immerhin ist auch der KB eingeladen worden. Welche großen Organisationen aus Westeuropa haben deiner Meinung nach gefehlt? Wieso sollte diese Einladungspraxis nicht bewußter Akt sein? Vielleicht hat die DP kein Interesse, z.B. aus Frankreich noch die LCR dabei zu haben? Hast du dich überhaupt danach erkundigt, wer eingeladen worden ist? Wer ggfs. vielleicht verhindert war? Z.B. ist die belgische Organisation „Pour“ — fester Bestandteil der europäischen Koordinierung, in der auch die DP aktiv mitarbeitet — momentan ziemlich beschäftigt mit ihren Prozessen (siehe AK 173).

So'n Stil gefällt mir echt nicht! Da das so abgedruckt worden ist, richtet sich meine Empörung an die gesamte AK-Redaktion! Chauvinismus im KB — pfui!

E., KB Frankfurt

nierung und Zusammenarbeit.

„Diese schlampigen Ausländer dran E., KB Frankfurt“

Beziehungskisten, Bier und Blödeleien

Protokoll einer Männergruppe, notiert von Norbert Ney

Also ehrlich, das erste Mal kam ich mir echt ein bißchen komisch vor, als ich da so reinplatze.

Thommy hatte mich eingeladen: Du, wir machen jeden Freitagabend so'n Art Männergruppentreffen, wo wir so über unsere Beziehungskisten reden und mal den ganzen Rollenklitschenscheiß verarbeiten wollen. Läuft alles locker ab, nicht so dogmatisch, sind alles Sponties und Freaks unso. Du kannst doch da mal was ablassen über Deine Sterilisationsda, Deine Sterilisation unso. Wir wechseln uns immer mal so ab, geht so die Runde rum, mal bei dem in der Bude mal bei dem ...

Thommy war der Typ, der sowas wie'n Sozialpädagogen im Jugendzentrum mimte, hatte dort wieder'n bißchen für Ordnung gesorgt und war vor ein, zwei Jahren vor allem dadurch aufgefallen, wie er das übliche Rockerproblem „gelöst“ hatte, indem er nämlich einfach die Braut vom Rocker-Präsidenten bestiegen hatte, worauf die absprang von der Lederbubis und der Boss seine Gang zurücksammelte in 'nen anderes Cityviertel.

Nun gut, so war das, aber damit durfte man dem Thommy heut nich mehr kommen, denn inzwischen hatte so'n Macker aus der Szenekneipe, der Hauptmacker dort, ihm die ausgespannt, woraufhin die ganze Szene hinter Thommy das Lokal wechselte, was wiederum zur Folge hatte, daß der Typ aus der Kneipe ne Pizzeria machte, wo derzeit sich die mittlere Krawattenszene tummelt. Okay, das zum Vorspann.

Wir trafen uns also diesmal bei Otze, eigentlich Ottokar, der hier beim Kommunalen Kino mitmischte und so als der Flimmerglimmerrguru gilt, wenn's um Freikarten geht oder ob son Streifen gebognt ist zum reingehn. Dann trabten da noch an der Pit, seines Zeichens abgewichener Ex-KBW'ler, heute überzeugter emanzipationsanarcho, der voll auf den Elis Pilgrim abgefahm ist und gern und lang von der Onanieabfahre tönt. Das sei wichtig für'n Hormonhaushalt und die innere Alharmonie, und zitiert dann Wilhelm Reich und so die Schublade.

Den Heiner, aufgemotzter Motorradtyp, dem die Oberbossanmake des Rockerpräsidenten schon länger auf'n Sack ging und deshalb in der Truppe dort abheuerte, den kannte ich schon ne Weile. Der war jetzt auf'm Alternativtrip mit ungeschältem Reis und braunem Zucker und so, seit er die „Mieze“ vom Makroladen „aufgerissen“ hatte. Die andern nannten ihn zumeist den Müsliheini, obwohl sie durchaus interessiert seinen regelmäßigen Yin-Yang-Vorträgen lauschten. Auch die Reistang-

Kekse waren nicht zu verachten, die stets unauffällig auf den Tisch kamen. Nur beim Thema Raucher/Nichtraucher gabs, wie offenbar schon des öfteren, jetzt erstmal einen echten Aggressoflip in der Gruppe, kaum daß ich da war. Heiner forderte ne total abgeschmackte bürgerliche Scheißabstimmung darüber, ob die Nichtraucher Mehr- oder Minderheit seien im Raum, worauf Thommy voll einstieg und meinte, das sei ja wieder die olle miese Leier, weil er, Heiner, ja doch bloß die übliche Trommel einlegen würde, wenn er überstimmt würde, wonach Minderheitenschutz grade unter Alternativen zu üben wäre. Diesbezüglich lernte ich nun auch noch den Macky kennen, dem gleich über die Hufe getreten wurde, weil er für absolute Toleranz plädierte und daraufhin von allen ausgewiehert wurde. Das sei ja wieder son Softkram, gluckste Otze, und fragte, wer alles'n Bier haben wolle, er hätte aber auch (augenzwinkernd) Milch und Orangensaft im Kühlschrank, ohne Konservierungsstoffe, wohlgemerkt!

Danach stand es 3:3, was heißt, 3 tranken alternativ, drei Konsums-scheißbier. Macky und Heiner dozierten kurz über die Nachteile von Milch, alldieweil das auch tierische Produkte seien, weshalb sie naturreinen Orangensaft vorzögen. Währenddessen erklärte mich Thommy auf, der Macky wäre so der Supersofti der Gruppe, gewaltfreier Widerstand, Toleranz bis in den Tod, liebet Eure Feinde unsonst, mit Ohring und all som Schwulenkram, meinte Thommy, aber naja, laß ihn, jedem sein Trip, nicht?

Dann ging aber die Fuhrer erst richtig ab, weil Pit orakelte, die meisten Männer, die er kennt, würden voll Rohr auf Fußball abflippen und hätten immer noch nicht den sexuellen Verdrängungscharakter von Kampfsport unter Männern getscheckt und überhaupt sei das ja ein klassischer Onanierersatz. Otze konnte das nicht mal peripher tangieren und Thommy wies auf die Gruppendynamik dieses Spiels hin, und sowieso sei ja klar, daß sich unheimliche Menge Typen nur in der Gruppe progressiv drüber die Schnauzen verheizen würden und daheim aber feste vor der Glotze und heimlich Sport-schau und so. Er würde dazu stehen und nebenbei müsse er das wissen, um mit seinen Bubis drüber diskutieren zu können. Pit könne ja in der Zeit Duhm lesen oder sonstwas und überhaupt hätte er ja von der echten Praxis irgendwas echt keinen Dunst. Worauf klarerweise Pit konternd einstieg, man müsse endlich mehr jene Spiele einrasten, die ohne Gewinner und ohne Verlierer abließen; das ja ja

auch echt „in“ derzeit, meinte daraufhin Thommy, und auch nicht scheps, okay, aber man solle doch den Brechern ihre Aggressolawinen lassen, sonst kommen'se doch nur runter auf die große Demoliere und lassen die Fetzen fliegen, was nur die unbeteiligten Weißhemden tangiert. Nun gut, da warn wir uns fast total kongruent und ansonsten wußte auch keiner mehr was zu dem Thema, nur Otze wollte noch'n Bier, sodaß Heiner und Thommy wieder mal ihre Beziehungskiste aufmachen konnten, was heißt, der Thommy macht den Heiner dergestalt an, daß er den einen großen Schwanzkneifer nennt, wenn der behauptet, er wäre der große Plattmixer, wenns um die Weiberberühre ginge. Da kämen ja echt bloß die flachen Weichformeln, aber worauf ankäme, das warn halt mal auch praktische Schosen und der Heiner täte ja absolut abtönnen, wenn seine „Mieze“ dabei wäre, da isser ja der totale Flachmann, isser ja da, meinte Thommy, und alles feixte sich eins. Du hast das alles völlig schief internalisiert, fuchst der zurück, — und alles stützt echt, weil den Spruch hier noch keiner abgesehen hat offenbar bisher, naja, verinnerlicht kannte auch tönen, meint da Heiner, aber internalisiert is mehr im Schwarzen begrifflich ... Worauf Pit, Wilhelm Neu-Reich wie er is, seine story abfährt von der extremen Gefühls-schleuse, die wir alle abkappen müssen und den Sentimentalsaft raus lassen, denn — so Pit — wir hätten doch wieder mal alle die ollen ML-Kamelle drauf heut abend und ihm sei das so über, so abgefackelt, die Männer hätten ja wohl zuallererst mal selber Land zu gewinnen und wenn da keine neue Rolle raufkäme auf'n Apparat, sähe er aber schwarz, sähe er da aber.

Und bis der Thommy endlich seine Antenne ausfährt und auf'n Trichter kommt, daß ja Planquadrat Ich drangewesen wäre von V-Null-geplant, haben wir alle unsere Milch, unsern Saft oder unser Bier geschlürft, und Thommy ruft noch ins große Finale: jemand, der noch mit will zu meiner Farbglotze? Da is heut das vorgezogene Pokalspiel ...

Dann isses halb elf und die Bahn fährt auch gleich und ich benütze die paar hundert Steps zur Bahn dazu, mir den Kopf durchblasen zu lassen und dann ab voll Rohr, damit ich schleunigst in die Poofe komme ... Denn morgen früh is wieder die abgewichene Praxis an der Reihe.

Alles getscheckt? Weill. Bis denn.

Norbert Ney
Jäger Str. 40
7500 Karlsruhe 41

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 5902

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
vor Hertie

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Kerstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weeser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Willmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Helmstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelsstraße 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Verlag J. Reents, Lerchenstraße
75, 2000 Hamburg 50; Fernruf
Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20;
Redaktion Hamburg 43 53 46;
V.i.s.d.P. H. Eckhoff/Verlagsan-
schrift; Abonnementspreis jäh-
rlich DM 55,- im Abruf, sonst
PSchA Hamburg, 240595-203;
Einzelpreis DM 2,-; erscheint
14tägig. Bei Nichterscheinen
durch höhere Gewalt kein Ent-
schädigungsanspruch. Auflage
dieser Ausgabe: 8.600.
Einem Teil dieser Auflage ist
Prospektmaterial beigelegt.

Ökologismus ohne Antworten

Der erste Teil dieses Artikels erschien im AK 172 unter der Überschrift „... Oder mit dem gemeinsamen Untergang“. Der Artikel setzt sich mit der heute weitverbreiteten These auseinander, daß die Ökologie-Bewegung das Verdienst habe, Fragen positiv aufgenommen zu haben, auf die die Marxisten bisher eine Antwort schuldig geblieben seien oder gar falsche Antworten gegeben hätten.

Ökologismus und Arbeiterbewegung

Wie wenig die Ideologen des Ökologismus in der Wirklichkeit Antworten auf die drängenden Fragen geben können, zeigt sich besonders anschaulich in ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung und den traditionellen „Arbeiterorganisationen“. Dieses Verhältnis ist rein negativ definiert: Die Arbeiterklasse sei heute nicht mehr das revolutionäre Subjekt; die traditionelle „Arbeiterbewegung“ mit ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen trage zur Lösung des aktuellen Hauptwiderspruchs (Ökologie-Krise) nichts Positives bei oder stehe dieser Lösung direkt entgegen.

Insofern haben jene Teile der Grünen Partei recht, die dem in Saarbrücken beschlossenen Wirtschaftsprogramm vorwerfen, es sei nicht ökologisch genug bzw. es widerspreche direkt dem Ökologismus. Im Sinne der reinen Ideologie, sozusagen der ökologischen Orthodoxie, handelt es sich in großen Teilen um ein „ketzerisches“, pragmatisches Programm. Es ist in der Tat – wie Bernd Vogel vom Vorstand der Bremer Grünen (BGL) schrieb – ein Versuch, „durch das Abschreiben von Gewerkschaftsforderungen Arbeiterstimmen zu gewinnen“ und sich auf dem Felde der Arbeiterinteressen in einen Wettbewerb mit der SPD einzulassen („Bremer Blatt“, Nr. 4/80). So haben einige zentrale gewerkschaftliche Forderungen Eingang in das Saarbrückener Programm gefunden. Damit hat sich – jedenfalls in Saarbrücken – eine bunte gemischte Koalition von Kräften durchgesetzt, die die Gewinnung von Teilen des traditionellen SPD-Potentials über das Vertreten ihrer ökonomischen und sozialen Interessen für eine wesentliche Voraussetzung grüner Wahlchancen hält. Das Nachsehen hatten diejenigen, die einen Überdruß am angeblich allzu großen Wohlstand der BRD-Bevölkerung zu mobilisieren versuchen, um eine Verzicht- und Maßhalte-Politik zu propagieren. Diese Kräfte arbeiten jetzt konsequent auf die Revision des Saarbrückener Programms hin.

Die grüne Version der Nazi-Ideologie

Der rechte Flügel des Ökologismus und der Grünen Partei steht der Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse direkt reaktionär und erklärtermaßen feindlich gegenüber. Jedes Aufnehmen gewerkschaftlicher Forderungen wird von ihnen als Ketzerei wider das ökologische Dogma angegriffen.

Solche Forderungen seien Ausdruck von „Klassenkampfdenken“. Von Klassenkampf aber wollen die rechten Ökologen nichts wissen: „Klassenkampf – von oben wie von unten – lehnen wir ab. Wir kämpfen für die Überwindung der Ursachen des Klassenkampfes durch Bewußtseinsbildung für wahrhaft soziale Verhaltensweisen“ (Wilfried Heidt). Diese Strömung ist in ihrem eigenen Selbstverständnis antikapitalistisch: in der kapitalistischen „Profitorientierung“ sieht sie eine wesentliche Ursache der gesellschaftlichen und internationalen Probleme. Sie ist aber nicht nur gegen den Klassenkampf „von oben“, sondern auch gegen den „von unten“ – lehnt also die spontane, gewerkschaftlich organisierte Gegenwehr der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten ab. Diese Strömung des Ökologismus ist – wie Bahro in einer Replik auf Heidt bemerkt hat – nicht fähig oder nicht bereit, den Klassenkampf als einen gesetzmäßigen Vorgang zu begreifen, der sich unabhängig vom subjektiven Willen einzelner Menschen aus dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ergibt. Für diese Grünen ist der Klassenkampf stattdessen Produkt eines falschen, „antiökologischen“, „ma-

terialistischen“ Bewußtseins sowohl der Kapitalisten wie der Lohnabhängigen. Die einen sind versessen auf mehr Profit, die andern auf mehr Lohn – beides gleich abscheulich und verhängnisvoll vom Standpunkt des rechten Ökologismus aus.

In der Vorstellungswelt dieser Strömung müßte es möglich sein, den Klassenkampf abzuschaffen – nicht etwa durch Beseitigung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, sondern durch Beseitigung des sündhaften „materialistischen Denkens“ durch einen „Umdenkungsprozeß“ aller Klassen, durch Schaffung einer auf „Partnerschaft“ zwischen den Klassen statt auf Klassenkampf beruhenden Gesellschaft („Volksgemeinschaft“). Indem der rechte Flügel des Ökologismus so den Klassenkampf als „überholt“, „fortschrittsfeindlich“ usw. diffamiert, stellt er sich de facto auf die Seite der herrschenden Verhältnisse und der herrschenden Klasse. (Auch dies wurde übrigens von Bahro in seiner Replik auf Heidt festgestellt).

Die Ablehnung des „Klassenkampfes von oben wie von unten“ hat gerade in Deutschland eine deutlich zurückverfolgende Tradition. Sie geht zurück auf die Anfänge der NSDAP und auf geistesverwandte Strömungen der 20er Jahre. In der NS-Propaganda findet sich bereits vorweggenommen der Appell gegen den „Materialismus“ und gegen den bösen Klassenkampf. Die spezielle nazistische Variante bestand lediglich darin, den Klassenkampf nicht nur auf das „materialistische Denken“, sondern weiter auf das „Zwietracht im deutschen Volk stiftende Judentum“ zurückzuführen: „Die Juden“ seien als Bankiers und Großkapitalisten daran schuld, wenn sich anständiger deutscher Unternehmer ausbeutet gegen ihre Arbeiter verhalten. Andererseits seien „die Juden“ als Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften aber auch dafür verantwortlich, wenn die an sich braven und fleißigen deutschen Arbeiter unverschämte und maßlose Forderungen an ihre Arbeitgeber stellen. Durch Liquidierung des „fremdstämmigen“ Elements sei demzufolge ein harmonisches, partnerschaftliches Zusammenleben der Klassen („Volksgemeinschaft“) herbeizuführen. In Wirklichkeit ging es darum, die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen und den „Klassenkampf von unten“ total zu unterdrücken, um der Kapitalistenklasse günstigste Bedingungen nach innen wie nach außen (gemeinschaft“) herbeizuführen. In Wirklichkeit ging es darum, die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen und den „Klassenkampf von unten“ total zu unterdrücken, um der Kapitalistenklasse günstigste Bedingungen nach innen wie nach außen zu schaffen.

In vielen Analysen der NS-Ideologie ist herausgearbeitet worden, daß die demagogische Formel von der „Ablehnung des Klassenkampfes von oben und von unten“ an ein mittelständisches Bewußtsein anknüpft. Das heißt, in dieser Formel spiegelt sich ein Bewußtsein mittelständischer Schichten wieder, die sich zwischen den Hauptklassen (Proletariat und Bourgeoisie) zerrieben sehen, die beide Hauptklassen als gleichermaßen bedrohlich für ihre eigene mittelständische Existenz empfinden. Die große Industrie, die weite Teile des Mittelstandes ruiniert, wird als Feind gesehen – zugleich wird auch die Industrie-Arbeiterschaft mit Mißtrauen, Furcht und Neid (wegen ihrer Fähigkeit zu kollektiver Interessen-Vertretung) betrachtet.

Im Unterschied zur traditionellen Nazi-Ideologie ist heute der rechte Ökologismus nahezu vollständig ohne jene arbeitfeindliche Aggressivität, die für die NSDAP bezeichnend war. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Nazi-Ideologie der 20er Jahre sich auf einen Mittelstand bezog, der bereits von einer tiefgehenden wirtschaftlichen wie geistigen Krise zur äußersten Verzweiflung getrieben war und entsprechend militant mobilisierbar war.

In der Ökologie-Bewegung heute gibt es eine weitverbreitete modische Tendenz, mit der offensichtlichen Nähe zu nazistischen oder zumindest reaktionären (vielfach den Nazis wertvolle Zutreiberdienste leistende) Ideologien der 20er Jahre zu kokettieren: Die alten Kategorien von rechts und links hätten heute eben ihre Gültigkeit verloren. Gerade in Deutschland ist solche Koketterie ganz und gar unangebracht, makaber

und geschmacklos.

Bahro hat eben nicht recht, wenn er einfach behauptet: „Nicht der Erbhofbauer hat den Faschismus gemacht, sondern der Faschismus den Erbhofbauern als reaktionäres Symbol“ – um damit der Linken eine „Mitverantwortung“ für die Orientierung des deutschen Mittelstandes auf die NSDAP anzulasten. Denn tatsächlich hat die NS-Ideologie auch sehr viel mit dem deutschen Mittelstand und dessen historischer Entwicklung zu tun. Gewiß hat der deutsche Mittelstand den Nazismus nicht „gemacht“, aber ebenso gewiß ist, daß er an dessen konkreter Erscheinungsform und seinen völkermörderischen Exzessen kräftig mitgewirkt hat.

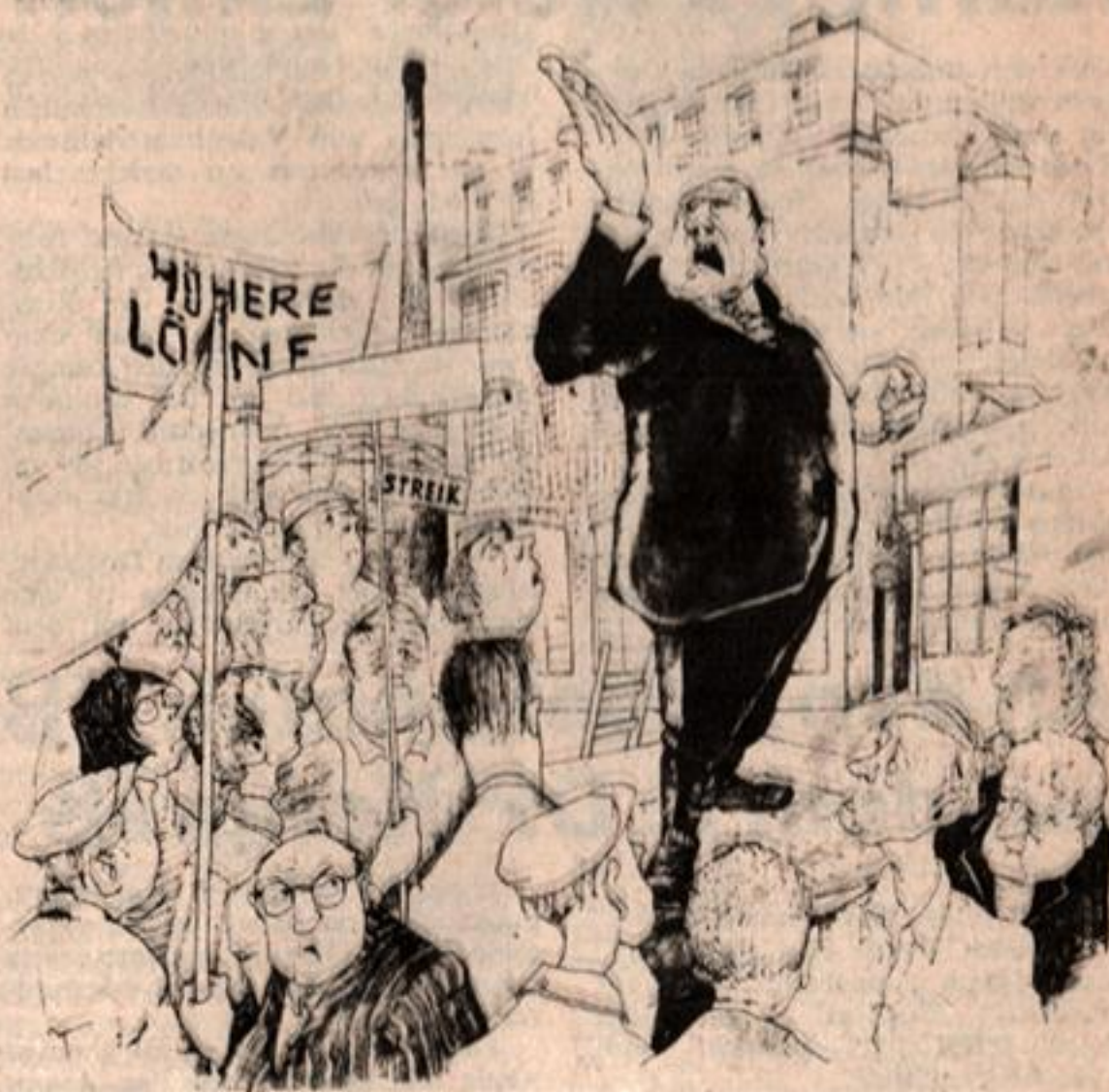
Grüne „Sparpolitik“

Als Praktiker einer ökologisch begründeten Spar- und Verzichtspolitik haben sich die Bremer Grünen um Olaf Dinne (BGL) profiliert. Dinne erregte vor einigen Wochen beträchtliches Aufsehen, als er mit teilweise offen zynischen Begründungen für Kürzungen u.a. auf den Gebieten Gesundheit, Umwelt und Bildung im Bremer Haushalt eintrat. Beispielsweise forderte Dinne Kürzungen im Gesundheitswesen mit der Begründung, die heutigen Mammut-Krankenhäuser könnten den Menschen sowieso nicht helfen. Eine von ihm geforderte Kürzung bei der Feuerwehr begründete Dinne so: Angesichts der auf uns zukommenden Katastrophen nütze die Feuerwehr auch nichts mehr...

Neben den konservativen bis faschistoiden Grünen und neben Herbert Gruhl gehört konsequenterweise die BGL zu den schärfsten Kritikern des in Saarbrücken beschlossenen Wirtschaftsprogramms. Bernd Vogel, Mitglied des BGL-Landesvorstandes, zitierte in einer Stellungnahme nach Saarbrücken zunächst Herbert Gruhl: „Das Streben nach immer mehr Besitz, Wohlstand, Konsum, Macht und Prestige“ führe nicht zur Zufriedenheit, sondern nur „zu Neid und Mißtrauen, zu Feindseligkeiten und zum ständigen Kampfumfeld“. Das sei, so interpretiert jedenfalls B. Vogel, „bislang die zentrale Aussage der GRÜNEN“ gewesen, mit der man in Saarbrücken aber gebrochen habe. „Es besteht jetzt die Gefahr, daß die GRÜNEN in einen Wettlauf mit der SPD treten, wer am besten die Interessen der Arbeiter vertritt... Das wäre aber der Anfang vom Ende einer ökologischen Partei“ Vogel wettet im weiteren gegen die „Umverteilungsfanatiker“ (also diejenigen, die mit der derzeitigen ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht zufrieden sind!) und wirft speziell den Linken vor, sie habe „sich noch nicht von den Zielen der K-Gruppen – die Arbeiterklasse über den ökonomischen Kampf zu gewinnen – emanzipiert“ („Bremer Blatt“, Nr. 4/80).

Da nicht zu bezweifeln ist, daß B. Vogel damit die herrschende Tendenz in der BGL vertritt, wird immer offensichtlicher, wie schamlos von der BGL jene Sozialisten geleimt wurden, die sich im Wahlkampf 1979 vor den BGL-Karren spannen ließen, um ihr die nötigen linken Wählerstimmen zuzutreiben. Die BGL hat in der Praxis mit so ziemlich allen gebrochen, was hierzulande Gegenstand linker Politik ist.

Ähnlich kritisierten auch Gruhl und Springmann das Wirtschaftsprogramm: Man habe in Saarbrücken so viele Forderungen beschlossen, daß diese mit dem Ziel des „Nullwachstums“ nicht mehr zu vereinbaren und vom ökologischen Standpunkt aus nicht zu verantworten seien. Hinter dieser Kritik ebenso wie hinter der Praxis der BGL steht die These, daß es der BRD-Bevölkerung ohnehin „viel zu gut“ gehe und daß „von allen“ Opfer verlangt werden müßten, um das unvermeidliche Wirtschaftswachstum in den Griff zu kriegen. In seinem Buch „Ein Planet wird geplündert“ formulierte Gruhl schon 1975: In einem ökologisch orientierten Gesellschaftssystem müsse „der materielle Verzicht an der Spitze der Werte stehen“. Das sei aber wahrscheinlich nur durch religiöse Indoktrination der Bevölkerung (Gruhl: „... nur auf religiösem Fundament“) durchzusetzen. Selbst



„Ihr verdammten Umverteilungsfanatiker! Wißt Ihr nicht, daß schon in der Bibel geschrieben steht: „Ihr sollt Euch nicht Schätze ansammeln auf Erden“?“

unter Zuhilfenahme der Religion bezweifelt Gruhl aber die Durchsetzbarkeit seiner Verzichtsideologie in absehbarer Zeit. Da sich die Menschen der Einsicht in die Forderung nach Verzicht und Opfer kaum freiwillig unterwerfen würden, müsse der Staat eingreifen und die Durchsetzung von Verzicht und Opfer erzwingen. Dabei müsse der Staat, so forderte Gruhl schon 1975, „viele Freiheiten entschlossen aufheben, um das Chaos zu verhüten“ (S. 284 - 290).

Es geht also, wie das Beispiel der BGL auch schon in der Praxis zeigt, um die Durchsetzung einer einschneidenden Sparpolitik auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Als Vehikel dieser Sparpolitik spielen religiöse Motive eine große Rolle – bei Gruhl ebenso wie bei Bahro, der sich trotz dem listigerweise immer noch als Sozialist definiert. Das Christentum mit seiner Predigt des Verzichts auf „weltliche Schätze“ zugunsten versprochener „Schätze im Himmel“ eignet sich bestens als ein solches Vehikel. Immerhin hat das Christentum schon einmal das Kunststück fertig gebracht, eine an ihren Widersprüchen fast zerbrechende Gesellschaft – das Römische Imperium – durch Verdummung der am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Klassen ein paar weitere Jahrhunderte am Leben zu erhalten. Bahro hat also im historischen Sinn völlig recht, wenn er sich in seinen jüngsten Äußerungen gerade auf dieses Vorbild bezieht. Das Christentum hat aus Sklaven und Tagelöhnern willigere Arbeitstiere gemacht – aber es hat kaum einen Gutsherrn, Sklavenhalter oder Kapitalisten verändert. Im Gegenteil: Einmal als Staatsreligion „siegreich“, wurde das Christentum vollends den Bedürfnissen der herrschenden Klassen unterworfen.

Bahro's Predigt gegen die „Unersättlichkeit“

„Hättest du den Mund gehalten, so wärest du ein Weiser geblieben“, sagte man vorzeiten einmal einem Philosophen, der sich durch eine ausgemacht dumme Äußerung öffentlich disqualifiziert hatte. Ähnlich scheint es Bahro zu gehen. Sein messianisches Sendungsbewußtsein hat ihn schon in einige peinliche Situationen gebracht. So seine schlecht geratene und kümmerlich informierte Einmischung in die linke Szene mit dem Liquidierungsaufruf an „KPD“, KB und Bunte/Alternative Listen. So inzwischen wohl auch seine im biblischen Gewand daherkommenden Verzichtspredigten. Die Chance Bahros, als linke Integrationsfigur zu wirken, scheint vertan: Je mehr Bahro schreibt, umso klarer werden seine Ziele. Am weitestgehendsten und klarsten hat Bahro bisher diese Ziele in einer Rede formuliert, die er bereits am 30.11.79 in Freiburg hielt, die aber erst seit kurzem in einer von ihm redigierten Fassung vorliegt: + Der Kapitalismus heute basiere auf einer „Revolution der Erwartungen, die von den jeweils neuesten Luxusbedürfnissen angetrieben wird“. + „Die materielle Unersättlichkeit, die uns der Kapitalismus anzieht“, koste uns die Freiheit einer höheren Entwicklung. Die „Explosion der materiellen Bedürfnisse“ müsse zum Stillstand gebracht werden. + Zustimmend zitiert Bahro den

amerikanischen Romantiker Thoreau (19. Jahrhundert): „Jeder überflüssige Besitz ist eine Einschränkung der Freiheit“. Dies verknüpft Bahro mit dem Bibelzitat: „Ihr sollt Euch nicht Schätze ansammeln auf Erden“.

+ Man dürfe folglich die inneren Klassenwidersprüche der BRD nicht zuspitzen, sondern müsse sie regulieren, müsse im Gegner (in diesem Fall: den Kapitalisten) „immer auch den Partner sehen“.

Bahro würde sich wahrscheinlich glänzend mit einem Mann wie dem Wiener Kardinal König – übrigens einer der Kandidaten bei der letzten Papstwahl – verstehen, der dasselbe Evangelium predigt: „Die Gier, immer mehr zu haben, macht die Menschen blind für das Geistige“; „Ist es nicht so, daß viele Menschen vor lauter Habenwollen vergessen, wirklich zu leben?“; „Unsere Gesellschaft ist eben ganz auf das Haben ausgerichtet, das Sein, das Leben ist in den Hintergrund getreten“; „Jetzt ist die Rückkehr zum einfachen Leben, die Abwendung von der Wegwerfphilosophie, noch auf freiwilliger Basis möglich. Ich fürchte, daß uns eines Tages die Umstände zu diesem einfacheren Leben zwingen könnten, wenn wir nicht rechtzeitig umschalten“ (aus: „Bunte“, 2.4.80).

Die Klage, daß die Menschen zu sehr auf materiellen Besitz versessen seien, hat im Christentum Tradition seit dessen Anfängen. Seit die Industrialisierung in den letzten Jahrhunderten zu einem relativ sprunghaften Anwachsen materiellen Wohlstandes geführt hat, bildet diese Klage auch einen regelmäßig wiederkehrenden Bestandteil der bürgerlichen Propaganda. Diese Propaganda wird immer dann besonders massiv betrieben, wenn der Bevölkerung besondere Opfer abverlangt werden sollen – und das heißt konkret: In Wirtschaftskrisen und in Momenten akuter Kriegsvorbereitung. Auf diesen Aspekt werden wir später noch zurückkommen.

Die Klage, daß die Menschen zu sehr auf materiellen Besitz versessen seien, hat im Christentum Tradition seit dessen Anfängen. Seit die Industrialisierung in den letzten Jahrhunderten zu einem relativ sprunghaften Anwachsen materiellen Wohlstandes geführt hat, bildet diese Klage auch einen regelmäßig wiederkehrenden Bestandteil der bürgerlichen Propaganda. Diese Propaganda wird immer dann besonders massiv betrieben, wenn der Bevölkerung besondere Opfer abverlangt werden sollen – und das heißt konkret: In Wirtschaftskrisen und in Momenten akuter Kriegsvorbereitung. Auf diesen Aspekt werden wir später noch zurückkommen.

Abschied von der „historischen Mission“ der Arbeiterklasse?

In seiner Rede in Karlsruhe mokierte sich Bahro über „einige Genossen, deren Denkmodelle auf eine unwiderbringliche vergangene Periode fixiert ist“. Diese hoffnungslos altmodischen Menschen sprechen nämlich immer noch von einem „zu geringen Niveau des Klassenkampfes“ in der BRD, statt mit Bahro endlich zu erkennen: „Die welthistorische Mission des Proletariats war eine Illusion... Gerade hier hat Marx geirrt“.

Daß solche These, unabhängig von ihrem Realitätsgehalt, heute auch bei (ehemaligen) Sozialisten breiten Anklang findet, ist kaum zu bezweifeln. Thesen wie diese leben nicht in erster Linie von ihrem Realitätsgehalt, sondern von den Konjunkturen des ... Klassenkampfes. Als die Studentenrevolte 1967 in Gang kam, galt die These von der Verbürgerlichung der Arbeiterklasse und die Geringerschätzung ihrer Kampfkraft und Kampfbereitschaft als allgemeine Lehrmeinung in der Neuen Linken. Wer gegen diese Doktrin Einwände erhob, galt als altmodischer „Traditionalist“. Die September-Streiks 1969 verursachten einen totalen Stimmungsumschwung. Worte wie „Führung der Arbeiterklasse“, Diktatur der Proletariats“ usw. standen

in großen Teilen der aktiven Linken plötzlich hoch im Kurs. Mit fast schon masochistischen Zügen drängte es die linke Intelligenz der BRD und Westberlins, „sich unter die Führung der Arbeiterklasse zu stellen“ und „dem Volke zu dienen“ – zugleich freilich, sich als dessen „Avantgarde“ zu konstituieren. Als deutlich wurde, daß die 69er Streiks nicht der Auftakt zu einer gradlinigen, steilen Aufwärtskurve der Klassenkämpfe waren, ließ die Begeisterung wieder nach. Heute ist ein Punkt erreicht, wo die Arbeiterkämpfe – zumindest dem äußeren Anschein nach – fast total zum Erliegen gekommen sind. In einem solchen Klima gedeihen selbstverständlich wieder die Theorien, die der Arbeiterklasse ihre Kampfkraft und besondere historische Rolle absprechen wollen.

Hinter solchen Stimmungsumschwüngen steht die Tatsache, daß die BRD-Linke immer noch in erster Linie aus der „kleinbürgerlichen“ Intelligenz kommt (die Anführungsstriche sollen andeuten, daß dieser Begriff vor allem in der „ML“-Phase auch arg mißbraucht worden ist), die den Klassenkämpfen mehr beobachtend und reagierend gegenübersteht, insofern in ihren Ansichten über die Arbeiterklasse stark konjunkturabhängig ist.

Es bedarf einer Situation wie der der BRD, mit einem in der Tat „geringen Niveau des Klassenkampfes“, um solche Konjunktur-Schwankungen in der Einstellung der Intelligenz zur Arbeiterklasse möglich zu machen. In Italien beispielsweise, auf das sich Bahro ja mit seinem „Historischen Kompromiß“ bezieht, ist nicht vorstellbar, daß sich irgendeine Persönlichkeit im linken Spektrum gegenüber der Arbeiterklasse und Klassenkampf äußern würde wie Bahro und andere „undogmatische Linke“.

So notwendig es ist, von der überspannten, idealistischen Verklärung des Proletariats im Sinne der „ML“-Orthodoxie herunterzukommen, so notwendig ist andererseits die nicht an Konjunkturen und Glaubenskrisen gebundene nüchterne Einsicht, daß ohne die Gewinnung der Arbeiterklasse als zentrale Kraft keine progressiven gesellschaftlichen Veränderungen möglich sind. Dies ergibt sich sogar aus dem Bahro'schen Denkanatz des „Historischen Kompromisses“: Zumindest ist in der Berliner Version dieser Theorie selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse und die „Arbeiterorganisationen“ zentraler Teil des „neuen historischen Blocks“ sein sollen. Es wäre nur skurril, die Verwirklichung des „historischen Blocks“ statt dessen in der Partito Radicale zu sehen, die in Größe und Politik ungefähr den BRD-Grünen entspricht. Bahro macht in diesem Fall den in der BRD-Linken allerdings schon traditionellen Fehler, die heterogene soziale und politische Zusammensetzung einer Gruppierung zu verwechseln mit realer gesellschaftlicher Breite. Wobei noch die Frage ist, ob Bahro die BRD-Linken nicht einfach als „historischen Block“ zusammenfassen und politisch in die Zusammensetzung einer Gruppierung zu verwechseln mit realer gesellschaftlicher Breite. Wobei noch die Frage ist, ob Bahro die BRD-Linken nicht einfach zu foppen versucht, indem er in Wirklichkeit die Grüne Partei selbst keineswegs als den „historischen Kompromiß“ begreift, sondern nur als einen Hebel „um progressive Veränderungen in der SPD zu bewirken, die ja logischerweise die Hauptkraft eines „historischen Kompromisses“ unter BRD-Verhältnissen sein müßte („Archimedischer Punkt“).

„Gattungsinteresse“ vor Klasseninteresse?

Die Ideologen des Ökologismus stellen die „Gattungsfrage“ vorrangig vor die „Klassenfrage“. Wenn man die ökologischen und sonstigen Menschheitsprobleme groß genug dimensioniert (III. Weltkrieg, AKW-Katastrophen usw.), scheint diese Theorie sogar „hinzuwachsen“. Wie Chruschtschow einmal sagte: „Die Atombombe macht zwischen den Klassen keinen Unterschied“. Die Ideologen der „Gattungsfrage“ übersehen aber, daß die ökologische Problematik durchaus nicht die Menschen aller sozialen Klassen und Schichten in gleicher Weise betrifft, und daß es daher falsch ist, die „ökologische Krise“ nicht in erster Linie als „Klassenfrage“ zu begreifen und anzupacken.

+ Viele industrielle Arbeitsplätze sind Krankheits- und Gefahrenherde erster Ordnung. Krankheits-Statistiken, Untersuchungen über das Sterblichkeitsalter u.a.m. machen deutlich, daß die „ökologische Krise“ von keiner anderen sozialen Schicht so hautnah und bedrohlich erfahren wird wie vom Industrieproletariat. + Umweltvergiftung und Umweltverschmutzung betreffen in besonderer Weise die Wohngegenden der Arbeiterklasse. Hinzu kommt, daß die Erholungsmöglichkeiten der Arbeiterfamilien im Allgemeinen viel schlechter sind als die der „gehobenen Schichten“.

+ Zerstörung der Städte und menschenfeindliche Wohnbedingungen, die als Teil der „ökologischen Krise“ zu begreifen sind, betreffen in erster Linie die Arbeiterfamilien.

Eine Ökologische Bewegung bzw. Partei müßte also im Sinne ihres eigenen Anspruchs „eigentlich“ die Lage der Arbeiterfamilien zum Hauptteil ihrer Untersuchungen, ihrer programmatischen Forderungen und ihrer Propaganda machen. Davon kann bei den Ideologen des Ökologismus insgesamt keine Rede sein. Vertreten wird eine solche, vor allem auf die Arbeiterklasse bezogene Herangehensweise in der Grünen Partei lediglich vom sozialistischen Flügel der mit der Ideologie des Ökologismus recht wenig am Hut hat. Die Grüne Partei lebt in der Spannung zwischen diesem sozialistischen Flügel einerseits und jenen Kräften auf der anderen Seite, für die schon die Forderung nach 35-Stunden-Woche eine sündhafte „Klassenkampfpapare“ und ein „sozialistischer Selbstbedienungsladen“ ist. Diese Spannung demonstriert, daß die Ideologen des Ökologismus sehr weit davon entfernt sind, auf das Verhältnis Ökologie/Arbeiterbewegung brauchbare Antworten zu geben.

Der soziale Hintergrund für die Kurzichtigkeit vieler Exponenten des Ökologismus gegenüber der Arbeiterbewegung liegt auf der Hand: Die Mitglieder der Ökologie-Bewegung und der Grünen Partei kommen in ihrer großen Mehrheit aus den „gehobenen“ sozialen Schichten, vor allem aus der Intelligenz. Es liegt ihnen daher nahe, ihre spezifische Sicht der „ökologischen Krise“ als allgemeines Menschheitsproblem jenseits der „traditionellen“ Klassenwidersprüche zu begreifen. Wenn diese Kräfte darüber lamentieren, daß es „uns“ viel zu gut gehe, daß „wir“ längst mehr haben als wir brauchen usw., so verallgemeinern sie ihre spezifische Situation. Eine Arbeiterin mit drei Kindern oder ein stellungloser Jugendlicher könnten über diese „Wohltandgesellschaft“ vielleicht ganz anders denken.

Solange die Ökologie-Bewegung und die Grüne Partei sich nicht eindeutig von den faschistoiden Kritikern des „Klassenkampfdenkens“ abgrenzen, sondern im Gegenteil die friedliche Koexistenz mit diesen Kräften als Prinzip eines neuen Politikverständnisses pflegen, werden Ökologie-Bewegung und Arbeiterbewegung schwerlich zusammenkommen. Damit bliebe die Hegemonie der SPD über die Arbeiterbewegung garantiert und die Grünen würden nicht mehr werden als eine mittelständische Sekte. Indessen scheint es geradezu so, als wäre das einigen Exponenten des Ökologismus und der Grünen Partei gar nicht so unlieb.

Ökologismus und Kriegsgefahr

Von den militärischen „Vernichtungskapazitäten“ der Großmächte, und nicht von der Umweltverschmutzung, ist die größte Gefahr für die Existenz der Menschheit und überhaupt des Lebens auf unserem Planeten aus. Gemessen daran nimmt der Kampf gegen Kriegsrüstung und Kriegsgefahr in der Ökologie-Bewegung und in der Grünen Partei noch nicht den nötigen Stellenwert ein. Insbesondere der dogmatische Ökologismus neigt dazu, die Kriegsgefahr und damit die atomare Apokalypse nur als ein Problem unter vielen anderen zu behandeln, nicht aber als das zentrale Problem unserer Existenz. Es ist zudem kaum möglich, eine spezielle Antwort des Ökologismus auf die durch die Gefahr eines atomaren Weltkriegs aufgeworfenen Fragen zu definieren. Das Saarbrückener Programm der Grünen Partei beispielsweise ist in seinen konkreten Forderungen recht sympathisch – allerdings dürfte es schwer fallen, darin auch nur eine einzige Forderung als „original“ ökologisch wiederzuerkennen. Stattdessen sind in bunter Mischung Positionen der linken SPD, der sozialistischen Grünen, der AUD und ganz am Rande leider auch der inzwischen aufgelösten „KPD“ auszumachen.

Ökologismus und Kriegsgefahr

Von den militärischen „Vernichtungskapazitäten“ der Großmächte, und nicht von der Umweltverschmutzung, Rohstoff-Plünderung usw., geht heute die größte, akuteste Gefahr für die Existenz der Menschheit und überhaupt des Lebens auf unserem Planeten aus. Gemessen daran nimmt der Kampf gegen Kriegsrüstung und Kriegsgefahr in der Ökologie-Bewegung und in der Grünen Partei noch nicht den nötigen Stellenwert ein. Insbesondere der dogmatische Ökologismus neigt dazu, die Kriegsgefahr und damit die atomare Apokalypse nur als ein Problem unter vielen anderen zu behandeln, nicht aber als das zentrale Problem unserer Existenz. Es ist zudem kaum möglich, eine spezielle Antwort des Ökologismus auf die durch die Gefahr eines atomaren Weltkriegs aufgeworfenen Fragen zu definieren. Das Saarbrückener Programm der Grünen Partei beispielsweise ist in seinen konkreten Forderungen recht sympathisch – allerdings dürfte es schwer fallen, darin auch nur eine einzige Forderung als „original“ ökologisch wiederzuerkennen. Stattdessen sind in bunter Mischung Positionen der linken SPD, der sozialistischen Grünen, der AUD und ganz am Rande leider auch der inzwischen aufgelösten „KPD“ auszumachen.

Das speziell Ökologische dieses Programms dürfte in Formulierungen wie den folgenden liegen: + die „neue Außenpolitik“ der Grünen zielt „auf den Abbau der alten Konfrontationen“ und auf eine „Gemeinschaft freier und friedlicher Völker“, die „auf Recht statt auf Gewalt beruhen“ solle; + „Soziale Verteidigung“ anstelle des Wettlaufs, das zum Dritten Weltkrieg führt; + „wir“ sollten „mit den Ländern der Dritten Welt gemeinsam... neue ökologische Verhaltensformen zu entwickeln versuchen“.

Immerhin wird als Grundlage der

Kriegsgefahr der „erbarmungslose Kampf aller Industriestaaten in Ost und West um Rohstoffe und Weltmärkte“ genannt. Da der Ökologismus aber eine revolutionäre, gesellschaftsverändernde Strategie nicht nur nicht entwickelt, sondern sogar ausdrücklich ablehnt, bleibt die Frage offen, wie diesem „erbarmungslosen Kampf“ rechtzeitig ein Ende gemacht werden kann. Die Formel „Recht statt Gewalt“ hilft da nicht weiter: Sie sagt nicht, wie von der Gewalt zum Recht zu gelangen ist. Und sie ignoriert, daß Gewalt zum Recht führen kann, während Gewaltlosigkeit der Aufrechterhaltung von Unrecht dienen kann. Sie postuliert eine „Gewaltfreiheit“ und läßt sich gar nicht erst auf die Realität ein, daß Gewalt heute in vielen Ländern der Dritten Welt eine entscheidende Rolle spielt.

Im Grunde also auch hier wieder (vgl. dazu den 1. Teil dieses Artikels im AK 172) der menschenfreundliche Gedanke, daß es vor allem auf ein allgemeines menschliches „Umdenken“ ankomme, das dann zu einer harmonischen „neuen Rechtsordnung zwischen den Völkern“ im Sinne von Beethovens Neunter („Alle Menschen werden Brüder...“) führen wird. Der fromme Wunsch überlagert die Realanalyse.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine von August Hausleiter (AUD-Vorsitzender, Vorstandsmitglied der Grünen) in Saarbrücken eingebrachte Vorlage. Hausleiter erklärt die Kriegsgefahr aus „dem Expansionsdrang der modernen Industriegesellschaft“, aus „der dem Konsumismus innewohnenden barbarischen Gewalt“ und aus der Verknappung der Rohstoffe.

Da Hausleiter aber nicht von der Notwendigkeit ausgeht, die kapitalistische Gesellschaft umzuwälzen, gelangt er zu einer Schlußfolgerung, die leicht im Sinne der Herrschenden zu wenden ist: „DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, daß unser Land durch Energie-Einsparung und durch Entwicklung der natürlichen Energie unabhängig von fremden Energieträgern, von Öl und Uran, wird. Dann brauchen wir kein Militärbündnis zur Sicherung unserer Erdölzufuhr, das uns früher oder später in amerikanische Abenteuer zum Raub fremden Öls und fremden Urans verwickelt“.

Propaganda für das „Energie-Sparen“ („Mach den Scheich nicht reich“ o.ä.), für mehr Unabhängigkeit von den Energie-Reserven und Rohstoffen der Dritten Welt, wird von den Herrschenden seit einiger Zeit betrieben. Hausleiters Appell stößt hier also auf offene Ohren. Die Erlangung relativer Unabhängigkeit von der kontinuierlichen Zufuhr ausländischer Rohstoffe und Energieträger ist das Ziel jeder Großmacht, die sich auf militärische Expansion vorbereitet. (Man vergleiche die „Autarkie“-Politik Nazi-Deutschlands).

Der Gedanke, ein imperialistischer Staat (man verzeihe das harte Wort aus dem orthodoxen leninistischen Wortschatz) würde durch relative Autarkie friedfertiger (weil er ja Eroberungskriege eigentlich gar nicht mehr nötig habe), rührt durch Naivität. Eher ist wohl das Gegenteil der Fall. Beispielsweise wirkt die starke Abhängigkeit Westeuropas vom Öl der Dritten Welt derzeit eher hemmend und „mägend“ auf die Regierungen dieser Staaten, verglichen mit dem schärferen Kriegskurs der relativ „autarken“ USA. Der Drang des Imperialismus zur Expansion nach außen entsteht eben keineswegs durch einen Mangel an Roh- und Energie-Stoffen im Inneren oder jedenfalls nicht nur aufgrund eines solchen Mangels. Die USA, als Vormacht der kapitalistischen Welt, sind eines der Rohstoff- und Energie-reichsten Länder unseres Planeten. Und doch „treibt“ der Drang nach Mehrwert das Kapital der USA dazu, seine Hand beispielsweise auf die Ölvorkommen des Nahen/Mittleren Ostens zu legen oder gar jahrelang einen mörderischen Krieg in Indochina zu führen, bei dem vordergründige Rohstoffinteressen kaum relevant waren.

Für die Kapitalisten-Klasse der BRD ist es vorteilhaft, stärker eigene, „alternative“ Energien und Rohstoffe im Inland zu entwickeln (zur Vergrößerung ihres außenpolitischen Spielraums) – zugleich aber weiter in erster Linie die Rohstoffe und Energiereserven der Dritten Welt auszuplündern. Das ist billiger – und der BRD-Imperialismus hat „im Notfall“ im eigenen Land eine Reserve, auf die er zurückgreifen kann. Dies ist auch aus einem weiteren Grund von Vorteil: Ein weitgehend von der Zufuhr aus der Dritten Welt abhängiger Staat muß sich halbwegs der Preisgestaltung durch die Staaten der Dritten Welt anpassen. Erst eine relative Unabhängigkeit setzt den Imperialismus in die Lage, Rohstoffe und Energie aus der Dritten Welt weiterhin zu Billigpreisen zu beziehen bzw. sich

nötigenfalls auf ökonomischen Kampf mit den betreffenden Staaten einzulassen. Auch Bahro kommt an diesem Punkt zu falschen Schlußfolgerungen. Zwar analysiert er den Aufbau einer Kriegsstimmung in den imperialistischen Staaten genauer und schonungsloser als viele Sozialisten: Durch „die zunehmende Knappheit der Rohstoffe“ und dadurch bedingtes Nachlassen des materiellen Wachstums werde es „in den rohstoffabhängigen kapitalistischen Metropolen... die von der Reaktion geschürte Tendenz zu einer ähnlichen politisch-psychologischen Belagerungsstimmung wie in Israel und beiden Weißen Südafrikas“ geben. Als „Vorgeschmack des Möglichen“ verweist Bahro auf die Kriegsstimmung gegen den Iran.

Bahro sieht also richtig die Gefahr, daß sich große Teile der Bevölkerung der Industrienationen militant gegen die Dritte Welt mobilisieren lassen könnten. Seine Schlußfolgerung: Dieser Gefahr sei entgegenzuwirken „durch eine rechtzeitige Selbstveränderung unserer Produktions- und Lebensweise“. Soll heißen, die „Bedürfnisstruktur“ der Bevölkerung müsse „grundlegend umgebaut“ werden – die Bevölkerung müsse auf freiwilligen Konsumverzicht eingestellt werden. Wer hingegen daran festhalte, „daß zuerst den unmittelbaren Bedürfnissen der Lohnabhängigen Rechnung getragen werden muß“, verfestige nur das Bestehende. Es gehe um einen „Wechsel der Prioritäten“ (Bahro, „Der Block an der Macht...“).

Der zugrunde liegende Denkanatz, daß nämlich die Arbeiterklasse der imperialistischen Metropolen ihren relativ hohen Lebensstandard u.a. der imperialistischen Ausplünderung der Dritten Welt mitverdankt, findet sich bereits bei Lenin, der seinerseits diese Feststellung auf Marx und Engels zurückführt. Insofern ist Bahros Denkanatz durchaus orthodox im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Seine Schlußfolgerungen sind in sich scheinbar logisch, erweisen sich jedoch in der Praxis als höchst verhängnisvoll: Bahros ökologisch begründete Verzichtpropaganda läuft parallel mit einer Verzichtpropaganda des Imperialismus selbst und leistet bei den bestehenden realen Kräfteverhältnissen im Bereich der Ideologie und Propaganda dieser Kampagne Vorschub. Das könnte letztlich sogar gefährlicher werden als die faschistoiden Parolen einiger „grüner“ Sektierer.

Seit der vom Imperialismus inszenierten „Energie-Krise von 1973 ist erkennbar, daß die bürgerliche Propaganda die Bevölkerung darauf einstellt, ihre Erwartungen bezüglich des künftigen Wachstums herunterzuschrauben bzw. sich gar auf eine Senkung ihres Lebensstandards gefaßt zu machen. In der Sparpolitik bei den Staatsausgaben für „Soziales“, in einer Drosselung des Lohnzuwachses u.a.m. drückt sich dies praktisch aus. Diese Kampagne bedient sich einer Argu-

mentation, die in vielen Punkten den Predigten des Ökologismus sehr nahe kommt: So wird argumentiert, daß „Geld allein nicht glücklich macht“, daß es „uns allen viel zu gut geht“, daß „wir“ doch eigentlich viel zufriedener gewesen seien, als uns zwar materiell manches fehlte, aber „wir“ durch andere Glückserlebnisse erfreut wurden (z.B. Nostalgie der 50er Jahre).

Die bürgerliche Propaganda hat jahrelang den materiellen Wohlstand als höchsten Wert und sozialen Maßstab angepriesen nach der Devise „Hast du was, bist du was!“. Kontinuierliches und zuverlässiges Wachstum des materiellen Wohlstandes galt als wichtigster Beweis für die angebliche Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber allen existierenden oder denkbaren Gesellschaftssystemen. Diese Propagandalinie wird untauglich in dem Maße, wie die Voraussetzung – Wachstum – in eine Krise gerät. Es entspricht also völlig der Logik der kapitalistischen Ökonomie, in einer solchen Situation wieder stärker die Relativität materieller Güter und die Wichtigkeit persönlichen Glücks zu betonen.

Die Gefährlichkeit der ökologischen Verzichtpropaganda ergibt sich in erster Linie daraus, daß sie sich parallel zur Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie verhält, d.h. daß sie in einer Phase ökonomischer Stagnation oder gar des Abschwunges stattfindet. Deshalb konnte der antiautoritäre Protest der Studentenrevolte gegen die „Konsumscheiße“ noch progressiv wirken – er lief konträr zu dem damals noch vorhandenen Interesse der Bourgeoisie an der Pflege der Wohlstands-Ideologie. Verzichtpropaganda heute dagegen macht sich zum unfreiwilligen Helfer der imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Insgesamt erweist sich der Anspruch, die Ideologie des Ökologismus als konkurrierende und fruchtbarere Weltanschauung dem wissenschaftlichen Sozialismus gegenüberzustellen, als Hochstapelei. Diese Ideologie hat heute unverkennbar einen zeitweisen Triumph über den wissenschaftlichen Sozialismus zu verzeichnen. Sie verdankt diesen Triumph aber nicht ihrer wissenschaftlichen Aussagekraft oder ihren praktischen Ergebnissen. Sondern sie verdankt ihn einmal der Tatsache, daß sie angesichts praktischer Rückschläge des wissenschaftlichen Sozialismus (Sowjetunion, China, „Krise der Linken“) im Gewand des Neuen, Unverbrachten auftritt; und sie verdankt ihm zweitens der Tatsache, daß sie die gesellschaftlichen Fragen weniger radikal als der Marxismus aufwirft, daß sie mit ihren Lösungsvorschlägen weitgehend im Rahmen der herrschenden Verhältnisse bleibt, daß sie sich auf die Heilige Kuh der Herrschenden, die „Gewaltfreiheit“, vereidigt hat – und daß sie deshalb seitens der bürgerlichen Medien derzeit durch kräftigen Rückenwind begünstigt wird.

Drosselung des Lohnzuwachses u.a.m. drückt sich dies praktisch aus. Diese Kampagne bedient sich einer Argu-

mentation der bürgerlichen Medien derzeit durch kräftigen Rückenwind begünstigt wird.



Raus aus der Krise der Linken! – Aber wohin?

Nachdem es sich herumgesprochen hat, daß es eine Krise der Linken – im weitesten Sinn, also nicht nur linker Organisationen oder gar nur der „K-Gruppen“ – gibt, stellt sich für Organisationen und Individuen die Frage: Wie rauskommen aus der Krise? Dieser Artikel versucht, den Zusammenhang zwischen der Krise und verschiedenen unter Linken und Alternativen gängigen „Krisen-Lösungen“ darzustellen. Kernthese ist, daß sich in einem allgemeinen Klima-Umschwung („Tendenzwende nach rechts“) die Linke/Alternativ-Szene teils entpolitisiert, teils – bewußt oder unbewußt – nach rechts öffnet. „Raus aus der Krise“ hieße dann: Aufgabe linker Positionen – bis hin zur Koexistenz mit schwarz-bräunlicher Politik und Ideologie. Grundlage dieser „Krisen-Bewältigung“ ist die andauernde relative Passivität der Arbeiterklasse, was den Aufbruch Richtung Sozialismus betrifft; damit kommt die im wesentlichen kleinbürgerliche Linke/Alternativ-Bewegung nicht zurecht.

Der Artikel ist als Einstieg in eine weiterführende Diskussion der Krise und diverser „Krisen-Lösungen“ zu verstehen. Einwände und alle Art von Kritik sind deshalb dringend erwünscht. Einzelne Punkte wie der „Neue Antifaschismus“, der „Neue Irrationalismus“, das Ad-acta-Legen des Marxismus im Zeichen des Ökologismus und „Dritten Weges“, die Herausbildung verschiedener „neuer“ Strömungen, in denen angeblich „Sozialismus“ und „Nationalismus“ vereint sein sollen, u.ä. sollen in Zukunft im AK vertieft aufgegriffen werden. Verstärkt wird dabei das Augenmerk auf die Tradition dieser Erscheinungen – also insbesondere die Vorläufer/Parallelen/Modelle in der Weimarer Zeit – zu legen sein.

Weltende

Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut,
In allen Lüften hallt es wie Geschrei.
Dachdecker stürzen ab und gehn entzwei,
Und an den Küsten – hest man – steigt die Flut.

Der Sturm ist da, die wilden Meere hupfen
An Land, um dicke Dämme zu zerdrücken.
Die meisten Menschen haben einen Schnupfen.
Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.

(Jakob van Hoddis, 1905)

1. Die Krise der Linken befindet sich nicht mehr im Frühstadium; das erste Erstaunen, Erschrecken und die klammheimlich/offene Freude über ihr Ausbrechen sind vorbei.

Angesichts der Durchschlagskraft klammheimlich/offene Freude über ihr Ausbrechen sind vorbei.

Angesichts der Durchschlagskraft der Krise ist die Formel von der „Krise des Marxismus“ aufgebracht worden. Daran stimmt soviel, daß die Linke überall in Westeuropa gründlich in der Krise steckt – und zwar nicht erst seit ein, zwei Jahren.

Der europäische Vorreiter, die französische Neue Linke des 68er Mai, exerzierte den Zerfall bereits seit den frühen 70er Jahren vor: Damals bereits begannen einzelne „Avantgarde-Führer“ zu entdecken, daß „Marx tot“ sei, daß der Marxismus nicht bloß Irrtümer enthalte, sondern der Irrtum, die „Sünde“ (Levy) an sich sei – nämlich terroristisch und inhuman. Diese linke Variante des Anti-Marxismus wurde als „Neue Philosophie“ präsentiert und trat rechtzeitig zur Einläutung der Krise der Linken auch in der BRD auf.

Wie in Frankreich, so ist auch hierzulande der Schritt von der „Neuen Philosophie“ zur „Neuen Rechten“ klein (1a).

Die westdeutsche Oppositionsbewegung – im wesentlichen antikapitalistisch-sozialistisch – ging verschlungenere Wege: Ein Teil orientierte sich bereits frühzeitig weg vom kollektiv-gesellschaftlichen Marx-Engels-Weg und mischte stattdessen (oder auch zusätzlich) Fernöstliches, Anarchistisches Psychoanalytisches u.ä. m. Daneben entstand der Aktionismus der „RAF“, des „2. Juni“ und der „Revolutionären Zellen“.

Die Entwicklung dieses breitgefächerten linken Spektrums ist von der allgemeinen politischen Entwicklung 1968 bis Anfang der 70er Jahre nicht zu lösen.

Die Ablösung des verkrustet-spiessigen „CDU-Staats“ durch den sozialdemokratisch-liberalen Reformstaat stand auf der Tagesordnung, in dem nicht nur die stockende Wirtschaft flott, die Außenpolitik ökonomiekonform, das Ausbildungswesen flexibel gemacht wurden (etc.), sondern auch der Spielraum gerade für die an der CDU-Reaktion abgearbeiteten, liberal-demokratischen Bestrebungen breiter wurde. Intellektuelle, Wissenschaftler, Journalisten, Künstler, vom CDU-Konservatismus als Staatsfeinde, „Pinscher“ u.ä. behandelt, ließen, im Aufwind des „Mehr“ an Demokratie, das nun „gewagt“ werden sollte (Brandt), demokratische, liberale, sozialistische Gedanken blühen.

Natürlich: Die Linke sah hinter dem Sozialdemokratismus die Notstandsgesetze, bald auch den Ausbau des staatlichen Terror-Apparates. Im Umfeld des liberal-demokratischen Klimas stieß sie dabei aber auf halbwegs offene Ohren, gelegentlich hilfreiche Hände.

Im Gegensatz dazu blieb – trotz verschiedener Einzelerfolge – die Tür zur Arbeiterklasse, dem geschichtlichen Subjekt, zu. Kein einziger der Avantgardeansätze hat sich in der Arbeitskraft auf Dauer „verankert“, eine Lösung von Teilen der Arbeit-

erschaft von der Sozialdemokratie wurde nicht erreicht. Die (Neue) Linke war und blieb im wesentlichen ein intellektuelles, oft vorwiegend universitär-studentisches, jedenfalls kleinbürgerliches Unternehmen.

10 Jahre nach dem Aufschwung des SPD-Reformismus und der Studentenbewegung/APO ist das Tauwetter vorbei, der Wind ist eisiger: „Tendenzwende“ ist angesagt.

Noch schlugen ehemalige Protagonisten des links-demokratischen Aufschwungs die Hände über dem Kopf zusammen darüber, was heute schon wieder möglich ist. So schreibt Habermas über den Aufschwung rechter Ideologien: „Verblüffend war nicht einmal so sehr, daß all das überhaupt wiederkehrte, sondern vor allem der Umstand, daß Argumente, deren Fährten zu den intellektuellen Wurzeln des Naziregimes zurückführten und damals, nach dem Krieg, nur

Bündel. Das schmeckt alles nicht mehr, das ist keine Perspektive.

Bloß, wohin soll der Abmarsch gehen? Die Krise der Linken kriselt nicht mehr forsch vor sich hin, sondern fördert, wie einer jener Faschingsartikel, die – einmal expodiert –, allen möglichen Qualm, Federn, Scheißwürstchen und bunte Kinkerlitzchen ausspucken, verschiedene Auswege und „Krisen-Lösungen“ zutage.

Auf's Land, auf's Land

Natürlich gibt es das „klammheimliche“, individuelle Aussteigen aus der Politik, rein ins Private. Über Ausmaß, Motive usw. kann aber weitgehend nur spekuliert werden.

Faßbar dagegen ist die Raus-aus-der-Politik-Bewegung der „klassischen“ Form: die Stadtfucht.

Bereits seit der Hippie-Bewegung

Auf die Autonomie-Inseln wird die alternative Welt in miniaturen geprobt. Das geht – selbst im Modell – natürlich nur um den Preis einer allgemeinen Entpolitisierung; nicht mehr die Welt, sondern der Einzelne in seinem engen Umkreis Gleichgesinnter soll verändert werden.

Diese Insel-Utopien sind so alt wie der Kampf gegen den Kapitalismus. Frühsozialisten wie Fourier, Owen, Babeuf spielten solche Modelle – vergeblich – durch. Nach 1918 baute der (unlängst von der Neuen Linken wiederentdeckte) linke Maler Vogeler in der Künstlerkolonie Worpswede eine solche utopische Kommune auf; lange Jahre übte die nach 1900 gegründete Lebensreformer-Kolonie auf dem „Monte Verita“ bei Ascona im Tessin erhebliche Anziehungskraft auf die Weimarer Linke aus, unter anderem auf Erich Mühsam. Sein Bericht über „Monte Verita“ – unter Beigabe eines Reports über den Christiana-„Freistaat“ in Kopenhagen – wurde kürzlich neu aufgelegt; 1978 wurde eine große Ausstellung über die Ascona-Kommune in Italien gezeigt (2).

Die Landkommunen-Bewegung lebt heute wie in den 20er Jahren von der Abkehr und vom Ekel gegen die „große Politik“, von der bewußten Isolation – und von der Idealisierung der Natur, des Landes, der Region, des Dialekts, des Bäuerlichen. Was in der Gesellschaft insgesamt unmöglich erscheint – Abschaffung der Entfremdung, Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit u.ä. – soll wenigstens in der Kommune

dogmatisch-linken „Ästhetik und Kommunikation“ einen Kongreß zur „Erörterung eines Stadt-Land-Dialoges“ geplant. Die „taz“ schreibt dazu: „Offensichtlich ist innerhalb der Linken und Alternativen etwas in Bewegung geraten – das ‚Abhauen‘ von der Großstadt aufs Land, von der Provinzstadt in die Metropole, von Land in die Stadt, von hier nach da steht auf der Tagesordnung“ (29.2.80).

Autonomie im Netz

Der Fehlschlag der Autonomie-Konzeption der Land-Kommunen führte zur Erweiterung des Autonomie-Modells. Die Isolation abgeschotteter Inseln soll durch Kooperation ersetzt werden, damit zunächst ein System „kleiner Netze“ (Verbände von Wohngemeinschaften, Handwerksbetrieben, Kinderinitiativen etc.) und letztendlich ein großes „Netzwerk“ gebildet wird.

Die Zersplitterung autonomer Kommunen soll durch „Vernetzung“ überwunden werden. Zum einen soll dadurch die unmittelbare Unterstützung, z.T. überhaupt erst die Existenz alternativer/linker Projekte ermöglicht werden. Das von Westberlin aus – in Nachfolge des Tunix-Kongresses 1978 – aufgebaute „Netzwerk Selbsthilfe e.V.“ hat tatsächlich auch diesen Effekt. Aber das Netzwerk-Modell verspricht mehr: Indem es gerade nicht die Naturschwärmerei der Landbewegung teilt, sondern gegen die „Berührungsangst vor der Scheiße, heißt sie nun Geld, Professionalität oder moderne Produktionsmittel“ tritt, verspricht es den Ausweg aus der großen „Ratlosigkeit“ (4).

„Je mehr kleine Netze sich entwickeln tritt, verspricht es den Ausweg aus der großen „Ratlosigkeit“ (4).

„Je mehr kleine Netze sich entwickeln würden, um so mehr würde die Abhängigkeit der Menschen von großen Systemen abnehmen“ (5).

Über Marx und Klassenkampfgedanken hinweg wird hier, mit Hilfe technokratischer Management-Modelle (6) – die Lösung für alternativ-linken Schwierigkeiten angeboten, indem schrittweise eine „zweite Welt“ dem herrschenden Kapitalismus untergeschoben wird (da der Zentralangriff, nämlich von der Bastion Arbeiterklasse aus, nicht erfolgen kann). Die Zusammenfassung der Autonomie-Inseln im „Netz“ ist mithin nichts anderes als die Landkommune-Vorstellung auf erweiterter Stufenleiter, allerdings mit größerem Anspruch – soll doch angeblich das gesamte Strukturgefüge der Gesellschaft auf diese „moderne“ Weise umgekrempelt werden können. In der Praxis nimmt sich der Abbau kapitalistischer Entfremdung, der Ausgleich des Stadt-Land-Gefälles etc. weniger glorreich aus, wie gerade das Parade Unternehmen des Tunix/Netzwerk-Ansatzes, die „Tageszeitung“ vormacht. Die dort gegenwärtig schwelenden Auseinandersetzungen um Redaktionskonzept, Herstellung/Vertrieb etc. knallen gerade an diesen entscheidenden Punkten.

Auf zu „neuen“ Ufern

Beide Ersatz-Strategien – Rückzug aufs Land und Netzwerk – sind bewußt oder unbewußt Experimente, die sich gegen die traditionell-linken Organisations- und Arbeitsformen abgrenzen. Einerseits nämlich heißt es: Vogliamo tutto e lo vogliamo ora – wir wollen alles und wir wollen es gleich! Das Ausspielen von heute notwendiger Beschränkung auf langfristige-mühselige, disziplinierte Arbeit („Zweckbündnis“) gegen das utopische Endziel der herrschaftsfreien Gesellschaft – so die „ML“-Tradition – wird hier einfach umgedreht: Sozialistische Arbeit und Organisation wird gegen Menschlichkeit schlechthin ausgespielt. Auf der Linken bieten sich „Organisationsfetischismus“, das „Krebsgeschwür marxistisch-leninistischer K(ader)-Organisation“ dar. Gottseidank aber „rollen (!) die alten Zöpfe“ des Marxismus-Leninismus.

Die Verweigerungs- und Anti-Haltung gegenüber dem Kapitalismus – Ursprung linken Alternativ-Daseins – erstreckt sich nun also auch auf die Linke: „Diskussionen über den Marxismus haben auf dem Tunix-Kongreß keine Rolle gespielt, werden auch weiterhin keine Rolle spielen (...)“ (7). Stattdessen wird eine Neue Naivität gepflegt. Da diese ganz alte Scheiße (soll heißen: auch Marx, Lenin usw.) Schrott ist – ist alles offen. Wie heißt es so schön in einem der Hits der Alternativ-Literatur, Reimar Lenz', „Der neue Typ“: „Die alten Klischees treffen einfach nicht mehr auf ihn zu. (...) Er versucht, alles zu verstehen, in der Hoffnung von allen verstanden zu

Konkret und analytisch zugleich

Konkret und analytisch zugleich – wenn auch nicht leicht lesbar geschrieben – sind die Artikel von Karl Heinz Roth über „Moral, Gehirnwäsche und Verrat“, die sich mit bestimmten Zerfallserscheinungen der Linken befassen (u.a. zu Mahler, RAF, Alternativszene). Die ersten drei Teile wurden letztes Jahr im AK abgedruckt; jetzt ist der vierte, damals nicht erschienene Artikel („Der Untergang der Intelligenz: Von der Verantwortung für andere zur sozialrevolutionären Moral“) zugänglich und ebenso ein neuer, fünfter Teil: „Die Geschäftsführer der Alternativbewegung“. Roths These dazu: Die alternative Szene – gerade auch in ihrer Funktion als Auffangbecken des Links-Zerfalls – steht in Gefahr, von innen her, mittels sich dort breit machender Autoritäts-, Hierarchie-, Management- und „Geschäftsführer“-Praktiken, aufgelöst zu werden. Soll heißen: Daß sie „schrittweise wieder an den Hauptzyklus der kapitalistischen Ausbeutung“ angebunden wird, also integriert, in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zurückgeführt wird. Die Schärfe dieser Kritik ist umso überdenkenswert, als sie, wie bekannt, keiner blind-dogmatischen Kommunisten-Feder entstammt, sondern aus der undogmatisch-alternativen Szene selbst herkommt, von der Roth einen wichtigen Teil repräsentiert.

Außerdem finden sich in dem Buch ein Interview mit „2. Juni“-Leuten und Beiträge von Fritz Teufel zur Entstehung, Entwicklung, (Selbst-)Kritik an und Solidarität mit der Guerilla.

Der Erlös des Buches geht an den Öffentlichkeitsausschuß des „2. Juni“-Prozesses. – Die unbeugsamen von der spree / Karl Heinz Roth / Fritz Teufel, „Klaut sie! (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla“, iva-verlag bernd polke, Tübingen 1979, 120 Seiten, 11 Mark.

aus der Distanz zum gelstigen Milieu der Bundesrepublik wieder aufgenommen werden könnten, heute zur Alimentierung (Ausstattung, AK) der schlechthin staatstragenden politischen Theorie verwendet werden können. Sollten wir eine andere Republik doch schon bekommen haben?“ (1).

Die (wenn auch damals nicht überwältigende) Neugier, Toleranz, Kooperationsbereitschaft der 60er/70er Jahre gegenüber linken Bemühungen ist jedoch dahin. Die Repression gegen die radikale hat auch auf die liberal-demokratische Szenerie gewirkt.

Dies als tägliches Erfahrungsbrot auf dem Tisch und den Vormarsch des Konservatismus a la Strauß vor Augen, packt so mancher Linker sein



„Die Unbeugsamen von der spree“

Klaut sie!

Karl Heinz Roth, Fritz Teufel (Selbst) kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla

iva

werden. (...) Er ist Erbe von all den Theismen und Atheismen, Mythen und Entmythologisierungen, Ideologien und Utopien, Kulturen und ihren Zweiflungen. (...) Er ist frei, wie die Väter niemals waren. (...) (8). Diese „Freiheit“ von der linken Ideologie der „Väter“ sieht so recht nach klassisch demokratischer Aufklärer-Haltung aus – alles kritisch überprüfen, nichts von vornherein beargwöhnen.

Statt eines Gewinns an Demokratie, den dies Abrücken von „linker Ideologie“ zunächst zu versprechen scheint, stellt sich mit der Neuen Freiheit jedoch ein Verlust an demokratischer Substanz ein. Mithilfe der Neuen Freiheit werden nämlich gerade undemokratisch-menschenfeindliche Ideologien in „neues Licht“ gerückt, „neu“ in die Diskussion gebracht, ganz „undogmatisch“ verbreitet.

Ein „Neuer Antifaschismus“

Am schärfsten tritt dieser Effekt in der neu-freiheitlichen Haltung gegenüber Alt- und Neonazis hervor.

Zu erinnern ist an die Berichterstattung der „taz“, die – offenbar auf Linie des Westberliner Ströbele-Kreises – Neonazis der militantesten „NSDAP“-Szene als menschlich duftende Typen und als Sozialrebellin hinstellte. Später schrieb selbst ein Linker wie Cöbler in der „taz“, auch der NPD gehörte das demokratische Rede- und Versammlungsrecht; die gleiche Position nahm der Frankfurter Spontikreis um Cohn-Bendit/Pflasterstrand angesichts der „Rock gegen Rechts“-Proteste gegen die NPD ein. (vgl. ARBEITERKAMPF 163).

Die offen bekundete Sympathie mancher Spontis für die französischen „Neuen Philosophen“, deren Rüstzeug aus Anti-Marxismus plus Renaissance präfaschistischer Ideologien besteht, liegt auf gleicher Ebene (9).

Eine besondere Rolle spielt in der gesamten alternativ-undogmatischen Szene der Trend zur Psychologisierung. Unbeschadet der Berechtigung und Notwendigkeit über „Verkehrsformen“ gerade auch unter Linken zu sprechen, ist die Uminterpretation politischer Fragen in individuell-subjektive (wofür sich dann psychologische Lösungen anbieten) als Krisenerscheinung unübersehbar. Der Rückzug auf die Innerlichkeit des Einzelnen („Der neue Typ bekämpft die Konsumgesellschaft zunächst einmal in sich selbst“, Lenz) dient zur Abwehr politischer Forderungen und Aktionen. Am schärfsten wieder in der Frage des antifaschistischen Kampfes: Auf der Linie der (beim Verlag „Roter Stern“ verlegten) „Männerphantasien“ von Klaus Theweleit – auch einer der Alternativ-Hits – wird in der undogmatischen Alternativ-Szene die Abkehr vom Marxismus munter mit der Verachtung antifaschistischer Politik verbunden, – dank Theweleit gestützt auf eine „Neue“ Theorie. Der historische Faschismus ist demnach die Entfesselung der geheimen (unbewußten) Wünsche der Massen gewesen.

lung der geheimen (unbewußten) Wünsche der Massen gewesen.

Diese These (in der „taz“ schon weiterentwickelt auf die geheimen Sympathien der Bevölkerung für Strauß) hat die fatale Folge, antifaschistischen Kampf als Kampf auf dem Felde der Innerlichkeit führen zu wollen („Jeder hat seinen Hitler in sich selbst“, Lenz). In der grünen Alternativszene beispielsweise trägt solcherlei Neue Theorie ihre Früchte: Im Gewand linker polit-ökonomischer Fachkenntnis und im Namen des Ökologismus (s. AK 172) wird einerseits die Behauptung vorgetragen, der Marxismus sei bankrott angesichts der Öko-Probleme, denn als Theorie habe er „sich nicht in der Lage (gesehen), eine in Bewegung geratene Wirklichkeit mit umsetzbaren Handlungsanweisungen zu versorgen“, „die marxistische Lehre als Ganzes (...) als Theorie der sozialen Revolution“ sei „heute reaktionäre Utopie“ (10). Genauso reaktionär und „pseudoaufklärerisch“, „denunziatorisch“ u.ä. ist, nach dem gleichen Verfasser (W. Dombrowsky), das Aufzeigen brauner Umtriebe in der Grünen Bewegung, denn das ist nur „Selbstentlastung vor dem eigenen Faschismus“, geht es doch eigentlich darum, „das potentiell Faschistische des Selbst“ zu bekämpfen. Faschismus sei der Kampf des „Unlebendigen“ gegen das „Lebendige“ – und nach diesem Gegensatz, nicht nach dem Links/Rechts-Maßstab, sollten auch politische Einordnungen vorgenommen werden (11). Braune Umtriebe sind für Dombrowsky denn auch nicht viel mehr als ein zwar unschönes, aber nicht aufregendes Kavaliersdelikt (12).

Die Neue Freiheit macht schließlich auch nicht vor der Umarmung von Alt-Faschisten halt. Prägnantes Beispiel: Werner Pieper, Herausgeber verschiedener Alternativblätter („Kompost“, „Humus“, „Grüner

Zweig“), brachte Artikel u.a. von bzw. über Wilhelm Fabricius und Hermann Wirth, über „Geomantie“, Germanisches und Ur-Deutsches heraus. Nachdem sich Protest meldete, reagierte Pieper, indem er nicht zurücknahm, sondern seine Nazi-Ausgrabungen verteidigte. Wirth sei im Dritten Reich „reichlich unter Beschuß“ geraten – zum Beleg zauberte Pieper sogar Zitate und ein Faksimile hervor. Von irgendeiner „Veröffentlichung“, die ihn (Wirth) in den Ruch des Faschismus rückt, sei ihm dagegen nichts bekannt. Diese Schlitzohrigkeit (es genügt ein Blick in irgendein einschlägiges Geschichtsbuch, um Näheres über Wirths Rolle bei der von Himmler persönlich geleiteten Nazi-Organisation „Ahnenerbe“ festzustellen, die ihn schließlich des „h a l b r a u s s c h m i t t e l s“ Spintisiererei verbreitete) basiert wohl auf der Annahme, offene Ohren für irgendwelche Theorien zu finden, solange sie nur irgendwie „alternativ“, vornehmlich als Entschlüsselung diverser Volks- und Naturgeheimnisse, dargeboten werden. Pieper-Originalton: „Eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist in der Tat wichtig (...). Eine Schande allerdings ist, daß erst Propaganda-TV-Filme der Besatzer das Volk zu einer Reflektion ermuntern“. Gemeint ist der Holocaust-Film ... (13).

„Neue“ Vernunftfeindlichkeit

Der Anklang solcher Nazi-Töne bei Teilen der Alternativ-Szene ist nur verstehbar vor dem Hintergrund eines weitverbreiteten Neuen Anti-Rationalismus. Die alternativ-linke Bewegung, die 1968 angetreten war, um u.a. gestützt auf wissenschaftliche Argumente gegen den Kapitalismus vorzugehen, ist heute in vielen Sektoren bei einem totalen Rationalismus-Verdacht angelangt, nachdem nun auch der „wissenschaftliche Sozialismus“ angeblich am Ende ist. Es sprießt daher allerhand Mythisches, Mystisches und Spiritualistisches, sei es fernöstliches Heilsdenken, sei es der Islam, sei es germanische Runenkunde, sei es Pendelschwingen und Astrologie. „Der neue Typ“, heißt es bei Lenz, „ist ein Mystiker“. Die Absage an „den Kopf“ (14), an das „zerstörende“ und „zersetzende“ Prinzip Vernunft, eignet sich vorzüglich dazu, um so geschaffenen Brei aus „Intuitionen, Vibrationen und Empfindungen“ einer durchaus nicht neuen Philosophie des durchgebliebenen „Urzustandes“ Raum zu schaffen. Zu deren Bestandteilen gehören etwa „Kampf und Krieg“ oder der „Kampf mit der Frau“ ebenso wie die Stilisierung des faschistischen Führers: „So heißt Fähigkeit sicher auch, die richtigen Gründe haben, aber ebenso die Kraft, Wunschströme zu konzentrieren, Worte zu finden, die Vorstellungswelten vieler erscheinen zu lassen, die Atmosphäre zu emotionalisieren, begeistern“.

„Neuer“ Nationalismus

„Neuer“ Nationalismus

Die Dunkelzonen des mystischen Unverständs sind von herkömmlich linken Traditionen so weit entfernt, daß der Zerfall der organisierten Linken nicht unmittelbar daran Anschluß findet. Allerdings hat die Krise (die alle Sektoren der Linken betrifft) weithin Flanken zum Nur-Ökologismus, zu opportunistischem Antikommunismus usw. aufgerissen.

Speziell aus dem Berufungsfeld des grünen, linkssozialdemokratischen Antikommunismus (Dutschke) und der inzwischen aufgelösten „KPD“ ist schließlich die letzte hier aufzuführende „Krisen-Lösung“ entstanden. Seit 1978 betrieben Leute wie Dutschke und verschiedene SPD-Prominente (v. Oertzen) Gespräche um einen „Neuen Nationalismus“, um eine Neuaufgabe der „Nationalen Frage“. Dabei vertrat Dutschke die These, Voraussetzung für Schritte in Richtung Sozialismus sei heute die Orientierung an der „nationalen Frage“ (15). In diese Diskussion, geführt in linkssozialdemokratischen Blättern wie „das da/avanti“ und „spontan“ und von „Ästhetik und Kommunikation“ aufgegriffen, klinkten sich auch Rechtsradikale wie Wolfgang Strauß und Henning Eichberg ein (16). Was hier an „großer Koalition“ sich andeutete, ist nicht so verschieden von der Krisenstrategie, die von der „KPD“ propagiert wurde. Seit Offenlegung ihrer Krise hatte sie zunehmend die „Umbruch“-Zeit als Zeit „tiefergreifender Orientierungslosigkeit und Skepsis“ dargestellt und sich bereit erklärt, „das alte Weltbild in Frage zu stellen“. Gezielt wurde die „Krise des Marxismus“ darauf zurückgeführt, daß die „Theoretisierung hinter der konkreten Wirklichkeit“ zurückgeblieben sei. Die „nationale Frage“ wurde zum

Hauptpunkt linker Politik erklärt. Hier deuteten sich echte „Gemeinsamkeiten“ zu linkssozialdemokratischen Anti-Leninisten an. Zu erinnern ist an die Kölner Podiumsdiskussion „Die nationale Frage und Europa“, mit Beteiligung u.a. von „KPD“, Dutschke, Maier („Komitees für Demokratie und Sozialismus“) sowie verschiedenen antizökalistischen UdSSR-, Polen- und DDR-Emigranten (siehe „Rote Fahne“, 11.10.79).

Zusammen mit der Entdeckung des „Regionalismus“, der „Provinz“, der Neubelebung des „Heimat“-Gedankens, ist hier der Ansatz zu einem folgenreichen Trend. Die Wendung zum Nationalen drückt sozialistische Forderungen nicht nur an zweite Stelle, sie enthält auch das Bündnisangebot an Reaktionäre (wie es der vaterländische Kurs der „KPD“ seit geraumer Zeit vorerzählte). „National-Sozialisten“ wie Eichberg meinen schon heute, Morgenluft zu wittern.

„Neues“ von Gestern?

Der Zerfall, organisatorisch wie ideologisch, der Alternativen und Linken, die „Tendenzwende“ des Klimas fördert allerhand Neue Theorien zutage – eine Neue Innerlichkeit, einen Neuen Antifaschismus, eine Neue Nationale Frage. Allenthalben werden diese Neuen Theorien als Abkehr vom Traditionellen, als Ausweg aus den linken Sackgassen präsentiert.

Wie wenig neu die Abkehr vom Marxismus aufgrund gescheiterter Hoffnungen, die Wendung zum Irrationalismus, der Rückzug auf Autonomie-Inseln, das „Entdecken“ von Zwischenstrategien zwischen Sozialismus und Reaktion, das Übergleiten ins Mystisch-Völkische – wie wenig neu das alles ist, zeigt ein Blick zurück in die Zeit nach 1918. Es gibt mehr als eine Parallele zwischen den Wandlungen der Linken und ihrer Krise heute mit der Entwicklung des linken und linksliberalen Spektrums der Weimarer Zeit. Insbesondere die kleinbürgerliche Jugendbewegung ist ideologisch, teils auch personell, in vielem das Modell der heutigen Ökologiebewegung und Alternativszene. Ihr mehrheitliches Absinken ins rechte Lager und die zunehmende Isolierung der linken Intelligenz in Weimar, das Zurückweichen großer Teile der liberalen Öffentlichkeit auf rechte Positionen sind unheilvolle Anhaltspunkte, wenn heute bei Alternativen und Linken sich gleiche Prozesse abzeichnen. Damals wie heute – bei aller, nicht zu vergessender Unterschiedlichkeit der Situation – stellt sich die Frage, welche Politik die Linke, und Kommunisten insbesondere, gegenüber solchen Trends einschlagen sollen. Es gibt keine Zwangsläufigkeit der Entwicklung – die Fehler der Linken in Weimar sind nicht gemacht worden, um wiederholt zu werden; die Krise der Linken und Alternativen Szene heute muß nicht nach rechts führen.

Antifa-Kommission Hamburg

Anmerkungen

- 1a Siehe etwa die laufenden Nummern solcher rechts-konservativer Blätter wie „Deutschland-Magazin“ oder „criticon“, wo Neue Philosophie und Neue Rechte gleichermaßen angepriesen werden.
- 1 J. Habermas, „Einleitung“ zu: „Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘“, Frankfurt 1979.
- 2 Siehe „Freibeuter“, 1/79.
- 3 Redaktionskollektiv „Traumstadt“, „Zur Stadtfluchtentendenz mancher politisch frustrierter Spontis“, in: Alternativen zum Atomstaat, hrsg. v. J. Peters, Westberlin 1979.
- 4 „Von Tunix zu Netzwerk: Von der Ratlosigkeit zum aktiven Engagement“, in: Alternativen ... (siehe Anm. 3).
- 5 Joseph Huber, „Kleine Netze“, in: Alternativen ... (siehe Anm. 3).
- 6 Siehe besonders Richard Stöck, „Konservative Aspekte der Ökologie- bzw. Alternativbewegung“, in: Ästhetik und Kommunikation 36/79.
- 7 Alle vorausgehenden Sponti-Zitate: Ronald Glomb, „Auf nach TUNIX“, in: Gegenkultur Heute. Die Alternativbewegung von Woodstock bis Tunix, hrsg. v. J. Gehret, Amsterdam 1979.
- 8 U.a. in: Alternativen ... (siehe Anm. 3).
- 9 So z.B. Glomb (siehe Anm. 7); oder auch: Norbert Kapferer, „Aktualität des Konservatismus?“, in: Ästhetik und Kommunikation 36/79.
- 10 Wolf Dombrowsky, „Des Kaisers neue Kleider – oder Der ökologisch gewandete Marxismus“, in: Alternativen ... (siehe Anm. 3).
- 11 ders., „Öko-Faschismus – Neues Schreckgespenst oder reale Gefahr?“, in: Alternativen ... (siehe Anm. 3).
- 12 Siehe „zitty“ 25/79.
- 13 „Kompost“ 29/79.
- 14 Diese Stellen aus: Herbert Röttgen/Florian Habe, „Vulkantänze: Linke und alternative Ausgänge“, München 1978, zitiert nach A&K 36/79.
- 15 „das da/avanti“ 4/78, 6/78, 10/78.
- 16 A&K 36/79; „spontan“ 1/80.

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

32

Dokumentation zum 1. Kongreß des KB

72 Seiten
DM 6.-

Aus dem Inhalt:

Referat des LG zur Krisen-debatte, Berichte: AG Frauen, Situation der Kinder im KB und unsere Kinderpolitik, RGW-Kommission, Antifa-Resolution, Statut des Kommunistischen Bundes, ... Grußadressen und Beiträge der Gäste, Berichte und Presseecho u.a.m.

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs-/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hiesigen herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich

Zukunft nicht zu gewährleisten.

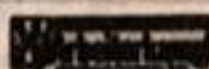
An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den..... Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Der Gesundheitstag und die (linken) Erwartungen an die Medizin



Vom 14. bis 18. Mai wird in Westberlin parallel zum „Deutschen Ärztetag“ der Gesundheitstag stattfinden – die Veranstalter erwarten 5.000 bis 10.000 Teilnehmer (was realistisch erscheint). In Großveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und kleinen Arbeitsgruppen soll zu folgenden Themen gearbeitet werden: Medizin und Faschismus; Gesundheit und Umwelt; Gesundheit und Arbeitsplatz; Psychiatrie; Frauen im Gesundheitswesen; Situation des bestehenden Gesundheitswesens; Perspektiven der Gesundheitspolitik; Ansätze einer besseren Gesundheitsversorgung; Alternative Heilmethoden; Medizin in der Dritten Welt.

13 Jahre nach dem Beginn der Studentenbewegung – die auch viele linke Mediziner hervorbrachte – haben jetzt viele Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte (und andere Gesundheitsarbeiter) z.T. langjährige Erfahrungen mit den Bemühungen gemacht, eine andere Medizin zu betreiben. Diese andere Medizin sollte nicht am Geldbeutel der Ärzte und am Profitinteresse der Pharmaindustrie (mit immer neuen und teureren Apparaten und Medikamenten) orientiert sein, sondern am Interesse der Patienten.

Doch – was bedeutet das? Im Krankenhaus sieht sich man/frau einem oft furchterregenden Andrang von Patienten gegenüber; im Zuge der Rationalisierungen wird die Arbeitsbelastung immer höher – die für den Patienten vorhandenen Betten, Einrichtungen, Pflegekräfte immer knapper.

Alternativen in der Patientenversorgung sind in der Krankenhausarchitektur kaum durchzusetzen. Stellt sich der einzelne vor die Aufgabe, anders zu handeln, so muß er bald vor dem enormen Arbeitsaufwand kapitulieren – denn Medizin im Sinne der Patienten heißt immer Medizin, die mehr Aufwand und Einsatz vom Arzt und von den Pflegekräften verlangt.

Der gewerkschaftliche Kampf um verbesserte Arbeitsbedingungen sah sich im Zuge der rigorosen Sparpolitik und „konzertierten Aktion“ zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen massiven Angriffen ausgesetzt. Nach einigen Jahren mußten in der gewerkschaftlichen Arbeit oftmals Rückschläge, Resignation, Auflösung und Zerschlagung von Betriebs- und Kollengruppen hingenommen werden (vielfach in Zusammenarbeit von Krankenhausträgern und Gewerkschaftsführung).

Bei vielen linken Ärzten setzte eine regelrechte Aversion gegen die Rückschläge, Resignation, Auflösung und Zerschlagung von Betriebs- und Kollengruppen hingenommen werden (vielfach in Zusammenarbeit von Krankenhausträgern und Gewerkschaftsführung).

Bei vielen linken Ärzten setzte eine regelrechte Aversion gegen die Krankenhaustätigkeit ein, die „Flucht“ in die Praxis schwillt immer höher. Doch hier treten neue Zwänge auf: Hohe Kredite, „erfordern“ gewisse Umsätze, und schon tritt wieder das Problem der 3-Minuten-Medizin auf; oder die Schwierigkeiten, mit dem traditionellen Arzt-Personal-Verhältnis wirklich zu brechen, indem alle gleich bezahlt werden (zur Zeit ist dies die Ausnahme!).

Gleichzeitig setzen Kontrollsysteme der Kassenärztlichen Vereinigung ein, daß ja nicht zu viel, zu teuer behandelt wird; die Krankenschreibungen werden statistisch überwacht, die Kapitalistenverbände schicken Spitzel, um die krankschreibenden Ärzte zu überwachen.

Angetreten im Kampf gegen reaktionäre Standespolitik und diktatorische Krankenhausarchitektur, für veränderte Strukturen im Gesundheitswesen – müssen viele erkennen, daß sie einen Kampf gegen Windmühlensflügel führen. Die linken Ärzte sehen sich beim größten Teil der Patienten gesellschaftlichen Problemen gegenüber, bei denen jede „Kunst“ am Individuum versagen muß. Streß, ungesunde Arbeitsbedingungen, Nacht- und Schichtarbeit, Umweltbelastungen, Umweltverschmutzung, Alkoholismus, andere Drogen, eine von der Industrie aufgezwungene ungesunde Ernährung, das Abschieben von alten und behinderten Menschen verursachen die überwältigende Mehrheit von Krankheiten. Den Ärzten stehen dann Patienten gegenüber, deren Körper und Geist den jahrelangen Kampf gegen diese Bedingungen verloren haben, und jetzt sollen ein paar Pillen und neueste Errungenschaften die große Wende bringen? Wohl kaum. Bestenfalls kann die Medizin lindern, höchst selten heilen. Oftmals wird aus der Behandlung eine lange Quälerei.

„Es wird behandelt, bis der Tod eintritt“, schreibt der französische

Arzt Carpentier in seinem Buch „Aufwiegelung zur Gesundheit“ (rotbuch), in dem die Erfolglosigkeit der Medizin in der heutigen Gesellschaft oft drastisch klar wird. „Das Problem heute ist nicht, daß wir zu wenige Ärzte haben, sondern, daß wir zu viele Kranke haben.“

Die Zahl derjenigen Gesundheitsarbeiter, die mit diesen Zuständen unzufrieden sind, ist groß. Der organisierte Widerstand, die Diskussionszusammenhänge darum, wie der Widerstand geführt werden kann, wie Medizin anders aussehen kann, sind dagegen nur sehr schwach entwickelt.

Das hat viele Ursachen (und kann von uns hier noch gar nicht überblickt werden) – u.a. sicher auch die straff organisierte reaktionäre ärztliche Standespolitik, die zusammen mit der finanzkräftigen Pharmaindustrie, der staatlichen Organisation und dem System der Schulmedizin die heutige Medizin fest im Griff hat und selbst bürgerliche Alternativen und Kritiker wie die Homöopathie und Hackethal mit Vernichtungsfeldzügen überzieht.

Der Gesundheitstag soll versuchen, die in vielen Bereichen vorhandene Informationsblockade weiter zu durchbrechen (z.B. über Gesundheitsgefahren durch Umweltverschmutzung und AKWs, über alternative Behandlungsmethoden, über die faschistische Tradition der westdeutschen Medizin); zum anderen kann vielleicht eine neue Orientierung für die linken Gesundheitsarbeiter eingeleitet werden: Daß die politische Agitation gegen die krankmachenden Faktoren (mit dem Ziel ihrer Beseitigung), die wirkliche Prävention von Krankheiten heute tendenziell wichtiger ist als die praktische Medizin selber. Daß die linken Mediziner den Mut finden müssen, ihre eigene Hilfestellung: Daß die politische Agitation gegen die krankmachenden Faktoren (mit dem Ziel ihrer Beseitigung), die wirkliche Prävention von Krankheiten heute tendenziell wichtiger ist als die praktische Medizin selber. Daß die linken Mediziner den Mut finden müssen, ihre eigene Hilfestellung öffentlich zuzugestehen, klarzumachen, daß sie (und auch niemand anders) nicht heilen können, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden.

Daß zu den Aufgaben linker Medizin auch die Konfrontation mit der staatlichen Sozialpolitik gehört, die eine immer stärkere Kontrolle der Patienten, insbesondere der Arbeiterklasse, durchsetzen will – etwa über eine Entwicklung des Werkarztsystems und der Überwachung der Krankenschreibung (und daß das Krankschreiben auch zu den Aufgaben eines linken Arztes gehört, um den Patienten die ihnen verweigerten Reproduktionsmöglichkeiten zu geben).

Über solche inhaltlichen Anstöße hinaus wird der Gesundheitstag sicherlich eine eindrucksvolle Protestdemonstration gegen die herrschende Medizin sein und viele fortschrittliche Gesundheitsarbeiter motivieren, ihren Widerstand besser zu organisieren.

Zur Zeit kann über die Formen einer solchen Organisation so gut wie gar nichts gesagt werden, und es dürfte auch auf dem Gesundheitstag kaum gelingen, die verschiedensten Vorstellungen unter einen Hut zu bringen.

Auf jeden Fall sollte die Gelegenheit genutzt werden, um innerhalb der Linken die Ansprüche an eine fortschrittliche Medizin zu diskutieren und die linken Gesundheitsarbeiter im gegenwärtigen Diskussionsprozeß damit zu konfrontieren.

Der Gesundheitstag wird keine Wunder der „alternativen“ Medizin in Gang setzen, aber ein lange überfälliger Schritt sein, die politische Diskussion unter den linken Gesundheitsarbeiter(innen) zu forcieren.

Wer hinfahren (oder den Themen-/Veranstaltungskatalog haben) will, sollte möglichst schnell schreiben: Gesundheitsladen Westberlin e.V., Kantstraße 148, 1 Westberlin 12.

Diskussion unter den linken Gesundheitsarbeiter(innen) zu forcieren. Wer hinfahren (oder den Themen-/Veranstaltungskatalog haben) will, sollte möglichst schnell schreiben: Gesundheitsladen Westberlin e.V., Kantstraße 148, 1 Westberlin 12. (Tel. 030/317076).

Ein Genosse der Gesundheitszelle, KB/Gruppe Hamburg

Desinfektionsmittel krebserregend?

In einem Rundschreiben vom 27.2.80 gab die Apotheke der Kliniken der freien Hansestadt Bremen folgendes bekannt:

„Mit Schreiben vom 18.2.80 teilte der Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband mit, daß bei Tierversuchen mit Formaldehyd Tumoren beobachtet worden sind. Da mit gesicherten Ergebnissen frühestens in 1-2 Jahren zu rechnen ist, empfiehlt eine DFG-Kommission für gesundheits-schädliche Arbeitsstoffe, die Exposition am Arbeitsplatz so niedrig wie möglich zu halten bzw. nach Möglichkeit ganz zu vermeiden.“

Formaldehyd u.a. Aldehyde sind z.Zt. in fast allen Grobdesinfektionsmitteln enthalten, auf diese kann nicht verzichtet werden. Die Konzentration dieser Aldehyde liegt bei der Anwendung meist unter 1%, so daß hier keine besonderen Maßnahmen zu treffen sind. Bei der Handhabung der Konzentrate, z.B. INCIDIN perfekt (nicht Spray) oder Buraton 25, sollte möglichst ein direkter Hautkontakt vermieden werden (Schutzhandschuhe). Gleiches gilt für Formalin Tabletten und unverdünntes Formalin, auch im Laborbereich.“

Aus diesem Schreiben geht der Zynismus dieser Leute sehr deutlich hervor. Für sie ist die Gesundheit von Menschen, die mit solchen Mitteln arbeiten müssen, nicht interessant. So schreiben sie doch in einem Satz, daß mit gesicherten Erkenntnissen zu diesem Problem erst in

1-2 Jahren gerechnet werden kann, behaupten aber anschließend frech, daß bei der Konzentration der Aldehyde von unter 1% keine besonderen Maßnahmen zu treffen sind, was ja wohl heißen soll, daß die Desinfektionsmittel in diesen Fällen unschädlich sein sollen.

Jede(r) Betroffene weiß aber, daß z.B. Buraton liquid, ein Desinfektionsmittel, das als Spray verwendet wird und eine Formaldehydkonzentration von „nur“ 0,045% hat, in die Atemwege eindringt und dort sowie auch an den Augen starkes Schleimhautbrennen auslöst.

Dazu schreiben z.B. Kolleg(innen) in einem offenen Brief an die Verwaltung des St. Jürgen Krankenhauses: „Das weit verbreitete Besprühen großer Flächen mit Desinfektionsmitteln hat bei vielen Kolleg(innen) bereits zu einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber Erkältungskrankheiten und zu chronisch allergischen Reaktionen der Haut und des Respirationstrakts (Atemwege) geführt.“

Aus diesem offenen Brief und auch aus anderen Maßnahmen geht hervor, daß die Kolleg(innen) in den Krankenhäusern es nicht mehr länger hinnehmen, daß ihre Gesundheit durch solche Mittel zerstört wird. Wir fordern, daß Formaldehyd und formaldehydhaltige Desinfektionsmittel sofort aus dem Verkehr gezogen werden.

KB/Gruppe Bremen

Jahrgangsband 1976

jeder Band 80,-

Für Liebhaber und all diejenigen, die die politischen Aussagen des Kommunistischen Bundes anhand der Zeitung ARBEITERKAMPF kennenlernen oder nachlesen wollen: Nach den gebundenen Jahrgangsbänden des ARBEITERKAMPF von 1973, 1974 und 1975 gibt es nunmehr in begrenzter Auflage (100 Stück) den Jahrgangsband 1976 (in festem Kunstledereinband).

Greift zu, solange der Vorrat reicht! Bestellt sofort! Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse.

NAZIM HIKMET

Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
ISBN 3-88305-021-0

DM 14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort von Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM 15

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

ca. DM 13

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

ca. DM 13

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, die fast alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge von ihnen werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt. Im „zweiten Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwagen des Schnellzuges reisen. Es sind: Journalisten, Politiker, Kapitalisten. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen. Das „dritte Buch“, das in Kürze erscheinen wird, berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Hahl, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Desweiteren beschreibt es in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

Abs.
(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 0
jährlich – DM 55,- 0

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

AK Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50